Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1805

12. 05. 78

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Sozialbericht 1978

Inhaltsverzeichnis

Teil A

Maßnahmen und Vorhaben der Sozial- und Gesellschaftspolitik

— Stand: 13. April 1978 —

Seite

Einleitung 8

I. Arbeitsmarktpolitik 11

1. Beschäftigungslage 11
2. Beschäftigungsförderung 12
3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 12
   - — Arbeitsvermittlung 13
   - — Förderung der Mobilität und der Beschäftigung längerfristig Arbeitsloser; Beschäftigungsförderung Schwerbehinderter 13
   - — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 14
   - — Kurzarbeitergeld 14
   - — Angleichung der bei Massenentlassungen geltenden Rechtsvorschriften in der Europäischen Gemeinschaft 14
4. Soziale Aspekte der Bildungspolitik, Förderung der beruflichen Qualifikation 14
   - — Ausbildung 15
   - — Soziale Leistungen für Schüler, Auszubildende und Studenten 16
   - — Weiterbildung 17
   - — Förderung der Weiterbildung 17

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Seite

5. Ausländerbeschäftigung 17
— Lage und Entwicklung 17
— Grundlinien künftiger Ausländerbeschäftigungspolitik 18
— Soziale Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen 18

II. Konsolidierung und Weiterentwicklung der Rentenversicherung 19

1. Stabilisierung der Finanzentwicklung 19
2. Rentenanpassungen 20
— Zwanzigste Rentenanpassung 20
— Einundzwanzigste Rentenanpassung 21
3. Beiträge 21
— Anhebung des Beitragssatzes 21
— Beitragsleistung freiwillig Versicherter und auf Antrag Pflichtversicherter 21
— Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit 22
4. Strukturelle Änderungen im Leistungsrecht 22
— Krankenversicherung der Rentner 22
— Versicherungsfreie Beschäftigung 23
— Rehabilitationsmaßnahmen 23
— Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit 23
— Hinzuverdienst 24
— Anrechnungsfähige Zeiten 24
— Kinderzuschüsse, Waisenrenten 24
— Wohnungsbaufinanzierung 25
5. Deckungsverfahren und Finanzausgleich 25
— Rücklage 25
— Finanzausgleich 25
6. Soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen 25

III. Kostendämpfung und Strukturverbesserung im Gesundheitswesen 26

1. Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz 26
— Ärztliche Vergütung 27
— Wirtschaftliche Arzneimittelversorgung 27
— Stärkung des Kostenbewußtseins 27
— Strukturelle Verbesserungen 27
— Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 28
— Krankenversicherung der Rentner 29
— Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen 29
— Korrekturen im Leistungsrecht 29
— Kreis der Versicherten; Familienhilfe 30

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 12. Mai 1978 — 14 (43) — 800 02 — So 90/78.
Federführend: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
Der Sozialbericht ist dem Herrn Präsidenten des Bundesrates gleichzeitig zugeleitet worden.

Seite

2. Weitere Maßnahmen im Gesundheitsbereich 30
— Bedarfsgerechte ärztliche Versorgung 30
— Kostendämpfung im Krankenhausbereich 31
— Ambulante Pflege 31
— Preisbildung bei Arzneimitteln 31
— Verstärkung der Vorsorge 32
— Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit 32
— Versichertenausweis 32

IV. Weiterentwicklung der Sozialen Sicherung 33

1. Sozialgesetzbuch 33
2. Unfallversicherung 34
3. Soziale Entschädigung — Kriegsopferversorgung 34
— Rentenanpassungen 34
— Strukturelle Leistungsverbesserungen 35
4. Rehabilitation — Eingliederung der Behinderten 35
— Schwerbehindertengesetz 35
— Vergünstigungen für Behinderte 36
— Rehabilitationsangleichungsgesetz 36
— Koordinierung der Rehabilitation 36
— Beschäftigung Schwerbehinderter 36
— Berufliche Bildung Behinderter 36
— Aufbau eines Systems von Rehabilitationseinrichtungen 37
— Hilfswerk für behinderte Kinder 37
5. Soziale Sicherung der selbständigen Künstler und Publizisten ... 37
6. Datenschutz im Bereich der sozialen Sicherung 37

V. Sozialhilfe, Hilfen für besondere Gruppen 38

1. Sozialhilfe 38
2. Hilfen für ältere Menschen 38
3. Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern 39

VI. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen 40

1. Mitbestimmung 40
2. Arbeitsgesetzbuch 40
3. Tarifautonomie für arbeitnehmerähnliche Personen 40
4. Gleicher Lohn für Männer und Frauen 41
5. Arbeitsplatzschutzgesetz 41
6. Änderung der Pfändungsfreigrenzen 42
7. Arbeitsgerichtsbarkeit 42
8. Richtlinien zur Verordnung über Arbeitsstätten 42
9. Arbeitszeitordnung 42
10. Aufbewahrung explosionsgefährlicher Stoffe 42
11. Neues Sicherheitszeichen 43
12. Forschung für eine humanere Arbeitswelt 43

Seite

VII. Vermögenspolitik 44

VIII. Familien-, Jugend- und Frauenpolitik 45

1. Familienpolitik 45
   - — Familienlastenausgleich 45
   - — Reform des Ehe- und Familienrechts 45
   - — Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge 45
   - — Änderung des Adoptions- und des Adoptionsvermittlungsrechts 45
   - — Frühkindliche Erziehung 46
   - — Beratung werdender Mütter 46
   - — Verbesserung des Unterhaltsrechts für Minderjährige 46

2. Jugendpolitik 46
   - — Reform des Jugendhilferechts 47
   - — Jugendstrafvollzug 47
   - — Bundesjugendplan, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung 47
   - — Sozialpädagogische Hilfen für Lernschwache und Berufsanfänger sowie nicht berufsreife und arbeitslose Jugendliche ... 47

3. Frauenpolitik 47

IX. Umwelt-, Raumordnungs-, Städtebau- und Wohnungspolitik 48

1. Umweltpolitik 48
2. Raumordnungspolitik 48
3. Reform des Bodenrechts 49
4. Wohnungsversorgung 49
   - — Stand der Versorgung 49
   - — Veränderte Aufgaben der Wohnungsbauförderung 49
5. Stadterneuerung 50
6. Förderung der Vermögensbildung im Wohnungsbau 50
7. Mietentwicklung im Sozialwohnungsbestand 50
8. Wohngeld 50

X. Soziale Verbesserungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer 51

XI. Internationale sozialpolitische Zusammenarbeit 52

1. Europäische Gemeinschaften 53
   - — Beschäftigungspolitik 53
   - — Europäischer Sozialfonds 53
   - — Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen 53
2. Internationale Arbeitsorganisation 53
3. Sozialversicherungsabkommen 54

Teil B

Sozialbudget 1978

Seite

Vorwort 65

I. Grundannahmen 66
1. Rahmen der Berichterstattung 66
2. Wirtschaftliche Grundannahmen 67
3. Demographische Daten 68

II. Ergebnisse 70
1. Umfang und Art der Sozialleistungen 70
2. Sozialleistungsquote 73
3. Sozialleistungsziffern 76
4. Funktionen 77
5. Institutionen 92
6. Finanzierung 136

III. Wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge 142
1. Verdienste und Kaufkraft 142
2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 145

IV. Definitionen und Rechtsgrundlagen 148
1. Definitionen 148
2. Rechtsgrundlagen 153

Anhang — Tabellenteil des Sozialbudgets

Anhang I — Grunddaten des Sozialbudgets 163
Anhang II — Jahresübersichten 175
Anhang III — Einzelübersichten (Institutionen) 229
Anhang IV — Einkommen und Abzugsbelastung 313
Anhang V — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 329
Anhang VI — Sozialbudget nach Leistungs- und Finanzierungstypen 353

Teil A

Maßnahmen und Vorhaben der Sozial- und Gesellschaftspolitik

Einleitung

Der **Sozialbericht 1978** informiert über die sozialpolitischen Leistungen des ersten Jahres und über die weiteren sozialpolitischen Vorhaben und Entwicklungstendenzen der 8. Legislaturperiode. Er konkretisiert damit die sozialpolitischen Aussagen der Regierungserklärung vom Dezember 1976.

Die sozialpolitische Arbeit der 8. Legislaturperiode steht bisher, wie bereits in der zweiten Hälfte der 7. Legislaturperiode, unter schwierigeren **gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen:** niedrigeres Wirtschaftswachstum, langsamere Entwicklung der Löhne und Gehälter und eine Arbeitslosenzahl von jahresdurchschnittlich rund einer Million. Die Folgen der weltweiten Rezession, die in unserer Volkswirtschaft 1975 ihren Tiefpunkt hatte, sind noch nicht voll überwunden. Vor allem auch außenwirtschaftliche Risiken und die Verzerrungen in den internationalen Währungsrelationen bergen Unsicherheiten und erschweren die weitere Vorausschau der wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus sind strukturelle Probleme in unserer Volkswirtschaft zu bewältigen, die in der Phase der vorausgegangenen Hochkonjunktur überdeckt waren.

Sozialpolitik und gesamtwirtschaftliche Entwicklung stehen in einer engen wechselseitigen Beziehung. Einerseits glättet die soziale Sicherung mit ihren antizyklischen Wirkungen die konjunkturellen Ausschläge. Die Leistungen der sozialen Sicherung und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer sind außerdem Garanten des sozialen Friedens als wesentlicher Voraussetzung positiver wirtschaftlicher Entwicklung. Zudem ist eine Reihe sozialer Leistungen unmittelbar produktivitätsfördernd.

Auf der anderen Seite beeinflußt und bestimmt die wirtschaftliche Entwicklung die Finanzentwicklung der Systeme der sozialen Sicherung, insbesondere der Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung, aber auch der Krankenversicherung und — staatlich finanziert — der Kriegsopferversorgung.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist die Sozialpolitik dieser Legislaturperiode zu sehen und zu bewerten. Die **Schwerpunkte der sozialpolitischen Arbeit** sind:

- — Absicherung und Förderung der Beschäftigung;
- — Konsolidierung der Finanzen der Rentenversicherung;
- — Kostendämpfung in der Krankenversicherung;
- — Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsbeziehungen;
- — situationsgerechter Weiterbau unseres sozialen Rechtsstaats.

Die **Arbeitsmarktpolitik** ist Teil der Beschäftigungspolitik. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium zur Stützung und Verbesserung der Beschäftigung wird voll eingesetzt und weiterentwickelt. Arbeitsmarktpolitik kann zwar das gesamtwirtschaftliche Defizit an verfügbaren Arbeitsplätzen nicht beheben, sie kann aber die Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nachhaltig flankieren. So werden mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Arbeitsplätze erhalten (Kurzarbeitergeld) und in beschränktem Umfang auch zusätzlich bereitgestellt (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Die Arbeitnehmer werden durch berufliche Fortbildung und Umschulung und durch Förderung der Einarbeitung auf technische und strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft vorbereitet. Es soll ihnen damit erleichtert werden, diese Wandlungsprozesse beruflich mitzuvollziehen. Eine der Hauptaufgaben der Arbeitsmarktpolitik ist es, zum qualitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Besondere Beachtung hat sie dabei den Problemgruppen des Arbeitsmarktes zu widmen.

Die Arbeitsmarktpolitik trägt somit wesentlich zur Sicherung der Beschäftigung bei. Im Jahre 1978 wird — gemessen an den Haushaltsansätzen der Bundesanstalt für Arbeit — durch Förderung der beruflichen Bildung, durch Kurzarbeitergeld und durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rechnerisch die Arbeitslosigkeit von mehr als 200 000 Personen vermieden.

Die **Ausländerbeschäftigungspolitik** der Bundesregierung zielt sowohl auf Konsolidierung als auch auf soziale Integration ab. Einerseits bleibt der Anwerbestopp ohne Einschränkungen aufrechterhalten; auch Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit sollen unterstützt werden. Auf der anderen Seite wird die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familie gefördert. Insbesondere werden der aufenthaltsrechtliche Status und das Arbeitserlaubnisrecht verbessert. Das besondere Interesse gilt der heranwachsenden zweiten Generation. Hierauf wird sich die künftige Ausländerbeschäftigungspolitik verstärkt konzentrieren.

Die Finanzentwicklung der **Rentenversicherung** hängt längerfristig von dem Verhältnis der Zahl der Rentner zu den Versicherten, kurz- und mittelfristig aber insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Der rezessionsbedingte Rückgang der Zahl der Beschäftigten, die langsamer wachsenden Löhne und Gehälter und die rezessionsbedingt höhere Inanspruchnahme der Rentenversicherung hatten zwangsläufig gravierende Auswirkungen auf die Finanzentwicklung in der Rentenversicherung. Je 200 000 Beschäftigte weniger und je ein Prozentpunkt niedrigerer Zuwachs der Löhne und Gehälter bewirken einen Einnahmenausfall in der Rentenversicherung von jeweils 1 Mrd. DM jährlich. Daran werden die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Rentenversicherung deutlich. Es kommt hinzu, daß wegen des zeitlichen Abstands zwischen Lohn- und Gehaltsentwicklung einerseits und den daraus errechneten Rentenerhöhungen andererseits in Zeiten des Einnahmenrückgangs die Rentenanpassungen noch von Lohnsteigerungsraten aus konjunkturell günstigeren Jahren bestimmt wurden.

Die Bundesregierung hat gehandelt. Zusammen mit der Zwanzigsten Rentenanpassung hat sie Anfang 1977 ein Konsolidierungsprogramm vorgelegt, das aufgrund der damals geltenden gesamtwirtschaftlichen Annahmen, die auch den Haushalten von Bund und Ländern zugrunde lagen, Einnahmen und Ausgaben in der Rentenversicherung ins Gleichgewicht brachten. Sie hat Regelungsmechanismen in die Sozialversicherung eingebaut, die die Rentenversicherung von der Arbeitsmarktentwicklung unabhängiger machen. Die Beschäftigungsrisiken sind ab Juli 1978 funktionsgerecht der Arbeitslosenversicherung zugeordnet; die Rentenversicherung wird entsprechend entlastet.

Die Berechnungen zum Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetz beruhten auf den Wirtschaftserwartungen zum Jahresbeginn 1977. Als sich zeigte, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1977 ungünstiger als angenommen verlaufen würde, wurde mit Kabinettsbeschluß vom September 1977 durch geeignete Maßnahmen nachgesteuert, die der Rentenversicherung zusätzliche Einnahmen aus Mitteln des Bundeshaushalts zuführten und sie funktionsgerecht entlasteten, so insbesondere durch Übernahme des Kinderzuschusses in der Rentenversicherung bis zur Höhe des Kindergeldes durch den Bund.

Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Rentenfinanzen, die mit dem Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetz zu treffen sind, beruhen auf der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Erwartungen gegenüber der mittelfristigen Wirtschaftsprojektion von Ende 1976 und stützen sich auf den Jahreswirtschaftsbericht 1978 und die derzeitigen Annahmen der Bundesregierung über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Aufgrund dieser veränderten gesamtwirtschaftlichen Annahmen errechnet sich eine Finanzierungslücke in Höhe von rd. 21 Mrd. DM bis 1981 und von rd. 32 Mrd. DM bis 1982. (Das Finanzvolumen der Rentenversicherung in diesem Zeitraum liegt bei rd. 650 Mrd. DM.) Zwar entstehen im Jahre 1978 noch keine Finanzierungsprobleme — sie zu vermeiden war u. a. Ziel der im September beschlossenen Maßnahmen —, doch muß die mittelfristig mögliche Finanzierungslücke bereits jetzt vorsorgend geschlossen werden.

Deshalb ist ein zunächst langsamerer Zuwachs bei den Rentenausgaben vorgesehen. Die Renten sollen im Jahre 1979 um 4,5 v. H. und in den Jahren 1980 und 1981 um jeweils 4 v. H. erhöht werden. Die Anpassungssätze in der Rentenversicherung berücksichtigen damit das langsamere Wirtschaftswachstum und den niedrigeren Zuwachs der verfügbaren Einkommen der Erwerbstätigen. Ab 1982 sollen die Renten grundsätzlich wieder entsprechend der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter angepaßt werden.

Gleichzeitig wird Beschlüssen des Bundestages entsprochen, zum Beispiel zur freiwilligen Versicherung und zur versicherungsfreien Beschäftigung. Ziel dabei ist es, eine möglichst lückenlose Versicherungszeit freiwillig Versicherter und den Erwerb von Rentenanwartschaften auch bei zeitlich geringerer Beschäftigung sicherzustellen. Es sollen einkommensgerechtere und zureichendere Versicherungsanwartschaften sowohl freiwillig als auch pflichtversicherter Bürger erreicht werden.

Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen war bereits vor der Rezession Anlaß zum Durchdenken von Steuerungsmechanismen. Die Rezession und ihre finanziellen Auswirkungen verstärkten die unterschiedliche Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen bei jeweiligen Beitragssätzen und förderten bei breiten gesellschaftlichen Gruppen das Kostenbewußtsein auch für den Bereich der **Krankenversicherung.**

Der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. Er stieg von 8,2 v. H. im Jahre 1970 auf 11,3 v. H. im Jahre 1976. Zwar waren auch Leistungsverbesserungen für den Beitragsanstieg mitverantwortlich, doch belasteten ineffiziente Entscheidungsstrukturen und mangelndes Kostenbewußtsein im Gesundheitswesen das Ausgabenkonto in besonderem Maße.

Das **Kostendämpfungsgesetz** in der Krankenversicherung soll durch nachhaltige Dämpfung des Kostentrends die Leistungsfähigkeit und die finanziellen Grundlagen unseres sozialen Krankenversicherungssystems erhalten und sichern. Ziel war und ist, die Ausgaben im Gesundheitswesen stärker an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu orientieren und damit den Krankenversicherungsbeitrag zu stabilisieren.

Das Gesetz soll eine wirkungsvollere Vertretung der Interessen der Versicherten im Gesundheitswesen gewährleisten. Es enthält eine breite Palette kostendämpfender Maßnahmen, die sowohl die ärztliche Vergütung, als auch die Arzneimittelversorgung und Korrekturen im Leistungskatalog betreffen.

Erfolge des Kostendämpfungsgesetzes sind heute bereits sichtbar, denn die Kostenentwicklung hat sich deutlich abgeflacht. Die Ausgabenzuwächse der Krankenkassen scheinen sich in der Nähe der allgemeinen Einkommensentwicklung zu halten. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat mit ihren sachdienlichen Empfehlungen vom März 1978 einen wichtigen Beitrag zur weiteren Stabilisierung dieser gedämpften Kostenentwicklung geleistet.

Noch zu lösen bleibt das Problem der Kostenexpansion in dem sehr kostenintensiven Krankenhausbereich, nachdem 1977 der Bundesrat den Vorschlägen der Bundesregierung nicht gefolgt ist.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine wirksame Kostendämpfung im stationären Bereich bei dauerhafter Sicherung einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Krankenhausversorgung der Bevölkerung sollen nach Auffassung der Bundesregierung noch in diesem Jahre geschaffen werden. Die bevorstehende Novellierung des **Krankenhausfinanzierungsgesetzes** soll erreichen, daß vorhandene Steuerungsinstrumente zielgerechter eingesetzt werden und daß das Instrumentarium selbst weiterentwickelt wird. Die Position der Selbstverwaltungsorgane soll dabei gestärkt werden.

Für 1982 ist eine Neuordnung der **Krankenversicherung der Rentner** vorgesehen, um auch bei diesem

Personenkreis einkommensgerechtere Beiträge zur Krankenversicherung zu erreichen. Neben den Renten sollen dann auch weitere Einkommensteile der Beitragsleistung zur Krankenversicherung zugrunde gelegt werden. Damit wird mehr Gerechtigkeit innerhalb der Solidargemeinschaft des Krankenversicherten Personenkreises geschaffen. Den dann individuell beitragspflichtigen Rentnern werden die bisherigen Pauschalzahlungen der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner ausgezahlt, so daß sie ihren Krankenversicherungsbeitrag aus einem angehobenen Renteneinkommen entrichten.

Kräftiges wirtschaftliches Wachstum war in der Vergangenheit eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau unseres sozialen Rechtsstaats. Heute sind nahezu alle sozialen Einkommensleistungen dynamisiert, daß heißt, die Empfänger nehmen am Wohlstandszuwachs der Gesellschaft teil. Dieses hochentwickelte soziale Leistungssystem hat sich aber gerade auch in der Rezession als individuell und gesellschaftlich notwendig und tragfähig erwiesen. Es wird weiter ausgebaut, wobei qualitative Aspekte stärkeres Gewicht erlangen.

In der **Sozialpolitik für Behinderte** wurden insbesondere mit dem Schwerbehindertengesetz und dem Rehabilitationsangleichungsgesetz wichtige Grundlagen geschaffen. Ihre Möglichkeiten müssen jetzt umfassend genutzt werden. Falls erforderlich, werden ergänzende Rechtsnormen ein einheitliches Verfahren sicherstellen. Seit 1977 werden Mittel der Ausgleichsabgabe eingesetzt, um die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte verstärkt zu fördern.

Das Schwerbehindertengesetz hat sich gerade auch mit Hinblick auf schwerbehinderte Jugendliche bewährt. Sie brauchen Schutz und Förderung dieses Gesetzes, um ihre Chance für den Einstieg in das Berufsleben zu verbessern. Die Bundesregierung prüft, ob Klein- und Mittelbetriebe von der Ausgleichsabgabe entlastet werden können, weil sie überdurchschnittlich zur Ausbildung beitragen.

Das Schwerbehindertenrecht wird weiterentwickelt; die konkrete Ausformung der Konzeption der Werkstätten für Behinderte beispielsweise steht unmittelbar bevor. Die Bundesregierung prüft darüber hinaus, wie, entsprechend dem Auftrag im Schwerbehindertengesetz, die Vergünstigungen für Behinderte unabhängig von der Ursache der Behinderung neu gestaltet werden können. Sie ist hierbei auf die Mitwirkung der Bundesländer angewiesen.

Im Bereich der **Kriegsopferversorgung** bleibt der Dynamisierungsverbund mit der gesetzlichen Rentenversicherung gewahrt. Die Kriegsopfer nehmen ebenso wie Sozialversicherungsrentner an der Entwicklung der verfügbaren Einkommen in der Versichertengemeinschaft teil. Strukturelle Schwächen und Probleme in der Kriegsopferversorgung werden z. Z. durch gezielte Verbesserungen abgebaut.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung aufgefordert, bis 1984 die **Hinterbliebenenversorgung von Witwern und Witwen** neu zu ordnen. In diesem Zusammenhang soll auch versucht werden, eine ausgewogene Alterssicherung der Frauen zu erreichen. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat hierzu eine Sachverständigenkommission berufen, die ihm im Jahre 1979 Vorschläge unterbreiten soll.

Beschäftigungslage und Anstregungen zur schrittweisen Wiedererlangung der Vollbeschäftigung dürfen nicht die Sicht auf die Probleme des **Arbeitsrechts, der Arbeitssicherheit und der Entwicklung zu einem humanen Arbeitsleben verdecken.**

Das 1976 in Kraft getretene und jetzt schrittweise in die Praxis umgesetzte **Mitbestimmungsgesetz** wird den Arbeitnehmern und ihren Vertretungen die Möglichkeit geben, ihre Interessen bei den unternehmerischen Entscheidungen stärker zur Geltung zu bringen.

Vor den Arbeitsgerichten sollen die rechtsuchenden Parteien ihre Interessen wirksamer vertreten können. Vorschläge für die rechtlichen Voraussetzungen zur Beschleunigung der **arbeitsgerichtlichen Verfahren** wurden bereits auf den parlamentarischen Weg gebracht. Dies wird sich auch zugunsten der Arbeitnehmer gerade bei Kündigungsschutzprozessen auswirken.

Die aus dem Jahre 1938 stammende **Arbeitszeitordnung** ist revisionsbedürftig. Sie soll mit dem Ziel einer Anpassung an die gegenwärtigen Arbeits- und Produktionsbedingungen überarbeitet werden. Dabei wird den Fragen der regelmäßigen gesetzlichen Arbeitszeit und damit verbundenen Regelungen besondere Bedeutung zukommen.

Die Forschung zur **Humanisierung des Arbeitslebens** und zum Abbau von Unfallgefahren wird verstärkt fortgesetzt und auf weitere Wirtschaftszweige, Personengruppen und Aufgabenbereiche ausgedehnt, denn die Zahl der Berufskrankheiten und der wegen Erwerbsunfähigkeit vorzeitig ausscheidenden Arbeitnehmer steigt nach wie vor an. Es müssen die Ursachen genau analysiert und Wege zur Begrenzung der Gefährdung untersucht und schließlich in die Praxis umgesetzt werden.

Die Bundesregierung führt ihre Bemühungen zur Sicherung der **Chancengleichheit der Geschlechter im Arbeitsleben** fort. Der Grundsatz der Lohngleichheit für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit kann zwar im allgemeinen als verwirklicht angesehen werden, denn seit 1972 gibt es in den Tarifverträgen keine besonderen Frauenlohngruppen mehr. Nach wie vor ist aber zwischen den Tarifvertragsparteien offen, in welchen Fällen Frauen in den Arbeitsanforderungen gleichwertige Arbeit leisten und deshalb gleichen Lohn zu beanspruchen haben. Dieses Problem stellt sich vor allem bei den in Tarifverträgen noch enthaltenen Leichtlohngruppen. Die Bundesregierung unterstützt die Tarifvertragsparteien bei der Suche nach gerechterer Lohnfindung, indem sie dieses Problemfeld untersuchen läßt und die Ergebnisse den Tarifvertragsparteien an die Hand gibt.

Insgesamt wird unser **sozialer Rechtsstaat abgesichert und weiter ausgebaut.** Die Konsolidierung in der Rentenversicherung und die Kostendämpfung in der Krankenversicherung sind wesentliche Grundlage für eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherung und für weitere Fortschritte in der Sozialpolitik.

I. Arbeitsmarktpolitik

1. Beschäftigungslage

1. Die Arbeitsmarktlage gibt weiterhin Anlaß für ein hohes Maß an beschäftigungspolitischen Anstrengungen. 1977 lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl mit 1,03 Millionen nur geringfügig unter der Zahl von 1976 mit 1,06 Millionen Arbeitslosen. Obwohl die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wieder kräftiger geworden ist, ist auch für 1978 noch keine grundlegende Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Zwar dürfte die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf 1978 etwas zurückgehen. Vor allem wegen der Zunahme des einheimischen Arbeitskräfteangebots auf Grund des Eintritts geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben und eines nur mäßigen gesamtwirtschaftlichen Wachstums muß aber im Jahresdurchschnitt nach dem Jahreswirtschaftsbericht 1978 der Bundesregierung immer noch mit einer Arbeitslosenzahl von rd. einer Million gerechnet werden.

2. Hinter den Zahlen über den Gesamtarbeitsmarkt verbirgt sich ein differenziertes Bild der Teilarbeitsmärkte. Die Zahl der Arbeitslosen im verarbeitenden Gewerbe ist von September 1975 bis September 1977 von 385 000 auf 274 000, d. h. um rd. 29 v. H. zurückgegangen, während sie im Bereich Dienstleistungen und Handel von 324 000 auf 378 000, d. h. um 16,7 v. H., zugenommen hat. Das Ergebnis relativ guter Branchenkonjunkturen ist die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen zwischen September 1975 und September 1977 z. B. im Straßenfahrzeugbau um 45,7 v. H., im Maschinenbau um 33,8 v. H. und in der Elektrotechnik um 32,8 v. H. Entsprechend waren in einer Reihe von Branchen Facharbeiterengpässe zu verzeichnen.

3. Der gesamtwirtschaftliche Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten mindert vor allem die Beschäftigungschancen sogenannter Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Besondere Vermittlungsschwierigkeiten ergeben sich für Personen, bei denen mehrere Risiken, wie Alter, Behinderung, geringe berufliche Qualifikation, zusammentreffen.

Ältere Arbeitnehmer haben durch eine Reihe gesetzlicher Vorschriften und tariflicher Vereinbarungen einen besonderen Entlassungsschutz. Sind sie jedoch arbeitslos geworden, haben sie es bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage besonders schwer, wieder eine Beschäftigung zu finden.

Die Arbeitsmarktlage für Frauen ist erheblich ungünstiger als die für Männer. Für die Beschäftigungsschwierigkeiten der Frauen ist eine Reihe von Ursachen maßgeblich: vielfach niedrige berufliche Qualifikation, unzureichende berufliche Flexibilität und räumliche Mobilität, zum Teil eingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit (Teilzeitarbeit), Beschränkung auf relativ wenige berufliche Tätigkeitsfelder. Auf der anderen Seite hat die Zahl der abhängig beschäftigten Frauen in den letzten Jahren nicht nur absolut, sondern auch relativ geringer abgenommen als die der Männer, so daß der Anteil der Frauen an den abhängig Beschäftigten zunahm. Während die Zahl der abhängig beschäftigten Männer von 1973 bis 1977 um gut 7 v. H. abgenommen hat, ist die Zahl der abhängigbeschäftigten Frauen nur um rd. 2,5 v. H. zurückgegangen. Der Anteil der Frauen an den abhängig Beschäftigten ist damit von 34,9 v. H. im Jahre 1973 auf 36 v. h. angestiegen. Auch dieser Gesichtspunkt ist in die Beurteilung der Arbeitsmarktlage für Frauen mit einzubeziehen.

Die Arbeitslosenquote Jugendlicher liegt insgesamt im Rahmen der allgemeinen Arbeitslosenquote, allerdings mit stärkeren jahreszeitlichen Schwankungen. So steigt die Jugendarbeitslosigkeit regelmäßig nach den Schulentlassungsterminen fühlbar an und nimmt dann wieder erheblich ab. Der hohe Anteil der Ungelernten an der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, insbesondere der Mädchen, unterstreicht die Bedeutung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen und ergänzender Bildungsmaßnahmen, einschließlich berufsvorbereitender Hilfen.

Die in den kommenden Jahren in das Erwerbsleben tretenden geburtenstarken Jahrgänge erfordern eine zunehmende Zahl an Arbeitsplätzen, damit ausreichende Beschäftigungmöglichkeiten für alle, insbesondere auch alle Jugendlichen, zur Verfügung stehen.

4. Die lange Dauer der ungünstigen Beschäftigungslage hat zu besonderen Ausleseprozessen geführt, die die Struktur der Arbeitslosen nachhaltig beeinflußt haben. So ist die Arbeitslosigkeit bei Leistungsgeminderten und geringer Qualifizierten, aber auch Älteren besonders ausgeprägt. Im September 1977 war mehr als jeder zweite Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung, jeder vierte machte gesundheitliche Einschränkungen geltend, und mehr als jeder zehnte war 55 Jahre und älter.

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen

	in v. H. aller Arbeitslosen Ende September 1977
Leistungsbezieher (AFG)	82,3
Alter	
— unter 20 Jahre	11,6
— 45 bis 54 Jahre	14,8
— 55 Jahre und älter	11,8

Geschlecht	
— Frauen	53,4
— Männer	46,6
Arbeitnehmerstatus	
— Arbeiter	58,1
— Angestellte	41,9
Dauer der Arbeitslosikeit	
— über ½ Jahr	40,4
— über ein Jahr	18,6
Berufsausbildung	
— nicht abgeschlossen	53,2
— abgeschlossen	46,8
ohne bisherige Berufstätigkeit	8,6
Teilzeitarbeitsuchende	19,6

Quelle: Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit von Ende September 1977

5. Bei dem bestehenden Mangel an Arbeitsplätzen in unserer Volkswirtschaft sind also als besondere individuelle Beschäftigungsrisiken anzusehen: geringe berufliche Qualifikation, eingeschränkte Gesundheit, Alter und zum Teil auch Geschlecht, aber auch fehlende berufliche Flexibilität, geringe räumliche Mobilität und begrenzte zeitliche Verfügbarkeit (Teilzeitarbeit).

2. Beschäftigungsförderung

6. Die Arbeit zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung bleibt vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe in dieser Legislaturperiode. Die Bundesregierung wird weiterhin die erforderlichen Maßnahmen treffen, um dieses Ziel Schritt für Schritt zu erreichen. Entsprechend den Ursachen der Beschäftigungsprobleme setzt sie ihre Politik breit an.

Die welt- und binnenwirtschaftliche Entwicklung weist nach wie vor konjunkturelle Schwächen auf. In vielen Wirtschaftszweigen konnten die Kapazitäten trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums 1976 von 5,7 v. H. — nach der Stagnation des Bruttosozialprodukts 1974 und einer Schrumpfung um 2,5 v. H. 1975 — und bei dem gedämpften Wachstum 1977 von 2,4 v. H. noch nicht annähernd ausgelastet werden.

Gleichzeitig traten in der Rezession strukturelle Veränderungen in unserer Volkswirtschaft zutage, die durch die Hochkonjunktur zum Teil überdeckt waren. Diese Probleme betreffen die Branchenstruktur, aber auch die regionale Struktur unserer Volkswirtschaft. Außerdem haben auch während der Rezession erhebliche Produktivitätssteigerungen stattgefunden, die durch das bisherige Wirtschaftswachstum noch nicht beschäftigungswirksam überkompensiert werden konnten.

Schließlich stimmen auch die Strukturen der Arbeitsnachfrage und des Arbeitsangebots nicht überall überein. Das bedeutet, daß die Arbeitskräftenachfrage nicht immer — regional und qualifikationsmäßig — auf ein entsprechendes Angebot trifft und umgekehrt.

7. Zur Beschäftigungsförderung tragen insbesondere bei: Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Forschungs- und Technologiepolitik. Mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen vom März 1977, das inzwischen gut angelaufen ist, und den Beschlüssen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vom September 1977 und deren Umsetzung hat die Bundesregierung weitere Beiträge zur konjunktur- und strukturpolitischen Bewältigung des Beschäftigungsproblems erbracht. Die Maßnahmen umfassen insbesondere eine Ausweitung der Investitionsausgaben des Bundes, die Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher, die Förderung der privaten Investitionen und die verstärkte Förderung einzelwirtschaftlicher Forschung. Darüber hinaus ist der Bundeshaushalt 1978 insgesamt wiederum expansiv ausgerichtet. Außerdem wird geprüft, ob Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes zur Lösung beitragen können.

3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

8. Die Arbeitsmarktpolitik trägt dazu bei, Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage vor allem qualitativ in ein Gleichgewicht zu bringen. Sie flankiert insbesondere die Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes und seine beschäftigungspolitischen Möglichkeiten werden dabei voll ausgeschöpft und fortentwickelt.

9. Die wichtigsten beschäftigungspolitischen Instrumente der Arbeitsmarktpoltik sind: Arbeitsvermittlung, Mobilitäts- und Eingliederungshilfen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld und vor allem auch Berufs- und Arbeitsberatung und Förderung der beruflichen Weiterbildung. Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeitergeld kann die Arbeitsnachfrage gezielt gestützt und gefördert werden. Die anderen genannten Instrumente beeinflussen die Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Unter dem Angebotsaspekt auf dem Arbeitsmarkt ist auch die Ausländerbeschäftigung zu sehen, ohne daß dabei allerdings die mit der Ausländerbeschäftigung verbundenen sozialen Aufgaben unbeachtet bleiben.

10. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium wird verstärkt und gezielt ausgerichtet auf

— die Förderung der beruflichen Qualifikationen,

— die Stärkung der beruflichen Mobilität und

— die Gewährung besonderer Beschäftigungshilfen für Problemgruppen des Arbeitsmarktes.

Mit einem fünften Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sollen weitere Weichen zur Unterstützung und Förderung dieser Ziele gestellt werden.

Arbeitsvermittlung

11. Die Arbeitsvermittlung ist zentrale Dienstleistung der Bundesanstalt für Arbeit. Ihre Aufgabe ist es, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zusammenzuführen. In einer Phase gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzmangels wird die Aufgabe der Arbeitsvermittlung, zu einem Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt beizutragen, erheblich erschwert, aber auch besonders wichtig.

Die Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit waren erfolgreich. Sie haben in den Jahren 1976 und 1977 durch jeweils rd. 2,3 Millionen Vermittlungen zur Begrenzung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit erheblich beigetragen. Die durchschnittliche Vermittlungszahl im Monat lag damit bei knapp 200 000. Der Arbeitsverwaltung wird jedoch nur ein Teil der in der Gesamtwirtschaft zu besetzenden Arbeitsplätze als offene Stellen gemeldet. Der Einschaltungsgrad beträgt rd. 40 v. H, allerdings mit großen Unterschieden hinsichtlich der Gruppen beruflicher Qualifikationen der Arbeitsuchenden. Der Einschaltungsgrad ist am höchsten bei ungelernten und angelernten Arbeitern, auch verhältnismäßig hoch bei einfachen Angestelltentätigkeiten und Facharbeitern, am niedrigsten aber bei Führungskräften. In der Regel geht der unmittelbare Betriebswechsel ohne Einschaltung der Arbeitsverwaltung vor sich.

12. Um die Arbeitsvermittlung zu intensivieren und wirkungsvoller zu gestalten, werden die Vermittlungsdienste der Arbeitsverwaltung neu organisiert und personell durch 1 000 zusätzliche Stellen verstärkt. Die Arbeitsvermittlung sollte von den Betrieben noch stärker eingeschaltet werden, damit sie im Interesse aller Beteiligten — insbesondere aber der Arbeitslosen — ihre Aufgaben noch effizienter erfüllen kann. Die Arbeitsverwaltung selbst hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zu einer Vermittlungsoffensive aufgerufen.

Auf Grund des Kabinettbeschlusses vom Mai 1977 hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Untersuchung zur Motivation von Arbeitsuchenden, zur Mobilitäts- und Fortbildungsbereitschaft von Beschäftigten, zum Einstellungsverhalten der Arbeitgeber und zur Effektivität von Vermittlung und Beratung vergeben, um weitere Erkenntnisse für gezielte Hilfen und Maßnahmen zu gewinnen.

13. Mit dem im Januar 1978 in Kraft getretenen Vierten Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wurden die Voraussetzungen zur Erhöhung der Vermittlungsbereitschaft und Vermittlungsfähigkeit weiter verbessert. Insbesondere wurden die Vorschriften über das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe modifiziert. Eine kurzfristige, geringer entlohnte Tätigkeit zwischen zwei Perioden der Arbeitslosigkeit führt grundsätzlich nicht mehr zu einem niedrigeren Arbeitslosengeld. Sperrzeiten wegen unbegründeter Aufgabe des Arbeitsplatzes oder Ablehnung einer zumutbaren Tätigkeit werden auf die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld angerechnet. Außerdem wurden Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe für Berufsanfänger der zuvor bezogenen Ausbildungsvergütung angenähert. Die Bereitschaft von Bauarbeitern, vorübergehend auf einer Baustelle außerhalb des Geltungsbereichs des Arbeitsförderungsgesetzes zu arbeiten, wird dadurch gestärkt, daß die Bauarbeiter auch für die auf diesen Baustellen geleisteten Arbeitsstunden Wintergeld erhalten können.

Förderung der Mobilität und der Beschäftigung längerfristig Arbeitsloser; Beschäftigungsförderung Schwerbehinderter

14. Längerfristig Arbeitslose bedürfen gerade in einer Zeit allgemeinen Arbeitsplatzmangels besonderer Hilfen für die Wiederbeschäftigung. Hierbei haben die Eingliederungsbeihilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz ganz besonderes Gewicht.

Die Zahl der bewilligten Anträge auf Eingliederungsbeihilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose hat sich z. B. im ersten Halbjahr 1977 gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. In der Regel werden bis zu 60 v. H. des Lohns oder Gehalts bis zur Dauer eines Jahres gewährt. Die im Haushaltsplan 1978 der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehenen Mittel für Eingliederungshilfen und zur Förderung der Arbeitsaufnahme sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angehoben.

15. Im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Programms vom November 1976 standen aus Bundesmitteln 430 Millionen DM für zusätzliche Mobilitätshilfen und Eingliederungshilfen für längerfristig Arbeitslose und 100 Millionen DM aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte zur Verfügung. Das Mobilitäts- und Eingliederungsprogramm ist in den Jahren 1977 und 1978 beschäftigungswirksam. Bis Dezember 1977 wurden durch Mobilitätszulagen nach diesem Programm rd. 30 000, durch Eingliederungsbeihilfen rd. 19 000 und durch Umzugskosten- und Einrichtungsbeihilfen rd. 10 000 Personen gefördert. Nach dem Programm für Schwerbehinderte konnten 8 700 Personen in Ausbildung oder Arbeit eingegliedert werden. Ein zweites Sonderprogramm für Schwerbehinderte mit einem Volumen von ebenfalls 100 Millionen DM ist Januar 1978 angelaufen. Damit können voraussichtlich wiederum rd. 8 000 bis 9 000 Schwerbehinderten Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Die Bundesregierung wird auch weiterhin diesem Personenkreis höchste beschäftigungspolitische Aufmerksamkeit

widmen. Sie wird sich besonders dafür einsetzen, daß die Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst erfüllt wird.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

16. Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach dem Arbeitsförderungsgesetz bieten die Möglichkeit, auch unmittelbar zur Schaffung von Arbeitsplätzen — gezielt für Arbeitslose — beizutragen. Mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden Arbeitsgelegenheiten gerade auch für Problemgruppen des Arbeitsmarktes eröffnet.

Der Haushalt 1977 der Bundesanstalt für Arbeit sah Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in einem Volumen von 755 Millionen DM vor. Einschließlich der übertragenen Mittel aus dem Jahre 1976 und der Mittel von Bund und Ländern wurden zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für etwa 38 000 Arbeitslose geschaffen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit liegt der gesamte — direkte und indirekte — Beschäftigungseffekt dieser Maßnahmen bei rd. 72 000 Personen. Der Haushaltsplan 1978 der Bundesanstalt für Arbeit enthält Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 1 000 Millionen DM. Einschließlich der im Jahre 1978 wirksamen Bundes- und Landesmittel können voraussichtlich rd. 47 000 Arbeitslose beschäftigt werden, bei einem Gesamtbeschäftigungseffekt — nach Berechnungen des Instituts — von rd. 90 000 Personen.

17. Im Mai 1977 hat die Bundesregierung weitere Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz bereitgestellt. Einschließlich eines Betrages aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 200 Millionen DM umfassen sie

- 330 Millionen DM für die Fortführung bewährter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor allem für Problemgruppen des Arbeitsmarktes (Ältere, Frauen, langfristig Arbeitslose, Angestellte);
- 270 Millionen DM für einen neuen Schwerpunkt: die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im sozialen Dienst, insbesondere auch für teilzeitarbeitsuchende Frauen. Damit wird versucht, die Dekkung eines dringlichen gesellschaftlichen Bedarfs unmittelbar mit Beschäftigungsförderung zu verbinden.

Die Förderungsfrist des Programms für soziale Dienste ist inzwischen auf zwei Jahre verlängert worden. Der Erfolg hängt nicht zuletzt von der Aufnahmebereitschaft der Träger sozialer Dienste ab.

Kurzarbeitergeld

18. Durch die Gewährung von Kurzarbeitergeld werden Arbeitsplätze bei vorübergehendem Arbeitsausfall erhalten und sonst drohende Arbeitslosigkeit vermieden. Obgleich die Kurzarbeit im Vergleich zum Tiefpunkt der Rezession erheblich zurückgegangen ist, hat das Kurzarbeitergeld nach wie vor eine wichtige beschäftigungsichernde Aufgabe. Im Jahre 1977 hat die Bundesanstalt für Arbeit rd. 595 Millionen DM hierfür ausgegeben. Damit konnte — nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung — ein Rückgang der Beschäftigung um rd. 77 000 Personen vermieden werden. Der Haushaltsplan 1978 der Bundesanstalt für Arbeit enthält Mittel für Kurzarbeitergeld in Höhe von 798 Millionen DM, wodurch — nach Angaben des Instituts — voraussichtlich eine Abnahme der Beschäftigung um rd. 84 000 verhindert werden kann.

Wegen der anhaltenden Beschäftigungsschwäche ist es auch weiterhin notwendig, Kurzarbeitergeld über die normale Bezugsfrist von sechs Monaten hinaus zu gewähren. Die Verordnungen über die Verlängerung der Dauer für den Bezug des Kurzarbeitergeldes von Januar, Juni und Dezember 1977 ermöglichen es, Kurzarbeitergeld über die Regelbezugsfrist hinaus grundsätzlich bis zu 21 Monaten, in einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken bis zur gesetzlichen Grenze von 24 Monaten zu gewähren.

Angleichung der bei Massenentlassungen geltenden Rechtsvorschriften in der Europäischen Gemeinschaft

19. Die bei „Massenentlassungen" geltenden Vorschriften werden erweitert und in der Europäischen Gemeinschaft harmonisiert. Entsprechend der vom Rat der Europäischen Gemeinschaften beschlossenen Richtlinie zur Angleichung der bei Massenentlassungen geltenden Rechtsvorschriften hat die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften ein Änderungsgesetz zum Kündigungsschutzgesetz vorgelegt.

Das neue Recht sieht eine verstärkte Pflicht des entlassenden Betriebs zur Anhorung des Betriebsrats vor. Außerdem werden Großbetriebe ab 500 Arbeitnehmer künftig schon bei 30 anstatt bei 50 vorgesehenen Entlassungen gegenüber dem Arbeitsamt anzeigepflichtig. Nach der Neuregelung wird die Arbeitsverwaltung früher über bevorstehende Entlassungen unterrichtet, so daß sie rechtzeitig Maßnahmen zur Vermittlung einleiten kann.

4. Soziale Aspekte der Bildungspolitik; Förderung der beruflichen Qualifikation

20. Die Bildungschancen bestimmen weitgehend die persönliche und berufliche Entwicklung des einzelnen; die wirtschaftliche Entwicklung und der Wohlstand einer Gesellschaft hängen nicht zuletzt auch vom Bildungsstand ihrer Mitglieder ab. Bildungspolitik ist daher auch eine gesellschaftliche Aufgabe von außerordentlicher Bedeutung. Dementsprechend ist das Bildungswesen in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren stark ausgebaut worden.

21. Ungleichheiten der Bildungschancen und Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Bildungswegen müssen verhindert oder abgebaut werden. Der Ausbau des Bildungswesens hat hier deutliche Verbesserungen bewirkt; die Probleme regionaler und sozialer Benachteiligung sind jedoch noch nicht alle beseitigt. Bei den veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt besteht außerdem die Gefahr, daß gerade diejenigen, die in den anspruchsvollen und aussichtsreichsten Bildungsgängen unterrepräsentiert sind, als erste wieder davon absehen, gegebene Bildungschancen zu nutzen.

Besondere bildungspolitische Bemühungen erfordern die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kinder ausländischer Arbeitnehmer (vgl. Tz. 44). Die Bundesregierung fördert Forschungsvorhaben, Informations- und Beratungssysteme sowie Modellversuche, die auf eine weitere Verbesserung in diesen Bereichen gerichtet sind.

Bildung soll u. a. den einzelnen befähigen, sich im Erwerbsleben mit Erfolg zu behaupten und wechselnden beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Abschlüsse im allgemeinen Bildungssystem sollen und können jedoch den Lebens- und Berufsweg nicht weithin unabänderlich vorprägen. Die Möglichkeiten für den Übergang vom Bildungssystem in die Berufswelt sind deshalb so flexibel zu gestalten, daß sie auch veränderten Bedingungen im Beschäftigungssystem entsprechen. Im Arbeitsleben selbst sind eine gute Berufsausbildung und die Möglichkeit und Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung die besten Voraussetzungen, individuelle Beschäftigungsrisiken einzuschränken.

22. In der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 hat der Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß unterschiedliche Entwicklungen im Bildungswesen aus der Sicht gesamtstaatlicher Verantwortung und unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung einheitlicher Lebensverhältnisse Anlaß zur Sorge geben. Der Bundeskanzler hat dabei einen Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag zu Problemen des föderativen Bildungssystems angekündigt, der auch Lösungsvorschläge — gegebenenfalls durch eine Änderung der Kompetenzverteilung — enthalten werde. Dieser Bericht wurde dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat am 22. Februar 1978 zugeleitet. Er befaßt sich in weiten Teilen auch mit Mobilitätshindernissen, die für die Arbeitnehmer und ihre Berufswahl und Berufsausübung von Bedeutung sind.

Ausbildung

23. Die wichtigste bildungspolitische Aufgabe der kommenden Jahre ist es, für die Angehörigen der besonders starken Geburtsjahrgänge der 60er Jahre, die die allgemeinbildenden Schulen jetzt verlassen, ausreichende und zukunftsorientierte berufliche Bildungsangebote in Betrieben, Schulen und Hochschulen bereitzustellen. Der Abbau des Numerus clausus und die Ausweitung beruflicher Bildungsangebote bei Sicherung ihrer Qualität sind daher Schwerpunkte der Politik der Bundesregierung.

24. Der Ausbau der beruflichen Bildung ist im Hinblick auf die geburtenstarken Jahrgänge und das besondere Arbeitsplatzrisiko für Ungelernte eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Dabei geht es vor allem um:

- Sicherung eines für alle Jugendlichen ausreichenden und qualifizierten Ausbildungsplatzangebots,
- verstärkte Leistungen des Staates für die berufliche Bildung,
- Weiterentwicklung der Qualität der beruflichen Bildung.

25. Mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz wurde 1976 die Sicherung einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen erstmals als Ziel der Berufsbildung gesetzlich fixiert. Der Bedarf an Ausbildungsplätzen und die Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen sind jetzt entscheidende Maßstäbe. Auf der Grundlage dieses Gesetzes haben die verantwortlichen Beteiligten (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Bund und Länder) für die Berufsbildung 1977 erstmals am Anfang des Ausbildungsjahres eine Vorausschau auf das zu erwartende Ausbildungsplatzangebot und die Nachfrage vorgenommen.

26. Nach den vorgelegten Daten und Planungen und der Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für die Berufsbildung konnte die Bundesregierung davon ausgehen, daß die an der Berufsbildung Beteiligten im Jahre 1977 eine wesentliche Steigerung des Angebots an Ausbildungsplätzen herbeiführen werden. Unbefriedigend ist vor allem aber noch das Ausbildungsplatzangebot für Mädchen.

Das Gesamtangebot betrug 1977 insgesamt rd. 584 300 Plätze. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 1976 um 13 v. H. Gegenüber dem Jahr 1974 erhöhte sich das Ausbildungsplatzangebot um mehr als 100 000. Die Gesamtnachfrage betrug 1977 insgesamt 585 900. Das waren gegenüber 1976 11,3 v. H. Jugendliche mehr.

27. In jüngster Zeit hat die Bundesregierung wesentliche finanzielle Voraussetzungen für den Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung und für die Entwicklung neuer Ausbildungswege geschaffen. Insgesamt werden unter Einschluß ergänzender Mittel der Länder rd. 2,3 Mrd. DM bis einschließlich 1979 zusätzlich bereitgestellt. Diese Mittel dienen vor allem dem Bau und der Einrichtung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Berufsschulen und Berufsfachschulen. Gleichzeitig sind gemeinsam von Bund und Ländern Stufenpläne und das Programm zur Minderung von Beschäftigungsrisiken Jugendlicher beschlossen worden. Hierin wird dargelegt, in welchem Maße

- der Ausbau beruflicher Bildungseinrichtungen vorgenommen,
- die Bildungsangebote für Jugendliche ohne Schulabschluß und ohne Berufsausbildung ververstärkt und
- der Mangel an Berufsschullehrern abgebaut werden müssen.

28. Bis Ende 1977 wurden zur Sicherung der Qualität der Berufsausbildung 66 Ausbildungsordnungen für insgesamt 105 Ausbildungsberufe modernisiert bzw. neu erarbeitet. Davon sind mehr als 630 000 Jugendliche betroffen. Die Verbesserung der Ausbildungsordnungen zu beschleunigen, wird zu den wesentlichen Aufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung gehören. Vor allem soll eine bessere Abstimmung von betrieblichen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen für Berufsschulen erreicht werden.

29. Um die Chancen für eine Berufsausbildung der Jugendlichen zu erhöhen, tritt die Bundesregierung für eine Ausweitung der Plätze im Berufsgrundbildungsjahr als 10. Bildungsjahr ein. Ein Jahr beruflicher Grundbildung soll mit Vorrang Jugendlichen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden.

30. An den Hochschulen ist durch den Beschluß der Regierungschefs vom 4. November 1977 der Numerus clausus von gut 40 auf nunmehr 12 Fächer abgebaut worden. Damit werden die Hochschulen weitgehend von der Bewirtschaftung des Mangels befreit. Die vorhandenen Kapazitäten werden voll ausgenutzt. 85 v. H. der Studienplätze sind vom zentralen Auswahlverfahren befreit. Die Mehrzahl aller Studienbewerber kann also das Studienfach frei wählen. Bei Überlastung einzelner Hochschulen findet nur eine Verteilung zwischen den Hochschulorten statt.

Soziale Leistungen für Schüler, Auszubildende und Studenten

31. Die in den letzten Jahren erreichte wirtschaftliche und soziale Sicherung von Schülern und Studenten ist zu Beginn dieser Legislaturperiode mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom April 1977 weiter ausgebaut worden:

- Die Bedarfssätze für die Förderung wurden um 16 v. H. angehoben. Das bedeutet für Schüler an allgemeinbildenden Schulen, die bei den Eltern wohnen, eine Steigerung von 200 auf 235 DM und für auswärts wohnende Studenten von 500 580 DM.
- Die Freibeträge vom Einkommen des Auszubildenden, seiner Eltern und seines Ehegatten sind um rd. 18 v. H. angehoben worden. So steigt der Beibetrag vom Einkommen der Eltern z. B. von 960 auf 1 130 DM und der vom Einkommen eines Studenten von 200 auf 240 DM.
- Der pauschale Abzug der Aufwendungen zur sozialen Sicherung von den Einkünften ist spürbar erhöht worden.
- Für die Anrechnung von Vermögen gelten neue Vorschriften.

Die Gesamtaufwendungen von Bund (65 v. H.) und Ländern (35 v. H.) für die Ausbildungsförderung betrugen 1977 gut 2,5 Mrd. DM und werden 1978 auf über 3,1 Mrd. DM steigen.

Mit diesen Beträgen wurden 1977 im Jahresdurchschnitt etwa 320 000 Schüler und 330 000 Studenten gefördert. Im Jahr 1978 dürften sich diese Zahlen etwa auf 350 000 bzw. 365 000 erhöhen.

32. Die finanzielle Förderung der Berufsausbildung aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, die Berufsausbildungsbeihilfe, ist zum April 1977 ebenfalls verbessert worden. Der Bedarfssatz für den Lebensunterhalt eines unverheirateten Auszubildenden, der nicht bei seinen Eltern wohnt, wurde von 305 DM auf 350 DM erhöht. Außerdem sind die Einkommensfreigrenzen angehoben worden. Um die Entscheidung für die Aufnahme einer Ausbildung außerhalb des Wohnorts der Eltern zu erleichtern, wurde der Zusatzfreibetrag, der bei einer auswärtigen Unterbringung gewährt wird, überdurchschnittlich erhöht.

33. Die Bedeutung von berufsvorbereitenden Maßnahmen für noch nicht berufsreife, arbeitslose oder behinderte Jugendliche ist weiter gewachsen. Die Zahl der geförderten Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen — abgeschlossene Grundausbildungslehrgänge, Förderungslehrgänge und Lehrgänge zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten — ist von 7 900 im Jahr 1971/72 auf rd. 38 100 im Jahr 1976/77 gestiegen. Mit hohen Teilnehmerzahlen ist auch in Zukunft zu rechnen.

34. In den vergangenen Jahren bildete die Förderung des Wohnraumbaus für Studenten neben der Ausbildungsförderung einen Schwerpunkt der Sozialpolitik der Bundesregierung im Hochschulbereich. Besonders berücksichtigt wurde dabei der Bedarf von verheirateten Studenten, von Studenten mit Kindern und von behinderten Studenten. Die Sicherung einer angemessenen Versorgung der Studenten mit Wohnraum, gerade auch in den kommenden Jahren, in denen ein weiteres Ansteigen der Studentenzahlen zu erwarten ist, bleibt ein wichtiges Ziel der Politik der Bundesregierung.

Die Aufgabe der Studentenwohnraumförderung nehmen Bund und Länder gemeinsam wahr. Grundlage sind hierbei gemeinsame Richtlinien aus dem Jahre 1972. Der Bund hat seit Verabschiedung der Förderungsrichtlinien 1972 bis 1976 insgesamt rd. 517 Millionen DM für den Studentenwohnraumbau zur Verfügung gestellt. Der Bestand an Wohnheimplätzen konnte von rd. 58 600 im Jahre 1971 auf rd. 97 300 im Jahre 1976 erhöht werden. Für die nächsten Jahre haben Bund und Länder Mitte 1976 einen Förderungsplan für den Studentenwohnraumbau verabschiedet. Er sieht vor, daß bis Mitte der 80er Jahre weitere rd. 51 000 Wohnheimplätze geschaffen werden sollen. Dieses Ausbauziel sichert auch für die Zeit der größten Nachfrage nach Studienplätzen ein angemessenes Angebot.

Weiterbildung

35. Neben Verbesserungen im Bereich der Erstausbildung gehören der Ausbau der Weiterbildung und die Förderung bildungsbenachteiligter Gruppen zu den wichtigen bildungs- und berufspolitischen Aufgaben. Dem Ausbau der Weiterbildung ist deshalb auch bei den Arbeiten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung besonderes Gewicht beizumessen.

36. Die Erhaltung und Verbesserung der beruflichen Qualifikation ist gerade auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen von zentraler Bedeutung. Berufliche Fortbildung und Umschulung schaffen die Voraussetzungen dafür, daß Arbeitnehmer die technischen Entwicklungen in der Arbeitswelt und strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft und in der internationalen Arbeitsteilung beruflich mitvollziehen können. Neben strukturpolitischen Maßnahmen tragen sie damit zum qualitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bei.

Für den einzelnen ist die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung neben einer guten Ausbildung die beste Möglichkeit zur Verringerung von Beschäftigungsrisiken.

Förderung der Weiterbildung

Berufliche Fortbildung und Umschulung gehören daher zu den wichtigsten Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik.

Für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sind in den Haushalt 1978 der Bundesanstalt für Arbeit fast 1,5 Mrd. DM eingestellt worden, davon für Unterhaltsgeld fast 1,1 Mrd. DM. Dabei wird mit etwa 70 000 Empfängern von Unterhaltsgeld gerechnet.

37. Durch die „Verordnung zur Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung bei ungünstiger Beschäftigungslage" vom Dezember 1976 sind für das Jahr 1977 die Möglichkeiten der Bildungsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz erheblich erweitert worden. Die Verordnung ist Ende 1977 außer Kraft getreten und für 1978 durch eine sachlich und personell erweiterte ersetzt worden. Sie richtet sich vor allem an arbeitslose Jugendliche und sieht deshalb vor, daß von der Forderung nach einer vorangegangenen beruflichen Praxis als Voraussetzung für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen Ausnahmen gemacht werden können.

38. Von der Verordnung werden folgende Personengruppen begünstigt:

- Arbeitslose, die nach abgeschlossener Berufsausbildung oder bei fehlender Berufsausbildung nach dreijähriger Tätigkeit als Ungelernte einer beruflichen Bildungsmaßnahme bedürfen, um in Arbeit vermittelt zu werden. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung erweitert die Verordnung die Möglichkeiten, eine bisher fehlende Abschlußprüfung nachzuholen oder im Wege der Umschulung zu einem qualifizierten Berufsabschluß zu gelangen.
- Arbeitslose, die bereits einmal nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert worden sind und zur Vermittlung in Arbeit einer weiteren Bildungsmaßnahme bedürfen.
- Strafgefangene, die vor ihrer Entlassung aus der Haft einer beruflichen Bildungsmaßnahme bedürfen, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen.
- Aussiedler, die bereits einmal während der Teilnahme an einem Sprachlehrgang nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert worden sind.
- Antragsteller, die zuvor während der Teilnahme an einer kurzfristigen Maßnahme nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert worden sind, jedoch zur Vermittlung in Arbeit oder zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit einer weiteren Bildungsmaßnahme bedürfen.

Voraussetzung für eine Förderung nach dieser Verordnung ist grundsätzlich, daß der Antragsteller arbeitslos und die Teilnahme an der Maßnahme notwendig ist, um ihn angemessen beruflich eingliedern zu können.

39. Darüber hinaus wurde die Bildungsförderung auch durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes fortentwickelt. Die Änderungen zielen darauf ab, den Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung zu erleichtern und dadurch die Vermittlungsfähigkeit vor allem der Arbeitslosen zu verbessern. Für kurzzeitige Maßnahmen, die insbesondere der beruflichen Anpassung oder der Vorbereitung längerfristiger Maßnahmen dienen, sind jetzt keine Zwischenpraxiszeiten mehr Vorbedingung. Die Regelung der Bagatellfälle in der Verordnung ist damit als Dauerregelung in das Arbeitsförderungsgesetz übernommen worden. Ferner ist für alleinstehende Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen die Kostenerstattung bei auswärtiger Unterbringung verbessert worden.

Die Bundesregierung mißt der beruflichen Weiterbildung auch künftig hohes Gewicht zu. Sie wird insbesondere entsprechend den Anregungen von Bundestag und Bundesrat prüfen, ob das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der beruflichen Weiterbildung weiter ausgebaut werden kann.

5. Ausländerbeschäftigung

Lage und Entwicklung

40. In den letzten Jahren nahm die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer — wenn auch verlangsamt — weiter ab. Ende Juni 1977 wurden rd. 1,89 Millionen beschäftigte ausländische Arbeitnehmer gezählt, das sind knapp 49 000 weniger als ein Jahr zuvor und rd. 182 000 weniger als vor zwei Jahren.
zuvor und rd. 182 000 weniger als vor zwei Jahren.
Einschließlich der Arbeitslosen ergab sich im Juni 1977 eine Gesamtzahl von fast 2 Millionen ausländischen Arbeitnehmern.

Die Beschäftigungslage der ausländischen Arbeitnehmer war Ende 1977 / Anfang 1978 etwas ungünstiger als bei deutschen Arbeitnehmern. Im längerfristigen Vergleich entspricht die Beschäftigungssituation der ausländischen Arbeitnehmer jedoch insgesamt der allgemeinen Entwicklung.

Grundlinien künftiger Ausländerbeschäftigungspolitik

41. Im Jahre 1977 war die Ausländerbeschäftigungspolitik Gegenstand intensiver Beratungen zwischen Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und gesellschaftlichen Gruppen. Eine Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung der Ausländerbeschäftigungspolitik hat im Februar 1977 ihre Vorschläge unterbreitet. Das von der Kommission vorgelegte Konzept wurde im April 1977 von der Arbeitsministerkonferenz und im Juni 1977 von der Innenministerkonferenz beraten und gebilligt. Auch die Bundesregierung stimmt der Konzeption insgesamt zu. Damit ist eine für Bund und Länder gleichermaßen tragfähige Basis der künftigen Ausländerbeschäftigungspolitik geschaffen worden.

Das Konzept umfaßt sowohl die Aufgabe der sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien als auch die Aufgabe der weiteren Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung. Für die Bundesregierung bleibt die Feststellung von besonderer Bedeutung, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist. Es wird vielmehr davon ausgegangen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer in der Regel nach mehr oder weniger langem Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren. Staat und Gesellschaft haben jedoch die Verpflichtung, die notwendige Eingliederung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft zu fördern und zu unterstützen. Die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien sollen einen sozial und rechtlich gesicherten Status in unserer Gesellschaft haben. Ein besonderes Maß an sozialer Verantwortung ergibt sich dabei gegenüber der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden zweiten Ausländergeneration.

Andererseits ist eine weitere Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung erforderlich, denn die Aufnahmefähigkeit des inländischen Arbeitsmarktes bleibt insbesondere wegen der ins Erwerbsleben eintretenden starken Geburtenjahrgänge eng begrenzt. Zwangsmaßnahmen lehnt die Bundesregierung jedoch ab.

42. Wesentliche Vorschläge der Arbeitsministerkonferenz sind:

Zur sozialen Integration

— Der aufenthaltsrechtliche Status der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen soll stufenweise verfestigt werden. In der Regel soll nach fünf Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis und nach acht Jahren die Aufenthaltsberechtigung erteilt werden. Entsprechend sollen ausländische Arbeitnehmer bereits nach acht Jahren auch die unbefristete Arbeitserlaubnis erhalten. Änderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes und der Arbeitserlaubnisverordnung sind in Vorbereitung. Sie sollen noch 1978 in Kraft treten.

— Die Ausländerbeschäftigungspolitik soll sich in besonderem Maße auf die Probleme der heranwachsenden zweiten Generation konzentrieren.

— Die Vorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für eine erstmalige Beschäftigungsaufnahme sollen grundsätzlich unverändert bleiben. Aus humanitären und gesellschaftspolitischen Gründen erhalten jedoch Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die bis Ende Dezember 1976 zu ihren Eltern in das Bundesgebiet eingereist sind, eine Arbeitserlaubnis unter Beachtung des Vorranges deutscher und ihnen gleichgestellter ausländischer Arbeitnehmer. Diese Neuregelung ist Juni 1977 in Kraft getreten.

Zur Konsolidierung

— Der Anwerbestopp soll uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben.

— Der Anspruch auf Erteilung der besonderen Arbeitserlaubnis soll künftig nicht mehr vom Arbeitserlaubnisanspruch des Ehegatten abgeleitet erworben werden können. Die vorbereitete Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung wird jedoch gleichzeitig für Kinder ausländischer Arbeitnehmer Verbesserungen beim abgeleiteten Anspruch auf Arbeitserlaubnis bringen.

— Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sollen unterstützt werden, wobei den Heimatländern eine wichtige eigene Verantwortung in Fragen der Wiedereingliederung zukommt.

  Die Möglichkeiten für konkrete arbeitsplatzschaffende Rückkehrförderungsprogramme werden gegenwärtig geprüft.

Soziale Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen

43. Wesentlich für eine Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen ist eine möglichst umfassende soziale Beratung. Mit finanzieller Unterstützung aus Mitteln des Bundes und der Länder und unter beträchtlichem Einsatz von Eigenmitteln haben die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und deutsche Gewerkschaften ein dichtes Netz besonderer Sozialdienste für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien im Bundesgebiet errichtet. In rd. 560 Sozialberatungsstellen und zahlreichen arbeits- und sozialrechtlichen Beratungsbüros sind fast ausschließlich ausländische Mitarbeiter für ihre Landsleute tätig.

44. Die Bundesregierung sieht in Übereinstimmung mit den Ländern die künftigen Schwerpunktaufgaben der Eingliederungsarbeit in der Verbesserung der schulischen und beruflichen Chancen der in der

Bundesrepublik Deutschland heranwachsenden zweiten Ausländergeneration. Der überwiegende Teil der Ausländerkinder erreicht heute keinen Hauptschulabschluß. Ihre Chancen für eine geordnete Berufsausbildung oder -qualifizierung sind daher gering. Die Folge sind auch besondere Beschäftigungsrisiken. Gesellschaftliche Aufgabe ist es daher, auch die Voraussetzungen für die Berufschancen der Ausländerkinder zu verbessern und drohende soziale Konflikte zu vermeiden.

45. Die Eingliederungsbemühungen werden sich insbesondere auf folgende Maßnahmen konzentrieren:

— Außerschulische Betreuung: Diese Maßnahmen werden bundesweit über die Länder in Form von Hausaufgabenhilfen gefördert. Die Betreuung erfolgt in gemischten Gruppen von deutschen und ausländischen Kindern und ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß den Ausländerkindern bessere Bildungschancen eröffnet werden.

— Berufsvorbereitung ausländischer Jugendlicher: Ziel dieser Maßnahme ist es, durch Berufsorientierung und Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten die ausländischen Jugendlichen zu befähigen, an weiterführenden berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz teilzunehmen oder unmittelbar ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis einzugehen. Das Programm wird nach Abschluß der Erprobungsphase seit Herbst 1977 mit Beteiligung der Länder bundesweit durchgeführt.

— Allgemeine Sprachförderung: Ausreichende Sprachkenntnisse sind unabdingbare Voraussetzung für die soziale Eingliederung. Deshalb soll der Sprachunterricht durch das Zusammenwirken von überregionalen Sprachkursträgern und von Bund und Ländern im Sprachverband „Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e. V." inhaltlich und organisatorisch weiter verbessert werden. Daneben werden die Bemühungen, Sprachlehrer fortzubilden, fortgeführt.

II. Konsolidierung und Weiterentwicklung der Rentenversicherung

46. In der Gesamtheit der öffentlichen Sozialleistungen nehmen die wirtschaftliche Sicherung für das Alter, für den Fall der Invalidität und die Hinterbliebenensicherung zusammen sowohl in ihrer sozialen Bedeutung als auch im Umfang ihrer Leistungen den ersten Rang ein. Immerhin bestreitet der weitaus überwiegende Teil der Alten, der Invaliden und der Witwen und Waisen ihren Lebensunterhalt vornehmlich aus Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, deren Aufwendungen dafür mit mehr als 100 Mrd. DM pro Jahr rd. 30 v. H. aller Sozialleistungen in der Bundesrepublik ausmachen.

Jährlich werden rd. 1 Million Renten neu bewilligt. Davon sind etwa 70 v. H. Renten für die Versicherten selbst und 30 v. H. Hinterbliebenenrenten. Unter den Versichertenrenten sind mehr als drei Viertel Altersruhegelder. Dieser Anteil hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, weil starke Geburtsjahrgänge von Anfang dieses Jahrhunderts in das Rentenalter gekommen sind.

Das Finanzierungssystem der Rentenversicherung beruht auf dem Umlageverfahren. Beiträge werden danach nicht für den einzelnen als Kapital angesammelt, sondern eingezogen und sogleich als Renten wieder ausgegeben. Die Beitragszahler heute finanzieren also die heutigen Renten in der Gewißheit, daß künftige Generationen die gleiche Verpflichtung ihnen gegenüber haben (Generationenvertrag).

1. Stabilisierung der Finanzentwicklung

47. Die Finanzsituation der Rentenversicherung wird grundlegend und vor allem längerfristig bestimmt von dem Verhältnis der Rentnerzahl zur Versichertenzahl. Gerade hier hat es durch die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung eine deutliche Verschlechterung gegeben.

48. Die Finanzentwicklung der Rentenversicherung ist darüber hinaus untrennbar mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Jede Veränderung der wirtschaftlichen Lage hat daher zwangsläufig Auswirkungen auf die Rentenversicherung. So hat die Entwicklung der letzten Jahre mit dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten und langsamer wachsenden Löhnen und Gehältern bei der Rentenversicherung zu bedeutenden Einnahmeausfällen geführt. Eine Verminderung der Beschäftigtenzahl jeweils um 200 000 hat bewirkt, daß der Rentenversicherung jährlich rd. 1 Mrd. DM an Beiträgen weniger zugeflossen sind. Je ein Prozentpunkt niedrigerer Zuwachs bei Löhnen und Gehältern hat ebenfalls einen Einnahmeausfall der Rentenversicherung von jährlich rd. 1 Mrd. zur Folge. Dem steht eine merkliche Ausgabensteigerung gegenüber. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt veranlaßt mehr Arbeitnehmer, vorzeitig Rente zu beantragen. 100 000 Rentner mehr bedeuten für die Rentenversicherung Mehrausgaben

von rd. 1 Mrd. DM jährlich. Es kommt hinzu, daß in Zeiten des Einnahmerückgangs die Rentenanpassungen noch von hohen Lohnsteigerungsraten bestimmt wurden, die in konjunkturell günstigeren Jahren zu verzeichnen waren. 1 v. H. Rentenerhöhung bedeutet aber ebenfalls Mehrausgaben von rd. 1 Mrd. DM jährlich.

49. Auch das frühere Verfahren zur Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner hatte die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten erheblich belastet. Es führte in den Jahren 1971 bis Mitte 1977 zu Überzahlungen von rd. 17,5 Mrd. DM, die andererseits von den Krankenkassen nicht zurückgefordert werden konnten, weil dies zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer finanziellen Grundlagen geführt hätte (vgl. Tz. 98).

50. Angesichts dieser Situation und der jeweils vorausschaubaren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war und ist es für die Bundesregierung eine vordringliche Aufgabe, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Rentenversicherung und damit die Stabilität des Generationenvertrags zu gewährleisten.

51. Mit der Vorlage des Gesetzes zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung zog die Bundesregierung notwendige Konsequenzen aus den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Rezession auf die Finanzentwicklung der Rentenversicherung. Das Gesetz brachte Verbesserungen auf der Einnahmenseite und entlastete die Ausgabenseite der Rentenversicherung. Gleichzeitig wurde die Rentenversicherung von sachfremden Risiken entlastet und ihre Finanzentwicklung vom Konjunkturverlauf unabhängiger gemacht. Darüber hinaus wurden auch rechtliche Grundlagen für mehr Gerechtigkeit im Verhältnis von Beiträgen und Leistungsansprüchen des einzelnen geschaffen.

52. Den Konsolidierungsmaßnahmen des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes lagen die Anfang 1977 maßgebenden mittelfristigen Annahmen der Bundesregierung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts 1977 zugrunde. Der gegenüber der Vorausschätzung ungünstiger verlaufenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Laufe des Jahres 1977 und deren weiteren Auswirkungen auf die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung hat die Bundesregierung bereits im September 1977 Rechnung getragen. Die Maßnahmen umfassen die Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsempfänger schon ab 1. Juli 1978, die Übernahme der Kinderzuschüsse der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe des Kindergeldes durch den Bund ab Januar 1979 und die vorzeitige Auszahlung gestundeter Bundeszuschüsse.

53. Die Fortdauer der abgeschwächten wirtschaftlichen Entwicklung führte im Januar 1978 — nicht zuletzt wegen der außenwirtschaftlichen Risiken — zur Korrektur der Annahmen der Bundesregierung über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung.

Auf der Grundlage dieser neuen gesamtwirtschaftlichen Annahmen für den Fünfjahreszeitraum von 1978 bis 1982 ergaben sich in der Vorausschätzung der Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten Einnahmen in einer Größenordnung von rd. 650 Mrd. DM.

Wenn die Renten nach dem bisherigen Bruttoverfahren erhöht würden, benötigte die Rentenversicherung für die Zahlung der laufenden Renten, die Rentenerhöhungen und die übrigen Ausgaben ein Finanzvolumen von insgesamt über 680 Mrd. DM. Rechnerisch entstünde bis 1982 eine Finanzlücke von rd. 32 Mrd. DM (bis 1981: rd. 21 Mrd. DM).

Zwar ist die gesetzliche Rentenversicherung in die Phase des sich abflachenden Wirtschaftswachstums mit hohen Rücklagen hineingegangen. Daher und als Folge der bisherigen Maßnahmen ergeben sich auch im Jahre 1978 keine Finanzierungsprobleme; das in diesem Jahr entstehende Defizit aus Einnahmen und Ausgaben kann voll aus der Rücklage abgedeckt werden.

Zur Schließung der ab 1979 sich abzeichnenden Finanzlücke sollen nach dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes die durch die Rentenerhöhungen der kommenden drei Jahre bewirkten Ausgabenzuwächse begrenzt und die Einnahmen der Rentenversicherung verbessert werden. Zugleich soll die mit den Maßnahmen des Jahres 1977 begonnene, funktionsgerechte Risikoverteilung zwischen den Institutionen der sozialen Sicherung fortgeführt werden.

Die 1977 bereits verabschiedeten und die nunmehr vorgesehenen Maßnahmen stabilisieren den Generationenvertrag auch angesichts der veränderten wirtschaftlichen Lage. Sie werden das sozial ausgewogene Verhältnis zwischen Beitragsbelastung der Versicherten und Rentenleistungen erhalten. Die Rentner bleiben am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt.

2. Rentenanpassungen

Zwanzigste Rentenanpassung

54. Mit der Anpassung zum 1. Juli 1977 um 9,9 v. H. sind die Renten im Jahresdurchschnitt 1977 um 113,6 v. H. und im Jahre 1978 um 123,7 v. H. höher als im Jahre 1969. Das durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt der erwerbstätigen Versicherten ist demgegenüber von 1969 bis 1978 um rd. 98 v. H. gestiegen. Da die Anpassung von 1. Juli 1977 erst im Jahre 1978 voll zwölf Monate wirksam wird, sind die Renten 1978 im Jahresdurchschnitt um 4,7 v. H. höher als im Jahre 1977. Im Vergleich zu den verfügbaren Arbeitseinkommen haben die Renten damit in den Jahren 1977 und 1978 den höchsten Stand seit 1957 erreicht. 1978 beträgt die Rente eines Versicherten nach 45 Versicherungsjahren im Durchschnitt rd. 73,6 v. H. und nach 40 Versicherungsjahren rd. 65,4 v. H. des Nettoarbeitseinkommens eines vergleichbaren

Arbeitnehmers. Anpassungstermin für die Rentenanpassung in der gesetzlichen Rentenversicherung ist wieder der 1. Januar eines jeden Jahres, beginnend mit dem 1. Januar 1979. Damit wurde der bis 1972 geltende Termin wiederhergestellt.

Einundzwanzigste Rentenanpassung

55. Mit dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes ist ab 1979 eine Verlangsamung des Zuwachses bei den Rentenausgaben und ab 1981 eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt vorgesehen. Die Renten sollen im Jahre 1979 um 4,5 v. H. und in den Jahren 1980 und 1981 um jeweils 4 v. H. erhöht werden. Durch diese Anpassungssätze, die von den Sätzen, die sich bei Fortsetzung des bisherigen Anpassungsverfahrens ergeben würden, vorübergehend abweichen, wird eine unausweichliche Angleichung der Rentensteigerung an das langsamere Wirtschaftswachstum und eine Harmonisierung der Einkommenszuwächse bei den Rentnern und bei den Erwerbstätigen erreicht. Die Verlangsamung der Zuwächse in den nächsten Jahren stellt also das Grundprinzip der Lohnbezogenheit der Rentendynamik nicht in Frage.

Durch die vorgeschlagenen Anpassungen bleibt die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge in den nächsten Jahren bei einer Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte entsprechend den mittelfristigen Annahmen der Bundesregierung erhalten. Die Rentner haben in den vergangenen Jahren nicht nur voll an der Entwicklung des Wohlstandes teilgenommen, sondern ihre Position gegenüber den Arbeitnehmern netto deutlich verbessert. Von daher sind die vorgeschlagenen, vorübergehend reduzierten Anpassungssätze sozial vertretbar.

Ab 1982 soll sich der Anpassungssatz wieder nach der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter richten.

Für den Fall einer unvorhersehbaren erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, beispielsweise wenn die Arbeitnehmereinkommen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren um mehr als ein Viertel langsamer steigen als in den Eckwerten der mittelfristigen Projektion vorgesehen, soll die Bundesregierung verpflichtet werden, dem Bundestag die dann notwendigen Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der Rentenversicherung vorzuschlagen (Risikoabsicherungsklausel).

56. Damit die Zugangsrenten der Jahre 1979 bis 1981 jeweils auf demselben Niveau liegen wie die Bestandsrenten, soll die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Zugangsrenten in diesen Jahren so festgesetzt werden, daß sie sich entsprechend den Anpassungssätzen für die Bestandsrenten erhöht. Damit wird die durch die im Jahre 1958 unterlassene Rentenanpassung bedingte Ungleichbehandlung der Zugangs- und Bestandsrenten beseitigt.

Nach geltendem Recht werden z. B. die im Jahre 1979 erstmals festgestellten Renten schon mit dem für 1980 geltenden Erhöhungssatz für die bereits laufenden Renten berechnet. Dafür erhalten sie im Jahre 1980 keine Erhöhung, sondern werden erst ab 1981 regelmäßig angepaßt. In Zukunft sollen die Zugangsrenten z. B. des Jahres 1979 mit dem gleichen Anpassungssatz wie die Bestandsrenten des Jahres 1979 berechnet werden. Dafür nehmen diese Zugangsrenten dann auch bereits im Jahre 1980 an der regelmäßigen Anpassung teil.

57. In der Altershilfe für Landwirte richtet sich das Ausmaß der Anpassung der Altersgelder nach der Anpassung der Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Entsprechend wurden und werden die Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte erhöht. Die Erhöhung der Altersgelder bewirkt zugleich eine Anhebung der Landabgaberenten.

3. Beiträge

Anhebung des Beitragssatzes

58. Mit dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes wird vorsorglich vorgeschlagen, den Beitrag zur Rentenversicherung von 1981 an um 0,5 v. H. des versicherungspflichtigen Einkommens, den Arbeitnehmeranteil mithin um 0,25 v. H. zu erhöhen.

Entsprechend der Regelung im Arbeitsförderungsgesetz über den Beitragssatz zur Bundesanstalt für Arbeit wird gleichzeitig eine Ermächtigung vorgesehen, den Beitragssatz nach Maßgabe der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung und unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage und deren voraussehbarer Entwicklung durch Rechtsverordnung wieder bis auf 18 v. H. zu ermäßigen.

Die Beitragszahler haben bereits zur langfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung und aus Anlaß der Rezession von 1967 erhebliche Vorleistungen erbracht. Der Beitrag zur Rentenversicherung stieg stufenweise von ursprünglich 14 auf heute 18 Prozent.

Daneben stehen die Beitragszahler mit erhöhten Beiträgen für die seit drei Jahren besonders hohen Ausgaben für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein. Schließlich finanzieren sie auch über die Beiträge zur Krankenversicherung einen Teil des Gesundheitsrisikos der Rentner mit.

Deshalb war sorgfältig abzuwägen, ob und wann den Beitragszahlern eine weitere Belastung zugemutet werden kann, ohne den Generationenvertrag zu gefährden.

Beitragsleistung freiwillig Versicherter und auf Antrag Pflichtversicherter

59. Ein freiwillig Versicherter hatte in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bis 1977 mindestens den Beitrag zu leisten, der sich aus einem Monatseinkommen von 100 DM ergab, d. h. — bei dem Beitragssatz von 18 v. H. — 18 DM.

Demgegenüber beträgt der niedrigste Pflichtbeitrag ab Juli 1977 66,60 DM und ab Januar 1978 70,20 DM. Auf Grund des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes soll künftig auch der freiwillig Versicherte mindestens den Beitrag zahlen, der von einem Pflichtversicherten mindestens zu entrichten ist. Die Angleichung wird allerdings stufenweise erfolgen; der Beitrag beträgt 1978 36 DM und 1979 72 DM.

Als Folge der mit dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes vorgeschlagenen Änderung der Grenzen für geringfügige, versicherungsfreie Beschäftigungen (vgl. Tz. 67) und der Anhebung des Beitragssatzes ab 1981 um einen halben Prozentpunkt ist in dem Entwurf ferner übergangsweise vorgesehen, den Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte auch 1980 bei 72 DM zu belassen. Durch die dann vorgesehene Beitragssatzsteigerung wird er 1981 auf 74 DM steigen und ab 1982 mit dem Mindestbeitrag für Pflichtversicherte in Höhe von voraussichtlich 78 DM übereinstimmen.

60. Während Pflichtversicherte die Beiträge kontinuierlich aus ihrem Lohn entrichten, hatten bislang freiwillig Versicherte für ihre Beitragszahlung annähernd drei Jahre Zeit. Von 1980 an haben auch sie die Beiträge noch in dem Jahr zu entrichten, für das sie gelten sollen.

61. Bei den Beratungen des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt, Rechtsänderungen vorzuschlagen mit dem Ziel, die Anpassung von Leistungen aus freiwilligen Beiträgen von einer regelmäßigen Beitragsentrichtung abhängig zu machen. Nach dem Entwurf zum Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetz führen künftig freiwillige Beiträge nur dann zu dynamisierten Rentenansprüchen, wenn sie für einen zusammenhängenden Zeitraum von wenigstens drei Kalenderjahren entrichtet werden und jährlich den Gegenwert von mindestens zwölf Mindestbeiträgen haben. Soweit diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, sollen aus den künftigen freiwilligen Beiträgen Leistungen gewährt werden, die den Leistungen für Beiträge der Höherversicherung entsprechen. An den bereits erworbenen Anwartschaften und Ansprüchen ändert sich nichts.

Auch diese Maßnahme dient der Sicherung der Beitragsgerechtigkeit und damit der Absicherung des Generationenvertrages. Denn die Finanzierung der Renten der freiwillig Versicherten geht nur dann nicht zu Lasten der Pflichtversicherten und kann auf Dauer nur dann sichergestellt werden, wenn kontinuierlich so viel an Beiträgen gezahlt wird, wie zur Deckung der Renten und übrigen Leistungen für die freiwillig Versicherten erforderlich ist. Da kontinuierlich gezahlte Beiträge nicht nur eine kontinuierlich wachsende, sondern auch eine zureichendere Rente freiwillig Versicherter ermöglichen, ist diese Neuregelung auch ein Schritt zu einer vollwertigeren Alterssicherung freiwillig Versicherter.

62. Selbständige, die auf Antrag in der Rentenversicherung pflichtversichert sind, konnten bislang ihre Beiträge bis zum Jahresende leisten. Ab 1978 haben auch sie, wie die pflichtversicherten Arbeitnehmer, ihre Beiträge monatlich zu zahlen.

Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit

63. Die Bundesanstalt für Arbeit wird ab Juli 1978 für die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Der Beitrag richtet sich nach dem bisherigen Bruttoarbeitsentgelt. Mit dieser Regelung werden Zeiten der Arbeitslosigkeit zu Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung und tragen, im Gegensatz zur bisherigen Anrechnung als Ausfallzeiten, auch zur Erfüllung der Wartezeit bei. Die Pflichtbeiträge für Leistungsempfänger nach dem Arbeitsförderungsgesetz machen die Finanzlage der Rentenversicherung vor allem auch unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen.

4. Strukturelle Änderungen im Leistungsrecht

Krankenversicherung der Rentner

64. Eine wichtige Maßnahme zur Konsolidierung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten war die Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner durch das Zwanzigste Rentenanpassungsgesetz. Dabei wurden sowohl die Beiträge der Rentenversicherungsträger an die Krankenversicherung neu festgesetzt als auch der Kreis der Rentner neu bestimmt, der künftig der Krankenversicherung beitragsfrei angehört (vgl. Tz 98).

65. Rentner, die privat gegen Krankheit versichert sind oder einer gesetzlichen Krankenkasse als freiwilliges Mitglied angehören, erhalten zu den Aufwendungen für ihre Krankenversicherung aus der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten einen Beitragszuschuß. Dieser Zuschuß wird vom 1. Juli 1977 an nicht mehr pauschal, sondern individuell berechnet; er beträgt jetzt 11 v. H. der Rente. Wer bereits im Juni 1977 einen Anspruch auf Beitragszuschuß hatte, erhält den Zuschuß mindestens in Höhe von 100 DM monatlich weitergezahlt. Ab Juli 1978 darf der Zuschuß die tatsächlichen Beitragsaufwendungen nicht mehr übersteigen.

66. Nach dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes sollen ab 1982 alle Rentner von der Rentenversicherung den Beitrag ausgezahlt erhalten, der für ihre Krankenversicherung bisher pauschal an die gesetzliche Krankenversicherung geleistet wird. Die Rentner werden dann ihren Beitrag ebenso wie alle übrigen Versicherten an ihre Krankenversicherung leisten.

Bei der Bemessung der individuellen Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung werden dann aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht nur die Renten, sondern auch die den Renten vergleichbaren Einkommen (z. B. Pensionen), Arbeitsentgelte und Erwerbseinkommen berücksichtigt (vgl. Tz. 99).

Versicherungsfreie Beschäftigung

67. Es ist vorgesehen, daß die Entgeltgrenze für geringfügige, versicherungsfreie Beschäftigungen von z. Z. 1/5 ab 1981 auf 1/6 der Bezugsgröße herabgesetzt wird. Durch eine Übergangsregelung, nach der die derzeitige Obergrenze von monatlich 390 DM bis 1980 festgeschrieben wird, wird vermieden, daß bisher versicherungsfreie Personen bei unverändertem Arbeitsentgelt versicherungspflichtig werden. Ergänzend soll außerdem zukünftig Versicherungspflicht dann bestehen, wenn die Beschäftigung — mit Ausnahme einer Beschäftigung in privaten Haushalten — regelmäßig mindestens zehn Stunden in der Woche ausgeübt wird.

Damit sollen vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen geschützt werden. Es soll vermieden werden, daß immer mehr Frauen in versicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse — beispielsweise als Mitglieder von Reinigungskolonnen — abgedrängt werden und trotz an sich regelmäßiger beruflicher Tätigkeit keinen Rentenanspruch erwerben können.

Um der Zunahme geringfügiger, versicherungsfreier Beschäftigungen entgegenzuwirken, soll neben der Festschreibung der Entgeltgrenze auch der Zeitraum für kurzfristige Beschäftigungen von z. Z. drei Monaten oder 75 Tagen auf zwei Monate oder 50 Tage eingeengt werden. Damit wird zugleich eine Harmonisierung mit der bei vorzeitigem Altersruhegeld geltenden zeitlichen Grenze für eine Beschäftigung erreicht (vgl. Tz. 72).

Die vorgeschlagenen Änderungen zur Eingrenzung der Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit der Beschäftigung entsprechen ebenfalls einem Anliegen des Deutschen Bundestages, das im Rahmen des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes zu einem entsprechenden Prüfungsauftrag an die Bundesregierung geführt hat.

Rehabilitationsmaßnahmen

68. Im Bereich der medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind Regelungen getroffen worden, die, bezogen auf den einzelnen Versicherten, ein angemessenes Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen gewährleisten sollen. Bisher war der Anspruch auf Kuren generell vom Nachweis einer Versicherungszeit von 60 Monaten abhängig. Das konnte zu unangemessener Beanspruchung der Versichertengemeinschaft führen, insbesondere dann, wenn die Beitragszahlung bereits viele Jahre zurück lag (latent Versicherte) und in einem deutlichen Mißverhältnis zu den Kosten der Rehabilitationsmaßnahme stand. Seit Juli 1977 erhalten freiwillig und latent Versicherte nur dann Kuren, wenn sie eine Versicherungszeit von 180 Monaten zurückgelegt haben. Sofern Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit vorliegt oder in absehbarer Zeit zu befürchten ist, genügt als Voraussetzung für eine medizinische Rehabilitationsmaßnahme weiterhin eine Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten.

Beamte und ihnen Gleichgestellte erhalten seit Juli 1977 medizinische Rehabilitationsmaßnahmen nicht mehr von der Rentenversicherung, sondern allein von ihrem Dienstherrn bzw. Arbeitgeber nach den für sie geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen.

69. In den Vorschriften über die berufliche Rehabilitation sind ebenfalls Änderungen vorgenommen worden, die die Maßnahmen unter den Leistungsträgern funktionsgerechter zuordnen und zugleich die Rentenversicherung entlasten. Maßnahmen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes, z. B. bei Umschulung, führen die Rentenversicherungsträger künftig nur noch durch, wenn der Rehabilitand eine Versicherungszeit von mindestens 180 Monaten zurückgelegt hat oder Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit bezieht. In allen anderen Fällen ist seit Juli 1978 die Bundesanstalt für Arbeit für die berufliche Rehabilitation zuständig.

Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit

70. Seit Juli 1977 können die Träger der Rentenversicherung bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit mehr als bisher Renten auf Zeit gewähren. Das gilt besonders auch dann, wenn die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit des Versicherten nicht allein auf seinen Gesundheitszustand zurückzuführen ist, sondern auch von der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängt. Die Dauer der Zeitrente ist von bisher zwei auf drei Jahre verlängert worden. Sie kann beliebig oft, jedoch nicht über das 60. Lebensjahr hinaus gewährt werden. Die Zeitrente hält, insbesondere für jüngere Menschen, die Möglichkeit der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben offen.

71. Nach den Beschlüssen des Großen Senats des Bundessozialgerichts zur Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit in den Jahren 1969 und 1976 hängt die Frage, ob Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit vorliegt, auch davon ab, ob es den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit innerhalb eines Jahres gelungen ist, dem Rentenantragsteller einen zumutbaren Arbeitsplatz zu vermitteln. In diesen Fällen ist die Entscheidung, ob Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit vorliegt, erst nach Ablauf eines Jahres möglich. Während dieser Jahresfrist ist zweifelhaft, ob das Risiko, daß der Versicherte kein Erwerbseinkommen erzielen kann, von der Bundesanstalt für Arbeit oder der Rentenversicherung zu tragen ist.

Nach geltendem Recht hat in diesen Fällen die Bundesanstalt für Arbeit bei Vorliegen der versicherungsmäßigen Voraussetzungen die Leistung aus der Arbeitslosenversicherung jedenfalls so lange zu erbringen, bis die Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit durch den Rentenversicherungsträger anerkannt worden ist. Bei rückwirkender Anerkennung hat der Rentenversicherungsträger die Rente für Zeiten, für die Arbeitslosengeld gezahlt worden ist, bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes an die Bundesanstalt für Arbeit abzuführen.

Künftig soll in Fällen, in denen Arbeitslosengeld und Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfä-

higkeit zeitlich zusammentreffen, die Rente für diese Zeit bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes ruhen. Auch dieser Vorschlag trägt einem Anliegen des Deutschen Bundestages Rechnung, der die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes um Vorschläge zu Rechtsänderungen ersucht hat.

Die Situation des Leistungsberechtigten wird durch die vorgeschlagene Rechtsänderung im Vergleich zur geltenden Regelung nicht beeinträchtigt. Es wird lediglich das finanzielle Risiko zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit in den Fällen, in denen die Berufsunfähigkeit oder die Erwerbsunfähigkeit sowohl von dem Gesundheitszustand des Versicherten als auch von der Situation auf dem Arbeitsmarkt abhängt, sachgerecht verteilt. Dieser Vorschlag setzt die mit dem Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetz eingeleitete Linie der sachgerechten Risikoabgrenzung zwischen diesen beiden Institutionen fort.

Hinzuverdienst

72. Die Grenzen für den Hinzuverdienst neben dem flexiblen oder dem vorgezogenen Altersruhegeld sind ab Juli 1977 auf 1 000 bzw. 425 DM festgeschrieben worden. Eine Beschäftigung ohne Verdienstgrenze darf ferner nur noch zwei Monate oder an 50 Arbeitstagen im Jahr ausgeübt werden. Diese Beschränkung des Hinzuverdienens war besonders im Hinblick auf die Lage am Arbeitsmarkt geboten.

73. Empfänger einer beamtenrechtlichen Versorgung in Höhe von mindestens 65 v. H. der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge sind seit Juli 1977 versicherungsfrei, wenn sie ein Beschäftigungsverhältnis eingehen. Sie sind damit den Empfängern von Altersruhegeld aus der Rentenversicherung gleichgestellt.

Anrechnungsfähige Zeiten

74. Bei der Rentenberechnung werden seit Januar 1978 Ausbildungszeiten höchstens mit dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten bewertet. Die bisherige, auf den beruflichen Werdegang des einzelnen abgestellte Regelung führte zu sehr unterschiedlicher Anrechnung dieser beitragslosen Zeiten, so daß z. B. Hochschulabsolventen bei der Rentenbemessung weit besser gestellt waren als andere Versicherte. Es war das Ziel der Neuregelung, den Aufwand der Versichertengemeinschaft für solche Ausbildungszeiten auf ein vertretbares Maß zurückzuführen und vor allem eine gleichmäßige Behandlung von beruflichen und schulischen Ausbildungszeiten zu erreichen. Beitragslose Zeiten werden ab 1980 bei der Berechnung der Rentenhöhe nicht mehr berücksichtigt, wenn sie bereits bei einer Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen angerechnet wurden. Die nach bisher geltendem Recht mögliche Doppelanrechnung brachte für Beamte Vorteile, die sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen sind.

Kinderzuschüsse, Waisenrenten

75. Durch neue Bestimmungen über die Zahlung von Kinderzuschüssen in der Rentenversicherung sollen Doppelleistungen ausgeschlossen und vor allem die ständige Zunahme des Unterschieds zwischen dem staatlichen Kindergeld und Kinderzuschüssen in der gesetzlichen Rentenversicherung beendet werden. Deshalb werden Kinderzuschüsse bei Versicherungsfällen seit Januar 1978 nicht mehr gezahlt, wenn das gleiche Kind Waisenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhält oder wenn in Dienstbezügen oder öffentlich-rechtlichen Versorgungs- oder Versicherungsleistungen, die der Rentenberechtigte erhält, Beträge für das Kind enthalten sind.

Außerdem wird der Kinderzuschuß festgeschrieben auf der Höhe des Kinderzuschusses bei den Bestandsrenten im ersten Halbjahr 1977, d. h. in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten auf 152,90 DM und in der knappschaftlichen Rentenversicherung auf 154,50 DM monatlich. Soweit bei neuen Renten des Jahres 1977 noch ein höherer Kinderzuschuß berechnet wurde, wird er im Rahmen der Einundzwanzigsten Rentenanpassung angeglichen werden.

Der Kinderzuschuß liegt damit auch künftig über dem staatlichen Kindergeld. Eine sozialpolitische nicht zu rechtfertigende weitere Zunahme dieses Unterschiedes in den Leistungen zum Familienlastenausgleich wird jedoch verhindert.

76. Ab Januar 1979 wird der Kinderzuschuß in der Rentenversicherung bis zur Höhe des staatlichen Kindergeldes vom Bund getragen. Die Rentenversicherungsträger werden dann nur noch mit dem Unterschiedsbetrag zwischen Kindergeld und höherem Kinderzuschuß belastet. Diese funktionsgerechte Zuordnung der vom Bundeshaushalt zu tragenden Familienlasten hat für die Empfänger keine Auswirkungen.

77. Waisenrenten enthielten bisher auch den Kinderzuschuß, der von Jahr zu Jahr anstieg. Künftig wird nur noch in der Rente für Vollwaisen, die in der Regel den gesamten Unterhalt abdecken muß, dieser von den geleisteten Beiträgen unabhängige Teil enthalten sein, der sich auch mit den Rentenanpassungen fortentwickelt. Bestandteil der Halbwaisenrente wird jedoch stattdessen der festgeschriebene Kinderzuschuß sein. Diese Teile der Waisenrenten werden bei Versicherungsfällen ab Januar 1978 aber nur zur Hälfte gewährt, wenn neben der Waisenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung Waisengeld nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder aus einer öffentlich-rechtlichen berufsständischen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung gezahlt wird.

Mit diesen Regelungen sollen, wie bei der neuen Vorschrift über die Kinderzuschüsse, eine ungerechtfertigte Belastung der Versichertengemeinschaft vermieden und Doppelleistungen aus öffentlichen Kassen abgebaut werden.

Seit Juli 1977 werden Renten an in Ausbildung stehende Waisen über 18 Jahre nicht mehr gezahlt, wenn sie über ein monatliches Einkommen von mindestens 1 000 DM brutto verfügen. Bezieht die Waise Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz, so liegt der Grenzbetrag bei 730 DM monatlich, da hiervon keine Steuern und Sozialabgaben zu zahlen sind. Bei Versicherungsfällen vor dem 1. Juli 1977 gilt diese Regelung ab Januar 1978. Damit werden Waisenrenten ebenso behandelt wie Leistungen des Familienlastenausgleichs für über 18 Jahre alte Kinder. In Abständen von drei Jahren wird geprüft werden, ob diese Grenzbeträge der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt werden müssen.

78. Nach dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes soll künftig beim Zusammentreffen einer Waisenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit einer Waisenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung der vom Rentenversicherungsträger zu zahlende Betrag vom Träger der Unfallversicherung erstattet werden. Nach geltendem und zukünftigem Recht werden beide Waisenrenten grundsätzlich nebeneinander gewährt; sie dürfen jedoch zusammen bestimmte Höchstbeträge nicht überschreiten. Der Gesetzesvorschlag zielt auf eine sachgerechte Risikoabgrenzung auch zwischen diesen beiden Institutionen der sozialen Sicherheit ab, denn in jedem Fall ist allein der Arbeitsunfall die Ursache auch für das Einsetzen der Waisenrentenzahlung aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die vorgesehene Regelung hat keine Auswirkungen auf die Leistungsempfänger.

Wohnungsbaufinanzierung

79. Den Rentenversicherungsträgern war bisher gestattet, Mittel bereitzustellen, um den Wohnungsbau zu fördern. Der Gesetzgeber ist nunmehr der Ansicht, daß dies nicht zu den Aufgaben der Rentenversicherung zu zählen ist, und hat die entsprechende Rechtsvorschrift mit Wirkung vom Juli 1977 aufgehoben. Das bot sich jetzt besonders auch deswegen an, weil die Träger der Rentenversicherung schon seit einiger Zeit finanziell nicht mehr in der Lage waren, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Aus den gleichen Gründen entfiel eine Regelung, die es den Rentenversicherungsträgern gestattete, Kosten für die Unterbringung in Heimen oder ähnlichen Anstalten zu übernehmen.

5. Deckungsverfahren und Finanzausgleich

Rücklage

80. Die Bundesregierung hat jährlich einen Rentenanpassungsbericht mit einer langfristigen Vorausberechnung der künftigen finanziellen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung vorzulegen. Diese Berechnungen hatten bisher stets davon auszugehen, daß den Rentenversicherungsträgern Rücklagen in Höhe von drei Monatsausgaben zur Verfügung stehen müssen. Ergab sich rechnerisch, daß diese Grenze in drei aufeinanderfolgenden Jahren unterschritten werden würde, hatte die Bundesregierung den neuen Beitragssatz zu berechnen, der die vorgeschriebene Rücklage gewährleisten würde. Künftig wird ein höherer Beitragssatz erst dann in die Vorausberechnung einbezogen, wenn die Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Ausgaben eines Monats unterschreitet.

Die rechnerisch notwendige Rücklage konnte vor allem deshalb herabgesetzt werden, weil die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet worden ist, für ihre Leistungsempfänger Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen. Dadurch sind die Auswirkungen eines Beschäftigungsrückgangs auf die Rentenversicherung erheblich vermindert worden.

Finanzausgleich

81. Auf Grund der bisherigen Regelungen über den Finanzverbund zwischen den Trägern der Rentenversicherung konnte eine Rentenversicherungsanstalt in Zahlungsschwierigkeiten geraten, obwohl die andere ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung hatte. Die neuen Finanz- und Liquiditätsvorschriften des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes dienen dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherungsträger insgesamt sicherzustellen.

Die Versicherungsträger haben eine Rücklage zu bilden, um Schwankungen von Einnahmen und Ausgaben ausgleichen zu können. Bisher waren sie nur gehalten, einen Teil davon so anzulegen, daß er jederzeit verfügbar war. Es hat sich gezeigt, daß diese Regelung nicht ausreicht, um die Zahlungsfähigkeit des Versicherungsträgers jederzeit zu gewährleisten, weil längerfristig angelegte Mittel nicht oder nur mit erheblichem Nachteil verfügbar gemacht werden konnten. Daher dürfen die Versicherungsträger ihre Rücklagen in Zukunft nur in liquiden Mitteln anlegen.

6. Soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen

82. Eine besonders wichtige Aufgabe im Rahmen der sozialen Rentenversicherung wird in den nächsten Jahren zu lösen sein. Es geht dabei um die Neuordnung der Hinterbliebenensicherung und den Ausbau der sozialen Sicherung der Frau. Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 in einer grundlegenden Entscheidung festgestellt, daß der derzeitige Rechtszustand, nach dem für Witwen- und Witwerrente unterschiedliche Voraussetzungen gelten, angesichts der zunehmenden Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen nicht beibehalten werden kann. Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, die Hinterbliebenenversorgung bis 1984 neu zu ordnen. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts hat das geltende Recht vor allem unter folgenden Aspekten Mängel:

— Männer sind gegenüber Frauen insofern benachteiligt, als sie beim Tode ihrer Frau nur dann

Witwerrente erhalten, wenn die Verstorbene den Lebensunterhalt der Familie überwiegend bestritten hat, während eine Frau beim Tode ihres Mannes ohne eine entsprechende Voraussetzung Witwenrente erhält.

— Frauen sind gegenüber Männern benachteiligt, weil sie durch ihre Beiträge zur Sozialversicherung nicht erreichen, daß nach ihrem Tode der Ehepartner versorgt ist, während Männer mit ihren Beiträgen auch gleichzeitig die Versorgung der überlebenden Ehefrau sichern.

83. Die Bundesregierung sieht einen engen Zusammenhang zwischen der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung und dem Ausbau der sozialen Sicherung der Frau. Der entsprechende Kabinettbeschluß vom August 1977 hat zum Ziel

— die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 geforderte Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung zu verwirklichen,

— eine Neuordnung der sozialen Sicherung der Frau zum Ausbau eigener Sicherungsansprüche für Alter und Invalidität zu erreichen,

— hierbei unter dem Gesichtspunkt der Beitragsäquivalenz soziale Ungerechtigkeiten zu korrigieren.

84. Bei allen in Frage kommenden Lösungsmöglichkeiten werden vielschichtige gesellschaftspolitische, rechtliche, soziale und finanzielle Probleme zu lösen sein. Zu ihrer Unterstützung bei der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption hat die Bundesregierung eine Sachverständigenkommission eingesetzt. Aufgabe der Kommission ist es, Modelle für eine grundsätzliche oder teilweise Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung und für eine ausgewogene Alterssicherung der Frau zu erarbeiten, die sich im Rahmen der Weiterentwicklung der sozialen Rentenversicherung finanziell auch langfristig verwirklichen lassen. Sie soll auch Vorschläge für den Übergang vom heutigen zum künftigen Recht unterbreiten und untersuchen, inwieweit sich Modelle auf andere Sicherungssysteme übertragen lassen.

Die Kommission hat sich im Oktober 1977 konstituiert und seitdem sechs Arbeitssitzungen durchgeführt. Ihr gehören siebzehn Mitglieder an. Es sind Vertreter der Wissenschaft, der Bundestagsfraktionen, der Länder, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Kirchen, der gesetzlichen Rentenversicherung und des Deutschen Frauenrates. Vorsitzender der Kommission ist der langjährige Vorsitzende des Sozialbeirats, Professor Meinhold. Die Kommission soll ihren Abschlußbericht der Bundesregierung bis Mai 1979 vorlegen. Die Ergebnisse sollen anschließend einer breiten öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht werden, bevor ein entsprechender Gesetzentwurf erstellt wird.

III. Kostendämpfung und Strukturverbesserung im Gesundheitswesen

85. In der Bundesrepublik Deutschland sind 90 v. H. der Bevölkerung in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen. Für sie alle deckt dieser Zweig der sozialen Sicherung die Risiken ab, die sich im Krankheitsfalle in Form von Behandlungsaufwand und Einkommensausfall ergeben; er bietet heute erweiterten Schutz durch Maßnahmen zur Früherkennung und Verhütung von Krankheiten und zur Rehabilitation. Die gesetzliche Krankenversicherung, als eine der Grundlagen der sozialen Sicherheit, leistungsfähig zu erhalten und so auszugestalten, daß sie ihre Funktion voll erfüllen kann, war und ist weiterhin ein zentrales Anliegen der Sozialpolitik der Bundesregierung.

1. Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz

86. Die Ausgaben der Krankenversicherung für ihre umfassende Aufgabe sind in den vergangenen Jahren weit stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter der Versicherten. Die Ausgaben je Mitglied erhöhten sich von 1971 bis 1976 durchschnittlich um rd. 16,5 v. H. pro Jahr, während die Bruttolöhne und -gehälter nur um jährlich 9,3 v. H. stiegen. Das hat dazu geführt, daß die Krankenkassen die Beitragssätze laufend erhöhen mußten, und zwar von durchschnittlich 8,2 v. H. im Jahre 1971 auf 11,3 v. H. im Jahre 1976.

Die starken Ausgabensteigerungen seit Beginn der 70er Jahre erforderten Maßnahmen, um die Effizienz des Gesundheitssystems zu verbessern und die Kostenentwicklung an den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten auszurichten. Zwar haben die Bemühungen der Bundesregierung und der am Gesundheitswesen Beteiligten 1976 erstmals dazu geführt, daß der Kostenanstieg sich verlangsamte; ohne Unterstützung durch gesetzliche Maßnahmen sind seine vielfältigen Ursachen jedoch nicht zu beseitigen. Deshalb war es das Ziel der Bundesregierung, mit dem Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und Ärzte die Instrumente zur Verfügung zu stellen, um den Anstieg der Ausgaben wirksam und dauerhaft zu begrenzen. Darüber hinaus wird mit diesem Gesetz, das am 1. Juli 1977 in

Kraft getreten ist, ein Beitrag zur Lösung von Strukturproblemen des Gesundheitswesens geleistet.

Das Ziel des Gesetzes, den Kostenanstieg zu dämpfen und tendenzielle Beitragsstabilität zu erreichen, konnte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für das Jahr 1977 erreicht werden. Die Leistungsausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rd. 4,5 v. H. Dem steht ein Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltssumme von 7 v. H. gegenüber (1976: 9,1 v. H., 6,5 v. H.). Der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung betrug 1977 11,4 v. H., (1976: 11,3 v. H.).

Das Gesetz sieht Neuregelungen in folgenden Bereichen vor:

Ärztliche Vergütung

87. Die in einem bestimmten Zeitraum erbrachten ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen werden von den Krankenkassen durch Zahlung von Gesamtvergütungen an die Kassenärztlichen Vereinigungen abgegolten. Die Höhe und die Berechnungsweise dieser Gesamtvergütungen werden auf Landesebene zwischen Krankenkassenverbänden und Kassenärztlichen Vereinigungen vereinbart. Die für diese Vergütungsvereinbarungen bisher maßgebenden Regelungen waren nicht ausreichend, um zu verhindern, daß die Gesamtvergütungen über ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß hinaus angestiegen sind. So wuchsen die Ausgaben der Krankenversicherung für ambulante ärztliche Behandlung von 5,5 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 12 Mrd. DM im Jahre 1976, d. h. um durchschnittlich 14 v. H. jährlich. Das Gesetz schreibt daher vor, daß bei Verhandlungen über die Vergütungen sowohl die Entwicklung der durchschnittlichen Grundlohnsumme der beteiligten Krankenkassen, als auch die Entwicklung der Praxiskosten, der ärztlichen Arbeitszeit und Art und Umfang der ärztlichen Leistungen, die auf eine gesetzliche oder satzungsmäßige Ausweitung der Leistungen zurückgehen, berücksichtigt werden müssen. Die Spitzenorganisationen der Krankenkassen und die Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung müssen auf Bundesebene jährlich eine gemeinsame Empfehlung über die angemessene Veränderung der Gesamtvergütung abgeben; es sei denn, die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" (vgl. Tz. 95) hat unter Zustimmung der Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen eine entsprechende Empfehlung gegeben. Diese Empfehlung soll bei den regionalen Verhandlungen angemessen berücksichtigt werden.

88. Die unterschiedlichen Gebührenordnungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung sollen vereinheitlicht und neu gestaltet werden. Die Bundesverbände der Kassen und der Ärzte bzw. Zahnärzte haben einheitliche Bewertungsmaßstäbe für ärztliche und zahnärztliche Leistungen aufzustellen. In diesem Verzeichnis sollen die Leistungen nach Punkten bewertet werden, wobei der Punktwert in DM für die einzelnen Kassenarten unterschiedlich vereinbart werden kann.

Wirtschaftliche Arzneimittelversorgung

89. Für die im Rahmen der kassenärztlichen Versorgung zu verordnenden Arzneimittel wird zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Landesverbänden der Krankenkassen ein Höchstbetrag vereinbart, den die Gesamtaufwendungen der beteiligten Krankenkassen für Arzneimittel nicht übersteigen sollen. Bei der Bemessung dieses Betrages sind die Entwicklung der Arzneimittelpreise und der Zahl der behandelten Personen einerseits und die Entwicklung der durchschnittlichen Grundlohnsumme der beteiligten Krankenkassen andererseits zu berücksichtigen. Die Spitzenorganisationen der Krankenkassen und der Kassenärzte auf Bundesebene haben, sofern nicht die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen eine entsprechende Empfehlung mit den Stimmen der Vertreter der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und der Kassenärzte abgegeben hat, einmal jährlich gemeinsam eine Empfehlung für die angemessene Veränderung der Arzneimittelhöchstbeträge abzugeben. Diese Empfehlung soll bei den regionalen Verhandlungen über die Höchstbeträge angemessen berücksichtigt werden. Besonderen Verhältnissen bei den verschiedenen Kassenarten kann dabei Rechnung getragen werden. Wird der vereinbarte Höchstbetrag überschritten, so haben die Vertragsparteien die Ursachen festzustellen. Soweit die Überschreitung des Höchstbetrages nicht auf einen Anstieg der Arzneimittelverordnungen infolge einer allgemeinen Zunahme der Krankheitshäufigkeit zurückgeht, können gezielte Einzelprüfungen der Verordnungsweise der Ärzte durchgeführt werden. Eine nicht gerechtfertigte Überschreitung kann nur im Wege des Einzelregresses ausgeglichen werden.

90. Für die wirtschaftliche Verordnungsweise wird den Ärzten eine bessere Hilfestellung gegeben werden. Von der Bundesregierung ist eine unabhängige Sachverständigenkommission eingesetzt worden, die eine zum Preisvergleich geeignete Arzneimittelliste als Orientierungshilfe erarbeitet. Ferner wird der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen in Richtlinien Voraussetzungen für einen Preisvergleich und die Verschreibung therapiegerechter Verordnungsmengen schaffen.

Stärkung des Kostenbewußtseins

91. Um das Kostenbewußtsein bei allen Beteiligten zu erhöhen, und sie damit verstärkt zu wirtschaftlichem Handeln zu motivieren, ist den Krankenkassen die Möglichkeit eröffnet worden, Krankheitsfälle vor allem auf die in Anspruch genommenen Leistungen hin, zu überprüfen. Die Krankenkasse kann den Versicherten und den behandelnden Arzt über die in Anspruch genommenen Leistungen und ihre Kosten unterrichten.

Strukturelle Verbesserungen

92. Die ambulante und die stationäre Versorgung sollen stärker miteinander verbunden werden.

Bislang hatten nur Chefärzte und Leiter selbständiger Fachabteilungen das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen an der ambulanten Versorgung der Versicherten im Rahmen der kassenärztlichen Versorgung beteiligt zu werden. Zur Verbesserung des Angebots von fachärztlichen Leistungen, insbesondere auch in unterversorgten Gebieten, ermöglicht das Gesetz jetzt auch anderen Krankenhausfachärzten eine Teilnahme an der ambulanten kassenärztlichen Versorgung. Voraussetzung ist, daß ein Bedürfnis besteht und eine Beeinträchtigung der stationären Versorgung nicht zu befürchten ist.

Die Vertragspartner der kassenärztlichen Versorgung, also Kassenärztliche Vereinigungen und Verbände der Krankenkassen auf Bundes- und Landesebene, sollen auch auf eine leistungsfähige belegärztliche Versorgung hinwirken; es soll die Möglichkeit gefördert werden, daß niedergelassene Ärzte als sogenannte Belegärzte ihre Patienten auch stationär in Krankenhäusern behandeln können, wenn damit eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und kostengünstige stationäre Versorgung sichergestellt werden kann.

Die Landesverbände der Krankenkassen können mit den Landesverbänden der Krankenhäuser Verträge über zeitlich begrenzte vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung im Krankenhaus abschließen. Das soll einerseits dazu beitragen, die aus medizinischen Gründen gebotene Einheitlichkeit der Behandlung sicherzustellen und andererseits dem Krankenhaus ermöglichen, durch flexible Versorgungsformen den Pflegeaufwand zu verringern.

93. Die Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß medizinisch-technische Leistungen durch Kassenärzte kostengünstig erbracht werden. Dazu gehört, daß sie den Ärzten ermöglichen, solche Leistungen von Gemeinschaftseinrichtungen niedergelassener Ärzte zu beziehen, wenn dies medizinischen Erfordernissen genügt.

94. Häusliche Krankenpflege ist Pflichtleistung der Krankenkasse geworden. Die Kasse muß erkrankten Versicherten in ihrem Haushalt oder in ihrer Familie neben der ärztlichen Behandlung auch pflegerische Betreuung gewähren, wenn niemand im Haushalt des Versicherten die Pflege übernehmen kann. Voraussetzung ist, daß Krankenhausbehandlung geboten, aber z. B. wegen Bettenmangels nicht durchführbar ist, oder die Krankenhauspflege durch die Betreuung entbehrlich wird.

Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

95. Im Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz ist die Einberufung einer Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen vorgesehen. Daran nehmen Vertreter der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, der Ärzte, der Zahnärzte, der Krankenhausträger, der Apotheker, der pharmazeutischen Industrie, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände teil, die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung berufen werden. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sowie der Bundesminister für Wirtschaft werden beteiligt. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ist am 12. Dezember 1977 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Sie hat die Aufgabe, medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten und Vorschläge zur Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen zu entwickeln und einmal jährlich, jeweils bis zum 31. März, Empfehlungen, insbesondere über eine angemessene Veränderung der ärztlichen Gesamtvergütungen und der Arzneimittelhöchstbeträge abzugeben.

96. Die Konzertierte Aktion hat in ihrer Sitzung am 17. März 1978 diesen Auftrag erstmal erfüllt. Dabei ist es gelungen, weitgehendes Einvernehmen aller Beteiligten herbeizuführen.

Nach den Empfehlungen der Konzertierten Aktion können die Ausgaben für ärztliche Behandlung im Zeitraum vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 um 5,5 v. H. je Versicherten steigen. Davon sind 2,5 v. H. für Honorarerhöhungen und die restlichen 3 v. H. für vermehrte Leistungen bestimmt. Dieser Empfehlung haben alle Mitglieder, auch die Vertreter der Krankenkassen und der Kassenärzte zugestimmt. Alle Beteiligten stimmten auch der Empfehlung zu, das Wachstum der Aufwendungen für Arzneimittel im zweiten Halbjahr 1978 gegenüber den durchschnittlichen halbjährlichen Gesamtausgaben im Jahre 1977 auf höchstens 3,5 v. H. je Versicherten zu begrenzen. Ferner wurde einvernehmlich die Erwartung ausgesprochen, daß die angestrebte Kostendämpfung auch im Bereich der Krankenhäuser, bei den Heil- und Hilfsmitteln sowie bei der Zahntechnik so erfolgreich ist, daß die Ausgaben der Krankenkassen bei stabilen Beiträgen zu finanzieren sind. Als Zuwachs der kassenzahnärztlichen Gesamtvergütungen — ohne Material- und Laborkosten — wurden 2,5 v. H. vom 1. Juli 1978 an für ein Jahr empfohlen. Dabei ging man von einer im wesentlichen gleichbleibenden Leistungsmenge aus. Als einzige der in der Konzertierten Aktion vertretenen Gruppen hat die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung die Empfehlung abgelehnt. Sie muß deshalb mit den Spitzenverbänden der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung weitere Verhandlungen führen.

97. Die Arbeit der Konzertierten Aktion soll dazu beitragen, eine bedarfsgerechte, dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsgütern und Dienstleistungen zu erreichen. Die Belastungen sollen dabei ausgewogen verteilt werden. Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften bis zum 31. Dezember 1981 einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Darin hat sie auch darzulegen, inwieweit die Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung in Übereinstimmung mit der Einkommensentwicklung der Versicherten steht und gegebenenfalls notwendige gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen.

Krankenversicherung der Rentner

98. Eine wichtige gesetzliche Maßnahme ist die Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner. Sie wird finanziert durch Beiträge der Rentenversicherung und aus den Beiträgen der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. In den vergangenen Jahren haben dabei die Träger der Rentenversicherung weit höhere Zahlungen geleistet, als gesetzlich vorgesehen. Die Mehrbeträge wuchsen in den Jahren 1971 bis Mitte 1977 auf rd. 17,5 Mrd. DM an. Durch die Neuregelung werden Überzahlungen künftig vermieden, denn der Anteil, den die Rentenversicherungsträger für die Krankenversicherung der Rentner aufbringen müssen, ist ab Juli 1977 auf 11,7 v. H. der Rentenausgaben festgeschrieben worden. Das entspricht etwa dem Beitragssatz, den die Krankenversicherung im Durchschnitt auch von allen anderen Versicherten erhält. Mit den Maßnahmen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen konnte erreicht werden, daß die Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner nicht zu einer allgemeinen Erhöhung des Beitragssatzes geführt hat.

Der Kreis der Rentner, der ohne eigene Beitragsleistung der gesetzlichen Krankenversicherung angehört, ist neu abgegrenzt worden, um dem Solidaritätsprinzip und der Beitragsgerechtigkeit stärker als bisher Rechnung zu tragen.

Rentner sind nur noch dann beitragsfrei krankenversichert, wenn sie mindestens die Hälfte ihres Erwerbslebens, gerechnet von 1950 an, Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung waren. Bei Personen, die nicht oder nur geringfügig erwerbstätig waren, wird auch die Zeit der Ehe mit einem versicherten Ehegatten berücksichtigt. Diese zusätzlichen Voraussetzungen gelten jedoch nur, wenn die Rente erst nach dem 30. Juni 1978 beantragt wird. Wer bereits Rente bezieht oder bis zum 30. Juni 1978 beantragt, bleibt wie bisher in der gesetzlichen Krankenversicherung, ohne eigene Beiträge leisten zu müssen.

Sind die Voraussetzungen für eine beitragsfreie Versicherung nicht gegeben, besteht die Möglichkeit, der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beizutreten, sofern das Einkommen im Zeitpunkt des Beitritts eine bestimmte Grenze nicht übersteigt. Diese Möglichkeit steht allerdings Personen nicht mehr offen, die nach dem 30. Juni 1977 Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung hätten werden können, ihr aber nicht beigetreten sind, oder die aus der freiwilligen Versicherung ausgetreten sind.

99. Vom Jahre 1982 an soll nach dem Entwurf eines Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes der bisherige Pauschalbeitrag der gesetzlichen Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner durch einen Beitrag des einzelnen Rentners ersetzt werden.

Die Rentner erhalten dafür eine besondere Rentenerhöhung. Insgesamt gesehen sollen diese Rentenerhöhung und die daraus von den Rentnern zu zahlenden Beiträge bei der Krankenversicherung zu den gleichen Einnahmen führen, wie nach geltendem Recht. Die Festsetzung des erforderlichen Beitragssatzes bleibt einem besonderen Gesetz vorbehalten. Neben den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden aber auch sonstige, mit den Renten vergleichbare Einnahmen, die ein Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen ersetzen, der Beitragsberechnung zugrundegelegt.

Damit werden dann die Rentner ab 1982 wie die aktiven Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung ihrem Einkommen entsprechend Beiträge zahlen.

Die Einnahmen, die sich daraus ergeben, daß die mit Renten vergleichbaren Einkünfte in der Beitragsberechnung einbezogen werden, fließen der gesetzlichen Krankenversicherung zusätzlich zu.

Wegen der Besonderheiten der Krankenversicherung der Knappschaftsrentner bleibt die Gestaltung einer entsprechenden Regelung einem besonderen Gesetz vorbehalten. Das gilt auch für die Bezieher von Altersgeld und Landabgaberente im Rahmen der Alterssicherung der Landwirte.

Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen

100. Besondere Belastungen einzelner Krankenkassen werden in Zunkunft mit einem Finanzausgleich unter den Krankenkassen einer Kassenart auf Landesebene ausgeglichen werden können. Die Satzungen der Landesverbände können diesen Ausgleich vorsehen, wenn der Bedarfssatz einer Kasse, das ist das Verhältnis zwischen ihren Ausgaben für Leistungen und der Summe der beitragspflichtigen Einkomkommen der Versicherten, den durchschnittlichen Bedarfssatz aller beteiligten Mitgliedskassen um mehr als 5 v. H. überschreitet. Damit aber sparsam wirtschaftende Krankenkassen vermeidbare Aufwendungen anderer Kassen nicht mitfinanzieren müssen, werden bei der Ermittlung des Bedarfssatzes keine Leistungen berücksichtigt, deren Gewährung in das Ermessen der Krankenkassen gestellt ist.

101. Ein weiterer Ausgleich wird die unterschiedliche Belastung der Krankenkassen durch die Krankenversicherung der Rentner beseitigen. Der Teil der hier entstehenden Aufwendungen, der nicht durch Beiträge der Rentenversicherung gedeckt wird, ist von den Mitgliedern jeder Krankenkasse zu tragen. Dabei war bisher ihre Belastung sehr unterschiedlich. Sie hing insbesondere vom Anteil der Rentner an der Gesamtzahl der bei der jeweiligen Kasse Versicherten ab. Die Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner werden jetzt auf die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung gleichmäßig verteilt, so daß jeder Beitragszahler einen einkommensgerechten Solidarbeitrag für die Rentnerkrankenversicherung leistet.

Korrekturen im Leistungsrecht

102. Die Überlegungen zur Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung führten neben anderen Maßnahmen auch zu einer kritischen Überprüfung der Leistungsbereiche der Krankenversiche-

rung. So sieht das Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung auch Korrekturen im Leistungsrecht dort vor, wo die Inanspruchnahme von Kassenleistungen in der Vergangenheit zu sozialpolitisch unvertretbaren Ergebnissen geführt hat.

Es geht im einzelnen um folgende Regelungen:

103. Anstelle der bisherigen Rezeptgebühr von 2,50 DM je Rezept zahlen alle Versicherten nunmehr für jedes verordnete Arznei-, Verband- oder Heilmittel eine Mark an die abgebende Stelle. Eine vom Einkommen unabhängige Befreiung bestimmter Personengruppen, z. B. Rentner, ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Die Krankenkasse kann jedoch in besonderen Härtefällen von der Zahlung freistellen. Das gilt vor allem dann, wenn laufend Arzneimittel benötigt werden. Um hier ein einheitliches Verfahren zu erreichen, haben die Spitzenverbände der Krankenkassen Grundsätze für diese Fälle erarbeitet und ihren Mitgliedskassen zur Anwendung empfohlen. Generell befreit bleiben allerdings mitversicherte Kinder, werdende Mütter bei der Behandlung von Schwangerschaftbeschwerden und Kriegsbeschädigte bei der Behandlung ihrer Kriegsleiden.

104. Arznei-, Verband- und Heilmittel, die im allgemeinen bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verschrieben werden, dürfen künftig nicht mehr oder nur unter bestimmten Voraussetzungen zu Lasten der Krankenkassen vom Arzt verordnet werden. Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen wird Richtlinien festlegen, welche Mittel dazu gehören. Die Therapiepflicht des Kassenarztes wird dadurch jedoch nicht eingeschränkt. Vielmehr kann er weiterhin jedes Arzneimittel verordnen, das er für notwendig hält. Es werden lediglich bestimmte Arzneimittel, deren Bezahlung den Versicherten zuzumuten ist, aus der Leistungspflicht der Krankenversicherung ausgenommen.

105. Für die Eigenbeteiligung der Versicherten an den Kosten für Zahnersatz, Zahnkronen und kieferorthopädische Behandlung ist ein einheitlicher Rahmen geschaffen worden. Die Krankenkasse muß in ihrer Satzung die Höhe der Zuschüsse zu den Kosten für Zahnersatz und Zahnkronen festlegen, die aber 80 v. H. der Gesamtkosten nicht überschreiten dürfen. In besonderen Härtefällen kann allerdings auch der Eigenanteil des Versicherten ganz oder teilweise von der Kasse übernommen werden. Bei der kieferorthopädischen Behandlung kann die Satzung der Krankenkasse vorsehen, daß der Versicherte bis zu 20 v. H. der Gesamtkosten selbst zu tragen hat. Diese Zuzahlung darf aber ein Viertel der sogenannten Bezugsgröße für die Sozialversicherung nicht übersteigen, das sind im Jahre 1978 487,50 DM. Die Satzung kann aber auch bestimmen, daß die Eigenbeteiligung hier nur dann fällig wird, wenn die Behandlung vorzeitig abgebrochen wird.

106. Wenn als Kassenleistung Hilfe zur Weiterführung des Haushalts zu gewähren ist, tragen die Krankenkassen nicht mehr die Kosten für die Ersatzkraft, wenn es sich dabei um einen nahen Verwandten handelt. Sie können allerdings Fahrkosten und Verdienstausfall in angemessenem Umfang erstatten.

107. Bei Zuschüssen zu Kuren wird es künftig mehr als bisher auf die medizinische Notwendigkeit ankommen. Sie werden gewährt, wenn die Kur nach vertrauensärztlichen Gutachten erforderlich ist. Außerdem ist Voraussetzung, daß die Kur im Inland durchgeführt wird.

108. Die Erstattung von Fahrkosten, die im Zusammenhang mit Leistungen der Kasse entstehen, ist zur Einsparung von Verwaltungskosten auf die Fälle beschränkt worden, in denen die einfache Fahrt mehr als 3,50 DM kostet. Die Satzung der Kasse kann aber Ausnahmen zulassen für Versicherte, die in ländlichen Gebieten wohnen oder häufig den Arzt aufsuchen müssen.

Kreis der Versicherten, Familienhilfe

109. Familienangehörige eines Versicherten sind nicht mehr beitragsfrei mitversichert, wenn ihr Gesamteinkommen einen bestimmten Betrag, im Jahre 1978 390 DM monatlich, übersteigt. Sie werden damit den Familienangehörigen gleichgestellt, die in gleicher Höhe Einkommen aus einem Arbeitsverhältnis beziehen und dann im allgemeinen selbst Beiträge für ihre Krankenversicherung zahlen müssen. Darüber hinaus sind Kinder nicht mehr mitversichert, wenn der Ehegatte des Versicherten nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung ist, sein Einkommen die Versicherungspflichtgrenze überschreitet und höher ist als das des Versicherten. Es erschien nicht gerechtfertigt, in diesen Fällen den Krankenversicherungsschutz allein den Kassenmitgliedern aufzubürden und den nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Elternteil an den Kosten des Versicherungsschutzes für sein Kind nicht zu beteiligen.

Wer aus der Familienhilfe ausscheidet, kann innerhalb eines Monats der gesetzlichen Krankenversicherung als freiwilliges Mitglied beitreten.

2. Weitere Maßnahmen im Gesundheitsbereich

Bedarfsgerechte ärztliche Versorgung

110. Am 1. Januar 1977 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts in Kraft getreten. Seine Vorschriften zielen auf eine Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung der Bevölkerung. Dem Bürger soll in zumutbarer Entfernung eine bedarfsgerechte ambulante ärztliche Versorgung zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck sieht das Gesetz insbesondere vor, daß unter maßgebender Mitwirkung der Krankenkassen

— eine Bedarfsplanung für die kassenärztliche Versorgung aufgestellt wird,

— das Instrumentarium zur Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung ausgebaut wird und

— bei Unterversorgung besondere Maßnahmen ergriffen werden.

Kostendämpfung im Krankenhausbereich

111. Um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser zu gewährleisten und sozial tragbare Pflegesätze zu erreichen, wurde 1972 das Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze — Krankenhausfinanzierungsgesetz — geschaffen. Nach diesem Gesetz werden die Investitionskosten der Krankenhäuser von Bund und Ländern getragen. Die Kosten des laufenden Betriebs sind in Form von Pflegesätzen von Benutzern, d. h. in der Regel den Krankenkassen, zu bezahlen.

Seitdem konnte sowohl bei den Investitionen als auch beim Aufwand für den laufenden Betrieb ein vorher teilweise vorhandener Nachholbedarf gedeckt werden. Gleichzeitig stiegen jedoch die Ausgaben der Krankenkassen für die Krankenhauspflege weit überproportional, und zwar von 9,46 Mrd. DM im Jahre 1972 auf 20,4 Mrd. DM im Jahre 1977.

112. Die Kostenentwicklung wird begleitet von einer mancherorts bestehenden Überversorgung mit Krankenhauseinrichtungen, d. h. einer überhöhten Zahl von Krankenhausbetten, die trotz vielfach zu hoher Verweildauer und zu hoher Krankenhaushäufigkeit zu sinkender Ausnutzung geführt hat. Daraus folgte eine Tendenz zu Fehlbelegungen der kostenaufwendigen Krankenhausbetten. Darüber hinaus besteht an vielen Orten bereits ein Mißverhältnis von Kosten und Nutzung der Ausstattung mit medizinisch-technischen Einrichtungen.

Die Bundesregierung ist daher entschlossen,

— auch im Krankenhausbereich die Kostenentwicklung zu dämpfen und

— eine bedarfsgerechte, leistungsfähige Krankenhausversorgung durch wirtschaftlichen Einsatz der vorhandenen Mittel auf Dauer zu sichern.

Dazu müssen die bereits nach dem geltenden Recht bestehenden Steuerungsinstrumente noch zielgerechter als bisher eingesetzt, darüber hinaus aber durch eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes auch die Steuerungsinstrumente selbst weiterentwickelt und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Krankenhäuser und Krankenkassen verstärkt werden.

113. Für die Weiterentwicklung des Krankenhauswesens bestehen dabei die folgenden Schwerpunkte:

— Bei der Krankenhausbedarfsplanung sollen die Krankenkassen und die Krankenhausträger soweit wie möglich beteiligt werden. Kriterien für das Leistungsangebot der Krankenhäuser sowie Zeiträume und Methoden der Planung müssen festgelegt, die Abstimmung mit anderen Bereichen, insbesondere der Bedarfsplanung für die ambulante Versorgung und die krankenhausentlastenden Einrichtungen, sichergestellt werden.

— Die Vorschriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes über Finanzierung und Pflegesätze sind mit dem Ziel fortzuentwickeln, die Anreize zur Anpassung der Krankenhauskapazitäten an den Bedarf, zur wirtschaftlichen Betriebsführung und zur Vermeidung nicht notwendiger Inanspruchnahme der Krankenhausleistungen zu verstärken.

— Um die kostenwirksamen Faktoren im Krankenhaus überschaubarer zu machen, ist die Abgrenzungsverordnung, die die Abgrenzung der verschiedenen im Krankenhaus verwandten und unterschiedlich finanzierten Wirtschaftsgüter regelt, im Dezember 1977 erlassen worden und am 1. Januar 1978 in Kraft getreten. Die Krankenhaus-Buchführungsverordnung, die die wesentlichen Einzelheiten der in den Krankenhäusern anzuwendenden kaufmännischen Buchführung und Betriebsabrechnung regelt, ist im April 1978 erlassen worden und wird hinsichtlich der Buchführung am 1. Januar 1979 und hinsichtlich der Kosten- und Leistungsrechnung am 1. Januar 1980 wirksam.

— Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Krankenhauswesen soll verstärkt werden; in diese Zusammenarbeit sollen auch die im Krankenhausbereich tätigen Organisationen und Verbände einbezogen werden.

Ambulante Pflege

114. Die Bundesregierung wird dem Auf- und Ausbau ambulanter pflegerischer Dienste in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Nach einer Bestandsanalyse dieses uneinheitlichen Bereichs sollen Vorschläge für eine bedarfsgerechte und kostengünstige Pflege und Betreuung pflegebedürftiger Menschen erarbeitet werden.

Preisbildung bei Arzneimitteln

115. Der Bundesminister für Wirtschaft hat eine Verordnung über Preisspannen für Fertigarzneimittel erlassen, die am 1. Januar 1978 in Kraft getreten ist. Die Verordnung sieht eine Reduzierung der Apothekenzuschläge für Fertigarzneimittel vor.

Dadurch wird das Arzneimittelpreisniveau um durchschnittlich 3,5 v. H. gesenkt. Diese Maßnahme dient der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Gleichzeitig übernimmt die Verordnung erstmals die Zuschläge des pharmazeutischen Großhandels in die staatliche Regelung.

Verstärkung der Vorsorge

116. Zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören seit 1971 Früherkennungsuntersuchungen für Kinder von der Geburt bis zum Ende des 4. Lebensjahres. 1977 wurde die Zahl der Untersuchungen von sieben auf acht erweitert. Außerdem wurden die Richtlinien über die durchzuführenden ärztlichen Maßnahmen unter Berücksichtigung der seit 1971 vorliegenden Erfahrungen und Ergebnisse neu gefaßt. Die Beteiligung an diesen Untersuchungen ist noch nicht zufriedenstellend, obwohl sie für die Früherkennung von Krankheiten, die die normale körperliche oder geistige Entwicklung des Kindes in besonderem Maße gefährden, von entscheidender Bedeutung sind. Sie soll daher mit allen geeigneten Mitteln gefördert werden.

117. Es wird mit gezielten Maßnahmen den Problemen der Mütter- und Säuglingssterblichkeit und der Erkrankungen im frühen Kindesalter begegnet werden.

Dazu gehören:

- Intensivierung der Schwangerenvorsorge (insbesondere auch zur Verhütung von Frühgeburten) und Schwangerennachsorge,
- Konzentration und Ausbau von Kliniken für Geburtshilfe und
- Sicherstellung der Behandlung entwicklungsgestörter Kinder durch Einrichtung eines ausreichenden Netzes von sozialpädiatrischen Diagnose-, Beratungs- und Behandlungseinrichtungen als sozialpädiatrische Zentren und als sozialpädiatrische Abteilungen von Kliniken.

Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit

118. Um die bei der strukturellen Verbesserung des Gesundheitswesens anstehenden Probleme gemeinsam mit den Ländern, den Krankenkassen und den Ärzten lösen zu können, muß das Wissen um die wesentlichen Zusammenhänge und Einflußfaktoren in der gesundheitlichen Versorgung entscheidend verbessert werden. Deshalb ist Forschung im Bereich der Gesundheitsökonomie Voraussetzung für eine in ihren strukturellen und finanziellen Auswirkungen besser überschaubare Gesundheitspolitik. Die Bundesregierung erarbeitet ein Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit. Es wird die Grundlage für Forschungsaktivitäten zur Verbesserung des Gesundheitswesens bilden und wird vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zusammen mit den Bundesministern für Jugend, Familie und Gesundheit und für Forschung und Technologie durchgeführt werden.

In den Jahren 1978 bis 1982 soll sich die Forschung auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Verbesserung der Prävention
- Verfahren zur Früherkennung von Krankheiten
- Konzepte für Diagnostik, Therapie und Rehabilitation
- fachübergreifende Technologien und Hilfen im Gesundheitswesen
- Verbesserung der Arzneimittelversorgung
- Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitseinrichtungen
- Organisation und Funktionserfüllung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Planung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen
- Verbesserung des gesundheitspolitischen Steuerungsinstrumentariums
- Verbesserung der Datenlage, der Information und Dokumentation im Gesundheitswesen.

In diesem Rahmen setzt der Bund auch seine Zusammenarbeit mit den Ländern im Bereich der Krankenhausforschung fort. Es geht dabei vor allem um verbesserte wissenschaftliche Grundlagen für erhöhte Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus und um eine wirkungsvollere Krankenhausbedarfsplanung.

Versichertenausweis

119. Nach der Reichsversicherungsordnung sind die Krankenkassen verpflichtet, für jeden Versicherten einen Versichertenausweis mit einer Versicherungsnummer auszustellen. Damit soll der Krankenschein als Nachweis des Anspruchs auf Kassenleistungen abgelöst werden. Das Nähere wird der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen. Um ein solches Verfahren unter Praxisbedingungen zu erproben, wurde von April bis Dezember 1977 im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein Modellversuch durchgeführt. Er soll Aufschluß darüber geben, ob das bisher entwickelte Verfahren, der hierfür entworfene Versichertenausweis und die technischen Hilfsmittel den Anforderungen entsprechen. Ein neutraler Gutachter ist beauftragt worden, den Modellversuch zu beobachten, die Ergebnisse auszuwerten und dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bis zum Ende des Jahres 1978 einen Bericht über Kosten und Nutzen eines Versichertenausweis-Verfahrens vorzulegen. Erst dann soll über eine generelle Einführung des Versichertenausweises entschieden werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch Aufbau und Verwendung einer Versichertennummer festgelegt werden, wobei Datenschutzüberlegungen einen breiten Raum einnehmen werden.

IV. Weiterentwicklung der Sozialen Sicherung

120. Die in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten aktuellen Entwicklungen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sind auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung in anderen Bereichen der Sozialen Sicherung und der Sozialen Hilfen zu sehen; denn vielfältige Verbindungen und Abhängigkeiten machen die einzelnen Leistungen und Dienste zu einem Gesamtsystem der Sozialen Sicherung, das ein wesentlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist. Es sichert den Mitgliedern der Gesellschaft, die vorübergehend nicht oder nicht mehr erwerbstätig sein können, ein in der Regel ausreichendes Einkommen und läßt sie am allgemeinen Einkommenszuwachs teilhaben, stärkt den Lebensstandard einkommenschwacher Gruppen und gleicht Belastungen in besonderen Lebenslagen aus, beugt durch Vorsorgeleistungen den verschiedenen Gefährdungen vor und trägt aktiv zur Wiedereingliederung in Gesellschaft und Beruf nach Schicksalsschlägen bei.

Die Soziale Sicherung ist auch ein wirtschaftspolitisch relevanter Faktor. Durch Sachleistungen und Umverteilungsleistungen disponiert die Soziale Sicherung über einen bedeutenden Teil des Volkseinkommens. Sie stärkt und stützt aber nicht nur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, z. B. in Zeiten konjunktureller Schwäche, sondern trägt mit einer Reihe von Leistungen auch zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Leistungskraft bei. Insgesamt leistet das System unserer Sozialen Sicherung einen zentralen Beitrag zum Wohlstand der Bevölkerung und einzelner Gruppen und zum sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland.

121. Dieses System der sozialen Sicherung hat sich bewährt; es soll weiter ausgebaut und verfeinert werden. Dabei soll auch ein gerechtes Verhältnis von Beitragsleistung und Sozialleistung erhalten und sichergestellt werden.

Über die Wirkung der Transferleistungen auf die Einkommenslage der Haushalte, denen Renten- und Pensionseinkommen zufließen, wird die in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 angekündigte Sachverständigenkommission (Transfer-Enquête-Kommission) im Jahre 1978 einen ersten Zwischenbericht vorlegen.

Sie erfüllt damit einen Teil ihres Auftrags, der darin besteht,

- den Einfluß staatlicher Geldleistungen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu untersuchen und
- Vorschläge zu einer besseren Abstimmung z. B. von Einkommensbegriffen oder -grenzen vorzulegen.

1. Sozialgesetzbuch

122. Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, das im Laufe der Zeit kompliziert und umfangreich gewordene Recht der sozialen Sicherung zum Nutzen des einzelnen Bürgers, aber auch der Verwaltung und der Rechtsprechung, zu vereinfachen und überschaubarer zu machen. Sie wird mit Unterstützung der von ihr berufenen Sozialgesetzbuch-Kommission fortfahren, das in zahlreichen Einzelgesetzen zersplitterte Sozialrecht stufenweise in einem Sozialgesetzbuch zusammenzufassen und zu harmonisieren. Die Ausbildungsförderung, die Arbeitsförderung, die Sozialversicherung, die soziale Entschädigung, das Kindergeld, das Wohngeld, die Sozialhilfe, weiter das gesamte Verwaltungsverfahren und die Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten werden in das Sozialgesetzbuch aufgenommen.

123. Der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuchs ist bereits 1976 in Kraft getreten; als zweite Stufe erlangten die „Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung" im Juli 1977 Gesetzeskraft. Während der Allgemeine Teil dem gesamten Sozialgesetzbuch vorangestellt ist, befassen sich die Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung mit der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung. Sie beinhalten

- wichtige Begriffsbestimmungen; z. B. werden das Beschäftigungsverhältnis als Grundlage der Versicherungspflicht und das Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen und Gesamteinkommen als Grundlage für Beiträge und Leistungen definiert;
- Rahmenvorschriften über den Umfang der Versicherung, die u. a. sicherstellen, daß Arbeitnehmer, die im Ausland beschäftigt sind, den Schutz der deutschen Sozialversicherung behalten, auch wenn der Auslandsaufenthalt mehrere Jahre dauert;
- Grundsätze des Beitragsrechts, z. B. über die Bemessung, Fälligkeit, Verjährung und Erstattung von Beiträgen;
- Bestimmungen über die Träger der Sozialversicherung (Verfassung, Haushalts- und Rechnungswesen, Vermögen, Zusammensetzung und Wahl der Selbstverwaltungsorgane, Rechtsaufsicht).

124. Im April 1978 hat die Bundesregierung den ersten Teil des für alle Bereiche des Sozialgesetzbuchs geltenden Verwaltungsverfahrensrechts als Gesetzentwurf eingebracht. Es hat zum Ziel, das zersplitterte Verfahren der Sozialverwaltung weitgehend zu vereinheitlichen; dadurch wird die Tätigkeit der Verwaltung beschleunigt. Vor allem aber

soll die Rechtsstellung des Bürgers im Verfahren entscheidend gestärkt werden.

Besonders hervorzuheben sind

— die Regelung über die Amtshilfe,

— die Verfahrensgrundsätze,

— die Vorschriften über die Rücknahme und den Widerruf von Verwaltungsakten und die Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen,

— die Bestimmungen zum öffentlich-rechtlichen Vertrag, zu den Kosten, zur Zustellung und Vollstreckung.

Der zweite Teil des Verwaltungsverfahrensrechts „Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten" wird in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 als Gesetzentwurf vorgelegt. Er enthält u. a.

— Vorschriften zur Verbesserung der Kooperation und Koordination zwischen den Leistungsträgern,

— Regelungen über Ersatzansprüche zwischen den Leistungsträgern, gegenüber Arbeitgebern, Unterhalts- und Schadensersatzpflichtigen,

— Rangfolge- und Pauschalierungsregelungen.

Die folgenden Schritte zur Schaffung eines Sozialgesetzbuchs sind die Einordnung der Unfallversicherung und des sozialen Entschädigungsrechts.

2. Unfallversicherung

125. Die Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und die Pflegegelder werden bei Veränderung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme durch Gesetz angepaßt. Sie stiegen zum 1. Januar 1977 um 7,0 v. H. und zum 1. Januar 1978 um 7,4 v. H.

Ebenso wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung sollen die Renten und Pflegegelder aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach dem Entwurf des Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes ab 1979 um 4,5 v. H. und ab 1980 und 1981 um jeweils 4 v. H. erhöht werden.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Situation sollen auch hier die realen Einkommenszuwächse bei den Rentnern und bei den Erwerbstätigen stärker harmonisiert werden. Auch die Unfallrenten sind in der Vergangenheit stärker gestiegen als die verfügbaren Einkommen der Beschäftigtenl. Es kommt hinzu, daß die ganz überwiegende Zahl der Unfallrentner weiterhin im Arbeitsleben steht. Ihre Unfallrenten würden also stärker steigen als ihre verfügbaren Arbeitseinkommen, wenn man es bei dem bisherigen Anpassungsverfahren beließe. Die vorgeschlagene Regelung stellt sicher, daß auch die Unfallrentner weiterhin am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben.

Durch die gleiche Rentenanpassung in der Unfall- und Rentenversicherung wird außerdem vermieden, daß in den Fällen, in denen eine Rente aus der Rentenversicherung mit einer Rente aus der Unfallversicherung zusammentrifft und teilweise ruht, der aus der Rentenversicherung zu zahlende Betrag stärker steigt als die übrigen Renten aus der Rentenversicherung. Würden die Unfallrenten mit höheren Sätzen angepaßt, erhielten diese Rentner nicht nur eine entsprechend erhöhte Unfallrente, sondern auch eine über die Anpassungssätze der Rentenversicherung hinausgehende höhere Leistung aus der Rentenversicherung; d. h. Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung, die zugleich auch eine Unfallrente beziehen, würden wegen der bestehenden Anrechnungsvorschriften besser gestellt als Rentner, die nur eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen. Gleiche Anpassungssätze verhindern das Entstehen von Ungleichgewichten.

3. Soziale Entschädigung — Kriegsopferversorgung

126. Mit der Schaffung des ersten Buches des Sozialgesetzbuchs sind die Kriegsopferversorgung und andere Leistungsbereiche, in denen das Bundesversorgungsgesetz angewendet wird, als einheitliches soziales Entschädigungsrecht zusammengefaßt worden.

Danach hat jeder, der einen Gesundheitsschaden erleidet, für dessen Folgen die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus anderen Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht, ein Recht auf die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Dazu kommt für den Beschädigten und seine Hinterbliebenen ein Recht auf angemessene wirtschaftliche Versorgung. In diesem Rahmen bildet die Kriegsopferversorgung zusammen mit anderen Entschädigungsgesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, eine der Säulen des Sozialrechts. So umfaßt dieses Rechtsgebiet neben der Versorgung von Kriegsopfern insbesondere auch die der Wehr- und Zivildienstgeschädigten, der Impfgeschädigten und der Opfer von Gewalttaten.

Rentenanpassungen

127. Seit 1970 sind die Versorgungsbezüge dynamisiert. Sie folgen seitdem stets der allgemeinen Einkommensentwicklung. Vom Beginn dieser Regelung bis zur Anpassung am 1. Juli 1977 sind die Renten der Beschädigten, Waisen und Eltern um rd. 139 v. H., die der Witwen sogar um 158 v. H. gestiegen. Weil die Renten steuerfrei sind, liegt diese Erhöhung weit über dem Anstieg der Nettoeinkommen der Beschäftigten im gleichen Zeitraum.

128. Durch das Neunte Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes vom Juni 1977 wurden die Renten im sozialen Entschädigungsrecht um durchschnittlich 9,9 v. H. erhöht. Die nächste Rentenanpassung ist, wie in der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Januar 1979 vorgesehen. Damit bleibt der seit 1970 in der Rentenanpassung bestehende Verbund zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und sozialer Entschädigung erhalten.

129. Es ist weiterhin sichergestellt, daß die Bezieher von Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.

Nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Einundzwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes sollen die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 1979 um 4,5 v. H. und zum 1. Januar 1980 und 1981 um jeweils 4 v. H. erhöht werden.

Da sich die Anpassung der Versorgungsbezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz nach dem Vomhundertsatz richtet, um den die Renten aus der Arbeiterrentenversicherung verändert werden, sollen nach dem von der Bundesregierung gleichzeitig eingebrachten Entwurf eines Zehnten Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes die Renten der Kriegsopfer im gleichen Umfang steigen. Ab 1982 sollen sich die Rentenanpassungen in der Kriegsopferversorgung, wie in der Rentenversicherung, wieder an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter orientieren.

Strukturelle Leistungsverbesserungen

130. Neben der allgemeinen Rentenanpassung sieht der Entwurf des Zehnten Anpassungsgesetzes strukturelle Leistungsverbesserungen und eine Überarbeitung des Rechts der Kriegsopferfürsorge vor. Dabei soll u. a. auch eine größere Eigenständigkeit der Kriegsopferfürsorge gegenüber dem Recht der Sozialhilfe erreicht werden.

Bei den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Leistungsverbesserungen handelt es sich insbesondere um folgende Maßnahmen:

- Ausdehnung des Anspruchs auf Berufsschadensausgleich auf rentenberechtigte Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 v. H.;
- Beseitigung des Höchstbetrags beim Berufsschadensausgleich für Beschädigte und beim Schadensausgleich für Witwen;
- Aktualisierung des Vergleichseinkommens beim Berufsschadensausgleich und beim Schadensausgleich;
- Erhöhung der Beihilfen für Hinterbliebene von erwerbsunfähigen Beschädigten;
- Einbeziehung auch der Eltern in die Kriegsopferfürsorge, die wegen der Höhe ihres Einkommens keine Elternrente beziehen;
- Lockerung der Kausalitätsvoraussetzungen in der Kriegsopferfürsorge;
- Neubestimmung der Einkommensgrenzen für Leistungsansprüche in der Kriegsopferfürsorge.

Die Mehraufwendungen des Bundes für die Rentenanpassung und die strukturellen Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung werden im Jahre 1979 rd. 550 Millionen DM betragen.

4. Rehabilitation — Eingliederung der Behinderten

131. Die Bemühungen der Bundesregierung um mehr soziale Gerechtigkeit für alle Mitbürger haben in den letzten Jahren auch für die Behinderten zu wesentlichen Fortschritten geführt. Das Verständnis in der Bevölkerung für ihre Probleme wächst. Hindernisse, die ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben entgegenstehen, werden nach und nach beiseitegeräumt. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der Rehabilitation der Behinderten und seine Unterstützung durch die Länder, die Rehabilitationsträger, die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege und der Behinderten haben dazu entscheidend beigetragen.

Die Bundesregierung wird diesen Weg fortsetzen. Auf der Grundlage des „Aktionsprogramms Rehabilitation" wird sie auch künftig mit allen Kräften der Gesellschaft zusammenarbeiten, um die Situation der Behinderten weiter zu verbessern.

In der vergangenen Legislaturperiode sind die gesetzlichen Grundlagen der Rehabilitation entscheidend verändert und verbessert worden. Jetzt gilt es, die neuen gesetzlichen Bestimmungen wirksam anzuwenden.

Schwerbehindertengesetz

132. Durch das Schwerbehindertengesetz ist erreicht worden, daß alle Schwerbehinderten unabhängig von Art und Ursache der Behinderung im Arbeitsleben geschützt sind. Die Regelungen des Schwerbehindertengesetzes müssen jetzt durch den Erlaß der im Gesetz vorgesehenen Rechtsverordnungen ergänzt werden.

Dabei muß sichergestellt werden, daß die Mittel der Ausgleichsabgabe, die von den Arbeitgebern für nicht besetzte Schwerbehindertenpflichtplätze zu entrichten ist, nach einheitlichen Grundsätzen verwendet werden. Die Mittel sollen vor allem für die Schaffung und Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte, begleitende Hilfen im Arbeitsleben und den weiteren Ausbau von Einrichtungen der Rehabilitation, insbesondere der Werkstätten für Behinderte und zugeordnete Wohnanlagen, eingesetzt werden.

Hierzu hat die Bundesregierung im März 1978 eine Verordnung, die Ausgleichsabgabeverordnung, beschlossen, die voraussichtlich Mitte des Jahres in Kraft treten wird.

133. Die Werkstätten haben die Aufgabe, für Behinderte, denen der allgemeine Arbeitsmarkt nicht zugänglich ist, angemessene berufsfördernde Maßnahmen durchzuführen und angepaßte Dauerarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Durch eine weitere Rechtsverordnung der Bundesregierung soll Näheres über die fachlichen Anforderungen an solche Einrichtungen und über das Verfahren zu ihrer Anerkennung bestimmt und damit ihre bundeseinheitliche Ausrichtung erreicht werden. Es geht dabei

um rd. 250 Einrichtungen mit etwa 35 000 Plätzen. Mittelfristig wird mit einem Bedarf von rd. 60 000 Plätzen gerechnet.

134. Das Schwerbehindertengesetz verpflichtet Arbeitgeber, die über mindestens 16 Arbeitsplätze verfügen, auf wenigstens 6 v. H. dieser Plätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit, diesen Prozentsatz durch Rechtsverordnung dem tatsächlichen Bedarf an Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte anzupassen oder die Ausgleichsabgabe bei Arbeitgebern mit weniger als 30 Arbeits- und Ausbildungsplätzen für einen bestimmten Zeitraum herabzusetzen oder zu erlassen. Sie prüft, ob Klein- und Mittelbetrieben die Ausgleichsabgabe herabgesetzt oder erlassen werden kann, ohne daß dadurch die Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit gefährdet wird.

Vergünstigungen für Behinderte

135. Das Schwerbehindertengesetz enthält den Auftrag, die Vorschriften über Vergünstigungen für Behinderte so zu gestalten, daß Art und Schwere der Behinderung unabhängig von der Ursache Rechnung getragen wird.

Die Bundesregierung wird das hierzu Notwendige veranlassen. Sie prüft z. Z. im Benehmen mit den Bundesländern insbesondere die finanziellen Möglichkeiten.

136. Zur Sicherung der beruflichen und sozialen Eingliederung ehemaliger Bergleute, die nach langjähriger Untertagearbeit diese Tätigkeit nicht mehr ausüben können, wird die Bundesregierung den Entwurf eines Bundesgesetzes über einen Bergmannsversorgungsschein vorlegen. Derzeit gibt es in einigen Bundesländern entsprechende Landesgesetze. Durch das Bundesgesetz sollen die Voraussetzungen für den Bergmannsversorgungsschein vereinheitlicht und die Inanspruchnahme der damit verbundenen Rechte im gesamten Bundesgebiet ermöglicht werden.

Rehabilitationsangleichungsgesetz

137. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die Ziele des Rehabilitationsangleichungsgesetzes erreicht werden. Leistungen zur Rehabilitation müssen umfassend, nach einheitlichen Grundsätzen und ohne nachteilige Wartezeiten erbracht werden. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger und zur weiteren Harmonisierung der Leistungen bedarf es noch ergänzender Regelungen. Die Bundesregierung hat daher auch vorgeschlagen, die Verfahrensvorschriften des Rehabilitationsangleichungsgesetzes auch auf die Eingliederungshilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz zu erstrecken.

Information und Beratung der Behinderten vor allem auch bei stationärer Unterbringung sind zu intensivieren. Im Leistungsbereich wird vor allem angestrebt, die Grundsätze für Kraftfahrzeughilfen und den Behindertensport zu vereinheitlichen.

Koordinierung der Rehabilitation

138. Das gegliederte System der Rehabilitation und die Vielzahl der beteiligten Stellen machen die Koordinierung zu einer wichtigen Aufgabe, die die Bundesregierung auch künftig in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen wahrnehmen wird. Der beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung errichtete Beirat für die Rehabilitation der Behinderten bildet hierfür die geeignete Basis. In diesem Gremium arbeiten Fachleute aus allen Bereichen der beruflichen Rehabilitation zusammen und unterstützen die Bundesregierung bei der Abstimmung von Maßnahmen der Arbeits- und Berufsförderung Behinderter.

Beschäftigung Schwerbehinderter

139. Mit dem ersten „Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte", das bis September 1977 durchgeführ wurde, konnten ca. 8 700 arbeitslose Schwerbehinderte wieder in das Arbeitsleben eingegliedert werden. Für dieses Programm standen 100 Millionen DM aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zur Verfügung.

Im Jahre 1978 wird wiederum mit einem Aufwand von 100 Millionen DM aus Mitteln der Ausgleichsabgabe ein 2. Sonderprogramm durchgeführt, um die zusätzliche Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte zu fördern (vgl. Tz. 15).

Die Bundesregierung wird sich außerdem besonders dafür einsetzen, daß die Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst erfüllt wird. Sie wird prüfen, ob und ggf. welche Maßnahmen vorgeschlagen werden können, die die Einstellung Schwerbehinderter in den öffentlichen Dienst erleichtern.

Berufliche Bildung Behinderter

140. Die qualifizierte berufliche Bildung Behinderter ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihre Eingliederung in die Gesellschaft. Alle Möglichkeiten, auch Schwerbehinderten die allgemeinen Ausbildungsberufe zugänglich zu machen, müssen ausgeschöpft werden. Vor allem ist es notwendig, ein ausreichendes Angebot an Förderlehrgängen zu schaffen, um behinderte Jugendliche zur Berufsreife zu führen. Es sind aber auch besondere Ausbildungsregelungen für die Behinderten zu schaffen, die nur auf diese Weise eine Berufsausbildung erhalten können. Die Bundesregierung sieht es als dringlich an, bundeseinheitliche Grundsätze für den Erlaß solcher Ausbildungregelungen zu entwickeln.

Aufbau eines Systems von Rehabilitationseinrichtungen

141. Die Bundesregierung sieht es als wichtige Aufgabe an, daß den Behinderten geeignete Rehabilitationseinrichtungen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.

142. Im Rahmen der beruflichen Rehabilitation geht es darum, geeignete Ausbildungs- und Umschulungsplätze zu schaffen und Beschäftigungsplätze für diejenigen Schwerbehinderten einzurichten, denen der allgemeine Arbeitsmarkt verschlossen ist.

Das bedeutet im einzelnen:

— Die Errichtung der geplanten 21 Berufsförderungswerke mit rd. 12 000 Ausbildungsplätzen für die Umschulung behinderter Erwachsener wird in Kürze abgeschlossen.

— Für die Ausbildung behinderter Jugendlicher sollen rd. 10 000 Plätze in Berufsbildungswerken geschaffen werden. Bei den weiteren Planungen sollen vor allem die Abgänger von Sonderschulen für Lernbehinderte berücksichtigt werden, soweit sie wegen ihrer Behinderung an den allgemeinen Ausbildungsstätten keine Berufsausbildung erhalten können.

— Das Netz von Werkstätten für Behinderte soll weiter ausgebaut werden, um mehr Beschäftigungsplätze für die Schwerbehinderten zu schaffen, denen wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung der allgemeine Arbeitsmarkt verschlossen ist.

— Für Schwerbehinderte, die wegen ihrer Behinderung auf besondere Unterbringung angewiesen sind, sollen Wohnheimplätze in ausreichender Zahl geschaffen werden. Durch Erprobung verschiedener Modelle soll eine Form von Wohnanlagen gefunden werden, die den Bedürfnissen der Schwerbehinderten am besten entspricht.

Neben dem quantitativen Ausbau von Rehabilitationseinrichtungen wird die fachliche Fortentwicklung im Vordergrund stehen. Für Aufbau und Betrieb der verschiedenen Arten von Rehabilitationseinrichtungen sollen verbindliche Grundsätze aufgestellt werden. Ergänzend zu den bisher für die Finanzierung von Rehabilitationseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mitteln werden künftig auch Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung wird den beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gebildeten „Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft" für diese Zwecke einsetzen.

143. Im medizinischen Bereich der Rehabilitation gilt es vor allem, Behinderte bereits zu Beginn oder während der medizinischen Behandlung auch auf ihre soziale und berufliche Eingliederung vorzubereiten.

Die Bundesregierung wird daher im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch Einrichtungen der medizinischen und sozialen Rehabilitation fördern. Es besteht noch ein dringender Bedarf an Rehabilitationseinrichtungen zur Früherkennung und Frühbehandlung und für besondere Krankheits- und Behinderungsarten. Durch die Errichtung oder Förderung von mehreren Früherkennungs- und Behandlungszentren, u. a. in Bonn, München und Mainz, hat die Bundesregierung wegweisende Beispiele für die Schaffung entsprechender Zentren in anderen Orten gegeben. Für seelisch Kranke und geistig Behinderte werden in Zukunft besonders Übergangsheime, beschützende Wohngruppen und Tagesstätten von Bedeutung sein. Solche Einrichtungen können in vielen Fällen den Weg zur Selbständigkeit und zur Eingliederung in Beruf und Familie wesentlich erleichtern.

Hilfswerk für behinderte Kinder

144. In den Jahren 1972 bis 1974 sind zur finanziellen Ausstattung der Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder" 100 Millionen DM aus dem Bundesaushalt zur Verfügung gestellt worden.

Um eine einmalige Erhöhung der Rentenleistungen zu ermöglichen, sind der Stiftung 1976 weitere 50 Millionen DM zugewiesen worden. Aus dem Stiftungsvermögen wurden bis Ende 1977 für rd. 2 600 contergangeschädigte Kinder Leistungen in Höhe von rd. 125 Millionen DM erbracht. Daneben hat die Stiftung im gleichen Zeitraum über 28 Millionen DM bereitgestellt, um Behinderten, vor allem im Alter unter 21 Jahren, Hilfen zu gewähren und ihre Eingliederung in die Gesellschaft zu fördern.

5. Soziale Sicherung der selbständigen Künstler und Publizisten

145. Die soziale Sicherung der selbständigen Künstler und Publizisten ist teilweise unzureichend. Die Einbeziehung der Künstler und Publizisten in die soziale Sicherung für das Alter und im Krankheitsfall ist daher Gegenstand eingehender Beratungen der Bundesregierung. Eine der besonderen Situation dieses Personenkreises angemessene gesetzliche Regelung erfordert hinsichtlich der Finanzierung noch eine weitere Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen. In diesem Zusammenhang wird auch die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Abgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz zu würdigen sein.

6. Datenschutz im Bereich der sozialen Sicherung

146. Mit der zunehmenden Verbreitung der automatischen Datenverarbeitung und ihren technischen Möglichkeiten, Informationen aufzunehmen, zusammenzuführen und weiterzugeben, wuchs auch die Gefahr des Mißbrauchs personenbezogener Daten.

Das Bundesdatenschutzgesetz vom Januar 1977 soll dem entgegenwirken. Seine Vorschriften sind wegen des weiten Geltungsbereichs des Gesetzes jedoch nicht gegeignet, den besonderen Datenschutzerfordernissen aller Anwendungsgebiete der automatischen Datenverarbeitung voll zu entsprechen. Auch für die Bereiche Arbeit und soziale Sicherung sind ergänzende Vorschriften erforderlich. Hier werden in besonders großem Maße persönliche Daten erfaßt, deren uneingeschränkte und unkontrollierte Verwertung sich auf den Betroffenen, aber auch für die Allgemeinheit sehr nachteilig auswirken kann. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages hat daher bei der Beratung des Bundesdatenschutzgesetzes die Bundesregierung aufgefordert, für den Bereich der sozialen Sicherung ergänzende Vorschriften zum Datenschutz zu schaffen und dabei die Empfehlungen der Sachverständigenkommission zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung zu berücksichtigen. Diese Vorschriften werden zur Zeit vorbereitet. Sie sollen vor allem auch einen einheitlichen Datenschutz für Bund und Länder auf dem Gebiet der sozialen Sicherung gewährleisten. Zu regeln sind dabei zum Beispiel technische und organisatorische Maßnahmen zum Datenschutz und die Erteilung von Auskünften über gespeicherte Gesundheitsdaten an die Betroffenen. Mit diesen besonderen Vorschriften soll ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem wirkungsvollen System des Datenschutzes getan werden.

V. Sozialhilfe, Hilfen für besondere Gruppen

1. Sozialhilfe

147. Die Sozialhilfe will Personen, die in eine Notlage geraten sind, ein menschenwürdiges Leben sichern, wenn sie sich nicht selbst helfen können oder keine oder nicht ausreichende Leistungen von anderen Trägern unseres Systems der sozialen Sicherung erhalten können. Sie versteht sich in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe und kann in persönlicher Hilfe und in Geld- und Sachleistungen bestehen.

Die Bedeutung der Sozialhilfe hat auch zu Beginn der 8. Legislaturperiode weiter zugenommen. Die Sozialhilfe hat sich in einer Zeit, die von schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gekennzeichnet ist, ihrer Aufgabe entsprechend als Auffangnetz im System der sozialen Sicherung bewährt.

Diese Feststellung macht zugleich die Abhängigkeit der Gewährung von Sozialhilfeleistungen von Faktoren deutlich, die nicht im Sozialhilfebereich, sondern im gesamtwirtschaftlichen Bereich liegen. Das gilt auch für die Gewährung von Sozialhilfe bei Anstaltsunterbringung. Hier hat der Anstieg der personalkostenintensiven Pflegesätze zu einer erheblich verstärkten Inanspruchnahme von Sozialhilfe geführt. Außer den genannten Faktoren haben auch der Abbau von Vorbehalten in der Bevölkerung gegen die Inanspruchnahme von Sozialhilfe durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und die Leistungsverbesserungen der Dritten Novelle zum Bundessozialhilfegesetz dazu beigetragen, daß sich sowohl die Zahl der Hilfeempfänger als auch der finanzielle Aufwand erhöht haben. Im Jahre 1976 erhielten ca. 2,1 Millionen Personen Sozialhilfeleistungen in Höhe von rd. 9,6 Mrd. DM. Mehr als ein Fünftel der Gesamtausgaben waren allerdings durch Einnahmen in Form von Rückzahlungen und Kostenersatz Dritter gedeckt. Etwa ein Viertel der Hilfeempfänger lebte in Anstalten. Infolge des überproportionalen Anstiegs der Unterbringungskosten mußten rd. 56 v. H. der Gesamtausgaben für diesen Personenkreis aufgewendet werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf die starke finanzielle Belastung der Sozialhilfe durch die Pflegekosten in den Anstalten prüft eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Probleme, die im Zusammenhang mit der Pflegebedürftigkeit auftreten (vgl. auch Tz. 114).

148. Unter dem Eindruck des starken Anstiegs der Sozialhilfeaufwendungen ist insbesondere von seiten der Kommunalen Spitzenverbände als Interessenvertreter der örtlichen Träger der Sozialhilfe, aber auch von Länderseite die Forderung nach kostendämpfenden gesetzgeberischen Maßnahmen erhoben worden. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung aus Fachkreisen zahlreiche Vorschläge für strukturelle Änderungen des Sozialhilferechts vor. Die Bundesregierung beabsichtigt, in der laufenden Legislaturperiode den Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz vorzulegen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß die stärkere Inanspruchnahme von Sozialhilfe in den vergangenen Jahren und auch noch in der Gegenwart und die daraus sich ergebende erhöhte Belastung der Haushalte der Länder der besonderen Aufgabe der Sozialhilfe im Gesamtsystem der sozialen Sicherheit entspricht. Die Gewährleistung aller an der Würde des Menschen orientierten fürsorgerischen Hilfen darf nach Auffassung der Bundesregierung auch in Krisenzeiten nicht in Frage gestellt werden. Das schließt Korrekturen des geltenden Rechts nicht aus, wo sie von der Sache her geboten sind.

2. Hilfen für ältere Menschen

149. Bund, Länder und Gemeinden bieten älteren Menschen vielfältige Hilfen an, die sie befähigen

sollen, weiterhin aktiv am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Die Hilfsmaßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die Selbständigkeit der älteren Mitbürger so lange wie möglich zu erhalten und sie in der ihnen vertrauten Umgebung zu belassen. Bei Pflegebedürftigkeit sollen moderne Einrichtungen den Heimbewohnern helfen, ihre Kräfte und Fähigkeiten nach Möglichkeit wiederzugewinnen.

Mit den Mitteln zur „Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für die ältere Generation" werden weiterhin Zuwendungen für Modelleinrichtungen, zentrale Einrichtungen und Maßnahmen, Forschungsvorhaben, Informationsschriften und überörtliche Einrichtungen im Zonenrandgebiet finanziert.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Programms „Förderung des Wohnungsbaus für alte Menschen" Finanzhilfen zur Verfügung gestellt.

Auch die Förderung sozialer Dienste im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zielen insbesondere auch auf Hilfen für ältere Menschen (vgl. Tz. 17).

Das 1973 gegründete Deutsche Zentrum für Altersfragen soll vorhandene Erkenntnisse über die Probleme des Alters und des Alterns sammeln, für die Praxis auswerten, neues Wissen erarbeiten und in geeigneter Weise verbreiten. Es hat auch die Aufgabe, die gerontologische Forschung zu verstärken und auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis hinzuwirken. So führt es z. B. einen Betriebsvergleich in Einrichtungen der Altenhilfe durch. Ferner sollen in einem größeren Forschungsprojekt neuere Erkenntnisse zur Frage der Altenbildung gesammelt und Methoden hierzu entwickelt werden.

150. Aufgrund des Heimgesetzes wurden und werden weitere Schritte zur Verbesserung der Situation von Heimbewohnern unternommen. Um die Wahrung ihrer Interessen zu gewährleisten, sollen die Bewohner an Entscheidungen über Angelegenheiten des inneren Heimbetriebes beteiligt werden. Zu diesem Zweck sieht die im August 1976 in Kraft getretene Heimmitwirkungsverordnung die Bildung von Heimbeiräten vor.

Die Lage der Heimbewohner soll ferner durch die im Januar 1978 erlassene Verordnung über bauliche Mindestanforderungen für Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige verbessert werden. Eine besondere Verordnung über personelle Ausstattung dieser Heime wird vorbereitet.

3. Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern

151. Im Jahre 1977 kamen rd. 54 000 Aussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere aus der Volksrepublik Polen, und rd. 12 000 Zuwanderer aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Von diesen insgesamt rd. 66 000 Personen waren rd. 33 000 jünger als 35 Jahre.

Die Bundesregierung hat im Mai 1976 folgendes Programm für die Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern beschlossen:

- Schaffung von Wohnraum und Gewährung von Einrichtungsdarlehen;
- Überwindung der Sprachschwierigkeiten durch großzügige Sprachförderungsmaßnahmen auch für solche Aussiedler, die keine Berufstätigkeit anstreben;
- Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennung von Ausbildungsgängen und Befähigungsnachweisen;
- Qualifikationsgerechte Vermittlung von Arbeit und Beratung durch Fachkräfte, die mit den Problemen der Aussiedler vertraut sind;
- Hilfen zur Gründung von selbständigen Existenzen;
- Besondere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung jugendlicher Aussiedler;
- Verstärkte individuelle Betreuung in den Familien, insbesondere durch Vermittlung von Patenschaften;
- Wecken von Verständnis in der Öffentlichkeit.

Dieses Programm wird im engen Zusammenwirken mit den Ländern, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Vertriebenenorganisationen fortgeführt, um den Aussiedlern das Hineinfinden in die neue Lebenssituation zu erleichtern. Dabei kommt den folgenden Maßnahmen besondere Bedeutung zu.

152. Der Bund stellt seit 1953 im Rahmen des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus über die Grundförderung hinaus jährliche Finanzhilfen für den Wohnungsbau für Aussiedler und Zuwanderer zur Verfügung. Im Jahre 1978 werden hierfür rd. 273 Millionen DM bereitgestellt.

Aussiedler und Zuwanderer, die seit dem 1. Januar 1974 im Bundesgebiet eingetroffen sind und sich noch in Lagern, Übergangswohnheimen oder sonstigen notdürftigen vorläufigen Unterkünften aufhalten, können zinsverbilligte Einrichtungsdarlehen beantragen. Zum erstmaligen Bezug einer angemessenen Wohnung können Einrichtungsdarlehen bis zu einem Höchstbetrag von 10 000 DM gewährt werden. Bis zum 15. März 1978 wurden rd. 23 000 Einrichtungsdarlehen mit einem Nennbetrag von rd. 129 Millionen DM bewilligt.

153. Alle Aussiedler können Sprachförderungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Nach der Verordnung über die Förderung der Teilnahme von Aussiedlern an Deutsch-Lehrgängen von Juli 1976 erhalten Arbeitnehmer, die zu ihrer beruflichen Eingliederung der Einführung in die deutsche Sprache bedürfen und an einem ganztägigen Unterricht teilnehmen, ein Unterhaltsgeld in Höhe von 80 v. H. des erzielbaren Verdienstes; alle Nebenkosten werden erstattet. Im ersten Halbjahr 1977 sind rd. 7 000 Personen in Deutsch-Lehrgänge eingetreten. Eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Förderung

von Deutsch-Lehrgängen für Aussiedler von Juli 1976 ermöglicht auch nichterwerbstätigen Erwachsenen, also vor allem Hausfrauen und Rentnern, kostenlos an Deutsch-Lehrgängen teilzunehmen. Darüber hinaus erhalten Personen bis zu 35 Jahren, die zu ihrer schulischen und beruflichen Eingliederung oder zur Fortsetzung ihrer Ausbildung an Deutsch-Lehrgängen teilnehmen, Beihilfen im Rahmen des sog. Garantiefonds des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Die Mittel des sog. Garantiefonds wurden von rd. 16 Millionen DM im Jahre 1972 auf 98 Millionen DM im Jahre 1977 erhöht.

VI. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen

154. Die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Bemühungen um die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung haben andere Probleme der Arbeitswelt etwas in den Hintergrund treten lassen. Es vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen in diesem Bereich, so daß Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen nach wie vor große Bedeutung zukommt.

Im Rahmen der gesamten Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik nimmt der Anteil der abhängig Beschäftigten stetig zu. Zur Zeit beträgt er bereits rd. 85 v. H. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen an die Arbeitnehmer durch veränderte Formen industrieller Arbeit erheblich gewandelt. An die Stelle physischer Belastungen ist weitgehend psychische Anspannung getreten.

Die Einstellung der Arbeitnehmer zur Arbeitswelt hat sich außerdem stark geändert. Das Bedürfnis, auf die Bedingungen der Arbeit als bestimmendem Faktor für die gesamte Lebenssituation mehr Einfluß zu nehmen, hat erheblich zugenommen. Davon gehen die Bestrebungen der Bundesregierung aus, die Rechte der Arbeitnehmer im Arbeitsleben zu verbessern und zur humaneren Gestaltung der Arbeitsbedingungen beizutragen. Außerdem ist es ein grundlegendes Ziel der Bundesregierung, die Unfallgefahren am Arbeitsplatz weiter abzubauen.

1. Mitbestimmung

155. Die Mitbestimmung ermöglicht den Arbeitnehmern, an den Planungen und Entscheidungsprozessen in den Großunternehmen aller Wirtschaftszweige als grundsätzlich gleichberechtigte und mitverantwortliche Partner der Anteilseigner teilzunehmen.

Das Mitbestimmungsgesetz ist seit Juli 1976 in Kraft. Bis Juni dieses Jahres sind in den unter das Gesetz fallenden Unternehmen die Aufsichtsräte nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen. Sie setzen sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner zusammen. Dadurch ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer erheblich erweitert worden; es bleibt allerdings insbesondere durch das Zweitstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden den Anteilseignern im Aufsichtsrat weiterhin ein Übergewicht.

156. Das Mitbestimmungsrecht selbst regelt die Grundzüge und die wichtigsten Einzelheiten der Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer. Das Gesetz überläßt es jedoch der Bundesregierung, das Verfahren im einzelnen durch Wahlordnungen auszugestalten. Diese sind in erster Linie als Handlungsanleitungen für die Wahlvorstände gedacht und sollen ihnen die Durchführung des Wahlverfahrens erleichtern.

Die Bundesregierung hat mit dem Erlaß der Wahlordnungen im Juni 1977 die Mitbestimmungsreform des Jahres 1976 abgeschlossen. Bis zum Ablauf der gesetzlichen Überleitungsfrist — 30. Juni 1978 — werden alle rd. 490 vom Gesetz erfaßten Unternehmen das neue Recht anwenden. In einem großen Teil dieser Unternehmen haben die Aufsichtsratswahlen bereits stattgefunden.

157. Gegen das Mitbestimmungsgesetz ist von Arbeitgeberseite Verfassungsbeschwerde eingelegt worden. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme alle gegen das Gesetz erhobenen verfassungsrechtlichen Zweifel zurückgewiesen.

2. Arbeitsgesetzbuch

158. Die Bundesregierung hat bereits in der Regierungserklärung von 1969 die Absicht erklärt, das nur schwer zu überschauende Arbeitsrecht in einem Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen und dabei den geänderten Verhältnissen in der Arbeitswelt anzupassen. Dieses umfassende Vorhaben kann nur schrittweise verwirklicht werden.

Seit 1970 ist eine von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission tätig, um die Lösung dieser langfristig angelegten Aufgabe vorzubereiten. Ihr gehören Vertreter der Wissenschaft, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Tarifparteien und der Länder an.

159. Regelungen über die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber finden sich in einer Vielzahl von Gesetzen; bestehende Lücken hat die Rechtsprechung zu schließen versucht. Insgesamt ist das Arbeitsverhältnisrecht unübersichtlich und für den Bürger kaum mehr verständlich. Das hat zu Rechtsunsicherheit und unnötigen Rechtsstreitigkeiten geführt.

Der Kommissionsentwurf eines Allgemeinen Arbeitsvertragsrechts ist im September 1977 in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt worden. Die

Bundesregierung prüft, ob und inwieweit er die Grundlage für ein Arbeitsvertragsgesetz als erstes Teilstück des geplanten Arbeitsgesetzbuches sein kann.

3. Tarifautonomie für arbeitnehmerähnliche Personen

160. Durch eine Erweiterung des Tarifvertragsgesetzes wurde 1974 die Tarifautonomie für arbeitnehmerähnliche Personen — zu ihnen gehören vor allem freie Journalisten, Schriftsteller und Künstler — eröffnet. Sie ermöglicht bestimmten Gruppen von Selbständigen, ihre Beziehungen zu ihren Auftraggebern wie Arbeitnehmer tarifvertraglich zu regeln. Bis Dezember 1977 sind auf dieser Grundlage 20 Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche Personen geschlossen worden; von den Tarifverträgen werden annähernd 5 500 Personen erfaßt, die bei Rundfunk, Fernsehen und bei Tageszeitungen tätig sind. Weitere Tarifverhandlungen wurden aufgenommen. Die bisher vereinbarten oder in Aussicht genommenen tariflichen Beschäftigungsbedingungen für arbeitnehmerähnliche Personen (Sozialleistungen, Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Urlaubsregelungen und Schutz bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses) lehnen sich zum Teil eng an entsprechende tarifliche Arbeitsbedingungen an, die vor der Änderung des Tarifvertragsgesetzes den Arbeitnehmern vorbehalten waren. Insoweit entspricht der Inhalt der Tarifverträge dem vom Gesetzgeber angestrebten Ziel, den arbeitnehmerähnlichen Personen die Möglichkeit zu geben, Anschluß an den arbeitsrechtlichen und sozialen Standard der Arbeitnehmer zu finden.

4. Gleicher Lohn für Männer und Frauen

161. Seit Jahren gibt es in den Tarifverträgen keine besonderen Frauenlohngruppen mehr. Der Grundsatz der Lohngleichheit von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit kann daher als verwirklicht angesehen werden. Allerdings ist zwischen den Tarifparteien noch streitig, in welchen Fällen Frauen im Vergleich zu bestimmten Männerarbeiten zwar nicht die gleiche, wohl aber eine gleichwertige Arbeit leisten und deshalb den gleichen Lohn beanspruchen können. Dieser Auseinandersetzung liegt die Überlegung zugrunde, daß physisch schwere Arbeit keineswegs immer höher zu bewirten ist als psychisch belastende Tätigkeit oder eine Arbeit, die z. B. durch Monotonie besondere Belastungen mit sich bringt.

Das Problem der gleichen Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit stellt sich vor allem bei den in einigen Tarifverträgen noch enthaltenen Leichtlohngruppen, in denen der geringste Lohn gezahlt wird. In Leichtlohngruppen der Industrie sind heute noch rd. 400 000 Arbeitnehmer, darunter rd. 300 000 Frauen, beschäftigt. Wirksam und endgültig kann dieses Problem nur von den Tarifparteien gelöst werden. Hier sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. In zahlreichen Fällen wurden Leichtlohngruppen gestrichen oder angehoben.

Die Bundesregierung hat es stets als ihre Aufgabe angesehen, die Tarifparteien bei der Suche nach Lösungen für eine gerechtere Lohnfindung zu unterstützen. Deshalb hat sie in den Jahren 1973 bis 1976 Forschungsaufträge vergeben, deren Ergebnisse vorliegen und die mit den Vertretern der Tarifparteien erörtert wurden. Dabei bestand zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern grundsätzlich Übereinstimmung darüber, daß die Forschungsergebnisse den Tarifparteien bessere Grundlagen für eine zuverlässige Arbeitsplatzanalyse und eine gerechtere Bewertung an die Hand geben. Diese Haltung läßt erwarten, daß die Tarifparteien in den nächsten Jahren Anstrengungen unternehmen werden, um insbesondere in Bereichen mit Leichtlohngruppen den Grundsatz der Lohngleichheit bei gleichwertiger Arbeit zu verwirklichen.

Außerdem prüft die Bundesregierung zur Zeit, ob und in welcher Form das Verbot der Benachteiligung von Frauen beim Zugang zum Arbeitsplatz, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, einschließlich des Arbeitsentgelts und des beruflichen Aufstiegs, und bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch besondere gesetzliche Vorschriften ausdrücklich niedergelegt werden soll, um damit die Rechtslage für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verdeutlichen.

5. Arbeitsplatzschutzgesetz

162. Durch das am 31. Dezember 1977 in Kraft getretene Dritte Gesetz zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes ist der Arbeitsplatzschutz für die zum Wehrdienst einberufenen Arbeitnehmer an die schwieriger gewordenen Bedingungen des Arbeitsmarktes angepaßt worden. Außerdem soll damit die Verpflichtung zum Soldaten auf Zeit attraktiver gestaltet werden.

Das Gesetz erweitert den Kündigungsschutz und gewährt Einstellungshilfen für Auszubildende nach ihrer Berufsausbildung. Ferner sind Soldaten auf Zeit mit einer Verpflichtungszeit bis zu zwei Jahren in das Arbeitsplatzschutzgesetz einbezogen worden. Im wesentlichen enthält das Gesetz folgende verbesserungen:

- Eine ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber ist bereits ab der Zustellung des Einberufungsbescheides unzulässig.
- Der Arbeitgeber muß bei einer Kündigung vor oder nach dem Wehrdienst beweisen, daß er nicht aus Anlaß des Wehrdienstes gekündigt hat.
- Der Arbeitgeber darf die Übernahme Auszubildender in ein Arbeitsverhältnis nicht aus Anlaß des Wehrdienstes ablehnen.
- Alle Soldaten auf Zeit werden für die ersten sechs Monate ihrer Dienstzeit in das Arbeitsplatzschutzgesetz einbezogen; sie können also

ggf. nach Ablauf des sechsten Monats ihres Wehrdienstes auf ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren.

— Für Zeitsoldaten mit einer Dienstzeit von nicht mehr als zwei Jahren gilt das Arbeitsplatzschutzgesetz uneingeschränkt, d. h., diese Soldaten können nach Ablauf ihrer zweijährigen Dienstzeit auf ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren.

6. Änderung der Pfändungsfreigrenzen

163. Das Vierte Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen, das am 1. April 1978 in Kraft getreten ist, setzte die seit 1972 geltenden Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend herauf. Der nicht pfändbare Grundbetrag für einen alleinstehenden Schuldner wurde von 338 DM auf 559 DM monatlich erhöht. Die zusätzlichen Freibeträge für unterhaltsberechtigte Angehörige des Schuldners wurden ebenfalls angehoben.

Außerdem führte das Gesetz einen besonderen Pfändungsschutz für Lohn- und Gehaltskonten ein. Es beseitigte die vollstreckungsrechtlichen Nachteile, die die bargeldlose Lohnzahlung mit sich gebracht hatte. Während nämlich die Forderung des Arbeitnehmers auf Arbeitsentgelt beim Arbeitgeber innerhalb der Pfändungsfreigrenzen unpfändbar war, war es bis dahin zweifelhaft, ob nicht ein Gläubiger durch die Pfändung des Lohn- oder Gehaltskontos auf das bargeldlos überwiesene Arbeitsentgelt zugreifen konnte.

7. Arbeitsgerichtsbarkeit

164. Das Kabinett hat im Dezember 1977 den Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens verabschiedet. Er wird z. Z. parlamentarisch beraten.

Mit diesem Gesetz will die Bundesregierung der seit mehreren Jahren zu beobachtenden und nicht mehr tragbaren Verlängerung der Verfahren vor den Arbeitsgerichten entgegenwirken. Kündigungsschutzprozesse z. B. können heute bis zur endgültigen Entscheidung durch das Bundesarbeitsgericht vier Jahre dauern. Die Verlängerung beruht auf einer ständigen Zunahme der Verfahren vor allem bei den Landesarbeitsgerichten und beim Bundesarbeitsgericht.

Die wesentlichen Regelungen des Entwurfs sind:

— Straffung des Verfahrens in der ersten Instanz. Der Rechtsstreit soll möglichst in einer einzigen umfassend vorbereiteten streitigen Verhandlung erledigt werden.

— Besondere Prozeßförderungspflicht bei Kündigungsschutzverfahren für das Gericht und die Parteien. Insbesondere sollen die Parteien ihre Kündigungsgründe bzw. Verteidigungsmittel innerhalb einer vom Gericht festzusetzenden angemessenen Frist vortragen müssen.

— Anhebung der seit 1926 unveränderten Berufungsgrenze von 300 auf 1 000 DM.

— Beseitigung der Streitwertrevision, die bisher den unbeschränkten Zugang zum Bundesarbeitsgericht bei Streitwerten über 6 000 DM zuließ. Das Bundesarbeitsgericht soll nur noch in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung und bei abweichenden Rechtsauffassungen der Gerichte angerufen werden können.

8. Richtlinien zur Verordnung über Arbeitsstätten

165. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Verhältnisse am Arbeitsplatz zu verbessern, sie modernen Erkenntnissen und Anforderungen der Sicherheitstechnik, Arbeitsmedizin, Betriebshygiene und Ergonomie anzupassen und insgesamt einwandfreie Betriebsräume zu schaffen. Hierzu ist im Mai 1976 die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erlassene Arbeitsstättenverordnung über Gestaltung, Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen und Betriebsräumen in Kraft getreten.

166. Ergänzend dazu erstellt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Arbeitsstätten-Richtlinien. Bisher sind 24 Richtlinien bekanntgemacht worden. Sie enthalten u. a. Regelungen für die Sozialräume — z. B. Pausen-, Umkleide-, Wasch- und Toilettenräume (auch auf Baustellen) —, über die erforderlichen Raumtemperaturen, die Lage und Zahl der Türen und Tore, die Verkehrswege und über die Sicherheitsbeleuchtung. Die Richtlinien geben den allgemeinen Erkenntnisstand auf diesem Gebiet wieder und stützen sich auf Erfahrungen der Gewerbeaufsicht, der gesetzlichen Unfallversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung und auf die Arbeitsergebnisse der Normenorganisationen. Bei der Erarbeitung der Richtlinien werden die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und die obersten Arbeitsschutzbehörden der Länder hinzugezogen.

Das Regelwerk der Arbeitsstätten-Richtlinien wird entsprechend den Bedürfnissen der Praxis weiter ausgebaut. So werden sich Richtlinien mit der Beleuchtung, Belüftung und Klimatisierung von Arbeitsräumen befassen. Weiter sollen Vorschriften zum Schutz vor Lärm und Absturzgefahren, über die Prüfung von Sicherheitseinrichtungen und über Rettungswege in den Betrieben erlassen werden.

9. Arbeitszeitordnung

167. Die geltende Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bundesregierung prüft, wie die Arbeitszeitordnung den gegenwärtigen Arbeits- und Produktionsbedingungen angepaßt werden kann. Dabei wird den Fragen der regelmäßigen gesetzlichen Arbeitszeit und damit verbundenen Regelungen besondere Bedeutung zukommen.

10. Aufbewahrung explosionsgefährlicher Stoffe

168. Bisher war die Lagerung von Sprengstoffen in zahlreichen Länderverordnungen geregelt. Durch die Zweite Verordnung zum Sprengstoffgesetz vom November 1977 sind diese Rechtsvorschriften abgelöst worden. Der Anwendungsbereich der neuen bundeseinheitlichen Sprengstofflager-Verordnung erstreckt sich — über die bisherigen Regelungen hinaus — auf alle explosionsgefährlichen Stoffe und alle zum Sprengen bestimmten explosionsfähigen Stoffe. Weiterhin wird die Aufbewahrung von explosionsgefährlichen Stoffen in nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen und im privaten Bereich einbezogen.

Die Verordnung enthält Vorschriften über den Bau und Betrieb von Explosivstofflagern und deren Abstände von anderen besonders schutzbedürftigen Anlagen; die technischen Grundlagen der Lagerung von Explosivstoffen sind dabei dem Stand der Technik entsprechend in Anlehnung an internationale Regelungen neu erarbeitet worden. Für die Aufbewahrung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen, für die bisher keine Regelungen bestanden, wurden neue Vorschriften aufgestellt.

11. Neues Sicherheitszeichen

169. Maschinen und Geräte — dazu gehören auch Haushalts- und Freizeitgeräte und Spielzeug — müssen zum Schutz des Benutzers eine sichere Handhabung gewährleisten. Sie werden von besonderen Prüfstellen untersucht. Wenn sie den Sicherheitsanforderungen genügen, erhalten sie ein Prüfzeichen.

Bisher verwendeten die verschiedenen Prüfstellen eine Vielzahl von verschiedenen Sicherheitszeichen. Um dem Verbraucher auf einfache und einprägsame Weise die Auswahl sicherer Erzeugnisse zu erleichtern und sein Sicherheitsbewußtsein zu fördern, hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ein neues, aussagekräftiges Sicherheitszeichen entwerfen lassen. Es enthält die Buchstaben GS (geprüfte Sicherheit) und wird nunmehr von den Prüfstellen nach dem Maschinenschutzgesetz vergeben. Alteingeführte Prüfstellenkennzeichen und -symbole (z. B. VDE, TUV) können mit dem neuen Zeichen sinnvoll kombiniert werden.

12. Forschung für eine humanere Arbeitswelt

170. Zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit haben der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister für Forschung und Technologie gemeinsam das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens" entwickelt. An der Durchführung des Forschungsprogramms ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung maßgeblich beteiligt.

In einer hochentwickelten Industriegesellschaft reicht es nicht mehr aus, die Arbeitnehmer allein vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu schützen. Das Programm geht deshalb von der Notwendigkeit aus, daß darüber hinaus physische und psychische Überbelastungen im Arbeitsleben, soweit möglich, abgebaut werden müssen. Bei der Bewältigung dieser umfassenden Aufgabe übernimmt die Forschung eine unterstützende Funktion. Die in der Arbeitswelt fortlaufend neu entstehenden oder neu erkannten Belastungen und Gefährdungen machen intensive Forschungen zur Humanisierung des Arbeitslebens zu einer unverzichtbaren und dauernden Aufgabe. Für diese Auffassung der Bundesregierung sprechen Zahlen. Zwar wurden in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte im Arbeitsschutz und bei der Gestaltung eines humanen Arbeitslebens erzielt, doch gibt die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten von rd. zwei Millionen im Jahre 1977, der Unfälle in Schulen und Kindergärten von 825 000 und der jährlich rd. 250 000 vorzeitig wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Arbeitnehmer immer noch Anlaß zu unverminderten Anstregungen. Die jährlichen Verluste der Volkswirtschaft durch berufsbedingte Unfälle und Krankheiten liegen bei rd. 25 Mrd. DM.

Die Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens wird verstärkt fortgesetzt und auf weitere Wirtschaftszweige, Personengruppen und Aufgabenbereiche ausgedehnt. Beispiele von besonderer Bedeutung sind die Untersuchung der Nacht- und Schichtarbeit, der einseitigen oder schweren körperlichen Tätigkeiten und der gesundheitsschädigenden Körperhaltungen und Umwelteinflüsse. Darüberhinaus muß den Belastungen durch eintönige Arbeitsinhalte, durch die Zunahme der Arbeitsteilung und die verringerten Dispositionsmöglichkeiten, aber auch dem Problem der Entwertung bisheriger Qualifikationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Abbau körperlicher Belastungen führt dabei vielfach zu einer Zunahme besonderer psychischer Beanspruchungen. Technisch-organisatorische Umstellungsprozesse bieten Gestaltungsspielräume, die zur menschengerechten Arbeitsgestaltung genutzt werden können.

Die Bundesregierung verfolgt mit dem Forschungsprogramm folgende Ziele:

- Erarbeitung von Schutzdaten, Richtwerten, Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten,
- Entwicklung von menschengerechten Arbeitstechnologien,
- Erarbeitung von beispielhaften Vorschlägen und Modellen für die Arbeitsorganisation und die Gestaltung von Arbeitsplätzen.

Die zur Verwirklichung dieser Ziele eingeleiteten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden dort, wo sie betriebsbezogen ausgestaltet sind, in Abstimmung mit und unter Mitarbeit von Betriebsleitungen, Beriebsräten, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen durchgeführt. Die Forschungsergebnisse können Alternativen bei der Einführung neuer Technologien und Organisationsstrukturen eröffnen. Die Ergebnisse des Forschungsprogramms sollen jeweils unverzüglich in die betriebliche Praxis umgesetzt werden.

VII. Vermögenspolitik

171. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, breite Schichten der Bevölkerung verstärkt am Vermögenszuwachs der Volkswirtschaft zu beteiligen. Als ein wirksames Instrument für eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand hat sich auch unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen das Dritte Vermögensbildungsgesetz bewährt, das 1970 — durch entscheidende Verbesserungen gegenüber dem Ersten und Zweiten Vermögensbildungsgesetz — für vermögenswirksame tarifvertragliche Vereinbarungen auf breiter Basis den Weg freigemacht hat. Wegen der Einkommensgrenzen und wegen des rezessionsbedingten Rückgangs der Beschäftigung hat sich die Zahl der nach diesem Gesetz sparenden Arbeitnehmer vor allem seit 1975 gegenüber den Vorjahren jedoch leicht vermindert.

1976 haben rd. 15,6 Millionen, etwa drei Viertel aller abhängig Beschäftigten, die vermögenspolitische Förderung des Dritten Vermögensbildungsgesetzes in Anspruch genommen. Rund 14,4 Millionen abhängig Beschäftigte erhielten tarifvertraglich vereinbarte oder, wie die Beamten, gesetzlich vorgesehene vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers. Der vermögenswirksam angelegte Gesamtbetrag belief sich 1976 auf rd. 9,6 Mrd. DM, die hierauf ausgezahlte Arbeitnehmer-Sparzulage auf rund 2,96 Mrd. DM. Mit Prämien nach den Prämiengesetzen, die in der Regel neben der Arbeitnehmer-Sparzulage gewährt werden, und Zinsen betrug das Sparvolumen mehr als 11 Mrd. DM.

Im Jahre 1977 sind für mehr als 420 000 Arbeitnehmer Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen erstmals in Kraft getreten. Für rd. 2 Millionen Beschäftigte werden 1978 vermögenswirksame Tarifverträge wirksam werden. Aufgrund der geltenden vermögenswirksamen Tarifverträge wird der Begünstigungsrahmen von 624 DM z. Zt. für rd. 18 v. H., 1979 für etwa 19 v. H. und 1980 für rd. 46 v. H. aller Arbeitnehmer voll ausgeschöpft.

172. 1977 wurden in der Größenordnung von schätzungsweise 25 Mrd. DM angesparte Spargelder frei verfügbar, weil die Sperrfrist für die große Zahl der beim Durchbruch der tarifvertraglichen Vermögensbildung im Jahr 1970 abgeschlossenen prämienbegünstigten Sparverträge abgelaufen ist. Die Verwendung dieser hohen Beträge scheint die bisherigen Erfahrungen beim Freiwerden von Sparmitteln zu bestätigen. Etwa die Hälfte bis zwei Drittel der verfügbaren Gelder werden vermögensbildend weiterverwendet. Dies deutet darauf hin, daß der Gedanke einer langfristigen Vermögensbildung heute in breiten Kreisen der Bevölkerung Eingang gefunden hat.

173. Der Lage der Arbeitslosen ist durch entsprechende Rechtsänderungen auch im Bereich der Sparförderung soweit wie möglich Rechnung getragen worden:

Sparverträge über vermögenswirksame Leistungen können jetzt auch bei Aufgabe oder Unterbrechung der abhängigen Beschäftigung, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, fortgesetzt werden. Der betroffene Sparer braucht nicht mehr einen neuen Sparvertrag mit neu beginnender Sperrfrist abzuschließen, um die staatlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können.

Bei ununterbrochener Arbeitslosigkeit von mindestens einem Jahr haben die Betroffenen die Möglichkeit, über Spar- oder Bausparguthaben vor Ablauf der gesetzlichen Festlegungsfrist ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen zu verfügen. Unter der gleichen Voraussetzung ist bei vermögenswirksamen Lebensversicherungsverträgen die vorzeitige Verfügung in Form der Abtretung oder Beleihung der Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag und die — sonst unzulässige — Verrechnung von Gewinnanteilen mit fälligen Beiträgen möglich.

174. Nachdem für eine gesetzliche Regelung überbetrieblicher Vermögensbeteiligung bislang keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte, hat sich die vermögenspolitische Diskussion seit dem Ende der 7. Legislaturperiode verstärkt den Fragen einer Beteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmen auf vertraglicher, insbesondere tarifvertraglicher, Grundlage zugewandt.

Bestimmte Beteiligungsformen, wie z. B. der Erwerb von Aktien, insbesondere von Belegschaftsaktien, und die Vereinbarung von Arbeitnehmerdarlehen werden schon bisher mit staatlichen Mitteln gefördert. Um die Begründung von zusätzlichen Beteiligungen an Unternehmen zu erleichtern, wird die Bundesregierung eine entsprechende Erweiterung des Anlagekatalogs des Sparprämiengesetzes und des Dritten Vermögensbildungsgesetzes vorgeschlagen und den Abbau steuerlicher Hemmnisse für solche Beteiligungen anstreben.

VIII. Familien-, Jugend- und Frauenpolitik

1. Familienpolitik

175. Die Bundesregierung betrachtet es als eine sozialpolitisch wichtige Aufgabe, die ökonomische und soziale Lage der Familie weiter zu verbessern. Dabei kommt es ihr darauf an, die Familie zur bestmöglichen Erfüllung ihrer Aufgaben unter Berücksichtigung der sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermutigen und zu befähigen. Die Bundesregierung unterstützt das originäre Recht der Eltern auf Erziehung; ihre Hilfen zur Entfaltung der elterlichen Erziehungskräfte im Rahmen von Elternbildung und familienbezogener Beratung dienen dem Ziel, den Kindern günstigere und vor allem gleiche Entwicklungsbedingungen und Chancen zu bieten.

Familienpolitik erschöpft sich daher nicht im staatlichen Kindergeld. Vielmehr ist darüber hinaus erforderlich, die soziale Umwelt familien- und kindgerecht zu gestalten. Die Beiträge, die hierzu von Wohnungs- und Städtebaupolitik, Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Arbeitsmarkt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu leisten sind, werden in einem Programm für das Internationale Jahr des Kindes, 1979, konkretisiert und veröffentlicht.

Familienlastenausgleich

176. Der Kreis der bei der Gewährung von Kindergeld berücksichtigten Kinder ist durch eine Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom August 1976 erweitert worden. Seit dem 1. September 1976 wird das Kindergeld nunmehr grundsätzlich auch für Kinder gezahlt, die das 18., aber noch nicht das 23. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

Das Kindergeld wurde ab Januar 1978 für Familien mit mehreren Kindern verbessert. Es beträgt für das zweite Kind 80 DM statt bisher 70 DM und für das dritte und jedes weitere Kind 150 DM statt bisher 120 DM monatlich. Diese Erhöhung des Kindergeldes erfordert einen jährlichen Mehraufwand von 1,7 Mrd. DM.

Reform des Ehe- und Familienrechts

177. Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts betont den Grundsatz, daß die Ehe eine lebenslange, auf dem Prinzip der Partnerschaft beruhende Gemeinschaft von Mann und Frau ist, in der beide Ehepartner die gleichen Rechte und die gleiche Verantwortung haben. Das gilt für das Namensrecht ebenso wie für die Wahrnehmung der Aufgaben in Ehe und Familie, in Haushalt und Beruf.

Die Eherechtsreform ermöglicht eine humanere und gerechtere Auflösung gescheiterter Ehen, indem sie

- im Scheidungs- wie auch im Scheidungsfolgenrecht das Schuldprinzip aufgibt; eine Ehe soll geschieden werden können, wenn sie gescheitert ist (Zerrüttungsprinzip);
- durch den Versorgungsausgleich die von beiden Ehepartnern während der Ehezeit gemeinsam erworbenen Anwartschaften auf eine Versorgung im Alter gleichmäßig zwischen ihnen aufteilt;
- die Verfahren über die Ehescheidung und ihre Folgen beim Familiengericht zusammenfaßt.

In einem Zweiten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts sollen die Vorschriften über das Verlöbnis, die Eheschließung und über die Nichtigkeit der Ehe neu gefaßt werden. Veraltete Ehehindernisse sollen beseitigt, einige Hindernisse sollen beseitigt, einige Hindernisse abgemildert werden. Vorarbeiten auf diesem Gebiet hat die Eherechtskommission geleistet.

Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge

178. Das geltende Recht der elterlichen Sorge entspricht nicht mehr dem gewandelten Verständnis der Eltern-Kind-Beziehung. Dem trägt ein im Februar 1977 eingebrachter Gesetzentwurf Rechnung. Die elterlichen Rechte und Pflichten werden neu definiert, die Pflichtgebundenheit der elterlichen Rechte wird betont. Das Elternrecht wird nicht mehr als Gewaltverhältnis, sondern als Sorgeverhältnis verstanden.

Der Schutz gefährdeter Kinder wird verbessert. Das Vormundschaftsgericht soll bei einer Gefährdung des persönlichen Wohls des Kindes die erforderlichen Maßnahmen treffen können, unabhängig davon, ob den Eltern ein schuldhaftes Fehlverhalten vorzuwerfen ist. Die Kinder, deren Eltern getrennt leben oder geschieden sind, sollen ebenfalls wirksamer als bisher vor einer Gefährdung bewahrt werden. Der Entwurf verbessert ferner den Schutz des Kindesvermögens. Die Rechtsstellung des heranwachsenden Kindes wird verstärkt.

Die Eltern werden verpflichtet, auf den Willen des einsichtsfähigen Kindes Rücksicht zu nehmen. In Angelegenheiten der Ausbildung und des Berufes sollen Begabung und Neigung des Kindes maßgebend sein.

Änderung des Adoptions- und des Adoptionsvermittlungsrechts

179. Das alte Adoptionsrecht stand unter dem Leitgedanken, daß die Adoption dazu diene, eine Familie ohne leibliche Nachkommen vor dem Aussterben zu bewahren und ihren Familienbesitz zu erhal-

ten. Inzwischen haben sich aber auch hier die gesellschaftlichen Anschauungen dahin gewandelt, daß das Wohl des Kindes im Mittelpunkt des Interesses zu stehen hat. Die Adoption ist daher zu einem Mittel umgestaltet worden, Kindern, die nicht in der Familie der leiblichen Eltern aufwachsen können, ein Zuhause zu geben.

Daher bestimmt das seit Januar 1977 geltende Adoptionsgesetz, daß das adoptierte Kind alle Rechte eines ehelichen Kindes der neuen Eltern erhält; zugleich werden die familien- und erbrechtlichen Verbindungen zur leiblichen Familie gelöst.

180. Das gleichzeitig in Kraft getretene Adoptionsvermittlungsgesetz vergrößert die Chancen, für die Annahme in Frage kommende Kinder an aufnahmewillige und geeignete Eltern zu vermitteln. Zu diesem Zweck

- konzentriert es die Adoptionsvermittlung auf wenige, fachlich gut besetzte Adoptionsvermittlungsstellen im Bereich der Jugendämter und der freien Wohlfahrtsverbände und
- schafft die organisatorischen Voraussetzungen für die überregionale Adoptionsvermittlung und die bessere Erfassung aller für eine Adoption in Betracht kommender Kinder.

Das Adoptionsvermittlungsrecht wird im Rahmen der weiteren Reformarbeit in das Jugendhilferecht einbezogen werden.

Frühkindliche Erziehung

181. Mit Hilfen für die frühkindliche Erziehung trägt die Bundesregierung dazu bei, besonders Eltern, die sich nicht in vollem Umfange der Erziehung ihrer Kinder widmen können, in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen. Die aus dem von der Bundesregierung geförderten Modell „Tagesmutter" bisher gewonnenen Erkenntnisse geben wichtige Hinweise für die Fortentwicklung des Pflegekinderwesens und für verbesserte gesetzliche Regelungen bei der Reform des Jugendhilferechts. Mit der Reform des Adoptions- und Adoptionsvermittlungsrechts sind weitere Voraussetzungen geschaffen worden, Heimeinweisungen von Kindern zu vermindern und zur Zeit noch in Heimerziehung befindlichen Kindern die Erziehung in einer Familie zu vermitteln. Die Bundesregierung will dazu beitragen, daß sich das Leitbild der partnerschaftlichen Familie durchsetzt und sich dadurch mehr als bisher beide Elternteile für Kindererziehung und Haushalt verantwortlich fühlen.

Beratung werdender Mütter

182. Mit einem Aufwand von bisher über 10 Millionen DM finanziert die Bundesregierung 54 Modellberatungsstellen, die in erster Linie schwangere Frauen in Konfliktsituationen beraten, Hilfe vermitteln und Hilfe gewähren. Sie sind anerkannte Beratungsstellen für die soziale Beratung im Sinne der neuen strafrechtlichen Vorschriften zum Schwangerschaftsabbruch. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse haben den Ausbau eines bedarfsgerechten Netzes solcher Beratungsstellen in Konfliktsituationen erleichtert. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung neuer Methoden in der Beratung, um sozial benachteiligten Bevölkerungskreisen den Zugang zu Beratungsstellen zu erleichtern.

Die Modellberatungsstellen widmen sich auch der Beratung über Familienplanung mit dem Ziel, die Erkenntnis zu vermitteln, daß gewünschte Kinder bessere Lebensbedingungen haben und daß Empfängnisregelung, nicht aber der Schwangerschaftsabbruch, das Mittel der Familienplanung ist.

Verbesserung des Unterhaltsrechts für Minderjährige

183. Die Grundlagen für die Bemessung und Anpassung von Unterhaltsrenten für Minderjährige sind neu geordnet worden. Maßstab ist der Regelbedarf. Das ist der zum Unterhalt eines Kindes, das sich in der Pflege der Mutter befindet, bei einfacher Lebensführung im Regelfall erforderliche Betrag. Der Regelbedarf wird durch Rechtsverordnung festgesetzt. Er galt bisher unmittelbar nur für die Bemessung des Unterhalts nichtehelicher Kinder. Seit Juli 1977 gibt er auch den Unterhaltsbedarf minderjähriger ehelicher Kinder an, deren Eltern geschieden sind oder nicht nur vorübergehend getrennt leben.

Dieser Neuerung kommt im Zusammenhang mit dem im Januar 1977 in Kraft getretenen Gesetz zur vereinfachten Abänderung von Unterhaltsrenten besondere Bedeutung zu. Nach diesem Gesetz ist bei erheblichen Änderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates der Vomhundertsatz zu bestimmen, um den Unterhaltsrenten Minderjähriger erhöht oder herabgesetzt werden können. Auf Grund der Ersten Anpassungsverordnung 1977 konnte eine Erhöhung solcher Unterhaltsrenten um 10 % verlangt werden.

2. Jugendpolitik

184. Die Jugendpolitik der Bundesregierung stellt die Erziehung und Bildung des jungen Menschen in den Mittelpunkt.

Ihre Hauptziele sind,

- das Recht jedes jungen Menschen auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und Achtung seiner Menschenwürde zu verwirklichen,
- soziale Benachteiligungen abzubauen und
- die Erziehungs-, Bildungs- und Freizeitangebote für junge Menschen so zu gestalten, daß ihre sozialen Anlagen und Fähigkeiten entwickelt und gefördert werden.

Diesen Zielen dienen insbesondere die Ausbildungsförderung, die berufliche Bildung, die Reform des Jugendhilferechts und die Weiterentwicklung des Bundesjugendplanes.

Reform des Jugendhilferechts

185. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode die Reform des Jugendhilferechts aufgreifen. Noch in diesem Jahr soll der Entwurf eines Jugendhilfegesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden. Jugendhilfe gehört in gleicher Weise zum Bildungswesen wie zur Daseinsvorsorge und umfaßt die allgemeine Förderung junger Menschen und der Erziehungskraft der Familie sowie familienunterstützende, familienergänzende und notfalls familienersetzende Hilfen.

Jugendstrafvollzug

186. Neben der angestrebten Neuordnung des Jugendhilferechts kommt der Fortentwicklung des Jugendstrafvollzuges besondere Bedeutung zu. Die beabsichtigte gesetzliche Regelung dieses Bereichs wird sich daran orientieren müssen, dem straffällig gewordenen jungen Menschen die Hilfen anzubieten, die er benötigt, um zu einem eigenständigen, in die wesentlichen sozialen Bezüge integrierten Leben zu finden. Dazu gehören auch die Eingliederung in das Ausbildungs- und Arbeitssystem und die Hilfen zur Verminderung persönlichkeitsbedingter krimineller Gefährdungen.

Das künftige Jugendstrafvollzugsrecht wird auf diesem Hintergrund die Leistungspflichten und Befugnisse der Jugendstrafanstalten und die Rechtstellung ihrer Insassen wie auch ihrer Eltern und Vormünder eindeutig regeln müssen.

Der Bundesminister der Justiz hat entsprechend einem Beschluß des 7. Deutschen Bundestages von Juni 1975 eine Kommission einberufen, die die Grundlagen für eine gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzuges erarbeiten soll. Die Kommission hat ihre Arbeit inzwischen aufgenommen.

Bundesjugendplan, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung

187. Der Bundesjugendplan ist ein wichtiges Instrument des Bundes zur Jugendförderung. Er wird ständig den veränderten Gegebenheiten und Aufgaben der Jugendhilfe angepaßt und im Dialog mit den Trägern der Jugendarbeit weiterentwickelt. Zu den Förderungsschwerpunkten des Bundesjugendplanes gehören insbesondere die politische Bildung und die internationale Jugendarbeit und sozialpädagogische Modellmaßnahmen für gesellschaftlich benachteiligte Kinder und Jugendliche. Die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit veröffentlichten „Perspektiven zum Bundesjugendplan"

— legen gegenüber der Öffentlichkeit die Gründe und Ziele der Jugendförderung des Bundes dar,

— machen gegenüber den jungen Menschen deutlich, welche Angebote und Chancen Jugendarbeit enthält und wo Engagement und Mitarbeit von ihnen erwartet werden,

— stecken gegenüber den Trägern der Jugendhilfe den Rahmen ab, in dem in Zusammenarbeit mit ihnen der Bundesjugendplan inhaltlich, methodisch und finanziell weiterentwickelt werden soll.

Auf der Grundlage dieser Perspektiven wird die Bundesregierung ihre Bemühungen um eine bessere Abstimmung der Jugendförderung von Bund, Ländern und Gemeinden verstärkt fortsetzen. Der Mittelansatz für den 29. Bundesjugendplan (1978) beträgt 234,8 Millionen DM. Davon sind 130 Millionen DM für Individualbeihilfen zur Eingliederung jugendlicher Zuwanderer (sog. Garantiefonds) bestimmt (vgl. Tz. 151).

Sozialpädagogische Hilfen für Lernschwache, Berufsanfänger und nicht berufsreife und arbeitslose Jugendliche

188. Die Bundesregierung fördert im Rahmen des Bundesjugendplanes u. a. sozialpädagogische Hilfen für Lernschwache, Berufsanfänger und nicht berufsreife und arbeitslose Jugendliche.

Nicht berufsreife Jugendliche und junge Menschen, die ohne regulären Schul- oder Ausbildungsabschluß heranwachsen oder für Beruf und Ausbildung unzureichend motiviert und deshalb von Arbeitslosigkeit besonders bedroht sind, sollen durch geeignete sozialpädagogische Lern- und Arbeitsformen befähigt werden, ihre Chancen, Rechte und Pflichten in Beruf und Gesellschaft besser wahrzunehmen.

3. Frauenpolitik

189. Nachdem die rechtliche Gleichstellung der Frau in der Bundesrepublik im wesentlichen erreicht wurde, gilt es nun, die tatsächlich noch bestehenden Benachteiligungen abzubauen und somit die volle Chancengleichheit für Frauen herzustellen. Dazu dienen folgende Maßnahmen:

— Verbesserung der sozialen Sicherung der Frau (vgl. Tz. 82);

— Verbesserung der Situation der Frau im Arbeitsleben durch gleiche Bedingungen für den Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung, zum beruflichen Aufstieg und durch gleiche Arbeitsbedingungen (vgl. Tz. 161).

Darüber hinaus sollen Frauen angeregt werden, sich stärker an politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen .

Zu diesem Zweck fördert die Bundesregierung Initiativen der freien Verbände, insbesondere des Deutschen Frauenrates, die Frauen über ihre Möglichkeiten und Rechte zu informieren und zur Wahrnehmung politischer und sozialer Tätigkeiten ermutigen. In Modellprojekten, die sich über mehrere Jahre er-

strecken, werden konkrete Förderungs- und Hilfsmaßnahmen für Frauen praktisch erprobt:

- neue Formen von Bildungsveranstaltungen, die es Frauen mit Kindern erleichtern sollen, sich an der Erwachsenenbildung stärker zu beteiligen;
- familiennahe Tagesbetreuung von Kindern erwerbstätiger Eltern, insbesondere von alleinstehenden Elternteilen;
- Ausbildungsprogramm für arbeitslose Frauen zur Verbesserung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt;
- Beratungsstellen, die die Reform des § 218 des Strafgesetzbuches ergänzen und u. a. prüfen sollen, wie auch die ländliche Bevölkerung besser Beratung finden kann;
- eine Zufluchtstätte für mißhandelte Frauen; hier soll unter wissenschaftlicher Begleitung herausgefunden werden, wie diesen Frauen am wirkungsvollsten geholfen werden kann;
- ein Projekt, in dem die Möglichkeit aufgezeigt werden soll, wie Frauen nach mehrjähriger Hausfrauentätigkeit wieder Aufgaben einer Berufstätigkeit oder ein anderes Engagement in der Gesellschaft übernehmen können;
- Förderung der Ausbildung von Mädchen in bisher für sie unüblichen Berufen des gewerblich-technischen Bereichs.

IX. Umwelt-, Raumordnungs-, Städtebau- und Wohnungspolitik

1. Umweltpolitik

190. Umweltpolitik ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe hohen Ranges. Ihr Ziel ist die Sicherung der elementaren Lebensgrundlagen. Es geht darum, für den Menschen eine Umwelt zu erhalten und zu gestalten, die als Standort von Wohnsiedlungen und Arbeitsstätten, Lieferant von Grundstoffen, Produzent von Nahrungsmitteln und zur Erholung geeignet ist. Über die Verminderung oder Beseitigung von erkennbaren Umweltbelastungen hinaus wird die Umweltpolitik dabei auch vorsorgend auf eine ökologisch bedachte Nutzung und Gestaltung der Umwelt hinwirken.

Die Verwirklichung dieser von der Bundesregierung in ihrem Umweltprogramm von 1971 und dessen Fortschreibung vorgesehenen Schutz- und Vorsorgemaßnahmen wird auf Dauer maßgeblich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und damit des sozialen Wohlbefindens aller Bürger beitragen. Besonders deutlich zeigt sich der soziale Bezug der Umweltpolitik im Hinblick auf wirtschaftlich schwache Bevölkerungsgruppen, die nicht die Möglichkeit haben, durch Änderung des Wohnsitzes oder der Arbeitsstätte regional auftretenden Umweltbelastungen, wie Straßenlärm oder Industrieabgasen, auszuweichen.

191. Das Gesetzgebungswerk für den Umweltschutz und seine Ausfüllung durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften ist weitgehend abgeschlossen. Neben einer Vielzahl von Vorschriften, die der Durchsetzung von Umweltbelangen in einem weiteren Sinne dienen, sind zahlreiche unmittelbar für den Umweltschutz erlassene Vorschriften in Kraft getreten; hierhin gehören das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Abfallbeseitigungsgesetz, das Bundesnaturschutzgesetz, das Benzinbleigesetz, das Waschmittelgesetz und das Abwasserabgabengesetz, deren positive Auswirkungen bereits teilweise spürbar sind.

Die noch gegebenen Umweltgefahren zwingen die Bundesregierung, auch weiterhin Vorkehrungen zu treffen, damit

- kurzfristig wenigstens zusätzliche Belastungen der Umwelt verhindert und
- mittel- und langfristig alle Umweltbelastungen wesentlich herabgesetzt und Umweltgefahren beseitigt werden.

Die Kooperation zwischen allen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften — insbesondere Bund, Ländern, Wirtschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden — als Grundprinzip der Umweltpolitik wird helfen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Eine verstärkte Beteiligung betroffener Bürger oder Verbände in wichtigen Genehmigungsverfahren des Umweltrechts ist erst in jüngster Zeit gesetzlich verankert worden.

2. Raumordnungspolitik

192. Ziel der Raumordnungspolitik ist es, angemessene und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Bundesgebiets zu sichern und zu schaffen. Die Raumordnungspolitik ist damit ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Unter dieser Zielsetzung wurde 1975 das gemeinsam von Bund und Ländern erstellte Bundesraumordnungsprogramm verabschiedet. Es ist der Orientierungsrahmen für Bund und Länder, die in jeweils eigener Verantwortung auf eine entsprechende Anpassung der raumwirksamen Planungen und Maßnahmen an die Zielaussagen dieses Programmes hinwirken werden.

Verbesserte Lebensbedingungen sind insbesondere in den abwanderungsgefährdeten Gebieten zu schaffen, aber auch in Räumen mit besonderen Schwä-

chen in der Erwerbs- oder Infrastruktur. Dies sind meist periphere, ländlich strukturierte oder altindustrialisierte Regionen.

Möglichkeiten bieten in erster Linie die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, die Finanzhilfen des Bundes und die Bundesverkehrswegeplanung. Die Förderung soll sich nach Möglichkeit in besonders geeigneten Zentren strukturschwacher Gebiete konzentrieren. Daneben soll aber dem auch bei gedämpftem Konjunkturverlauf noch zu verzeichnenden Wachstum in einigen Räumen mit bereits hoher Bevölkerungsdichte zu Gunsten ländlicher und zurückgebliebener Gebiete entgegengewirkt werden.

193. Rückläufige Bevölkerungsentwicklung und abgeschwächte Wachstumsperspektiven haben neue Rahmenbedingungen gesetzt, die bei der Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms verarbeitet werden müssen. Als ersten Schritt zur Fortschreibung hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau eine neue, regionalisierte Raumordnungsprognose bis 1990 vorgelegt. Danach werden bei einer Gesamtabnahme der Bevölkerung von rd. vier Millionen Einwohnern bis 1990 die Gebiete mit großen Verdichtungsräumen, insbesondere in den Stadtrandgemeinden und Verdichtungsrandzonen, weit geringere Bevölkerungsverluste haben als die peripheren, strukturschwachen und bisher schon abwanderungsgefährdeten Gebiete. Trotz Bevölkerungsabnahme werden weiterhin Wanderungen zwischen Regionen stattfinden, die in der Tendenz zu einer Verschlechterung der Altersstruktur in peripheren, strukturschwachen Gebieten führen. Bei abnehmender Bevölkerungsdichte wird es teilweise schwieriger, die Ziele des Bundesraumordnungsprogramms zu verwirklichen. Trotz der veränderten Rahmenbedingungen sollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden.

3. Reform des Bodenrechts

194. Die Bodenrechtspolitik muß sich den Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellen und Antworten finden. Im Anschluß an das Städtebauförderungsgesetz aus dem Jahre 1971 hat die Novelle zum Bundesbaugesetz, die im Januar 1977 in Kraft getreten ist, das planungs- und bodenrechtliche Instrumentarium des Bundesbaugesetzes aus dem Jahre 1960 erheblich verbessert. So ist den Gemeinden ein verbessertes Instrumentarium zur Verfügung gestellt worden, das es ihnen ermöglicht, im städtebaulichen Bereich eine Gemeindeentwicklung nach heutigen Erfordernissen zu betreiben. Die Bürger sind früher und umfassender an der Planung zu beteiligen. Dabei sollen die Gemeinden dafür sorgen, daß die Bürger vor vermeidbaren Nachteilen, die Planung und Durchführung zur Folge haben können, soweit wie möglich bewahrt bleiben. Bodenpolitische Fortschritte wurden durch die Preisbegrenzung der erweiterten Vorkaufsrechte auf den Verkehrswert, die Neuregelung des Planungsschadenrechts und durch die materiell- und verfahrensrechtlichen Änderungen des Enteignungsrechts erreicht. Mit der Novelle zur Baunutzungsverordnung soll eine gezieltere, flexiblere und liberalere Handhabung der baurechtlichen Vorschriften ermöglicht werden. Sie berücksichtigt die teilweise veränderten städtebaulichen Aufgaben.

195. Weitere durch die Baugesetznovelle noch nicht behobene Mängel und Unzulänglichkeiten des Bundesbaugesetzes sollen in ergänzenden Gesetzgebungsschritten beseitigt werden. Gegenstand weiterer Novellierungen werden voraussichtlich vor allem das Bodenverkehrsrecht, das Recht der Bodenordnung und das Erschließungsrecht sein. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu sind aufgenommen und zum Teil schon fortgeschritten. Als Endziel der Reformarbeiten wird ein einheitliches Städtebaugesetz angestrebt, das das Städtebauförderungsgesetz und das novellierte Bundesbaugesetz zusammenführt.

4. Wohnungsversorgung

Stand der Versorgung

196. Die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen ein hohes Niveau erreicht. Der Wohnungsbestand ist verhältnismäßig neu. 14,6 Millionen Wohnungen oder rd. 60 v. H. des Gesamtbestandes von fast 24 Millionen Wohnungen wurden nach 1948 errichtet. Mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden im gleichen Zeitraum 6,4 Millionen Wohnungen. Etwa 50 v. H. aller Wohnungen verfügen heute über Bad, WC und Sammelheizung. Trotz der im Schnitt relativ günstigen Versorgungslage gibt es aber immer noch Personen und Haushalte, die — gemessen an den inzwischen allgemein akzeptierten wohnungspolitischen Normen — unzureichend versorgt sind. Dazu gehören vor allem kinderreiche Familien, alte Menschen und Behinderte. In ländlichen Gebieten ist die Wohnungsversorgung der noch benachteiligten Gruppen nicht zuletzt wegen der bei geringeren Bau- und Bodenkosten stärkeren Eigentumsbildung inzwischen mehr ein Minderheitenproblem geworden, während in den städtischen Verdichtungsgebieten eine angemessene Wohnungsversorgung auch für Haushalte mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen noch verbessert werden muß.

Veränderte Aufgaben der Wohnungsbauförderung

197. Bei der im Schnitt stark verbesserten Ausgangslage entfällt für die Wohnungsbaupolitik der Zwang zu großen quantitativen Zielvorstellungen. Stattdessen ergibt sich für den traditionellen sozialen Wohnungsbau die Aufgabe, dort zur Beseitigung von Versorgungsengpässen beizutragen, wo der Markt allein nicht für einen Ausgleich sorgt. Dieser Teil des sozialen Wohnungsbaus wird somit künftig auf soziale und regionale Schwerpunkte ausgerichtet werden. Da vor allem für die städti-

schen Innenbereiche häufig beide Schwerpunktaufgaben zusammenfallen, wird die Wohnungsbauförderung noch mehr die Verbindung zur Stadtentwicklungspolitik suchen müssen.

Gezielte Förderung der Modernisierung und des Aus- und Umbaus von vorhandenen Wohnungen, Ersatzwohnungsbau und Neubau öffentlich geförderter Wohnungen im Zuge von Stadterneuerungsmaßnahmen werden damit künftig zentrale Aufgabenbereiche der Wohnungsbaupolitik sein. Mit den im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen bereitgestellten Mitteln für den Ersatzwohnungsbau und der Aufstockung des Regionalprogramms 1977 für den Mietwohnungsbau in Stadtregionen wurden bereits Akzente gesetzt.

5. Stadterneuerung

198. Neben der gezielten Wohnungsmodernisierung und den erweiterten Planungsmöglichkeiten nach dem novellierten Bundesbaugesetz stellen städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz ein wirksames Mittel der Stadterneuerung dar. Zur Zeit werden im Rahmen des Bundesprogramms nach dem Städtebauförderungsgesetz knapp 600 Sanierungsvorhaben mit finanzieller Hilfe des Bundes gefördert. Insgesamt hat die Bundesregierung seit 1971 für das Bundesprogramm Finanzhilfen in Höhe von rd. 1,5 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Hilfen sind im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen in Höhe von 950 Millionen DM bereitgestellt worden.

Stadterneuerung und Stadtentwicklung werden nach dem Städtebauförderungsgesetz nicht nur als planerisch-städtebaulicher Vorgang, sondern als sozialbezogener Veränderungsprozeß betrachtet. Berücksichtigt werden nicht nur die Veränderungen in der Baustruktur, sondern ebenso die konkreten Veränderungen der Lebensumstände einzelner Menschen oder Personengruppen. Entscheidend ist dabei die Frage, wie nachteilige Auswirkungen aus der Sanierung für die einzelnen Betroffenen vermieden bzw. gemildert werden können. Die vorbereitenden Untersuchungen, die Grundsätze für einen Sozialplan und der Sozialplan selbst haben sich in der Praxis als sehr hilfreich erwiesen und sind fester Bestandteil bei der Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes geworden.

6. Förderung der Vermögensbildung im Wohnungsbau

199. Verglichen mit anderen westeuropäischen Staaten weist die Bundesrepublik Deutschland mit etwa 38 v. H. die niedrigste Eigentumsquote aus. In vielen Großstädten liegt sie häufig sogar nur bei 20 v. H. oder darunter. In ländlichen Räumen erreicht sie dagegen bis zu 50 v. H.

Wegen der hohen Bau- und Bodenkosten konnten vielfach Familien mit Kindern erst relativ spät Wohnungseigentum bilden. Der Erwerb oder Bau eines Eigenheimes war zudem häufig mit einer Abwanderung in das städtische Umland verbunden, weil sich wegen des unzureichenden Angebots in den städtischen Innenbereichen der Wunsch nach Wohnungseigentum hier nicht realisieren ließ.

Durch die Ausweitung der steuerlichen Abschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes und der Grunderwerbsteuerbefreiung auf den Erwerb vorhandenen Wohnraums zur eigenen Nutzung wird der Gebrauchtwohnungsmarkt belebt und damit die Möglichkeit der Eigentumsbildung auch in den Innenstadtbereichen verbessert.

Für viele Haushalte mit unterem und mittlerem Einkommen, die Wohnungseigentum bilden wollen, bleibt der durch Zinsen und Tilgung gebundene Einkommensanteil weiterhin hoch. Dies gilt natürlich besonders für Stadtregionen. Auch bei relativ hohen vorangegangenen Sparleistungen werden diese Haushalte auf öffentliche Förderung angewiesen bleiben.

7. Mietentwicklung im Sozialwohnungsbestand

200. Die Mietentwicklung ist seit etwa 1976 deutlich günstiger verlaufen als in den Jahren zuvor. Nach relativ starken Mietsteigerungen im Jahre 1975, die vor allem im sozialen Wohnungsbau durch ein Zusammenwirken von verschiedenen Sondereinflüssen auftraten, lag die Mietsteigerung im Jahr 1976 nur geringfügig über dem Anstieg der gesamten Lebenshaltungskosten. Im Jahre 1977 lag sie mit 3,0 v. H. deutlich darunter. Probleme gibt es jedoch weiterhin bei der Mietenentwicklung in den jüngeren Förderungsjahrgängen des Sozialwohnungsbestandes. Hier haben beachtliche Baukostensteigerungen und degressive Förderungsmethoden dazu geführt, daß im Vergleich zu Sozialwohnungen ähnlichen Wohnwerts häufig überdurchschnittlich hohe Mieten gezahlt werden müssen.

Die Länder haben durch eine Korrektur ihrer Förderungsmethoden für den künftigen sozialen Wohnungsbau bereits eine deutliche Verbesserung erreicht.

8. Wohngeld

201. Das Wohngeld sichert dem Bürger wirtschaftlich einen für ihn und seine Familie angemessenen Wohnraum. Jeder Wohnungsinhaber, sei er Mieter oder Eigentümer, hat bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf den staatlichen Zuschuß zu den Aufwendungen für seinen Wohnraum.

Grundlage der Wohngeldgewährung ist das mit Wirkung vom 1. Januar 1978 novellierte Wohngeldgesetz. Diese Novelle bewirkte im wesentlichen folgende wichtige materielle Änderungen:

— Anpassung der Wohngeldtabellen an die zwischenzeitliche Mieten- und Einkommensentwick-

lung unter weitgehender Beseitigung bisheriger struktureller Verzerrungen;

— Anpassung der Miethöchstbeträge an die Mietenentwicklung;

— Differenzierung des allgemeinen Freibetrages durch pauschalen Abzug von 15; 22,5 oder 30 v. H.;

— Annäherung der Einkommensgrenzen des Wohngeldes an die des sozialen Wohnungsbaues.

202. Die Bedeutung des Wohngeldes als Instrument der sozialen Wohnungspolitik zeigt sich an der Zahl der Haushalte, die diese Leistung in Anspruch nehmen. Diese Zahl hat sich von 1970 bis 1975 von rd. 908 000 auf rd. 1,67 Millionen erhöht. Seit 1976 ist die Zahl der Wohngeldempfänger und die Höhe der Wohngeldausgaben leicht rückläufig. Diese Tendenz wird jedoch durch die Wohngeldnovelle aufgefangen. Die Mehrausgaben für Wohngeld durch die Wohngeldnovelle sind für 1978 mit rd. 490 Millionen DM, für die Folgejahre mit jeweils rd. 700 Millionen DM und 720 Millionen DM veranschlagt worden. Die erforderlichen Mittel sind von Bund und Ländern je zur Hälfte aufzubringen.

Zum Kreis der Wohngeldempfänger gehören in erster Linie Rentner, Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien, aber auch Arbeitnehmer und Selbständige mit geringem Einkommen. 1976 stellten Rentner mit 67,4 v. H. den überwiegenden Anteil an den Wohngeldempfängern. Der Anteil der geförderten Arbeitnehmer ging von 24,7 v. H. 1970 auf 13,4 v. H. 1976 zurück. Durch die Wohngeldnovelle werden jedoch Arbeitnehmerhaushalte wieder verstärkt in die soziale Absicherung durch das Wohngeld einbezogen.

X. Soziale Verbesserungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer

203. Das Steuerrecht beeinflußt das verfügbare Einkommen und damit die soziale Lage der Bürger. Die Steuerpolitik hat daher die Lasten gerecht zu verteilen, besondere Belastungen und Lebensumstände zu berücksichtigen. Daneben haben Steuerentlastungen zur Zeit eine ganz zentrale Aufgabe zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zur Sicherung der Beschäftigung. Im Jahre 1977 wurde eine Reihe von sozialpolitisch relevanten Verbesserungen und Entlastungen im Steuerrecht wirksam bzw. verabschiedet.

204. Seit Januar 1977 werden die durch die Einkommensteuerreform eingeführten Ausbildungsfreibeträge gewährt. Sie betragen für über 18 Jahre alte Kinder 2 400 DM bzw. bei auswärtiger Unterbringung zur Berufsausbildung 4 200 DM und für noch nicht 18 Jahre alte Kinder bei auswärtiger Unterbringung zur Berufsausbildung 1 800 DM jährlich. Ziel der Ausbildungsfreibeträge ist es vor allem, Steuerpflichtigen, die wegen der Höhe ihres Einkommens für die Aufwendungen für die Berufsausbildung eines Kindes keine unmittelbaren staatlichen Leistungen erhalten, eine Steuererleichterung zu gewähren.

205. Das Steueränderungsgesetz 1977 enthält für Arbeitnehmer — neben der Verbesserung des Familienlastenausgleichs (vgl. Tz. 176) — verschiedene Erleichterungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer.

Seit Juli 1977 sind die Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen von der Einkommensteuer befreit.

Ab Januar 1978 sind in Kraft:

— Die Anhebung der Höchstbeträge für den Sonderausgabenabzug der Vorsorgeaufwendungen von 1 800 DM auf 2 100 DM je Steuerpflichtigen — einschließlich entsprechender Anhebung des sogenannten hälftigen Abzugs. Damit wird vor allem eine stärkere steuerliche Berücksichtigung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ermöglicht;

— die Anhebung der Vorsorgepauschale von 16 v. H. auf 18 v. H.. Diese Neuregelung berücksichtigt ebenfalls die Entwicklung der Beiträge in der gesetzlichen Sozialversicherung und sichert die Vereinfachungswirkungen der Pauschalregelung;

— Kinder, die das 18., aber noch nicht das 23. Lebensjahr vollendet haben, werden künftig nicht nur durch die Zahlung von Kindergeld, sondern auch einkommensteuerrechtlich berücksichtigt. Voraussetzung ist, daß sie

  1. ausbildungswillig sind, aber noch keinen Ausbildungsplatz haben, oder
  2. keine Ausbildung mehr anstreben, jedoch keinen Arbeitsplatz finden;

— der verminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit der unterhaltsverpflichteten geschiedenen und getrennt lebenden Eltern und der unterhaltsverpflichteten Eltern nichtehelicher Kinder wird dadurch Rechnung getragen, daß der Elternteil, bei dem das Kind nicht berücksichtigt wird, einen Pauschbetrag von 600 DM vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen kann. Damit sollen die Mehraufwendungen abgegolten werden, die diesem Personenkreis im Vergleich zu Eltern, deren Kinder in ihrem Haushalt leben, erwachsen sind, z. B. durch die Pflege des Eltern-Kind-Verhältnisses;

— durch Änderungen im Einkommensteuergesetz, im Spar-Prämiengesetz, im Wohnungsbau-Prämiengesetz und im 3. Vermögensbildungsge-

setz wird sichergestellt, daß Steuerpflichtige, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, über begünstigte Spareinlagen ohne Nachteile verfügen können, und daß die Förderung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz nicht tangiert wird, wenn Gewinnanteile aus Lebensversicherungsverträgen mit fälligen Beiträgen im Falle der Arbeitslosigkeit verrechnet werden (vgl. Tz. 173).

206. Durch das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung wird

— der Weihnachts-Freibetrag von bisher 100 DM auf 400 DM mit Wirkung vom Kalenderjahr 1977 an erhöht. Diese Erhöhung kommt allen Arbeitnehmern, unabhängig von der tatsächlichen Zahlung eines Weihnachtsgeldes zugute; der einzelne Arbeitnehmer wird — je nach Höhe seines individuellen Steuersatzes — jährlich um 66 DM bis 168 DM entlastet;

— ab Januar 1978 der Grundfreibetrag von gegenwärtig 3 000/6 000 DM (Ledige/Verheiratete) auf 3 300 bzw. 6 600 DM erhöht. Diese Anhebung entlastet alle Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen unabhängig von ihrer Einkommenshöhe um denselben Betrag. Für Ledige beträgt die Entlastung 66 DM, für Verheiratete 132 DM im Jahr;

— ein Tariffreibetrag von 510/1 020 DM (Ledige/Verheiratete) bei der Lohn- und Einkommensteuer eingeführt.

Die Anhebung des Grund- und Weihnachtsfreibetrages und die Einführung des allgemeinen Tariffreibetrages bedeuten für verheiratete Arbeitnehmer ohne Kinder mit Jahreseinkommen von 24 000 DM eine jährliche Steuerersparnis von 422 DM. Dazu kommen ggf. noch einmal 40 DM aus der Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge.

Daneben schlägt die Erhöhung des Kindergeldes zu Buche. Einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern verbleiben bei gleichem Einkommen 542 DM, einem Arbeitnehmer mit 4 Kindern sogar 1 262 DM mehr als zuvor.

207. Das Steueränderungsgesetz 1977 — einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes — und das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung führen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer 1978 zu Steuererleichterungen von insgesamt 13,8 Mrd. DM.

208. Das Gesetz über steuerliche Vergünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude sieht die Einbeziehung der Altbauten in die Abschreibungsregelungen des Einkommensteuergesetzes und den Wegfall der Grunderwerbsteuer für den Erwerb eigengenutzter Altbauten vor (vgl. Tz. 199).

Nach diesem rückwirkend zum 1. Januar 1977 in Kraft getretenen Gesetz kann jeder Steuerpflichtige beim Bau oder bei der Anschaffung eines Einfamilienhauses, Zweifamilienhauses oder einer Eigentumswohnung, die zu mehr als 66⅔ v. H. Wohnzwecken dienen, acht Jahre lang jeweils 5 v. H. seiner Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 150 000/200 000 DM absetzen.

Für die Abschreibungsvergünstigung kommt es nicht mehr darauf an, ob bereits ein Voreigentümer des erworbenen Objektes erhöhte Absetzungen in Anspruch genommen hat.

Jeder Steuerpflichtige kann die erhöhten Absetzungen für ein Objekt — zusammenlebende Ehegatten für zwei Objekte — in Anspruch nehmen.

Kann ein Steuerpflichtiger die erhöhten Absetzungen nicht ausnutzen, weil er nicht bis zum Ablauf des Begünstigungszeitraumes Eigentümer des Objektes ist, so kann er die erhöhten Absetzungen für den Rest des Begünstigungszeitraumes bei einem Folgeobjekt vornehmen.

Der Erwerb von Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen zur eigenen Nutzung wird im Rahmen einer Freibetragsregelung von der Grunderwerbsteuer ausgenommen.

XI. Internationale sozialpolitische Zusammenarbeit

209. Die zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten und die Gemeinsamkeit der durch die weltwirtschaftliche Interdependenz entstandenen Probleme machen auch eine verstärkte sozialpolitische Zusammenarbeit sowohl im europäischen als auch im weltweiten Rahmen notwendig. Soziale Gerechtigkeit darf auch nicht an den Grenzen des eigenen Landes aufhören. Der Abbau der in vielen Ländern der Welt bestehenden sozialen Spannungen und der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen industrialisierten und nicht industrialisierten Ländern ist für die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Rechtsstaat und als bedeutendes Industrie- und Handelsland mit einer besonderen Verantwortung verbunden. Darüber hinaus können die in der Bundesrepublik Deutschland gefundenen sozialpolitischen Lösungen für andere Länder zur Bewältigung ihrer sozialen Probleme und Konflikte von Interesse sein.

210. Die sozialpolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Ländern vollzieht sich sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Bereich:

Im multilateralen Bereich wirkt die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied in supra- und zwischenstaatlichen Organisationen mit, die sich entweder

— wie die Internationale Arbeitsorganisation — ausschließlich mit Sozialpolitik befassen oder in deren Aufgabenspektrum die Sozialpolitik eine wichtige Rolle spielt. Hier gilt es vor allem, gemeinsame Lösungen für dringende sozialpolitische Probleme zu finden, eigene Vorstellungen und Initiativen einzubringen und die sozialen Rechte, die Arbeitsbedingungen, den Arbeitsschutz und die Qualität der sozialen Sicherung zu verbessern und abzusichern.

Im bilateralen Bereich setzt die Bundesrepublik Deutschland den Abschluß von Abkommen und Verträgen über soziale Sicherheit fort, die sich an folgenden zwei Grundprinzipien orientieren:

— Gleichbehandlung der jeweiligen Staatsangehörigen der Vertragsländer und

— Sicherstellung der Sozialleistungen.

1. Europäische Gemeinschaften

Beschäftigungspolitik

211. Im Mittelpunkt der Sozialpolitik in der Gemeinschaft steht die Verbesserung der Beschäftigungslage. Wirkungsvolle Sozial- und insbesondere Beschäftigungspolitik setzt die Mitwirkung der Tarifparteien voraus. Auf der Konferenz der europäischen Dachverbände der Tarifparteien, der Wirtschafts- und Arbeitsminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission im Juni 1976 wurde eine Erklärung verabschiedet, die die Entschlossenheit bekundet, sich in gemeinsamen Anstrengungen darum zu bemühen, daß

— der wirtschaftliche Aufschwung konsolidiert wird damit

— in den kommenden Jahren ein Wachstum in Stabilität verwirklicht wird und so

— die Bedingungen für Vollbeschäftigung und neue soziale Fortschritte geschaffen werden.

Auf einer Sitzung im Juni 1977 wurde der Dialog fortgesetzt.

Über die Verbesserung der Beschäftigungslage wurde auf Sitzungen des aus Vertretern der Tarifparteien, der Kommission und der Regierungen bestehenden Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen beraten. Im Mittelpunkt standen Beschäftigungsprobleme Jugendlicher, die Koordinierung des Einsatzes von Finanzmitteln der Gemeinschaft aus dem Sozial-, dem Regional- und dem Agrarfonds und die Reform des Europäischen Sozialfonds.

Europäischer Sozialfonds

212. Das wichtigste Finanzinstrument für die Beschäftigungspolitik in der Gemeinschaft ist mit über 2 Mrd. DM (1977) der Europäische Sozialfonds. Der Rat hat im Juni 1977 über die Grundlinien der Neuordnung des Europäischen Sozialfonds in weitgehender Übereinstimmung mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Dezember 1976 entschieden. Ziel ist es, die Wirksamkeit des Fonds durch bessere Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und durch Konzentration seiner Maßnahmen auf die dringenden Beschäftigungsprobleme der Gemeinschaft zu erhöhen. In der Verwaltung des Fonds wird das Verfahren beschleunigt und vereinfacht. Im Oktober 1977 beschloß der Rat, den Fonds gezielt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher einzusetzen.

Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

213. In Ausführung des Sozialpolitischen Aktionsprogramms der Gemeinschaft von 1974 hat der Rat im Februar 1977 die Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer bei Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen erlassen. Die Richtlinie soll den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer bei einem Wechsel des Betriebsinhabers oder bei Fusionsvorgängen sichern. Sie sieht vor, daß die Rechte und Pflichten des Veräußerers aus bestehenden Arbeitsverhältnissen auf den Erwerber übergehen und daß der Übergang eines Unternehmens, Betriebs oder Betriebsteils in der Regel keinen Grund für den Veräußerer oder Erwerber zur Kündigung darstellt. Sie verpflichtet Veräußerer und Erwerber außerdem zur Information und Konsultation der Vertreter der Arbeitnehmer. Diese Richtlinie stellt einen weiteren wichtigen Schritt zur Angleichung der Arbeitsbedingungen in der Gemeinschaft dar.

Bereits im Zusammenhang mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1972 wurde durch innerstaatliches Gesetz geregelt, daß bei einem Betriebsübergang die Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten auf den neuen Inhaber übergehen. Damit sind die Anforderungen der Richtlinie bereits weitestgehend erfüllt. Die Bundesregierung bereitet zur Zeit noch einige zur Umsetzung der Richtlinie erforderliche gesetzliche Detailregelungen vor.

214. Ebenfalls in Ausführung des Sozialpolitischen Aktionsprogramms billigte der Rat im Juli 1977 eine Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz. Mit der Richtlinie werden bis 1981 einheitliche Sicherheitskennzeichen am Arbeitsplatz eingeführt. Dies bedeutet insbesondere auch eine Verbesserung des Arbeitsschutzes für ausländische Arbeitnehmer in der Gemeinschaft.

2. Internationale Arbeitsorganisation

215. Die Internationale Arbeitsorganisation wird bei ihrem weltweiten Wirken auf sozialpolitischem Gebiet von der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig unterstützt. Die Bundesregierung sieht in der Internationalen Arbeitsorganisation ein wichtiges Forum für ihre Vorstellungen über eine moderne

internationale Sozialpolitik. Sie ist in fast allen Industrieausschüssen der Internationalen Arbeitsorganisation, die für bestimmte Wirtschaftszweige bestehen, vertreten. Von Juni 1976 bis Juni 1977 hatte der deutsche Regierungsvertreter den Vorsitz im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation inne.

Den Austritt der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Internationalen Arbeitsorganisation zum November 1977 hat die Bundesregierung bedauert; sie hält die Rückkehr der Vereinigten Staaten von Amerika im Interesse der Internationalen Arbeitsorganisation für wünschenswert. Sie wird unvermindert für Konzentration der Organisation auf ihre sozialpolitische Aufgabe, für uneingeschränkte Anwendung satzungsgemäßer Verfahren und für Erhaltung der dreigliedrigen Struktur eintreten.

216. Die Internationale Arbeitskonferenz beschloß auf ihren Tagungen im Juni 1976 und 1977 die Annahme von Übereinkommen und Empfehlungen über dreigliedrige Beratungen zwischen Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen, über die Vermeidung von Gefährdungen durch Lärm, Luftverschmutzung und Vibrationen am Arbeitsplatz und über Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Krankenpflegepersonals. Die Seeschiffahrtskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation verabschiedete im Oktober 1976 Übereinkommen und Empfehlungen über Mindestnormen für Arbeitsschutz und Rechte der Arbeitnehmer auf Handelsschiffen und über die Kontinuität der Beschäftigung von Seeleuten, ein Übereinkommen über bezahlten Jahresurlaub der Seeleute und eine Empfehlung über sozialen Schutz junger Seeleute.

217. Die Bundesrepublik Deutschland hat 1976 und 1977 weitere sechs Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert. Sie enthalten Regelungen über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, über berufsbedingte Krebserkrankungen, über den bezahlten Bildungsurlaub, über Verbände ländlicher Arbeitnehmer und über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute und der Fischer.

3. Sozialversicherungsabkommen

218. Die wechselseitige Beschäftigung im Ausland und der internationale Tourismus erfordern den weiteren Ausbau der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherung. Der Aufbau eines Netzes zweiseitiger Sozialversicherungsverträge wird daher fortgesetzt.
In Kraft getreten sind:

— im August 1977

das Abkommen von 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen von 1941 zusammenhängenden Fragen (sozialversicherungs- und beamtenrechtliche Behandlung von Südtirolern für die Zeit von 1939 bis 1945);

— im September 1977

die Vereinbarung von 1977 zur Durchführung des Abkommens von 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung;

— im Oktober 1977

das Abkommen von 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit;

das Zusatzabkommen von 1976 zu dem Abkommen von 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über Sozialversicherung;

— im November 1977

das Abkommen von 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit und Ergänzungsabkommen von 1975;

das Abkommen von 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, der Leistungen an Arbeitslose sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen;

das Abkommen von 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit wird im Laufe des Jahres 1978 in Kraft treten.

Den gesetzgebenden Organen liegt zur Beschlußfassung vor:

der Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zu dem deutsch-französisch-spanischen Übereinkommen über Kranken- und Unfallversicherungsschutz, insbesondere spanischer Gastarbeiter bei der Durchreise durch Frankreich von 1977.

In Vorbereitung bzw. geplant sind:

— das Ratifikationsverfahren für das Abkommen von 1977 mit dem Fürstentum Liechtenstein über Soziale Sicherheit und für das Übereinkommen von 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Fürstentum Liechtenstein, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Bereich der Sozialen Sicherheit;

— die Revision der in Kraft befindlichen Abkommen mit Griechenland und der Türkei;

— Abkommen über Soziale Sicherheit mit Finnland, Marokko und Tunesien;

— Vereinbarungen mit anderen Mitgliedstaaten der EG, die der Durchführung der EG-Verordnungen über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien oder ihrer Ergänzung dienen sollen.

Teil B

Sozialbudget 1978

Seite

Vorwort ... 65

I. Grundannahmen ... 66

1. Rahmen der Berichterstattung ... 66
2. Wirtschaftliche Grundannahmen ... 67
3. Demografische Daten ... 68

II. Ergebnisse ... 70

1. Umfang und Art der Sozialleistungen ... 70
2. Sozialleistungsquote ... 73
3. Sozialleistungsziffern ... 76
4. Funktionen ... 77
   - Familie ... 80
   - Gesundheit ... 83
   - Beschäftigung ... 85
   - Alter und Hinterbliebene ... 88
   - Folgen politischer Ereignisse ... 89
   - Wohnen ... 90
   - Sparförderung ... 91
   - Allgemeine Lebenshilfen ... 91
5. Institutionen ... 92
   - Rentenversicherung ... 95
   - Krankenversicherung ... 99
   - Unfallversicherung ... 106
   - Arbeitsförderung ... 108
   - Kindergeld ... 112
   - Altershilfe für Landwirte ... 114
   - Versorgungswerke ... 116
   - Beamtenrechtliches System ... 116
   - Ergänzungssysteme (Zusatzversicherungen) ... 118
   - Arbeitgeberleistungen ... 120
   - Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung) ... 121
   - Lastenausgleich ... 122
   - Wiedergutmachung ... 125
   - Sonstige Entschädigungen ... 125
   - Sozialhilfe ... 125
   - Jugendhilfe ... 128
   - Ausbildungsförderung ... 130
   - Wohngeld ... 130
   - Öffentlicher Gesundheitsdienst ... 131
   - Vermögensbildung ... 132
   - Steuerermäßigungen ... 133
   - Vergünstigungen im Wohnungswesen ... 135
6. Finanzierung ... 136

Seite

III. Wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge 142

1. Verdienste und Kaufkraft 142

2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 145

IV. Definitionen und Rechtsgrundlagen 148

1. Definitionen 148

2. Rechtsgrundlagen 153

Anhang — Tabellenteil des Sozialbudgets

Anhang I — Grunddaten des Sozialbudgets 163
Anhang II — Jahresübersichten 175
Anhang III — Einzelübersichten (Institutionen) 229
Anhang IV — Einkommen und Abzugsbelastung 313
Anhang V — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 329
Anhang VI — Sozialbudget nach Leistungs- und Finanzierungstypen ... 353

Fundstellen früherer Sozialbudgets

	Deutscher Bundestag	Bundesrat
Sozialbudget 1968	Anlage zu Drucksache V/4160	
Sozialbudget 1969/70	Drucksache VI/643	208/70
Sozialbudget 1971	Drucksache VI/2155	212/71
Sozialbudget 1972	Drucksache VI/3432	288/72
Sozialbudget 1973	Drucksache 7/1167	680/73
Sozialbudget 1974	Drucksache 7/2853	797/74
Sozialbudget 1976	Drucksache 7/4953	252/76

Durch Runden von Zahlen und Faktoren entstehen gelegentlich Abweichungen im Zahlenwerk.

Den einzelnen Kapiteln sind Kurzfassungen, auch in englischer und französischer Sprache vorangestellt.

Contents

Social Budget

	page
Preface	65
I. Basic Assumptions	66
1. Framework of the report	66
2. Economic assumptions	67
3. Demographic data	68
II. Results of the Social budget	70
1. Scope and nature of social expenditure	70
2. Rate of social expenditure	73
3. Amount per capita	76
4. Functions	77
5. Institutions	92
6. Financing	136
III. Economic and social interrelations	142
1. Development of wages and purchasing power	142
2. National Accounts	145
IV. Definitions and legal bases	148
Tables	157

Table de matières

Budget social

	page
Préface	65
I. Hypothèses de base	66
1. Cadre du rapport	66
2. Hypothèses économiques	67
3. Données démographiques	68
II. Résultats du budget social	70
1. Volume et nature des prestations sociales	70
2. Taux des prestations sociales	73
3. Dépenses par habitant	76
4. Fonctions	77
5. Institutions	92
6. Financement	136
III. Interdépendances économiques et sociales	142
1. Evolution des salaires et du pouvoir d'achat	142
2. Comptabilité nationale	145
IV. Définitions et bases juridiques	148
Annexes statistiques	157

Liste der Textübersichten

		Seite
1	Wirtschaftliche Grundannahmen	67
2	Wohnbevölkerung	68
3	Altersstruktur der Bevölkerung	69
4	Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf	69
5	Sozialbudget nach Leistungsarten	72
6	Sozialleistungsziffern	77
7	Funktionen	79
8	Familie — Ausgewählte Leistungstypen	81
9	Familienleistungen im weiteren Sinne	82
10	Gesundheit — Ausgewählte Leistungstypen	84
11	Beschäftigung — Ausgewählte Leistungstypen	86
12	Beschäftigung — Leistungen und Struktur	87
13	Berufliche Bildung — Leistungen und Struktur	87
14	Alter und Hinterbliebene — Ausgewählte Leistungstypen	88
15	Folgen politischer Ereignisse — Ausgewählte Leistungstypen	89
16	Wohnen — Ausgewählte Leistungstypen	90
17	Sparförderung — Ausgewählte Leistungstypen	91
18	Allgemeine Lebenshilfen — Ausgewählte Leistungstypen	91
19	Institutionen	93
20	Rentenversicherung — Leistungen	96
21	Rentenversicherung — Finanzierung	97
22	Rentenversicherung — Verrechnungen der Zweige untereinander	98
23	Krankenversicherung — Mitglieder	100
24	Krankenversicherung — Wachstum	101
25	Krankenversicherung — Leistungen	102
26	Krankenversicherung — Finanzierung	104
27	Krankenversicherung — Beitragssätze, -bemessungsgrenze	105
28	Unfallversicherung — Leistungsfälle	106
29	Unfallversicherung — Leistungen	107
30	Arbeitsförderung — Struktur	109
31	Arbeitsförderung — Leistungen	110
32	Kindergeld — Berechtigte/Kinder	113
33	Kindergeld — Leistungen	114
34	Altershilfe für Landwirte — Leistungen und Finanzierung	115
35	Versorgungswerke — Leistungen und Finanzierung	117
36	Beamtenrechtliches System — Leistungen	118
37	Ergänzungssysteme — Leistungen und Finanzierung	119
38	Arbeitgeberleistungen	120

Seite

39 Kriegsopferversorgung — Versorgungsberechtigte 122
40 Kriegsopferversorgung — Leistungen 123
41 Lastenausgleich — Empfänger 124
42 Lastenausgleich — Leistungen 124
43 Sozialhilfe — Empfänger und Leistungen 126
44 Sozialhilfe — Leistungen 127
45 Jugendhilfe — Leistungsfälle 1976 128
46 Jugendhilfe — Leistungen 1976 128
47 Jugendhilfe — Leistungen 129
48 Öffentlicher Gesundheitsdienst — Gesundheitsämter und Personal 132
49 Vermögensbildung — Leistungen 133
50 Steuerermäßigungen 134
51 Vergünstigungen im Wohnungswesen 135
52 Finanzierung nach Arten 138
53 Finanzierung nach Quellen 140
54 Finanzierungssalden 141
55 Lohnabzüge und Einkommen 1975 bis 1978 143
56 Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung .. 146
57 Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 147

Liste der Grafiken

1 Sozialbudget 1970 bis 1982 65
2 Leistungsarten 71
3 Einkommensleistungen nach Typen 72
4 Sachleistungen nach Typen 73
5 Sozialleistungsquoten 74
6 Funktionen — Anteile am Bruttosozialprodukt 75
7 Funktionen 78
8 Familie — Anteil und Struktur 80
9 Gesundheit — Anteil und Struktur 83
10 Beschäftigung — Anteil und Struktur 85
11 Alter und Hinterbliebene — Anteil und Struktur 89
12 Institutionen 94
13 Rentenversicherung 1970 bis 1982 95
14 Rentenversicherung — Anteil und Struktur 95
15 Krankenversicherung 1970 bis 1982 99
16 Krankenversicherung — Anteil und Struktur 103
17 Unfallversicherung 1970 bis 1982 106
18 Unfallversicherung — Anteil und Struktur 108
19 Arbeitsförderung 1970 bis 1982 108
20 Arbeitsförderung — Anteil und Struktur 111
21 Kindergeld 1970 bis 1982 112
22 Kindergeld — Anteil am Sozialbudget 113
23 Sondersysteme 1970 bis 1982 114

		Seite
24	Sondersysteme — Anteil und Struktur	114
25	Beamtenrechtliches System 1970 bis 1982	116
26	Beamtenrechtliches System — Anteil und Struktur	118
27	Ergänzungssysteme — Anteil und Struktur	120
28	Arbeitgeberleistungen 1970 bis 1982	121
29	Arbeitgeberleistungen — Anteil und Struktur	121
30	Entschädigungen 1970 bis 1982	121
31	Entschädigungen — Anteil und Struktur	122
32	Soziale Hilfen und Dienste — Anteil und Struktur	125
33	Sozialhilfe 1970 bis 1982	126
34	Jugendhilfe 1970 bis 1982	128
35	Ausbildungsförderung 1970 bis 1982	130
36	Wohngeld 1970 bis 1982	130
37	Vermögensbildung 1970 bis 1982	132
38	Indirekte Leistungen — Anteile und Struktur	133
39	Finanzierung nach Arten	137
40	Finanzierung nach Quellen	139

Stichwortverzeichnis

Die arabischen Ziffern beziehen sich auf die Randnummern, die römischen Ziffern auf die einzelnen Kapitel. Die Abkürzung „U" verweist auf die Textübersichten (weißes Papier) und die Abkürzung „A" auf den Tabellenanhang (blaues Papier).

A

Allgemeine Dienste und Leistungen U 5, 25, 245
Allgemeine Lebenshilfen (Funktion) 45 f., U 7, **82 f.,** U 18, 174, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Allgemeine Systeme 84, U 19, 245, A I-4, II 1 bis 4, **III-10**
Alter (Funktion) 37, U 6, 44, 48, **71 bis 73,** 169, 174, 184, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Altersrenten U 14, A VI-1
Altersstruktur der Bevölkerung s. Bevölkerungsstruktur
Altershilfe für Landwirte 64, 73, U 19, **144 bis 146,** U 34, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, III-122, V
Alter und Hinterbliebene (Funktionsgruppe) 34, 45 f., U 7, **71 bis 73,** U 14, 245, A I-3, II-2, 3, 5
s. auch Alter
Hinterbliebene
Anpassung der Geldleistungen 27 f., A IV-14
Arbeitgeberleistungen 64, 73, U 16, U 17, U 19, **161 bis 166,** U 38, 209, U 49, 213, U 51, 222, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, III-2, V
Arbeitgeberleistungen, Vertragliche und freiwillige A. U 19, 161, U 38, **165 f.,** 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-229,** V
Arbeitnehmer-Sparzulage U 17, 209, U 49
Arbeitsaufnahme, Förderung der A. U 11, 123, U 30, U 31, **133**
Arbeitsförderung U 13, 84, U 19, **123 bis 139,** U 30 und 31, 228, 230, U 54, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, II-7, **III-105,** V
Arbeitslosengeld U 11, U 30, U 31, **136,** A VI-1
Arbeitslosenhilfe U 11, 123, U 30, U 31, 136, A VI-1
Arbeitslosigkeit (Funktion) 45, U 7, **67,** U 11 und 12, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Arbeitsunfall, Berufskrankheit (Funktion) U 7, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Ausbildungsförderung U 11, U 13, 86, U 19, **192 bis 195,** 245, A I-4, II-1 bis 4, III-403, V

B

Barerstattungen 245, A II-1, 3, 5
Bausparprämien U 17, 209, U 49
Beamtenrechtliches System U 19, **149 bis 157,** 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, **III-13**
Beihilfen 64, U 19, 149, 152, **155,** 157, U 36, 226, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-133,** V
Beiträge, Finanzierung durch B. 216, 217, U 52, **219 bis 222,** 224, 228, 229, 233, 234, U 56 und 57 (VGR), 245, A I-5, II-1, 5, IV-3 und 4
— der Arbeitgeber U 52, 219 bis 222, 224, 228, 245, A I-5, II-1, 6
— der Rentner U 52, 219 bis 221, 225, 228, 245, A I-5, II-1, 6
— der Versicherten U 52, 219 bis 221, 228, 245, A I-5, II-1, 6
Berufliche Bildung (Funktion) U 7, U 11, 66, 67, **69 f.,** U 11 bis 13, U 30, U 31, 129 bis 131, 245
Berufskrankheit s. Arbeitsunfall
Berufsschadensausgleich U 15
Beschäftigte s. Erwerbstätige
Beschäftigung (Funktionsgruppe) 35, 45, U 7, 48, **65 bis 70,** U 11 bis 13, 245, A I-3, II-2, 3, 5
s. auch Arbeitslosigkeit
Berufliche Bildung
Sonstige Mobilität
Bevölkerungsstruktur, -entwicklung **12 bis 20,** U 2 und 3, A I-2

D

Definitionen 245
Demografische Daten **I.3,** U 2 und 3, A I-2
Direkte Leistungen U 19, 87, A I-4, II-1 bis 4, **III-001**
Dynamisierung s. Anpassung der Geldleistungen

E

Ehegatten (Funktion) 35, 46, U 7, **49,** 174, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Einkommensentwicklung 10, 11, U 1, **231 bis 238,** U 55, A I-2, IV
Einkommensleistungen **24 bis 28,** U 5, 245, A II-1, 3, 5
Entgeltfortzahlung U 19, 161, **162 bis 164,** U 38, 219, 224, 226, 238, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-201**
Entschädigungen U 19, 217, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, **III-3**
Entschädigungsrenten U 14, 75, U 15, A VI-1
Ergänzungssysteme 73, U 19, **158 bis 160,** U 37, 230, U 54, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, **III-14**
Erwerbspersonen 16, 22
Erwerbstätige U 1, 20 bis 23, A I-2
Erziehungshilfe, freiwillige E. U 18

F

Familie (Funktionsgruppe) 34, 35, 45 f., U 7, 48, **49 bis 64,** U 8 bis 10, 245, A I-3, II-2, 3, 5
s. auch Ehegatten
Kinder
Mutterschaft
Familienlastenausgleich 35, 140
Familienzuschläge 49, U 8, U 19, 149, 152, **154,** 157, U 36, A I-4, II-1 bis 4, **III-132**
Finanzierung 1 bis 3, **216 bis 230,** U 52 bis 54, 233, 240, 244, 245, A I-5, 6, II-1, 4 bis 7
— nach Arten 216, U 52, **217 bis 223,** 245, A I-5, II-1, 5, 7
— nach Quellen 216, **224 bis 227,** U 53, 245, A I-6, II-4, 6
Finanzierungssaldo 229 f., U 54, U 56 und 57 (VGR) A I-5, 6, II-1, 4, 6
Finanzierungstypen 245, A VI-2
Finanzplanung 6, 240
Folgen politischer Ereignisse (Funktion) 35, 45 f., U 7, **74 bis 77,** U 15, 85, 169, 174, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Fürsorgeerziehung U 18, U 47
Funktionen **II.4.,** U 7, 245, A I-3, II-2, 3, 5

G

Gebühren s. Sonstige Einnahmen
Gesundheit (Funktionsgruppe) 34, 37, U 6, 42 f., 45 f., U 7, 48, **61 bis 64,** U 10, 155, 245, A I-3, II-2, 3, 5

s. auch Arbeitsunfall
Invalidität
Krankheit
Vorbeugung
Grundannahmen I, A I-2

H

Hilfe in besonderen Lebenslagen Ü 43
Hilfe zum Lebensunterhalt Ü 14, Ü 18, Ü 43, Ü 44, A VI-1
Hinterbliebene (Funktion) Ü 7, **71 bis 73,** Ü 14, 174, 245, A I-3, II-2, 3, 5

I

Indirekte Leistungen Ü 19, 87, 210, 226, 246, A I-4, II-1 bis 4, **III-5**
Innerer Dienst 245, A II-1, 3, 5
Institutionen 245, A I-4, II-1 bis 4, II-7, III
— allgemein 84 bis 87, Ü 19
— im einzelnen 88 bis 215, A III
Invalidität (Funktion) Ü 7, **62,** 184, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Invaliditätsrenten Ü 14, Ü 15, A VI-1

J

Jahreswirtschaftsbericht 5, 11, 240
Jugendhilfe 49, 64, 82, 86, Ü 19, **186 bis 191,** Ü 45 bis 47, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-402**

K

Kaufkraft, Entwicklung der K. 233 bis 238, A IV-10
Kinder (Funktion) 35, Ü 7, **49,** 245, A I-3, II-2, 3, 5
Kindergeld 49, Ü 8, 53 bis 60, 84, Ü 19, **140 bis 143,** Ü 32 und 33, 217, 224, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-106,** IV-12, VI-1
Knappschaftliche Rentenversicherung s. Rentenversicherung
Konkursausfallgeld Ü 11, Ü 30, Ü 31, **136,** 139
Krankengeld Ü 24, 112, A VI-1
Krankenversicherung 64, 73, 82, 84, Ü 19, Ü 20, **99 bis 117,** Ü 23 bis 27, 228, 230, Ü 54, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, III-103, V
Krankenversicherung der Rentner 33, 95, 228, 230
Krankheit (Funktion) Ü 7, **62 bis 64,** 174, 184, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Kriegsopferversorgung s. Soziale Entschädigung
Kurzarbeitergeld Ü 11, Ü 30, Ü 31, **134**

L

Landabgabenrente 144, Ü 34, A VI-1
Lastenausgleich 73, 85, Ü 19, **171 bis 175,** Ü 41 und 42, 245, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-302,** V
Leistungen s. Sozialleistungen
Leistungsarten Ü 5, 245, A II-1, 3, 5
Leistungstypen 245, A VI-1
Lohnentwicklung s. Einkommensentwicklung
Lohnfortzahlung s. Entgeltfortzahlung

M

Maßnahmen 245
Methodik s. Sozialbudget, Methodik des S.
Mobilitätshilfe 138
Mutterschaft (Funktion) Ü 7, **49,** 166, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Mutterschaftsgeld Ü 8, A VI-1

N

Nettoverdienste s. Einkommensentwicklung

O

Öffentliche Mittel s. Zuweisungen
Öffentlicher Gesundheitsdienst 64, 86, Ü 19, **202 bis 206,** Ü 48, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-405**

P

Pensionen 64, Ü 19, 149, **153,** 157, Ü 36, 226, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-131,** V
Preisentwicklung 11, Ü 1, 233, 234, A I-2, IV-10
Projektion, mittelfristige Projektion 6, 11, 240
Rechtsgrundlagen 246
Rehabilitation Ü 11, 96, 123, Ü 30, Ü 31, 129, 132, 138, 144
Rentenanpassungsbericht 6, 90, 240
Rentenversicherung 64, Ü **13,** 76, 84, Ü 19, **88 bis 98,** Ü 20, 99, 144, 145, 226, 228, 230, Ü 54, 240, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-101,** (1011 bis 1013), IV-13, V
Rentenversicherung der Angestellten s. Rentenversicherung
Rentenversicherung der Arbeiter s. Rentenversicherung

S

Sachleistungen **24 bis 28,** Ü 5, 245, A II-1, 3, 5
Schlechtwettergeld Ü 11, Ü 30, Ü 31, 135
Sondersysteme Ü 19, 144 bis 148, Ü 34 und 35, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-12**
Sonstige Einnahmen 216, Ü 52, **223,** Ü 56 und 57 (VGR) A I-5, II-1, 5
Sonstige Entschädigungen Ü 19, 167 bis 170, Ü 39 und 40, **179 bis 181,** 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-309,** V
Sonstige Hilfen 82
Sonstige Mobilität (Funktion) Ü 7, **67 f.,** Ü 11 und 12, 138, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Sozialbudget, Methodik des S. 1 bis 3, 245 f., A V
Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung) 64, 73, 75, 85, Ü 19, 245, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-301,** V
Soziale Hilfen und Dienste 86, Ü 19, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, **III-4**
Sozialer Wohnungsbau 79, 197, 213, 214, Ü 51
Soziale Sicherung Ü 19, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-1**
Sozialhilfe 64, 73, Ü 13, 82, Ü 18, 86, Ü 19, **182 bis 185,** Ü 43 und 44, 226, 245, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-401,** V
Sozialleistungen, Entwicklung der S. 1 bis 3, **II.1.,** 36, Ü 7, 240, Ü 56 (VGR), 244, 245, A I-1
Sozialleistungsquote **II.2.,** 245, A I-1
Sozialleistungsziffer **II.3.,** Ü 6, 245
Sozialversicherungskonto 241, Ü 56 und 57, A V
Sparförderung (Funktion) 35, 45 f., Ü 7, 48, **81,** Ü 17, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Sparprämien Ü 17, 209, Ü 49, A VI-1
Sterbegeld Ü 24, 114, Ü 29, Ü 35, Ü 37, A VI-1
Steuerermäßigungen 49, 73, Ü 13, Ü 14, Ü 15, 78, Ü 16, 87, Ü 19, **210 bis 212,** Ü 50, 226, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-501,** IV-12, VI-1

U

Übergangsgeld Ü 29, A VI-1
Unfallversicherung 64, 84, Ü 19, 98, **118 bis 122,** Ü 28 und 29, 228, 230, Ü 54, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-104,** V
Unterhaltssicherung 85, A VI-1

V

Verdienste s. Einkommensentwicklung
Vergünstigungen im Wohnungswesen Ü 19, **213 bis 215,** Ü 51, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-502**
Vermögensbildung Ü 19, 86, Ü 19, **207 bis 209,** Ü 49, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-406**
Verrechnungen 228, 245, **A II-7**

Versorgungswerke 73, Ü 19, 147 f., Ü 35, 230, Ü 54, 245, 246, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-123**
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 171, 176, 232, **239 bis 244,** Ü 56 und 57, **A V**
Vorbeugung (Funktion) Ü 7, 245, A I-3, II-2, 3, 5

W

Waisenrenten Ü 8, A VI-1
Waren und Dienstleistungen 245, AII-1, 3, 5
Wiedergutmachung 73, 75, 85, Ü 19, **176 bis 178,** 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-303,** V
Winterbauförderung Ü 30, 124, Ü 31, **135,** 139
Wintergeld Ü 11, Ü 31
Wirtschaftliche Grundannahmen **I.2.,** Ü 1, 231 f., 240, A I-2
Wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge 231 bis 244, Ü 55 bis 57
Wirtschaftswachstum 10, 11, 24, 36, 231
Witwenrenten, Witwer- Ü 14, 75, Ü 15, A VI-1
Wohnbevölkerung s. Bevölkerungsstruktur
Wohnen (Funktion) 35, 45 f., Ü 7, **78 bis 80,** Ü 16, 245, A I-3, II-2, 3, 5
Wohngeld 78, 79, Ü 16, Ü 19, 86, **196 bis 201,** 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-404,** VI-1, V

Z

Zinsen s. Sonstige Einnahmen
Zinsermäßigung 78, Ü 16, 87, 213, 214, Ü 51, A VI-1
Zins- und Tilgungszuschüsse Ü 16, 213, 214, Ü 51, A VI-1
Zusatzversicherung s. Ergänzungssysteme
Zusatzversicherung für einzelne Berufe Ü 19, **159,** Ü 37, 245, A I-4, II-1 bis 4, **III-142**
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst Ü 19, **160,** Ü 37, 245, A I-4, II-1 bis 4, 7, **III-141,** V
Zuschüsse 245
Zuweisungen 216, 217 f., Ü 52, 228, 245, A I-5, II-1, 5
— aus nichtöffentlichen Mitteln 218, Ü 52, 245, A I-5, II-1, 5
— aus öffentlichen Mitteln 217, Ü 52, 226 f., 228, Ü 56 und 57 (VGR) 245, A I-5, II-1, 5

Vorwort

1. Mit dem Sozialbudget gibt die Bundesregierung seit 1969 in periodischen Abständen einen Überblick über die sozialen Leistungen in der Bundesrepublik Deutschland und über deren Finanzierung. Dabei wird nicht nur dargestellt, wie sich Leistungen und Finanzierung in der Vergangenheit entwikkelt haben, sondern auch, wie sie sich in den nächsten vier bis fünf Jahren voraussichtlich weiter entwickeln werden. Die dazu nötigen Vorausberechnungen werden mit den Vorstellungen abgestimmt, die die Bundesregierung über den weiteren Verlauf der wichtigsten volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Daten hat.

Preface

The Social Budget, which has been submitted at regular intervals since 1969, is prepared by the Federal Government to give a review of social expenditure in the Federal Republic of Germany and its financing. It not only contains an outline of the past development of expenditure and financing but includes moreover a forecast of probable trends for the next four to five years. The necessary projections have been made in accordance with the assumptions of the Federal Government in respect of the future development of the major economic and financial data.

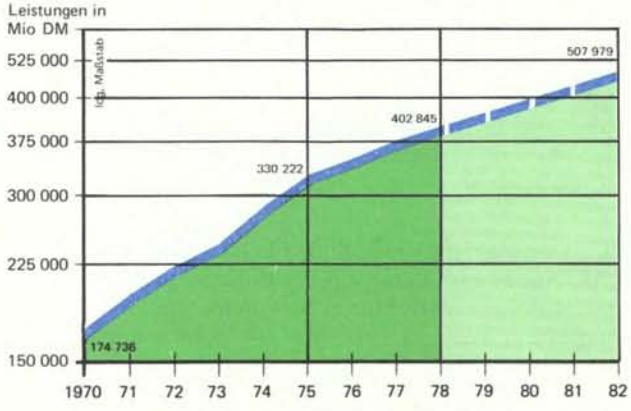
Préface

Depuis 1969, le gouvernement fédéral donne régulièrement sous forme du budget social un aperçu sur les prestations sociales dans la République fédérale d'Allemagne et sur leur financement. Il ne décrit pas seulement l'évolution des prestations et du financement dans le passé, mais également leur évolution prévisible pour les quatre ou cinq prochaines années. Les prévisions nécessaires à cette fin sont harmonisées avec les conceptions du gouvernement sur l'évolution future des données économiques et financières les plus importantes.

2. Das Sozialbudget soll Anhaltspunkte für sozialpolitische Entscheidungen geben; es soll aber auch allgemein darüber unterrichten, wie die Einrichtungen der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik zusammenwirken, wie sie miteinander und wie sie mit der übrigen Volkswirtschaft verflochten sind. Es zeigt in absoluten Beträgen, welche Summen dabei erreicht werden, und in Prozentzahlen den Fortgang von Jahr zu Jahr und die Anteile an bestimmten volkswirtschaftlichen Größen. Es macht Angaben über die geschützten Personen, die Leistungsempfänger, die Zahl und Art der Leistungen und die Finanzierung der Leistungen nach Art und Herkunft der Mittel.

Grafik 1

Sozialbudget
1970 bis 1982
in Millionen DM



I. Grundannahmen

Hierzu: Anhang I — 2

3. Das Sozialbudget beschreibt mit Worten und Zahlen die Vielfalt der sozialen Sicherung, gliedert sie nach einheitlichen Merkmalen und setzt die Daten in Beziehung zu gesamtwirtschaftlichen Größen. Kennzeichnend für das Sozialbudget ist, daß Leistungen und Finanzierung der sozialen Sicherung in Übereinstimmung mit wirtschaftlichen und finanziellen Annahmen der Bundesregierung über einen mittelfristigen Zeitraum vorausberechnet werden. Im Sozialbudget 1978 wird über die Jahre 1975 bis 1978 und über 1982 berichtet, einen Zeitraum, in dem die Entwicklung der sozialen Sicherung durch wirtschaftliche Probleme und durch Verschiebungen in der Struktur der Bevölkerung besonders geprägt wird.

Basic assumptions

The Social Budget by comments and figures describes the manifold aspects of social security, gives a breakdown by uniform criteria and relates the figures to overall economic data. One of its characteristics is that benefits and financing are forecast in agreement with the medium-term assumptions of the Federal Government as to economic and financial trends. The 1978 Social Budget refers to the period of 1975 to 1978 including forecasts up to 1982, thus covering a period where the development of social security is strongly affected by economic problems and changing demographic structures.

Hypothèses de base

Le budget social traduit à l'aide de mots et de chiffres la variété de la Sécurité sociale, la classifie en fonction de critères uniformes et établit une relation entre les données et les facteurs macroéconomiques. Il est caractéristique pour le budget social, qu'il établit sur une période de moyen terme des prévisions sur les prestations et le financement de la Sécurité sociale conformément aux prognostics économiques et financiers du gouvernement fédéral. Le budget social de 1978 donne un aperçu sur les années 1975 à 1978 et sur l'année 1982, donc sur une période, dans laquelle l'évolution de la Sécurité sociale est particulièrement caractérisée par des problèmes économiques et des modifications dans la structure de la population.

1. Rahmen der Berichterstattung

4. Die Daten für 1975 und 1976 sind größtenteils aus gesicherten statistischen Quellen abgeleitet. Den Daten für 1977 liegen die Teilergebnisse zugrunde, die bis zum 1. März 1978 bekannt waren. Für einige Institutionen wurden die Daten den Haushaltsplänen 1977 und deren Nachträgen entnommen.

5. Die Prognose für das Jahr 1978 stützt sich auf Zahlen, die der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Drucksache 8/1471) nennt. Soweit es möglich war, wurden Haushaltsansätze verwandt. Sie wurden ergänzt, wenn zusätzliche Informationen über die Entwicklung der Zahl der betroffenen Personen, der wirtschaftlichen Lage oder anderer Faktoren vorlagen.

6. Der Vorausberechnung für das Jahr 1982 liegen die Annahmen über die mittelfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugrunde, die die Bundesregierung Anfang 1978 für den Rentenanpassungsbericht und für die Fortschreibung der Finanzplanung von Bund und Ländern getroffen hat.

7. Dem Sozialbudget 1976 (Drucksache 7/4953) war ein Materialband beigefügt, der Daten für die Jahre 1965 bis 1974 enthielt. Das vorliegende Sozialbudget schließt hier an, so daß die Reihe bis 1978 ununterbrochen fortgeführt wird.

8. Stand der Gesetzgebung ist der 1. Januar 1978. Vorschriften, die der Entwurf eines 21. Rentenanpassungsgesetzes enthält, wurden in die Vorausberechnungen einbezogen.

9. Das Sozialbudget enthält [1]) erstmalig den Bericht über die wirtschaftliche Lage der Familien, den die Bundesregierung im Vermittlungsverfahren zum Einkommensteuerreformgesetz zugesagt hat [2]). Entsprechend dem Antrag des Bundesrates, der sich mit der Berichtszusage der Bundesregierung erledigte, beschränkt sich der Bericht darauf, der Entwicklung der Kindergeldsätze die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und der Einkommen gegenüberzustellen.

[1]) Nummer 53 bis 60

[2]) Vgl. Stenografischer Bericht über die 113. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 10. Juli 1974 S. 7643 (D) und S. 7644 (A).

2. Wirtschaftliche Grundannahmen

10. Die abgeschwächte wirtschaftliche Entwicklung in den zurückliegenden Jahren hat dazu geführt, daß das reale Wirtschaftswachstum und der Lohnanstieg in den letzten Jahren beträchtlich hinter den Steigerungsraten früherer Jahre zurückgeblieben sind. Sie lagen damit auch unter den Annahmen der früheren Sozialbudgets der Bundesregierung.

Economic assumptions

The economic slowdown of the past years has led to a situation where the economic growth in real terms and the wage increases were considerably lower than previously. They fell short of the assumptions of the last Social Budget submitted by the Federal Government.

Hypothèses économiques

L'évolution économique ralentie au cours des dernières années a eu pour conséquence que la croissance économique rèelle et l'augmentation des salaires pendant ces années sont restées loin derrière les taux d'accroissement d'autre fois. Ainsi ils étaient également inférieurs aux prévisions du dernier budget social du gouvernement fédéral.

11. Im Jahreswirtschaftsbericht 1978 und bei der mittelfristigen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung mußte die Bundesregierung berücksichtigen, daß die künftige wirtschaftliche Entwicklung, vor allem wegen außenwirtschaftlicher Risiken, mit nicht kalkulierbaren Unsicherheiten behaftet ist. Die Bundesregierung geht davon aus, daß das reale wirtschaftliche Wachstum in den nächsten Jahren durchschnittlich vier Prozent betragen könnte. Gleichzeitig strebt sie eine weitere Verlangsamung des Preisauftriebs an. Daraus ergibt sich für das Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen eine durchschnittliche Wachstumsrate von sieben Prozent bis 1982. Aufgrund einer solchen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird von einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme je abhängig Beschäftigten von durchschnittlich sechs Prozent ausgegangen.

Übersicht 1

Wirtschaftliche Grundannahmen

	Veränderungsraten gegenüber jeweiligem Vorjahr in Prozent		
	1978 [1]	1979 bis 1982 [2] (Jahresdurchschnitte)	1978 bis 1982 [2] (Jahresdurchschnitte)
Abhängig Beschäftigte	0,2	0,3	0,3
Bruttolöhne und -gehälter je abhängig Beschäftigten	5,5	6,2	6,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	gut 5 1/2	6 1/2	6 1/2
Preisniveau des privaten Verbrauchs	3 1/2	2 bis 2 1/2	2 1/2
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	3 1/2	2 1/2 bis 3	3
Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen	3 1/2	4	4
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	7	7	7

[1] Projektion des Jahreswirtschaftsberichtes 1978 (BT-Drucksache 8/1471)
[2] Annahmen der Bundesregierung über die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung (Stand: Anfang 1978)

3. Demografische Daten

12. Die Bevölkerungsentwicklung ist in den nächsten Jahren durch einen Rückgang der Zahl jüngerer Menschen und durch eine zunehmende Zahl älterer Menschen gekennzeichnet. Infolge des starken Geburtenrückgangs der vergangenen Jahre hat sich das Verhältnis zwischen der Zahl jüngerer und älterer Personen bereits wesentlich verändert.

Demographic data

The demographic development in the coming years will be characterised by a fall in the number of younger persons and a simultaneous increase in the number of older persons. As a result of the strongly declining birth-rate of the past years the relation between the number of younger and older persons has already undergone a substantial change.

Données démographiques

L'évolution démographique sera caractérisée dans les années à venir par une régression du nombre des jeunes et un accroissement du nombre des personnes âgées. En raison du fort recul des naissances au cours des dernières années, le rapport entre le nombre des jeunes et celui des personnes âgées s'est déjà modifié sensiblement.

13. Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung ist durch Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, die durch zwei Weltkriege, eine Weltwirtschaftskrise und durch Veränderungen des generativen Verhaltens ausgelöst wurden.

14. Die Gesamtzahl der Bevölkerung ist seit 1970 um nahezu zwei Prozent auf 61,8 Millionen im Jahre 1975 angestiegen. Infolge eines negativen Wanderungssaldos und eines stetig steigenden Sterbeüberschusses verminderte sich die Gesamtzahl der Bevölkerung bis zum September 1977 (letzter Berichtstermin) auf unter 61,4 Millionen.

Übersicht 2

Wohnbevölkerung 1970, 1975, 1978 und 1982

Jahr (Jahresdurchschnitt)	Wohnbevölkerung		
	insgesamt	Männer	Frauen
	in 1 000		
1970 [1]	60 651	28 867	31 784
1975 [2]	61 829	29 499	32 330
1978 [3]	61 120	29 121	31 999
1982 [3]	60 450	28 856	31 594

[1]) Volkszählungsergebnisse von 1970
[2]) Fortschreibungsergebnisse (Statistisches Bundesamt)
[3]) Deutsche Bevölkerung gemäß der 5. Koord. Bevölkerungsvorausschätzung, ohne Wanderungen; Ausländische Bevölkerung gemäß BMA-Schätzung

15. Die geschlechtsspezifischen Relationen, das heißt die Aufgliederung der Wohnbevölkerung in Frauen und Männer, veränderten sich im Zeitraum 1970 bis 1975 nur unwesentlich. Die Zunahme der Zahl der männlichen Personen lag mit 2,2 Prozent um rd. ein halbes Prozent über der Zunahme weiblicher Personen.

16. Für die Sozialplanung hat der Altersaufbau der Bevölkerung, der wiederum das Verhältnis von Erwerbs- und Nichterwerbspersonen wesentlich bestimmt, eine erhebliche Bedeutung. Hiervon hängen der Umfang der Maßnahmen zur sozialen Sicherung und deren finanzwirksame Ausgaben entscheidend ab.

17. Der Anteil der Personen, die das zwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, verminderte sich bereits im Zeitraum 1970 bis 1975 von 29,8 auf 28,8 Prozent. Dies entspricht einem Rückgang um 250 000. Die Entwicklung dürfte sich bis 1982 noch beschleunigen, so daß diese Gruppe dann voraussichtlich nur noch etwa 25,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen wird.

18. Die Zahl der Personen, die das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hatten, nahm ab 1970 ständig zu und wird voraussichtlich im Jahre 1980 den höchsten Stand erreichen. Durch das Hineinwachsen geburtenschwächerer Jahrgänge in das Rentenalter wird der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung bis 1982 wieder geringfügig auf rund 14,6 Prozent zurückgehen.

19. Eine geschlechtsspezifische Darstellung der Entwicklung der Zahl älterer Menschen zeigt, daß die

Übersicht 3

Altersstruktur der Bevölkerung [1])

Jahr	Altersgruppen in Jahren				
	insgesamt	unter 20	20 bis 60	60 bis 65	65 und älter
	insgesamt				
1970 [2])	100,0	29,8	51,0	6,1	13,2
1975 [3])	100,0	28,8	51,1	5,6	14,5
1978 [4])	100,0	27,7	53,1	4,1	15,1
1982 [4])	100,0	25,6	55,0	4,8	14,6
	Männer				
1970 [2])	100,0	32,0	51,8	5,4	10,7
1975 [3])	100,0	30,9	53,0	4,8	11,3
1978 [4])	100,0	29,7	55,2	3,5	11,5
1982 [4])	100,0	27,5	57,9	4,0	10,6
	Frauen				
1970 [2])	100,0	27,7	50,2	6,7	15,4
1975 [3])	100,0	26,8	49,5	6,4	17,3
1978 [4])	100,0	25,8	51,1	4,7	18,3
1982 [4])	100,0	24,0	52,3	5,5	18,3

[1]) Jahresdurchschnittszahlen
[2]) Ergebnisse der Volkszählung 1970
[3]) Fortschreibungsergebnisse (Statistisches Bundesamt)
[4]) Deutsche Bevölkerung (5. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung) ohne Wanderungen. Ausländische Bevölkerung (Schätzungen des BMA)

Zahl älterer Frauen die der Männer in der gleichen Altersgruppe zunehmend übersteigt. Der Anteil der Frauen, die 65 Jahre alt und älter waren, lag in den Jahren 1970 und 1975 bei 61,3 und 62,5 Prozent. Er erhöhte sich bis zum Jahre 1978 auf rund 63,6 Prozent und wird bis 1982 auf 65,3 Prozent steigen.

20. Die Gruppe der zwanzig- bis sechzigjährigen Personen, in der die überwiegende Zahl der Beschäftigten enthalten ist, veränderte sich von 1970 bis 1975 nur unwesentlich. Nach 1975 wachsen indes geburtenstärkere Jahrgänge in das Erwerbsfähigenalter hinein, so daß sich der Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 51 Prozent im Jahre 1975 auf 53 Prozent im Jahre 1978 erhöht hat und sich bis 1982 weiter auf 55 Prozent erhöhen wird.

21. Für die soziale Sicherung ist auch von Bedeutung, wie sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt entwickelt und auf Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie abhängig Beschäftigte (Beamte, Angestellte und Arbeiter) aufteilt.

22. Nach den gegenwärtigen Vorstellungen wird die Zahl deutscher Erwerbspersonen von 1978 bis 1982 aus demografischen Gründen um rd. 400 000 Personen zunehmen. Obwohl der Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer aus Drittländern aufrechterhalten wird, kann nicht damit gerechnet werden, daß die Zunahme der Zahl deutscher Erwerbspersonen durch einen negativen Wanderungssaldo ausländischer Arbeitnehmer ausgeglichen werden kann. Da gleichzeitig die Zahl junger Ausländer, die in der Bundesrepublik leben und erwerbsfähig werden, stark ansteigt, ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt bis 1982 erheblich ansteigen wird.

Übersicht 4

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf [1])

Jahr	Erwerbstätige [2]) in 1 000	davon (Spalte 1)				davon (Spalte 4)					
		Selbständige und mithelfende Familienangehörige		Abhängig Beschäftigte [2])		Beamte [4])		Angestellte		Arbeiter	
		in 1 000	in %	in 1 000	in %	in 1 000	in %	in 1 000	in %	in 1 000	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1970	26 668	4 422	*16,6*	22 246	*83,4*	1 945	*7,3*	7 800	*29,2*	12 501	*46,9*
1975	25 323	3 937	*15,5*	21 386	*84,5*	2 133	*8,4*	8 378	*33,1*	10 875	*42,9*
1978 [3])	24 968	3 633	*14,6*	21 335	*85,4*	2 201	*8,8*	8 505	*34,1*	10 629	*42,6*
1982 [3])	25 071	3 443	*13,7*	21 628	*86,3*	2 296	*9,1*	8 845	*35,3*	10 487	*41,8*

[1]) Jahresdurchschnittszahlen
[2]) Einschließlich Soldaten
[3]) Schätzungen auf der Basis der Grundvariante des Rentenanpassungsberichts 1978
[4]) Beamte nach erwerbsstatistischer Definition

23. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in der Zeit von 1970 bis 1975 aus konjunkturellen und strukturellen Gründen um rd. 1,3 Millionen ab. Nach den derzeitigen Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann in der nächsten Zeit noch nicht mit spürbaren Beschäftigungseffekten gerechnet werden. Erst in mittlerer Sicht werden sich freie Kapazitäten besser auslasten lassen, so daß sich im Rahmen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessern kann. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird voraussichtlich bis 1982 etwas weniger rasch abnehmen als in den vergangenen Jahren. Gleichwohl wird von daher eine Zunahme der abhängig Beschäftigten um rd. 300 000 erwartet.

II. Ergebnisse

1. Umfang und Art der Sozialleistungen

Hierzu: Anhang I-1, II-1, III, IV-14

24. In der Zeit von 1975 bis 1977 nahmen die Sozialleistungen insgesamt um rd. 15 Prozent von 330 auf 379 Mrd. DM zu; das waren im Jahre 1976 rd. sieben und 1977 rd. 7,6 Prozent. Für das Jahr 1978 wird mit einer Zunahme um knapp sechs Prozent gerechnet, so daß das Sozialbudget einen Wert von etwa 403 Mrd. DM erreichen wird. In den Jahren 1979 bis 1982 werden die Sozialleistungen im Durchschnitt voraussichtlich um rd. sechs Prozent jährlich steigen, so daß 1982 das Sozialbudget über 500 Mrd. DM liegen wird. Die Wachstumsrate von sechs Prozent liegt unter der des nominellen Bruttosozialprodukts. Zu der Begrenzung trägt vor allem bei, daß die Kosten der Sachleistungen, die in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen waren, eine gedämpftere Entwicklung zu verzeichnen haben werden und daß ein großer Teil der Einkommensleistungen der wirtschaftlichen Entwicklung folgen, aber nicht darüber hinausgehen wird. Die Entwicklung der Sozialleistungen bleibt damit in Übereinstimmung mit dem wirtschaftlichen Rahmen, wie er durch Lohnrate und Wachstum des Sozialprodukts repräsentiert wird.

Scope and nature of social expenditure

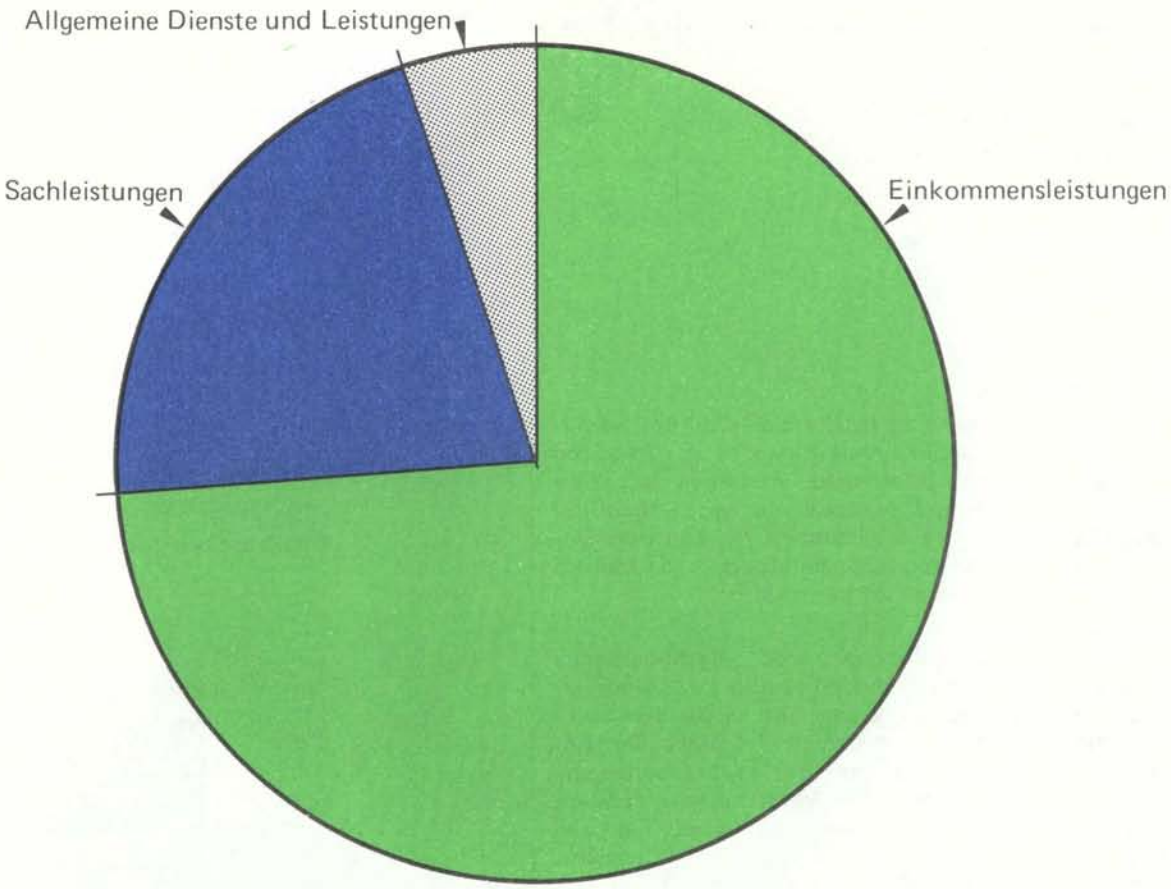
Between 1975 and 1977 total social expenditure rose by approximately 15 % from 330 to 379 billion DM; in percentage terms the increase amounted to approximately 7 % in 1976 and 7.6 % in 1977. For 1978 social expenditure is expected to rise by just under 6 % which brings the Social Budget up to an overall volume of approximately 403 billion DM. Between 1979 and 1982 social expenditure is expected to rise by an average of approximately 6 % per annum which will result in an overall volume of over 500 billion DM by 1982. A 6 % growth rate is below the nominal growth rate of the gross national product. One of the limiting factors is that the costs for benefits-in-kind, where a particularly sharp increase was registered during past years, will have to slow down and that the major part of cash benefits will develop in line with the overall economic trends without exceeding them. Thus, the development of social expenditure remains within the limits of the overall economic framework as determined by the wage share and the growth of the national product.

Volume et nature des prestations sociales

Dans la période de 1975 à 1977, les prestations sociales ont augmenté d'environ 15 % au total et sont passées de 330 à 379 milliards de DM, le pourcentage étant en 1976 d'environ 7 % et en 1977 de 7,6 %. Pour l'année 1978, on s'attend à un accroissement de 6 %, de façon à ce que le budget social atteigne un volume d'environ 403 milliards de DM. Dans les années 1979 à 1982, les prestations sociales accuseront probablement un accroissement annuel d'environ 6 % en moyenne de sorte qu'en 1982 le budget social s'élévera à plus de 500 milliards de DM. Te taux d'accroissement de 6 % est inférieur à celui du produit national brut en termes nominaux. Cet accroissement restreint est attribuable en premier lieu à une évolution affaiblie des coûts des prestations en nature que ont accusé, au cours des dernières années, une qui ont accusé, au cours des dernières années, une augmentation particulièrement forte et au fait qu'une grande partie des prestations en espèces sera adaptée à l'évolution économique mais ne la dépassera pas. L'évolution des prestations sociales correspond ainsi au cadre économique tel qu'il est représenté par la contribution du revenu des salaire au produit national net et l'accroissement du produit national.

Grafik 2

Sozialbudget 1977
nach Leistungsarten



25. Der größte Teil der Sozialleistungen, zuletzt rund drei Viertel, besteht nach wie vor aus Einkommensleistungen. Das sind unter anderem Renten und Pensionen, Entgeltfortzahlung an erkankte Arbeitnehmer, Kindergeld, Entschädigungsleistungen der Kriegsopferversorgung und des Lastenausgleichs, Barleistungen der Sozialhilfe, Wohngeld, Ausbildungsförderung und auch steuerliche Vergünstigungen.

Übersicht 5

Sozialbudget 1975 bis 1978 und 1982 nach Leistungsarten

— in Millionen DM/Struktur in Prozent —

	1975	1976	1977	1978	1982
Sozialbudget in Millionen DM	330 222	353 788	379 243	402 845	507 979
— Einkommensleistungen	242 262	259 156	278 395	296 152	372 510
— Sachleistungen	69 899	75 751	79 584	84 639	107 322
— Allgemeine Dienste und Leistungen	18 061	18 881	20 263	22 054	28 147
Struktur in Prozent					
— Einkommensleistungen	*73,4*	*73,3*	*73,7*	*73,5*	*73,3*
— Sachleistungen	*21,2*	*21,4*	*21,0*	*21,0*	*21,1*
— Allgemeine Dienste und Leistungen	*5,5*	*5,3*	*5,3*	*5,5*	*5,5*

Sachleistungen nehmen rund ein Fünftel der Sozialleistungen ein. Dabei handelt es sich um ärztliche und zahnärztliche Leistungen, Arzneien, Krankenhausbehandlung und Maßnahmen der Rehabilitation. Der Anteil der allgemeinen Dienste und Leistungen, also Betreuung, Beratung und innerer Dienst, hielt sich ungefähr konstant.

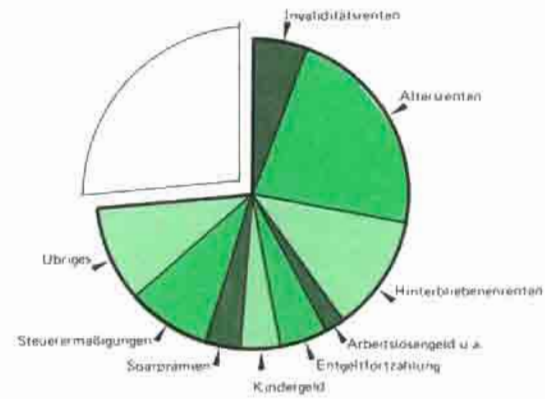
26. Einkommensleistungen und Sachleistungen stehen in unterschiedlicher Weise in Beziehung zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Sachleistungen wird nicht nur von der Zahl der Anspruchberechtigten und von der Inanspruchnahme der Leistungen durch die Versicherten, sondern auch von den Kosten jeder einzelnen Leistung (ärztliche Untersuchung, Heilmittel, Pflegesatz, Transport) bestimmt. Eine Dämpfung der Ausgabensteigerung muß daher vor allem über die Kostenentwicklung erfolgen.

27. Einkommensleistungen sind dagegen meist mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter verbunden. Ein Teil, vor allem vorübergehende Leistungen wie Entgeltfortzahlung und Übergangsgeld, wird aus den zuvor verdienten Löhnen unmittelbar errechnet. Ein anderer Teil, Renten an Versicherte und Hinterbliebene, wird nach Formeln aus dem letzten Arbeitsentgelt oder dem Lebenarbeitsentgelt abgeleitet und folgt durch gesetzliche Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Anpassungsgesetze richten sich grundsätzlich nach der Lohndynamik.

28. So werden die Renten aus den Rentenversicherungen durch Gesetz bei Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage angepaßt. Der gleiche Anpassungssatz gilt auch für landwirtschaftliche

Grafik 3

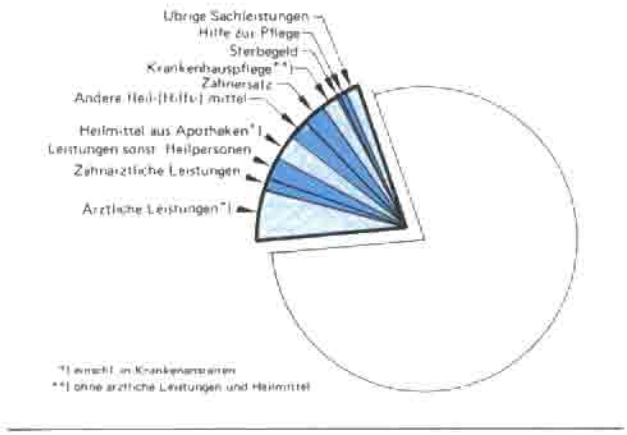
Einkommensleistungen 1977
nach Leistungstypen
— Anteile am Sozialbudget —



Altersgelder, für Kriegsopferrenten und für Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich. Renten aus der Unfallversicherung folgen mit zweijähriger Verzögerung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltsumme. Im Entwurf eines 21. Rentenanpassungsgesetzes sieht die Bundesregierung vor, daß die Renten vorübergehend für die Jahre 1979, 1980 und 1981 mit festen Werten heraufgesetzt werden. Die Regelsätze in der Sozialhilfe werden von den Ländern regelmäßig den Kosten der Lebenshaltung angeglichen.

Grafik 4

Sachleistungen 1977
nach Leistungstypen
— Anteile am Sozialbudget —



2. Sozialleistungsquote

Hierzu: Anhang I-I und III

29. Die Sozialleistungsquote ist das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttosozialprodukt. Sie informiert über das Gewicht, das die Sozialleistungen für die Gesamtwirtschaft haben. Dabei ist die anschauliche Kürze dieser Information ein besonderer Vorzug; Feinheiten über wirtschaftliche Be- und Entlastungen oder darüber, wie nützlich bestimmte Sozialleistungen sind und ob sie überhaupt ihren Zweck erfüllen, können mit der Quote nicht ausgedrückt werden. So ist es aufschlußreicher, zu beobachten, wie sie sich im Laufe der Jahre verändert, als ihre absolute Höhe zu untersuchen. Von 1960 bis 1975 hat sie stark zugenommen, sie stieg von rd. 20 auf über 30 Prozent. Man kann daraus erkennen, daß das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland stetig ausgebaut wurde, z. B. daß die Leistungen angehoben wurden, daß mehr Personen in den sozialen Schutz einbezogen und daß die Leistungen stärker in Anspruch genommen wurden. Ein Teil der Zunahme allerdings war Folge überdurchschnittlich steigender Preise, besonders im Gesundheitswesen.

Rate of social expenditure

The rate of social expenditure is the relation between social expenditure and the gross national product. It defines the weight of social expenditure with reference to the economie as a whole. The advantage of this information is its illustrative brevity, details as to the increasing or decreasing financial burden or the usefulness of specific benefits and as to whether they serve their purpose at all cannot be expressed by this figure. Better information can therefore be ob-

Taux des prestations sociales

Le taux des prestations sociales est le rapport entre les prestations sociales et le produit national brut. Il fournit des informations sur l'importance que revêtent les prestations sociales pour l'économie générale. A cette fin, la concision et la clarté de cette information constituent un avantage particulier; il n'est, pourtant, pas possible de conclure de ce taux des détails sur les charges et décharges économiques, l'utilité de certaines prestations sociales ou la question

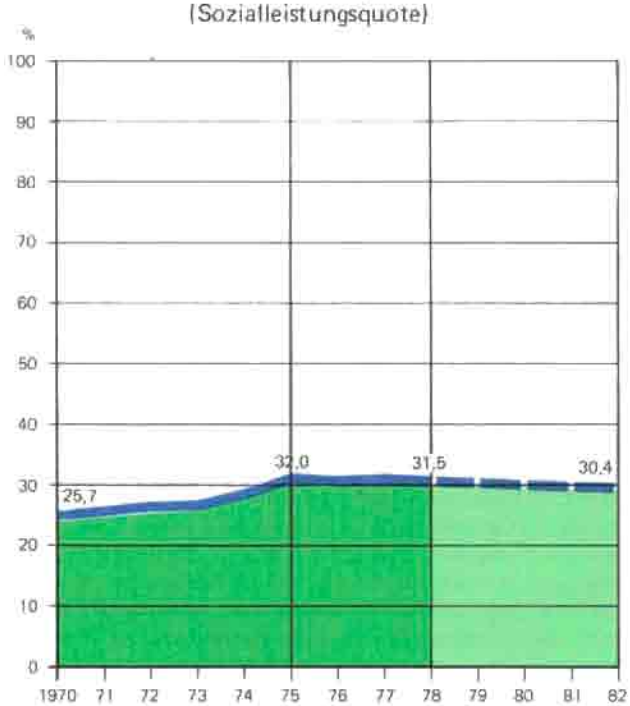
tained by examining its development over the past years than by analysing the absolute figures. Between 1960 and 1975 there was a sharp increase from approximately 20 % to more then 30 %. This shows that the system of social security has been continuously improved in the Federal Republic of Germany, i. e. benefits were increased, the personal scope extended and benefits were used to a greater extent. It must be pointed out, however, that the extension is partly due to the fact that prices, in particular in the public health field, rose above average.

de savoir si, après tout, elles atteignent leur but. Il est, par conséquent, plus instructif d'observer leur modification au cours des années que d'étudier leur montant absolu. De 1960 à 1975 il a accusé une forte augmentation et passa d'environ 20 à plus de 30 %. Ceci permet la conclusion que le système de Sécurité sociale en République fédérale d'Allemagne a été élargi constamment, on a p. ex. augmenté les prestations, étendu la protection sociale à plus de personnes et eu recours dans une mesure accrue aux prestations offertes. Une partie de l'augmentation était, d'ailleurs, la conséquence d'une hausse des prix supérieure à la moyenne surtout au niveau de la santé publique.

Grafik 5

Sozialleistungen 1970 bis 1982

— Anteil am Bruttosozialprodukt in % —
(Sozialleistungsquote)



30. Im Jahre 1976 ist die Sozialleistungsquote zum ersten Mal seit acht Jahren wieder zurückgegangen. Der Rückgang um gut einen halben Prozentpunkt hat sozialpolitische und konjunkturelle Gründe, zum Beispiel die Verringerung der Wachstumsraten im Gesundheitswesen und die leichte Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität.

31. Im Jahr 1977 stieg die Quote wieder etwas, vor allem, weil die Renten mit hohen Prozentsätzen angehoben wurden. 1978 wird sie voraussichtlich erneut sinken; hierzu wird beitragen, daß die nächste Rentenanpassung auf den 1. Januar 1979 verschoben worden ist, aber auch, daß die Leistungen für Sparförderung geringer werden. Die Bundesregierung geht ferner davon aus, daß sich die Kostendämpfung im Gesundheitswesen (Nr. 103 f.) fortsetzen wird.

32. Es wird damit gerechnet, daß sich von da an bis 1982 Einkommens- und Sachleistungen des Sozialbudgets im Rhythmus des Wirtschaftsverlaufs entwickeln werden. Die Sozialleistungsquote stabilisiert sich dann bei ungefähr 30 Prozent des Bruttosozialprodukts.

33. Die Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner durch das 21. Rentenanpassungsgesetz bewirkt, daß ab 1982 Beträge, die bisher zwischen den Rentenversicherungsanstalten und den Krankenkassen verrechnet [1]) wurden und infolgedessen in der Summe Sozialbudget nicht enthalten waren, nunmehr zuerst an die Rentner ausgezahlt und dann als Beiträge der privaten Haushalte wieder eingezahlt werden. Sie verlängern daher formal die Summe Sozialbudget, obwohl eine materielle Besserstellung der Rentner damit nicht verbunden ist. Würde man diese Förmlichkeit korrigieren und das bis 1981 gültige Verfahren unterstellen, so betrüge 1982 die Sozialleistungsquote 29,6 statt 30,4 Prozent.

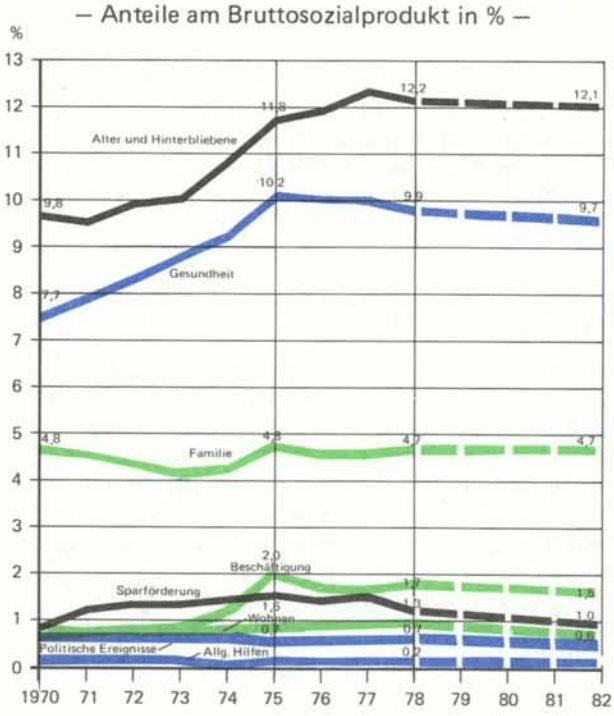
34. Die Grafiken 5 und 6 zeigen Höhe und Entwicklung der Sozialleistungsquote sowie deren Bestandteile gemäß der funktionalen Zugehörigkeit der Leistungen. Man sieht (Grafik 5), daß die Sozialleistungsquote 1975 ein Maximum erreicht hat und seitdem geringfügig zurückgeht. Im einzelnen zeigt sich, daß die Versorgung der Alten und Hinterbliebenen in allen Jahren den größten Raum einnimmt. (Grafik 6). Ihr folgen die Leistungen zur Sicherung der Gesundheit und mit einigem Abstand die zur Betreuung der Familien.

[1]) Über Verrechnungen informiert der Anhang II-7

Grafik 6

Sozialleistungen nach Funktionen 1970 bis 1982

— Anteile am Bruttosozialprodukt in % —



35. Der Verlauf der Kurven wird zu einem Teil von der Entwicklung des Bruttosozialproduktes bestimmt. Das gilt vor allem für das Jahr 1975, das wirtschaftlich besonders schwach war. Auf diese Weise entstehen Maxima in den Kurven, durch die die weitere Entwicklung nahezu pointiert dargestellt wird:

— Zunächst zeigt sich noch deutlich die Zunahme der Zahl der Rentner. Nach 1978 wirken sich die Maßnahmen des 20. und des 21. Rentenanpassungsgesetzes zur Konsolidierung der Finanzlage der Rentenversicherung aus. Die Veränderung würde sich noch deutlicher ausprägen, wenn die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner wie bisher zwischen den Rentenversicherungsanstalten und den Krankenkassen verrechnet würden (Nummer 33 und 97).

— Bis 1975 stiegen die Leistungen (und die Kosten) im Gesundheitswesen erheblich schneller als das Sozialprodukt, seitdem, und besonders seit 1977, wirken sich die Maßnahmen aus, die getroffen wurden, die überproportionale Steigerung zu dämpfen.

— Die Leistungen für Familien [1]) werden 1975 durch die Reform des Familienlastenausgleichs bestimmt. Im übrigen halten sie sich mit einigen Schwankungen auf etwa gleichem Niveau. Die Tabelle im Anhang I — 3 läßt erkennen, daß Leistungen für Kinder wegen des Geburtenrückganges langfristig sinken, Leistungen für Ehegatten eher zunehmen.

— Die Leistungen im Sektor Beschäftigung werden 1975 durch die Arbeitslosigkeit, die in jenem Jahr stark zunahm, bestimmt. Die Kurve verharrt danach auf verhältnismäßig hohem Niveau.

— Leistungen, die der Förderung des Sparens dienen, stiegen bis 1975, verhielten bis 1977 auf dem erreichten Niveau. Seither, nachdem Einkommensgrenzen den begünstigten Personenkreis vermindert haben, fällt die Kurve relativ rasch.

— Die Leistungen für Wohnen und zur Entschädigung politischer Ereignisse nahmen bis 1975 schwächer zu als das Sozialprodukt, letztere auch infolge des wachsenden zeitlichen Abstandes zu den Kriegs- und Nachkriegsereignissen.

36. So zeigt sich, daß die Höhe der Quote nicht nur vom Umfang der Sozialleistungen, sondern auch vom Volumen des Sozialproduktes abhängt. Eine Beschleunigung oder Verzögerung im Wachstum des Sozialprodukts bewirkt, daß die Sozialleistungsquote zunächst jeweils gegenläufig reagiert. Einesteils liegt das daran, daß bestimmte Sozialleistungen antizyklisch einsetzen wie das Arbeitslosengeld; zum anderen Teil rührt es daher, daß sie einem wirtschaftlichen Impuls erst mit Verzögerung folgen, zum Beispiel die Renten in der Rentenversicherung. Deutlich zeigte sich das auch 1969, als die Sozialleistungsquote und die meisten Teilquoten infolge kräftigen nominellen Wachstums des Sozialprodukts sanken (Anhang I — 3). In der grafischen Darstellung wird — wie gesagt — für das Jahr 1975 die umgekehrte Wirkung sichtbar: Die Zunahme der Sozialleistungsquote und der Teilquoten wird verstärkt, weil der nominelle Wert des Sozialprodukts in jenem Jahr nur schwach zunahm.

---

[1]) Darin sind Leistungen an mitversicherte Familienangehörige in der Krankenversicherung u. a. nicht enthalten. Vgl. Nummer 51.

3. Sozialleistungsziffern

37. Pro Kopf der Bevölkerung werden 1978 im Durchschnitt 6 590 DM für Sozialleistungen verwandt; darin sind 2 080 DM, also rd. ein Drittel, an Leistungen für Gesundheit enthalten. Bis 1982 wird der durchschnittliche Gesamtbetrag auf rd. 8 400 DM, der Teilbetrag für Gesundheit auf rd. 2 700 DM jährlich steigen. Pro Kopf der Bevölkerung im Alter von sechzig und mehr Jahren werden 1978 im Monatsdurchschnitt 1 040 DM ausgegeben. 1982 werden das rd. 1 350 DM sein.

Amount per capita

In 1978 social expenditure will on average amount to 6.590 DM per capita of which 2.080 DM, i. e. one third, will be spent for health benefits. By 1982 the total per capita figure will amount to an average of approximately 8.400 DM including an annual amount of approximately 2.700 DM for health benefits. In 1978 the average monthly expenditure for the population in the age bracket 60 and over will amount to 1.040 DM per capita. The corresponding figure for 1982 will be approximately 1.350 DM.

Dépenses par habitant

En 1978, sont dépensés par habitant en moyenne 6.590 DM pour des prestations sociales, dont 2.080 DM, donc environ un tiers, pour des prestations de santé. Jusqu'en 1982, le montant total moyen passera à environ 8.400 DM, le montant partiel pour les prestations de santé à environ 2.700 DM par an. En 1978, 1.040 DM par mois seront dépensés en moyenne par habitant en ce qui concerne la population de soixante ans et plus. En 1982, ce chiffre passera à environ 1.350 DM.

38. Gesellschaftliche Daten bedürfen des Bezuges zu Personen und Personengruppen. Beim Versuch, diesen Bezug herbeizuführen, stellen sich erhebliche Schwierigkeiten ein, wenn der Bereich einer Institution mit ihrem abgegrenzten und statistisch erforschten Mitgliederbestand verlassen wird: Es entstehen Schnittmengen unbekannten Ausmaßes beim Zusammenführen mehrerer Institutionen. Aber auch die Möglichkeit, durch eine Art Zensus (Sozialzensus) den Fluß und die Wirksamkeit der Sozialleistungen zu messen, stößt wegen der Vielfalt sowohl der Bevölkerungsstruktur als auch des Sozialsystems auf Hindernisse. Schon die Einteilung der Bevölkerung in sozialpolitisch relevante Gruppen ist schwierig, so daß das Hauptproblem, die Sozialleistungen, die aus vielen Quellen und aus vielen rechtlichen und tatsächlichen Gründen fließen, beim Haushalt oder einer anders abgegrenzten Einheit exakt zu messen, bisher nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte. Ebensowenig konnten Maßstäbe aufgestellt werden, mit deren Hilfe man feststellt, ob der Strom der Sozialleistungen mit seinen Verästelungen zu einem Optimum an sozialer Gerechtigkeit auf der Leistungs- und auf der Belastungsseite führt.

39. Im Sozialbudget werden, als Versuch, sich dem Problem zu nähern, Sozialleistungsziffern errechnet. Sie informieren darüber, wie sich die Leistungen der sozialen Sicherung auf die gesamte Bevölkerung und auf einfach bemessene Teile davon zurechnen lassen.

40. Die Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik hat von 1970 bis 1975 um knapp zwei Prozent zugenommen (Übersicht 2). Im gleichen Zeitraum haben sich die Sozialleistungen fast verdoppelt (rund 90 Prozent); pro Kopf der Bevölkerung stiegen sie um rd. 85 Prozent: von 2 880 auf 5 340 DM. Das sind Jahr für Jahr 13 Prozent.

41. Bis 1978 wird mit einer weiteren Zunahme der Sozialleistungen auf 403 Mrd. DM und bis 1982 auf knapp 508 Mrd. DM gerechnet. Zugleich wird die Bevölkerungszahl um rund zwei Prozent sinken, so daß pro Kopf 1978 6 590 DM und 1982 8 400 DM an Sozialleistungen entstehen. Die jährliche Zunahme wird bis 1978 7,3 und dann etwa 6,3 Prozent betragen.

42. Schneller als die allgemeine Sozialleistungsziffer nahmen bis 1975 die Leistungen für Gesundheit pro Kopf der Bevölkerung zu. In Zukunft wird hier jedoch mit einer erheblichen Dämpfung gerechnet: Statt wie von 1970 bis 1975 um jährlich fast 15 Prozent werden sie bis 1978 nur noch um rund sieben, in den darauffolgenden Jahren um sechseinhalb Prozent zunehmen, also besser als bisher der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtentwicklung angepaßt sein.

43. Das Wachstum der Ausgaben für Gesundheit ist allein noch kein zwingendes Kennzeichen für wirksameren sozialen Schutz bei Krankheit und Invalidität. Gesundheit ist bedingt durch zu viele Voraussetzungen, als daß sie streng korreliert wäre mit dem Output von Geld- und Sachleistungen. Neuerdings mehren sich die Beobachter, die glauben, sogar eine umgekehrte Beziehung bemerkt zu haben.

Übersicht 6

Sozialleistungsziffern

Sozialleistungen in DM pro Kopf der Bevölkerung		1970	1975	1978	1982
1. insgesamt		2 880	5 341	6 591	8 403
2. für Gesundheit		861	1 702	2 079	2 694
3. für Alter (60 Jahre und mehr)	jährlich	5 210	9 183	12 488	16 149
	monatlich	434	765	1 041	1 346

Veränderung in Prozent	1970/75		1975/78		1978/82	
	insgesamt	pro Jahr	insgesamt	pro Jahr	insgesamt	pro Jahr
zu 1.	*85,5*	*13,1*	*23,4*	*7,3*	*27,5*	*6,3*
zu 2.	*97,7*	*14,6*	*22,2*	*6,9*	*29,6*	*6,7*
zu 3.	*76,3*	*12,0*	*35,4*	*10,8*	*29,3*	*6,6*

44. Die Sozialleistungsziffern für Alter wurden der besseren Anschaulichkeit halber auch in Monatswerten berechnet. Als Altersgrenze wurde abweichend von der differenzierten gesetzlichen Regelung allgemein das sechzigste Lebensjahr unterstellt. Dabei zeigt sich, daß pro Kopf von 1970 bis 1975 die Einkommensleistungen für Alter von 434 DM auf 765 DM gestiegen sind. Unter Einkommensleistungen für Alter werden nicht nur Altersruhegelder der gesetzlichen Rentenversicherung sondern auch Pensionen, Betriebs- und Zusatzrenten verstanden sowie die Witwenrenten und die Renten aus der Unfallversicherung und der Kriegsopferversorgung, die an Personen gezahlt werden, die das sechzigste Lebensjahr vollendet hatten; enthalten sind auch die entsprechenden Leistungen der Sozialhilfe, nicht aber Wohngeld und Sparprämie. Bis 1978 werden die Pro-Kopf-Werte für Alter auf 1 041 und bis 1982 auf 1 346 Mark im Monat gestiegen sein.

4. Funktionen

Hierzu: Anhang I-3, II-2, III und VI

45. Fast vierzig Prozent des Sozialbudgets werden für die Versorgung der Alten und Hinterbliebenen aufgewandt, gut dreißig Prozent für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit. Dem Schutze der Familie dienen rd. 15 Prozent des Sozialbudgets; knapp die Hälfte davon entfällt auf Steuerermäßigungen. Die Ausgaben im Rahmen der Beschäftigungssicherung erreichen etwas mehr als fünf Prozent des Sozialbudgets; davon entfällt rund die Hälfte auf Arbeitslosigkeit. Knapp fünf Prozent werden zur Förderung des Sparens verwandt. Die verbleibenden fünf Prozent des Sozialbudgets entfallen je knapp zur Hälfte auf Entschädigung der Folgen politischer Ereignisse und auf Leistungen für Wohnen, außerdem mit einem kleinen Anteil auf allgemeine Hilfen.

Benefits by functions

Old-age and survivors' benefits account for almost 40 % of the Social Budget, just over 30 % are spent for health preservation and restoration. Approximately 15 % of the Social Budget are allocated for the protection of the family, about half of which are granted by way of tax concessions. Expenditure for job security accounts for just over 5 % of the Social Budget, approx-

Prestations par fonction

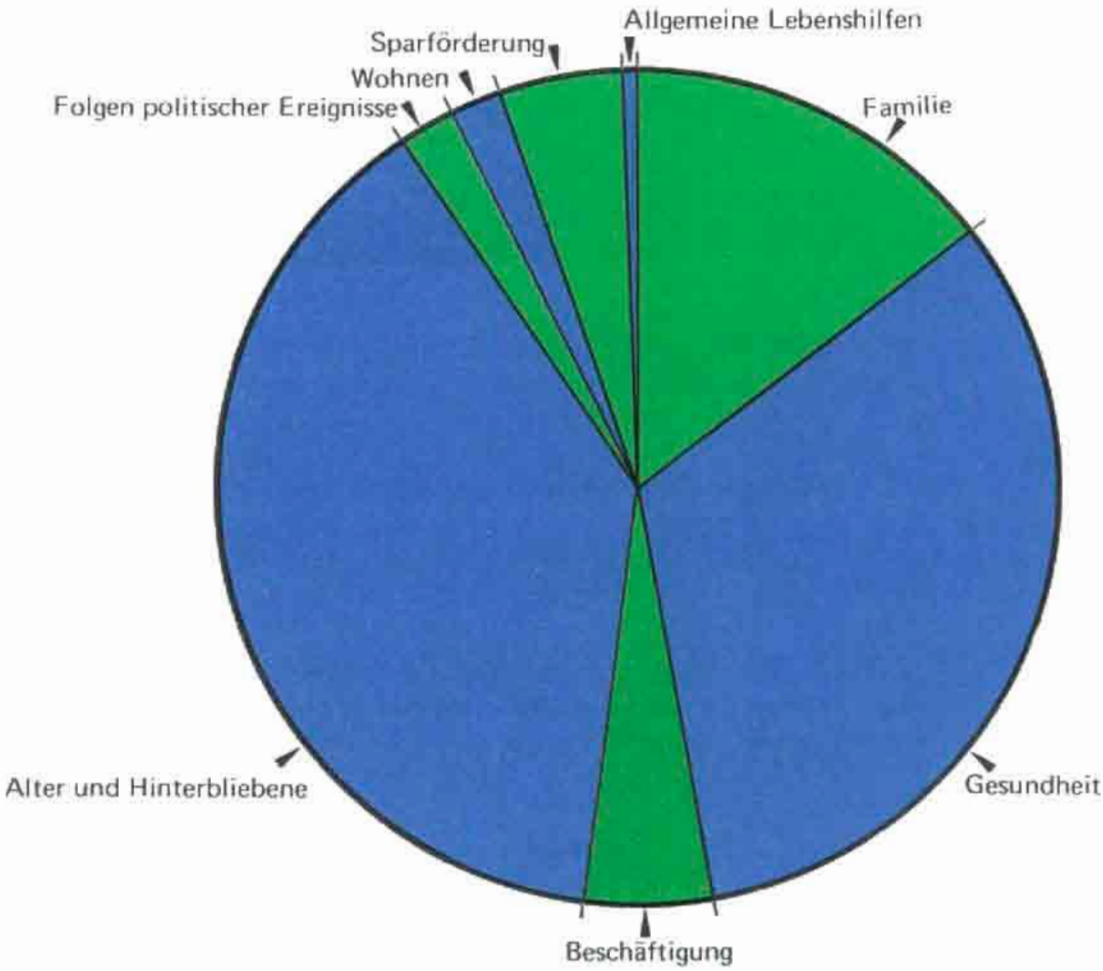
Presque 40 % du budget social sont affectés aux pensions vieillesse/survie, et plus de 30 % au maintien et au rétablissement de la santé. Environ 15 % du budget social sont utilisés pour la protection de la famille, le pourcentage revenant aux dégrèvements fiscaux en étant de 50 %. Un peu plus de 5 % du budget social sont affectés à la garantie de l'emploi dont 50 % étant

imately half of which fall into the category of unemployment benefits. Just under 5 % are spent for the promotion of savings. Of the remaining 5 % of the Social Budget about half is allocated for compensation for the consequences of political events, the other half is spent for benefits for housing and a small percentage for general assistance.

utilisés pour le chômage. Près de 5 % sont utilisés pour la promotion de l'épargne. Les 5 % restant du budget social se répartissent à parts égales entre les prestations fournies au titre de suites d'événements politiques et les allocations logement, une toute petite partie étant en outre affectée aux aides générales.

Grafik 7

Sozialbudget 1977
nach Funktionen



46. Im Laufe des Beobachtungszeitraumes verschieben sich die Anteile. Schwerer wiegt von Jahr zu Jahr die Sicherung bei Alter und für Hinterbliebene. Dagegen zeigt sich bei den Leistungen für Gesundheit eine Entlastung. Die Leistungen für Familie bewegen sich etwa auf gleichbleibendem Stand, wobei den Leistungen für eine abnehmende Zahl von Kindern systembedingte Entlastungen für Ehegatten bei der Einkommensbesteuerung gegenüberstehen. Die Sparförderung nimmt seit 1977 relativ und absolut ab. Die Leistungen zur Entschädigung der Folgen politischer Ereignisse — Krieg, Verfolgung und Vertreibung — steigen, jedoch wird ihr Anteil am Sozialbudget allmählich kleiner. Nur wenig ändern sich im Laufe der Zeit, über die berichtet wird, die Anteile, die für „Wohnen" und für „allgemeine Lebenshilfen" entstehen.

Übersicht 7

Funktionen

Leistungen 1975 bis 1978, 1982

	1975	1976	1977	1978	1982	1975	1976	1977	1978	1982
	in Millionen DM					in Prozent des Bruttosozialprodukts				
Sozialbudget insgesamt	330 221	353 787	379 242	402 844	507 978	*32,05*	*31,48*	*31,78*	*31,52*	*30,36*
Familie	49 594	51 984	55 289	60 494	78 232	*4,81*	*4,63*	*4,63*	*4,73*	*4,68*
Kinder	24 965	25 168	25 555	27 496	29 222	*2,42*	*2,24*	*2,14*	*2,15*	*1,75*
Ehegatten	22 467	24 562	27 366	30 551	46 012	*2,18*	*2,19*	*2,29*	*2,39*	*2,75*
Mutterschaft	2 162	2 253	2 367	2 447	2 999	*0,21*	*0,20*	*0,20*	*0,19*	*0,18*
Gesundheit	105 230	113 012	120 139	127 071	162 835	*10,21*	*10,06*	*10,07*	*9,94*	*9,73*
Vorbeugung	6 772	6 767	7 115	7 534	9 433	*0,66*	*0,60*	*0,60*	*0,59*	*0,56*
Krankheit	78 205	83 982	88 503	43 815	118 658	*7,59*	*7,47*	*7,42*	*7,34*	*7,09*
Arbeitsunfall Berufskrankheit	8 435	9 091	9 706	10 247	12 944	*0,82*	*0,81*	*0,81*	*0,81*	*0,77*
Invalidität (allgemein)	11 819	13 172	14 815	15 476	21 799	*1,15*	*1,17*	*1,24*	*1,21*	*1,30*
Beschäftigung	20 573	18 843	18 419	22 066	25 683	*2,00*	*1,68*	*1,59*	*1,73*	*1,54*
Berufliche Bildung	7 968	7 573	7 828	10 199	11 877	*0,77*	*0,67*	*0,66*	*0,80*	*0,71*
Sonstige Mobilität	2 069	2 176	2 776	3 022	3 358	*0,20*	*0,19*	*0,23*	*0,24*	*0,20*
Arbeitslosigkeit	10 536	9 093	8 315	8 845	10 448	*1,02*	*0,81*	*0,70*	*0,69*	*0,62*
Alter und Hinterbliebene	121 660	135 388	147 889	156 347	202 088	*11,81*	*12,05*	*12,39*	*12,23*	*12,08*
Alter	114 128	127 065	138 602	146 548	189 385	*11,08*	*11,31*	*11,61*	*11,47*	*11,32*
Hinterbliebene	7 532	8 324	9 287	9 799	12 703	*0,73*	*0,74*	*0,78*	*0,77*	*0,76*
Folgen politischer Ereignisse	7 585	8 315	8 485	8 746	9 103	*0,74*	*0,74*	*0,71*	*0,68*	*0,54*
Wohnen	7 701	7 699	7 810	8 988	10 655	*0,75*	*0,69*	*0,65*	*0,70*	*0,64*
Sparförderung	16 276	16 839	18 826	17 008	16 543	*1,58*	*1,50*	*1,58*	*1,33*	*0,99*
Allgemeine Lebenshilfen	1 602	1 708	1 885	2 124	2 839	*0,16*	*0,15*	*0,16*	*0,17*	*0,17*
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1 030 300	1 123 800	1 193 300	1 278 000	1 673 000	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

47. Das Sozialbudget ordnet jede Leistung — nicht nur Einkommensleistungen sondern auch Sachleistungen und allgemeine Dienste und Leistungen — einer Funktion zu oder teilt sie auf mehrere Funktionen auf. In den Funktionen drückt sich der Zweck der Leistung, zum Teil auch deren Ursache aus. Durch diese Einteilung wird das Bild, das von der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik gezeichnet wird, übersichtlicher und von historischen und gesellschaftlichen Zufälligkeiten, wie sie sich in der Liste der Institutionen widerspiegeln, bereinigt. Internationale Vergleiche werden erleichtert; Widersprüchlichkeiten und Überschneidungen allerdings kann auch sie nicht sichtbar machen.

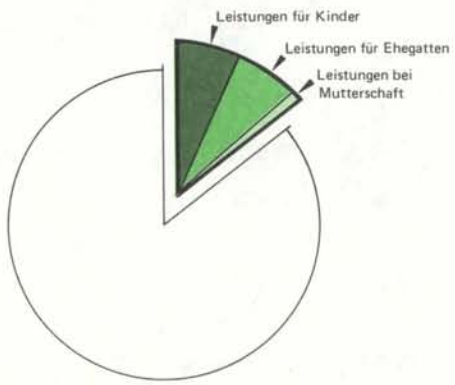
48. Übersicht 7 zeigt in absoluten Beträgen, wie sich die Leistungen über die Skala der sozialen Tatbestände verteilen. Indem sie auch die Anteile am Bruttosozialprodukt ausweist, verdeutlicht sie die Beziehung zwischen Wirtschaft und Sozialbereich, die schon in der Grafik 6 in Grundlinien abgebildet wurde. Nach langen Jahren, in denen die Anteile stets und stetig zunahmen, zeigt sich im Vorausberechnungszeitraum erstmals deutlich und in mehreren Details eine Stabilisierung oder sogar eine Minderung. Sehr klar ist das in der Position „Alter" zu erkennen, die von 1977 bis 1982 drei Zehntelpunkte einbüßt. Hier werden die Auswirkungen des 20. und des 21. Rentenanpassungsgesetzes sichtbar. Ebenfalls deutlich nimmt der Anteil der Leistungen für Gesundheit ab. Während bei den Leistungen für Beschäftigung und Familie nur interne schwächere Bewegungen zu verzeichnen sind, zeigt sich ein nachhaltiger, relativer und absoluter Rücklauf bei der Sparförderung, die von 1977 bis 1982 voraussichtlich um sechs Zehntelpunkte zurückgehen wird.

Familie

Grafik 8

Familie

— Anteil am Sozialbudget und Struktur 1977 —



49. Die Leistungen für Familien, die in sich unterteilt sind in Leistungen für Kinder, Leistungen für Ehegatten und Leistungen bei Mutterschaft, sind während des Berichtszeitraums etwa in gleichem Maße wie das Sozialprodukt gestiegen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt liegt bei 4,6 bis 4,8 Punkten. Im einzelnen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungslinien:

— Die Leistungen für Kinder nehmen etwas langsamer zu als das Bruttosozialprodukt, weil der Anteil jüngerer Leute an der Bevölkerung infolge des starken Geburtenrückgangs der letzten Jahre sinkt. Etwa zwei Drittel dieser Leistungen sind Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz sowie Familienzuschläge im öffentlichen Dienst. Das übrige Drittel besteht zum größten Teil aus Maßnahmen und Diensten der Jugendhilfe, ferner aus Waisenrenten sowie zu einem kleinen Teil aus Steuerermäßigungen.

— Die Leistungen für Ehegatten sind überwiegend systembedingte steuerliche Entlastungen. Sie nehmen schneller zu als das Bruttosozialprodukt, weil mit wachsendem Einkommen die durchschnittliche Belastung aus der Lohn- und Einkommensteuer progressiv steigt (Anhang IV). Die Steuerentlastungen wiederum nehmen indirekt an der Progression teil und mindern die progressiv gestiegene Steuerlast.

— Mutterschaftsleistungen verhalten sich neutral zum Sozialprodukt. Hier gleichen sich steigende Sachleistungen und relativ sinkende Geldleistungen nahezu aus.

50. Am Sozialbudget sind die Leistungen für Familien (1977 rd. 55 Mrd. DM) mit rd. 15 Prozent beteiligt.

51. Im Sozialbudget werden nur solche Leistungen als Familienleistungen bezeichnet, die unmittelbar und allein der Förderung und Unterstützung von Familien zugute kommen. Darüber hinaus gibt es Leistungen, die primär anderen Funktionen zugeordnet werden, die aber in einem weiteren Sinne auch als Familienleistungen angesehen werden müssen. Das sind vor allem die Leistungen der Krankenversicherung für mitversicherte Familienangehörige, Leistungen der Ausbildungsförderung und der Anteil am Wohngeld, der darauf zurückzuführen ist, daß das Vorhandensein und die Zahl der Familienangehörigen in die Berechnungsformel der individuellen Wohngeldberechnung eingehen. In einem noch weiteren Sinne könnten auch Witwenrenten als Familienleistungen angesehen werden. Nicht im Sozialbudget enthalten sind Familienleistungen nach Programmen und Gesetzen der Bundesländer (z. B. Familienferienprogramm) und bestimmte Leistungen karitativer Organisationen, die statistisch nicht bekannt sind, sowie von Wirtschaftsunternehmen (z. B. Bundesbahn).

52. Einschließlich der Leistungen der Krankenversicherung an mitversicherte Familienangehörige und der Ausbildungsförderung erhöht sich der Anteil der Familienleistungen am Sozialbudget von rd.

Übersicht 8

Familie

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	Familie insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft
1977				
Gesamt	55 289	25 555	27 366	2 367
darunter:				
Waisenrenten	2 291	2 291	—	—
Mutterschaftsgeld	728	—	—	728
Kindergeld, Kinderzuschüsse	15 448	15 448	—	—
Familienzuschläge	7 904	3 562	4 142	—
1978				
Gesamt	60 494	27 496	30 551	2 447
darunter:				
Waisenrenten	2 410	2 410	—	—
Mutterschaftsgeld	728	—	—	728
Kindergeld, Kinderzuschüsse	16 806	16 806	—	—
Familienzuschläge	8 090	3 722	4 368	—
1982				
Gesamt	78 232	29 222	46 012	2 999
darunter:				
Waisenrenten	3 054	3 054	—	—
Mutterschaftsgeld	728	—	—	728
Kindergeld, Kinderzuschüsse	15 510	15 510	—	—
Familienzuschläge	9 854	4 580	5 274	—

Übersicht 9

Familienleistungen im weiteren Sinne

Leistung	1975	1976	1977	1978	1982
	in Millionen DM				
Familienleistungen (Funktion Familie)	45 594	51 984	55 289	60 494	78 232
Sachleistungen der Krankenversicherung an mitversicherte Familienangehörige (Funktion Gesundheit)	17 177	18 781	19 054	20 559	25 237
Ausbildungsförderung (Funktion Beschäftigung)	2 627	2 439	2 523	3 154	3 770
gesamt ...	65 398	73 204	76 866	84 207	107 239
	Anteil am Bruttosozialprodukt in Prozent				
gesamt ...	*6,3*	*6,5*	*6,4*	*6,6*	*6,4*

15 Prozent 1977 auf rd. 22 Prozent 1978 und auf rd. 23 Prozent 1982. Die übrigen erwähnten Vergünstigungen für Familien lassen sich in Zahlen und Anteilen nicht darstellen. Die Aufzählung läßt aber den weiten Umfang der Familienförderung erkennen.

53. Durch das Einkommensteuerreformgesetz vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769) waren die monatlichen Kindergeldsätze des Bundeskindergeldgesetzes für die Zeit vom 1. Januar 1975 an auf 50 DM für das erste Kind, 70 DM für das zweite Kind, 120 DM für das dritte und jedes weitere Kind festgesetzt worden.

54. Durch das Steueränderungsgesetz 1977 vom 16. August 1977 (BGBl. I S. 1586) sind mit Wirkung vom 1. Januar 1978 der Kindergeldsatz für das zweite Kind um 10 DM auf 80 DM, der Kindergeldsatz für das dritte und jedes weitere Kind um 30 DM auf 150 DM erhöht worden. [1]) Dies bedeutet eine Steigerung des Kindergeldes für Familien mit

zwei Kindern um ..... 8,3 Prozent,
drei Kindern um ..... 16,6 Prozent,
vier Kindern um ..... 19,4 Prozent,
fünf Kindern um ..... 20,8 Prozent.

55. In der Zeit von Januar 1975 bis Januar 1978 ist der Preisindex für die Lebenshaltung

aller privaten Haushalte um ..... 13,0 Prozent,
der 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen um ..... 12,9 Prozent,
eines Kindes
(einfache Lebenshaltung) um ..... 12,6 Prozent

gestiegen. Das entspricht einem Kaufkraftverlust von 11,5/11,4/11,2 Prozent.

56. Unter Berücksichtigung eines Kaufkraftverlustes von 11,2 Prozent entspricht das im Januar 1978 gezahlte Kindergeld für Familien mit

einem Kind ..... 88,8 Prozent,
zwei Kindern ..... 96,2 Prozent,
drei Kindern ..... 103,6 Prozent,
vier Kindern ..... 106,1 Prozent,
fünf Kinder ..... 107,3 Prozent,

des im Januar 1975 für diese Familien gezahlten Kindergeldes.

57. Diese Entwicklung läßt sich auch folgendermaßen verdeutlichen: Setzt man die Kosten des Unterhalts eines Kinder für Januar 1975 mit 204 DM/Monat [2]) an, so ergibt sich, daß diese Unterhaltskosten **im Januar 1975**

für das Kind einer Ein-Kinder-Familie
zu ..... 24,5 Prozent,
für die Kinder einer Zwei-Kinder-Familie
zu ..... 29,4 Prozent,
für die Kinder einer Drei-Kinder-Familie
zu ..... 39,2 Prozent,
für die Kinder einer Vier-Kinder-Familie
zu ..... 44,1 Prozent,
für die Kinder einer Fünf-Kinder-Familie
zu ..... 47,1 Prozent,

[1]) Wegen der Begründung des entsprechenden Regierungsvorschlags siehe Bundestagsdrucksache 8/292 S. 20 „Zu Artikel 2".

[2]) Dies ist der am 1. Januar 1975 für die oberste Altersstufe geltende Regelbedarf eines nichtehelichen Kindes (§ 1615 f Abs. 1 Satz 2 BGB).

aus dem Kindergeld gedeckt werden konnten, und daß die **im Januar 1978** mit 229,70 DM/Monat [1]) zugrunde gelegten Unterhaltskosten eines Kindes

für das Kind einer Ein-Kinder Familie zu ..... 21,8 Prozent,

für die Kinder einer Zwei-Kinder-Familie zu ..... 28,3 Prozent,

für die Kinder einer Drei-Kinder-Familie zu ..... 40,6 Prozent,

für die Kinder einer Vier-Kinder-Familie zu ..... 46,8 Prozent,

für die Kinder einer Fünf-Kinder-Familie zu ..... 50,5 Prozent,

aus dem Kindergeld gedeckt werden konnten.

58. Eine Parallele zu der dargestellten Entwicklung zeigt sich beim Vergleich der Entwicklung des verfügbaren Einkommens [2]) von verheirateten Arbeitnehmern ohne Kinder einerseits und verheirateten Arbeitnehmern mit einem bis fünf Kindern andererseits — je mit durchschnittlichem Arbeitnehmereinkommen —:

In der Zeit von Januar 1975 bis Januar 1978 [3]) ist der Realwert des verfügbaren Einkommens des Arbeitnehmers [4])

ohne Kinder um ..... 7,5 Prozent,

mit einem Kind um ..... 6,9 Prozent,

mit zwei Kindern um ..... 6,6 Prozent,

mit drei Kindern um ..... 7,0 Prozent,

mit vier Kindern um ..... 7,3 Prozent,

mit fünf Kindern um ..... 7,5 Prozent

gestiegen.

59. In demselben Zeitraum hat sich der Anteil des Kindergeldes am verfügbaren Einkommen des Arbeitnehmers mit

einem Kind ..... von 3,8 auf 3,1 Prozent,

zwei Kindern ..... von 8,5 auf 7,7 Prozent,

drei Kindern ..... von 15,6 auf 15,1 Prozent,

vier Kindern ..... von 21,8 auf 21,5 Prozent,

fünf Kindern ..... von 27,1 auf 26,9 Prozent

verändert.

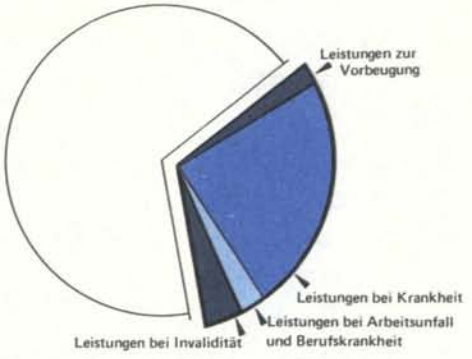
60. Die Bundesregierung hält die Kindergelderhöhung, die zum 1. Januar 1978 wirksam geworden ist, unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage des Bundes und subsidiär gezahlter öffentlicher Leistungen wie Wohngeld und Ausbildungsförderung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen für ausreichend [5]). Sie wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin aufmerksam beobachten.

Gesundheit

Grafik 9

Gesundheit

— Anteil am Sozialbudget und Struktur 1977 —



61. Soziale Leistungen, die der Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen, stiegen bis 1975 besonders stark. Sie nahmen zuletzt mehr als zehn Prozent des Sozialprodukts in Anspruch. Für den Berichtszeitraum läßt sich eine deutliche Abflachung der bisherigen Entwicklung beobachten. Die Leistungen für Gesundheit nehmen allmählich aber eindeutig langsamer zu als das Sozialprodukt, und ihr Anteil geht auf 9,7 Prozent zurück. Als Ursachen für diese Entwicklung spielen neben konjunk-

[1]) Erhöhung der Unterhaltskosten von 204 DM um den o. g. Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung eines Kindes von 12,6 Prozent.

[2]) Arbeitnehmereinkommen (nach Abzug der darauf entfallenden öffentlichen Abgaben) und Kindergeld. Die daneben — insbesondere bei unterem bis mittlerem Erwerbseinkommen — gezahlten Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sind hier der Einfachheit halber außer Betracht gelassen worden.

[3]) Mangels zeitlich deckungsgleicher statistischer Angaben wurde als im Januar erzieltes Arbeitnehmereinkommen das im Jahresdurchschnitt des vorangegangenen Jahres erzielte monatliche Arbeitnehmereinkommen zugrunde gelegt:
1974 1 744 DM; 1977 2 137 DM.

[4]) Unter Zugrundelegung des Kaufkraftverlustes eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts mit mittlerem Einkommen von 11,4 Prozent.

[5]) Die Auswirkungen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 30. März 1977 zur Lage der Familien mit drei und mehr Kindern im Bereich der Beamten, Richter und Soldaten werden zur Zeit geprüft.

Übersicht 10

Gesundheit

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	Gesundheit insgesamt	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall	Invalidität (allgemein)
1977					
Gesamt	120 139	7 115	88 503	9 706	14 815
darunter:					
Einkommensleistungen					
Invaliditätsrenten	10 951	—	—	2 446	8 485
Kranken- und Übergangsgeld	6 270	419	5 393	458	—
Entgeltfortzahlung	19 100	750	16 238	2 112	—
Sachleistungen	72 299	3 326	61 796	3 238	3 639
1978					
Gesamt	127 071	7 534	93 815	10 247	15 476
darunter:					
Einkommensleistungen					
Invaliditätsrenten	11 634	—	—	2 622	9 012
Kranken- und Übergangsgeld	6 641	477	5 680	484	—
Entgeltfortzahlung	20 200	800	17 168	2 232	—
Sachleistungen	76 140	3 811	65 306	3 372	3 651
1982					
Gesamt	162 835	9 433	118 658	12 944	21 799
darunter:					
Einkommensleistungen					
Invaliditätsrenten	13 521	—	—	3 159	10 263
Kranken- und Übergangsgeld	8 464	564	7 277	623	—
Entgeltfortzahlung	26 013	1 020	22 116	2 877	—
Sachleistungen	97 352	4 776	82 026	4 296	6 254

turellen Gründen die — teilweise antizipierten — Maßnahmen der Kostendämpfung und die über 1978 verzögerte Anpassung der Invaliditätsrenten eine wichtige Rolle. Möglich ist auch, daß sich Änderungen in den Verhaltensweisen und der Lebensführung der Versicherten anbahnen.

62. Von den Tatbeständen, welche die Funktion Gesundheit bilden, also Vorbeugung, Krankheit Arbeitsunfall und Invalidität zeigt sich die Abschwächung der Zuwachsraten am deutlichsten bei Krankheit und Vorbeugung; in beiden Bereichen überwiegen Sachleistungen. Dagegen verläuft bei Arbeitsunfällen, wo also Einkommensleistungen überwiegen, die Entwicklung eher parallel zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Eine merkliche Zunahme zeigen die Leistungen, die bei Invalidität zugewendet werden, vor allem weil in verstärktem Maße Eingliederungshilfen für Behinderte im Rahmen der Sozialhilfe gewährt werden.

63. In der Zeit bis 1982 kann voraussichtlich, nicht zuletzt aufgrund erfolgreicher Maßnahmen zur Kostendämpfung, wirksam mit einer Fortsetzung der bisher beobachteten, leicht unter der Wachstumsrate des Sozialprodukts liegenden Entwicklung der Leistungen für Gesundheit gerechnet werden.

64. Rund 55 Prozent der Gesundheitsleistungen stellen die gesetzliche Krankenversicherung, 16 Prozent die Arbeitgeber in Form der Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Unfall; die Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherung machen knapp neun Prozent, Hilfen der Sozialhilfe gut fünf Prozent aus; die Unfallversicherung trägt knapp vier Prozent bei, und aus Beihilfen im öffentlichen Dienst fließen rund dreieinhalb Prozent. Der Rest verteilt sich auf vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen, Pensionen, den öffentlichen Gesundheitsdienst (je ein bis zwei Prozent) sowie Kriegsopferversorgung, Jugendhilfe und Altershilfe für Landwirte (je weniger als ein Prozent).

Beschäftigung

65. Obwohl sich die wirtschaftliche Lage seit dem konjunkturellen Tiefstand der Jahre 1974 und 1975 allmählich gebessert hat und obwohl durch eine Reihe beschäftigungspolitischer Sondermaßnahmen und durch den Rückgang der Ausländerbeschäftigung eine Entlastung des Arbeitsmarktes erfolgte, konnte eine grundlegende Besserung der Beschäftigungssituation bisher nicht erreicht werden. Nur die Zahl der Kurzarbeiter hat sich von Februar 1975 bis zum Frühjahr 1978 erheblich reduziert. Neben konjunkturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit machen sich Strukturprobleme bemerkbar. Deshalb wird auch für die nächste Zukunft die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung zentrales wirtschaftspolitisches Ziel bleiben.

66. Im Jahre 1975 wurden insgesamt 20,6 Mrd. DM für „Beschäftigung" — das sind im Sinne des Sozialbudgets Leistungen für die berufliche Bildung, für Arbeitslose und für sonstige Maßnahmen der Arbeitsförderung — aufgewandt. Gegenüber 1970 ist das eine Ausgabensteigerung auf das Viereinhalbfache. Der Anteil der „Beschäftigung" an den gesamten Sozialleistungen hat sich seit 1970 von 2,6 auf 6,2 Prozent im Jahre 1975 erhöht. Bis 1977 sank er infolge der konjunkturellen Erholung und der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und durch die Einschränkungen, die das Haushaltsstrukturgesetz mit sich brachte, wieder auf fünf Prozent. Auf diesem Niveau wird er sich voraussichtlich mittelfristig einpendeln.

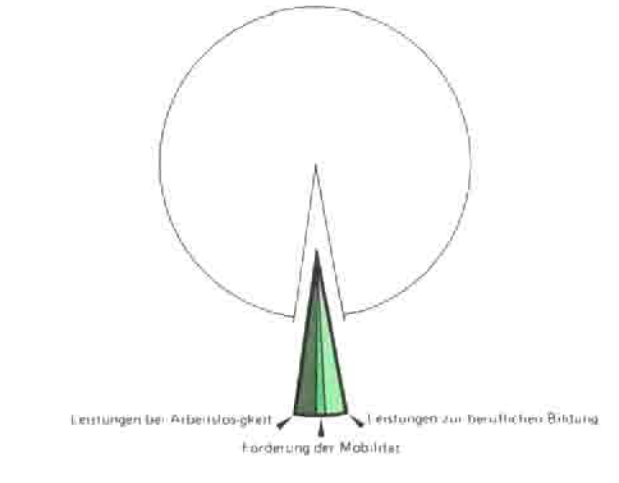
67. Die Aufgliederung der Funktion „Beschäftigung" in Leistungen für berufliche Bildung, sonstige Mobilität und Arbeitslosigkeit zeigt, daß seit Beginn der Rezession die Entwicklung der Ausgaben vor allem durch die Zunahme der Aufwendungen bei Arbeitslosigkeit geprägt wird. Sie stiegen von 1970 bis 1975 auf das Vierzehnfache und beliefen sich 1975 auf 10,5 Mrd. DM. Damit erhöhte sich ihr Anteil an den Leistungen für „Beschäftigung" auf über die Hälfte. Wegen verstärkter Anstrengungen in anderen Bereichen ist der Anteil inzwischen wieder gesunken.

68. Die Leistungen für „Sonstige Mobilität" stiegen von 1970 bis 1976 um jährlich fünf Prozent. Im Jahre 1977 gab es infolge verstärkter arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten (zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderung der Arbeitsaufnahme, Mobilitätshilfen) eine kräftige Zunahme um rd. ein Viertel. Auch 1978 wird das Wachstum mit 8,3 Prozent über dem des Sozialprodukts liegen. Bis 1982 werden die Leistungen durchschnittlich um rd. vier Prozent pro Jahr steigen.

Grafik 10

Beschäftigung

— Anteil am Sozialbudget und Struktur 1977 —



69. Ein umgekehrter Verlauf zeigt sich bei den Leistungen für berufliche Bildung. Als Folge der Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes (1969) und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (1971) stiegen sie von 1970 bis 1975 stark an. Im Jahre 1976 dagegen gingen die Ausgaben um fünf Prozent zurück. Ursächlich dafür dürfte gewesen sein, daß die Bildungsmöglichkeiten aus Sorge um den Arbeitsplatz nur zögernd in Anspruch genommen wurden; hinzu kommen haushaltsbedingte Einschränkungen der Förderung.

Übersicht 11

Beschäftigung

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	Beschäftigung insgesamt	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit
1977				
Gesamt	18 919	7 828	2 776	8 315
darunter:				
— Berufliche Bildung, Rehabilitation und Förderung der Arbeitsaufnahme	2 046	1 746	300	—
— Ausbildungsförderung	2 523	2 523	—	—
— Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Schlechtwettergeld, Wintergeld	2 203	—	1 749	454
— Arbeitslosengeld, -hilfe, Konkursausfallgeld	6 188	—	—	6 188
1978				
Gesamt	22 066	10 199	3 022	8 845
darunter:				
— Berufliche Bildung, Rehabilitation und Förderung der Arbeitsaufnahme	2 722	2 399	323	—
— Ausbildungsförderung	3 154	3 154	—	—
— Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Schlechtwettergeld, Wintergeld	2 554	—	2 030	524
— Arbeitslosengeld, -hilfe, Konkursausfallgeld	6 411	—	—	6 411
1982				
Gesamt	25 683	11 877	3 358	10 448
darunter:				
— Berufliche Bildung, Rehabilitation und Förderung der Arbeitsaufnahme	3 587	3 204	383	—
— Ausbildungsförderung	3 770	3 770	—	—
— Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Schlechtwettergeld, Wintergeld	2 791	—	2 333	458
— Arbeitslosengeld, -hilfe, Konkursausfallgeld	7 641	—	—	7 641

70. In Anbetracht der Bedeutung, die die berufliche Bildung bei der Erhaltung und Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung hat, wurden 1977 sowohl das Bundesausbildungsförderungsgesetz als auch das Arbeitsförderungsgesetz geändert (Nummer 193 und 130). Dadurch nahmen 1977 die Leistungen für die Ausbildungsförderung wieder zu, und es kam zu einem, wenn auch leichten, Anstieg der Aufwendungen für berufliche Bildung. Im Jahre 1978 wird ein kräftiger Anstieg angestrebt. Übersicht 13 zeigt die Institutionen, die Leistungen für berufliche Bildung erbringen.

Übersicht 12

Beschäftigung

in Milliarden DM und Struktur in Prozent

Funktion	1975	1976	1977	1978	1982
			Milliarden DM		
Beschäftigung	20,6	18,8	18,9	22,1	25,7
			Struktur in Prozent		
Berufliche Bildung	*39*	*40*	*41*	*46*	*46*
Sonstige Mobilität	*10*	*12*	*15*	*14*	*13*
Arbeitslosigkeit	*51*	*48*	*44*	*40*	*41*

Übersicht 13

Beschäftigung

Leistungen der beruflichen Bildung in Millionen DM und Struktur nach Institutionen in Prozent

Institution	1975	1976	1977	1978	1982
			Millionen DM		
Berufliche Bildung	7 968	7 573	7 828	10 199	11 877
			Struktur in Prozent		
Arbeitsförderung	*41*	*37*	*32*	*33*	*35*
Ausbildungsförderung	*34*	*34*	*34*	*32*	*33*
Sozialhilfe	*9*	*11*	*12*	*16*	*15*
Steuerermäßigungen	*5*	*6*	*10*	*9*	*9*
Rentenversicherung	*8*	*9*	*9*	*7*	*5*
Andere Institutionen	*3*	*3*	*3*	*3*	*3*

Alter und Hinterbliebene

71. Die Leistungen für Alter und Hinterbliebene stellen den größten Posten im Sozialbudget dar. Ihr Anteil steigt noch, und zwar von knapp 37 Prozent 1975 auf fast 40 Prozent im Jahre 1982. Gemessen am Bruttosozialprodukt werden rund zwölf Prozent für die Versorgung der Alten und Hinterbliebenen verwandt. Dabei wird 1977 mit knapp 12½ Punkten ein Maximum erreicht, das im Laufe der folgenden Jahre allmählich abgebaut wird, allerdings ohne bis 1982 die Zwölf-Prozent-Marke zu unterschreiten (Grafik 6).

Übersicht 14

Alter und Hinterbliebene

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

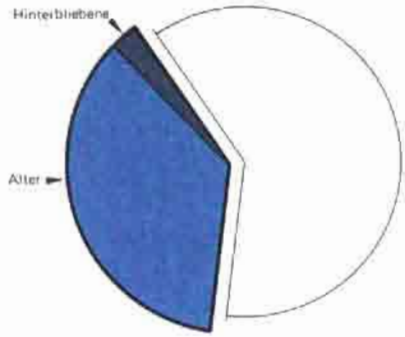
in Millionen DM

Leistungstypen	Alter und Hinterbliebene	Alter	Hinterbliebene
1977			
Gesamt	147 889	138 602	9 287
darunter			
Altersrenten, Ruhegeld	84 936	84 936	—
Witwen-, Witwerrenten	42 061	35 438	6 623
Invaliditätsrenten	5 870	5 870	—
Entschädigungsrenten	2 245	2 245	—
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 735	1 735	—
Steuerermäßigungen	1 878	1 878	—
1978			
Gesamt	156 347	146 548	9 799
darunter			
Altersrenten, Ruhegeld	90 220	90 220	—
Witwen-, Witwerrenten	44 423	37 413	7 010
Invaliditätsrenten	6 257	6 257	—
Entschädigungsrenten	2 275	2 275	—
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 627	1 627	—
Steuerermäßigungen	1 989	1 989	—
1982			
Gesamt	202 088	189 385	12 703
darunter			
Altersrenten, Ruhegeld	197 312	103 712	—
Witwen-, Witwerrenten	58 778	49 302	9 476
Invaliditätsrenten	8 180	8 180	—
Entschädigungsrenten	984	984	—
Hilfe zum Lebensunterhalt	2 993	2 993	—
Steuerermäßigungen	2 371	2 371	—

Grafik 11

Alter und Hinterbliebene

— Anteil am Sozialbudget und Struktur 1977



72. Leistungen für Alter und Hinterbliebene sind fast ausschließlich Einkommensleistungen (über 95 %). Es ist nicht auszuschließen, daß manche Sachleistung der Altenhilfe, die von Körperschaften und Verbänden kommt, im Sozialbudget nicht erfaßt werden konnte.

73. Die gesetzliche Rentenversicherung ist an den Leistungen für Alter und Hinterbliebene mit (1977) rd. 63 Prozent beteiligt, die Pensionen im öffentlichen Dienst mit rd. 18 Prozent. Die Anteilssätze für andere Institutionen lauten: vier Prozent Kriegsopferversorgung (Renten), dreieinhalb Prozent vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen (betriebliche Altersversorgung), je zwei Prozent die Unfallversicherung, die Zusatzversicherungen und die Sozialhilfe, ein Prozent die Altershilfe für Landwirte. Der Rest verteilt sich auf Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Versorgungswerke der Selbständigen, Krankenversicherung und Steuerermäßigungen.

Folgen politischer Ereignisse

74. Die Leistungen, die als Folgen politischer Ereignisse entstanden sind, steigen mit zunehmendem Abstand vom Zweiten Weltkrieg und den anderen ursächlichen Ereignissen nur noch mit relativ geringen Raten, so daß ihr Anteil am Bruttosozialprodukt von Jahr zu Jahr sinkt.

75. Rd. 28 Prozent der Leistungen sind Entschädigungsrenten (alle Werte 1977), rd. 16 Prozent Witwenrenten aus der Kriegsopferversorgung. Sieben Prozent sind anteilige Renten aus den Rentenversicherungen. 15 Prozent der Leistungen gehen ins Ausland, vor allem als Leistungen der Wiedergutmachung, einschließlich pauschaler Rentenzahlungen an die Volksrepublik Polen (vgl. Fußnote zu Übersicht 20).

76. Die Funktion „Folgen politischer Ereignisse" nimmt in erster Linie die Kriegsfolgelasten und Entschädigungen der Folgen nationalsozialistischen Unrechts auf. Sie ist nicht voll identisch mit den Institutionen, die Entschädigungsleistungen gewähren, weil

— bestimmte Leistungen anderen Funktionen zugeordnet werden, vor allem Leistungen an alte

Übersicht 15

Folgen politischer Ereignisse

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	1977	1978	1982
Gesamt	8 478	8 722	9 076
darunter:			
Entschädigungsrenten	2 422	2 420	2 629
Invaliditätsrenten (Anteil)	620	660	571
Witwenrenten	1 348	1 331	1 510
Berufsschadensausgleich	520	550	531
Steuerermäßigungen	282	289	310
Zahlungen ins Ausland [1]	1 243	1 239	806

[1] darin 1977 426 Millionen DM und 1978 425 Millionen DM pauschale Rentenzahlung an die Volksrepublik Polen

Menschen der Funktion Alter und Familienzuschläge einer der einschlägigen Funktionen

— auch andere Institutionen die Folgen politischer Ereignisse mittragen, z. B. die Rentenversicherung, die in die Rentenberechnung auch Ersatzzeiten (Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft u. a.) einschließt.

77. Am Sozialbudget sind die „Folgen politischer Ereignisse" mit rd. zwei Prozent beteiligt.

Wohnen

78. Im Jahre 1977 wurden rd. acht Mrd. Mark zur Verbesserung der Wohnungsversorgung verwandt. Mehr als sieben Zehntel davon sind indirekte Leistungen. Es handelt sich dabei vor allem um Zinsermäßigungen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus sowie um Steuerermäßigungen. Rund zwei Zehntel sind Wohngeld, der Rest (acht Prozent) hauptsächlich Zuschüsse von Arbeitgebern.

79. In den Jahren 1970 bis 1975 stiegen die Leistungen besonders stark, im wesentlichen weil das Wohngeld in dieser Zeit expandierte. Das Vierte Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes läßt die Leistungen für Wohngeld 1978 erneut stark steigen. Es wird damit gerechnet, daß die Ausgaben um rd. 33 Prozent zunehmen und somit rd. 490 Millionen DM Mehrausgaben verursachen werden. Im Sozialen Wohnungsbau wird 1978 eine Ausweitung angestrebt.

80. Bis 1982 werden die Leistungen für „Wohnen" weiter steigen; allerdings wird der Anteil am Bruttosozialprodukt von 0,70 (1978) leicht auf 0,64 Prozent (1982) zurückgehen.

Übersicht 16

Wohnen

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	1977	1978	1982
Gesamt	7 810	8 988	10 655
darunter:			
Zinsermäßigungen	3 086	3 138	3 279
Wohngeld	1 469	1 952	1 780
Zins- und Tilgungszuschüsse	1 308	1 859	3 374
Steuerermäßigungen	1 200	1 250	1 450
Zuschüsse von Arbeitgebern	600	600	600

Sparförderung

81. Die Förderung des Sparens und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand hat seit Ende der sechziger Jahre in ihrer Bedeutung erheblich zugenommen. Im einzelnen handelt es sich um staatliche Leistungen nach dem Spar-Prämiengesetz, dem Wohnungsbau-Prämiengesetz, dem Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sowie um Arbeitgeberleistungen im Sinne dieses Gesetzes und um bestimmte steuerliche Vergünstigungen. Durch die Einführung von Einkommensgrenzen wurde 1975 auch die Förderung nach den Prämiengesetzen auf untere und mittlere Einkommensschichten ausgerichtet; vor allem aus diesem Grunde sind die Leistungen leicht rückläufig.

Allgemeine Lebenshilfen

82. Zu den Leistungen, die in besonderen Notlagen gewährt werden oder die der sozialen Eingliederung dienen, ohne einer der anderen Funktionen zugeordnet werden zu können, zählen vor allem Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe, ferner die sogenannten Sonstigen Hilfen die von der Krankenversicherung als ärztliche Beratung und Hilfe zur Empfängnisregelung geboten werden.

83. Der Anteil der allgemeinen Lebenshilfen am Bruttosozialprodukt ist mit rd. 0,2 Prozent relativ niedrig, entsprechend auch der Anteil am Sozialbudget, der etwa ein halbes Prozent ausmacht.

Übersicht 17

Sparförderung

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	1977	1978	1982
Gesamt	18 826	17 008	16 543
darunter:			
Sparprämien	4 367	2 000	1 500
Bausparprämien	1 940	1 940	1 760
Arbeitnehmer-Sparzulagen	2 770	2 700	1 950
Vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber	6 020	6 090	5 350

Übersicht 18

Allgemeine Lebenshilfen

Ausgewählte Leistungstypen 1977, 1978 und 1982

in Millionen DM

Leistungstypen	1977	1978	1982
Gesamt	1 897	2 124	2 839
darunter:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	215	276	333
Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Rahmen der Jugendhilfe	520	549	692
Hilfen und Beratungen zur Empfängnisregelung	154	231	464
Sonstige Sachleistungen	208	213	236
Allgemeine Dienste und Leistungen	373	418	651

5. Institutionen

Hierzu: Anhang I—4, II, III

84. Die allgemeinen Systeme der Sozialversicherung — Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitsförderung und Kindergeld — haben im letzten Jahrzehnt stetig an Bedeutung gewonnen, obwohl eine Reihe neuer Formen sozialer Sicherung eingeführt und weiter ausgebaut wurde. Ursachen für das beschleunigte Wachstum der Sozialversicherungssysteme sind gesetzliche Änderungen, die den Kreis der geschützten Personen ausweiteten, und die Zunahme der Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Bis zum Jahre 1974 stieg der Anteil der allgemeinen Systeme auf über die Hälfte aller Sozialleistungen. 1975 erhöhte er sich infolge der Reform des Kindergeldes noch einmal sprunghaft auf 56 Prozent. Seitdem ist er nicht weiter gestiegen und wird auch voraussichtlich bis 1982 nicht weiter steigen, weil die großen Versicherungszweige strengeren Wachstumsbedingungen unterliegen. Hinzu kommt, daß der Kindergeldaufwand wegen der zurückgehenden Zahl der Kinder in den nächsten Jahren weiterhin leicht sinken wird.

Institutions

The general social insurance schemes, i. e. pension insurance, sickness insurance and industrial injuries insurance, employment promotion and children's allowances, have been of increasing importance during the last decade although a number of new social security measures have been introduced and further developed. The accelerated expansion of social security schemes was due to legal amendments extending the personal scope and to an increase in the number of employed persons subject to compulsory insurance. By 1974 general social security schemes accounted for more than half of all social expenditure. In 1975 the percentage sharply increased to 56 % as a result of the reform of the provisions governing children's allowances. There has been no further increase since that time and it is expected that the percentage will remain constant until 1982 because growth will be subject to more restrictive condition in the major insurance schemes. Moreover, there will be a slight downward trend in the expenditure for children's allowances in the coming years because the number of children has been on the decline.

Institutions

Les systèmes généraux de la protection sociale — les assurances invalidité-vieillesse, accident et maladie, la promotion de l'emploi et les allocations familiales — n'ont pas cessé de gagner en importance au cours de la dernière décennie, bien que toute une série de nouvelles formes de Sécurité sociale aient été introduites et développées. L'extension accélérée des systèmes de Sécurité sociale est due à des changements dans la législation, en vertu desquels le nombre des personnes protégées a été étendu ainsi qu'à un accroissement du nombre des travailleurs salariés et, par conséquent, des salariés soumis à l'assujettissement. Jusqu'en 1974, la proportion des systèmes généraux augmentait pour atteindre plus que la moitié de toutes les prestations sociales. En 1975, il y eu encore une fois une augmentation sensible en raison de la réforme des allocations familiales et la proportion s'éleva à 56 %. Depuis, il n'y a pas eu d'augmentation et on ne s'attend pas non plus à une augmentation jusqu'en 1982, étant donnée que grandes branches d'assurance sont soumises à des conditions plus rigides d'extension. En outre, les dépenses effectuées au titre des allocations familiales continuerant à accuser dans les années à venir une faible diminution en raison de la diminution du nombre d'enfants.

85. Leistungen zur Entschädigung der Folgen politischer Ereignisse — Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich, Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigung sowie die Unterhaltssicherung der Wehr- und Zivildienstleistenden — zeigen keine hohen Wachstumsraten, so daß ihr Anteil am Sozialbudget zwischen 1975 und 1982 von fünf auf dreieinhalb Prozent zurückgeht.

86. Die Institutionen, die soziale Hilfen und Dienste leisten, verändern sich unterschiedlich. Sozial- und Jugendhilfe nehmen zu und vergrößern ihren An-

Übersicht 19

Institutionen

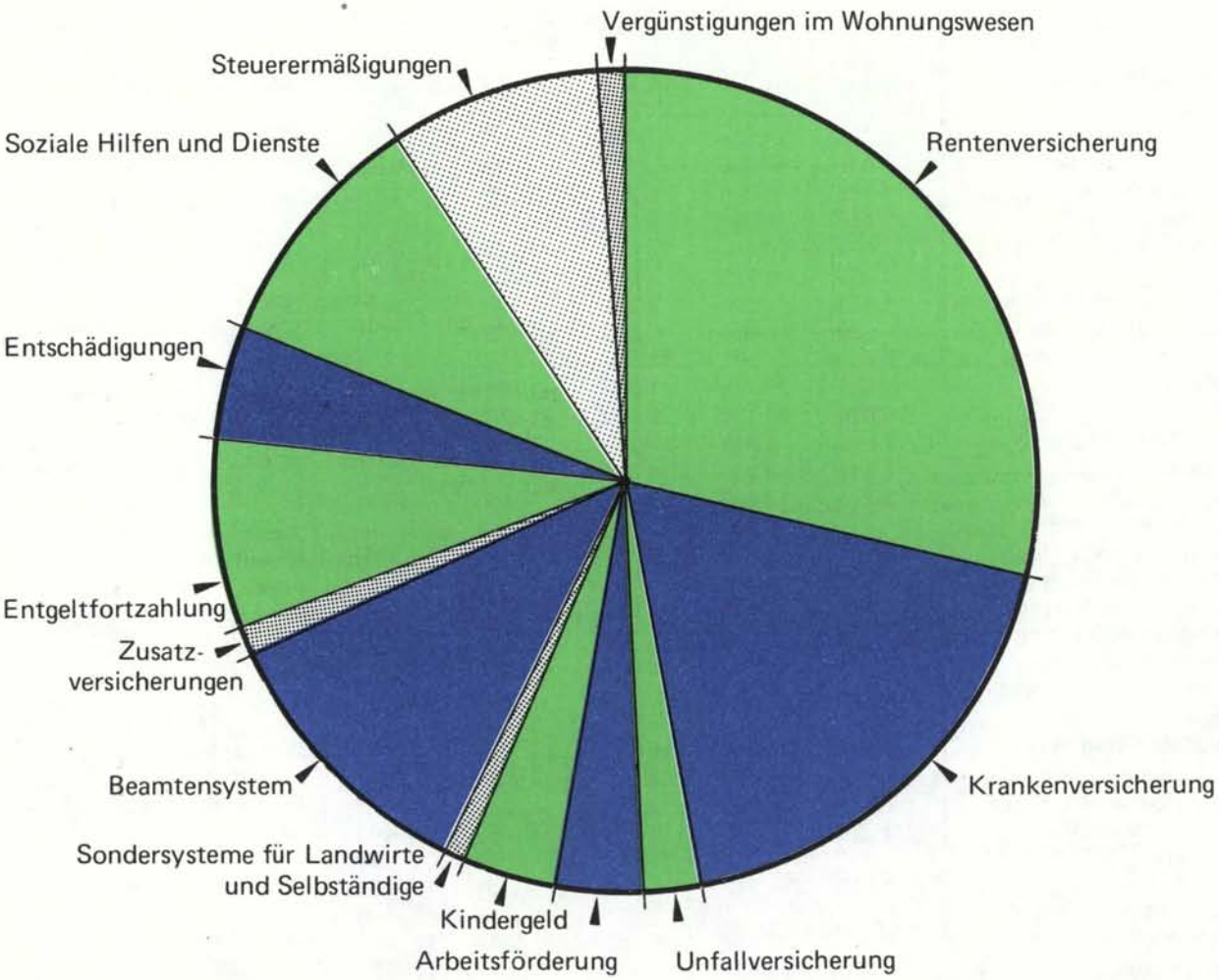
Leistungen 1975 bis 1978, 1982

		1975	1976	1977	1978	1982	1975	1976	1977	1978	1982
		in Millionen DM					in Prozent des Bruttosozialprodukts				
0	**Sozialbudget insgesamt**	330 222	353 788	379 243	402 845	507 979	*32,05*	*31,48*	*31,78*	*31,52*	*30,36*
1	**Soziale Sicherung**	228 465	246 200	262 193	279 081	350 319	*22,17*	*21,91*	*21,97*	*21,84*	*20,94*
10	Allgemeine Systeme	185 961	201 285	214 903	229 086	286 547	*18,05*	*17,91*	*18,01*	*17,93*	*17,13*
101	Rentenversicherung	101 027	114 672	124 681	129 357	153 343	*9,81*	*10,20*	*10,45*	*10,12*	*9,17*
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	61 706	69 421	73 515	74 264	87 752	*5,99*	*6,18*	*6,16*	*5,81*	*5,25*
1012	Rentenversicherung der Angestellten	43 153	51 300	56 224	57 530	61 110	*4,19*	*4,56*	*4,71*	*4,50*	*3,65*
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	9 768	10 951	11 876	12 415	14 598	*0,95*	*0,97*	*1,00*	*0,97*	*0,87*
103	Krankenversicherung	61 631	67 285	70 388	74 422	94 827	*5,98*	*5,99*	*5,90*	*5,82*	*5,67*
104	Unfallversicherung	7 185	7 818	8 330	8 880	10 930	*0,70*	*0,70*	*0,70*	*0,69*	*0,65*
105	Arbeitsförderung	18 416	16 561	15 881	19 187	24 718	*1,79*	*1,47*	*1,33*	*1,50*	*1,48*
106	Kindergeld	14 693	14 430	14 050	15 400	14 350	*1,43*	*1,28*	*1,18*	*1,21*	*0,86*
12	Sondersysteme	2 403	2 713	2 961	3 205	3 839	*0,23*	*0,24*	*0,25*	*0,25*	*0,23*
122	Altershilfe für Landwirte	1 883	2 095	2 291	2 506	2 974	*0,18*	*0,19*	*0,19*	*0,20*	*0,18*
123	Versorgungswerke	520	618	670	699	865	*0,05*	*0,05*	*0,06*	*0,05*	*0,05*
13	Beamtenrechtliche Systeme	37 645	39 468	41 267	43 568	55 623	*3,65*	*3,51*	*3,46*	*3,41*	*3,32*
131	Pensionen	26 670	28 401	29 750	31 478	41 131	*2,59*	*2,53*	*2,49*	*2,46*	*2,46*
132	Familienzuschläge	7 035	6 941	7 208	7 570	9 290	*0,68*	*0,62*	*0,60*	*0,59*	*0,56*
133	Beihilfen	3 940	4 126	4 309	4 520	5 202	*0,38*	*0,37*	*0,36*	*0,35*	*0,31*
14	Ergänzungssysteme	3 301	3 638	4 001	4 209	5 473	*0,32*	*0,32*	*0,34*	*0,33*	*0,33*
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3 204	3 523	3 875	4 077	5 306	*0,31*	*0,31*	*0,32*	*0,32*	*0,32*
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	97	115	126	132	167	*0,01*	*0,01*	*0,01*	*0,01*	*0,01*
2	**Arbeitgeberleistungen**	25 300	26 300	28 500	30 000	38 400	*2,46*	*2,34*	*2,39*	*2,35*	*2,30*
201	Entgeltfortzahlung	17 500	18 000	19 500	20 600	26 600	*1,70*	*1,60*	*1,63*	*1,61*	*1,59*
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleist.	7 800	8 300	9 000	9 400	11 800	*0,76*	*0,74*	*0,75*	*0,74*	*0,71*
3	**Entschädigungen**	15 806	16 388	16 966	17 504	18 296	*1,53*	*1,46*	*1,42*	*1,37*	*1,09*
301	Kriegsopferversorgung	11 135	11 823	12 446	12 981	14 107	*1,08*	*1,05*	*1,04*	*1,02*	*0,84*
302	Lastenausgleich	1 846	1 875	1 890	1 878	1 701	*0,18*	*0,17*	*0,16*	*0,15*	*0,10*
303	Wiedergutmachung	2 278	2 175	2 170	2 150	2 000	*0,22*	*0,19*	*0,18*	*0,17*	*0,12*
309	Sonstige Entschädigungen	547	517	460	495	488	*0,05*	*0,05*	*0,04*	*0,04*	*0,03*
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	31 580	33 252	36 231	36 631	42 606	*3,07*	*2,96*	*3,04*	*2,87*	*2,55*
401	Sozialhilfe	8 612	9 805	10 902	11 997	17 370	*0,84*	*0,87*	*0,91*	*0,94*	*1,04*
402	Jugendhilfe	3 705	4 101	4 486	4 894	6 816	*0,36*	*0,36*	*0,38*	*0,38*	*0,41*
403	Ausbildungsförderung	2 740	2 544	2 631	3 290	3 930	*0,27*	*0,23*	*0,22*	*0,26*	*0,23*
404	Wohngeld	1 797	1 759	1 595	2 120	1 930	*0,17*	*0,16*	*0,13*	*0,17*	*0,12*
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1 340	1 430	1 520	1 600	2 000	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,12*
406	Vermögensbildung	13 386	13 613	15 097	12 730	10 560	*1,30*	*1,21*	*1,27*	*1,00*	*0,63*
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	300 626	321 586	343 320	362 586	448 819	*29,18*	*28,62*	*28,77*	*28,37*	*26,83*
5	**Indirekte Leistungen**	29 546	32 202	35 923	40 259	59 160	*2,87*	*2,87*	*3,41*	*3,15*	*3,54*
501	Steuerermäßigungen	25 417	28 029	31 529	35 262	52 507	*2,47*	*2,49*	*2,64*	*2,76*	*3,14*
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4 179	4 173	4 344	4 997	6 653	*0,41*	*0,37*	*0,37*	*0,29*	*0,40*
	Nachrichtlich: **Bruttosozialprodukt**	1 030 300	1 123 800	1 193 300	1 278 000	1 673 000	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

Das Zahlenmaterial wurde in allen Institutionen nach einheitlichen Gesichtspunkten dargestellt; aus diesem Grunde ergeben sich gegenüber der amtlichen Statistik Abweichungen. Bei der Summenbildung heben sich Zahlungen der Institutionen untereinander gegenseitig auf.

Grafik 12

Sozialbudget 1977 nach Institutionen



teil am Sozialbudget. Dagegen nehmen die Leistungen der Vermögensbildung absolut und relativ ab. Ausbildungsförderung, Wohngeld und öffentlicher Gesundheitsdienst nehmen ungefähr im gleichen Maße wie das gesamte Budget zu. Insgesamt beträgt der Anteil der „Sozialen Hilfen und Dienste" rd. fünf Prozent des Sozialbudgets.

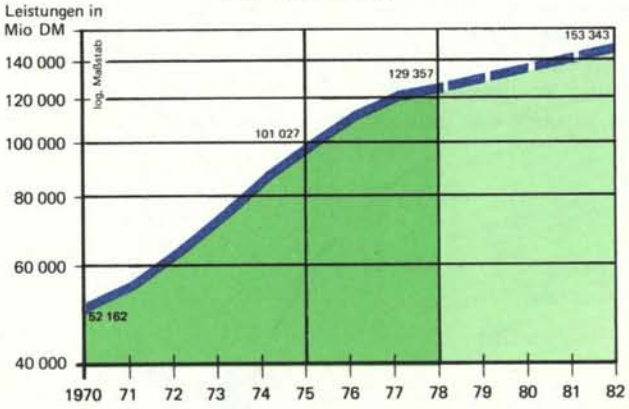
87. Stärker als der Durchschnitt der direkten Leistungen entwickeln sich bis 1982 die Institutionen, die Leistungen in Form von Steuer- oder Zinsermäßigungen gewähren, insbesondere die Steuervergünstigungen. Der Anteil dieser indirekten Leistungen am Sozialbudget steigt von rund neun auf elfeinhalb Prozent.

Rentenversicherung

Hierzu: Teil A, Nr. 46 bis 84
Anhang III-101, III-1011 bis III-1013, IV-13 und 14

Grafik 13

Rentenversicherung
1970 bis 1982
in Millionen DM



88. Unter „Rentenversicherung" wird im Sozialbudget die Rentenversicherung der Arbeiter, die Angestelltenversicherung und die knappschaftliche Rentenversicherung zusammengefaßt. Leistungen und Finanzierung dieser drei Zweige werden nach den besonderen Teilen des Sozialgesetzbuches (Viertes Buch der Reichsversicherungsordnung, Angestelltenversicherungsgesetz und Reichsknappschaftsgesetz) und den zu diesen Gesetzen erlassenen Rechtsvorschriften nach dem Rechtsstand vom 1. Januar 1978 dargestellt. Über den Rechtsstand vom 1. Januar 1978 hinaus wird auch der Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes berücksichtigt.

89. Die Rentenversicherung ist die größte Einheit im Sozialbudget. Nach Ausschaltung der Verrechnungen der einzelnen Zweige untereinander (Übersicht 22) ergibt sich, daß 1977 fast 125 Milliarden DM umverteilt wurden, das sind rund 33 Prozent aller im Sozialbudget beschriebenen Leistungen, und fast zehn Prozent des Bruttosozialprodukts.

90. Dem Sozialbudget liegen für die Rentenversicherung folgende Daten und Annahmen zugrunde:

— bis einschließlich 1976 die veröffentlichten endgültigen Rechnungsergebnisse,

— für 1977 vorläufige Ergebnisse,

— für 1978 und 1982 Vorausberechnungen entsprechend dem Rentenanpassungsbericht 1978 (Drucksache 8/1615).

91. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung wird in wesentlichem Umfang durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz mitbestimmt, insbesondere durch folgende Vorschriften:

20. Rentenanpassungsgesetz

— Anhebung der Renten zum 1. Juli 1977 um 9,9 Prozent,

— Begrenzung des Zuschusses zur Krankenversicherung der Rentner auf elf Prozent der Rentenausgaben,

— Versicherungspflicht der Bezieher von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz,

— teilweiser Übergang der beruflichen Rehabilitation auf die Bundesanstalt für Arbeit,

— Herabsetzung der Rücklagen,

— keine weitere Erhöhung der Kinderzuschüsse,

— Erhöhung des Mindestbeitrages für die freiwillige Versicherung.

Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes

— Anhebung der Renten zum 1. Januar 1979 um 4,5 Prozent, zum 1. Januar 1980 und 1. Januar 1981 um je vier Prozent,

— Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner und individuelle Beitragspflicht der Rentner ab 1982,

— regelmäßige Entrichtung freiwilliger Beiträge als Voraussetzung für dynamische Renten,

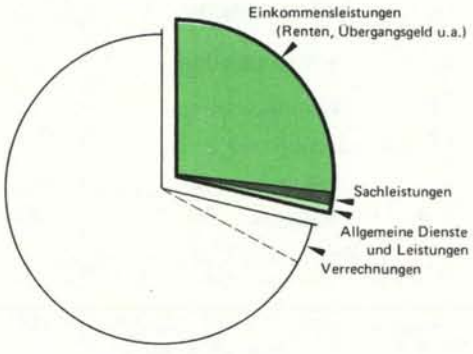
— Erhöhung der Beiträge um einen halben Prozentpunkt ab 1981.

Für den Fall unvorhergesehener erheblicher Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung ist eine mit den Rentenanpassungen verbundene, befristete Risikoabsicherungsklausel vorgesehen.

92. Unter diesen Voraussetzungen wird die aus Betriebsmitteln und der Rücklage bestehende Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und in der Angestelltenversicherung zum Jahresende 1982 auf insgesamt rund 1,8 Monatsausgaben geschätzt.

Grafik 14

Rentenversicherung
Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



Versicherte und Leistungsempfänger

93. Die Zahl der Versicherten in der Rentenversicherung belief sich 1976 auf insgesamt 26,1 Millionen Personen. Darunter waren 20,6 Millionen versicherungspflichtige Beschäftigte.

94. Im Jahre 1977 wurden rd. zwölf Millionen Renten gezahlt. Auf die einzelnen Rentenarten verteilen sie sich wie folgt:

— Renten wegen Berufsunfähigkeit 313 000
— Renten wegen Erwerbsunfähigkeit 1 537 000
— Altersruhegeld 5 866 000
— Witwen- und Witwerrenten 3 743 000
— Waisenrenten ..... 534 000.

Leistungen

95. Unter den Leistungen der Rentenversicherung nehmen die Einkommensleistungen, das sind Renten und Geldleistungen für Gesundheitsmaßnahmen, mit 83 Prozent (1977) den weitaus größten Raum ein. Die Ausgaben für Renten folgen der wirtschaftlichen Entwicklung; das gilt grundsätzlich auch für die Anpassungen der Jahre 1979, 1980 und 1981, die mit 4,5 und zweimal vier Prozent eher auf eine Harmonisierung der Einkommenszuwächse bei Rentnern und Arbeitnehmern hinwirken werden. Die verringerten Anpassungssätze tragen dem verlangsamten Wirtschaftswachstum Rechnung. Für 1982 ist eine Anpassung vorgesehen, die nach den derzeitigen Annahmen über die Entgeltentwicklung 5,9 Prozent betra-

Übersicht 20

Rentenversicherung

Leistungen in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Gesundheitsmaßnahmen	4 096	4 053	3 925	4 209	4 911
Rentenleistungen insgesamt	80 737	91 435	102 390	108 522	142 406
davon: wegen Berufsunfähigkeit	1 631	1 738	1 825	1 919	2 416
wegen Erwerbsunfähigkeit	7 676	8 770	9 955	10 541	13 867
wegen Alter	47 632	54 134	60 781	64 464	84 780
an Witwen/Witwer	22 414	25 227	28 151	29 821	39 009
an Waisen	1 384	1 566	1 678	1 777	2 334
Knappschaftsausgleichsleistung	124	176	241	271	361
Krankenversicherung der Rentner	13 852	16 322	15 415	13 384	2 416 [1]
Beitragserstattungen	170	384	541	539	329
Verwaltung/Verfahren	2 295	2 338	2 375	2 530	3 234
Übrige Ausgaben	15	457 [2]	441 [2]	441 [2]	15
Ausgaben insgesamt	101 289	115 165	125 328	129 896	153 672
abzüglich	262	493	647	539	329
davon: Beitragserstattungen	170	384	541	539	329
Rentenrückflüsse	92	109	106	.	.
Leistungen Sozialbudget	**101 027**	**114 672**	**124 681**	**129 357**	**153 343**
davon: Einkommensleistungen	81 230	92 501	103 341	109 657	143 036
Sachleistungen	3 782	3 597	3 676	3 862	3 820
Allgemeine Dienste und Leistungen	1 828	1 898	1 872	1 977	2 563
Verrechnungen	14 187	16 676	15 792	13 861	3 924

[1] entsprechend dem Entwurf des 21. RAG nur noch Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung
[2] insbesondere Ausgaben aufgrund des deutsch-polnischen Abkommens vom 9. Oktober 1975 (1976: 436 Millionen DM, 1977: 426 Millionen DM, 1978: 425 Millionen DM)

gen wird. Einschließlich der zusätzlichen Erhöhung infolge der geplanten Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner errechnet sich für die Zeit von 1977 bis 1982 eine Steigerung pro Rente von insgesamt knapp 33 Prozent. Für die Einkommensleistungen der Rentenversicherung wurde von 1977 auf 1982 eine Steigerung um 38,4 Prozent angenommen; die Differenz erklärt sich vor allem aus der steigenden Zahl der Renten.

96. Sachleistungen der Rentenversicherung sind überwiegend medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Es wird geschätzt, daß sie von 1977 auf 1982 um knapp vier Prozent steigen. Aufgrund des 20. Rentenanpassungsgesetzes wurde die berufliche Rehabilitation teilweise auf die Bundesanstalt für Arbeit verlagert.

97. Seit Mitte des Jahres 1977 zahlen die Rentenversicherung der Arbeiter und die Angestelltenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner eine Pauschale in Höhe von elf Prozent der Rentenausgaben an die Krankenkassen. Nach dem Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes soll an deren Stelle ein individueller Krankenversicherungsbeitrag der Rentner treten, der die persönlichen Einkommensverhältnisse jedes Rentners berücksichtigt. Im Sozialbudget werden daher die Rentenausgaben ab 1982 um die bisherige pauschale Zahlung heraufgesetzt. Für die Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner in der knappschaftlichen Rentenversicherung wurde zunächst noch unterstellt, daß das derzeitige Verfahren auch 1982 gilt.

Übersicht 21

Rentenversicherung

Finanzierung in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Beiträge	79 054	84 549	89 282	95 021	126 377
Vermögenserträge	3 524	2 795	2 473	1 222	988
Bundeszuschüsse	18 768	21 161	23 302	25 323	31 160
Erstattungen aus Bundesmitteln	222	294	373	420	745
And. Erstattungen u. Ersatzleistungen	243	246	215	.	.
Rentenrückflüsse	92	109	106	.	.
Übrige Einnahmen	3	33	28	.	74
Einnahmen insgesamt	101 906	109 187	115 779	121 986	159 344
abzüglich	262	493	647	539	329
davon:					
Beitragserstattungen	170	384	541	539	329
Rentenrückflüsse	92	109	106	.	.
Finanzierung Sozialbudget	**101 644**	**108 694**	**115 132**	**121 447**	**159 015**
davon:					
Beiträge	78 701	83 925	88 499	92 770	121 866
Zuweisungen	19 039	21 484	23 694	25 743	31 555
Sonstige Einnahmen	3 717	3 040	2 691	1 222	988
Verrechnungen	187	245	248	1 712	4 606
Finanzierungssaldo	617	−5 978	−9 549	−7 910	5 672

Finanzierung

98. Die Rentenversicherung wird hauptsächlich durch Beiträge und Bundeszuschüsse finanziert (Übersicht 21). Der Beitragssatz von zur Zeit 18 Prozent des Arbeitentgelts (23,5 Prozent in der knappschaftlichen Rentenversicherung) soll nach dem Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes ab 1. Januar 1981 um einen halben Prozentpunkt steigen. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt ab 1. Juli 1978 Beiträge zur Rentenversicherung für Personen, die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten; im Jahre 1982 belaufen sich diese Beiträge voraussichtlich auf rund vier Milliarden DM. Einschließlich dieser Maßnahme wird das Gesamtbeitragsaufkommen im Vorausberechnungszeitraum um 41,5 Prozent anwachsen. Bei dem unter der Rubrik „Übrige Einnahmen" 1982 ausgewiesenen Betrag von 74 Millionen DM handelt es sich um Erstattungsbeträge, die aufgrund des 21. Rentenanpassungsgesetzes von der Unfallversicherung beim Zusammentreffen von Waisenrenten aus Unfall- und Rentenversicherung erstattet werden müssen.

Übersicht 22

Renten

Verrechnungen der Zweige der gesetzlichen

in

Einnahmen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter				
	1975	1976	1977	1978	1982
Rentenversicherung der Arbeiter					
Ersatz für Rentenzahlungen					
Rücklagenausgleich					
Wanderversicherungsausgleich					
Wanderungsausgleich					
Beteiligung an der knappschaftl. Krankenvers. der Rentner					
Rentenversicherung der Angestellten					
Finanzausgleich	10 045	13 222	13 312	11 779	6 370
Wanderversicherungsausgleich	—	—	—	—	—
Wanderungsausgleich	—	—	—	—	—
Beteiligung an der knappschaftl. Krankenvers. der Rentner	—	—	—	—	—
Knappschaftliche Rentenversicherung					
Wanderversicherungsausgleich	199	222	235	247	294
insgesamt ...	**10 244**	**13 444**	**13 547**	**12 026**	**6 664**

Krankenversicherung

Hierzu: Teil A Nr. 85 bis 119
Anhang III — 103

99. Die gesetzliche Krankenversicherung [1]) ist neben der Rentenversicherung der größte und bedeutendste Zweig im System sozialer Sicherung der Bundesrepublik Deutschland. Über 90 Prozent der Bevölkerung werden durch sie bei Krankheit und Mutterschaft geschützt. Mehr als 70 Mrd. DM, fast sechs Prozent des Bruttosozialprodukts, wurden 1977 dafür verwandt.

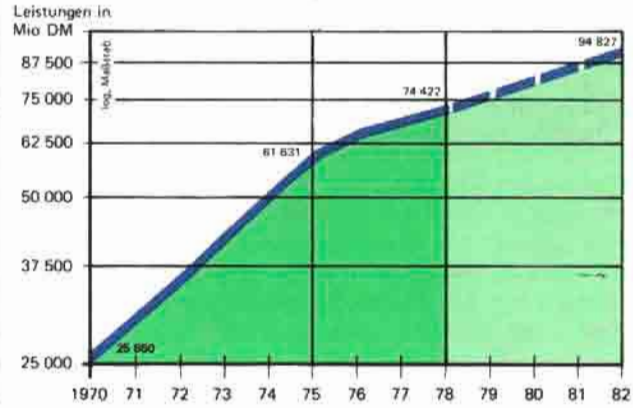
Mitglieder

100. Die Entwicklung der Leistungen und der Finanzierung in der Krankenversicherung wurde

[1]) Beschrieben werden neben der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Zweiten Buch der RVO die Leistungen des Bundes nach dem Mutterschutzgesetz.

Grafik 15

Krankenversicherung
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 22

versicherung

Rentenversicherung untereinander

Millionen DM

Rentenversicherung der Angestellten					Knappschaftliche Rentenversicherung					Insgesamt				
1975	1976	1977	1978	1982	1975	1976	1977	1978	1982	1975	1976	1977	1978	1982
758	766	376	—	—	—	—	—	—	—	758	766	376	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	1 370	1 525	1 695	1 778	2 122	1 370	1 525	1 695	1 778	2 122
—	—	—	—	—	335	295	276	5	8	335	295	276	5	8
—	—	—	—	—	333	362	380	403	548	333	362	380	403	548
					—	—	—	—	—	10 045	13 222	13 312	11 779	6 370
					388	433	480	504	601	388	433	480	504	601
					64	56	53	1	1	64	56	53	1	1
					64	69	72	77	104	64	69	72	77	104
44	50	55	58	69						243	272	290	305	363
802	**816**	**431**	**58**	**69**	**2 554**	**2 740**	**2 956**	**2 768**	**3 384**	**13 600**	**17 000**	**16 934**	**14 852**	**10 117**

und wird bestimmt durch gesetzliche Regelungen, wirtschaftliche Einflüsse, Verhaltensweisen der Beteiligten, insbesondere der Versicherten und Leistungsanbieter, durch Maßnahmen der Sozialversicherungsträger sowie kurz- und längerwirkende Änderungen der Morbidität. Ein Teil des Wachstums geht auf Änderungen des Mitgliederbestandes zurück; in den letzten Jahren ist besonders die Zahl der versicherten Rentner gestiegen. Während die Zahl der pflicht- und freiwillig versicherten Mitglieder von 1970 bis 1975 um gut sieben Prozent zunahm, stieg die Zahl der Rentner um fast 20 Prozent. In der Zeit bis 1982 wird sich der Bestand an Pflichtmitgliedern nur noch langsam weiter erhöhen. Eine gewisse Verschiebung von mitversicherten Familienangehörigen zu versicherungspflichtigen Mitgliedern hat das Kostendämpfungsgesetz verursacht (Teil A Nr. 109); im übrigen rührt die Zunahme an Pflichtmitgliedern in der Zeit bis 1982 aus dem Hineinwachsen geburtenstarker Jahrgänge ins Berufsleben. Da es sich in beiden Fällen nur um eine Umschichtung innerhalb des Kreises der geschützten Personen handelt, wird die Zunahme der Mitgliederzahl nicht zu einer Ausweitung der Leistungen führen.

101. Im Jahre 1977 hat sich die Zahl der Pflichtmitglieder um fast 150 000 erhöht, während die Zahl der freiwilligen Mitglieder um rd. 80 000 zurückgegangen ist. Bei der Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß

- einerseits zum 1. Januar 1977 die Beitragsbemessungsgrenze heraufgesetzt wurde und dadurch eine Reihe freiwilliger Mitglieder zu pflichtversicherten Mitgliedern wurde und daß freiwillige Mitglieder aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgetreten sind;
- andererseits sich wegen der Neuregelung der Familienhilfe im Kostendämpfungsgesetz ab 1. Juli 1977 die Zahl der freiwilligen Mitglieder erhöht hat.

Die Zahl der versicherten Rentner wird 1982 voraussichtlich um rund zehn Prozent über der von 1977 liegen. Insgesamt ist davon auszugehen, daß die Krankenversicherung 1982 etwa 35,7 Millionen Mitglieder haben wird.

Übersicht 23

Krankenversicherung

Mitglieder 1970 bis 1982 in Tausend

Jahresdurchschnitt

	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder insgesamt	30 646	33 493	33 582	33 833	34 300	34 600	34 920	35 240	35 650
1970 = 100	*100*	*109*	*110*	*110*	*112*	*113*	*114*	*115*	*116*
Pflichtmitglieder	17 839	19 137	19 300	19 447	19 700	19 800	19 900	20 000	20 100
1970 = 100	*100*	*107*	*108*	*109*	*110*	*111*	*112*	*112*	*113*
Rentner	8 009	9 632	9 850	10 037	10 200	10 380	10 570	10 760	10 950
1970 = 100	*100*	*120*	*123*	*125*	*127*	*130*	*132*	*134*	*137*
Freiwillige Mitglieder	4 798	4 724	4 432	4 349	4 400	4 420	4 450	4 480	4 500
1970 = 100	*100*	*98*	*92*	*90*	*92*	*92*	*93*	*93*	*94*

Kostendämpfung

102. Hohe Wachstumsraten der Ausgaben der Krankenversicherung lassen sich seit den fünfziger Jahren beobachten (Übersicht 24). Ausnahmen bilden nur die Jahre wirtschaftlicher Stagnation und das Jahr 1970, in dem ein großer Teil der Geldleistungen wegfiel, weil auch für Arbeiter die Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber während der ersten sechs Wochen der Krankheit eingeführt wurde. In den Jahren 1973 und 1974 war die Zunahme mit je fast zwanzig Prozent besonders hoch. 1975 nahmen die Leistungsausgaben erstmals in einigen Bereichen schwächer zu, jedoch wurde diese Wendung zunächst durch Sonderbewegungen, zum Beispiel der Ausgaben für Zahnersatz, verdeckt (vgl. Sozialbudget 1976). Im Jahre 1976 sank dann die Wachstumsrate auf neun und 1977 auf viereinhalb Prozent. Für die kommenden Jahre wird mit einer jährlichen Zunahme, die etwa der der Lohnrate entspricht, gerechnet.

Übersicht 24

Krankenversicherung
Wachstum in Prozent 1955 bis 1982

Zeitraum	Durchschnittliches Wachstum in Prozent
1956 bis 1960	15½
1961 bis 1965	10½
1966 bis 1970	10
1971 bis 1975	19½
1976 bis 1982	6

103. Die künftige Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben der Krankenversicherung wird durch das Kostendämpfungsgesetz wesentlich mitbestimmt, insbesondere durch folgende Vorschriften:

— Die Vergütungen für Ärzte und Zahnärzte sollen sich künftig auch an gesamtwirtschaftlichen Kriterien, vor allem an der Entwicklung der Löhne und Gehälter der versicherten Arbeitnehmer (Grundlohnsumme der Krankenkassen), orientieren.

— Zwischen den Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen wird ein Höchstbetrag für die Aufwendungen für Arzneimittelverordnungen vereinbart.

— Die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Kassenärztlichen Bundesvereinigungen geben jährlich gemeinsam eine Empfehlung über die angemessene Veränderung der Gesamtvergütungen und der Arzneimittelhöchstbeträge ab, es sei denn, die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat eine entsprechende Empfehlung abgegeben.

— Ein einheitlicher Bewertungsmaßstab für die ärztlichen und die zahnärztlichen Leistungen soll die Überbewertung der medizinisch-technischen Leistungen gegenüber den persönlichen Leistungen des Arztes ausschließen.

— Die ambulante und stationäre Behandlung werden stärker miteinander verzahnt.

— Auch die Versicherten tragen zur Kostendämpfung bei, zum Beispiel durch Beteiligung an den Arzneikosten in Höhe von einer Mark je verordnetem Mittel; Zuschüsse für Zahnersatz werden auf 80 Prozent der Kosten begrenzt; die beitragsfreie Familienhilfe wird auf Familienangehörige beschränkt, die kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen haben.

104. Das Kostendämpfungsgesetz hat der beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gebildeten konzertierten Aktion im Gesundheitswesen den Auftrag erteilt, zu Beginn jedes Jahres u. a. auch wirtschaftliche Orientierungsdaten für die gesetzliche Krankenversicherung zu entwickeln und im Kreise der Beteiligten abzustimmen. Die konzertierte Aktion hat hierzu jährlich bis zum 31. März Empfehlungen insbesondere über die angemessene Veränderung der Gesamtvergütungen und der Arzneimittelhöchstbeträge abzugeben. Die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat diesen gesetzlichen Auftrag für das Jahr 1978 erfüllt. In ihrer Sitzung am 17. März 1978 hat sie Empfehlungen zu allen wesentlichen Ausgabenbereichen der gesetzlichen Krankenversicherung einschließlich der Ausgaben für Krankenhauspflege abgegeben. Auch in den kommenden Jahren wird die Ausgabenentwicklung maßgeblich durch die Empfehlungen der konzertierten Aktion beziehungsweise durch Bundesempfehlungen der Spitzenverbände der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigungen beeinflußt werden.

105. Bei den Berechnungen zum Sozialbudget mußten die Auswirkungen, die die Empfehlungen der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen in den einzelnen Jahren haben werden, offen bleiben. Auf eine Aufgliederung nach Leistungsbereichen wurde deshalb verzichtet. Aus technischen Gründen konnten die Empfehlungen auch für das Jahr 1978 nicht mehr berücksichtigt werden. Die im Sozialbudget dargestellte Höhe der Gesamtausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung bis 1982 ist abgeleitet aus der erwarteten Lohnrate. Sie bezeichnet eine Obergrenze; die tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1978 und in den Folgejahren können niedriger sein.

Leistungen

106. Die Ausgaben der Krankenkassen für die ambulante Behandlung durch Ärzte sind vor 1975 relativ stark gestiegen. Im Durchschnitt nahmen sie seit 1970 um 16 Prozent jährlich zu. Im Jahre 1976 hat sich dann die Zunahme auf rund sechs Prozent vermindert. Im Jahre 1977 lag das Ausgabenwachstum bei rund vier Prozent. Für die Zukunft kann davon

Übersicht 25

Krankenversicherung

Leistungen in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Krankenversicherung					
Ärztliche Behandlung	11 259	11 923	12 484		
Zahnärztliche Behandlung	4 129	4 297	4 580		
Behandlung durch sonstige Heilpersonen	22	29	36		
Apotheken	8 901	9 642	9 738		
Sonstige Heil- und Hilfsmittel	2 582	3 054	3 338		
Zahnersatz	4 180	5 312	5 377		
Stationäre Behandlung	17 534	19 255	20 421		
Krankengeld	4 664	4 733	4 874		
Sonstige Krankenhilfe	734	719	758		
Vertrauensärztlicher Dienst	201	213	217		
Genesendenfürsorge	50	51	53		
Vorbeugung und Verhütung	1 059	921	941		
Sonstige Hilfen	—	58	158		
Ergänzende Leistungen (Rehabilitation)	67	82	81		
Mutterschaft	1 689	1 774	1 781		
Betriebs- und Haushaltshilfe	79	78	81		
Sterbegeld	1 023	1 093	1 126		
Zahlungen ins Ausland	—	353	387		
Sach- und Geldleistungen	**58 170**	**63 588**	**66 431**	**70 253**	**89 183**
Sonstige Ausgaben	2 819	2 976	3 185	3 329	4 614
Zusätzliche Verwaltungskosten	594	669	717	783	965
Leistungen insgesamt	61 583	67 233	70 333	74 365	94 762
Auftragsgeschäfte					
Heimkehrer	1	2	2	2	2
Mutterschutz	15	15	15	15	15
Leistungen für ausländische Träger	32	35	38	40	48
Leistungen Sozialbudget	**61 631**	**62 785**	**70 388**	**74 422**	**94 827**
davon:					
Einkommensleistungen	5 459	5 525	5 643	5 912	7 409
Sachleistungen	52 455	57 786	60 511	64 050	81 400
Allgemeine Dienste und Leistungen	3 208	2 404	3 649	3 845	5 275
Verrechnungen	509	570	585	615	743

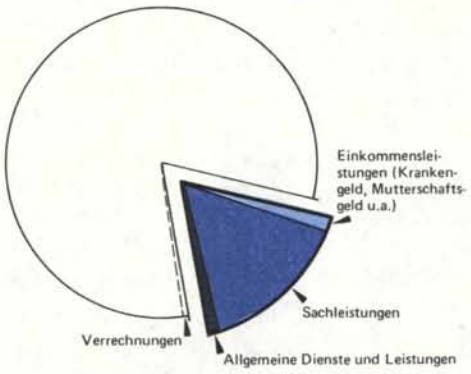
ausgegangen werden, daß sich die Entwicklung der Vergütung für ärztliche Leistungen als Folge der Regelungen des Kostendämpfungsgesetzes der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen wird.

107. Auf die Ausgaben der Krankenkassen für Behandlung durch Zahnärzte wirkten sich die Aufwendungen für kieferorthopädische Behandlung und Zahnprothetik im Vergleich zu anderen Leistungspositionen bis 1975 stark ausgabesteigernd aus. In den hierzu abgeschlossenen Verträgen wurden auch die Vergütungssätze der Zahnärzte angehoben. In den Jahren 1976 und 1977 war die Zunahme geringer. Auch im zahnärztlichen Bereich wird das Kostendämpfungsgesetz wirksam, so daß sich die Vergütungen für zahnärztliche Leistungen der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen werden.

Grafik 16

Krankenversicherung

Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



108. Die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneien, Verband-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken sind über mehrere Jahre mit konstant hohen Raten gestiegen: knapp 15 Prozent bei den Mitgliedern und knapp 20 Prozent bei den Rentnern. Seit 1975 fallen die Wachstumsraten. Sie betrugen 1977 nur noch rund ein Prozent. Die geschilderte Entwicklung wird durch die Wirkungen des Kostendämpfungsgesetzes weiter gestützt:

— Es werden Arzneimittelhöchstbeträge vereinbart, über die hinaus die Ausgaben der Kassen für Arzneimittel nicht steigen sollen.

— An den Kosten jedes Arzneimittels wird der Versicherte mit einer Mark beteiligt; dabei gelten bestimmte Befreiungen, zum Beispiel für mitversicherte Kinder, werdende Mütter, Kriegsbeschädigte und Härtefälle.

— Arzneimittel, die ihrer allgemeinen Anwendung nach bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden, dürfen nicht mehr zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden. Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen wird Richtlinien dazu beschließen.

— Die Information der Ärzte über wirtschaftliche und therapiegerechte Verordnung von Arzneimitteln wird verbessert.

109. Bei den Ausgaben der Krankenkassen für Heil- und Hilfsmittel von anderen Stellen handelt es sich um Ausgaben, die überwiegend an Optiker, ferner an Orthopäden, Bandagisten, Badeanstalten, Masseure, Heilgymnasten gehen. In der Zeit vor 1975 lagen die Wachstumsraten in diesem Bereich bei 30 bis 40 Prozent jährlich, so daß sich die Ausgaben von 1970 bis 1975 mehr als verdreifacht haben. Seit 1975 sinken auch hier die Wachstumsraten, und zwar zunächst auf rund zehn Prozent im Jahre 1977. Es ist damit zu rechnen, daß die sinkende Tendenz anhält, so daß sich auch diese Ausgabenposition im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung halten wird.

110. Die Ausgaben der Krankenkassen für Zahnersatz haben sich von 1970 bis 1976 in einer sprunghaften Entwicklung mehr als versechsfacht. Allein im Jahre 1975 sind sie von rund zwei (1974) auf rund vier Mrd. DM gestiegen. Ursächlich waren Entscheidungen des Bundessozialgerichts, durch die festgestellt wurde, daß die Versorgung mit Zahnersatz zur kassenzahnärztlichen Versorgung gehört und deshalb in die Gesamtverträge einzubeziehen ist. Diese vertraglichen Regelungen sind 1975 voll wirksam geworden. Das Ausmaß der Inanspruchnahme dieser Leistungen und der damit verbundenen erheblichen Ausgabensteigerungen hat die Kassen veranlaßt bestehende Satzungsregelungen einzuschränken. Das Kostendämpfungsgesetz bestimmt, daß Zuschüsse zum Zahnersatz generell auf 80 Prozent zu begrenzen sind und daß mit den Zahntechnikerinnungen Verträge über die Preise der Laborleistungen abzuschließen sind.

111. Die Ausgaben der Krankenkassen für Krankenhauspflege sind von 1970 bis 1977 von sechs auf über 20 Mrd. DM gestiegen. Der Ausbau der medizinischen Technik und der Personalstruktur haben zu hohen Kosten- und Leistungssteigerungen geführt. Zwar sind die in den Jahren 1973 und 1974 bei 20 bis 35 Prozent liegenden Zuwachsraten im Jahre 1975 auf 15 Prozent, im Jahre 1976 auf rund zehn Prozent und im Jahre 1977 auf rund sechs Prozent zurückgegangen, dennoch lagen auch die jüngsten Zuwachsraten noch über dem Durchschnittswachstum aller Leistungsausgaben. Zum Zwecke einer dauerhaften Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung wird auch der Krankenhaussektor — mit rund dreißig Prozent der Gesamtausgaben der größte Ausgabenblock — in die Maßnahmen der Kostendämpfung einbezogen werden. Zur Normalisierung der Ausgabenentwicklung für Krankenhaus-

pflege wird insbesondere die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes beitragen.

112. Seit 1970 wird Krankengeld vorwiegend für Arbeitsunfähigkeitsfälle gezahlt, die länger als sechs Wochen dauern. Die Entwicklung der Ausgaben für Krankengeld ist seitdem uneinheitlich und steht in keinem festen Zusammenhang mit der Lohnentwicklung mehr; bis 1975 lagen die Steigerungsraten über, 1976 und 1977 unter der Lohnrate. Zum Teil läßt sich das damit erklären, daß für Arbeitslose Krankengeld ab erstem Krankheitstag gezahlt wird, so daß bei zunehmender Arbeitslosigkeit die Ausgaben für Krankengeld schneller, bei abnehmender langsamer steigen als die Durchschnittslöhne.

113. Die Zahl der Geburten in der Bundesrepublik Deutschland ist seit 1970 von rd. 810 000 bis 1976 auf rd. 600 000 zurückgegangen. Diese Rückläufigkeit drückt sich insbesondere in der Entwicklung der Barleistungen der Mutterschaftshilfe aus, die von 1971 bis 1976 kaum zugenommen haben. Bei den Sachleistungen spiegelt sich die Situation der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen trotz rück-

Übersicht 26

Krankenversicherung

Finanzierung in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Beiträge	**58 162**	**67 499**	**70 477**	**71 623**	**91 645**
davon:					
für Versicherungspflichtige	32 433	37 880	41 409	43 737	56 331
für Arbeitslose	2 295	2 254	2 064	2 250	2 724
für Rentner	13 210	15 607	14 702	12 680	16 118
von Versicherungsberechtigten	10 224	11 758	12 302	12 956	16 472
Leistungserstattungen	**2 023**	**2 085**	**2 261**	**2 303**	**2 742**
darunter:					
Rentenbezug	403	418	440	472	621
Ersatzansprüche	352	395	400	400	400
Versorgungsleiden	193	204	205	230	290
Mutterschutz	122	120	120	120	120
Arbeitsunfall	121	125	131	139	181
Krankenversicherung der Landwirte	619	655	740	760	769
Verwaltungskostenerstattungen [1]	**639**	**688**	**717**	**780**	**965**
Vermögenserträge und übrige Einnahmen	**511**	**601**	**680**	**783**	**938**
Summe	61 335	70 873	74 135	75 489	96 290
zuzüglich [2]	48	52	55	57	65
Finanzierung Sozialbudget	**61 383**	**70 925**	**74 190**	**75 546**	**96 355**
davon:					
Beiträge	42 565	49 521	53 566	56 544	86 305
Zuweisungen	1 212	1 220	1 380	1 369	1 630
Übrige Einnahmen	925	1 047	1 150	1 254	1 417
Verrechnungen	16 681	19 137	18 094	16 379	7 003
Finanzierungssaldo	−248	+3 640	+3 802	+1 124	+1 528

[1]) einschließlich geschätzter Verwaltungskosten der Betriebskrankenkassen

[2]) Auftragsgeschäfte der Krankenversicherung (Heimkehrerversorgung, Mutterschutzleistungen des Bundes und Leistungen für ausländische Träger).

läufiger Fallzahl wider, insbesondere haben die Kosten der Anstaltentbindungen in einigen Jahren beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Geburten wird in den kommenden Jahren relativ konstant bleiben, bestenfalls leicht steigen. Zwar wird die Zahl der Frauen im heiratsfähigen Alter zunehmen, jedoch muß mit einem gewissen Ausgleich infolge des veränderten generativen Verhaltens gerechnet werden. Das bedeutet für die Krankenversicherung, daß sich in den Sachleistungen die allgemeine Kostenentwicklung ausdrücken wird. Die Vorsorgeleistungen werden wahrscheinlich auch von der Inanspruchnahme her weiter steigen. Die Geldleistungen werden dagegen unverändert bleiben, weil bei konstanter Zahl der Fälle und einer Obergrenze des Mutterschaftsgeldes von 25 Mark pro Tag auch die Lohnentwicklung kaum noch ausgabesteigernd wirkt.

114. Die Ausgaben der Krankenkassen für Sterbegeld werden durch das Entgeltniveau und die Sterblichkeit bestimmt. Entsprechend folgt die Zunahme der Sterbegelder dem Wachstum der Löhne und Gehälter und variiert mit der Zu- oder Abnahme der Zahl der Sterbefälle. 1975 nahmen die Sterbefälle zu, 1976 und 1977 nahmen sie leicht ab. Diese Schwankungen drücken sich in den Ausgaben der Krankenkassen für Sterbegelder sehr deutlich aus.

115. Die übrigen Leistungen der Krankenversicherung fallen finanziell weniger ins Gewicht. Sie machen (ohne Verwaltungsausgaben) weniger als zehn Prozent der Gesamtsumme aus. Bemerkenswert sind hohe Steigerungsraten bei sonstigen Heilpersonen und stagnierende Entwicklungen bei der Genesendenfürsorge und der Vorbeugung und Verhütung.

Finanzierung

116. Die Krankenversicherung wird zu rd. 95 Prozent durch Beiträge der Versicherten, durch Arbeitgeberbeiträge und durch Beiträge für Rentner finanziert. Der Anteil der Beiträge für Rentner lag 1970 noch bei 18,5 Prozent der Gesamteinnahmen. Infolge der Besonderheiten der Beitragsentrichtung von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung stieg dieser Anteil bis 1976 auf 22 Prozent, in absoluten Zahlen ausgedrückt: von fünf (1970) auf über fünfzehn Mrd. DM (1976). Er wird nach der Neuregelung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner durch das Kostendämpfungsgesetz ab Juli 1977 zunächst leicht zurückgehen und in den nächsten Jahren mit rd. 17 Prozent zur Finanzierung der Krankenversicherung beitragen. Ab 1982 sollen die Verechnungen von der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestelltenversicherung wegfallen und an deren Stelle ein die individuellen Einkommensverhältnisse berücksichtigender Beitrag der Rentner an die Krankenkasse treten. Dieser Beitrag soll auch von anderen, der Rente vergleichbaren Einnahmen erhoben werden, zum Beispiel der Zusatzversorgung.

117. Es wurde angenommen, daß der Beitragssatz von 11,4 Prozent der Arbeitsentgelte, den die Versicherten mit Lohnfortzahlungsanspruch 1977 durchschnittlich zahlten, bis 1982 tendenziell stabil bleibt. Die Mehrbelastungen aufgrund der Neuregelung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner durch das Kostendämpfungsgesetz kann zu einem beachtlichen Teil aus den Einnahmen der Krankenkassen aufgefangen werden. Allgemeine Beitragssatzsteigerungen sind daher zur Zeit nicht zu erwarten. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß einzelne Krankenkassen aufgrund besonderer Verhältnisse ihre Beitragssätze erhöhen müssen. Im Jahre 1978 wirkt sich die Änderung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner bei den Krankenkassen erstmals für ein volles Jahr aus. Ferner entstehen Beitragsmindereinnahmen bei den Krankenkassen dadurch, daß in diesem Jahre eine Rentenanpassung nicht erfolgt. Diese Belastungen werden zu einem beachtlichen Teil durch die Einnahmesituation der Krankenkassen und durch die Einsparungen des Kostendämpfungsgesetzes aufgefangen. Weil das Beitragssatzniveau bis Ende 1976 einen relativ hohen Stand erreicht hatte, kann bei anhaltender Abflachung der Kostenentwicklung bis 1982 ein rechnerischer Überhang der Einnahmen über die Ausgaben entstehen, der für Rücklagezwecke zur Verfügung steht.

Übersicht 27

Krankenversicherung

Durchschnittliche Beitragssätze in Prozent des Grundlohnes, Beitragsbemessungsgrenze (jeweils Juli)

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Pflichtmitglieder						
a) mit Anspruch	*8,2*	*10,5*	*11,3*	*11,4*	*11,4*	*11,4*
b) ohne Anspruch auf Entgeltfortzahlung ..	*10,9*	*13,8*	*14,8*	*14,9*	*14,9*	
Beitragsbemessungsgrenze in DM/Monat	1 200	2 100	2 325	2 550	2 775	3 600

Unfallversicherung

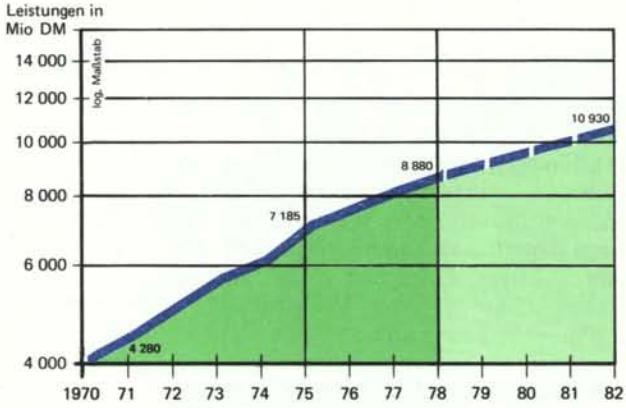
Hierzu: Teil A, Nr. 125
Anhang III—104

118. Den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung obliegt es, Unfälle und Berufskrankheiten zu verhüten, nach eingetretenen Unfällen gesundheitliche Schädigungen und wirtschaftliche Folgen zu beheben oder zu mildern. Zuständig für die Durchführung des Unfallversicherungsschutzes sind die Berufsgenossenschaften (gewerbliche, landwirtschaftliche), der Bund, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Bundesanstalt für Arbeit sowie besondere Träger für die Unternehmen der Feuerwehren (Feuerwehr-Unfallversicherungskassen).

119. Die Zahl der Personen, die von der gesetzlichen Unfallversicherung geschützt werden, ist schwer zu ermitteln. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Arbeitnehmer, auf Personen bei bestimmten Tätigkeiten (z. B. Wahrnehmung von Ehrenämtern, Erfüllung der Meldepflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz), auf nicht berufstätige Personen (z. B. Schüler, Kinder in Kindergärten), schließlich auch auf Angehörige im Falle des Todes des direkt Geschützten. Insgesamt dürften rd. 20 Millionen Arbeitnehmer, drei Millionen Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie weitere 15 Millionen Studenten, Schüler und Kinder in Kindergärten geschützt sein.

Grafik 17

Unfallversicherung
1970 bis 1982
in Millionen DM



120. Ähnlich schwierig ist es, den Kreis der Leistungsempfänger festzustellen, da das Leistungsangebot sowohl Arztbesuch als auch Krankenhausaufenthalt und Rentenzahlung umfaßt. Die Zahl der angezeigten meldepflichtigen Unfälle und Berufskrankheiten vermittelt eine Vorstellung über die Belastung der Unfallversicherung. Diese Zahl erhöhte sich bis 1973 auf über drei Millionen Anzeigen, sie sank in den beiden folgenden Jahren er-

Übersicht 28

Unfallversicherung

Leistungsfälle in 1 000

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Angezeigte Unfälle								
Arbeitsunfälle	2 392	2 588	2 690	2 739	2 557	2 361	2 494	2 545
Wegeunfälle	255	262	286	308	267	257	278	280
Berufskrankheiten	26	27	30	33	36	38	40	48
Erstmals entschädigte Unfälle [1]								
Arbeitsunfälle	78	77	73	70	69	63	61	61
Wegeunfälle	18	16	15	15	14	14	13	13
Berufskrankheiten	5	5	6	6	6	6	7	8
Renten an								
Verletzte/Erkrankte	798	802	803	804	807	800	799	798
Hinterbliebene	220	220	223	223	222	219	218	215

[1]) mit Rente, Abfindung oder Sterbegeld

Übersicht 29

Unfallversicherung

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Ambulante Heilbehandlung	250	377	402	420	441	558
Zahnersatz	6	10	11	12	12	14
Heilanstaltspflege	261	596	644	677	720	950
Übergangsgeld [1]	441	463	490	507	536	691
Sonstige Heilbehandlungskosten	51	123	136	224	237	183
Berufshilfe	26	175	217	154	164	329
Renten an						
Verletzte	1 710	2 836	3 098	3 322	3 549	4 283
Witwen	709	1 244	1 383	1 480	1 582	1 908
Waisen	143	255	275	294	315	379
Sonstige Berechtigte	3	4	4	4	4	5
Beihilfen/Abfindungen	95	125	136	147	158	209
Sterbegeld	10	13	13	13	14	15
Unfallverhütung	116	232	245	263	280	355
Sonstige Leistungen [2]	5	12	13	10	10	15
Vermögensaufwendungen/ Sonstige Ausgaben	1 186	2 009	2 191	2 316	2 434	2 726
Verwaltungskosten	344	585	614	656	694	866
Verfahrenskosten [3]	55	82	85	89	93	120
Leistungen insgesamt	5 411	9 141	9 957	10 588	11 243	13 606
Absetzungen:						
Darlehen	0	0	0	0	0	0
Beitragsausfälle	174	308	347	375	400	500
Rücklagezuführung	434	624	683	700	725	820
Gemeinsame Last	533	763	835	900	950	1 050
Erstattungen an UV-Träger	0	0	0	0	0	0
Konkursausfallgeld	—	272	285	295	300	320
Zusetzungen:						
Verwaltungskosten der Ausführungsbehörden	7	8	8	9	9	11
Leistungen für ausländische Träger	3	3	3	3	3	3
Leistungen Sozialbudget	**4 280**	**7 185**	**7 818**	**8 330**	**8 880**	**10 930**
davon:						
Einkommenleistungen	3 050	4 888	5 347	5 720	6 116	7 341
Sachleistungen	574	1 116	1 192	1 242	1 317	1 688
Allgemeine Dienste und Leistungen	500	830	861	920	970	1 213
Verrechnungen	156	351	418	448	477	688

[1] 1970: Verletztengeld
[2] Heimunterbringung, Erstattungen, Mehrleistungen
[3] Rechtsverfolgung, Unfalluntersuchung, Rentenauszahlung, Beitragseinzug

heblich, und stieg 1976 und 1977 wieder. Die Zunahme ist in erster Linie auf die Schülerunfallversicherung zurückzuführen. In diesem Bereich stiegen die Anzeigen von 290 000 im Jahre 1971 auf rd. 825 000 im Jahre 1976. Die Übersicht 28 enthält weitere wichtige statistische Daten.

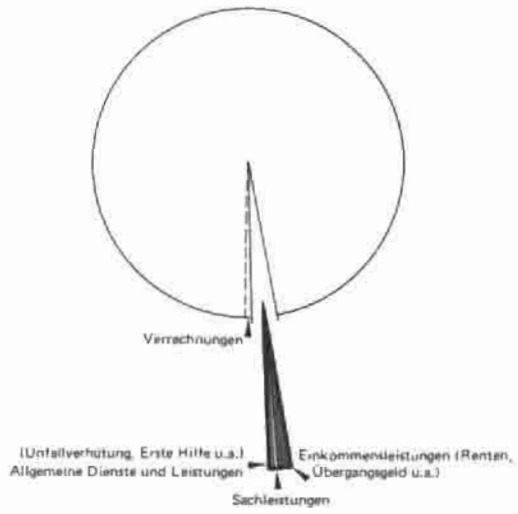
121. Das Leistungsvolumen der gesetzlichen Unfallversicherung ist mit rund zwei Prozent des gesamten Sozialbudgets vergleichsweise klein. Es zeigt in der Vergangenheit und auch über den gesamten Beobachtungszeitraum eine gleichmäßige Entwicklung; die jährlichen Steigerungsraten lagen im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1975 bei rund zehn Prozent. Für den Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1982 wird mit einem Wachstum von rund fünfeinhalb Prozent jährlich gerechnet. Rund 82 Prozent der Leistungen werden für Arbeits- und Wegeunfälle in der allgemeinen und in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung aufgewandt, etwa 15 Prozent für Berufskrankheiten und rund drei Prozent für die Schülerunfallversicherung.

122. Die Finanzierung der Unfallversicherung geschieht nach einem anderen Verfahren als die der übrigen Sozialversicherungsträger. Die Ausgaben zuzüglich im Gesetz vorgeschriebener zweckbestimmter Beträge werden nach Ablauf eines Geschäftsjahres auf die versicherten Betriebe umgelegt, wobei bestimmte Größen (z. B. Lohnsummen) als Umlageschlüssel herangezogen werden; etwa vier Fünftel der Einnahmen sind derartige Umlagen. Gebietskörperschaften als Träger der Unfallversicherung decken ihren Finanzbedarf aus Haushaltsmitteln; im Sozialbudget werden dafür unterstellte Beiträge ausgewiesen. Die übrigen Einnahmen mit fast sieben Prozent bestehen zumeist aus Vermögenserträgen und realisierten Ersatzansprüchen gegen Dritte.

Grafik 18

Unfallversicherung

Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



Arbeitsförderung

Hierzu: Teil A Nr. 1 bis 45
Anhang III — 105

123. Die Institution Arbeitsförderung umfaßt

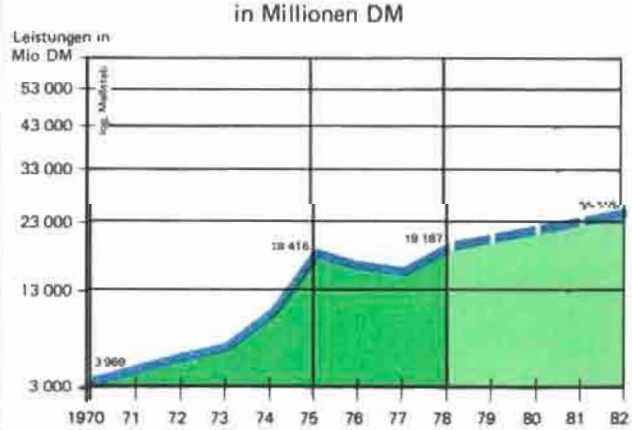
- Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz,
- Auftragsleistungen, die die Bundesanstalt für Arbeit für Bund und Länder wahrnimmt, insbesondere die Arbeitslosenhilfe; ferner Maßnahmen zur Eingliederung von Aussiedlern (Sprachförderung), zur Verstärkung des Ausbildungsplatzangebots und zur sozialen Sicherung von Entwicklungshelfern sowie zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Arbeitsaufnahme in Berlin, Bergbauhilfen,
- besondere arbeitsmarktpolitische Hilfen des Bundes zur Beschäftigungssicherung, wie zum Beispiel Maßnahmen zur Förderung überregionaler Rehabilitationszentren für Behinderte und der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer sowie zeitlich befristete Sonderprogramme des Bundes und der Länder.

Geschützte Personen

124. Der Kreis der leistungsberechtigten Personen ist weit gezogen. Er umfaßt in erster Linie Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Beitragspflicht Anspruch auf finanzielle Leistungen haben. Auch Arbeitgeber erhalten Leistungen zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten in Form von Zuschüssen und

Grafik 19

Arbeitsförderung
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 30

Arbeitsförderung

Struktur der Leistungen in Prozent

	1975	1976	1977	1978	1982
Arbeitsförderung in Millionen DM	18 416	16 561	15 881	19 187	24 718
			— in Prozent —		
Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz [1]	*95,4*	*94,7*	*93,3*	*94,5*	*87,1*
— Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen [2]	*17,9*	*16,5*	*14,0*	*15,5*	*17,7*
— Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen [3]	*18,5*	*14,3*	*15,3*	*14,5*	*12,9*
— Leistungen an Arbeitslose [4]	*47,9*	*51,2*	*49,9*	*50,7*	*43,4*
— Allgemeine Leistungen und Verwaltung	*11,1*	*12,7*	*14,1*	*13,8*	*13,1*
Sonstige Arbeitsförderungsmaßnahmen (Bund und Länder) [5]	*4,6*	*5,3*	*6,7*	*5,5*	*12,9*
(darunter Arbeitslosenhilfe)	*(1,1)*	*(1,5)*	*(1,7)*	*(1,4)*	*(10,9)*

[1]) ohne Darlehen und Grunderwerb
[2]) Berufliche Bildung, Rehabilitation und Förderung der Arbeitsaufnahme
[3]) Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Schlechtwettergeld und Winterbau
[4]) Arbeitslosengeld, -hilfe, Konkursausfallgeld
[5]) Auftragsgeschäfte der Bundesanstalt und arbeitsmarktpolitische Sonderprogramme des Bundes

Darlehen. Zum Beispiel erhalten Unternehmen des Baugewerbes Leistungen im Rahmen der produktiven Winterbauförderung, und allgemein werden Leistungen zur Einarbeitung und Eingliederung von Arbeitnehmern gewährt. Die Arbeitsvermittlung einschließlich der Arbeitsberatung und die Berufsberatung kann von der ganzen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Anspruch genommen werden.

Leistungen

125. Die Leistungen der Institution Arbeitsförderung hatten 1975 eine Höhe von insgesamt 18,4 Mrd. DM. In jenem Jahr erreichte die wirtschaftliche Rezession ihren Tiefpunkt mit 1,07 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Entsprechend stiegen die Ausgaben, und zwar gegenüber 1970 auf mehr als das Viereinhalbfache.

126. Seit 1975 hat sich die Zahl der im Jahresdurchschnitt gezählten Arbeitslosen von 1,07 auf 1,03 Millionen im Jahre 1977 verringert. Die Gesamtleistungen der Arbeitsförderung gingen im gleichen Zeitraum um 13,8 Prozent auf 15,9 Mrd. DM zurück. Für 1978 wird mit einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet.

127. Die einzelnen Leistungen der Arbeitsförderung haben sich von Jahr zu Jahr unterschiedlich entwickelt. Ursächlich sind Konjunkturentwicklung und Strukturveränderungen der Wirtschaft und dadurch notwendig werdende Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

128. Bis 1982 wird sich unter Status-quo-Bedingungen die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich verändern, weil eine vor allem aus demographischen Gründen erheblich ansteigende Zahl von Erwerbspersonen vom Beschäftigungssystem aufgenommen werden muß. Daher wird die Gesamtpolitik, insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik, verstärkt beschäftigungspolitisch auszurichten sein. Die Arbeitsmarktpolitik wird hierzu einen flankierenden Beitrag leisten. Demgemäß werden die Leistungen der Arbeitsförderung bis 1982 im Durchschnitt um neuneinhalb Prozent jährlich steigen.

Berufliche Bildung

129. Unter den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt nehmen die Leistungen für die berufliche Bildung und die berufliche Rehabilitation der Behinderten eine gewichtige Rolle ein. Technische Entwicklung und struktureller Wandel lassen die Förderung der beruflichen Bildung vor und während des Erwerbslebens langfristig zu einer wichtigen Aufgabe der Beschäftigungssicherung werden.

Übersicht 31

Arbeitsförderung

Leistungen in Millionen DM

Leistungen	1975	1976	1977	1978	1982
Bundesanstalt für Arbeit					
Berufliche Bildung					
Ausbildung	277	260	303	368	443
Fortbildung	374	288	217	242	260
Umschulung	118	117	117	174	228
Unterhaltsgeld	1 991	1 427	771	1 081	1 862
Sonstige Leistungen (Einarbeitungszuschüsse und Institutionelle Förderung)	61	54	60	67	88
Förderung der Arbeitsaufnahme und sonstige Leistungen	117	206	324	352	428
Leistungen zur Rehabilitation	362	377	435	699	1 070
Kurzarbeitergeld	2 207	989	594	679	601
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	83	111	471	666	838
Wintergeld	657	514	702	750	750
Schlechtwettergeld	396	678	576	614	920
Sonstige Winterbauförderung	67	70	89	82	95
Arbeitslosengeld	7 765	6 906	6 283	8 022	10 515
Anschluß-Arbeitslosenhilfe	776	1 299	1 332	1 376	—
Konkursausfallgeld	263	268	276	280	150
Verwaltungsleistungen (einschließlich Allgemeine Ausgaben	2 048	2 108	2 246	2 653	3 245
Darlehen/Grunderwerb	274	258	286	611	723
Summe Bundesanstalt für Arbeit	17 836	15 930	15 082	18 715	22 216
abzüglich: Darlehen	245	250	248	573	685
Grunderwerb	29	8	38	38	38
zuzüglich: Beitragserstattungen (§ 157 AFG) [1]	8	13	18	25	40
Summe	17 570	15 685	14 814	18 129	21 533
Sonstige Arbeitsförderungsmaßnahmen					
Arbeitslosenhilfe	204	243	263	264	2 684
Beschäftigungspolitische Maßnahmen [2]	642	633	804	794	501
Leistungen Sozialbudget	**18 416**	**16 561**	**15 881**	**19 187**	**24 718**
Einkommensleistungen	11 601	10 463	9 456	10 307	12 103
Sachleistungen	1 079	623	697	858	1 127
Allgemeine Dienste und Leistungen	3 022	2 790	3 209	3 824	4 324
Verrechnungen	2 714	2 685	2 519	4 198	7 164

[1] von der Bundesanstalt als Minderausgabe gebucht
[2] Auftragsgeschäfte der Bundesanstalt und Sondermaßnahme des Bundes

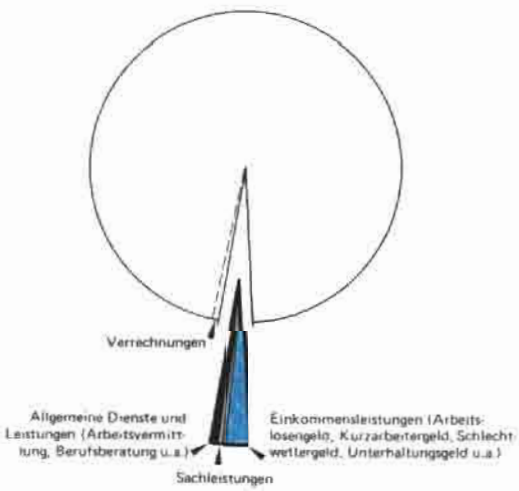
130. Das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 hat die Voraussetzungen für die Förderung der beruflichen Bildung erheblich verbessert. Die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Förderungsmaßnahmen nahm von 1970 bis 1975 um über die Hälfte auf rd. 270 000 zu. Die finanziellen Aufwendungen für die berufliche Bildung erreichten 1975 2,8 Mrd. DM. In den Jahren 1976 und 1977 gingen sie infolge zurückhaltender Inanspruchnahme der Bildungsmöglichkeiten, die in erster Linie mit der Sorge der Arbeitnehmer um den Verlust des Arbeitsplatzes zusammenhing, sowie den haushaltsmäßigen Einschränkungen auf die Hälfte zurück. In der Zwischenzeit sind gesetzliche Regelungen getroffen worden, u. a. im „Vierten Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes" und in der „Verordnung zur Förderung der beruflichen Fortbildung bei ungünstiger Beschäftigungslage", so daß mittelfristig wieder mit steigenden Teilnehmerzahlen gerechnet werden kann. Entsprechend nehmen die dafür angesetzten Beträge 1978 um fast ein Drittel zu. Bis 1982 steigen sie überdurchschnittlich um 14,6 Prozent pro Jahr.

131. Unter den einzelnen Arten der individuellen Förderung beruflicher Bildung machte die Förderung der Ausbildung 1977 gut ein Fünftel aus; dieser Anteil wird bis 1982 voraussichtlich auf etwa 16 Prozent zurückgehen. Fast vier Fünftel wurden 1977 für die berufliche Fortbildung und Umschulung aufgewandt. Darunter nimmt das Unterhaltsgeld den größten Anteil ein.

Grafik 20

Arbeitsförderung

Anteil am Sozialbudget und Struktur nach Leistungsarten 1977



Rehabilitation

132. Die für die berufliche Rehabilitation der Behinderten aufgewandten Leistungen stiegen 1976 um 4,4 Prozent und 1977 um über 15 Prozent. Die meisten Mittel wurden dabei für die Ausbildung behinderter Jugendlicher eingesetzt. Im Jahre 1978 werden die Ausgaben nochmals sehr stark um 61 Prozent steigen. Die Zunahme für die Zeit bis 1982 mit fast zwanzig Prozent pro Jahr ist ebenfalls sehr hoch. Der Grund dafür ist vor allem, daß die Bundesanstalt für Arbeit ab Mitte 1978 für die berufliche Rehabilitation nach dem 20. Rentenanpassungsgesetz Aufgaben von der Rentenversicherung übernimmt.

Förderung der Arbeitsaufnahme

133. Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme, die unter anderem auch die regionale Mobilität erhöhen sollen, steigen von 1975 bis 1982 von 158 auf 503 Millionen DM. Die Jahre 1976 und 1977 weisen Zunahmen um jeweils rd. fünfzig Prozent auf.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld Schlechtwettergeld

134. Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sollen unter Beachtung strukturpolitischer Gesichtspunkte dazu beitragen, vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Die Aufwendungen dafür gehen im Berichtszeitraum leicht zurück. Der Rückgang, insbesondere 1976 um eine Mrd. DM, ist Folge des Abbaus der Kurzarbeit. Dadurch sinken die Aufwendungen für Kurzarbeitergeld von 2,2 (1975) auf eine Mrd. DM (1976) und 1977 weiter auf 0,6 Mrd. DM. 1978 werden sie voraussichtlich wieder leicht zunehmen, insbesondere weil die Fristen für den Bezug von Kurzarbeitergeld verlängert wurden.

135. Die Ausgaben für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung stiegen von 1975 bis 1977 von rund 80 auf rund 470 Millionen DM. Sie sollen rasch Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose schaffen. Bis 1982 wird mit einer weiteren Verdoppelung dieser Zuschüsse gerechnet. Daneben werden in beträchtlichem Umfang Darlehen vergeben; für das Jahr 1982 sind dafür 430 Millionen DM vorgesehen. Leistungen für die produktive Winterbauförderung, die sehr stark von den Witterungsverhältnissen abhängig sind, steigen im Berichtszeitraum von einer auf fast zwei Milliarden DM. Die stärkste Zunahme zeigt sich beim Schlechtwettergeld.

Leistungen an Arbeitslose

136. Zur Zeit und auch in der nächsten Zukunft wird rund die Hälfte der auf dem Beschäftigungssektor aufgewandten Mittel für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers gezahlt. Einschließlich der Arbeitslosenhilfe des Bundes wurden 1975 auf dem Höhepunkt der Ar-

beitslosigkeit insgesamt 9,3 Mrd. DM für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Konkursausfallgeld aufgewandt. Bis 1977 verringerten sich aufgrund der zurückgehenden Arbeitslosigkeit die Leistungen auf 8,1 Mrd. DM. Unter der Annahme, daß sich bis 1982 keine erhebliche Änderung der Zahl der Arbeitslosen einstellen würde, steigen sie parallel zur Lohnentwicklung auf rund dreizehn Milliarden DM.

Fachaufgaben und allgemeine Ausgaben

137. Die Aufwendungen für die Durchführung der Fachaufgaben der Bundesanstalt für Arbeit machten 1977 zusammen mit den Allgemeinen Ausgaben 14,1 Prozent der Gesamtausgaben der Arbeitsförderung aus. Sie nehmen 1978 relativ stark zu, weil im Rahmen der Dienstleistungen der Bundesanstalt, also für Arbeitsvermittlung und -beratung sowie Berufsberatung, größere Personalaufstockungen unerläßlich waren.

Sonderprogramme

138. Neben den kontinuierlichen Auftragsgeschäften, die die Bundesansalt für Arbeit für Bund und Länder auf dem Beschäftigungssektor durchführt, wurden im Berichtszeitraum eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Sonderprogrammen des Bundes, an denen die Länder zum Teil beteiligt waren, durchgeführt:

- Das Programm der Bundesregierung zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen vom August 1975 (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen),
- das Sonderprogramm des Bundes von Januar 1976 für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen für Jugendliche,
- das Sonderprogramm des Bundes und der Länder aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom November 1976, das ab 1978 in modifizierter Fassung durch ein Zweites Programm verlängert wurde,
- das arbeitsmarktpolitische Programm der Bundesregierung vom November 1976 (Mobilitäts- und Eingliederungshilfen für langfristig Arbeitslose),
- das Programm der Bundesregierung für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vom Mai 1977 (besonders für langfristig Arbeitslose wie ältere Arbeitnehmer sowie für Frauen in sozialen Diensten).

Finanzierung

139. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch Beiträge, die je zur Hälfte von beitragspflichtigen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht werden. Ab 1. Januar 1975 betrugen die Beitragssätze von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je ein Prozent, ab 1. Januar 1976 je 1,5 Prozent. Der Bund ist verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu zahlen, wenn die Bundesansalt für Arbeit ihre Leistungen aus eigenen Einnahmen nicht finanzieren kann. Die Sonderprogramme werden aus Mitteln des Bundes und der Länder finanziert. Je nach Umfang der Sonderprogramme und der erforderlichen Höhe der Bundeszuschüsse bewegt sich der Anteil der Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln zwischen einem (1977) und vier Zehnteln (1975). Seit der Neuregelung der Förderung des Winterbaus und der Einführung des Konkursausfallgeldes werden Umlagen von Arbeitgebern erhoben.

Kindergeld

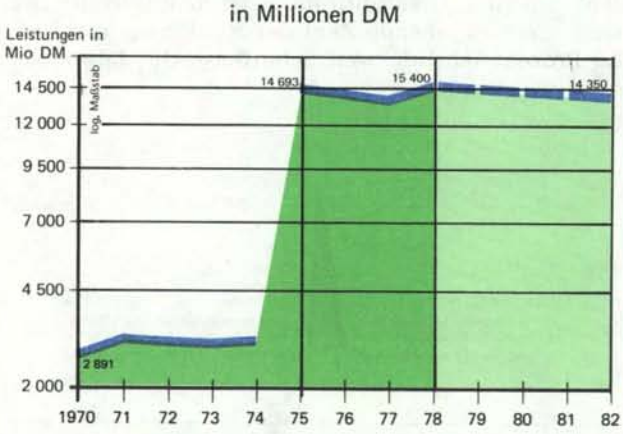
Hierzu: Teil A, Nr. 176
Anhang III — 106

140. Die Institution Kindergeld erfaßt die Leistungen zum Ausgleich von höheren Lasten, die Familien mit Kindern entstehen; diese Belastung soll durch das Kindergeld gleichmäßiger auf die Haushalte verteilt werden (Familienlastenausgleich). Die Zahlungen werden von der Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Eigenschaft als Kindergeldkasse geleistet. Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes wird das Kindergeld von ihren Arbeitgebern oder Dienstherren gezahlt.

141. Bis 1974 war die Zahl der Kinder, für die Kindergeld gezahlt wurde, von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch, weil der Anspruch auf Leistungen für das zweite Kind von der Höhe des Einkommens der Empfangsberechtigten abhing. Seit 1975 wird für alle Kinder Kindergeld gezahlt. Die bisherigen Vergünstigungen (steuerliche Kinderfreibeträge und Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst) fielen weg. Das Kindergeld belief sich bis 1977 auf 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM mo-

Grafik 21

Kindergeld
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 32

Kindergeld

Berechtigte/Kinder (in 1 000) [1]

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Zahl der Empfänger von Kindergeld	**2 113**	**2 535**	**2 585**	**2 462**	**2 494**	**7 253**	**7 241**	**7 241**
darunter:								
Empfänger mit Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs des Bundeskindergeldgesetzes [2]	220	297	332	353	357	452	454	415
darunter:								
in Staaten der Europäischen Gemeinschaften	39	45	45	42	33	51	48	48
Zahl der Kinder	**5 176**	**5 589**	**5 612**	**5 443**	**5 353**	**14 027**	**13 715**	**13 598**
darunter:								
Kinder von Empfängern mit Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs des Bundeskindergeldgesetzes [2]	605	752	834	900	901	1 208	1 158	1 049
darunter:								
in Staaten der Europäischen Gemeinschaften	.	.	.	.	.	117	107	104
davon:								
Erstkinder	—	—	—	—	—	7 062	7 041	7 043
Zweite Kinder	2 077	2 500	2 549	2 427	2 459	4 143	4 053	4 041
Dritte und weitere Kinder	3 099	3 089	3 063	3 016	2 894	2 822	2 621	2 514

[1]) Jahresmitte (Anfang Juli); ohne öffentlichen Dienst (rund 3 Millionen bis 3½ Millionen Kinder).
[2]) Empfänger von Kindergeld, deren Kinder sämtlich oder zum Teil im Ausland leben.

natlich für jedes weitere Kind. Durch das Steueränderungsgesetz 1977 sind die Kindergeldsätze heraufgesetzt worden; ab 1978 erhalten die Berechtigten für das zweite Kind 80 DM und für jedes weitere Kind 150 DM monatlich. Die Statistik der Bundeskindergeldkasse läßt die abnehmende Geburtenhäufigkeit in der Bundesrepublik deutlich erkennen.

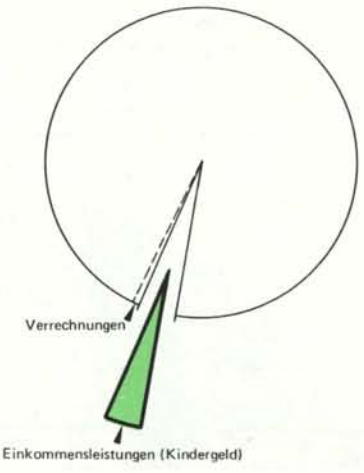
142. Für die Zeit bis 1982 wird angenommen, daß das Leistungsvolumen um knapp ein halbes Prozent abnimmt. Ursächlich dafür ist hauptsächlich die weiter zurückgehende Zahl der Kinder um etwa rd. 2,5 Prozent jährlich, weil geburtenstarke Jahrgänge erwerbstätig werden und die Zahl der Geburten den Abgang nicht ausgleicht. Die Erhöhung der Kindergeldbeträge ab 1978 hätte ohne die demographische Komponente das Leistungsvolumen bis 1982 um elfeinhalb Prozent wachsen lassen.

143. Für die Finanzierung des Kindergeldes werden die notwendigen Mittel vom Bund bereitgestellt. 1975 und 1976 waren außerdem Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt, die das Kindergeld für ihre Bediensteten aus eigenen Haushaltsmitteln zu finanzieren hatten.

Grafik 22

Kindergeld

Anteil am Sozialbudget 1977



Übersicht 33

Kindergeld

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Kindergeld	2 841	14 393	14 160	13 780	15 130	14 080
Verwaltung	50	300	270	270	270	270
Leistungen Sozialbudget	**2 891**	**14 693**	**14 430**	**14 050**	**15 400**	**14 350**

Altershilfe für Landwirte

Hierzu: Anhang III — 122

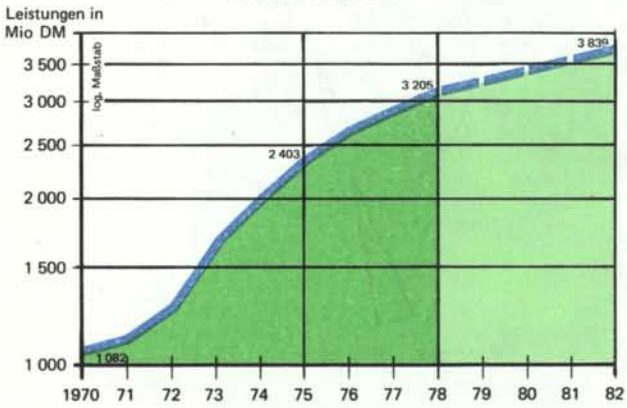
144. Nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957 erhalten ehemalige landwirtschaftliche Unternehmer oder deren überlebender Ehegatte Altersgeld; Waisen erhalten Waisengeld. Darüber hinaus sind Mehrleistungen zulässig, zum Beispiel Leistungen zur Rehabilitation. Landwirtschaftliche Unternehmer, die ihr Unternehmen zum Zwecke der Strukturverbesserung abgegeben haben, erhalten unter bestimmten Voraussetzungen eine Landabgaberente. Unternehmer, die zur freiwilligen Nachentrichtung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung berechtigt sind, erhalten auf Antrag zu den nachentrichteten Beiträgen einen Zuschuß aus Bundesmitteln.

145. Die Leistungen der Altershilfe richten sich nach der Entwicklung in der Rentenversicherung; für den Vorausberechnungszeitraum bis 1982 sind die gleichen Anpassungen wie in der Rentenversicherung angenommen worden.

146. Die Finanzierung geschieht durch Beiträge, sonstige Einnahmen und durch Bundesmittel. Der Beitrag beträgt zur Zeit 63 DM monatlich. Insgesamt stammen rd. 78 Prozent des Finanzierungsaufwandes aus Bundesmitteln. Die Aufwendungen für die Landabgaberente einschließlich der Verwaltungskosten trägt der Bund. Es wurde angenommen, daß jährlich rund zwei Millionen DM aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft erstattet werden.

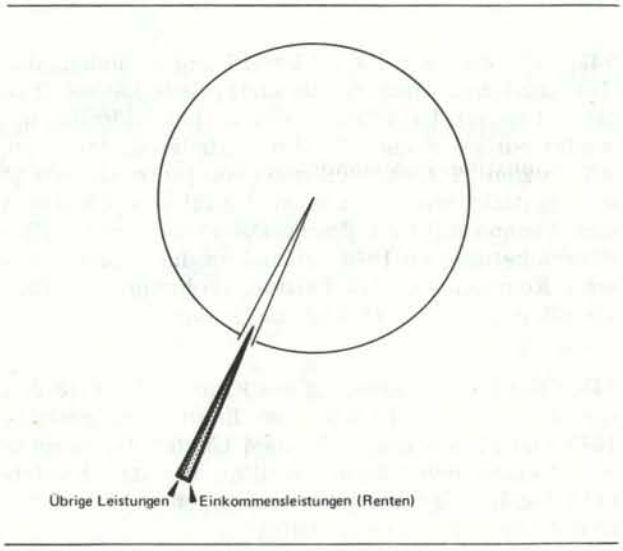
Grafik 23

Sondersysteme
(Altershilfe für Landwirte und Versorgungswerke)
1970 bis 1982
in Millionen DM



Grafik 24

Sondersysteme
(Altershilfe für Landwirte und Versorgungswerke)
Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



Übersicht 34

Altershilfe für Landwirte

Leistungen und Finanzierung in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
			Leistungen		
Gesundheitsmaßnahmen	154	182	177	189	250
Rentenleistungen	1 668	1 849	2 047	2 245	2 630
davon:					
Vorzeitiges Altersgeld	218	240	266	290	338
Altersgeld	1 302	1 435	1 589	1 740	2 025
Waisengeld	8	15	15	18	20
Landabgaberente	140	159	177	197	247
Nachversicherungszuschuß	2	2	2	2	2
Verwaltung/Verfahren	59	62	65	70	92
Leistungen Sozialbudget	**1 883**	**2 095**	**2 291**	**2 506**	**2 974**
davon:					
Einkommensleistungen	1 668	1 849	2 047	2 245	2 630
Sachleistungen	154	182	177	189	250
Allgemeine Dienste und Leistungen	52	55	58	63	83
Verrechnungen	9	9	9	9	11
			Finanzierung		
Beiträge	405	453	510	501	628
Vermögenserträge	3	3	3	3	3
Bundeszuschüsse	1 482	1 638	1 796	1 997	2 338
Erstattungen	1	2	4	4	4
Übrige Einnahmen	—	1	1	1	1
Finanzierung Sozialbudget	**1 891**	**2 097**	**2 314**	**2 506**	**2 974**
davon:					
Beiträge	405	453	510	501	628
Zuweisungen	1 482	1 640	1 798	1 999	2 340
Sonstige Einnahmen	4	4	6	6	6
Finanzierungssaldo	8	2	23	—	—

Versorgungswerke

Hierzu: Anhang III — 123

147. Die Versorgungswerke versichern nach landesrechtlichen Vorschriften Angehörige der freien Berufe für den Fall der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen. Die Mitglieder der verschiedenen Berufsstände gehören den entsprechenden Versorgungswerken meist als Pflichtversicherte an, teilweise ist auch freiwillige Mitgliedschaft möglich.

148. Die von einzelnen Versorgungswerken zur Verfügung gestellten Daten führen nicht zu statistisch voll abgesicherten Ergebnissen für den Gesamtbereich; die Zahlen für die Jahre 1975, 1976 und 1977 sind im Wege der Hochrechnung ermittelt worden. Da die Versorgungswerke durchweg nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden und versicherungsmathematische Rückstellungen bilden, entstehen jährlich hohe Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben.

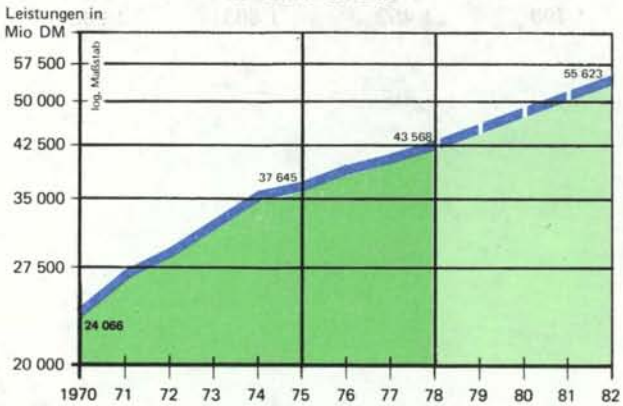
Beamtenrechtliches System

Hierzu: Anhang III — 13, III — 131 bis III — 133

149. Im Sozialbudget werden Leistungen nach den Beamtengesetzen beschrieben. Diese Leistungen sind zwar ihrer Rechtsnatur nach nicht als Sozialleistungen anzusehen; sie sind aber den im Sozialbudget dargestellten Leistungen vergleichbar, und fallen daher unter die Normen, die für die Erfassung von Leistungen im Sozialbudget gelten. Im einzelnen handelt es sich um Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung (Pensionen), um familienbezogene Teile der Dienstbezüge (Kinderzuschläge bis 1975, Erhöhung des Ortszuschlages für Verheiratete und für Kinder) sowie um Zuschüsse, die der Dienstherr aufgrund seiner Fürsorgepflicht zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen zu leisten hat (Beihilfen), um Leistungen bei Dienstunfällen (Fürsorgemaßnahmen) und Unterstützungen in besonderen Fällen. Die statistischen Unterlagen für diesen Bereich sind noch lückenhaft; die Zahlen sind deshalb teilweise geschätzt.

Grafik 25

Beamtenrechtliches System
(Pensionen, Beihilfen, Familienzuschläge)
1970 bis 1982
in Millionen DM



150. Die Leistungen werden meist unmittelbar von den Dienstherren bzw. den öffentlichen Arbeitgebern ohne Einschaltung eines besonderen Trägers zur Verfügung gestellt.

Personenkreis

151. Anspruchsberechtigt für den Bereich der Alters- und Hinterbliebenenversorgung sind alle Beamten (einschließlich Richter) von Bund, von Bundesbahn und Bundespost, von Ländern und Gemeinden, Beamte sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie die Hinterbliebenen von aktiven oder Ruhestandsbeamten, ferner gleichgestellte Bedienstete und ihre Hinterbliebenen der Träger der Rentenversicherung, der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der landwirtschaftlichen Altershilfe und der Bundesanstalt für Arbeit. Weiter sind auch die unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen sowie die Angehörigen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes anspruchsberechtigt.

152. Für die familienbezogenen Leistungen gilt diese Abgrenzung ebenfalls; zusätzlich sind Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes anspruchsberechtigt. Für den Bereich der Beihilfen gilt dasselbe mit der Einschränkung, daß Pfichtversicherte der gesetzlichen Krankenversicherung im allgemeinen keinen Beihilfeanspruch haben.

Leistungen

153. Die Leistungen für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung folgen der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst; das Volumen wird darüber hinaus von der Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger beeinflußt.

154. Die Familienzuschläge steigen weniger stark, weil die Zahl der Geburten zurückgeht. Damit vermindert sich der Anteil der Leistungen für Kinder von 51,6 Prozent (1975) auf 50,3 Prozent (1982); der Anteil der Leistungen für Ehegatten steigt entsprechend.

155. Für die Beihilfeleistungen wird ebenfalls mit unterdurchschnittlichem Wachstum gerechnet. Dabei wird unterstellt, daß sich die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen auch auf die beihilfefähigen Aufwendungen der Anspruchsberechtigten auswirken.

Übersicht 35

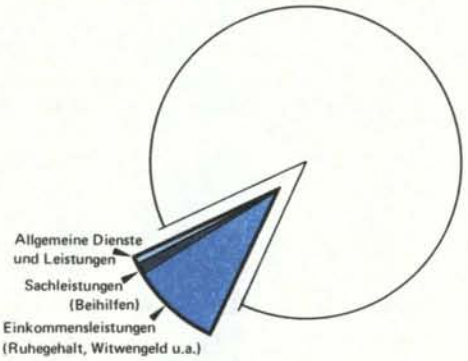
Versorgungswerke

Leistungen und Finanzierung in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
			Leistungen		
Rentenleistungen	364	431	467	493	625
davon:					
wegen Berufsunfähigkeit	4	4	4	4	5
wegen Erwerbsunfähigkeit	24	29	32	34	43
wegen Alter	171	204	221	234	296
an Witwen/Witwer	145	172	186	196	249
an Waisen	20	22	24	25	32
Sterbegeld	3	3	3	3	4
Beitragserstattungen	7	8	9	9	10
Verwaltung/Verfahren	153	184	200	203	236
Ausgaben insgesamt	527	626	679	708	875
abzüglich Beitragserstattungen	7	8	9	9	10
Leistungen Sozialbudget	**520**	**618**	**670**	**699**	**865**
davon:	364	431	467	493	625
Einkommensleistungen					
Sachleistungen	3	3	3	3	4
Allgemeine Dienste und Leistungen	153	183	199	202	235
Verrechnungen	—	1	1	1	1
			Finanzierung		
Beiträge	887	1 015	1 058	1 092	1 401
Vermögenserträge	350	394	411	420	544
Übrige Einnahmen	2	2	2	2	3
Einnahmen insgesamt	1 239	1 411	1 471	1 514	1 948
abzüglich Beitragserstattungen	7	8	9	9	10
Finanzierung Sozialbudget	**1 232**	**1 403**	**1 462**	**1 505**	**1 938**
davon:					
Beiträge	880	1 007	1 049	1 083	1 391
Sonstige Einnahmen	352	396	413	422	547
Finanzierungssaldo	712	785	792	806	1 073

Grafik 26

Beamtenrechtliches System
(Pensionen, Beihilfen, Familienzuschläge)
Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



Finanzierung

156. Finanziert werden die Leistungen des beamtenrechtlichen Systems nahezu völlig über den Haushalt der jeweiligen Körperschaft. Soweit die Leistungen denen der Sozialversicherung (Renten- und Krankenversicherung) vergleichbar sind, wird auch eine vergleichbare Finanzierungsart, nämlich Finanzierung durch Beiträge, und zwar durch „Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber" angenommen. Drei Viertel des Systems werden auf diese Weise finanziert. Als „Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber" werden Zahlungen der Dienstgeber an kommunale Versorgungskassen eingeordnet (rd. fünf Prozent). Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln (rd. 13 Prozent) und für die Wirtschaftsunternehmen aus nichtöffentlichen Mitteln (vier Prozent) werden dann unterstellt, wenn Leistungen damit finanziert werden, die mit denen aus der Sozialversicherung nicht vergleichbar sind. Das sind überwiegend familienbezogene Teile der Dienstbezüge.

157. Pensionen, Beihilfen und Familienzuschläge, die durch andere Institutionen des Sozialbudgets, vor allem durch Träger der Sozialversicherung, an Bedienstete und ehemalige Bedienstete gezahlt werden, wurden als unterstellte Verrechnungseinnahmen behandelt, das heißt, sie werden bei der abgebenden Institution nicht als Leistung sondern als Verrechnungsausgabe angesehen. Auf diese Weise werden die Leistungen des beamtenrechtlichen Systems konzentriert und weitgehend vollständig dargestellt.

Eränzungssysteme

Hierzu: Anhang III — 14, III — 141, III — 142

158. Unter dem Begriff „Ergänzungssysteme" werden Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen verstanden, die auf gesetzlicher oder tarifvertraglicher Grundlage — durchweg zusätzlich zu den Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung — für den Fall der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen versichern.

159. Die Daten dieser beiden Bereiche der Zusatzversicherung — der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der Zusatzversicherung für einzelne Berufe — werden in der Übersicht 37 zusammengefaßt, weil der Anteil der „Zusatzversicherung für einzelne Berufe" relativ gering ist.

Übersicht 36

Beamtenrechtliches System
Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Pensionen	14 889	25 075	26 704	27 980	29 628	38 671
Familienzuschläge	6 102	6 905	6 821	7 073	7 430	9 120
Beihilfen [1])	1 918	3 759	3 936	4 109	4 310	4 950
Verwaltung	1 158	1 906	2 007	2 105	2 200	2 882
Leistungen Sozialbudget	**24 067**	**37 645**	**39 468**	**41 267**	**43 568**	**55 623**

[1]) einschließlich Fürsorgemaßnahmen und einmalige Unterstützungen

Übersicht 37

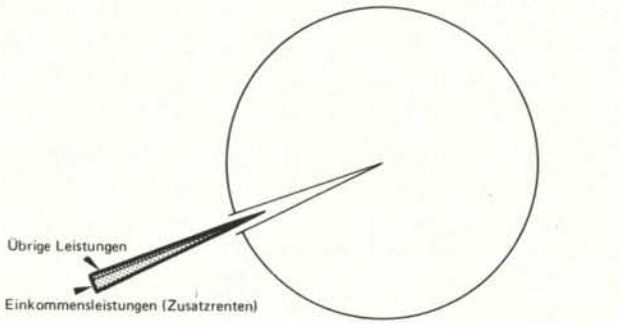
Ergänzungssysteme

Leistungen und Finanzierung in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
			Leistungen		
Gesundheitsmaßnahmen	0	1	1	1	2
Rentenleistungen	3 053	3 355	3 690	3 892	5 103
davon:					
wegen Berufsunfähigkeit	135	138	153	161	212
wegen Erwerbsunfähigkeit	762	851	935	986	1 294
wegen Alter	1 493	1 640	1 804	1 903	2 497
an Witwen/Witwer	639	699	769	811	1 062
an Waisen	24	27	29	31	38
Sterbegeld	13	14	15	16	18
Beitragserstattungen	42	42	41	42	31
Verwaltung/Verfahren	235	268	295	300	350
Ausgaben insgesamt	3 343	3 680	4 042	4 251	5 504
abzüglich Beitragserstattungen	42	42	41	42	31
Leistungen Sozialbudget	**3 301**	**3 638**	**4 001**	**4 209**	**5 473**
davon:					
Einkommensleistungen	3 053	3 355	3 690	3 892	5 103
Sachleistungen	13	15	16	17	20
Allgemeine Dienste und Leistungen	230	262	289	293	343
Verrechnungen	5	6	6	7	7
			Finanzierung		
Beiträge	2 790	3 144	3 268	3 447	4 375
Vermögenserträge	1 618	1 838	1 912	1 962	2 266
Bundeszuschüsse	106	100	109	101	104
Übrige Einnahmen	171	172	174	175	187
Einnahmen insgesamt	4 685	5 254	5 463	5 685	6 932
abzüglich Beitragserstattungen	42	42	41	42	31
Finanzierung Sozialbudget	**4 643**	**5 212**	**5 422**	**5 543**	**6 901**
davon:					
Beiträge	2 748	3 102	3 227	3 405	4 344
Zuweisungen	273	268	280	273	288
Sonstige Einnahmen	1 622	1 842	1 915	1 965	2 269
Finanzierungssaldo	1 342	1 574	1 421	1 434	1 428

Grafik 27

Ergänzungssysteme
(Zusatzversicherungen)
Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



160. Die Leistungen aus der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst richten sich grundsätzlich an der Beamtenversorgung aus. Die hohen jährlichen Finanzierungsüberschüsse erklären sich aus dem Finanzierungssystem der meisten hier erfaßten Einrichtungen, die versicherungsmathematische Rückstellungen bilden.

Arbeitgeberleistungen

Hierzu: Anhang III — 2, III — 201, III — 229

161. Insgesamt repräsentieren die Arbeitgeberleistungen (Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Mutterschaft und Heilverfahren sowie tarifvertragliche und freiwillige Leistungen) etwa acht Prozent des Sozialbudgets. Beiden Institutionen haften erhebliche statistische Schwächen an. Für Entgeltfortzahlung gibt es keine Statistik; die ausgewiesenen Werte werden aus Hilfsgrößen errechnet. Die Daten für vertragliche und freiwillige Leistungen basieren auf der in mehrjährigem Abstand erhobenen Statistik der Personal- und Personalnebenkosten, die allerdings nur einen Teil der Wirtschaftsbereiche und Betriebe erfaßt. Die von der Bundesregierung veranlaßten Erhebungen über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung verbessern die Schätzgrundlagen für diesen Bereich.

Entgeltfortzahlung

162. Entgeltfortzahlung enthält Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, die aufgrund rechtlicher Verpflichtungen bei Krankheit, Heilverfahren und Mutterschaft der Arbeitnehmer erbracht werden; das sind die Lohnfortzahlung an Arbeiter sowie die Gehaltsfortzahlung an Angestellte und Beamte.

163. Die Höhe der Leistungen der Entgeltfortzahlung hängt von der allgemeinen Einkommensent-

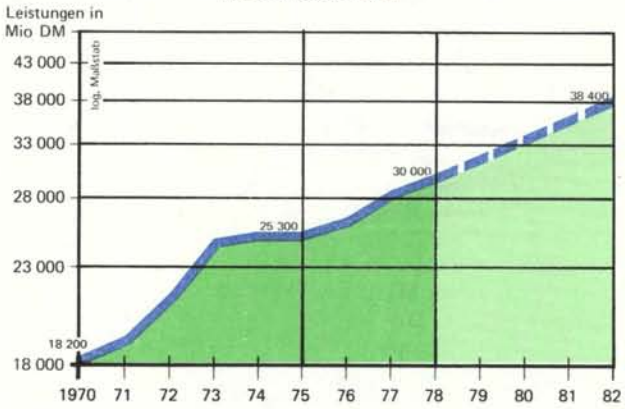
Übersicht 38

Arbeitgeberleistungen
in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Entgeltfortzahlung					
bei Krankheit	15 800	16 300	17 600	18 600	23 970
bei Heilverfahren	1 400	1 400	1 500	1 600	2 040
bei Mutterschaft	300	300	400	400	590
Leistungen Sozialbudget	**17 500**	**18 000**	**19 500**	**20 600**	**26 600**
Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen					
Betriebliche Altersversorgung	4 900	5 300	5 800	6 100	8 000
Beihilfen bei Krankheit	400	400	500	500	600
Familienzulagen	600	600	600	600	600
Wohnen	600	600	600	600	600
Betrieblicher Gesundheitsdienst	1 300	1 400	1 500	1 600	2 000
Leistungen Sozialbudget	**7 800**	**8 300**	**9 000**	**9 400**	**11 800**

Grafik 28

Arbeitgeberleistungen
1970 bis 1982
in Millionen DM



wicklung, von der Zahl der Beschäftigten und vom Krankenstand ab.

164. Zur Finanzierung der Entgeltfortzahlung tragen in erster Linie die Arbeitgeber unmittelbar (unterstellte Beiträge) sowie durch Umlagen an die Lohnfortzahlungskasse bei.

Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen

165. Bei den vertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen handelt es sich vor allem um

— Versorgungsleistungen der betrieblichen Altersversorgung,

— Aufwendungen für Werks- und Dienstwohnungen sowie Miet- und Baukostenzuschüsse für Wohnungen von Arbeitnehmern,

— Beihilfen in Krankheitsfällen und Familienzulagen, die von privaten Arbeitgebern zugewendet werden,

— Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen, die der Unfallverhütung, der Ersten Hilfe, der gesundheitlichen Betreuung einschließlich der Erholungsfürsorge dienen oder die für Familienangehörige bestimmt sind (z. B. Werkskindergärten).

166. Die Angaben beruhen auf Schätzungen. Zum Teil sind gesetzliche Leistungen mit erfaßt, zum Beispiel für Mutterschutz und im Rahmen des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

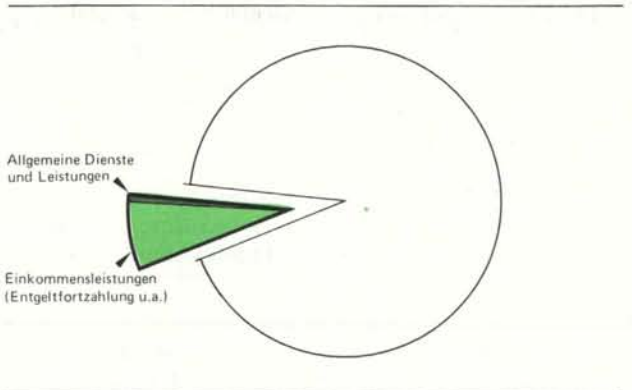
Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung)

Hierzu: Teil A Nr. 126 bis 131
Anhang III — 301

167. Die Institution umfaßt die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz. Mit diesen Leistungen entschädigt der Staat gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden, die Personen während einer militärischen oder militärähnlichen Dienstverrichtung oder eines gleichgestellten Ereignisses erlitten haben. Auf Grund von Sondergesetzen gelten die Grundsätze des Leistungsrechts des Bundesversorgungsgesetzes für Soldaten der Bundeswehr und Dienstpflichtige im Zivildienst, Angehörige des Bundesgrenzschutzes, ehemalige politische Häftlinge, Angehörige von Kriegsgefangenen, Impfgeschädigte im Sinne des Bundes-Seuchengesetzes und für Opfer von Gewaltakten. Die Leistungen werden von den Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung (Versorgungsämter, Landesversorgungsämter) und von den Trägern der Kriegsopferfürsorge als Geldleistungen, insbesondere als Versorgungsbezüge, als Sachleistung (z. B. Heilbehandlung) oder als per-

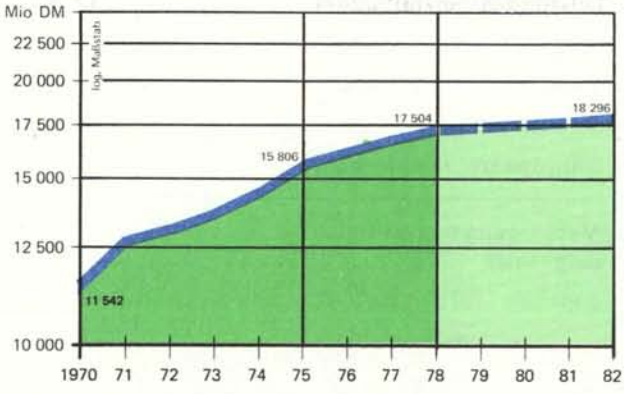
Grafik 29

Arbeitgeberleistungen
Anteil am Sozialbudget und
Struktur nach Leistungsarten 1977



Grafik 30

Entschädigungen
(Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich,
Wiedergutmachung, Unterhaltssicherung u.a.)
1970 bis 1982
in Millionen DM



sönliche Hilfe zur Verfügung gestellt. Außerdem sind hier die Leistungen enthalten, die den Nahverkehrsunternehmen von Bund und Ländern für die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten erstattet werden.

168. Die Zahl der anerkannten Versorgungsberechtigten geht mit zunehmendem Abstand vom anspruchsbegründenden Ereignis, hauptsächlich dem Zweiten Weltkrieg, laufend zurück. 1977 wurden zweieinhalb Prozent weniger Versorgungsberechtigte gezählt als im Jahre vorher. 99 Prozent der Leistungsempfänger sind auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes versorgungsberechtigt, 0,6 Prozent auf Grund des Soldatenversorgungsgesetzes, weitere 0,2 Prozent nach dem Häftlingshilfegesetz.

169. Die Leistungen betragen derzeit gut drei Prozent des Sozialbudgets. Trotz steigender absoluter Werte wird dieser Anteil in den kommenden Jahren langsam zurückgehen. Vier Fünftel der Leistungen sind Einkommensleistungen, die mit den gleichen Faktoren an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt werden wie die Renten der Rentenversicherung. Überwiegend werden die Leistungen für die sozialen Tatbestände „Alter" und „Folgen politischer Ereignisse" gewährt.

Übersicht 39

Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung)

Versorgungsberechtigte

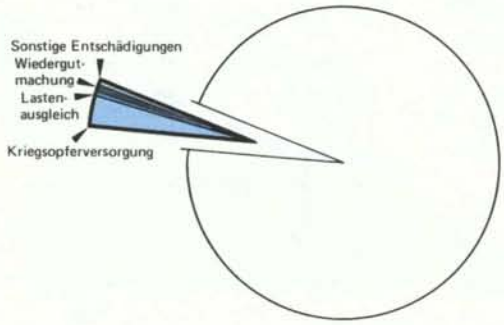
(Mitte 1977)

Beschädigte insgesamt	1 017 826
davon mit Minderung der Erwerbsfähigkeit von	
30 %	383 062
40 %	154 013
50 %	176 964
60 %	77 117
70 %	81 155
80 %	61 456
90 %	27 961
100 %	56 098
Witwen (Witwer)	1 016 930
Halbwaisen	26 364
Vollwaisen	5 497
Elternteile	92 529
Elternpaare (Kopfzahl)	18 656
Versorgungsberechtigte insgesamt	2 177 802
dagegen 1970	2 620 396
1960	3 253 103

Grafik 31

Entschädigungen

Anteil am Sozialbudget und Struktur nach Einzelinstitutionen 1977



170. Die Finanzierung der Kriegsopferversorgung geschieht vorwiegend aus Haushaltsmitteln des Bundes, die Länder tragen die Kosten der Versorgungsbehörden, einen Teil der Kriegsopferfürsorge und der erstatteten Fahrgeldausfälle, die kommunalen Gebietskörperschaften einen Teil der Kriegsopferfürsorge.

Lastenausgleich

Hierzu: Anhang III — 302

171. Die Institution Lastenausgleich erfaßt die im Lastenausgleichsgesetz beschriebenen konsumtiven Leistungen. Das sind Unterhaltshilfe, Entschädigungsrenten, Beihilfen aus dem Härtefonds, Hausratentschädigung und Ausbildungshilfe in der Abgrenzung der Einkommensübertragungen der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung". Ferner sind die gleichartigen Leistungen nach dem Flüchtlingshilfe- und Reparationsschädengesetz enthalten (Beihilfen und Entschädigungsrenten). Die Leistungen sollen dazu beitragen, den Anspruchsberechtigten, das sind Personen, die durch die Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit Schäden und Verluste erlitten haben, im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit den Lebensunterhalt zu sichern. Sie werden von den bei den Stadt- und Landkreisen eingerichteten Ausgleichsämtern bereitgestellt.

172. Die Zahl der Leistungsempfänger nimmt von Jahr zu Jahr ab. Die anspruchsberechtigten Personen stehen fast alle im fortgeschrittenen Lebensalter.

173. Die Unterhaltshilfe wird seit 1973 laufend dem wirtschaftlichen Wachstum angepaßt; dieser Faktor und rückläufige Empfängerzahlen heben sich gegen-

Übersicht 40

Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung)

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Bundesversorgungsgesetz						
Versorgungsbezüge						
— Beschädigte	2 466	3 632	3 903	4 162	4 253	4 595
— Witwen	3 240	4 733	5 074	5 424	5 581	6 082
— Waisen	67	72	78	83	78	82
— Eltern	221	233	231	228	216	182
Heilbehandlung	569	864	935	963	1 032	1 151
Übrige Leistungen	8	61	91	68	92	67
Kriegsopferfürsorge zusammen	501	977	939	870 [1]	1 030 [1]	1 165 [1]
Abzüglich:						
Erstattung von Leistungen	57	129	156	164	188	220
Darlehen	39	52	52	—	—	—
Leistungen netto	405	796	731	706	842	945
Soldatenversorgungsgesetz						
Versorgungsbezüge	15	33	36	40	45	59
Heilbehandlung	6	13	16	16	23	24
Zivildienstgesetz						
Versorgungsbezüge	0	0	0	1	0	1
Heilbehandlung	0	0	0	0	0	0
Häftlingshilfegesetz						
Versorgungsbezüge	12	18	19	21	22	23
Heilbehandlung	1	1	2	2	2	3
Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	—	—	0	0	2	6
Gesetz über Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen						
Unterhaltsbeihilfen	1	1	1	1	1	1
Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr						
Erstattung von Fahrgeldausfällen	93	57	61	63	64	78
Verwaltung	382	621	645	668	728	808
Leistung Sozialbudget	**7 486**	**11 135**	**11 823**	**12 446**	**12 981**	**14 107**
davon:						
Einkommensleistungen	6 132	8 928	9 509	10 082	10 380	11 265
Sachleistungen	734	1 248	1 288	1 330	1 451	1 542
Allgemeine Dienste und Leistungen	450	704	756	762	847	911
Verrechnungen	170	255	270	272	303	389

[1]) Ohne Darlehen

Übersicht 41

Lastenausgleich

Leistungsempfänger Ende 1977

1. Lastenausgleichsgesetz	
Unterhaltshilfe	119 383
Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente	147 485
Entschädigungsrente	33 425
Beihilfen (Härtefonds)	13 776
Beihilfen (14.ÄndG LAG § 10)	702
2. Flüchtlingshilfegesetz	
Laufende Beihilfen	2 048
3. Reparationsschädengesetz	
Unterhaltshilfe	139
Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente	305
Entschädigungsrente	31

seitig nahezu auf, so daß sich das Leistungsvolumen kaum ändert. Die Ausgaben für Entschädigungsrenten nahmen infolge des Rückgangs der Zahl der Empfänger stark ab.

174. Die Struktur nach Leistungsarten läßt im gesamten Beobachtungszeitraum keine nennenswerten Verschiebungen erkennen. Gut vier Fünftel der Leistungen sind Einkommensleistungen. Auch die strukturelle Gliederung nach Funktionen hat sich kaum verändert. Drei Viertel der Leistungen entfallen auf die Funktion „Alter", etwa zehn Prozent sind der Funktion „Ehegatten" zugeordnet. Der Rest verteilt sich auf „Krankheit", „Hinterbliebene", „Folgen politischer Ereignisse" und „Allgemeine Lebenshilfen".

175. Die Finanzierung der Unterhaltshilfe geschieht durch Zuschüsse von Bund und Ländern, ferner leistet der Bund einen Zuschuß zu den Leistungen aus dem Härtefonds. Zum Sterbegeld wird von den Leistungsempfängern ein Beitrag erhoben. Die Verwaltungsleistungen werden durch die Gebietskörperschaften finanziert. Die Differenz zwischen Finanzierungsaufkommen und Leistungen deckt der Ausgleichsfonds.

Übersicht 42

Lastenausgleich

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Lastenausgleichsgesetz						
Unterhaltshilfe	1 251	1 373	1 406	1 432	1 431	1 337
Krankenversorgung	24	33	34	33	34	35
Sterbegeld	17	14	13	12	13	12
Entschädigungsrente	282	194	180	167	151	99
Leistungen aus dem Härtefonds	61	89	95	90	106	96
Ausbildungshilfe	8	0	0	0	—	—
Hausratentschädigung	27	16	20	29	22	9
Beihilfen (§ 10 14. Änd.Gesetz)	2	3	3	3	3	3
Zusammen	1 672	1 722	1 751	1 766	1 760	1 591
Flüchtlingshilfegesetz	10	14	14	14	14	12
Reparationsschädengesetz	1	4	4	4	4	2
Leistungen insgesamt	1 683	1 740	1 769	1 784	1 778	1 605
Verwaltung (geschätzt)	101	106	106	106	106	96
Leistungen Sozialbudget	**1 784**	**1 846**	**1 875**	**1 890**	**1 884**	**1 701**

Wiedergutmachung

Hierzu: Anhang III — 303

176. Unter der Institution Wiedergutmachung werden bestimmte Ausgleichsleistungen für Schädigungen durch die nationalsozialistische Verfolgung an Leben, an Körper oder Gesundheit, an Freiheit, im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen sowie weitere Leistungen dargestellt, die im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) geregelt werden. In Übereinstimmung mit der Abgrenzung der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" werden reine Vermögensschäden nicht im Sozialbudget erfaßt. Das gleiche gilt für Leistungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz vom 19. Juli 1957, da es sich hierbei nicht um Versorgungsleistungen, sondern um reine Schadensersatzleistungen für den Verlust entzogener Vermögensgegenstände handelt.

177. Die Gesamtleistungen für Wiedergutmachung nehmen im Berichtszeitraum kontinuierlich ab, von 1975 bis 1982 um insgesamt 12 Prozent. Da die Kapitalentschädigungen in dieser Zeit auslaufen, wird die Entwicklung zunehmend von den Rentenzahlungen bestimmt. Dabei steht den ständig steigenden, an der Entwicklung der Beamtengehälter orientierten Rentenerhöhungen eine mehr und mehr abnehmende Zahl von Rentenempfängern gegenüber, so daß im Ergebnis die Gesamtleistungen bis 1982 abnehmen werden. Knapp vier Fünftel der Leistungen der Wiedergutmachung gehen ins Ausland. Der Anteil der Institution Wiedergutmachung am Sozialbudget betrug im Jahre 1977 0,6 Prozent. Bis 1982 wird er sich voraussichtlich auf 0,4 Prozent verkleinern.

178. Die Finanzierungsmittel werden je zur Hälfte vom Bund und den Ländern (ohne Berlin) bereitgestellt. Die vom Land Berlin zu erbringenden Entschädigungsleistungen werden zu sechzig Prozent vom Bund, zu 25 Prozent von den Ländern (außer Berlin) und zu 15 Prozent vom Land Berlin finanziert. Die Verwaltungskosten werden von den Ländern getragen, denen auch die Durchführung der Entschädigungsgesetze obliegt.

Sonstige Entschädigungen

Hierzu: Anhang III — 309

179. Die Institution Sonstige Entschädigungen umfaßt Leistungen nach dem

- Unterhaltssicherungsgesetz für Wehrdienst- und Zivildienstleistende und deren Angehörige,
- Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und dem Häftlingshilfegesetz,
- dem Allgemeinen Kriegsfolgegesetz.

180. Die Leistungen der Institution Sonstige Entschädigungen gehen im Berichtszeitraum von 1975 bis 1982 um rund ein Zehntel zurück. Vor allem wird die Entwicklung durch die Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz bestimmt, die 1977 vier Fünftel der Gesamtleistungen ausmachten. Sie werden 1978 um 7,4 Prozent steigen, bis 1982 stagnieren. Die übrigen Leistungen werden mittelfristig auf dem Stand von 1977 verbleiben. Der Anteil an den Gesamtleistungen des Sozialbudgets betrug 1977 0,1 Prozent.

181. Die Finanzierung der Leistungen trägt überwiegend der Bund. Länder und Gemeinden tragen die Verwaltungskosten.

Sozialhilfe

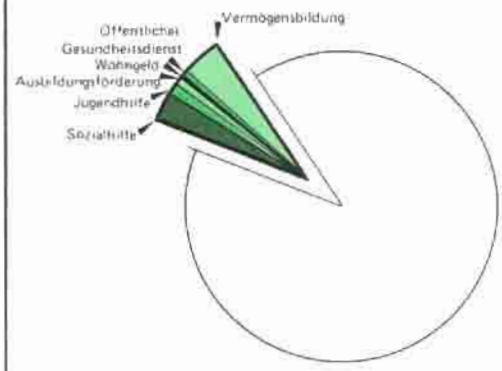
Hierzu: Teil A, Nr. 147 bis 150
Anhang III — 401

182. Die Institution Sozialhilfe umfaßt Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Sie werden als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen von den Sozialhilfeträgern zur Verfügung gestellt, um dem Empfänger die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Darüber hinaus enthält die Institution weitere Leistungen der Sozialhilfeträger, die entweder auf andere rechtliche Verpflichtungen [1]) zurückgehen oder freiwilliger Art sind, zum Beispiel Weihnachtsbeihilfen. Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Städte und die Landkreise (örtliche Träger) sowie die von den Ländern als überörtliche Träger bestimmten Stellen. Anspruch auf Sozialhilfe hat jeder Bürger, der in eine Notlage gerät, die nicht aus eigenen Kräften und Mitteln oder durch die Hilfe von anderen, z. B. von Ange-

Grafik 32

Soziale Hilfen und Dienste

Anteile am Sozialbudget und
Struktur nach Einzelinstitutionen 1977



[1]) z. B. § 276 Abs. 3 Lastenausgleichsgesetz

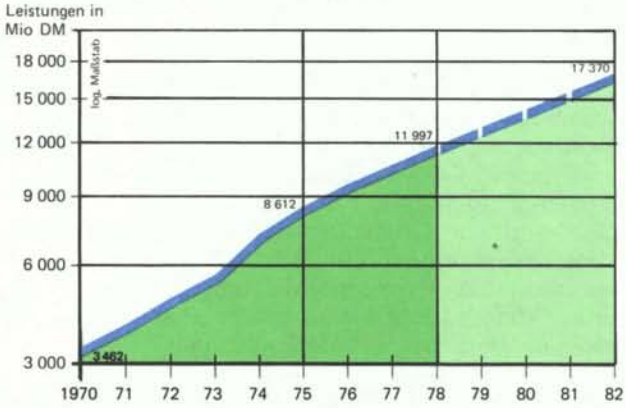
hörigen oder von anderen Sozialleistungsträgern behoben werden kann.

183. Die Sozialhilfestatistik läßt Aussagen über die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe nur bedingt zu. Die zur Verfügung stehenden Zahlen über einzelne Leistungsarten zeigen, daß bis 1975 im allgemeinen die Inanspruchnahme zunahm und sich auf einige Leistungsarten konzentrierte; nur die Zahlen der Empfänger von Ausbildungshilfe, Tuberkulose- und Blindenhilfe gingen beträchtlich zurück. Die Entwicklung in den Jahren 1975 und 1976 ist nicht einheitlich. Rd. vierzig Prozent der durch die Sozialhilfe betreuten Bürger sind Männer und sechzig Prozent Frauen; fast ein Drittel ist mehr als 65 Jahre und knapp ein Viertel noch keine 14 Jahre alt. Rd. zwei Prozent der Sozialhilfeempfänger sind Ausländer oder Staatenlose.

184. Die Leistungen der Sozialhilfe betragen knapp drei Prozent des Sozialbudgets. Das Leistungsvo-

Grafik 33

Sozialhilfe
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 43

Sozialhilfe

Empfänger und Leistungen [1])

Hilfeart	Zahl der Empfänger in 1 000 [2])							Leistungen in Millionen DM [3])
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1976
Sozialhilfeempfänger insgesamt	**1 491**	**1 548**	**1 645**	**1 730**	**1 916**	**2 049**	**2 109**	**9 597**
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	749	803	867	918	1 057	1 190	1 276	3 451
Hilfe in besonderen Lebenslagen	965	979	1 025	1 064	1 126	1 147	1 123	6 146
darunter:								
Vorbeugende Gesundheitshilfe	99	101	101	101	102	100	86	109
Krankenhilfe	349	360	384	400	425	433	414	678
Eingliederungshilfe für Behinderte								
a) Schul- und Berufsausbildung	34	38	43	48	51	56	62	728
b) Sonstige Hilfe	86	82	86	87	88	72	78	857
Tuberkulosehilfe	81	75	69	62	57	47	37	92
Blindenhilfe	39	23	12	11	11	8	8	40
Hilfe zur Pflege	260	289	315	335	366	402	413	3 414
Altenhilfe	19	23	28	32	36	38	34	33

[1]) nach BSHG
[2]) Empfänger mehrerer Hilfearten sind bei jeder Hilfeart erfaßt
[3]) Bruttoausgaben

Übersicht 44

Sozialhilfe

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Leistungen nach dem BSHG						
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 180	3 025	3 451	3 810	4 094	5 164
Ausbildungshilfe	36	82	70	56	49	25
Vorbeugende Gesundheitshilfe	70	114	109	113	119	150
Krankenhilfe	272	624	678	703	781	1 252
Eingliederung Behinderter	379	1 320	1 585	1 822	2 095	3 674
Blindenhilfe	122	35	40	45	20	10
Hilfe zur Pflege	1 107	2 956	3 414	3 915	4 377	6 572
Tbc-Hilfe	121	107	92	87	86	84
Übrige Hilfen	47	142	158	164	172	207
Zusammen	3 334	8 405	9 597	10 715	11 793	17 138
Weitere Leistungen						
Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz	97	133	135	140	147	175
Geschlechtskrankenfürsorge	1	2	2	2	2	2
Weihnachtsbeihilfen	62	97	95	99	102	115
Hilfe für Deutsche im Ausland	12	20	22	23	25	36
Rückführung von Deutschen aus dem Ausland	15	16	21	21	21	21
Zusammen	187	268	275	285	297	349
Leistungen insgesamt	3 521	8 673	9 872	11 000	12 090	17 487
abzüglich:						
Ersatz von Sozialleistungsträgern	401	926	1 054	1 195	1 300	1 875
Darlehen	8	5	3	3	3	2
zuzüglich:						
Verwaltung (geschätzt)	350	870	990	1 100	1 210	1 760
Leistungen Sozialbudget	**3 462**	**8 612**	**9 805**	**10 902**	**11 997**	**17 370**
davon:						
Einkommensleistungen	1 269	3 358	3 808	4 215	4 572	6 186
Sachleistungen	1 828	4 346	4 968	5 545	6 171	9 371
Allgemeine Dienste und Leistungen	364	905	1 025	1 137	1 249	1 806
Verrechnungen	1	3	4	5	5	7

lumen ist um die Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern vermindert worden. Der Leistungsaufwand hat von 3,5 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 9,6 Mrd. DM im Jahre 1976 zugenommen. Die Steigerungsraten waren in der Vergangenheit sehr hoch, besonders 1974, als mit dem Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom März 1974 zahlreiche Leistungsverbesserungen eingeführt wurden. Für die Zeit bis 1982 wird mit einer weiteren Zunahme des Leistungsvolumens auf 17,4 Mrd. DM gerechnet, bei jährlichen Steigerungsraten von durchschnittlich zehn Prozent. Die Vielfalt der von der Sozialhilfe angebotenen Leistungen drückt sich in der funktionalen Streuung aus. Nahezu alle Funktionen werden in Anspruch genommen. Der Schwerpunkt liegt bei den Funktionen „Invalidität", „Alter" und „Krankheit". Etwa zwei Fünftel der Leistungen sind Einkommensleistungen, die Hälfte Sachleistungen und etwa ein Zehntel allgemeine Dienste und Leistungen.

185. Die Finanzierung der Leistungen fällt überwiegend kommunalen Gebietskörperschaften zu (rd. 80 Prozent). Durch den Finanzausgleich zwischen Gemeinden und Ländern werden auch die Länder an der Finanzierung beteiligt (knapp 20 Prozent). Der Bund beteiligt sich an der Tbc- und Kriegsfolgenhilfe.

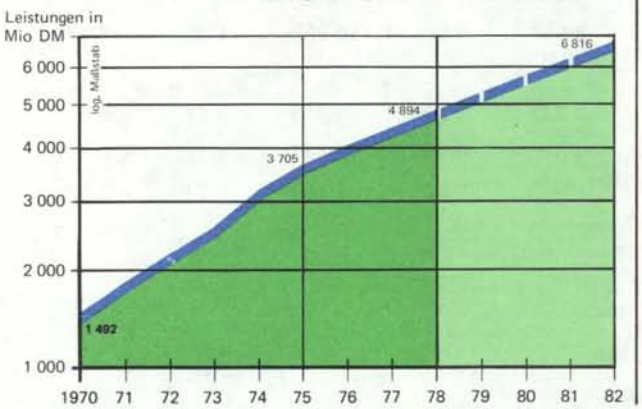
Jugendhilfe

Hierzu: Teil A, Nr. 185
Anhang III — 402

186. Die Institution Jugendhilfe beschreibt Leistungen nach dem Gesetz für Jugendwohlfahrt. Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt, das sind Jugendpflege und Jugendfürsorge. Sie sollen dazu beitragen, das Recht jedes deutschen Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit zu verwirklichen. Die Leistungen werden von den Jugendämtern, den Landesjugendämtern und den obersten Landesbehörden angeboten. Die Arbeit der Träger der freien Jugendhilfe wird mit beträchtlichen Zuschüssen gefördert.

Grafik 34

Jugendhilfe
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 45

Jugendhilfe
Leistungsfälle 1976

	Anzahl
Pflegekinder in Familienpflege	69 264
Amtspflegschaften	330 233
Amtsvormundschaften	74 508
Minderjährige unter Pflegschaft oder Beistandschaft	95 350
Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft	6 854
Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe	18 034
Minderjährige in Fürsorgeerziehung	5 554
Vormundschaften und Pflegschaften über Volljährige	190 279
Adoptionen unter Mitwirkung der Jugendämter	9 551
Jugendgerichtshilfe der Jugendämter	240 362

Übersicht 46

Jugendhilfe
Leistungen 1976

	Millionen DM
Von den Jugendwohlfahrtsbehörden selbst durchgeführte Maßnahmen	
in Einrichtungen	2 409
außerhalb von Einrichtungen	385
Zuschüsse an	
Träger der freien Jugendhilfe	914
private gewerbliche Träger	3
zusammen ...	3 711
Persönliche Hilfen und Verwaltung (geschätzt)	560
Leistungen insgesamt ...	4 271
Abgesetzte übergeleitete Ansprüche	170
Leistungen Sozialbudget	**4 101**

187. Die von den Jugendwohlfahrtsbehörden zu erfüllenden vielfältigen Aufgaben lassen zahlenmäßige Angaben über den betreuten Personenkreis nur bedingt zu. Bereits die Zahlen über die wichtigsten Maßnahmen deuten aber den umfangreichen Wirkungskreis der Jugendhilfe an.

188. Die in das Sozialbudget einbezogenen Leistungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe enthalten die in der amtlichen Statistik erfaßten Ausgaben, denen ein geschätzter Betrag für Verwaltung zugesetzt ist; es fehlen insbesondere die Leistungen der freien Jugendhilfe sowie bestimmte Personal- und Sachkosten der öffentlichen Träger. Die Summe der Leistungen ist um die Einnahmen aus den sogenannten „übergeleiteten Ansprüchen" vermindert, da diese Beträge zu Doppelzählungen führen und die Statistik ihre Herkunft nicht erkennen läßt.

189. Die Leistungen zeigten in den Jahren 1970 bis 1974 hohe Steigerungsraten (durchschnittlich 20 Prozent). Bis 1982 wird das Leistungsvolumen weiter beachtlich zunehmen; vor allem werden offene Hilfen und Beratung hohe Steigerungsraten aufweisen. Das Leistungsvolumen wird durch die großen Positionen Heimpflege, Kindertagesstätten und Freiwillige Erziehungshilfe bestimmt.

190. Die Struktur nach Leistungsarten im Sinne des Sozialbudgets unterliegt, auch langfristig gesehen, keinen nennenswerten Änderungen; knapp drei Fünftel entfallen auf allgemeine Dienste und Leistungen, etwa zwei Fünftel auf Sachleistungen.

191. Die Finanzierung der öffentlichen Jugendhilfe obliegt zu fast achtzig Prozent den kommunalen Gebietskörperschaften, knapp 15 Prozent tragen Länder und Bund. Rund sechs Prozent werden durch Kostenbeiträge der Minderjährigen, ihrer Eltern oder sonstiger Unterhaltsverpflichteter, durch Teilnehmerbeiträge oder Gebühren aufgebracht.

Übersicht 47

Jugendhilfe

Leistungen in Millionen DM

	1970	1975	1976	1977	1978	1982
Kindertagesstätten	319	1 010	1 152	1 271	1 404	1 880
Erholungspflege	84	135	131	136	144	175
Freizeithilfen	55	118	133	147	175	264
Schutz der Pflegekinder						
— Familienpflege	79	266	281	323	384	765
— Heimpflege	432	1 011	1 109	1 193	1 265	1 598
Freiwillige Erziehungshilfe	160	366	417	446	471	598
Fürsorgeerziehung	94	117	116	124	131	165
Übrige Ausgaben	156	346	372	430	480	765
Summe	1 379	3 369	3 711	4 070	4 454	6 210
darunter:						
Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	301	831	914	1 012	1 109	1 523
abzüglich Übergeleitete Ansprüche	102	164	170	204	240	374
Zuzüglich Verwaltung (geschätzt)	215	500	560	620	680	980
Leistungen Sozialbudget	**1 492**	**3 705**	**4 101**	**4 486**	**4 894**	**6 816**

Ausbildungsförderung

Hierzu: Teil A. Nr. 31
Anhang III — 403

192. Ziel der Ausbildungsförderung ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Eine Förderung setzt voraus, daß die Kosten für Ausbildung und Lebensunterhalt den Schülern oder Studenten nicht „anderweitig zur Verfügung stehen".

193. Durch die Änderungsgesetze der Jahre 1973, 1974 und 1975 zu dem im September 1971 in Kraft getretenen Bundesausbildungsförderungsgesetz wurden bis 1975 sowohl die Leistungen als auch der Kreis der geförderten Personen ständig erweitert. Die Zahl der insgesamt geförderten Personen betrug im Jahre 1975 rd. 285 000 Schüler und rd. 334 000 Studenten. 1976 betrug die Zahl der Geförderten etwa 635 000. Das Vierte Änderungsgesetz brachte die Anhebung der Bedarfssätze zum 1. April 1977 und der Freibeträge zum 1. August 1977 für Schüler und zum 1. Oktober 1977 für Studenten. Nach dieser Anpassung ergeben sich folgende Verbesserungen:

— Bei Vollförderung erhält ein bei den Eltern wohnender Schüler monatlich 235 DM, ein auswärts wohnender Student 580 DM.

— Der Freibetrag vom Einkommen der Eltern erhöht sich von 960 DM auf 1 130 DM, der Freibetrag für jedes geförderte Kind von 60 DM auf 70 DM. Damit beläuft sich der Mindestbetrag, der vom Einkommen eines Elternpaares anrechnungsfrei bleibt, auf 1 200 DM.

Als Folge dieser Leistungsverbesserungen wird sich die Zahl der Geförderten im Jahre 1978 voraussichtlich auf über 700 000 Schüler und Studenten erhöhen. Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag wird sich für Schüler auf etwa 265 DM, für Studenten auf etwa 450 DM belaufen.

194. Die Gesamtleistungen der Ausbildungsförderung nahmen von 1975 auf 1976 um 7,2 Prozent ab. Als Folge der 1977 wirksam gewordenen Gesetzesänderungen stiegen sie 1977 um 3,4 Prozent. Ein wesentlich stärkerer Anstieg wird für 1978 erwartet. Bis 1982 ergibt sich nach den im Finanzplan des Bundes vorgesehenen Beträgen eine jahresdurchschnittliche Zunahme von rund acht Prozent. Der Anteil am gesamten Sozialbudget beträgt 0,7 bis 0,8 Prozent.

195. Die Finanzierung erfolgt zu 65 Prozent durch den Bund und zu 35 Prozent durch die Länder. Bund und Länder tragen die ihnen bei der Durchführung entstehenden Verwaltungskosten.

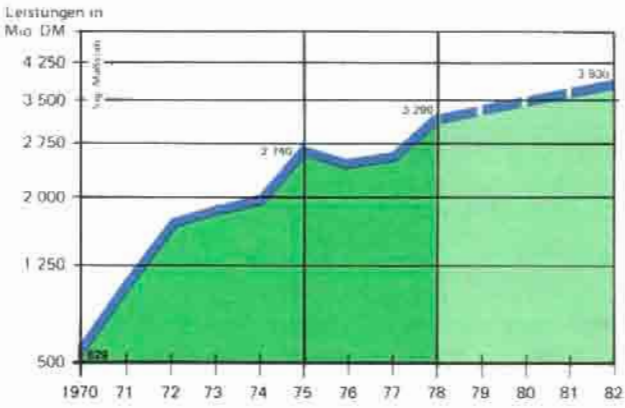
Wohngeld

Hierzu Teil A. Nr. 201
Anhang III — 404

196. Wohngeld wird Mietern als Mietzuschuß und Eigentümern von Wohnraum als Lastenzuschuß gezahlt, wenn im Verhältnis zum Haushaltseinkommen unzumutbare Aufwendungen für eine angemessene Wohnung erbracht werden müssen. Die Höhe des Wohngeldes bestimmt sich im Einzelfall nach Haushaltsgröße, Familieneinkommen und Wohnkosten, die bis zu bestimmten Höchstbeträgen berücksichtigt werden.

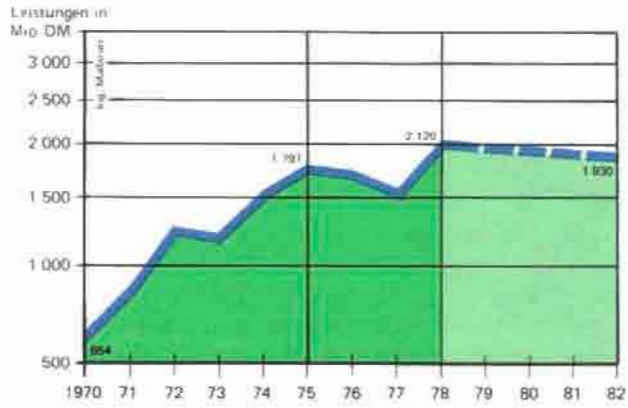
Grafik 35

Ausbildungsförderung
1970 bis 1982
in Millionen DM



Grafik 36

Wohngeld
1970 bis 1982
in Millionen DM



197. Das Wohngeld hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1976 wurde diese Sozialleistung einschließlich rückwirkender Bewilligungen von 1,75 Millionen Haushalten in Anspruch genommen, das heißt rund sieben Prozent aller Haushalte beziehen Wohngeld. Seit 1976 ist die Zahl der Wohngeldempfänger leicht rückläufig. Das beruht darauf, daß das gesetzliche Leistungsniveau von 1974 bis 1977 nicht verändert wurde und eine größere Zahl von Haushalten infolge der Einkommensentwicklung aus dem Wohngeldanspruch herausgewachsen ist. Diese Tendenz wird durch die Wohngeldnovelle 1977 aufgefangen. Sie bewirkt im wesentlichen folgende materiellen Änderungen:

— Anpassung der Wohngeldleistungen an die Mieten- und Einkommensentwicklung,

— Bereinigung struktureller Verzerrungen im Wohngeldbemessungssystem,

— Annäherung der Einkommensgrenzen für das Wohngeld an die des sozialen Wohnungsbaus, Differenzierung des allgemeinen Freibetrages durch einen pauschalen Abzug von 15,0, 22,5 oder 30,0 Prozent.

198. Zum Kreis der Wohngeldempfänger gehören vor allem Rentner, Pensionäre und Sozialhilfeempfänger, aber auch Arbeitnehmer und Selbständige mit geringem Einkommen. 1976 stellten Rentner mit 67,4 Prozent das Gros der Wohngeldempfänger. Der Anteil der geförderten Arbeitnehmer ging von 24,7 Prozent 1970 auf 13,4 Prozent 1976 zurück. Durch die Wohngeldnovelle 1977 werden Arbeitnehmerhaushalte wieder verstärkt in die Wohngeldförderung einbezogen.

199. Die Ausgaben für Wohngeld sind nach dem Wohngeld- und Mietenbericht 1977 von 1968 bis 1975 von 512 Millionen auf 1,655 Mrd. DM gestiegen. Der Anteil des Wohngeldes an der Förderung des Wohnens hat sich in diesem Zeitraum von 6,5 auf rd. 13,5 Prozent vergrößert. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch betrug 1976 72 DM. Mit dem Rückgang der Zahl der Wohngeldempfänger seit 1976 ist bis 1977 auch das Gesamtvolumen des Wohngeldes gesunken. Am Sozialbudget ist das Wohngeld im Jahre 1977 mit 0,4 Prozent beteiligt.

200. Die für Bund und Länder durch die Wohngeldnovelle entstehenden Mehrausgaben werden 1978 auf rd. 490 Millionen DM geschätzt. Dadurch werden die Gesamtleistungen für Wohngeld im Jahre 1978 um fast ein Drittel auf zwei Mrd. DM zunehmen. Bis 1982 wird bei gleichbleibender Rechtsgrundlage wieder mit abnehmenden Wohngeldleistungen gerechnet.

201. Die Finanzierungsmittel für das Wohngeld werden je zur Hälfte von Bund und Ländern aufgebracht. Die Verwaltungskosten tragen die Länder und die Gemeinden.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Hierzu: Anhang III — 405

202. Der öffentliche Gesundheitsdienst umfaßt alle Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, welche die Beobachtung, Begutachtung und Wahrung aller gesundheitlichen Verhältnisse und Belange der Allgemeinheit (einschließlich der Beratung der Verwaltung in gesundheitlichen Fragen) wahrnehmen. Hauptaufgaben sind die Gesundheitsplanung, der gesundheitliche Umweltschutz, die Beratung und Aufklärung der Bevölkerung in gesundheitlichen Fragen sowie die Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten. Hierzu gehören präventive und rehabilitive Maßnahmen für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die besonderer gesundheitlicher Hilfen bedürfen. Weiterhin werden im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes Gutachten für Behörden und Körperschaften erstellt.

203. Die Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes können von der gesamten Bevölkerung in Anspruch genommen werden. 1974 gab es in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 212 staatliche und 171 kommunale Gesundheitsämter. Die Gesundheitsfachverwaltung berät beispielsweise Mütter und Schwangere in der gesundheitlichen Fürsorge kostenlos. Weitere Maßnahmen bilden u. a. die Gesundheitshilfe für Behinderte, psychisch Kranke und Süchtige, alte Menschen sowie die Tuberkulose- und Geschlechtskrankenfürsorge. In der Jugendgesundheitspflege werden Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, das Pflegekinderwesen, die Schulhygiene sowie gesundheitsfördernde Maßnahmen für Jugendliche durchgeführt. In Form von Vorträgen, Informationskampagnen und Austellungen betreibt der öffentliche Gesundheitsdienst gesundheitliche Aufklärung.

204. Die Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die rund 0,4 Prozent des Sozialbudgets ausmachen, steigen von 1975 bis 1982 um fast die Hälfte von 1,3 Mrd. DM auf voraussichtlich 2,0 Mrd. DM. Die jährlichen Steigerungsraten liegen dabei knapp unter den entsprechenden Zuwachsraten des Sozialbudgets insgesamt.

205. Den größten Anteil der Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes machen dabei die Personalaufwendungen aus; das sind Gehälter für ärztliche (Ärzte und Zahnärzte) und nichtärztliche medizinische Heilberufe (Sozialarbeiter, technische Assistenten in der Medizin, Gesundheitsaufseher, Medizinalhelfer für Ärzte und Zahnärzte, Sozialmedizinische Assistenten, Orthoptisten, Logopäden, Krankengymnasten, Ingenieure für Umwelt- und Hygienetechnik, Desinfektoren, Psychologen, Verwaltungspersonal, u. a.). Dabei steht, angesichts einer zum Teil ungünstigen Altersstruktur der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst und einer sich erst langsam bessernden Nachwuchssituation in Verbindung mit einer gegenwärtig noch großen Zahl unbesetzter Stellen, die Sorge um die Sicherung der Funktions-

Übersicht 48

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Gesundheitsämter und Personal der Gesundheitsämter [1])

	1970	1974	1975	1976
Gesundheitsämter	493	383	341	341
darunter:				
staatlich	.	212	235	235
kommunal	.	171	106	106
	— Personal insgesamt —			
Ärzte [2])	4 905	2 504	2 473	2 356
Zahnärzte	2 474	1 350	1 358	1 814
Apotheken	.	—	3	.
Krankenschwestern bzw. Kinderkrankenschwestern [3])	.	337	325	.
Medizinisch-technische Assistenten	694	663	631	590
Gesundheitsaufseher	795	872	904	895
Desinfektoren	315	314	289	274
Sozialarbeiter [4])	4 026	2 841	2 660	2 603
Sonstiges Personal [5])	1 100	1 073	1 062	.

[1]) Quelle: Statistisches Bundesamt
[2]) ohne die für die Gesundheitsämter tätigen Ärzte überörtlicher Träger der Sozialhilfe
[3]) ohne Rheinland-Pfalz
[4]) Fürsorger, Wohlfahrtspfleger, Gesundheitspfleger
[5]) im Gesundheitswesen tätige Personen mit staatlicher Anerkennung

fähigkeit dieses Dienstes im Vordergrund. Die angespannte Personalsituation bei den Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst wird auf die Dauer durch die Übertragung von Aufgaben, die nicht unbedingt von Ärzten wahrgenommen werden müssen, auf geeignete nichtärztliche medizinische Heilberufe durch die Förderung der Nachwuchsgewinnung und durch Bemühungen um eine funktionsgerechtere Besoldung der Ärzte nur langfristig behoben werden können.

206. Die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst werden etwa zu vier Fünfteln aus öffentlichen Mitteln finanziert, und zwar überwiegend von Ländern und Gemeinden.

Vermögensbildung

Hierzu: Teil A, Nr. 171 bis 174
Anhang III — 406

207. Die Institution Vermögensbildung enthält die Leistungen nach dem

— Dritten Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Drittes Vermögensbildungsgesetz),

— Spar-Prämiengesetz,

— Wohnungsbau-Prämiengesetz.

208. Die Leistungen der Vermögensbildung stiegen 1976 nur leicht (+ 1,7 Prozent), 1977 mit elf Prozent relativ stark an, 1978 und in den Folgejahren werden die Aufwendungen für Vermögensbildung zurückgehen, weil die Zahl der Begünstigten begrenzt ist und die Prämiensätze für Anlagen nach dem Sparprämien- und dem Wohnungsbau-Prämiengesetz ab 1976 gesenkt wurden. Die Zahl der Begünstigten wird abnehmen, da die Einkommensgrenzen, die ab 1975 für Sparer mit Anlagen nach dem Sparprämien- und dem Wohnungsbau-Prämiengesetz gelten, bei steigendem Einkommen restriktiv wirken. Der Anteil am Sozialbudget betrug 1977 0,4 Prozent, bis 1982 wird er auf 0,2 Prozent sinken.

209. Die Finanzierung erfolgt für die einzelnen Leistungen der Vermögensbildung wie folgt:

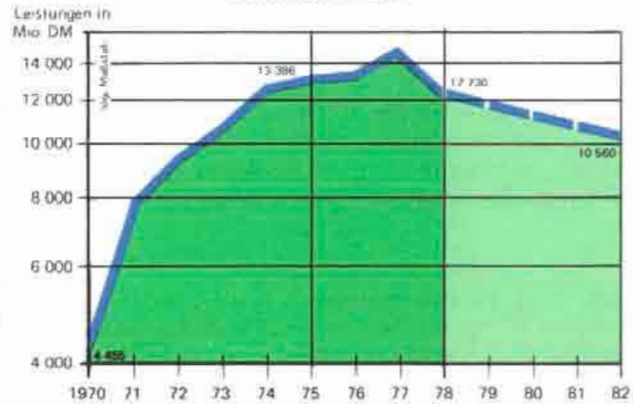
— Die Leistungen nach dem Spar-Prämiengesetz trägt der Bund einschließlich der Zinsen auf Sparprämien.

— Die Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz tragen Bund und Länder je zur Hälfte.

— Vermögenswirksame Leistungen werden von Arbeitgebern (§ 3 Drittes Vermögensbildungsgesetz) und Arbeitnehmern (§ 4 Drittes Vermögensbildungsgesetz) finanziert.

Grafik 37

Vermögensbildung
1970 bis 1982
in Millionen DM



Übersicht 49

Vermögensbildung

Leistungen in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Sparförderung [1]					
Sparprämien [2]	1 633	2 508	4 367	2 000	1 500
Bausparprämien [3]	3 168	2 240	1 940	1 940	1 760
Vermögensbildungsgesetz					
Arbeitnehmer-Sparzulage [4]	2 850	2 960	2 770	2 700	1 950
Arbeitgeberleistungen [5]	5 735	5 905	6 020	6 090	5 350
Leistung insgesamt	**13 386**	**13 613**	**15 097**	**12 730**	**10 560**

[1]) nach dem Jahr der haushaltsmäßigen Auswirkung
[2]) nach dem Sparprämiengesetz (einschließlich Zinsen, aber ohne Zinseszinsen)
[3]) nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz
[4]) nach dem § 12 des Dritten Vermögensbildungsgesetzes
[5]) nach dem § 3 des Dritten Vermögensbildungsgesetzes

— Die Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 12 Drittes Vermögensbildungsgesetz) wird aus den Lohnsteueraufkommen finanziert.

Vermögenswirksame Leistungen werden vertraglich, insbesondere tarifvertraglich vereinbart.

Steuerermäßigungen

Hierzu: Anhang III — 501

210. Als indirekte Leistungen werden in der Institution Steuerermäßigungen steuerliche Erleichterungen erfaßt, die sozialpolitisch motiviert sind. Ab 1977 werden Ausbildungsfreibeträge aufgenommen, auf die zur Bestreitung des Unterhalts und der Berufsausbildung bestimmte eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes sowie Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz angerechnet werden.

211. Die Leistungen der Institution Steuerermäßigungen verdoppeln sich von 25,4 Mrd. (1975) auf 52,5 Mrd. DM (1982). In allen Berichtsjahren liegen die Steigerungsraten mit über zehn Prozent über denen des Sozialbudgets insgesamt. Die Anteile am Sozialbudget erhöhen sich entsprechend von 7,7 Prozent (1975) und 8,8 Prozent (1977) auf voraussichtlich 13,2 Prozent im Jahr 1982. Entscheidend wird diese Entwicklung von den finanziellen Auswirkungen des Ehegattensplittings bestimmt. Ihr Anstieg ist zwangsläufige Folge der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs.

212. Steuerermäßigungen gehen in Form von Mindereinnahmen zu Lasten der öffentlichen Einnahmen. Die Beträge werden entsprechend der Aufteilung der einzelnen Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt.

Grafik 38

Indirekte Leistungen

Anteile am Sozialbudget und Struktur nach Institutionen 1977



Übersicht 50

Steuerermäßigungen

Leistungen in Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
Leistungen Sozialbudget (Einkommensleistungen)	**25 417**	**28 029**	**31 529**	**35 262**	**52 507**
Laufende Steuern auf Einkommen:					
darunter:					
Altersfreibetrag	400	410	420	430	470
Haushaltsfreibetrag	750	790	830	880	1 020
Freibeträge für Berufsausbildung	20	22	23	24	28
Altersentlastungsbetrag	300	340	360	380	460
Außergewöhnliche Belastungen [1]	1 070	1 110	930	1 100	1 500
Pauschbeträge für Körperbehinderte	475	475	490	500	530
Freibeträge für Hinterbliebene [2]	3	2	2	2	2
Ausbildungsfreibeträge	—	—	420	440	500
Freibetrag für Heimbewohner	10	12	16	22	50
Steuerbegünstigtes Bausparen	610	630	730	780	690
Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude [3]	2 200	2 500	2 900	3 400	5 200
Laufende Steuern auf Vermögen					
Ehegattenfreibetrag	367	375	383	278	300
Kinderfreibetrag	149	153	158	116	128
Altersfreibeträge	43	45	47	35	39
Grundsteuerermäßigung	1 110	1 150	1 200	1 250	1 450
Andere Steuern: Kfz-Steuererlaß für Körperbehinderte	110	115	120	125	140

[1] Bis 1976 einschließlich Kosten für auswärtige Unterbringung, die ab 1977 in den Ausbildungsfreibeträgen enthalten sind.
[2] Von Vertriebenen, Kriegsopfern usw.
[3] Ab 1978 sehr grobe Schätzung, da das Volumen künftiger Bautätigkeit bisher noch nicht absehbar ist.

Vergünstigungen im Wohnungswesen

Hierzu: Anhang III — 502

213. Die Leistungen der Institution Vergünstigungen im Wohnungswesen führen als Zinsermäßigungen (bei Darlehen aus öffentlichen Haushalten) oder als Zuschüsse zu Zins- oder Tilgungslasten zu einer Minderung der Aufwendungen der privaten Haushalte für Wohnen. Im einzelnen handelt es sich um Leistungen im Rahmen

— des Sozialen Wohnungsbaus,

— der Wohnfürsorge der öffentlichen Arbeitgeber,

— des Lastenausgleichsfonds (Zinsermäßigungen für Aufbaudarlehen).

214. Die Leistungen für Vergünstigungen im Wohnungswesen stiegen im Jahre 1977 leicht an. Die Entwicklung wird von der starken Zunahme der Zinszuschüsse im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus geprägt, da im Sozialen Wohnungsbau zunehmend an die Stelle der Gewährung öffentlicher Baudarlehen, bei denen die soziale Vergünstigung in Zinsermäßigungen besteht, die Leistung von Beihilfen zur Deckung laufender Aufwendungen (Zinszuschüsse, Aufwendungszuschüsse) getreten ist. Dagegen nehmen die Zinsermäßigungen im Sozialen Wohnungsbau nach Rückgängen im Jahre 1976 bis 1982 weder zu noch ab. Einen leichten Rückgang verzeichnen im gleichen Zeitraum die Zinsermäßigungen der öffentlichen Arbeitgeber, während die Leistungen aus dem Lastenausgleichsfonds stark zurückgehen, da die Vergabe von Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau ausgelaufen ist.

215. Die Finanzierung der Vergünstigungen im Wohnungswesen erfolgt aus Mitteln des Bundes (einschließlich Lastenausgleichsfonds) und der Länder.

Übersicht 51

Vergünstigungen im Wohnungswesen

	1975	1976	1977	1978	1982
Sozialer Wohnungsbau					
— Zinszuschüsse	858	1 051	1 228	1 779	3 294
— Tilgungszuschüsse	70	80	80	80	80
— Zinsermäßigungen	2 442	2 247	2 313	2 373	2 573
Wohnungsfürsorge der öffentlichen Arbeitgeber (Zinsermäßigungen)	596	600	596	592	561
Lastenausgleich (Zinsermäßigungen)	213	195	177	173	145
Sozialbudget insgesamt (Einkommensleistungen)	**4 179**	**4 173**	**4 394**	**4 997**	**6 653**

6. Finanzierung

Hierzu: Anhang I—5 und 6, II—1, II—4, II—6, III, IV—4

216. Die Leistungen des Sozialbudgets werden zu rd. zwei Dritteln durch Beiträge und zu rd. einem Drittel durch Zuweisungen finanziert. Etwa zwei bis drei Prozent sind Zinsen, Gebühren und übrige Einnahmen. Die Mittel dafür werden zu gut dreißig Prozent von Unternehmen, über zwanzig Prozent von privaten Haushalten und fast zur Hälfte von öffentlichen Haushalten aufgebracht. Die Übernahme der Beiträge zur Krankenversicherung durch die Rentner ab 1982 verschiebt die Struktur der Beitragsbelastung mehr auf die privaten Haushalte.

Financing

Approximately two thirds of the benefits under the Social Budget are financed by contributions and about one third by government subsidies. Interests, charges and other receipts account for about 2 to 3 %. Approximately 30 % of the funds are raised by industry, just over 20 % by private households and about 50 % are public funds. The direct payment of sickness insurance contributions by old-age pensioners as from 1982 will result in a shift of the financial burden towards private households.

Financement

Environ deux tiers des prestations du budget social sont financées par des cotisations et un tiers par des subventions. A peu près 2 à 3 % proviennent des intérêts, des taxes et autres recettes. 30 % des fonds proviennent des entreprises, plus de 20 % des ménages privés et presque la moitié des budgets publics. Le versement des cotisations à l'assurancemaladie par les titulaires d'une pension ou d'une rente à partir de 1982, modifiera la structure de la charge des cotisations au détriment des ménages privés.

Zuweisungen

217. Die öffentlichen Zuweisungen betragen in den einzelnen Jahren von 1970 bis zum Ende des Berichtszeitraumes 33 bis 36 Prozent der Einnahmen. Sie neigen längerfristig zu unterproportionalem Wachstum, vor allem wegen der relativ abnehmenden Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung. Die Entwicklung wird jedoch ab 1975 unterbrochen. Wegen der relativ langsam wachsenden Beitragseinnahmen gewinnen die Bundeszuschüsse an Gewicht. Außerdem steigt der Anteil öffentlicher Mittel 1975 infolge der Neuregelung des Kindergeldes und in einigen Jahren (zum Beispiel 1975 und 1978) wegen höherer Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit. Der Bund ist an den gesamten öffentlichen Zuweisungen 1970 mit 73 und voraussichtlich 1982 mit rd. 102 Mrd. DM beteiligt. Ein Rückgang des Anteils der Finanzierung durch den Staat entsteht durch den Rückgang der Zahl der Empfänger von Entschädigungsleistungen.

218. Bei den Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln handelt es sich zumeist um Verwaltungsleistungen, die von Arbeitgebern getragen werden müssen, ohne daß dafür Beiträge erhoben werden können (zum Beispiel bei Betrieben für Betriebskrankenkassen).

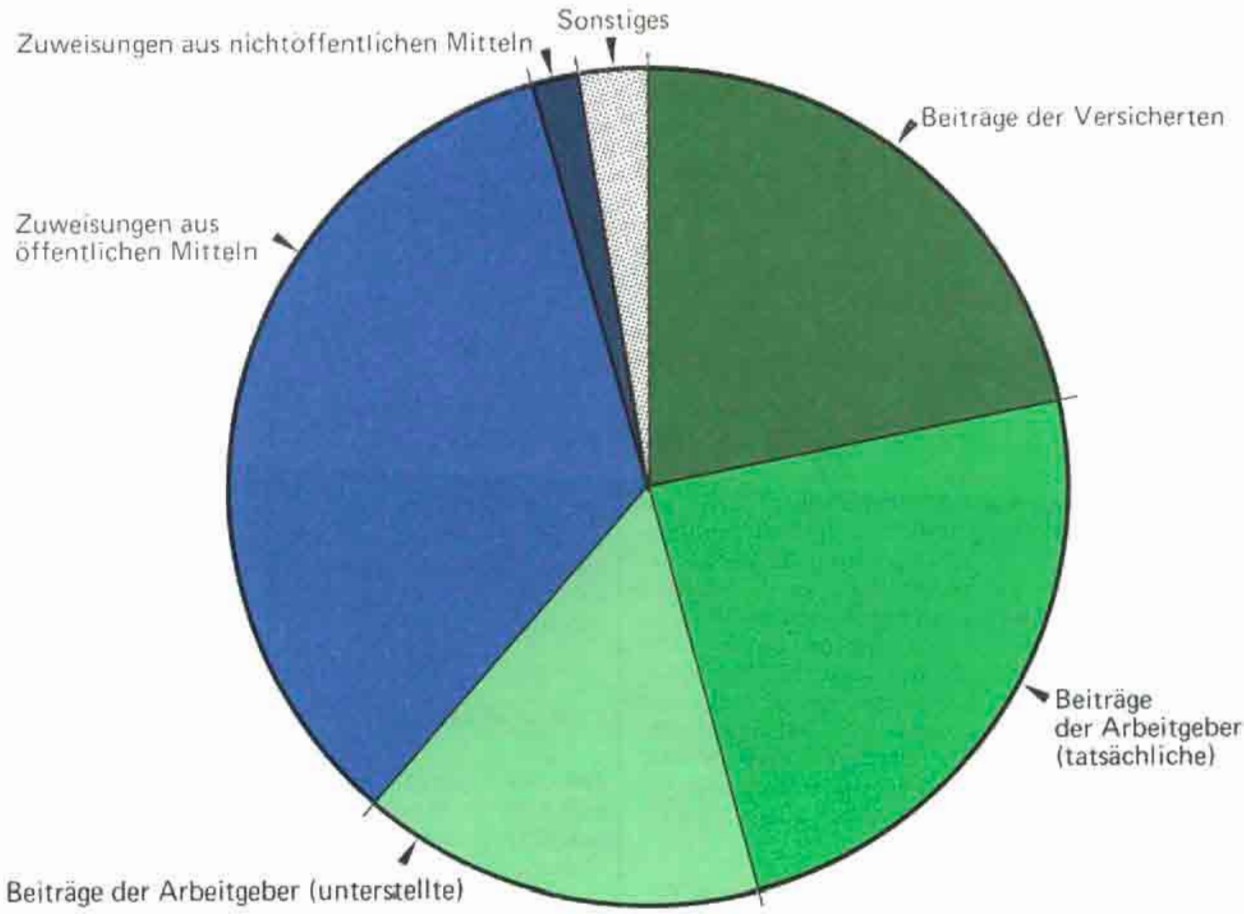
Beiträge

219. Der Anteil der Beiträge an der Gesamtfinanzierung nimmt zu. Im Durchschnitt belief er sich auf rd. 60 Prozent; nur im Jahre 1975 sank er vorübergehend. Die Gesamtheit der Beiträge besteht aus recht unterschiedlichen Komponenten. Einesteils gibt es die — größtenteils an Versicherungspflicht gebundenen — Beiträge zu den großen Systemen der Sozialversicherung, die meist hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Andererseits handelt es sich um unterstellte Beiträge von Arbeitgebern für direkte Leisungen: Finanzierung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, der freiwilligen und tariflichen Arbeitgeberleistungen sowie der im öffentlichen Dienst zu leistenden Pensionen und Beihilfen. Ab 1982 kommt der direkt geleistete Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung hinzu, der die bis dahin übliche Finanzierung aus Verrechnungen zwischen den Versicherungsträgern ablösen soll.

220. Versicherte und Arbeitgeber brachten 1970 rung 74 Mrd. Mark an Beiträgen auf. Diese Summe hat sich bis 1975 fast verdoppelt. Bis 1982 ist mit einem weiteren Steigen auf rd. 235 Mrd. DM zu rechnen, zu denen weitere 14 Mrd. DM als Krankenversicherungsbeiträge der Rentner kommen.

Grafik 39

Finanzierung 1977
nach Arten



Übersicht 52

Finanzierung nach Arten

— Anteile in Prozent —

	1975	1976	1977	1978	1982
Beiträge	59,4	61,0	61,3	61,1	63,3
Beiträge der Versicherten	21,0	22,0	21,9	22,0	21,9
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	22,6	23,5	23,9	23,6	23,5
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	15,8	15,5	15,5	15,5	15,2
Beiträge der Rentner	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Zuweisungen	37,7	36,3	36,1	36,8	35,1
aus öffentlichen Mitteln	35,5	34,3	34,2	34,9	33,7
aus nichtöffentlichen Mitteln	2,2	2,0	1,9	1,9	1,4
Sonstige Einnahmen	2,9	2,7	2,5	2,1	1,6
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

221. Von 1970 bis 1975 ist der Gesamtbeitrag der Arbeitnehmer zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung von durchschnittlich 26,5 auf 30,5 Prozent der beitragspflichtigen Bruttoentgelte gestiegen, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsäzlich je zur Hälfte betroffen waren. Bis 1976 ist der Gesamtbeitrag wegen Erhöhung der Beitragssätze in der Krankenversicherung um durchschnittlich 0,8 Prozent und für die Bundesanstalt für Arbeit um ein Prozent auf durchschnittlich 32,2 Prozent der Arbeitsentgelte gestiegen. Bis 1981 wird nicht mit weiteren Erhöhungen gerechnet. Erst ab 1981 wird er voraussichtlich infolge der Beitragserhöhung in der Rentenversicherung auf knapp 33 Prozent steigen.

222. Die unterstellten Beiträge der Arbeitgeber stellen Finanzierungsmittel dar für gesetzliche Leistungen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber (Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle, Pensionen und Beihilfen im öffentlichen Dienst) und vertragliche und freiwillige Leistungen. Die Kosten der Entgeltfortzahlung folgen prozyklisch der Lohn- und Konjunkturentwicklung. Die Leistungen im öffentlichen Dienst und damit die zu ihrer Finanzierung erforderlichen Mittel nehmen nicht stärker zu als die allgemeine Entwicklung; ihr Anteil ist daher leicht rückläufig. Wegen des Wegfalls der Kinderzuschläge wurde im Jahre 1975 diese Tendenz noch verstärkt. Die Aufwendungen für freiwillige und vertragliche Arbeitgeberleistungen steigen ebenfalls leicht unterproportional zum Sozialbudget.

Sonstige Einnahmen

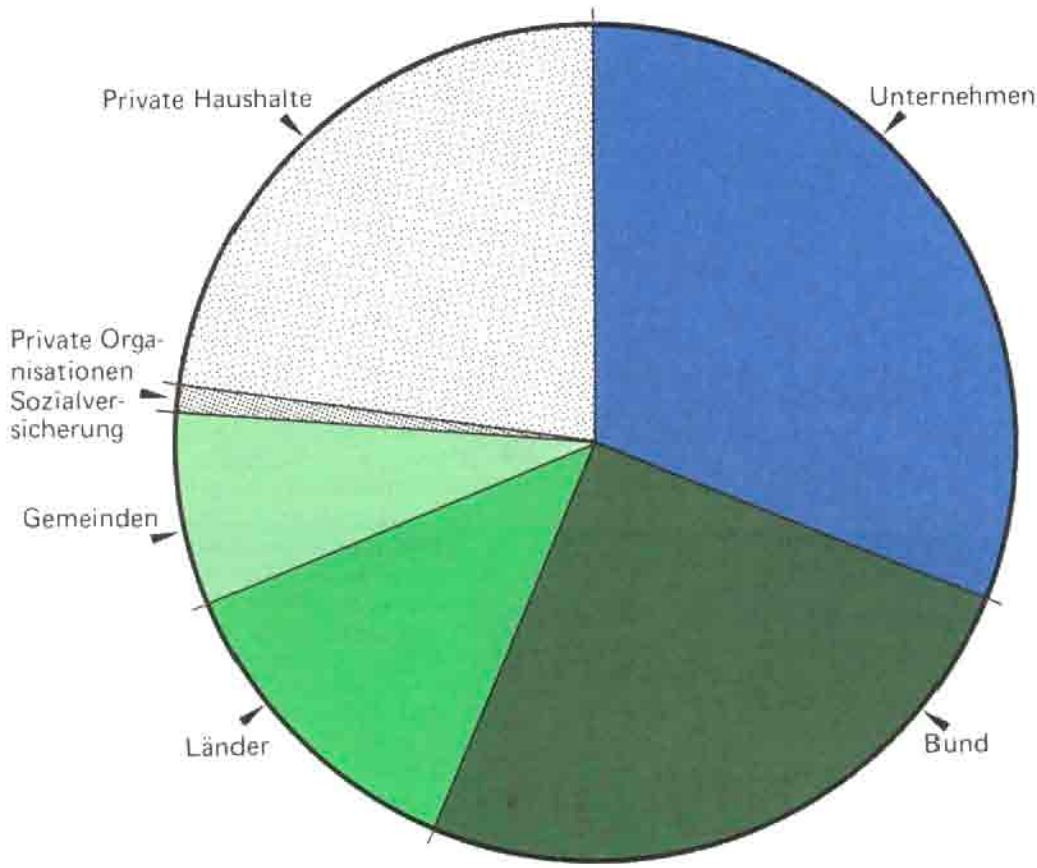
223. Sonstige Einnahmen sind nur für einige Einrichtungen von Bedeutung. Überwiegend bestehen sie aus Zinsen und anderen Vermögenserträgen. Am Gesamtbudget sind sie mit weniger als drei Prozent beteiligt.

Unternehmen

224. Die genannten Entwicklungslinien spiegeln sich auch in der Finanzstruktur wider, die sich aus der Zuordnung auf Finanzierungsquellen ergibt. Unternehmen tragen mit Arbeitgeberbeiträgen und unterstellten Beiträgen zur Finanzierung bei. Das allmähliche Steigen der Beiträge zur Sozialversicherung und die Einführung der Lohnfortzahlung prägen den Trend der Entwicklung. Unterbrochen wird die Entwicklung 1975 einesteils durch den Konjunktureinbruch, insbesondere weil weniger Mittel für die Lohn- und Gehaltforzahlung aufgewandt werden mußten, andererseits durch zusätzliche Mittel, die der Bund für das Kindergeld bereitstellen mußte. Insgesamt stiegen die Mittel, die von den öffentlichen und privaten Wirtschaftsunternehmen aufgebracht werden von 1970 bis 1975 auf knapp das Doppelte, nämlich von 57 auf 100 Mrd. DM. Sie werden bis 1982 um weitere 50 Prozent auf voraussichtlich 152 Mrd. DM steigen. Das sind fast zehn Prozent des Bruttosozialprodukts und 30 Prozent des Sozialbudgets.

Grafik 40

Finanzierung 1977
nach Quellen



Private Haushalte

225. Der Anteil der privaten Haushalte an der Gesamtfinanzierung des Sozialbudgets steigt von 21 Prozent 1970 auf knapp 22 Prozent 1975 und bis 1982 weiter auf über 25 Prozent; zweieinhalb Prozent davon sind Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung.

Öffentliche Haushalte

226. Die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden) sind an der Finanzierung der Sozialleistungen als Geber gesetzlicher Zuweisungen (z. B. Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung), als Träger von Einrichtungen (z. B. Sozialhilfe), als Arbeitgeber oder Dienstherren (z. B. für Gehaltsfort-

Übersicht 53

Finanzierung nach Quellen

— Anteile in Prozent —

	1975	1976	1977	1978	1982
Unternehmen	30,4	30,8	31,1	30,4	29,4
Bund	26,7	25,4	25,2	25,5	23,6
Länder	12,7	12,5	12,4	12,7	12,8
Gemeinden	7,4	7,4	7,5	7,7	8,0
Sozialversicherung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Private Organisationen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Private Haushalte	21,8	22,9	22,8	22,8	25,3
Übrige Welt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

zahlung im Krankheitsfall sowie für Pensionen und Beihilfen) und bei den indirekten Leistungen (z. B. steuerliche Vergünstigungen) als Träger des Einnahmeausfalls beteiligt.

227. Insgesamt zeigt sich, daß der Anteil an der Gesamtfinanzierung, der von der öffentlichen Hand getragen wird, von 47 Prozent (1970) zunächst leicht zurückging, aber 1975 wieder auf den gleichen Prozentsatz stieg. 1982 wird er voraussichtlich 44 Prozent betragen. Relativ beständig sind daran die Länder mit 12 bis 14 und die Gemeinden mit sieben bis acht Prozent beteiligt.

Einzelne Zweige

228. Zu den Strukturveränderungen in einigen Bereichen läßt sich folgendes sagen:

— In der Rentenversicherung nimmt das Gewicht der Beiträge bis 1975 zu, danach steigen die Bundeszuschüsse stärker. Im Durchschnitt werden durch Beiträge rd. 77, durch Bundeszuschüsse rd. 19 bis 21 Prozent der Ausgaben finanziert.

— Die wichtigsten Finanzierungsfaktoren der Krankenversicherung sind Beiträge und Verrechnungseinnahmen; letztere bestehen zum größten Teil wiederum aus Beiträgen anderer Institutionen für Rentner, Arbeitslose und Rehabilitanden. Die von der Rentenversicherung gezahlten Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner haben bis 1975 überproportional zugenommen. Der Finanzierungsanteil durch Verrechnungseinnahmen steigt daher von 22 Prozent (1970) auf 27 Prozent (1975). Seit 1977 nimmt er ab, weil der Beitragssatz der Krankenversicherung der Rentner durch das 20. Rentenanpassungsgesetz auf elf Prozent begrenzt wurde. Ab 1982 sollen die Rentner der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestelltenversicherung direkte Beiträge zahlen. Der allgemeine Beitragssatz wurde wegen der starken Ausgabenentwicklung von 8,2 Prozent 1970 auf 10,5 Prozent 1975 heraufgesetzt. Bis 1977 stieg er weiter auf etwa 11,4 Prozent. Dabei wurden in den Jahren 1976 und 1977 beträchtliche Finanzierungsüberschüsse erzielt, weil die starke Expansion der Ausgaben, mit der die Selbstverwaltungsorgane rechneten, ausblieb. Die Überschüsse betrugen jeweils drei bis vier Mrd. DM. Auch für 1978 wird wieder mit einem Überschuß gerechnet, der wegen der geringeren Einnahmen aus der Krankenversicherung der Rentner niedriger als 1976 und 1977 ausfallen, aber wieder rd. eine Mrd. DM erreichen wird.

— Die Unfallversicherung weist im Berichtszeitraum keine strukturellen Besonderheiten auf. Sie finanziert ihre Leistungen zu mehr als vier Fünfteln durch Beiträge. Direktleistungen und Zuweisungen erreichen etwa ein Achtel.

— Die Arbeitsförderung wird überwiegend durch Beiträge finanziert, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte getragen werden. Bis 1975 war der Beitragssatz für beide Parteien je ein Prozent, ab 1976 je 1,5 Prozent. Dadurch stiegen 1976 die Beiträge von 8,7 auf 13,5 Mrd. DM. Bis 1982 werden sie sich auf fast zwanzig Mrd. DM erhöht haben. Der Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung bewegt

sich in den einzelnen Jahren zwischen drei (1970) und 39 Prozent (1975), je nachdem, wie hoch die Bundeszuschüsse zur Bundesanstalt für Arbeit zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben sein mußten und je nach Höhe der arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramme. Im Jahre 1982 werden es voraussichtlich zwanzig Prozent sein. In jenem Jahre wird auch die Anschluß-Arbeitslosenhilfe wieder voll durch den Bund finanziert werden.

Finanzierungssaldo

229. Das Ergebnis zwischen Aufwendungen und Erträgen ergibt den Finanzierungssaldo. Er zeigt, ob die Erträge ausgereicht haben, die Aufwendungen zu decken, oder ob das Vermögen (Rücklagen) in Anspruch genommen werden mußte. Solche Salden treten nur bei den Institutionen auf, deren Leistungen durch Beiträge finanziert werden. Von wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung sind sie bei den großen Zweigen der Sozialversicherung.

230. In den Jahren 1975 bis 1978 entstehen teilweise Defizite beträchtlichen Ausmaßes. Im Jahre 1975 entstand infolge des Konjunkturrückschlages in der Arbeitsförderung ein Negativsaldo in Höhe von rd. dreieinhalb Mrd. DM [1]). Die Rentenversicherung weist zu dieser Zeit noch einen Überschuß in Höhe einer halben Mrd. DM auf. Die Krankenversicherung hat mit rd. 250 Millionen ein Defizit. In den Jahren 1976 bis 1978 verlagern sich die Gewichte: In der Rentenversicherung entstehen Defizite von zunächst sechs, dann neuneinhalb und schließlich — voraussichtlich 1978 — rd. acht Mrd. DM. Dagegen hat die Krankenversicherung 1976 und 1977 infolge der Beitragserhöhungen bis Anfang 1976 und unterproportionaler Ausgabenentwicklung Überschüsse von dreieinhalb bis vier Mrd. DM; auch 1978 kann wieder mit einem Überschuß von rd. einer Mrd. DM gerechnet werden, obwohl die Beitragseinnahmen aus der Krankenversicherung der Rentner von 1976 bis 1978 gemäß dem 20. Rentenanpassungsgesetz um rd. drei Mrd. DM zurückgegangen sind. In der Arbeitsförderung zeigen sich in der Summe der drei Jahre infolge der hohen Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln etwa ausgeglichene Rechnungsergebnisse.

Für das Jahr 1982 werden in der Rentenversicherung, nachdem der Beitragssatz ab 1981 um einen halben Punkt heraufgesetzt worden sein wird, wieder Überschüsse in Höhe von 5,7 Mrd. DM entstehen. Zusammen mit den Überschüssen aus der Krankenversicherung (eineinhalb Mrd. DM), der Arbeitsförderung (0,4 Mrd. DM) und der Unfallversicherung (0,9 Mrd. DM) wird es voraussichtlich Überschüsse in der Sozialversicherung in Höhe von achteinhalb Mrd. DM geben.

Bei den Systemen, die überwiegend nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten — Versorgungswerke und Zusatzversicherungen — zeigen sich in allen Jahren Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben.

[1]) In der Abgrenzung der laufenden Einnahmen und Ausgaben im Sozialbudget. So bleiben z. B. Darlehen (ausgezahlte, aufgenommene, Tilgungen) unberücksichtigt, desgleichen Grunderwerb, Zuweisungen zur und Entnahmen aus der Rücklage. Zuweisungen zur Defizitdeckung wandeln ein vorhandenes Haushaltsdefizit u. U. in einen ausgeglichenen oder positiven Saldo (i. S. d. Sozialbudgets) um.

Übersicht 54

Finanzierungssalden [1])

in Mrd. DM

Institution	1975	1976	1977	1978	1982
Rentenversicherung	+0,6	−6,0	−9,5	−7,9	+5,7
Krankenversicherung	−0,2	+3,6	+3,8	+1,1	+1,5
Unfallversicherung	+0,7	+0,8	+0,8	+0,8	+0,9
Arbeitsförderung	−3,5	+1,3	+0,5	−0,6	+0,4
Versorgungswerke	+0,7	+0,8	+0,8	+0,8	+1,1
Zusatzversicherungen	+1,3	+1,6	+1,4	+1,4	+1,4

[1]) vgl. Fußnote zu Nummer 230

III. Wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge

1. Entwicklung von Verdiensten und Kaufkraft

231. Die realen Nettoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer haben sich von 1950 bis heute im Durchschnitt mehr als verdreifacht. Auch künftig werden sie bei realem Wirtschaftswachstum weiter steigen. Für den Zeitraum bis 1982 ergibt sich aus den derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Bundesregierung eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von zwei bis zweieinhalb Prozent für die Kaufkraft der Arbeitnehmer.

1. Developement of wages and purchasing power

The average net income of workers in real terms has increased more than threefold since 1950. With an economic growth in real terms incomes will continue to rise in future. For the period up to 1982 the overall economic assumptions of the Federal Government indicate an average increase in the purchasing power of employees of 2—2.5 % per annum.

1. Evolution des salaires et du pouvoir d'achat

Les revenus moyens nets en termes réels des travailleurs ont plus que triplé depuis 1950 jusqu'à nos jours. Dans l'hypothèse d'une croissance économique réelle, ils continueront à augmenter. Pour la période d'ici 1982, les prévisions actuelles du gouvernement fédéral en matière de l'économie générale indiquent pour le pouvoir d'achat des travailleurs un taux d'acroissement moyen annuel de 2 à 2,5 %.

232. Die Aufgabe des Sozialbudgets, neben den Leistungen auch die Finanzierung der sozialen Sicherung transparent zu machen, schließt eine Analyse darüber ein, wie sich die Beitragsbelastung der Arbeitnehmer entwickelt und welche Konsequenzen sich daraus (im Zusammenwirken mit Steuerabzügen und Preissteigerungen) für die Realeinkommen der Arbeitnehmer ergeben. Wie in allen früheren Sozialbudgets der Bundesregierung werden auch im vorliegenden Sozialbudget zu diesem Zweck umfangreiche, bis 1950 zurückgehende Tabellen veröffentlicht. Eine Auswahl aktueller Daten aus diesen Tabellen in Anhang IV ist in Übersicht 55 zusammengestellt.

Die Entwicklung der Einkommen und der Abgabenbelastung kann auf verschiedene Weise untersucht werden, und zwar vor allem je nach Fragestellung mehr bezogen auf den Durchschnitt der Arbeitnehmer oder auf typische Einzelfälle. Alle derartigen Analysen kommen im Ergebnis zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die wesentlichen Grundlinien und gelten für den Durchschnitt der abhängig Beschäftigten.

233. Obwohl Lohnabzüge und Preise gestiegen sind, hat sich das durchschnittliche reale Nettoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer seit 1950 bis heute auf gut das Dreifache erhöht. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachtumsrate von vier bis viereinhalb Prozent.

- Brutto sind die Löhne und Gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer von 1950 bis heute um durchschnittlich acht bis achteinhalb Prozent jährlich gestiegen.
- Die Belastung der Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen hat sich von 1950 bis heute von zwölfeinhalb Prozent der Bruttolöhne und -gehälter auf rd. 30 Prozent im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt erhöht. Der größte Teil des Belastungsanstiegs entfällt auf die Lohnsteuer, deren Anteil an den Bruttolöhnen und -gehältern von rd. viereinhalb Prozent im Jahre 1950 bis auf rd. 16 ½ Prozent gestiegen ist. Ein Drittel des Belastungsanstiegs geht auf die Sozialbeiträge zurück, deren Anteil an den Bruttolöhnen und -gehältern von rd. acht Prozent im Jahre 1950 bis auf rd. 13½ Prozent gestiegen ist.
- Netto sind die Löhne und Gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer von 1950 bis heute um durchschnittlich jährlich rd. siebeneinhalb Prozent gestiegen. Der Anstieg der Abgabenbelastung bewirkte somit, daß langfristig die Löhne und Gehälter netto um knapp ein Prozent jährlich schwächer zugenommen haben als brutto.
- Berücksichtigt man schließlich noch die Preissteigerungen für die Lebenshaltung, die von 1950 bis heute rd. drei Prozent jährlich betragen haben, dann ergibt sich die obengenannte Wachstumsrate von vier bis viereinhalb Prozent jährlich für die durchschnittlichen realen Nettoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer.

Übersicht 55

Lohnabzüge und Einkommen 1975 bis 1978

(Weitere Daten sowie Erläuterungen in Anhang IV)

	Einheit	1975	1976	1977	1978
Beitragssätze (Arbeitnehmeranteil)					
Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten	%	9	9	9	9
Krankenversicherung	%	5,25	5,65	5,7	5,7
Bundesanstalt für Arbeit	%	1	1,5	1,5	1,5
insgesamt	%	15,25	16,15	16,2	16,2
Anteile an der Bruttolohn- und -gehaltsumme (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)					
Sozialbeiträge	%	12,5	13,3	13,4	13,4
Lohnsteuer	%	15,2	16,2	16,9	16,4
Lohnabzüge insgesamt	%	27,7	29,5	30,3	29,7
Nettolohn- und -gehaltsumme	%	72,3	70,5	69,7	70,3
Lohn eines männlichen Facharbeiters in der Industrie (verheiratet, Steuerklasse III/0)					
Bruttowochenlohn	DM	460,00	497,00	534,00	563,00
Arbeitnehmerbeiträge	DM	70,15	80,27	86,51	91,21
Lohnsteuer	DM	53,12	60,55	68,01	64,67
Nettowochenlohn	DM	336,73	356,18	379,48	407,12
Anteil des Nettolohns am Bruttolohn	%	73,2	71,7	71,1	72,3
Rentenniveau (Altersruhegeld der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, Bestandsrente im Kalenderjahr, 45 anrechnungsfähige Versicherungsjahre, Durchschnittsverdiener) gemessen am					
Bruttoentgelt	%	48,6	50,4	52,1	51,7
Nettoentgelt	%	67,2	71,5	74,7	73,6
eines vergleichbaren Versicherten					

234. Die Bundesregierung hat in allen sieben bisherigen Sozialbudgets versucht, auch die Entwicklung der realen Nettoverdienste für den jeweiligen mittelfristigen Vorausberechnungszeitraum abzugreifen. Die Überprüfung anhand der tatsächlich eingetretenen Entwicklung bestätigt, daß derartige Vorausberechnungen — wie jede Prognose oder Projektion wirtschaftlicher Größen — eine erhebliche Unsicherheitsspanne haben, aber trotz der quantitativen Abweichungen im Kern richtig waren: Wie vorausberechnet, sind die realen Nettoverdienste der Arbeitnehmer im jeweiligen Fünfjahreszeitraum spürbar gewachsen.

235. Im einzelnen zeigt der Soll-Ist-Vergleich folgendes:

— Die im Sozialbudget 1968 vorausberechnete Wachstumsrate von drei bis vier Prozent jährlich für den Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1972 ist von der tatsächlichen Entwicklung (rd. fünf Prozent) übertroffen worden. Zu Beginn des damaligen Konjunkturaufschwungs ist der mittelfristige Wachstumsspielraum für die realen Nettoverdienste der Arbeitnehmer unterschätzt worden.

— Die im Sozialbudget 1969/70 genannte Wachstumsrate von vier bis fünf Prozent jährlich für

den Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1973 hat die tatsächliche Entwicklung (rd. viereinhalb Prozent) recht gut getroffen.

— Die in den Sozialbudgets 1971, 1972, 1973 und 1974 vorausberechneten Wachstumsraten sind von der tatsächlichen Entwicklung nicht ganz erreicht worden. Die außenwirtschaftlichen und strukturellen Probleme, die seit 1973 die Entwicklung belasten, sind damals in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen worden, so daß der mittelfristige Wachstumsspielraum für die realen Nettoverdienste der Arbeitnehmer überschätzt worden ist. Die Vorausberechnungszeiträume dieser vier Sozialbudgets (1971 bis 1975, 1972 bis 1976, 1973 bis 1977 und 1974 bis 1978) schließen die Jahre ein, in denen die binnenwirtschaftliche Entwicklung besonders stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflußt worden ist. Insgesamt liegen die tatsächlich erreichten durchschnittlichen Wachstumsraten (einschließlich der Wirkungen der Steuer- und Kindergeldreform 1975) um jeweils etwa einen Prozentpunkt unter den vorausberechneten Fünfjahresdurchschnitten.

— Für den Vorausberechnungszeitraum bis 1979 ist im letzten Sozialbudget eine Wachstumsrate der Nettorealeinkommen von rund zweieinhalb Prozent jährlich angesetzt worden. Auf Grund der vorläufigen statistischen Ergebnisse für die Jahre 1975, 1976 und 1977 und der derzeitigen Vorstellungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1978/1979 kann heute für den Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1979 eine jährliche Wachstumsrate von rund zwei Prozent geschätzt werden (einschließlich der Wirkungen der Steuer- und Kindergeldreform 1975 und der steuerlichen Entlastungen 1977 und 1978).

236. Auch für den aktuellen Vorausberechnungszeitraum des vorliegenden Sozialbudgets ist mit einer weiteren spürbaren Zunahme der realen Nettoverdienste der Arbeitnehmer zu rechnen.

Aus den derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Bundesregierung ergibt sich eine jährliche Wachstumsrate von zwei bis zweieinhalb Prozent für den Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1982. Diese mittelfristige Bandbreite entspricht dem Durchschnitt der in den letzten Jahren erreichten und für die kurzfristige Zukunft zu erwartenden Werte.

237. Gemessen an den in der längerfristigen Vergangenheit tatsächlich erzielten Wachstumsraten könnte die Vorausberechnung im vorliegenden Sozialbudget als zu niedrig angesehen werden. Das jährliche Wachstum der durchschnittlichen realen Nettoarbeitseinkommen um zwei bis zweieinhalb Prozent ist jedoch zu sehen vor dem Hintergrund der schwierigen Strukturprobleme und der schwieriger gewordenen außenwirtschaftlichen Bedingungen, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten. Außerdem ergeben diese prozentualen Zuwachsraten absolute Zuwachsbeträge, die die Größenordnungen früherer Jahre erreichen:

— Das reale Nettoarbeitseinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer ist (in Preisen von 1970) in den fünfziger und sechziger Jahren im Durchschnitt pro Monat um rd. 26 DM gestiegen.

— In den siebziger Jahren bis einschließlich 1977 war der durchschnittliche absolute Zuwachs gleich hoch (mit geringen Abweichungen je nach rechnerischer Behandlung von Lohnfortzahlung 1970 und Steuer- und Kindergeldreform 1975).

— Unter Berücksichtigung der Rundungsmarge bringen zwei bis zweieinhalb Prozent jährlich im Fünfjahreszeitraum bis 1982 einen durchschnittlichen monatlichen Zuwachs in der Größenordnung von 20 bis 30 DM (in Preisen von 1970).

Die inzwischen erreichte Erhöhung des absoluten Ausgangsniveaus kompensiert die Abflachung der prozentualen Zuwachsraten. Deshalb haben die absoluten Zuwächse der realen Nettoverdienste, die nach den derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Annahmen für die nächsten Jahre geschätzt werden können, die gleiche Größenordnung wie in den Jahren seit 1950.

2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

238. Annahmen und Ergebnisse des Sozialbudgets entsprechen den derzeitigen Vorstellungen der Bundesregierung über die weitere kurz- und mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Die Umsetzung des Sozialbudgets in das Darstellungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbindet die Vorausberechnungen des Sozialbudgets mit den gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen der Bundesregierung. Diese Verzahnung der Vorausberechnungen ist Teil der Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

2. National accounts

The hypotheses and results of the Social Budget are in accordance with the current assumptions of the Federal Government as to the short-term and medium-term economic development. By translating the social budget into the pattern of national accounts the forecasts of the social budget are put in relation to the overall economic forecasts of the Federal Government. This interrelation of forecasts is part of the coordination of economic, financial and social policy.

2. Comptabilité nationale

Les hypothèses et résultats du Budget Social correspondent aux conceptions actuelles du gouvernement fédéral sur l'évolution économique à court et à moyen terme. L'insertion du budget social dans le concept de réalisation de la comptabilité nationale met en rapport les prévisions du budget social et les prévisions économiques générales du gouvernement. Cette interaction sur le plan des prévisions fait partie de l'harmonisation des politiques économique, financière et sociale.

239. Die Soziale Sicherung stellt sich in gesamtwirtschaftlicher Sicht dar als Umverteilung von Einkommen und als Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen. Die Sozialleistungen und ihre Finanzierung haben einen erheblichen Anteil an den Geld- und Güterströmen in der Volkswirtschaft. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Einnahmen und Ausgaben für die Soziale Sicherung beeinflussen sich gegenseitig. Die damit gegebene enge Verflechtung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik verlangt eine sorgfältige Abstimmung, zu der auch die Verzahnung der verschiedenen Planungsinstrumente beiträgt.

240. Das vorliegende Sozialbudget ist auf dreifache Weise mit den anderen Vorausberechnungen der Bundesregierung verknüpft:

— Die Grundannahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Übersicht 1) stimmen für 1978 mit der Jahresprojektion des Jahreswirtschaftsberichts (Drucksache 8/1471) und für den Zeitraum bis 1982 mit den Annahmen überein, die die Bundesregierung Anfang 1978 als Unterlage für die mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften sowie für die Berechnungen zur mittelfristigen Finanzentwicklung der Rentenversicherung festgelegt hat.

— Die Ansätze des Sozialbudgets für die Sozialleistungen und ihre Finanzierung entsprechen den Berechnungen im Rentenanpassungsbericht (Drucksache 8/1615), den Haushaltsansätzen für 1978 und den vorbereitenden Berechnungen für die Fortschreibung des mittelfristigen Finanzplans des Bundes bis 1982 nach Stand von Anfang 1978.

— Die ersten vorläufigen Berechnungen zum Sozialbudget sind in die gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen eingegangen, die als Grundlage bei der Festlegung der gesamtwirtschaftlichen Grundannahmen gedient haben. Die Ergebnisse des vorliegenden Sozialbudgets entsprechen dem derzeitigen Stand der Daten über die soziale Sicherung in den gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen der Bundesregierung.

241. Um sicherzustellen, daß die Vorausberechnungen des Sozialbudgets übereinstimmen mit den gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen, werden die Rechenergebnisse des Sozialbudgets in das Darstellungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umgesetzt. Die Zahlen des Sozialbudgets für die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung und für die Sozialleistungen anderer Bereiche werden in einem geschlossenen Tabellensystem durch Ausschaltung der methodischen Unterschiede in die entsprechenden Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überführt. In Übersicht 56 ist das zusammengefaßte Sozialversicherungskonto für die Jahre 1978 und 1982 wiedergegeben, das auf den im Februar 1978 revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 1976 und 1977 aufgebaut und aus den Berechnungen des vorliegenden Sozialbudgets abgeleitet ist.

Übersicht 56

Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

in Mrd. DM

	1976 [1]	1977 [1]	1978 [2]	1982 [2]
1 Einnahmen	**194,31**	**202,79**	**214,3**	**289,5**
1.1 Beiträge	**160,13**	**169,85**	**178,6**	**245,2**
1.1.1 Tatsächliche Sozialbeiträge	157,09	167,93	177,4	244,5
1.1.2 Unterstellte Sozialbeiträge	0,48	0,49	0,5	0,7
1.1.3 Empfangene Vermögensübertragungen	2,56	1,43	0,7	—
1.2 Öffentliche Mittel (Empfangene laufende Übertragungen von Gebietskörperschaften)	**28,30**	**27,83**	**31,5**	**39,8**
1.3 Sonstige Einnahmen	**5,88**	**5,11**	**4,2**	**4,5**
1.3.1 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,83	4,04	3,1	3,2
1.3.2 Sonstige empfangene laufende Übertragungen	0,88	0,89	0,9	1,1
1.3.3 Verkäufe	0,02	0,02	—	—
1.3.4 Abschreibungen	0,15	0,16	0,2	0,2
2 Ausgaben	**192,86**	**208,02**	**221,4**	**281,3**
2.1 Geleistete Übertragungen	**123,03**	**134,36**	**143,2**	**181,8**
2.1.1 Soziale Leistungen an private Haushalte	120,10	130,64	139,1	177,3
2.1.2 Soziale Leistungen an die übrige Welt	1,62	1,98	2,1	2,5
2.1.3 Sonstige laufende Übertragungen an die übrige Welt	0,58	0,65	0,7	0,9
2.1.4 Subventionen	0,04	0,06	0,1	0,1
2.1.5 Geleistete Vermögensübertragungen	0,69	1,03	1,2	1,0
2.2 Endnachfrage	**69,83**	**73,66**	**78,2**	**99,5**
2.2.1 Staatsverbrauch (brutto)	69,28	73,19	77,7	99,0
2.2.2 Bruttoanlageinvestitionen	0,55	0,47	0,5	0,5
3 Finanzierungssaldo	**+1,45**	**−5,23**	**−7,1**	**+8,2**

[1]) vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamts, Stand: Februar 1978
[2]) Vorausschätzungen, Stand: März 1978

242. Das Verfahren der Umsetzung in das Darstellungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist grundsätzlich gleich wie in den fünf voraufgegangenen Sozialbudgets der Bundesregierung. Die im letzten Jahr veröffentlichte methodische Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung machte jedoch einige Änderungen des Umsetzungsverfahrens erforderlich. Aus diesem Anlaß sind sämtliche Tabellen, die die Umsetzung wiedergeben, vor allem in formaler Hinsicht überarbeitet worden. Das ausführliche Tabellensystem ist in Anhang V dargestellt. Dort werden auch Erläuterungen zum Verfahren und zu den einzelnen Umsetzungspositionen gegeben.

243. Wie aus Übersicht 57 ersichtlich, halten sich die beim Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgetretenen statistischen Differenzen im Rahmen einer vertretbaren Schätzmarge. Soweit sie nicht auf einer Summe von

kleineren und deshalb unberücksichtigt gebliebenen methodischen Abweichungen beruhen, gehen sie vor allem auf den unterschiedlichen statistischen Informationsstand zurück, der zu den Bearbeitungs- und Fertigstellungszeitpunkten von Sozialbudget und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes gegeben ist. Die festgestellten Abweichungen im Basisjahr 1977 werden in die Vorausberechnungsjahre übertragen und beeinträchtigen nicht die Verzahnung zwischen Sozialbudget und gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen.

244. Die Darstellung der Sozialleistungen und ihrer Finanzierung nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfüllt im Sozialbudget nicht nur die Aufgabe, die Übereinstimmung zwischen Sozialbudget und gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen auszudrücken, sondern erleichtert zugleich, indem der Zusammenhang des Sozialbudgets mit entsprechenden Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hergestellt wird, die Interpretation von Kennzahlen, die aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Bereich der Sozialen Sicherung abgeleitet werden können. Lange und durchgehende Zeitreihen sowie Abgrenzungen, die konsistent sind mit den gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen, machen derartige Kennzahlen besonders geeignet für die ökonomische Analyse.

Übersicht 57

Der Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Ergebnisse

in Mrd. DM

	1976	1977	1978	1982
a) Sozialversicherungskonto				
Beiträge				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	158,038	168,593	177,293	243,386
± Methodische Umsetzungen	+2,394	+2,321	+2,389	+2,849
± Statistische Differenz	−0,302	−1,064	−1,082	−1,035
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	160,130	169,850	178,600	245,200
Öffentliche Mittel				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	29,025	28,758	32,454	41,654
± Methodische Umsetzungen	−1,010	−1,210	−1,210	−2,200
± Statistische Differenz	+0,285	+0,282	+0,256	+0,346
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	28,300	27,830	31,500	39,800
Sonstige Einnahmen				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	6,989	6,904	5,610	6,005
± Methodische Umsetzungen	−0,875	−1,060	−0,690	−0,750
± Statistische Differenz	−0,234	−0,734	−0,720	−0,755
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	5,880	5,110	4,200	4,500

noch Übersicht 57

	1976	1977	1978	1982
Geleistete Übertragungen				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	119,527	130,405	138,665	178,229
± Methodische Umsetzungen	+2,954	+3,369	+3,943	+2,976
± Statistische Differenz	+0,549	+0,586	+0,592	+0,595
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	123,030	134,360	143,200	181,800
Endnachfrage				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	73,214	76,881	81,872	102,866
± Methodische Umsetzungen	−3,095	−3,448	−3,924	−3,717
± Statistische Differenz	−0,289	+0,227	+0,252	+0,351
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	69,830	73,660	78,200	99,500
Finanzierungssaldo				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	+1,311	−3,031	−5,180	+9,950
± Methodische Umsetzungen	+0,650	+0,130	+0,470	+0,640
± Statistische Differenz	−0,511	−2,329	−2,390	−2,390
= Ansatz im Sozialversicherungskonto	+1,450	−5,230	−7,100	+8,200
b) Soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte				
Ausgangsdaten des Sozialbudgets	74,122	76,867	82,133	96,054
± Methodische Umsetzungen	−1,950	−2,080	−2,100	−1,700
± Statistische Differenz	−0,322	+0,443	+0,467	+0,546
= Ansatz in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	71,850	75,230	80,500	94,900

IV. Definitionen und Rechtsgrundlagen

1. Definitionen

Die im Sozialbudget verwendeten Begriffe haben folgenden Inhalt.

— Allgemeine Dienste und Leistungen

Leistungen allgemeiner Art, die nicht unmittelbar einer bestimmten begünstigten Person zugerechnet werden können. Sie sind in Zuschüsse, Maßnahmen und innerer Dienst untergliedert.

— Barerstattungen

Von Anspruchsberechtigten gekaufte Waren und Dienstleistungen, deren Kosten ihnen vollständig oder zum Teil erstattet werden.

— Einkommensleistungen

Geldleistungen (Barleistungen) mit Lohnersatzfunktion, Minderbelastung durch Steuer- oder Zinsermäßigungen.

— Ergänzungssysteme

Aufgabe der ergänzenden Systeme ist es, die Leistungen der gesetzlich eingerichteten Sicherungssysteme aufzustocken, vor allem die Leistungen bei Alter. Folgende Einrichtungen sind bis jetzt im Sozialbudget erfaßt.

Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Bundesbahn-Versicherungsanstalt — Abteilung B,

Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost,
Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen,
Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester,
Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Dortmund,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Duisburg,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Düsseldorf,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Essen,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Gelsenkirchen,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Karlsruhe,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Mannheim,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Stuttgart,
Zusatzversorgungskasse der Stadt Wuppertal,
Emder Zusatzversorgungskasse für Sparkassen,
Zusatzversorgungskasse der Girokasse Stuttgart,
Kirchliche Zusatzversorgungskasse Baden,
Kirchliche Zusatzversorgungskasse Darmstadt,
Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen,
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden,
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände, Darmstadt,
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel,
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände, Wiesbaden,
Zusatzversorgungskasse des Badischen Kommunalen Versorgungsverbandes,
Rheinische Zusatzversorgungskasse, Landschaftsverband Rheinland,
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes,
Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe,
Zusatzversorgungskasse des Württembergischen Kommunalen Versorgungsverbandes,
Bremische Ruhelohnkasse.

Zusatzversicherung für einzelne Berufe

Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland,
Versorgungsanstalt der Deutschen Bezirkschornsteinfegermeister,
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen,
Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft,
Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft.

— Finanzierung

Unter Finanzierung werden die tatsächlichen und die kalkulatorischen Einnahmen der Institutionen verstanden. In der Regel handelt es sich um tatsächliche Einnahmen, z. B. aus Beiträgen, Staatszuschüssen oder, da es sich um eine Sollrechnung handelt, entsprechenden Forderungen; zum Teil sind aber auch fiktive Beträge eingesetzt, welche die Finanzierung direkter Leistungen widerspiegeln, z. B. der Lohnfortzahlung durch Arbeitgeber oder der Familienzuschläge im öffentlichen Dienst.

— Finanzierungsart

Finanzierung der Leistungen des Sozialbudgets durch Beiträge (Versicherungsbeiträge, tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge), Zuweisungen (öffentliche und andere Mittel einschließlich Einnahmenverzichte), sonstige Einnahmen und Verrechnungen.

Das Sozialbudget kennt folgende Finanzierungsarten.

Beiträge
- Beiträge der Versicherten
- Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber
- Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber
- Beiträge der Rentner

Zuweisungen
- aus öffentlichen Mitteln
- aus nichtöffentlichen Mitteln

Übrige Einnahmen

Verechnungen
- Beitragsverrechnungen
- Leistungsverrechnungen
- Verwaltungsverrechnungen
- Unterstellte Verrechnungen

Die Finanzierung der direkten Leistungen ist entweder den unterstellten Beiträgen der Arbeitgeber (wenn ein auf Beitragsrecht beruhendes gleichartiges System besteht) oder den Zuweisungen (wenn ein solches System nicht besteht) zugeordnet. Bei den unterstellten Verrechnungen handelt es sich um die Umsetzung von in den Verwaltungskosten enthaltenen Sozialleistungen im Sinne des Sozialbudgets in die entsprechende Institution, ohne daß ein Zahlungsverkehr stattgefunden hat.

— Finanzierungsquelle

Aufteilung der Finanzierungsseite des Sozialbudgets nach der Herkunft der Einnahmen von Unternehmen, Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung, Private Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte sowie übriger Welt (Ausland).

— Finanzierungstyp

Übergreifende Systematisierung der Finanzierungseinheit, Grundeinheit für die Dateneingabe und -speicherung sowie für die Fortschreibung.

— Funktion

Tatbestand oder Ursachen eines Tatbestandes durch dessen/deren Eintritt oder Vorhandensein die anspruchsberechtigten Personen Sozialleistungen erhalten können. Treffen zwei oder mehr derartiger Tatbestände zusammen, wird die Leistung der mit Vorrang ausgestatteten Positionen zugeordnet. Für die funktionale Zuordnung ist es bedeutungslos, welche Institution diese Leistung vermittelt. Das Sozialbudget kennt 16 Funktionen, von denen einige wieder zu Gruppen zusammengefaßt sind.

Funktionsgruppe Familie

Zusammengefaßte Ergebnisse der Leistungen für Kinder, an Ehegatten und bei Mutterschaft.

Kinder

Leistungen (auch Zuschläge), die wegen des Unterhalts von Kindern gezahlt werden (einschließlich Waisenrenten).

Ehegatten

Leistungen (einschließlich Zuschläge), die wegen des Unterhalts von Ehegatten gezahlt werden.

Mutterschaft

Leistungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Entbindung einschließlich Leistungen für Mutter und Kind während der ersten zehn Tage nach der Entbindung und während der Schutzfristen, ferner Mutterschaftsvorsorgeleistungen.

Funktionsgruppe Gesundheit

Zusammengefaßte Ergebnisse der Leistungen zur Vorbeugung, bei Krankheit, bei Arbeitsunfall/Berufskrankheit und bei Invalidität (allgemein).

Vorbeugung

Leistungen zur Verhütung von Krankheiten, von Unfällen und Berufskrankheiten, von vorzeitiger Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. Etwaige Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Krankheit

Vorübergehende Beeinträchtigung der Gesundheit und vorübergehende Arbeitsunfähigkeit (außer bei Arbeitsunfall/Berufskrankheit und Mutterschaft). Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Arbeitsunfall/Berufskrankheit

Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit sowie Minderung oder Verlust der Erwerbsfähigkeit durch Arbeitsunfall und Berufskrankheit. Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten, Rentenleistungen an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei Alter zugeordnet.

Invalidität (allgemein)

Dauernde Beeinträchtigung der Gesundheit, physische Gebrechen; Behinderung (außer als Folge von Arbeitsunfall und Berufskrankheiten sowie von politischen Ereignissen). Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten, Rentenleistungen an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei Alter zugeordnet.

Funktionsgruppe Beschäftigung

Zusammengefaßte Ergebnisse der Leistungen für Berufliche Bildung, für Sonstige Mobilität und für Arbeitslosigkeit.

Berufliche Bildung

Leistungen bei Ausbildung, Fortbildung und Berufsberatung im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, der Reichsversicherungsordnung (einschließlich Angestelltenversicherungs- und Reichsknappschaftsgesetz), des Bundesversorgungs-, Lastenausgleichs-, Bundessozialhilfe-, Jugendwohlfahrts- und Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Sonstige Mobilität

Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme, des Arbeitsplatzwechsels und der Schaffung von Arbeitsplätzen; Maßnahmen zur ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (einschließlich Schlechtwetter- und Wintergeld); Arbeitsberatung und -vermittlung).

Arbeitslosigkeit

Leistungen bei vorübergehender unfreiwilliger Nichtteilnahme am Erwerbsleben (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosenhilfe). Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Funktionsgruppe Alter und Hinterbliebene

Zusammengefaßte Ergebnisse der Leistungen bei Alter und an Hinterbliebene.

Alter

Altersruhegelder (unter Berücksichtigung der flixiblen Altersgrenze); ferner Renten und rentenähnliche Leistungen, die nicht Altersruhegelder sind, an Personen jenseits der für das Altersruhegeld geltenden Altersgrenze, unabhängig davon, aus welchem Anlaß die Leistung ursprünglich zugebilligt wurde. Familienzuschläge sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Hinterbliebene

Leistungen an Witwen (Witwer) unter 60 (65) Jahren sowie Leistungen beim Tod von Begünstigten und Familienangehörigen (Sterbegeld). Familienzuschläge und Waisenrenten sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Folgen politischer Ereignisse

Konsumtive Leistungen, die als Entschädigung für Folgen politischer Ereignisse, insbesondere Kriegsfolgeschäden, gezahlt werden. Auch die Belastung der Rentenversicherungsträger durch vorzeitige Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, soweit sie auf Kriegsfolgen zurückgehen, wird diesen Leistungen zugeordnet. Entschädigungen für Vermögensverluste sind nicht enthalten. Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten, Renten an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. 65 Jahre (Männer) den Leistungen Alter zugeordnet.

Wohnen

Leistungen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung.

Sparen

Leistungen nach dem Spar-Prämiengesetz, dem Wohnungsbau-Prämiengesetz (sowie die steuerliche Begünstigung des Bausparens und die 7 b-Abschreibung) und dem Zweiten und Dritten Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Allgemeine Lebenshilfen

Leistungen, die bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher oder sozialer Notlagen zugewendet werden, z. B. Resozialisierung, Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch, Krankenscheinprämie.

— Innerer Dienst

Alle Ausgaben die zur Durchführung der Aufgaben der einzelnen Institutionen notwendig sind. Der Leistungscharakter besteht darin, daß der Innere Dienst die Institution und ihre Leistungen der Allgemeinheit oder bestimmten Gruppen zur Verfügung stellt.

— Institution

Berichtseinheit, die Leistungen verwaltet bzw. der einzelne Leistungen zugerechnet werden; meist ist es ein durch ein bestimmtes Gesetz zusammengefaßter Leistungskatalog. Berichtseinheit kann eine einzige Einrichtung sein (z. B. Bundesanstalt für Arbeit), aber auch eine Reihe in sich gleichartiger Einrichtungen (z. B. Krankenkassen) oder nur der Teil einer Einrichtung (z. B. ist die Sozialhilfe Teil des Staates). Als Institutionen kennt das Sozialbudget aber auch in sich geschlossene abstrakte Einheiten, z. B. Entgeltfortzahlung, Arbeitgeberleistungen, indirekte Leistungen.

Für die Institutionen — „besondere Einrichtungen, Gebietskörperschaften oder Betriebe" — gilt im Sozialbudget folgende Reihenfolge und Zusammenfassung.

1	Soziale Sicherung
10	Allgemeine Systeme
101	Rentenversicherung
1011	Rentenversicherung der Arbeiter
1012	Rentenversicherung der Angestellten
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung
103	Krankenversicherung
104	Unfallversicherung
105	Arbeitsförderung
106	Kindergeld
12	Sondersysteme
122	Altershilfe für Landwirte
123	Versorgungswerke
13	Beamtenrechtliches System
131	Pensionen
132	Familienzuschläge
133	Beihilfen
14	Ergänzungssysteme
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe
2	Arbeitgeberleistungen
201	Entgeltfortzahlung
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen
3	Entschädigungen
301	Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung)
302	Lastenausgleich
303	Wiedergutmachung
309	Sonstige Entschädigungen
4	Soziale Hilfen und Dienste
401	Sozialhilfe
402	Jugendhilfe
403	Ausbildungsförderung
404	Wohngeld
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst
406	Vermögensbildung
001	Direkte Leistungen insgesamt
5	Indirekte Leistungen
501	Steuerermäßigungen
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen

— Leistungen

Gesamheit der Sozialleistungen einschließlich der Allgemeinen Dienste und Leistungen sowie der Verrechnungen. Die Leistungen sind nach Leistungsarten und Funktionen gegliedert.

— Leistungsarten

Gliederung der Sozialleistungen nach Einkommensleistungen (laufende, einmalige), Sachleistungen (Barerstattungen, Waren- und Dienstleistungen), Allgemeine Dienste und Leistungen (Zuschüsse, Maßnahmen, innerer Dienst) sowie Verrechnungen mit anderen Institutionen (Beitrags-, Leistungs- und Verwaltungsverrechnungen sowie unterstellte Verrechnungen). Durch die einzelnen Leistungsarten kommen die Aktionsmodi sozialer Tätigkeit zum Ausdruck, nämlich

a) Einkommen zu übertragen,

b) durch Maßnahmen, Dienstleistungen oder Güterübertragung in besonderen Situationen einzugreifen oder

c) durch allgemeine Dienste und Leistungen das System der sozialen Sicherung zu erhalten und zu verbessern.

— Leistungstyp

Übergreifende Systematisierung der Leistungseinheit, Grundeinheit für die Dateneingabe und -speicherung sowie für die Fortschreibung.

— Maßnahmen

Beratende, beaufsichtigende und betreuende Leistungen, die einzelnen Personen nicht unmittelbar zugerechnet werden können.

— Sachleistungen

Waren- und Dienstleistungen, die dem Anspruchsberechtigten entweder unentgeltlich zur Verfügung gestellt oder deren Kosten ihm vollständig oder zum Teil erstattet werden. Sie sind einzelnen Personen zurechenbar.

— Sozialbudget

Regelmäßiger Bericht der Bundesregierung, der die in einem bestimmten Zeitraum in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) erbrachten Sozialleistungen und ihre Finanzierung, verbunden mit einer kurz- und mittelfristigen Vorausschau, darstellt.

— Sozialleistungen

Einkommensleistungen als Ersatz für den vorübergehenden oder dauernden Verlust des Arbeitseinkommens, einschließlich Steuer- und Zinsermäßigungen aus sozialen Gründen, Waren, Dienste und Maßnahmen, die als vorbeugende oder wiederstellenden Leistungen den Anspruchsberechtigten von besonderen Einrichtungen, von Gebietskörperschaften oder von Betrieben bei bestimmten Tatbeständen (Risiken) freiwillig oder auf Grund von gesetzlichen, satzungsgemäßen oder tarifvertraglichen Regelungen zugewendet werden.

— Sozialleistungsquote

Verhältnis der Summe der Sozialleistungen, wie sie im Sozialbudget abgegrenzt werden, zur Summe aller Güter und Leistungen, die im gleichen Zeitraum hergestellt und nicht wieder im Produktionsprozeß verbraucht werden (Bruttosozialprodukt).

— Sozialleistungsziffer

Leistungen des Sozialbudgets oder Teile davon, die zur Gesamtbevölkerung oder bestimmten Bevölkerungsgruppen in Beziehung gesetzt werden.

— Verrechnungen

Zahlungen und unterstellte Übertragungen der Institutionen untereinander, die bei der zahlenden Institution als Verrechnung auf der Leistungsseite und bei der empfangenden Institution als Verrechnung auf der Finanzierungsseite erscheinen. Bei Summierungen wirken diese Verrechnungen bilanzverlängernd, sie heben sich gegenseitig auf.

— Versorgungswerke

Der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechende Versorgungseinrichtungen für freie Berufe, deren Tätigkeitsbereich sich im allgemeinen auf ein Bundesland beschränkt. Folgende Einrichtungen sind bis jetzt im Sozialbudget erfaßt:

Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte in Baden-Württemberg,

Versorgungswerk der Architekten in Baden-Württemberg,

Bayerische Ärzteversorgung,

Bayerische Apothekerversorgung,

Notarkasse, München,

Pensionsanstalt für Rechtsanwälte Bayern,

Bayerische Architektenversorgung,

Berliner Ärzteversorgung,

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin,

Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen,

Versorgungswerk der Ärztekammer Hamburg,

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Hamburg,

Versorgungswerk der Landesärztekammer Hessen,

Hessische Zahnärzte-Versorgung,

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Hessen,

Versorgungswerk der Landesapothekerkammer Hessen,

Versorgungswerk der Ärztekammer Niedersachsen,

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Niedersachsen,

Versorgungswerk der Tierärztekammer Niedersachsen,
Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Apothekerkammer Niedersachsen,
Versorgungswerk der Ärztekammer Nordrhein,
Versorgungswerk der Ärztekammer Westfalen-Lippe,
Versorgungswerk der Zahnärztekammer Nordrhein,
Versorgungswerk der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe,
Versorgungswerk der Tierärztekammer Nordrhein,
Versorgungswerk der Tierärztekammer Westfalen-Lippe,
Versorgungswerk der Apothekerkammer Nordrhein,
Versorgungswerk der Apothekerkammer Westfalen-Lippe,
Versorgungseinrichtung der Bezirksärztekammer Koblenz,
Versorgungswerk der Bezirksärztekammer Trier,
Versorgungsanstalt der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz,
Notarversorgungskasse Koblenz,
Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes,
Versorgungswerk der Notarkammer des Saarlandes,
Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Saarland,
Versorgungswerk der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes,
Versorgungswerk der Architektenkammer des Saarlandes,
Fürsorgeeinrichtung der Apothekenschaft des Saarlandes,
Versorgungseinrichtung der Ärztekammer Schleswig-Holstein,
Versorgungswerk der Tierärztekammer Schleswig-Holstein,
Versorgungswerk der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein,
Versorgungswerk der Apothekenkammer Schleswig-Holstein.

— Waren- und Dienstleistungen

Wert der Sachleistungen, die vom Leistungsträger (Institution) direkt oder durch Dritte (Arzt, Apotheke) dem Anspruchsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.

— Zuschüsse

Leistungen der Institution an Dritte (außerhalb der im Sozialbudget erfaßten Einrichtungen, z. B. Deutsches Rotes Kreuz, Freie Jugendhilfe) für deren Aufgaben. Sie bestehen in Leistungen gleicher Art wie sie den Definitionen des Sozialbudget entsprechen, ohne jedoch auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage zu beruhen.

2. Rechtsgrundlagen

— **Rentenversicherung der Arbeiter**

Viertes Buch der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2557)

Gesetz über eine Rentenversicherung der Handwerker vom 8. September 1960, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040, ber. S. 1744)

— **Rentenversicherung der Angestellten**

Angestelltenversicherungsgesetz vom 20. Dezember 1911, zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2557)

— **Knappschaftliche Rentenversicherung**

Reichsknappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923, zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetz vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2557)

— **Krankenversicherung**

Zweites Buch der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1069)

Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte) vom 10. August 1972, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040)

— **Unfallversicherung**

Drittes Buch der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040, ber. S. 1744)

— **Arbeitsförderung**

Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969, zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2557)

— **Kindergeld**

Bundeskindergeldgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1975, zuletzt geändert durch das Steueränderungsgesetz 1977 vom 16. August 1977 (BGBl. I S. 1586)

— **Altershilfe für Landwirte**

Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040, ber. S. 1744)

— **Versorgungswerke**

(Landesrechtliche Vorschriften)

— **Beamtenrechtliches System**

a) für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung

Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485)

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 13. Oktober 1965, zuletzt geändert durch das Beamtenversorgungsgesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485)

Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen in der Fassung vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 337)

b) für die familienbezogenen Teile der Dienstbezüge

Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 1. Juli 1975, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 22. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3103)

c) für die Fürsorgemaßnahmen (Beihilfen usw.) des Dienstherrn

Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts in der Fassung vom 3. Januar 1977, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297)

d) für die gleichartigen Leistungen

Autonomes Recht der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften

— **Ergänzungssysteme**

a) für die folgenden Einrichtungen

Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 5. März 1956, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 27. Juni 1970 (BGBl. I S. 917)

Gesetz zur Neuregelung der Hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung im Saarland vom 22. Dezember 1971, zuletzt geändert durch das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter vom 7. Mai 1975 (BGBl. I S. 1061)

Gesetz über das Schornsteinfegerwesen vom 15. September 1969, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040, ber. S. 1744)

Gesetz über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vom 31. Juli 1974, zuletzt geändert durch das Neunzehnte Rentenanpassungsgesetz vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1373)

Gesetz zur Sicherstellung der Leistungen der Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes vom 21. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2077)

b) für die übrigen Einrichtungen

landesgesetzliche Regelungen sowie tragliche Vereinbarungen

— **Arbeitgeberleistungen**

a) für die Entgeltfortzahlung

Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle vom 27. Juni 1969, zuletzt geändert durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S, 3091)

Bürgerliches Gesetzbuch (§ 616) vom 18. August 1896, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften vom 16. August 1977 (BGBl. I S. 1577) und

Handelsgesetzbuch (§ 63) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)

Beamtenrechtsrahmengesetz (§§ 48 ff.) vom 1. Juli 1957, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297)

b) für die genannten Bereiche

Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610)

Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973, zuletzt geändert durch Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 BGBl. I S. 965)

c) für die vertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen

tarifvertragliche (und freiwillige) Leistungszugeständnisse

— **Entschädigungen**

a) für den Bereich Kriegsopferversorgung

Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges in der Fassung der Bekanntmachung vom

22. Juni 1976, zuletzt geändert durch das Neunte Anpassungsgesetz — KOV vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1037)

Bundesgesetz zur Wiedergutmachung von nationalsozialistischem Unrecht in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland vom 25. Juni 1958, zuletzt geändert durch Artikel II § 11 SGB I vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)

Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 1977, geändert durch das Sechste Besoldungserhöhungsgesetz vom 15. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2117)

Gesetz über den Bundesgrenzschutz vom 18. August 1972, geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469)

Zivildienstgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1977 (BGBl. I S. 2039)

Häftlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1969, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)

Gesetz über die Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 1964 (BGBl. I S. 219)

Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11. Mai 1976 (BGBl. I S. 1181)

Gesetz zur Verhütung von übertragbaren Krankheiten bei Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961, zuletzt geändert durch das Siebente Anpassungsgesetz — KOV vom 9. Juni 1975 (BGBl. I S. 1321)

Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstgeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 978)

b) für den Bereich Lastenausgleich

Gesetz über den Lastenausgleich in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 24. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3341)

Flüchtlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1971, zuletzt geändert durch das Fünfundzwanzigste Änderungsgesetz — LAG vom 24. August 1972 (BGBl. I S. 1521)

Gesetz zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden vom 12. Februar 1969, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 24. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)

c) für den Bereich Wiedergutmachung

Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 in der Fassung vom 29. Juni 1956 und 1. Juli 1957, zuletzt geändert durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (BGBl. I S. 1881)

d) für den Bereich der sonstigen Entschädigungen

Unterhaltssicherungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1975, zuletzt geändert durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1046)

Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 1971, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)

Häftlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1969, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung 1977 vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)

Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1957, zuletzt geändert durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

— **Soziale Hilfen und Dienste**

a) für den Bereich Sozialhilfe

Bundessozialhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Februar 1976 (BGBl. I S. 289 und S. 1150)

b für den Bereich Jugendhilfe

Gesetz für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633, 795)

c) für den Bereich Ausbildungsförderung

Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976, zuletzt geändert durch das Vierte Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 26. April 1977 (BGBl. I S. 653)

d) für den Bereich Wohngeld

Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. August 1977 (BGBl. I S. 1685)

e) für den Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531)

f) für den Bereich Vermögensbildung

Drittes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 1975, zuletzt geändert durch das Steueränderungsgesetz 1977 (BGBl. I S. 1586)

Spar-Prämiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3165)

Wohnungsbau-Prämiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3171)

tarifvertragliche Vereinbarungen

— **Indirekte Leistungen**

a) für den Bereich der Steuerermäßigung

Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 1977, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude vom 22. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3107)

Vermögensteuergesetz vom 17. April 1974, zuletzt geändert durch das Steueränderungsgesetz 1977 vom 16. August 1977 (BGBl. I S. 1586)

Kraftfahrzeugsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2209)

b) für den Bereich Vergünstigungen im Wohnungswesen

Zweites Wohnungsbaugesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1976 (BGBl. I S. 2673)

Richtlinien der öffentlichen Arbeitgeber

— **Übergreifende Gesetze**

Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. April 1974, zuletzt geändert durch das Achte Anpassungsgesetz — KOV vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1481)

Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter in geschützten Einrichtungen vom 7. Mai 1975 (BGBl. I S. 1061)

Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974, zuletzt geändert durch das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter in geschützten Einrichtungen vom 7. Mai 1975 (BGBl. I S. 1061)

Sozialgesetzbuch vom 11. Dezember 1975, Erstes und Viertes Buch, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1040, ber. S. 1744)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19. Juni 1950, zuletzt geändert durch das Zuständigkeitsanpassungs-Gesetz vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705)

Gesetz zur Änderung sozial- und beamtenrechtlicher Vorschriften über Leistungen für verheiratete Kinder vom 25. Januar 1971 (BGBl. I S. 65)

Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 18. Dezember 1975, zuletzt durch das Änderungsgesetz vom 22. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3102)

Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur im Geltungsbereich des Arbeitsförderungs- und des Bundesversorgungsgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3113)

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mütter in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 1968, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), ber. 1975 S. 1916, 1976 S. 507) und durch Entscheid des Bundesverfassungsgerichts vom 13. November 1974 (BGBl. I S. 230)

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 13. Januar 1963 (BGBl. I S. 49).

Tabellenteil des Sozialbudgets

Inhalt

Seite

Anhang I — Grunddaten des Sozialbudgets

I—1 Sozialbudget und Sozialleistungsquote 1960 bis 1978, 1982 165
I—2 Grunddaten des Sozialbudgets 1978 166
I—3 Leistungen nach Funktionen 1970 bis 1978, 1982 167
I—4 Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982 169
I—5 Finanzierung nach Arten 1970 bis 1978, 1982 173
I—6 Finanzierung nach Quellen 1970 bis 1978, 1982 174

Anhang II — Jahresübersichten

Leistungen und Finanzierung nach Arten und Institutionen

II—1—75 1975 178
II—1—76 1976 180
II—1—77 1977 182
II—1—78 1978 184
II—1—82 1982 186

Leistungen nach Funktionen und Institutionen

II—2—75 1975 188
II—2—76 1976 190
II—2—77 1977 192
II—2—78 1978 194
II—2—82 1982 196

Leistungen nach Funktionsgruppen, Arten und Institutionen

II—3—75 1975 198
II—3—76 1976 200
II—3—77 1977 202
II—3—78 1978 204
II—3—82 1982 206

Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen

II—4—75 1975 208
II—4—76 1976 209
II—4—77 1977 210
II—4—78 1978 211
II—4—82 1982 212

Seite

Leistungen nach Arten und Funktionen

II—5—75 1975 213
II—5—76 1976 214
II—5—77 1977 215
II—5—78 1978 216
II—5—82 1982 217

Finanzierung nach Arten und Quellen

II—6—75 1975 213
II—6—76 1976 214
II—6—77 1977 215
II—6—78 1978 216
II—6—82 1982 217

Verrechnungen zwischen den Institutionen

II—7—75 1975 218
II—7—76 1976 220
II—7—77 1977 222
II—7—78 1978 224
II—7—82 1982 226

Anhang III — Einzelübersichten (Institutionen)

III—0 Sozialbudget insgesamt 232
III—1 Soziale Sicherung 234
III—10 Allgemeine Systeme 236
III—101 Rentenversicherung 238
III—1011 Rentenversicherung der Arbeiter 240
III—1012 Rentenversicherung der Angestellten 242
III—1013 Knappschaftliche Rentenversicherung 242
III—103 Krankenversicherung 246
III—104 Unfallversicherung 248
III—105 Arbeitsförderung 250
III—106 Kindergeld 252
III—12 Sondersysteme 254
III—122 Altershilfe für Landwirte 256
III—123 Versorgungswerke 258
III—13 Beamtenrechtliches System 260
III—131 Pensionen 262
III—132 Familienzuschläge 264
III—133 Beihilfen 266
III—14 Ergänzungssysteme 268
III—141 Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst 270
III—142 Zusatzversicherung für einzelne Berufe 272
III—2 Arbeitgeberleistungen 274

		Seite
III—201	Entgeltfortzahlung	276
III—229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	278
III—3	Entschädigungen	280
III—301	Kriegsopferversorgung	282
III—302	Lastenausgleich	284
III—303	Wiedergutmachung	286
III—309	Sonstige Entschädigungen	288
III—4	Soziale Hilfen und Dienste	290
III—401	Sozialhilfe	292
III—402	Jugendhilfe	294
III—403	Ausbildungsförderung	296
III—404	Wohngeld	298
III—405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	300
III—406	Vermögensbildung	302
III—001	Direkte Leistungen insgesamt	304
III—5	Indirekte Leistungen	306
III—501	Steuerermäßigungen	308
III—502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	310

Anhang IV — Einkommen und Abzugsbelastung

IV—1	Bruttolohn- und -gehaltsumme und Abzüge 1950 bis 1982	315
IV—2	Durchschnittsverdienste und Abzüge je beschäftigten Arbeitnehmer 1950 bis 1982	316
IV—3	Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen 1949 bis 1982	317
IV—4	Beitragssätze der Arbeitnehmer 1950 bis 1982	318
IV—5	Durchschnittsverdienste und Abzüge je Versicherten der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten 1950 bis 1978	319
IV—6	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (ledig/verheiratet, ohne Kinder) 1950 bis 1977	320
IV—7	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 1 Kind) 1950 bis 1977	321
IV—8	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 2 Kinder) 1950 bis 1977	322
IV—9	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 3 Kinder) 1950 bis 1977	323
IV—10	Preisindex für die Lebenshaltung 1950 bis 1977	324
IV—11	Lohnsteuer 1978	325
IV—12	Kindergeld und Steuerermäßigung ab 1965	326
IV—13	Rentenniveau 1957 bis 1978	327
IV—14	Anpassung ausgewählter Geldleistungen 1960 bis 1982	328

Seite

Anhang V — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Vorbemerkung 331

Grundzüge des Umsetzungsverfahrens 331

Erster Teil: Umsetzungen für die Sozialversicherung 336

V—1 Daten des Sozialbudgets für die Finanzierung 336
V—2 Daten des Sozialbudgets für die Leistungen 337
V—3 Umsetzungen für die Beiträge 338
V—4 Umsetzungen für die öffentlichen Mittel 339
V—5 Umsetzungen für die sonstigen Einnahmen 340
V—6 Umsetzungen für die geleisteten Übertragungen 341
V—7 Umsetzungen für die Endnachfrage 342
V—8 Umsetzungen für den Finanzierungssaldo 343
V—9 Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Einnahmen 344
V—10 Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Ausgaben 345

Zweiter Teil: Ergänzende Angaben zur Sozialversicherung 346

V—11 Die Konten der Sozialversicherung im Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 347
V—12 Tatsächliche Sozialbeiträge an die Sozialversicherung: Einzelne Zweige und Arten 348
V—13 Soziale Leistungen der Sozialversicherung an private Haushalte: Einzelne Zweige 349

Dritter Teil: Umsetzungen für die sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte 350

V—14 Daten des Sozialbudgets für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte 350
V—15 Umsetzungen zwischen den Daten des Sozialbudgets und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte 351
V—16 Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte 352

Anhang VI — Sozialbudget nach Leistungs- und Finanzierungstypen

VI—1 Sozialbudget 1977 nach Leistungstypen und Funktionen 356

VI—2 Sozialbudget 1977 nach Finanzierungstypen und Finanzierungsquellen 364

Anhang I

Grunddaten des Sozialbudgets

Anhang I
Grunddaten des Sozialbudgets

I—1 Sozialbudget und Sozialleistungsquote 1960 bis 1978, 1982 165

I—2 Grunddaten des Sozialbudgets 1978 166

I—3 Leistungen nach Funktionen 1970 bis 1978, 1982 167

I—4 Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982 169

I—5 Finanzierung nach Arten 1970 bis 1978, 1982 173

I—6 Finanzierung nach Quellen 1970 bis 1978, 1982 174

Tabelle I—1

Sozialbudget und Sozialleistungsquote 1960 bis 1978, 1982

Jahr	Bruttosozialprodukt		Sozialbudget		Sozialbudget — direkte Leistungen —		Sozialleistungsquote [2]	
	Mrd. DM	% [1]	Mrd. DM	% [1]	Mrd. DM	% [1]	gesamt	direkte Leistungen
1960	303,0	.	62,8	.	58,2	.	20,7	19,2
1961	331,4	+ 9,4	69,8	+11,1	64,7	+12,7	21,0	19,5
1962	360,5	+ 8,8	76,3	+ 9,4	70,7	+ 9,4	21,2	19,6
1963	382,1	+ 6,0	81,5	+ 6,8	75,4	+ 6,7	21,2	19,6
1964 [3]	419,6	+ 9,8	89,1	+ 9,3	82,5	+ 9,3	21,2	19,6
1965	458,2	+ 9,2	112,7	(+26,4)	93,0	+11,2	24,6	20,3
1966	487,4	+ 6,4	124,7	+10,6	103,1	+10,8	25,6	21,2
1967	493,7	+ 1,3	133,4	+ 7,0	111,4	+ 8,0	27,0	22,6
1968	535,2	+ 8,4	141,8	+ 6,3	119,1	+ 7,0	26,5	22,2
1969	597,7	+11,7	153,6	+ 8,3	130,3	+ 9,3	25,7	21,8
1970	679,0	+13,6	174,7	+13,8	150,0	+15,1	25,5	21,9
1971	756,0	+11,3	198,8	+13,8	172,8	+15,2	26,1	22,7
1972	827,2	+ 9,4	224,0	+12,7	196,5	+13,7	26,9	23,6
1973	920,1	+11,2	252,6	+12,8	223,4	+13,6	27,3	24,1
1974	986,9	+ 7,3	288,1	+14,0	256,6	+14,9	28,9	25,8
1975 r	1 030,3	+ 4,4	330,2	+14,6	300,6	+17,2	32,1	29,2
1976 p	1 123,8	+ 9,1	353,8	+ 7,1	321,6	+ 7,0	31,5	28,6
1977 p	1 193,3	+ 6,2	379,2	+ 7,2	343,3	+ 6,8	31,8	28,8
1978 s	1 278,0	+ 7,1	402,7	+ 6,2	362,6	+ 5,6	31,5	28,4
1982 s	1 673,0	+ 7,0 [4]	508,0	+ 6,0 [5]	448,8	+ 5,5 [4]	30,4 [5]	26,8

[1] Veränderung gegenüber dem Vorjahr

[2] Sozialleistungen in Prozent des Bruttosozialprodukts, Abweichungen gegenüber früheren Berechnungen infolge Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Wirtschaft und Statistik 4/77)

[3] Für 1960 bis 1964 konnten bei den Vergünstigungen im Wohnungswesen einzelne (indirekte) Leistungen nachträglich nicht ermittelt werden. Deren Anteil am Sozialprodukt war 1965 rund 0,7 %. Im übrigen ist die starke Zunahme der Differenz zwischen den Leistungen insgesamt und den direkten Leistungen ab 1965 eine Folge der Einkommensteuerreform 1965.

[4] im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1982

[5] Nach dem Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes werden ab 1982 die Rentenleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung um die bisherige pauschale Zahlung für die Krankenversicherung der Rentner erhöht, dies ist in der Sozialleistungsquote mit 0,8 % enthalten.

Tabelle I—2

Grunddaten des Sozialbudgets 1978

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
Bruttosozialprodukt										
— in Mrd. DM	679,0	756,0	827,2	920,1	986,9	1 030,3	1 123,8	1 193,3	1 278,0	1 673,0
— Veränderung in % ...		+11,3	+9,4	+11,2	+ 7,3	+4,4	+9,1	+6,2	+7	+7 [1])
Bruttolohn- und -gehaltsumme										
— in Mrd. DM	306,4	345,0	376,2	423,8	463,6	479,6	510,6	546,1	577,2	744,0
— Veränderung in % ...		+12,6	+9,1	+12,6	+ 9,4	+3,5	+6,5	+7,0	+5,7	+6,6 [1])
Bruttolohn- und -gehaltsumme je abhängig Beschäftigten										
— in DM pro Jahr	13 773	15 392	16 770	18 782	20 928	22 426	23 985	25 648	27 054	34 400
— Veränderung in % ...		+11,8	+9,0	+12,0	+11,4	+7,2	+7,0	+6,9	+5,5	+6,2 [1])
Preise Bruttosozialprodukt Veränderung in %		+ 7,7	+5,6	+ 6,0	+ 6,9	+7,0	+3,2	+3,7	+3,5	+2½ bis 3 [1])
Preise privater Verbrauch Veränderung in %		+ 5,4	+5,6	+ 7,1	+ 7,0	+6,3	+4,4	+3,9	+3,5	+2 bis 2½ [1])
Wohnbevölkerung in 1 000	60 651	61 302	61 672	61 976	62 054	61 829	61 531	61 396	61 120	60 450
Erwerbstätige in 1 000 ...	26 668	26 725	26 655	26 712	26 215	25 323	25 088	24 972	24 968	25 071
Arbeitslosenquote	0,7	0,8	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6	4,5	4½	4½

[1]) im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1982

Tabelle I—3

Leistungen nach Funktionen 1970 bis 1978, 1982

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
	in Millionen DM									
Sozialbudget insgesamt ..	**174 735**	**198 785**	**223 959**	**252 633**	**288 068**	**330 221**	**353 787**	**379 242**	**402 844**	**507 978**
Familie	**32 274**	**34 920**	**36 971**	**39 203**	**42 834**	**49 594**	**51 984**	**55 289**	**60 494**	**78 232**
Kinder	16 057	17 438	18 409	19 451	21 032	24 965	25 168	25 555	27 496	29 222
Ehegatten	14 737	15 807	16 853	17 982	19 750	22 467	24 562	27 366	30 551	46 012
Mutterschaft	1 480	1 675	1 709	1 770	2 052	2 162	2 253	2 367	2 447	2 999
Gesundheit	**52 194**	**60 902**	**70 121**	**82 293**	**93 932**	**105 230**	**113 012**	**120 139**	**127 071**	**162 835**
Vorbeugung	3 230	3 952	4 705	5 338	6 023	6 772	6 767	7 115	7 534	9 433
Krankheit	37 393	44 167	50 889	60 665	69 568	78 205	83 982	88 503	93 815	118 658
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	4 954	5 417	6 127	6 997	7 604	8 435	9 091	9 706	10 247	12 944
Invalidität (allgemein) ..	6 617	7 366	8 400	9 293	10 738	11 819	13 172	14 815	15 476	21 799
Beschäftigung	**4 508**	**6 021**	**7 499**	**8 702**	**11 800**	**20 573**	**18 843**	**18 919**	**22 066**	**25 683**
Berufliche Bildung	2 122	3 727	4 773	5 174	5 843	7 968	7 573	7 828	10 199	11 877
Sonstige Mobilität	1 646	1 268	1 017	1 941	1 830	2 069	2 176	2 776	3 022	3 358
Arbeitslosigkeit	740	1 026	1 709	1 585	4 127	10 536	9 093	8 315	8 845	10 448
Alter und Hinterbliebene ..	**66 575**	**73 452**	**83 257**	**94 160**	**107 988**	**121 660**	**135 388**	**147 889**	**156 347**	**202 088**
Alter	61 462	68 018	77 043	87 214	100 407	114 128	127 065	138 602	146 548	189 385
Hinterbliebene	5 113	5 435	6 214	6 947	7 581	7 532	8 324	9 287	9 799	12 703
Folgen politischer Ereignisse	**6 544**	**6 078**	**6 227**	**6 502**	**7 013**	**7 585**	**8 315**	**8 485**	**8 746**	**9 103**
Wohnen	**5 437**	**6 399**	**6 955**	**7 203**	**7 876**	**7 701**	**7 699**	**7 810**	**8 988**	**10 655**
Sparförderung	**6 063**	**9 738**	**11 524**	**13 066**	**15 182**	**16 276**	**16 839**	**18 826**	**17 008**	**16 543**
Allgemeine Lebenshilfen ..	**1 140**	**1 275**	**1 406**	**1 504**	**1 441**	**1 602**	**1 708**	**1 885**	**2 124**	**2 839**
	Struktur in Prozent									
Sozialbudget insgesamt ..	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Familie	*18,5*	*17,6*	*16,5*	*15,5*	*14,9*	*15,0*	*14,6*	*14,6*	*15,0*	*15,4*
Kinder	*9,2*	*8,8*	*8,2*	*7,7*	*7,3*	*7,6*	*7,1*	*6,7*	*6,8*	*5,8*
Ehegatten	*8,4*	*8,0*	*7,5*	*7,1*	*6,9*	*6,8*	*6,9*	*7,2*	*7,6*	*9,1*
Mutterschaft	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,6*
Gesundheit	*29,9*	*30,6*	*31,3*	*32,6*	*32,6*	*31,9*	*31,8*	*31,7*	*31,5*	*32,1*
Vorbeugung	*1,8*	*2,0*	*2,1*	*2,1*	*2,1*	*2,1*	*1,9*	*1,9*	*1,9*	*1,9*
Krankheit	*21,4*	*22,2*	*22,7*	*24,0*	*24,1*	*23,7*	*23,6*	*23,3*	*23,3*	*23,4*
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	*2,8*	*2,7*	*2,7*	*2,8*	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*2,5*	*2,5*
Invalidität (allgemein) ..	*3,8*	*3,7*	*3,8*	*3,7*	*3,7*	*3,6*	*3,7*	*3,9*	*3,8*	*4,3*
Beschäftigung	*2,6*	*3,0*	*3,3*	*3,4*	*4,1*	*6,2*	*5,3*	*5,0*	*5,5*	*5,1*
Berufliche Bildung	*1,2*	*1,9*	*2,1*	*2,0*	*2,0*	*2,4*	*2,1*	*2,1*	*2,5*	*2,3*
Sonstige Mobilität	*0,9*	*0,6*	*0,5*	*0,8*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,7*	*0,8*	*0,7*
Arbeitslosigkeit	*0,4*	*0,5*	*0,8*	*0,6*	*1,4*	*3,2*	*2,6*	*2,2*	*2,2*	*2,1*
Alter und Hinterbliebene ..	*38,1*	*37,0*	*37,2*	*37,3*	*37,5*	*36,8*	*38,1*	*39,0*	*38,8*	*39,8*
Alter	*35,2*	*34,2*	*34,4*	*34,5*	*34,9*	*34,6*	*35,8*	*36,5*	*36,4*	*37,3*
Hinterbliebene	*2,9*	*2,7*	*2,8*	*2,7*	*2,6*	*2,3*	*2,3*	*2,4*	*2,4*	*2,5*
Folgen politischer Ereignisse	*3,7*	*3,1*	*2,8*	*2,6*	*2,4*	*2,3*	*2,3*	*2,2*	*2,2*	*1,8*
Wohnen	*3,1*	*3,2*	*3,1*	*2,9*	*2,7*	*2,3*	*2,2*	*2,1*	*2,2*	*2,1*
Sparförderung	*3,5*	*4,9*	*5,1*	*5,2*	*5,3*	*4,9*	*4,7*	*5,0*	*4,2*	*3,3*
Allgemeine Lebenshilfen ..	*0,7*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,6*

noch: Tabelle I—3

noch: Leistungen nach Funktionen 1970 bis 1978, 1982

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent									[1]
Sozialbudget insgesamt ..	+13,8	+13,8	+12,7	+12,8	+ 14,0	+ 14,6	+ 7,1	+ 7,2	+ 6,2	+ 6,0
Familie	+ 6,9	+ 8,2	+ 5,9	+ 6,0	+ 9,3	+ 15,8	+ 4,8	+ 6,4	+ 9,4	+ 7,2
Kinder	+ 6,0	+ 8,6	+ 5,6	+ 5,7	+ 8,1	+ 18,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 7,6	+ 2,7
Ehegatten	+ 7,3	+ 7,3	+ 6,6	+ 6,7	+ 8,9	+ 13,8	+ 9,3	+11,4	+11,6	+11,0
Mutterschaft	+12,0	13,2	+ 2,0	+ 3,5	+ 15,9	+ 5,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 3,4	+ 4,8
Gesundheit	+19,8	+16,7	+15,1	+17,4	+ 14,1	+ 12,0	+ 7,4	+ 6,3	+ 5,8	+ 6,3
Vorbeugung	+17,7	+22,4	+19,1	+13,4	+ 12,8	+ 12,4	− 0,1	+ 5,1	+ 5,9	+ 5,8
Krankheit	+23,1	+18,1	+15,2	+19,2	+ 14,7	+ 12,4	+ 7,4	+ 5,4	+ 6,0	+ 6,0
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	+13,8	+ 9,3	+13,1	+14,2	+ 8,7	+ 10,9	+ 7,8	+ 6,8	+ 5,6	+ 5,9
Invalidität (allgemein) ..	+ 8,7	+11,3	+14,0	+10,6	+ 15,5	+ 10,1	+11,5	+12,5	+ 4,5	+ 8,0
Beschäftigung	+41,5	+33,6	+24,5	+16,0	+ 35,6	+ 74,4	− 8,4	+ 0,4	+16,6	+ 6,3
Berufliche Bildung	+77,8	+75,6	+28,1	+ 8,4	+ 12,9	+ 36,4	− 5,0	+ 3,4	+30,3	+ 8,7
Sonstige Mobilität	+47,6	−23,0	−19,8	+91,0	− 5,7	+ 13,1	+ 5,2	+27,6	+ 8,9	+ 3,9
Arbeitslosigkeit	−15,7	+38,7	+66,5	− 7,3	+160,4	+155,3	−13,7	− 8,6	+ 6,4	+ 4,7
Alter und Hinterbliebene ..	+10,7	+10,3	+13,3	+13,1	+ 14,7	+ 12,7	+11,3	+ 9,2	+ 5,7	+ 6,4
Alter	+10,3	+10,7	+13,3	+13,2	+ 15,1	+ 13,7	+11,3	+ 9,1	+ 5,7	+ 6,4
Hinterbliebene	+15,4	+ 6,3	+14,3	+11,8	+ 9,1	− 0,6	+10,5	+11,6	+ 5,5	+ 6,5
Folgen politischer Ereignisse	+12,9	− 7,1	+ 2,5	+ 4,4	+ 7,8	+ 8,2	+ 9,6	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,4
Wohnen	− 6,5	+17,7	+ 8,7	+ 3,6	+ 9,3	− 2,2	0,0	+ 1,4	+15,1	+ 6,4
Sparförderung	+45,7	+60,6	+18,3	+13,4	+ 16,2	+ 7,2	+ 3,5	+11,8	− 9,7	− 2,6
Allgemeine Lebenshilfen ..	+58,4	+11,8	+10,3	+ 7,0	− 4,2	+ 11,2	+ 6,6	+10,3	+12,7	+ 8,5
	Anteile am Bruttosozialprodukt in Prozent									
Sozialbudget insgesamt ..	25,73	26,29	27,07	27,46	29,19	32,05	31,48	31,78	31,52	30,36
Familie	4,75	4,62	4,47	4,26	4,34	4,81	4,63	4,63	4,73	4,68
Kinder	2,36	2,31	2,23	2,11	2,13	2,42	2,24	2,14	2,15	1,75
Ehegatten	2,17	2,09	2,04	1,95	2,00	2,18	2,19	2,29	2,39	2,75
Mutterschaft	0,22	0,22	0,21	0,19	0,21	0,21	0,20	0,20	0,19	0,18
Gesundheit	7,69	8,06	8,48	8,94	9,52	10,21	10,06	10,07	9,94	9,73
Vorbeugung	0,47	0,52	0,57	0,58	0,61	0,66	0,60	0,60	0,59	0,56
Krankheit	5,51	5,84	6,15	6,59	7,05	7,59	7,47	7,42	7,34	7,09
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	0,73	0,72	0,74	0,76	0,77	0,82	0,81	0,81	0,80	0,77
Invalidität (allgemein) ..	0,97	0,97	1,01	1,01	1,09	1,15	1,17	1,24	1,21	1,30
Beschäftigung	0,66	0,80	0,91	0,95	1,20	2,00	1,68	1,59	1,73	1,54
Berufliche Bildung	0,31	0,49	0,58	0,56	0,59	0,77	0,67	0,66	0,80	0,71
Sonstige Mobilität	0,24	0,17	0,12	0,21	0,19	0,20	0,19	0,23	0,24	0,20
Arbeitslosigkeit	0,11	0,14	0,21	0,17	0,42	1,02	0,81	0,70	0,69	0,62
Alter und Hinterbliebene ..	9,80	9,72	10,06	10,23	10,94	11,81	12,05	12,39	12,23	12,08
Alter	9,05	9,00	9,31	9,48	10,17	11,08	11,31	11,61	11,47	11,32
Hinterbliebene	0,75	0,72	0,75	0,76	0,77	0,73	0,74	0,78	0,77	0,76
Folgen politischer Ereignisse	0,96	0,80	0,75	0,71	0,71	0,74	0,74	0,71	0,68	0,54
Wohnen	0,80	0,84	0,84	0,78	0,80	0,75	0,69	0,65	0,70	0,64
Sparförderung	0,84	1,29	1,39	1,42	1,54	1,58	1,50	1,58	1,33	0,99
Allgemeine Lebenshilfen ..	0,17	0,17	0,17	0,16	0,15	0,16	0,15	0,16	0,17	0,17

[1] im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1982

Tabelle I—4

Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982

in Millionen DM

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
0	**Sozialbudget insgesamt**	**174 736**	**198 786**	**223 960**	**252 634**	**288 069**	**330 222**	**353 788**	**379 243**	**402 845**	**507 979**
1	**Soziale Sicherung**	**109 086**	**124 099**	**141 114**	**161 350**	**188 539**	**228 465**	**246 200**	**262 193**	**279 081**	**350 319**
10	**Allgemeine Systeme**	**83 066**	**94 533**	**109 166**	**125 513**	**148 257**	**185 961**	**201 285**	**214 903**	**229 086**	**286 547**
101	Rentenversicherung	52 162	57 474	66 660	76 198	88 778	101 027	114 672	124 681	129 357	153 343
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	31 863	35 142	40 829	46 943	54 374	61 706	69 421	73 515	74 264	87 752
1012	Rentenversicherung der Angestellten	16 403	18 089	21 150	24 328	30 995	43 153	51 300	56 224	57 530	61 110
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	6 129	6 564	7 284	7 951	8 881	9 768	10 951	11 876	12 415	14 598
103	Krankenversicherung	25 650	31 642	36 910	43 936	52 404	61 631	67 285	70 388	74 422	94 827
104	Unfallversicherung	4 280	4 610	5 165	5 727	6 294	7 185	7 818	8 330	8 880	10 930
105	Arbeitsförderung	3 969	4 987	5 836	6 784	10 427	18 416	16 561	15 881	19 187	24 718
106	Kindergeld	2 891	3 299	3 274	3 207	3 247	14 693	14 430	14 050	15 400	14 350
12	**Sondersysteme**	**1 082**	**1 141**	**1 304**	**1 766**	**2 026**	**2 403**	**2 713**	**2 961**	**3 205**	**3 839**
122	Altershilfe für Landwirte	909	967	1 108	1 468	1 658	1 883	2 095	2 291	2 506	2 974
123	Versorgungswerke	173	174	196	298	368	520	618	670	699	865
13	**Beamtenrechtliches System**	**24 066**	**27 396**	**29 368**	**32 583**	**36 341**	**37 645**	**39 468**	**41 267**	**43 568**	**55 623**
131	Pensionen	15 839	18 321	19 779	22 086	24 780	26 670	28 401	29 750	31 478	41 131
132	Familienzuschläge	6 218	6 789	6 997	7 571	8 240	7 035	6 941	7 208	7 570	9 290
133	Beihilfen	2 009	2 286	2 592	2 926	3 321	3 940	4 126	4 309	4 520	5 202
14	**Ergänzungssysteme**	**1 399**	**1 612**	**1 909**	**2 193**	**2 708**	**3 301**	**3 638**	**4 001**	**4 209**	**5 473**
141	Zusatzversich. im öffentlichen Dienst	1 358	1 569	1 853	2 136	2 613	3 204	3 523	3 875	4 077	5 306
142	Zusatzversich. für einzelne Berufe	41	43	56	57	95	97	115	126	132	167
2	**Arbeitgeberleistungen**	**18 200**	**19 600**	**21 500**	**24 900**	**25 300**	**25 300**	**26 300**	**28 500**	**30 000**	**38 400**
201	Entgeltfortzahlung	12 500	13 500	15 000	18 000	18 000	17 500	18 000	19 500	20 600	26 600
229	Vertragl. u. freiw. Arbeitgeberleist.	5 700	6 100	6 500	6 900	7 300	7 800	8 300	9 000	9 400	11 800
3	**Entschädigungen**	**11 542**	**12 373**	**13 276**	**13 827**	**14 691**	**15 806**	**16 388**	**16 966**	**17 504**	**18 296**
301	Kriegsopferversorgung	7 486	8 073	8 577	9 172	10 129	11 135	11 823	12 446	12 981	14 107
302	Lastenausgleich	1 782	1 821	1 814	1 749	1 793	1 846	1 875	1 890	1 878	1 701
303	Wiedergutmachung	1 959	2 012	2 201	2 299	2 195	2 278	2 175	2 170	2 150	2 000
309	Sonstige Entschädigungen	315	467	684	607	574	547	517	460	495	488
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**11 450**	**17 079**	**21 053**	**23 714**	**28 511**	**31 580**	**33 252**	**36 231**	**36 631**	**42 606**
401	Sozialhilfe	3 462	4 175	4 981	5 810	7 450	8 612	9 805	10 902	11 997	17 370
402	Jugendhilfe	1 492	1 897	2 234	2 614	3 253	3 705	4 101	4 486	4 894	6 816
403	Ausbildungsförderung	629	1 165	1 757	1 924	2 036	2 740	2 544	2 631	3 290	3 930
404	Wohngeld	654	902	1 286	1 227	1 578	1 797	1 759	1 595	2 120	1 930
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	758	905	1 060	1 109	1 230	1 340	1 430	1 520	1 600	2 000
406	Vermögensbildung	4 455	8 035	9 735	11 030	12 964	13 386	13 613	15 097	12 730	10 560
1—4	**Direkte Leistungen insgesamt**	**149 966**	**172800**	**196 544**	**223 354**	**256 568**	**300 626**	**321 586**	**343 320**	**362 586**	**448 819**
5	**Indirekte Leistungen**	**24 770**	**25 986**	**27 416**	**29 280**	**31 501**	**29 596**	**32 202**	**35 923**	**40 259**	**59 160**
501	Steuerermäßigungen	20 717	21 853	23 144	24 825	26 890	25 417	28 029	31 529	35 262	52 507
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4 053	4 133	4 272	4 455	4 611	4 179	4 173	4 394	4 997	6 653

Bei der Summenbildung heben sich Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

noch: Tabelle I—4

noch: Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982[1])
0	**Sozialbudget insgesamt**	+ 13,8	+13,8	+12,7	+12,8	+14,0	+ 14,6	+ 7,1	+ 7,2	+ 6,2	+ 6,0
1	**Soziale Sicherung**	+ 9,0	+13,8	13,7	+14,3	+16,9	+ 21,2	+ 7,8	+ 6,5	+ 6,4	+ 6,0
10	**Allgemeine Systeme**	+ 8,0	+13,8	+15,5	+15,0	+18,1	+ 25,4	+ 8,2	+ 6,8	+ 6,6	+ 5,9
101	Rentenversicherungen	+ 9,9	+10,2	+16,0	+14,3	+16,5	+ 13,8	+13,5	+ 8,7	+ 3,8	+ 4,2
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	+ 9,2	+10,3	+16,2	+15,0	+15,8	+ 13,5	+12,5	+ 5,9	+ 1,0	+ 3,6
1012	Rentenversicherung der Angestellten	+ 10,8	+10,3	+16,9	+15,0	+27,4	+ 39,2	+18,9	+ 9,6	+ 2,3	+ 1,7
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	+ 5,0	+ 7,1	+11,0	+ 9,2	+11,7	+ 10,0	+12,1	+ 8,4	+ 4,5	+ 4,2
103	Krankenversicherung	+ 5,6	+23,4	+16,6	+19,0	+19,3	+ 17,6	+ 9,2	+ 4,6	+ 5,7	+ 6,1
104	Unfallversicherung	+ 0,5	+ 7,7	+12,0	+10,9	+ 9,9	+ 14,2	+ 8,8	+ 6,6	+ 6,6	+ 5,6
105	Arbeitsförderung	+ 33,0	+25,6	+17,0	+16,2	+53,7	+ 76,6	−10,1	− 4,1	+20,8	+ 9,3
106	Kindergeld	+ 5,8	+14,1	− 0,8	− 2,0	+ 1,2	+352,5	− 1,8	− 2,6	+ 9,6	+ 0,4
12	**Sondersysteme**	+ 8,7	+ 5,5	+14,3	+35,4	+14,7	+ 18,6	+12,9	+ 9,1	+ 8,2	+ 5,3
122	Altershilfe für Landwirte	+ 8,7	+ 6,4	+14,6	+32,5	+12,9	+ 13,6	+11,3	+ 9,4	+ 9,4	+ 5,4
123	Versorgungswerke	+ 8,8	+ 0,6	+12,6	+52,0	+23,5	+ 41,3	+18,8	+ 8,4	+ 4,3	+ 5,2
13	**Beamtenrechtliches System**	+ 11,3	+13,8	+ 7,2	+10,9	+11,5	+ 3,6	+ 4,8	+ 4,6	+ 5,6	+ 6,2
131	Pensionen	+ 12,2	+15,7	+ 8,0	+11,7	+12,2	+ 7,6	+ 6,5	+ 4,7	+ 5,8	+ 6,7
132	Familienzuschläge	+ 8,4	+ 9,2	+ 3,1	+ 8,2	+ 8,8	− 14,6	− 1,3	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,2
133	Beihilfen	+ 13,1	+13,8	+13,4	+12,9	+13,5	+ 18,6	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,9	+ 3,8
14	**Ergänzungssysteme**	+ 34,8	+15,2	+18,4	+14,9	+23,5	+ 21,9	+10,2	+10,0	+ 5,2	+ 6,5
141	Zusatzversich. im öffentlichen Dienst	+ 35,5	+15,5	+18,1	+15,3	+22,3	+ 22,6	+10,0	+10,0	+ 5,2	+ 6,5
142	Zusatzversich. für einzelne Berufe	+ 13,9	+ 4,9	+30,2	+ 1,8	+66,7	+ 2,1	+18,7	+ 9,6	+ 4,7	+ 5,8
2	**Arbeitgeberleistungen**	+ 61,1	+ 7,7	+ 9,7	+15,8	+ 1,6	0,0	+ 4,0	+ 8,4	+ 5,2	+ 6,1
201	Entgeltfortzahlung	+108,3	+ 8,0	+11,1	+20,0	0,0	− 2,8	+ 2,9	+ 8,3	+ 5,6	+ 6,4
229	Vertragl. u. freiw. Arbeitgeberleist.	+ 7,5	+ 7,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 5,8	+ 6,8	+ 6,4	+ 8,4	+ 4,4	+ 5,6
3	**Entschädigungen**	+ 8,4	+ 7,2	+ 7,3	+ 4,2	+ 6,3	+ 7,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,2	+ 1,5
301	Kriegsopferversorgung	+ 11,2	+ 7,8	+ 6,2	+ 6,9	+10,4	+ 9,9	+ 6,2	+ 5,3	+ 4,3	+ 2,5
302	Lastenausgleich	+ 0,2	+ 2,2	− 0,4	− 3,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 0,8	− 0,6	− 2,1
303	Wiedergutmachung	+ 5,7	+ 2,7	+ 9,4	+ 4,5	− 4,5	+ 3,8	− 4,5	− 0,2	− 0,9	− 1,6
309	Sonstige Entschädigungen	+ 10,9	+48,3	+46,5	−11,3	− 5,4	− 4,7	− 5,9	−10,7	+ 7,6	+ 1,2
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	+ 34,2	+49,2	+23,3	+12,6	+20,2	+ 10,8	+ 5,3	+ 9,0	+ 1,1	+ 3,3
401	Sozialhilfe	+ 16,0	+20,6	+19,3	+16,6	+28,2	+ 15,6	+13,9	+11,2	+10,0	+ 9,8
402	Jugendhilfe	+ 22,5	+27,1	+17,8	+17,0	+24,4	+ 13,9	+10,7	+ 9,4	+ 9,1	+ 8,7
403	Ausbildungsförderung	+ 75,2	+85,2	+50,8	+ 9,5	+ 5,8	+ 34,6	− 7,2	+ 3,4	+25,0	+ 8,4
404	Wohngeld	+ 4,0	+37,9	+42,6	+ 4,6	+28,6	+ 13,9	− 2,1	− 9,3	+32,9	+ 3,9
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	+ 8,6	+19,4	+17,1	+ 4,6	+10,9	+ 8,9	+ 6,7	+ 6,3	+ 5,3	+ 5,6
406	Vermögensbildung	+ 68,8	+80,4	+21,2	+13,3	+17,5	+ 3,3	+ 1,7	+10,9	−15,7	− 6,9
1—4	**Direkte Leistungen insgesamt**	+ 15,1	+15,2	+13,7	+13,6	+14,9	+ 17,2	+ 7,0	+ 6,8	+ 5,6	+ 5,5
5	**Indirekte Leistungen**	+ 6,2	+ 4,9	+ 5,5	+ 6,8	+ 7,6	− 6,0	+ 8,8	+11,6	+12,1	+10,5
501	Steuerermäßigungen	+ 6,6	+ 5,5	+ 5,9	+ 7,3	+ 8,3	− 5,5	+10,3	+12,5	+11,8	+10,7
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,4	+ 4,3	+ 3,5	− 9,4	− 0,1	+ 5,3	+13,7	+ 8,7

[1]) im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1982

noch: Tabelle I—4

noch: Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982

Anteile am Bruttosozialprodukt in Prozent

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
0	**Sozialbudget insgesamt**	25,73	26,29	27,07	27,46	29,19	32,05	31,48	31,78	31,52	30,36
1	**Soziale Sicherung**	16,07	16,41	17,06	17,54	19,10	22,17	21,91	21,97	21,84	20,94
10	**Allgemeine Systeme**	12,23	12,50	13,20	13,64	15,02	18,05	17,91	18,01	17,93	17,13
101	Rentenversicherungen	7,68	7,60	8,06	8,28	9,00	9,81	10,20	10,45	10,12	9,17
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	4,69	4,65	4,94	5,10	5,51	5,99	6,18	6,16	5,81	5,25
1012	Rentenversicherung der Angestellten	2,42	2,39	2,56	2,64	3,14	4,19	4,56	4,71	4,50	3,65
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	0,90	0,87	0,88	0,86	0,90	0,95	0,97	1,00	0,97	0,87
103	Krankenversicherung	3,78	4,19	4,46	4,78	5,31	5,98	5,99	5,90	5,82	5,67
104	Unfallversicherung	0,63	0,61	0,62	0,62	0,64	0,70	0,70	0,70	0,69	0,65
105	Arbeitsförderung	0,58	0,66	0,71	0,74	1,06	1,79	1,47	1,33	1,50	1,48
106	Kindergeld	0,43	0,44	0,40	0,35	0,33	1,43	1,28	1,18	1,21	0,86
12	**Sondersysteme**	0,16	0,15	0,16	0,19	0,21	0,23	0,24	0,25	0,25	0,23
122	Altershilfe für Landwirte	0,13	0,13	0,13	0,16	0,17	0,18	0,19	0,19	0,20	0,18
123	Versorgungswerke	0,03	0,02	0,02	0,03	0,04	0,05	0,05	0,06	0,05	0,05
13	**Beamtenrechtliches System**	3,54	3,62	3,55	3,54	3,68	3,65	3,51	3,46	3,41	3,32
131	Pensionen	2,33	2,42	2,39	2,40	2,51	2,59	2,53	2,49	2,46	2,46
132	Familienzuschläge	0,92	0,90	0,85	0,82	0,83	0,68	0,62	0,60	0,59	0,56
133	Beihilfen	0,30	0,30	0,31	0,32	0,34	0,38	0,37	0,36	0,35	0,31
14	**Ergänzungssysteme**	0,21	0,21	0,23	0,24	0,27	0,32	0,32	0,34	0,33	0,33
141	Zusatzversich. im öffentlichen Dienst	0,20	0,21	0,22	0,23	0,26	0,31	0,31	0,32	0,32	0,32
142	Zusatzversich. für einzelne Berufe	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
2	**Arbeitgeberleistungen**	2,68	2,59	2,60	2,71	2,56	2,46	2,34	2,39	2,35	2,30
201	Entgeltfortzahlung	1,84	1,79	1,81	1,96	1,82	1,70	1,60	1,63	1,61	1,59
229	Vertragl. u. freiw. Arbeitgeberleist.	0,84	0,81	0,79	0,75	0,74	0,76	0,74	0,75	0,74	0,71
3	**Entschädigungen**	1,70	1,64	1,60	1,50	1,49	1,53	1,46	1,42	1,37	1,09
301	Kriegsopferversorgung	1,10	1,07	1,04	1,00	1,03	1,08	1,05	1,04	1,02	0,84
302	Lastenausgleich	0,26	0,24	0,22	0,19	0,18	0,18	0,17	0,16	0,15	0,10
303	Wiedergutmachung	0,29	0,27	0,27	0,25	0,22	0,22	0,19	0,18	0,17	0,12
309	Sonstige Entschädigungen	0,05	0,06	0,08	0,07	0,06	0,05	0,05	0,04	0,04	0,03
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	1,69	2,26	2,55	2,57	2,89	3,07	2,96	3,04	2,87	2,55
401	Sozialhilfe	0,51	0,55	0,60	0,63	0,75	0,84	0,87	0,91	0,94	1,04
402	Jugendhilfe	0,22	0,25	0,27	0,28	0,33	0,36	0,36	0,38	0,38	0,41
403	Ausbildungsförderung	0,09	0,15	0,21	0,21	0,21	0,27	0,23	0,22	0,26	0,23
404	Wohngeld	0,10	0,12	0,16	0,13	0,16	0,17	0,16	0,13	0,17	0,12
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	0,11	0,12	0,13	0,12	0,12	0,13	0,13	0,13	0,13	0,12
406	Vermögensbildung	0,66	1,06	1,18	1,20	1,31	1,30	1,21	1,27	1,00	0,63
1—4	**Direkte Leistungen insgesamt**	22,09	22,86	23,76	24,27	26,00	29,18	28,62	28,77	28,37	26,83
5	**Indirekte Leistungen**	3,64	3,44	3,31	3,18	3,19	2,87	2,87	3,01	3,15	3,54
501	Steuerermäßigungen	3,05	2,89	2,80	2,69	2,72	2,47	2,49	2,64	2,76	3,14
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	0,60	0,55	0,52	0,48	0,47	0,41	0,37	0,37	0,39	0,40

Bei der Summenbildung heben sich Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

noch: Tabelle I—4

noch: Leistungen nach Institutionen 1970 bis 1978, 1982

Struktur in Prozent

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
0	**Sozialbudget insgesamt**	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1	**Soziale Sicherung**	62,4	62,4	63,0	63,9	65,5	69,2	69,6	69,1	69,3	69,0
10	**Allgemeine Systeme**	47,5	47,5	48,7	49,7	51,5	56,3	56,9	56,7	56,9	56,4
101	Rentenversicherungen	29,8	28,9	29,8	30,2	30,8	30,6	32,4	32,9	32,1	30,2
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	18,2	17,7	18,2	18,6	18,9	18,7	19,6	19,4	18,4	17,3
1012	Rentenversicherung der Angestellten	9,4	9,1	9,4	9,6	10,8	13,1	14,5	14,8	14,3	12,0
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	3,5	3,3	3,3	3,1	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	2,9
103	Krankenversicherung	14,7	15,9	16,5	17,4	18,2	18,7	19,0	18,6	18,5	18,7
104	Unfallversicherung	2,4	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
105	Arbeitsförderung	2,3	2,5	2,6	2,7	3,6	5,6	4,7	4,2	4,8	4,9
106	Kindergeld	1,7	1,7	1,5	1,3	1,1	4,4	4,1	3,7	3,8	2,8
12	**Sondersysteme**	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
122	Altershilfe für Landwirte	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
123	Versorgungswerke	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
13	**Beamtenrechtliches System**	13,8	13,8	13,1	12,9	12,6	11,4	11,2	10,9	10,8	10,9
131	Pensionen	9,1	9,2	8,8	8,7	8,6	8,1	8,0	7,8	7,8	8,1
132	Familienzuschläge	3,6	3,4	3,1	3,0	2,9	2,1	2,0	1,9	1,9	1,8
133	Beihilfen	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0
14	**Ergänzungssysteme**	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,0	1,1
141	Zusatzversich. im öffentlichen Dienst	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
142	Zusatzversich. für einzelne Berufe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	**Arbeitgeberleistungen**	10,4	9,9	9,6	9,9	8,8	7,7	7,4	7,5	7,4	7,6
201	Entgeltfortzahlung	7,2	6,8	6,7	7,1	6,3	5,3	5,1	5,1	5,1	5,2
229	Vertragl. u. freiw. Arbeitgeberleist.	3,3	3,1	2,9	2,7	2,5	2,4	2,3	2,4	2,3	2,3
3	**Entschädigungen**	6,6	6,2	5,9	5,5	5,1	4,8	4,6	4,5	4,3	3,6
301	Kriegsopferversorgung	4,3	4,1	3,8	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,2	2,8
302	Lastenausgleich	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,3
303	Wiedergutmachung	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
309	Sonstige Entschädigungen	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	6,5	8,6	9,4	9,4	9,9	9,6	9,4	9,6	9,1	8,4
401	Sozialhilfe	2,0	2,1	2,2	2,3	2,6	2,6	2,8	2,9	3,0	3,4
402	Jugendhilfe	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3
403	Ausbildungsförderung	0,4	0,6	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8
404	Wohngeld	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
406	Vermögensbildung	2,6	4,0	4,3	4,4	4,5	4,1	3,8	4,0	3,2	2,1
1—4	**Direkte Leistungen insgesamt**	85,8	86,9	87,8	88,4	89,1	91,0	90,9	90,5	90,0	88,4
5	**Indirekte Leistungen**	14,2	13,1	12,2	11,6	10,9	9,0	9,1	9,5	10,0	11,6
501	Steuerermäßigungen	11,9	11,0	10,3	9,8	9,3	7,7	7,9	8,3	8,8	10,3
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	2,3	2,1	1,9	1,8	1,6	1,3	1,2	1,2	1,2	1,3

Bei der Summenbildung heben sich Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle I—5

Finanzierung nach Arten 1970 bis 1978, 1982

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
	in Millionen DM									
Sozialbudget insgesamt	**181 342**	**206 281**	**232 534**	**266 691**	**294 391**	**329 863**	**355 952**	**377 030**	**398 495**	**519 021**
Beiträge	**108 410**	**123 166**	**139 575**	**164 316**	**180 128**	**195 949**	**217 054**	**231 286**	**243 402**	**328 354**
der Versicherten	36 815	40 949	47 453	55 955	62 442	69 240	78 358	82 760	87 593	127 290
tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	37 757	44 655	50 947	61 294	67 285	74 461	83 621	90 030	94 220	121 921
unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	33 838	37 562	41 175	47 067	50 401	52 248	55 075	58 496	61 589	79 143
Zuweisungen	**67 469**	**76 965**	**86 093**	**93 789**	**104 781**	**124 215**	**129 182**	**136 147**	**146 665**	**182 269**
aus öffentlichen Mitteln	64 870	72 761	80 854	87 253	96 942	117 117	122 016	128 879	139 243	175 022
aus nichtöffentlichen Mitteln	2 599	4 204	5 239	6 536	7 839	7 098	7 166	7 268	7 422	7 247
Sonstige Einnahmen	**5 463**	**6 150**	**6 866**	**8 586**	**9 482**	**9 699**	**9 716**	**9 596**	**8 428**	**8 398**
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent									[1]
Sozialbudget insgesamt		*+13,8*	*+12,7*	*+14,7*	*+10,4*	*+12,1*	*+ 7,9*	*+5,9*	*+ 5,7*	*+6,6*
Beiträge		*+13,6*	*+13,3*	*+17,7*	*+ 9,6*	*+ 8,8*	*+10,8*	*+6,6*	*+ 5,2*	*+7,3*
der Versicherten		*+11,2*	*+15,9*	*+17,9*	*+11,6*	*+10,9*	*+13,2*	*+5,6*	*+ 5,8*	*+7,8*
tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber		*+18,3*	*+14,1*	*+20,3*	*+ 9,8*	*+10,7*	*+12,3*	*+7,7*	*+ 4,7*	*+6,3*
unterstellte Beiträge der Arbeitgeber		*+11,0*	*+ 9,6*	*+14,3*	*+ 7,1*	*+ 3,7*	*+ 5,4*	*+6,2*	*+ 5,3*	*+6,2*
Zuweisungen		*+14,1*	*+11,9*	*+ 8,9*	*+11,7*	*+18,5*	*+ 4,0*	*+5,4*	*+ 7,7*	*+6,0*
aus öffentlichen Mitteln		*+12,2*	*+11,1*	*+ 7,9*	*+11,1*	*+20,8*	*+ 4,2*	*+5,6*	*+ 8,0*	*+6,3*
aus nichtöffentlichen Mitteln		*+61,8*	*+24,6*	*+24,8*	*+19,9*	*− 9,5*	*+ 1,0*	*+1,4*	*+ 2,1*	*−0,1*
Sonstige Einnahmen		*+12,6*	*+11,6*	*+25,1*	*+10,4*	*+ 2,3*	*+ 0,2*	*−1,2*	*−12,2*	*−2,6*
	Struktur in Prozent									
Sozialbudget insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Beiträge	*59,8*	*59,7*	*60,0*	*61,6*	*61,2*	*59,4*	*61,0*	*61,3*	*61,1*	*63,3*
der Versicherten	*20,3*	*19,9*	*20,4*	*21,0*	*21,2*	*21,0*	*22,0*	*21,9*	*22,0*	*24,5*
tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*20,8*	*21,6*	*21,9*	*23,0*	*22,9*	*22,6*	*23,5*	*23,9*	*23,6*	*23,5*
unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*18,7*	*18,2*	*17,7*	*17,6*	*17,1*	*15,8*	*15,5*	*15,5*	*15,5*	*15,2*
Zuweisungen	*37,2*	*37,3*	*37,0*	*35,2*	*35,6*	*37,7*	*36,3*	*36,1*	*36,8*	*35,1*
aus öffentlichen Mitteln	*35,8*	*35,3*	*34,8*	*32,7*	*32,9*	*35,5*	*34,3*	*34,2*	*34,9*	*33,7*
aus nichtöffentlichen Mitteln	*1,4*	*2,0*	*2,3*	*2,5*	*2,7*	*2,2*	*2,0*	*1,9*	*1,9*	*1,4*
Sonstige Einnahmen	*3,0*	*3,0*	*3,0*	*3,2*	*3,2*	*2,9*	*2,7*	*2,5*	*2,1*	*1,6*

[1] im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1982

Tabelle I—6

Finanzierung nach Quellen 1970 bis 1978, 1982

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1982
	in Millionen DM									
Sozialbudget insgesamt	181 342	206 281	232 533	266 691	294 390	329 863	355 952	377 030	398 495	519 021
Unternehmen	56 662	65 873	74 581	88 720	96 283	100 240	109 509	117 093	121 102	152 384
Bund	45 339	50 557	56 536	61 315	67 492	87 995	90 396	95 192	101 506	122 330
Länder	26 706	30 497	33 322	36 811	40 714	42 020	44 484	46 772	50 734	66 665
Gemeinden	12 522	14 626	16 481	18 941	21 855	24 273	26 504	28 271	30 640	41 628
Sozialversicherung	590	683	740	893	1 026	1 113	944	1 124	1 022	1 187
Private Organisationen	1 461	1 573	1 708	2 023	2 217	2 162	2 384	2 543	2 655	3 398
Private Haushalte	38 006	42 379	49 069	57 883	64 601	71 899	81 581	85 870	90 684	131 215
Übrige Welt	56	93	97	106	202	161	151	164	151	212
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent									[1]
Sozialbudget insgesamt		+13,8	+12,7	+14,7	+10,4	+12,1	+ 7,9	+ 5,9	+5,7	+6,6
Unternehmen		+16,3	+13,2	+19,0	+ 8,5	+ 4,1	+ 9,2	+ 6,9	+3,4	+5,4
Bund		+11,5	+11,8	+ 8,5	+10,1	+30,4	+ 2,7	+ 5,3	+6,6	+5,1
Länder		+14,2	+ 9,3	+10,5	+10,6	+ 3,2	+ 5,9	+ 5,1	+8,5	+7,3
Gemeinden		+16,8	+12,7	+14,9	+15,4	+11,1	+ 9,2	+ 6,7	+8,4	+8,0
Sozialversicherung		+15,8	+ 8,3	+20,7	+14,9	+ 8,5	−15,2	+19,1	−9,1	+1,1
Private Organisationen		+ 7,7	+ 8,6	+18,4	+ 9,6	− 2,5	+10,3	+ 6,6	+4,4	+6,0
Private Haushalte		+11,5	+15,8	+18,0	+11,6	+11,3	+13,5	+ 5,3	+5,6	+8,9
Übrige Welt		+66,1	+ 4,3	+ 9,3	+90,6	−20,3	− 6,0	+ 8,5	−8,1	+5,2
	Struktur in Prozent									
Sozialbudget insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Unternehmen	31,3	31,9	32,1	33,3	32,7	30,4	30,8	31,1	30,4	29,4
Bund	25,0	24,5	24,3	23,0	22,9	26,7	25,4	25,2	25,5	23,6
Länder	14,7	14,8	14,3	13,8	13,8	12,7	12,5	12,4	12,7	12,8
Gemeinden	7,0	7,1	7,1	7,1	7,4	7,4	7,4	7,5	7,7	8,0
Sozialversicherung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Private Organisationen	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Private Haushalte	21,0	20,5	21,1	21,7	21,9	21,8	22,9	22,8	22,8	25,3
Übrige Welt	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

[1]) im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1982

Anhang II

Jahresübersichten

Anhang II

Jahresübersichten

Seite

Leistungen und Finanzierung nach Arten und Institutionen

II—1—75 1975 178
II—1—76 1976 180
II—1—77 1977 182
II—1—78 1978 184
II—1—82 1982 186

Leistungen nach Funktionen und Institutionen

II—2—75 1975 188
II—2—76 1976 190
II—2—77 1977 192
II—2—78 1978 194
II—2—82 1982 196

Leistungen nach Funktionsgruppen, Arten und Institutionen

II—3—75 1975 198
II—3—76 1976 200
II—3—77 1977 202
II—3—78 1978 204
II—3—82 1982 206

Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen

II—4—75 1975 208
II—4—76 1976 209
II—4—77 1977 210
II—4—78 1978 211
II—4—82 1982 212

Leistungen nach Arten und Funktionen

II—5—75 1975 213
II—5—76 1976 214
II—5—77 1977 215
II—5—78 1978 216
II—5—82 1982 217

Finanzierung nach Arten und Quellen

II—6—75 1975 213
II—6—76 1976 214
II—6—77 1977 215
II—6—78 1978 216
II—6—82 1982 217

Verrechnungen zwischen den Institutionen

II—7—75 1975 218
II—7—76 1976 220
II—7—77 1977 222
II—7—78 1978 224
II—7—82 1982 226

Tabelle II—1—75

1975 **Leistungen und Finanzierung**

in

Institutionen		Leistungen				
		insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen	
			laufend	einmalig	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen
0	**Sozialbudget insgesamt**	**330222**	**240735**	**1527**	**9581**	**60318**
1	**Soziale Sicherung**	**228465**	**153979**	**594**	**7881**	**54543**
10	**Allgemeine Systeme**	**185961**	**117032**	**539**	**3985**	**54447**
101	Rentenversicherung	101027	81011	219	834	2948
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	61706	45990	122	487	1800
1012	Angestelltenversicherung	43153	27203	73	326	1085
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	9768	7818	24	21	63
103	Krankenversicherung	61631	5422	37	1950	50505
104	Unfallversicherung	7185	4762	126	122	994
105	Arbeitsförderung	18416	11444	157	1079	—
106	Kindergeld	14693	14393	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2403**	**2032**	**—**	**61**	**96**
122	Altershilfe für Landwirte	1883	1668	—	58	96
123	Versorgungswerke	520	364	—	3	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**37645**	**31875**	**42**	**3822**	**—**
131	Pensionen	26670	24970	—	105	—
132	Familienzuschläge	7035	6905	—	—	—
133	Beihilfen	3940	—	42	3717	—
14	**Ergänzungssysteme**	**3301**	**3040**	**13**	**13**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3204	2949	13	13	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	97	91	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**25300**	**24000**	**—**	**—**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	17500	17500	—	—	—
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	7800	6500	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**15806**	**12627**	**339**	**965**	**603**
301	Kriegsopferversorgung	11135	8786	142	660	588
302	Lastenausgleich	1846	1514	19	179	—
303	Wiedergutmachung	2278	2032	93	9	15
309	Sonstige Entschädigungen	547	295	85	117	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**31580**	**20533**	**594**	**735**	**5172**
401	Sozialhilfe	8612	2764	594	529	3817
402	Jugendhilfe	3705	101	—	206	1355
403	Ausbildungsförderung	2740	2627	—	—	—
404	Wohngeld	1797	1655	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1340	—	—	—	—
406	Vermögensbildung	13386	13386	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**300626**	**211139**	**1527**	**9581**	**60318**
5	**Indirekte Leistungen**	**29596**	**29596**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	25417	25417	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4179	4179	—	—	—

Bei der Summenbildung heben sich die Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle II—1—75

nach Arten und Institutionen **1975**

Millionen DM

Leistungen				Finanzierung										
Allgemeine Dienste und Leistungen			Verrechnungen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	Finanzierungssaldo
					der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln			
Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst				tatsächlich	unterstellte						
1706	**7652**	**8703**	**—**	**329863**	**69235**	**74461**	**52248**	**5**	**117117**	**7098**	**9699**	**—**	**−359**
732	**3603**	**6894**	**239**	**228106**	**69231**	**73327**	**28338**	**5**	**47543**	**2134**	**7290**	**238**	**−359**
732	**3116**	**5040**	**1070**	**183490**	**67571**	**68859**	**409**	**5**	**40874**	**245**	**5304**	**223**	**−2471**
21	322	1485	14187	101644	40343	38358	—	—	19039	—	3717	187	+617
14	192	876	12225	62921	20726	20092	—	—	11008	—	748	10347	+1215
7	104	533	13822	42555	18992	17142	—	—	2612	—	2926	883	−598
—	26	76	1740	9768	625	1124	—	—	5419	—	43	2557	—
13	801	2394	509	61383	23232	19328	—	5	970	242	925	16681	−248
11	342	477	351	7883	126	6372	409	—	418	3	548	7	+698
687	1651	684	2714	14878	3870	4801	—	—	5754	—	114	339	−3538
—	—	—	300	14693	—	—	—	—	14693	—	—	—	—
—	**19**	**186**	**9**	**3123**	**1285**	**—**	**—**	**—**	**1482**	**—**	**356**	**—**	**+720**
—	12	40	9	1891	405	—	—	—	1482	—	4	—	+8
—	7	146	—	1232	880	—	—	—	—	—	352	—	+712
—	**444**	**1462**	**—**	**37695**	**295**	**1800**	**27929**	**—**	**5080**	**1723**	**8**	**860**	**+50**
—	385	1210	—	26670	—	1800	24334	—	—	—	—	536	—
—	14	116	—	7035	—	—	—	—	5049	1710	—	276	—
—	45	136	—	3990	295	—	3595	—	31	13	8	48	+50
—	**24**	**206**	**5**	**4643**	**80**	**2668**	**—**	**—**	**107**	**166**	**1622**	**—**	**+1342**
—	24	200	5	4505	39	2629	—	—	82	166	1589	—	+1301
—	—	6	—	138	41	39	—	—	25	—	33	—	+41
—	**1300**	**—**	**—**	**25300**	**—**	**1134**	**23910**	**—**	**—**	**—**	**—**	**256**	**—**
—	—	—	—	17500	—	1134	16110	—	—	—	—	256	—
—	1300	—	—	7800	—	—	7800	—	—	—	—	—	—
57	**248**	**684**	**283**	**15806**	**4**	**—**	**—**	**—**	**14766**	**—**	**1036**	**—**	**—**
57	157	490	255	11135	—	—	—	—	11134	—	1	—	—
—	40	66	28	1846	4	—	—	—	807	—	1035	—	—
—	39	90	—	2278	—	—	—	—	2278	—	—	—	—
—	12	38	—	547	—	—	—	—	547	—	—	—	—
917	**2501**	**1125**	**3**	**31580**	**—**	**—**	**—**	**—**	**25212**	**4964**	**1373**	**31**	**—**
—	385	520	3	8612	—	—	—	—	7706	—	875	31	—
827	976	240	—	3705	—	—	—	—	3487	—	218	—	—
—	30	83	—	2740	—	—	—	—	2740	—	—	—	—
—	41	101	—	1797	—	—	—	—	1797	—	—	—	—
90	1069	181	—	1340	—	—	—	—	1060	—	280	—	—
—	—	—	—	13386	—	—	—	—	8422	4964	—	—	—
1706	**7652**	**8703**	**—**	**300267**	**69235**	**74461**	**52248**	**5**	**87521**	**7098**	**9699**	**—**	**−359**
—	**—**	**—**	**—**	**29596**	**—**	**—**	**—**	**—**	**29596**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	25417	—	—	—	—	25417	—	—	—	—
—	—	—	—	4179	—	—	—	—	4179	—	—	—	—

Tabelle II—1—76

1976 **Leistungen und Finanzierung**

in

	Institutionen	Leistungen				
		insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen	
			laufend	einmalig	Bar-erstattungen	Waren- und Dienst-leistungen
0	**Sozialbudget insgesamt**	**353788**	**257518**	**1638**	**9615**	**66136**
1	**Soziale Sicherung**	**246200**	**166380**	**696**	**7740**	**59674**
10	**Allgemeine Systeme**	**201285**	**127342**	**654**	**3638**	**59560**
101	Rentenversicherung	114672	92255	246	728	2869
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	69421	51970	137	435	1760
1012	Angestelltenversicherung	51300	31459	83	277	1040
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	10951	8826	26	16	69
103	Krankenversicherung	67285	5488	37	2150	55636
104	Unfallversicherung	7818	5211	136	137	1055
105	Arbeitsförderung	16561	10228	235	623	—
106	Kindergeld	14430	14160	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2713**	**2278**	**2**	**72**	**113**
122	Altershilfe für Landwirte	2095	1849	—	69	113
123	Versorgungswerke	618	429	2	3	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**39468**	**33420**	**25**	**4016**	**—**
131	Pensionen	28401	26599	—	105	—
132	Familienzuschläge	6941	6821	—	—	—
133	Beihilfen	4126	—	25	3911	—
14	**Ergänzungssysteme**	**3638**	**3340**	**15**	**14**	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3523	3233	14	14	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	115	107	1	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**26300**	**24900**	**—**	**—**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	18000	18000	—	—	—
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	8300	6900	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**16388**	**13086**	**316**	**999**	**657**
301	Kriegsopferversorgung	11823	9377	132	648	640
302	Lastenausgleich	1875	1537	23	179	—
303	Wiedergutmachung	2175	1955	73	8	17
309	Sonstige Entschädigungen	515	217	88	164	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**33252**	**20950**	**626**	**876**	**5805**
401	Sozialhilfe	9805	3182	626	656	4312
402	Jugendhilfe	4101	96	—	220	1493
403	Ausbildungsförderung	2544	2439	—	—	—
404	Wohngeld	1759	1620	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1430	—	—	—	—
406	Vermögensbildung	13613	13613	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**321586**	**225316**	**1638**	**9615**	**66136**
5	**Indirekte Leistungen**	**32202**	**32202**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	28029	28029	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4173	4173	—	—	—

Bei der Summenbildung heben sich die Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle II—1—76

nach Arten und Institutionen **1976**

Millionen DM

Leistungen				Finanzierung										
Allgemeine Dienste und Leistungen			Verrechnungen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	Finanzierungssaldo
					der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln			
Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst				tatsächlich	unterstellte						
1830	**7954**	**9097**	**—**	**355953**	**78353**	**83621**	**55075**	**5**	**122016**	**7166**	**9716**	**—**	**+2164**
748	**3533**	**7179**	**250**	**248364**	**78349**	**82531**	**30132**	**5**	**47989**	**2103**	**7001**	**254**	**+2164**
748	**3015**	**5190**	**1138**	**201050**	**76513**	**77609**	**446**	**5**	**41227**	**262**	**4749**	**239**	**−235**
23	377	1498	16676	108694	43074	40851	—	—	21484	—	3040	245	−5978
15	246	886	13972	69864	22003	21292	—	—	12221	—	753	13595	+443
8	105	531	17797	44879	20412	18394	—	—	2922	—	2243	908	−6421
—	26	81	1907	10951	659	1165	—	—	6341	—	44	2742	—
13	821	2570	570	70925	27071	22445	—	5	961	259	1047	19137	+3640
11	358	492	418	8607	142	7006	446	—	424	3	563	23	+789
701	1459	630	2685	17875	6226	7307	—	—	3028	—	99	315	+1314
—	—	—	270	14430	—	—	—	—	14430	—	—	—	—
—	**22**	**216**	**10**	**3500**	**1460**	**—**	**—**	**—**	**1640**	**—**	**400**	**—**	**+787**
—	13	42	9	2097	453	—	—	—	1640	—	4	—	+2
—	9	174	1	1403	1007	—	—	—	—	—	396	—	+785
—	**468**	**1539**	**—**	**39506**	**296**	**1900**	**29686**	**—**	**5021**	**1674**	**10**	**919**	**+38**
—	410	1287	—	28401	—	1900	25906	—	—	—	—	595	—
—	13	107	—	6941	—	—	—	—	5001	1668	—	272	—
—	45	145	—	4164	296	—	3780	—	20	6	10	52	+38
—	**28**	**234**	**6**	**5212**	**80**	**3022**	**—**	**—**	**101**	**167**	**1842**	**—**	**+1574**
—	28	227	6	5067	33	2979	—	—	81	167	1807	—	+1544
—	0	7	—	145	47	43	—	—	20	—	35	—	+30
—	**1400**	**—**	**—**	**26300**	**—**	**1090**	**24943**	**—**	**—**	**—**	**—**	**267**	**—**
—	—	—	—	18000	—	1090	16643	—	—	—	—	267	—
—	1400	—	—	8300	—	—	8300	—	—	—	—	—	—
80	**265**	**685**	**300**	**16388**	**4**	**—**	**—**	**—**	**15314**	**—**	**1070**	**—**	**—**
80	181	495	270	11823	—	—	—	—	11822	—	1	—	—
—	40	66	30	1875	4	—	—	—	802	—	1069	—	—
—	36	86	—	2175	—	—	—	—	2175	—	—	—	—
—	8	38	—	515	—	—	—	—	515	—	—	—	—
1002	**2756**	**1233**	**4**	**33252**	**—**	**—**	**—**	**—**	**26511**	**5063**	**1645**	**33**	**—**
—	435	590	4	9805	—	—	—	—	8687	—	1085	33	—
910	1107	275	—	4101	—	—	—	—	3832	—	269	—	—
—	28	77	—	2544	—	—	—	—	2544	—	—	—	—
—	41	98	—	1759	—	—	—	—	1759	—	—	—	—
92	1145	193	—	1430	—	—	—	—	1139	—	291	—	—
—	—	—	—	13613	—	—	—	—	8550	5063	—	—	—
1830	**7954**	**9097**	**—**	**323750**	**78353**	**83621**	**55075**	**5**	**89814**	**7166**	**9716**	**—**	**+2164**
—	**—**	**—**	**—**	**32202**	**—**	**—**	**—**	**—**	**32202**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	28029	—	—	—	—	28029	—	—	—	—
—	—	—	—	4173	—	—	—	—	4173	—	—	—	—

Tabelle II—1—77

1977 **Leistungen und Finanzierung**

in

	Institutionen	Leistungen				
		insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen	
			laufend	einmalig	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen
0	**Sozialbudget insgesamt**	**379243**	**277589**	**1806**	**10078**	**69506**
1	**Soziale Sicherung**	**262193**	**178276**	**854**	**8131**	**62367**
10	**Allgemeine Systeme**	**214903**	**137142**	**798**	**3870**	**62256**
101	Rentenversicherung	124681	103062	279	717	2959
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	73515	57699	153	420	1775
1012	Angestelltenversicherung	56224	35711	93	281	1115
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	11876	9652	33	16	69
103	Krankenversicherung	70388	5608	35	2312	58199
104	Unfallversicherung	8330	5573	147	144	1098
105	Arbeitsförderung	15881	9119	337	697	—
106	Kindergeld	14050	13780	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2961**	**2512**	**2**	**70**	**110**
122	Altershilfe für Landwirte	2291	2047	—	67	110
123	Versorgungswerke	670	465	2	3	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**41267**	**34948**	**38**	**4176**	**—**
131	Pensionen	29750	27875	—	105	—
132	Familienzuschläge	7208	7073	—	—	—
133	Beihilfen	4309	—	38	4071	—
14	**Ergänzungssysteme**	**4001**	**3674**	**16**	**15**	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3875	3557	15	15	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	126	117	1	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**28500**	**27000**	**—**	**—**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	19500	19500	—	—	—
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	9000	7500	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**16966**	**13661**	**269**	**1028**	**677**
301	Kriegsopferversorgung	12446	9995	87	669	661
302	Lastenausgleich	1890	1542	32	180	—
303	Wiedergutmachung	2170	1960	66	8	16
309	Sonstige Entschädigungen	460	164	84	171	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36231**	**22729**	**683**	**919**	**6462**
401	Sozialhilfe	10902	3532	683	677	4868
402	Jugendhilfe	4486	108	—	242	1594
403	Ausbildungsförderung	2631	2523	—	—	—
404	Wohngeld	1595	1469	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1520	—	—	—	—
406	Vermögensbildung	15097	15097	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**343320**	**241666**	**1806**	**10078**	**69506**
5	**Indirekte Leistungen**	**35923**	**35923**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	31529	31529	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4394	4394	—	—	—

Bei der Summenbildung heben sich die Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle II—1—77

nach Arten und Institutionen **1977**

Millionen DM

Leistungen				Finanzierung									
Allgemeine Dienste und Leistungen			Verrechnungen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	Finanzierungssaldo
					der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln			
Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst				tatsächlich	unterstellte						
2226	**8412**	**9625**	**—**	**377030**	**82755**	**90030**	**58496**	**5**	**128879**	**7268**	**9596**	**—**	**−2213**
1060	**3651**	**7590**	**263**	**259980**	**82752**	**88865**	**31443**	**5**	**47659**	**2093**	**6907**	**255**	**−2213**
1060	**3105**	**5485**	**1186**	**210454**	**80803**	**83663**	**476**	**5**	**40418**	**281**	**4568**	**239**	**−4449**
20	339	1513	15792	115132	44540	43959	—	—	23694	—	2691	248	−9549
13	205	896	12354	73150	22624	22725	—	—	13444	—	660	13697	−366
7	107	534	18376	47041	21235	20026	—	—	3243	—	2010	527	−9184
—	27	83	1996	11876	681	1208	—	—	7007	—	21	2959	—
14	860	2775	585	74190	29249	24312	—	5	1102	278	1150	18094	+3802
11	386	523	448	9130	150	7463	476	—	424	3	605	9	+800
1015	1520	674	2519	16379	6864	7929	—	—	1148	—	122	316	+498
—	—	—	270	14050	—	—	—	—	14050	—	—	—	—
—	**21**	**236**	**10**	**3776**	**1559**	**—**	**—**	**—**	**1798**	**—**	**419**	**—**	**+815**
—	11	47	9	2314	510	—	—	—	1798	—	6	—	+23
—	10	189	1	1462	1049	—	—	—	—	—	413	—	+792
—	**494**	**1611**	**—**	**41267**	**305**	**2060**	**30967**	**—**	**5333**	**1642**	**5**	**955**	**—**
—	430	1340	—	29750	—	2060	27064	—	—	—	—	626	—
—	14	121	—	7208	—	—	—	—	5310	1625	—	273	—
—	50	150	—	4309	305	—	3903	—	23	17	5	56	—
—	**31**	**258**	**6**	**5422**	**85**	**3142**	**—**	**—**	**110**	**170**	**1915**	**—**	**+1421**
—	31	250	6	5270	38	3098	—	—	85	170	1879	—	+1395
—	0	8	—	152	47	44	—	—	25	—	36	—	+26
—	**1500**	**—**	**—**	**28500**	**—**	**1165**	**27053**	**—**	**—**	**—**	**—**	**282**	**—**
—	—	—	—	19500	—	1165	18053	—	—	—	—	282	—
—	1500	—	—	9000	—	—	9000	—	—	—	—	—	—
67	**261**	**701**	**302**	**16966**	**3**	**—**	**—**	**—**	**15875**	**—**	**1088**	**—**	**—**
67	177	518	272	12446	—	—	—	—	12445	—	1	—	—
—	40	66	30	1890	3	—	—	—	800	—	1087	—	—
—	36	84	—	2170	—	—	—	—	2170	—	—	—	—
—	8	33	—	460	—	—	—	—	460	—	—	—	—
1099	**3000**	**1334**	**5**	**36231**	**—**	**—**	**—**	**—**	**29422**	**5175**	**1601**	**33**	**—**
—	477	660	5	10902	—	—	—	—	9849	—	1020	33	—
1005	1237	300	—	4486	—	—	—	—	4206	—	280	—	—
—	28	80	—	2631	—	—	—	—	2631	—	—	—	—
—	37	89	—	1595	—	—	—	—	1595	—	—	—	—
94	1221	205	—	1520	—	—	—	—	1219	—	301	—	—
—	—	—	—	15097	—	—	—	—	9922	5175	—	—	—
2226	**8412**	**9625**	**—**	**341107**	**82755**	**90030**	**58496**	**5**	**92956**	**7268**	**9596**	**—**	**−2213**
—	**—**	**—**	**—**	**35923**	**—**	**—**	**—**	**—**	**35923**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	31529	—	—	—	—	31529	—	—	—	—
—	—	—	—	4394	—	—	—	—	4394	—	—	—	—

Tabelle II—1—78

1978 **Leistungen und Finanzierung**

in

	Institutionen	Leistungen				
		insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen	
			laufend	einmalig	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen
0	**Sozialbudget insgesamt**	**402845**	**294200**	**1952**	**10718**	**73921**
1	**Soziale Sicherung**	**279081**	**189814**	**925**	**8623**	**66054**
10	**Allgemeine Systeme**	**229086**	**146256**	**866**	**4152**	**65935**
101	Rentenversicherung	129357	109362	295	705	3157
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	74264	60920	161	422	1941
1012	Angestelltenversicherung	57530	38390	100	268	1148
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	12415	10052	34	15	68
103	Krankenversicherung	74422	5877	35	2437	61613
104	Unfallversicherung	8880	5956	160	152	1165
105	Arbeitsförderung	19187	9931	376	858	—
106	Kindergeld	15400	15130	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3205**	**2736**	**2**	**74**	**118**
122	Altershilfe für Landwirte	2506	2245	—	71	118
123	Versorgungswerke	699	491	2	3	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**43568**	**36948**	**39**	**4381**	**—**
131	Pensionen	31478	29518	—	110	—
132	Familienzuschläge	7570	7430	—	—	—
133	Beihilfen	4520	—	39	4271	—
14	**Ergänzungssysteme**	**4209**	**3874**	**18**	**16**	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	4077	3751	17	16	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	132	123	1	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**30000**	**28400**	**—**	**—**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	20600	20600	—	—	—
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	9400	7800	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**17504**	**13929**	**295**	**1103**	**725**
301	Kriegsopferversorgung	12981	10256	124	742	709
302	Lastenausgleich	1878	1533	24	184	—
303	Wiedergutmachung	2150	1950	56	8	16
309	Sonstige Entschädigungen	495	190	91	169	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36631**	**21798**	**732**	**992**	**7142**
401	Sozialhilfe	11997	3840	732	710	5461
402	Jugendhilfe	4894	122	—	282	1681
403	Ausbildungsförderung	3290	3154	—	—	—
404	Wohngeld	2120	1952	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1600	—	—	—	—
406	Vermögensbildung	12730	12730	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**362586**	**253941**	**1952**	**10718**	**73921**
5	**Indirekte Leistungen**	**40259**	**40259**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	35262	35262	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4997	4997	—	—	—

Bei der Summenbildung heben sich die Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle II—1—78

nach Arten und Institutionen **1978**

Millionen DM

Leistungen				Finanzierung										
Allgemeine Dienste und Leistungen			Verrechnungen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	Finanzierungssaldo
					der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln			
Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst				tatsächlich	unterstellte						
2598	**9119**	**10337**	**—**	**398495**	**87588**	**94220**	**61589**	**5**	**139243**	**7422**	**8428**	**—**	**−4350**
1311	**3923**	**8140**	**291**	**274731**	**87585**	**92990**	**33131**	**5**	**52957**	**2174**	**5605**	**284**	**−4350**
1311	**3355**	**5950**	**1261**	**222496**	**85599**	**87372**	**507**	**5**	**45241**	**293**	**3212**	**267**	**−6590**
22	356	1599	13861	121447	47225	45545	—	—	25743	—	1222	1712	−7910
14	214	940	9652	75245	23908	23331	—	—	14568	—	395	13043	+981
8	114	570	16932	48639	22611	20960	—	—	3524	—	805	739	−8891
—	28	89	2129	12415	706	1254	—	—	7651	—	22	2782	—
15	904	2926	615	75546	30959	25580	—	5	1079	290	1254	16379	+1124
11	408	551	477	9700	159	7951	507	—	425	3	645	10	+820
1263	1687	874	4198	18563	7256	8296	—	—	2594	—	91	326	−624
—	—	—	270	15400	—	—	—	—	15400	—	—	—	—
—	**21**	**244**	**10**	**4011**	**1584**	**—**	**—**	**—**	**1999**	**—**	**428**	**—**	**+806**
—	11	52	9	2506	501	—	—	—	1999	—	6	—	—
—	10	192	1	1505	1083	—	—	—	—	—	422	—	+806
—	**515**	**1685**	**—**	**43568**	**315**	**2300**	**32624**	**—**	**5615**	**1710**	**—**	**1004**	**—**
—	450	1400	—	31478	—	2300	28518	—	—	—	—	660	—
—	15	125	—	7570	—	—	—	—	5592	1692	—	286	—
—	50	160	—	4520	315	—	4106	—	23	18	—	58	—
—	**32**	**261**	**7**	**5643**	**87**	**3318**	**—**	**—**	**102**	**171**	**1965**	**—**	**+1434**
—	32	253	7	5487	38	3271	—	—	79	171	1928	—	+1410
—	—	8	—	156	49	47	—	—	23	—	37	—	+24
—	**1600**	**—**	**—**	**30000**	**—**	**1230**	**28458**	**—**	**—**	**—**	**—**	**312**	**—**
—	—	—	—	20600	—	1230	19058	—	—	—	—	312	—
—	1600	—	—	9400	—	—	9400	—	—	—	—	—	—
90	**306**	**722**	**334**	**17504**	**3**	**—**	**—**	**—**	**16425**	**—**	**1076**	**—**	**—**
90	222	535	303	12981	—	—	—	—	12980	—	1	—	—
—	40	66	31	1878	3	—	—	—	800	—	1075	—	—
—	36	84	—	2150	—	—	—	—	2150	—	—	—	—
—	8	37	—	495	—	—	—	—	495	—	—	—	—
1197	**3290**	**1475**	**5**	**36631**	**—**	**—**	**—**	**—**	**29602**	**5248**	**1747**	**34**	**—**
—	539	710	5	11997	—	—	—	—	10803	—	1160	34	—
1101	1378	330	—	4894	—	—	—	—	4619	—	275	—	—
—	36	100	—	3290	—	—	—	—	3290	—	—	—	—
—	49	119	—	2120	—	—	—	—	2120	—	—	—	—
96	1288	216	—	1600	—	—	—	—	1288	—	312	—	—
—	—	—	—	12730	—	—	—	—	7482	5248	—	—	—
2598	**9119**	**10337**	**—**	**358236**	**87588**	**94220**	**61589**	**5**	**98984**	**7422**	**8428**	**—**	**−4350**
—	**—**	**—**	**—**	**40259**	**—**	**—**	**—**	**—**	**40259**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	35262	—	—	—	—	35262	—	—	—	—
—	—	—	—	4997	—	—	—	—	4997	—	—	—	—

Tabelle II—1—82

1982 **Leistungen und Finanzierung**

in

Institutionen		Leistungen				
		insgesamt	Einkommensleistungen		Sachleistungen	
			laufend	einmalig	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen
0	**Sozialbudget insgesamt**	**507979**	**370284**	**2226**	**12217**	**95104**
1	**Soziale Sicherung**	**350319**	**238601**	**1065**	**9522**	**83837**
10	**Allgemeine Systeme**	**286547**	**182627**	**991**	**4355**	**83680**
101	Rentenversicherung	153343	142650	386	24	3796
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	87752	80137	213	2	2238
1012	Angestelltenversicherung	61110	51044	133	2	1478
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	14598	11469	40	20	80
103	Krankenversicherung	94827	7374	35	3019	78380
104	Unfallversicherung	10930	7151	190	184	1504
105	Arbeitsförderung	24718	11723	380	1127	—
106	Kindergeld	14350	13730	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3839**	**3253**	**2**	**99**	**155**
122	Altershilfe für Landwirte	2974	2630	—	95	155
123	Versorgungswerke	865	623	2	4	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**55623**	**47644**	**45**	**5051**	**—**
131	Pensionen	41131	38524	—	147	—
132	Familienzuschläge	9290	9120	—	—	—
133	Beihilfen	5202	—	45	4904	—
14	**Ergänzungssysteme**	**5473**	**5076**	**27**	**18**	**2**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	5306	4919	26	18	2
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	167	157	1	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**38400**	**36400**	**—**	**—**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	26600	26600	—	—	—
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	11800	9800	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**18296**	**14592**	**220**	**1155**	**746**
301	Kriegsopferversorgung	14107	11144	121	796	746
302	Lastenausgleich	1701	1374	11	188	—
303	Wiedergutmachung	2000	1884	3	3	—
309	Sonstige Entschädigungen	488	190	85	168	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**42606**	**21531**	**941**	**1540**	**10521**
401	Sozialhilfe	17370	5245	941	979	8392
402	Jugendhilfe	6816	176	—	561	2129
403	Ausbildungsförderung	3930	3770	—	—	—
404	Wohngeld	1930	1780	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	2000	—	—	—	—
406	Vermögensbildung	10560	10560	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**448819**	**311124**	**2226**	**12217**	**95104**
5	**Indirekte Leistungen**	**59160**	**59160**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	52507	52507	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	6653	6653	—	—	—

Bei der Summenbildung heben sich die Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) gegenseitig auf.

Tabelle II—1—82

nach Arten und Institutionen **1982**

Millionen DM

Leistungen				Finanzierung									
Allgemeine Dienste und Leistungen			Verrechnungen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	Finanzierungssaldo
					der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln			
Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst				tatsächlich	unterstellte						
3061	**11609**	**13477**	**—**	**519021**	**113582**	**121921**	**79143**	**13708**	**175022**	**7247**	**8398**	**—**	**+11042**
1373	**4874**	**10672**	**374**	**361361**	**113580**	**120334**	**42725**	**13708**	**61944**	**2649**	**6051**	**370**	**+11042**
1373	**4127**	**7875**	**1518**	**295088**	**111085**	**113101**	**641**	**13708**	**52615**	**366**	**3223**	**349**	**+8541**
27	463	2073	3924	159015	61948	59918	—	—	31555	—	988	4606	+5671
18	275	1208	3661	89502	30821	30349	—	—	18428	—	471	9433	+1750
9	151	753	7540	65031	30267	28030	—	—	4385	—	495	1854	+3921
—	37	112	2840	14598	860	1539	—	—	8742	—	22	3435	—
19	1142	4114	743	96355	39605	32992	—	13708	1267	363	1417	7003	+1528
12	519	682	688	11830	197	9768	641	—	426	3	782	13	+900
1315	2003	1006	7164	25160	9335	10423	—	—	5017	—	36	349	+442
—	—	—	620	14350	—	—	—	—	14350	—	—	—	—
—	**28**	**290**	**12**	**4912**	**2019**	**—**	**—**	**—**	**2340**	**—**	**553**	**—**	**+1073**
—	16	67	11	2974	628	—	—	—	2340	—	6	—	—
—	12	223	1	1938	1391	—	—	—	—	—	547	—	+1073
—	**680**	**2203**	**—**	**55624**	**365**	**3000**	**42084**	**—**	**6884**	**2100**	**6**	**1185**	**—**
—	600	1860	—	41131	—	3000	37366	—	—	—	—	765	—
—	15	155	—	9290	—	—	—	—	6857	2080	—	353	—
—	65	188	—	5202	365	—	4718	—	27	20	6	66	—
—	**39**	**304**	**7**	**6901**	**111**	**4233**	**—**	**—**	**105**	**183**	**2269**	**—**	**+1428**
—	38	296	7	6715	50	4173	—	—	82	183	2227	—	+1409
—	1	8	—	186	61	60	—	—	23	—	42	—	+19
—	**2000**	**—**	**—**	**38400**	**—**	**1587**	**36418**	**—**	**—**	**—**	**—**	**395**	**—**
—	—	—	—	26600	—	1587	24618	—	—	—	—	395	—
—	2000	—	—	11800	—	—	11800	—	—	—	—	—	—
68	**304**	**790**	**421**	**18296**	**2**	**—**	**—**	**—**	**18294**	**—**	**—**	**—**	**—**
68	219	624	389	14107	—	—	—	—	14107	—	—	—	—
—	40	56	32	1701	2	—	—	—	1699	—	—	—	—
—	36	74	—	2000	—	—	—	—	2000	—	—	—	—
—	9	36	—	488	—	—	—	—	488	—	—	—	—
1620	**4431**	**2015**	**7**	**42606**	**—**	**—**	**—**	**—**	**35624**	**4598**	**2347**	**37**	**—**
—	746	1060	7	17370	—	—	—	—	15723	—	1610	37	—
1516	1964	470	—	6816	—	—	—	—	6431	—	385	—	—
—	43	117	—	3930	—	—	—	—	3930	—	—	—	—
—	44	106	—	1930	—	—	—	—	1930	—	—	—	—
104	1634	262	—	2000	—	—	—	—	1648	—	352	—	—
—	—	—	—	10560	—	—	—	—	5962	4598	—	—	—
3061	**11609**	**13477**	**—**	**459861**	**113582**	**121921**	**79143**	**13708**	**115862**	**7247**	**8398**	**—**	**+11042**
—	**—**	**—**	**—**	**59160**	**—**	**—**	**—**	**—**	**59160**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	52507	—	—	—	—	52507	—	—	—	—
—	—	—	—	6653	—	—	—	—	6653	—	—	—	—

Tabelle II—2—75

1975 **Leistungen nach Funktionen**

in

	Institutionen	insgesamt	Familie			Gesundheit	
			Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit
0	**Sozialbudget insgesamt**	**330221**	**24965**	**22467**	**2162**	**6772**	**78205**
1	**Soziale Sicherung**	**228225**	**20974**	**3722**	**1749**	**4277**	**60230**
10	**Allgemeine Systeme**	**184891**	**17081**	**—**	**1679**	**4037**	**56563**
101	Rentenversicherung	86840	2326	—	—	2613	1500
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	49481	1489	—	—	1516	959
1012	Angestelltenversicherung	29331	615	—	—	1024	510
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	8028	222	—	—	73	31
103	Krankenversicherung	61122	—	—	1679	1180	55063
104	Unfallversicherung	6834	362	—	—	244	—
105	Arbeitsförderung	15702	—	—	—	—	—
106	Kindergeld	14393	14393	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2394**	**36**	**311**	**—**	**100**	**59**
122	Altershilfe für Landwirte	1874	8	311	—	100	59
123	Versorgungswerke	520	28	—	—	—	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**37645**	**3832**	**3408**	**70**	**140**	**3609**
131	Pensionen	26670	205	—	—	—	—
132	Familienzuschläge	7035	3627	3408	—	—	—
133	Beihilfen	3940	—	—	70	140	3609
14	**Ergänzungssysteme**	**3296**	**26**	**3**	**—**	**—**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3199	26	—	—	—	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	97	—	3	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**25300**	**600**	**—**	**320**	**850**	**15724**
201	Entgeltfortzahlung	17500	—	—	300	700	14604
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	7800	600	—	20	150	1120
3	**Entschädigungen**	**15523**	**392**	**427**	**29**	**180**	**268**
301	Kriegsopferversorgung	10880	343	69	17	180	222
302	Lastenausgleich	1818	—	192	—	—	6
303	Wiedergutmachung	2278	5	—	—	—	21
309	Sonstige Entschädigungen	547	44	166	13	—	18
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**31577**	**2791**	**92**	**64**	**1465**	**1909**
401	Sozialhilfe	8609	153	61	7	132	1713
402	Jugendhilfe	3705	2639	31	57	153	35
403	Ausbildungsförderung	2740	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1797	—	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1340	—	—	—	1180	160
406	Vermögensbildung	13386	—	—	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**300625**	**24757**	**4241**	**2162**	**6772**	**78131**
5	**Indirekte Leistungen**	**29596**	**208**	**18226**	**—**	**—**	**74**
501	Steuerermäßigungen	25417	208	18226	—	—	74
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4179	—	—	—	—	—

Tabelle II—2—75

und Institutionen **1975**

Millionen DM

Gesundheit		Beschäftigung			Alter u. Hinterbliebene					
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
8435	**11819**	**7968**	**2069**	**10536**	**114128**	**7532**	**7585**	**7701**	**16276**	**1602**
5932	**7539**	**3939**	**2069**	**10524**	**99042**	**7253**	**927**	**1**	—	**48**
5730	**4614**	**3939**	**2069**	**10524**	**72252**	**5539**	**860**	**1**	—	**4**
322	4614	626	—	122	70370	3799	549	—	—	—
222	2808	506	—	—	39536	2114	332	—	—	—
62	1035	109	—	—	24561	1283	131	—	—	—
38	771	11	—	122	6274	401	86	—	—	—
1804	—	—	—	—	—	1082	311	—	—	4
3604	—	83	—	—	1882	659	—	—	—	—
—	—	3230	2069	10402	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	**87**	—	—	—	**1678**	**117**	**3**	—	—	—
3	67	—	—	—	1247	80	—	—	—	—
1	20	—	—	—	431	37	3	—	—	—
169	**2352**	—	—	—	**22550**	**1470**	—	—	—	**44**
114	2352	—	—	—	22550	1449	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
55	—	—	—	—	—	22	—	—	—	44
28	**486**	—	—	—	**2562**	**127**	**64**	—	—	—
28	475	—	—	—	2488	120	63	—	—	—
1	12	—	—	—	74	7	1	—	—	—
2404	**392**	—	—	—	**4165**	**245**	—	**600**	—	—
1896	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
508	392	—	—	—	4165	245	—	600	—	—
—	**78**	**38**	—	—	**7342**	**30**	**6354**	**13**	**80**	**293**
—	78	36	—	—	4824	14	5048	2	—	48
—	—	—	—	—	1370	16	108	—	—	126
—	—	2	—	—	1148	—	1102	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	96	11	80	119
99	**3435**	**3567**	—	**12**	**1838**	**4**	**32**	**1798**	**13386**	**1084**
99	3435	717	—	12	1838	4	32	1	—	404
—	—	110	—	—	—	—	—	—	—	680
—	—	2740	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1797	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	13386	—
8435	**11444**	**7544**	**2069**	**10536**	**112387**	**7532**	**7313**	**2412**	**13466**	**1425**
—	**375**	**424**	—	—	**1741**	—	**272**	**5289**	**2810**	**177**
—	375	424	—	—	1741	—	272	1110	2810	177
—	—	—	—	—	—	—	—	4179	—	—

Tabelle II—2—76

1976

Leistungen nach Funktionen

in

	Institutionen	insgesamt	Familie			Gesundheit	
			Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit
0	**Sozialbudget insgesamt**	**353787**	**25168**	**24562**	**2253**	**6767**	**83982**
1	**Soziale Sicherung**	**245950**	**20887**	**3742**	**1838**	**4266**	**65486**
10	**Allgemeine Systeme**	**200147**	**17056**	—	**1753**	**4010**	**61623**
101	Rentenversicherung	97996	2511	—	—	2640	1382
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	55449	1580	—	—	1551	893
1012	Angestelltenversicherung	33503	683	—	—	1018	450
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	9044	248	—	—	71	38
103	Krankenversicherung	66715	—	—	1753	1114	60241
104	Unfallversicherung	7400	384	—	—	256	—
105	Arbeitsförderung	13876	—	—	—	—	—
106	Kindergeld	14160	14160	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2703**	**46**	**340**	—	**117**	**70**
122	Altershilfe für Landwirte	2086	15	340	—	117	70
123	Versorgungswerke	617	31	—	—	—	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**39468**	**3756**	**3399**	**85**	**139**	**3792**
131	Pensionen	28401	214	—	—	—	—
132	Familienzuschläge	6941	3542	3399	—	—	—
133	Beihilfen	4126	—	—	85	139	3792
14	**Ergänzungssysteme**	**3632**	**29**	**3**	—	—	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3517	29	—	—	—	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	115	—	3	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**26300**	**600**	—	**320**	**860**	**16224**
201	Entgeltfortzahlung	18000	—	—	300	700	15044
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	8300	600	—	20	160	1180
3	**Entschädigungen**	**16088**	**341**	**384**	**21**	**111**	**313**
301	Kriegsopferversorgung	11553	304	70	10	111	261
302	Lastenausgleich	1845	—	191	—	—	5
303	Wiedergutmachung	2175	5	—	—	—	22
309	Sonstige Entschädigungen	515	31	123	11	—	25
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**33248**	**3127**	**100**	**74**	**1531**	**1883**
401	Sozialhilfe	9801	171	70	9	120	1669
402	Jugendhilfe	4101	2955	30	65	153	42
403	Ausbildungsförderung	2544	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1759	—	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1430	—	—	—	1258	172
406	Vermögensbildung	13613	—	—	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**321585**	**24954**	**4226**	**2253**	**6767**	**83905**
5	**Indirekte Leistungen**	**32202**	**214**	**20336**	—	—	**77**
501	Steuerermäßigungen	28029	214	20336	—	—	77
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4173	—	—	—	—	—

Tabelle II—2—76

und Institutionen **1976**

Millionen DM

Gesundheit		Beschäftigung			Alter u. Hinterbliebene		Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene				
9091	**13172**	**7573**	**2176**	**9093**	**127065**	**8324**	**8315**	**7699**	**16639**	**1708**
6491	**8258**	**3579**	**2176**	**9091**	**110524**	**8026**	**1498**	**3**	—	**84**
6282	**5117**	**3579**	**2176**	**9091**	**81810**	**6158**	**1431**	**3**	—	**58**
365	5117	721	—	173	79745	4272	1070	2	—	—
248	3071	579	—	—	44626	2377	522	2	—	—
73	1162	130	—	—	28309	1451	228	—	—	—
44	884	12	—	173	6810	444	320	—	—	—
2032	—	—	—	—	—	1156	361	—	—	58
3885	—	78	—	—	2065	731	—	—	—	—
—	—	2780	2176	8919	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	**99**	—	—	—	**1892**	**132**	**3**	—	—	—
3	75	—	—	—	1379	87	—	—	—	—
1	24	—	—	—	512	45	3	—	—	—
174	**2504**	—	—	—	**23997**	**1596**	—	—	—	**26**
117	2504	—	—	—	23997	1569	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
57	—	—	—	—	—	27	—	—	—	26
31	**537**	—	—	—	**2827**	**140**	**64**	—	—	—
31	525	—	—	—	2739	130	62	—	—	—
1	13	—	—	—	87	10	1	—	—	—
2502	**424**	—	—	—	**4505**	**265**	—	**600**	—	—
1956	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
546	424	—	—	—	4505	265	—	600	—	—
—	**81**	**48**	—	—	**7830**	**28**	**6518**	**13**	**96**	**305**
—	81	46	—	—	5308	14	5298	2	—	48
—	—	—	—	—	1387	14	111	—	—	137
—	—	2	—	—	1135	—	1011	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	98	11	96	120
97	**4030**	**3502**	—	**2**	**2363**	**4**	**25**	**1760**	**13613**	**1136**
97	4030	849	—	2	2363	4	25	1	—	389
—	—	109	—	—	—	—	—	—	—	746
—	—	2544	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1759	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	13613	—
9091	**12793**	**7129**	**2176**	**9093**	**125222**	**8324**	**8041**	**2376**	**13709**	**1525**
—	**380**	**444**	—	—	**1842**	—	**273**	**5323**	**3130**	**183**
—	380	444	—	—	1842	—	273	1150	3130	183
—	—	—	—	—	—	—	—	4173	—	—

Tabelle II—2—77

1977 **Leistungen nach Funktionen**

in

	Institutionen	insgesamt	Familie			Gesundheit	
			Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit
0	**Sozialbudget insgesamt**	**379242**	**25555**	**27366**	**2367**	**7115**	**88503**
1	**Soziale Sicherung**	**261929**	**20973**	**3955**	**1831**	**4403**	**68554**
10	**Allgemeine Systeme**	**213716**	**17051**	**—**	**1754**	**4148**	**64511**
101	Rentenversicherung	108889	2860	—	—	2722	1439
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	61161	1757	—	—	1515	900
1012	Angestelltenversicherung	37848	800	—	—	1136	500
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	9880	303	—	—	71	39
103	Krankenversicherung	69803	—	—	1754	1150	63072
104	Unfallversicherung	7882	411	—	—	277	—
105	Arbeitsförderung	13362	—	—	—	—	—
106	Kindergeld	13780	13780	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**2951**	**49**	**372**	**—**	**114**	**71**
122	Altershilfe für Landwirte	2282	16	372	—	114	71
123	Versorgungswerke	669	33	—	—	—	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**41267**	**3842**	**3580**	**77**	**141**	**3971**
131	Pensionen	29750	214	—	—	—	—
132	Familienzuschläge	7208	3628	3580	—	—	—
133	Beihilfen	4309	—	—	77	141	3971
14	**Ergänzungssysteme**	**3995**	**31**	**3**	**—**	**—**	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3869	31	—	—	—	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	126	—	3	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**28500**	**600**	**—**	**425**	**925**	**17563**
201	Entgeltfortzahlung	19500	—	—	400	750	16238
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	9000	600	—	25	175	1325
3	**Entschädigungen**	**16664**	**367**	**359**	**29**	**172**	**293**
301	Kriegsopferversorgung	12174	344	94	16	172	241
302	Lastenausgleich	1860	—	191	—	—	5
303	Wiedergutmachung	2170	4	—	—	—	21
309	Sonstige Entschädigungen	460	19	74	13	—	26
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36226**	**3406**	**118**	**83**	**1615**	**2029**
401	Sozialhilfe	10897	184	78	9	124	1801
402	Jugendhilfe	4486	3222	40	74	155	45
403	Ausbildungsförderung	2631	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1595	—	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1520	—	—	—	1337	183
406	Vermögensbildung	15097	—	—	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**343319**	**25346**	**4432**	**2367**	**7115**	**88439**
5	**Indirekte Leistungen**	**35923**	**209**	**22934**	**—**	**—**	**64**
501	Steuerermäßigungen	31529	209	22934	—	—	64
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4394	—	—	—	—	—

Tabelle II—2—77

und Institutionen **1977**

Millionen DM

Gesundheit		Beschäftigung			Alter u. Hinterbliebene		Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene				
9706	**14815**	**7828**	**2776**	**8315**	**138602**	**9287**	**8485**	**7810**	**18826**	**1885**
6895	**9307**	**3293**	**2776**	**8313**	**120961**	**8963**	**1502**	**5**	—	**198**
6664	**6040**	**3293**	**2776**	**8313**	**90575**	**6988**	**1439**	**5**	—	**158**
441	6040	707	—	236	88363	5014	1063	4	—	—
292	3623	558	—	—	49185	2823	503	4	—	—
99	1425	136	—	—	31817	1701	233	—	—	—
50	992	12	—	236	7361	490	327	—	—	—
2100	—	—	—	—	—	1193	377	—	—	158
4123	—	78	—	—	2212	782	—	—	—	—
—	—	2509	2776	8077	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	**108**	—	—	—	**2082**	**146**	**3**	—	—	—
4	83	—	—	—	1524	97	—	—	—	—
1	25	—	—	—	558	49	3	—	—	—
190	**2612**	—	—	—	**25140**	**1674**	—	—	—	**40**
137	2612	—	—	—	25140	1646	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53	—	—	—	—	—	27	—	—	—	40
35	**546**	—	—	—	**3164**	**155**	**60**	—	—	—
34	534	—	—	—	3066	144	59	—	—	—
1	12	—	—	—	97	11	1	—	—	—
2703	**464**	—	—	—	**4930**	**290**	—	**600**	—	—
2112	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
591	464	—	—	—	4930	290	—	600	—	—
—	**81**	**32**	—	—	**8223**	**28**	**6669**	**15**	**99**	**297**
—	81	30	—	—	5733	13	5413	2	—	35
—	—	—	—	—	1396	15	113	—	—	140
—	—	2	—	—	1094	—	1049	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	94	13	99	122
108	**4582**	**3707**	—	**2**	**2609**	**6**	**32**	**1596**	**15097**	**1236**
108	4582	946	—	2	2609	6	32	1	—	416
—	—	130	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	2631	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1595	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	15097	—
9706	**14434**	**7032**	**2776**	**8315**	**136723**	**9287**	**8202**	**2216**	**15196**	**1731**
—	**381**	**796**	—	—	**1879**	—	**283**	**5594**	**3630**	**154**
—	381	796	—	—	1879	—	283	1200	3630	154
—	—	—	—	—	—	—	—	4394	—	—

Tabelle II—2—78

1978 **Leistungen nach Funktionen**

in

	Institutionen	insgesamt	Familie			Gesundheit	
			Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit
0	**Sozialbudget insgesamt**	**402844**	**27496**	**30551**	**2447**	**7534**	**93815**
1	**Soziale Sicherung**	**278789**	**22644**	**4187**	**1893**	**4720**	**72468**
10	**Allgemeine Systeme**	**227825**	**18541**	**—**	**1804**	**4456**	**68230**
101	Rentenversicherung	115496	2971	—	—	2963	1488
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	64612	1820	—	—	1653	943
1012	Angestelltenversicherung	40598	840	—	—	1242	509
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	10286	310	—	—	67	36
103	Krankenversicherung	73807	—	—	1804	1201	66741
104	Unfallversicherung	8403	440	—	—	293	—
105	Arbeitsförderung	14989	—	—	—	—	—
106	Kindergeld	15130	15130	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3195**	**55**	**410**	**—**	**122**	**72**
122	Altershilfe für Landwirte	2497	19	410	—	122	72
123	Versorgungswerke	698	36	—	—	—	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**43568**	**4014**	**3774**	**89**	**142**	**4165**
131	Pensionen	31478	218	—	—	—	—
132	Familienzuschläge	7570	3796	3774	—	—	—
133	Beihilfen	4520	—	—	89	142	4165
14	**Ergänzungssysteme**	**4202**	**33**	**3**	**—**	**—**	**1**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	4070	33	—	—	—	1
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	132	—	3	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**30000**	**600**	**—**	**425**	**985**	**18553**
201	Entgeltfortzahlung	20600	—	—	400	800	17168
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	9400	600	—	25	185	1385
3	**Entschädigungen**	**17170**	**364**	**380**	**36**	**123**	**309**
301	Kriegsopferversorgung	12678	335	92	24	123	257
302	Lastenausgleich	1847	—	190	—	—	5
303	Wiedergutmachung	2150	4	—	—	—	21
309	Sonstige Entschädigungen	495	25	99	12	—	26
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36626**	**3713**	**145**	**93**	**1707**	**2409**
401	Sozialhilfe	11992	204	96	10	132	2165
402	Jugendhilfe	4894	3508	49	83	168	51
403	Ausbildungsförderung	3290	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	2120	—	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1600	—	—	—	1407	193
406	Vermögensbildung	12730	—	—	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**362585**	**27320**	**4712**	**2447**	**7534**	**93739**
5	**Indirekte Leistungen**	**40259**	**177**	**25839**	**—**	**—**	**76**
501	Steuerermäßigungen	35262	177	25839	—	—	76
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4997	—	—	—	—	—

Tabelle II—2—78

und Institutionen **1978**

Millionen DM

Gesundheit		Beschäftigung			Alter u. Hinterbliebene		Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene				
10247	**15476**	**10199**	**3022**	**8845**	**146548**	**9799**	**8746**	**8988**	**17008**	**2124**
7260	**9873**	**4176**	**3022**	**8841**	**128401**	**9460**	**1561**	**6**	—	**281**
7023	**6407**	**4176**	**3022**	**8841**	**96171**	**7413**	**1496**	**6**	—	**240**
468	6407	704	—	265	93808	5315	1101	5	—	—
309	3829	608	—	—	51941	2979	525	5	—	—
107	1541	84	—	—	34203	1826	245	—	—	—
53	1037	11	—	265	7665	510	332	—	—	—
2165	—	—	—	—	—	1263	394	—	—	240
4390	—	82	—	—	2362	836	—	—	—	—
—	—	3391	3022	8575	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	**118**	—	—	—	**2251**	**158**	**3**	—	—	—
5	91	—	—	—	1672	106	—	—	—	—
1	27	—	—	—	579	52	3	—	—	—
194	**2779**	—	—	—	**26644**	**1726**	—	—	—	**41**
138	2779	—	—	—	26644	1699	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56	—	—	—	—	—	27	—	—	—	41
37	**568**	—	—	—	**3336**	**163**	**62**	—	—	—
36	554	—	—	—	3234	151	60	—	—	—
1	13	—	—	—	102	11	1	—	—	—
2859	**488**	—	—	—	**5185**	**305**	—	**600**	—	—
2232	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	488	—	—	—	5185	305	—	600	—	—
—	**96**	**52**	—	—	**8473**	**31**	**6868**	**14**	**98**	**326**
—	96	50	—	—	6006	16	5614	2	—	63
—	—	—	—	—	1382	15	113	—	—	142
—	—	2	—	—	1085	—	1038	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	102	12	98	121
128	**4621**	**5088**	—	**4**	**2499**	**4**	**28**	**2121**	**12730**	**1336**
128	4621	1653	—	4	2499	4	28	1	—	447
—	—	146	—	—	—	—	—	—	—	888
—	—	3290	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	2120	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	12730	—
10247	**15078**	**9317**	**3022**	**8845**	**144558**	**9799**	**8457**	**2741**	**12828**	**1942**
—	**398**	**882**	—	—	**1990**	—	**289**	**6247**	**4180**	**182**
—	398	882	—	—	1990	—	289	1250	4180	182
—	—	—	—	—	—	—	—	4997	—	—

Tabelle II—2—82

1982

Leistungen nach Funktionen

in

	Institutionen	insgesamt	Familie			Gesundheit	
			Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit
0	**Sozialbudget insgesamt**	**507978**	**29222**	**46012**	**2999**	**9433**	**118658**
1	**Soziale Sicherung**	**349945**	**22849**	**5105**	**2200**	**5826**	**91106**
10	**Allgemeine Systeme**	**285028**	**17776**	**—**	**2105**	**5502**	**86212**
101	Rentenversicherung	149419	3590	—	—	3695	999
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	84091	2211	—	—	2054	649
1012	Angestelltenversicherung	53570	1043	—	—	1551	302
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	11758	336	—	—	89	48
103	Krankenversicherung	94084	—	—	2105	1435	85212
104	Unfallversicherung	10242	456	—	—	373	—
105	Arbeitsförderung	17554	—	—	—	—	—
106	Kindergeld	13730	13730	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3827**	**64**	**482**	**—**	**160**	**100**
122	Altershilfe für Landwirte	2963	22	482	—	160	100
123	Versorgungswerke	864	42	—	—	—	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**55623**	**4967**	**4619**	**95**	**164**	**4792**
131	Pensionen	41131	296	—	—	—	—
132	Familienzuschläge	9290	4671	4619	—	—	—
133	Beihilfen	5202	—	—	95	164	4792
14	**Ergänzungssysteme**	**5466**	**42**	**4**	**—**	**—**	**2**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	5299	42	—	—	—	2
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	167	—	4	—	—	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**38400**	**600**	**—**	**616**	**1252**	**23826**
201	Entgeltfortzahlung	26600	—	—	586	1022	22116
229	Vertragl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	11800	600	—	30	230	1710
3	**Entschädigungen**	**17875**	**449**	**341**	**33**	**228**	**282**
301	Kriegsopferversorgung	13718	423	72	21	228	253
302	Lastenausgleich	1669	—	185	—	—	5
303	Wiedergutmachung	2000	4	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	488	21	84	12	—	24
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**42599**	**5113**	**183**	**150**	**2127**	**3341**
401	Sozialhilfe	17363	257	109	15	168	3036
402	Jugendhilfe	6816	4857	74	135	204	60
403	Ausbildungsförderung	3930	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1930	—	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	2000	—	—	—	1755	245
406	Vermögensbildung	10560	—	—	—	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**448818**	**29011**	**5629**	**2999**	**9433**	**118555**
5	**Indirekte Leistungen**	**59160**	**211**	**40383**	**—**	**—**	**104**
501	Steuerermäßigungen	52507	211	40383	—	—	104
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	6653	—	—	—	—	—

Tabelle II—2—82

und Institutionen **1982**

Millionen DM

Gesundheit		Beschäftigung			Alter u. Hinterbliebene		Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Sonstige Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene				
12944	**21799**	**11877**	**3358**	**10448**	**189385**	**12703**	**9103**	**10655**	**16543**	**2839**
9131	**12954**	**4772**	**3358**	**10446**	**167920**	**12265**	**1483**	**7**	—	**524**
8818	**8413**	**4772**	**3358**	**10446**	**126192**	**9559**	**1393**	**7**	—	**476**
618	8413	561	—	353	123340	6959	886	6	—	—
412	5114	443	—	—	68745	3930	525	6	—	—
144	2079	116	—	—	45680	2434	220	—	—	—
62	1220	1	—	353	8914	594	140	—	—	—
2754	—	—	—	—	—	1594	507	—	—	476
5445	—	109	—	—	2853	1006	—	—	—	—
—	—	4102	3358	10093	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	**140**	—	—	—	**2683**	**187**	**4**	—	—	—
6	108	—	—	—	1961	124	—	—	—	—
1	32	—	—	—	722	63	4	—	—	—
256	**3615**	—	—	—	**34761**	**2307**	—	—	—	**48**
191	3615	—	—	—	34761	2269	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
65	—	—	—	—	—	38	—	—	—	48
50	**786**	—	—	—	**4285**	**212**	**86**	—	—	—
49	769	—	—	—	4155	197	84	—	—	—
1	17	—	—	—	130	14	2	—	—	—
3667	**640**	—	—	—	**6800**	**400**	—	**600**	—	—
2877	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	640	—	—	—	6800	400	—	600	—	—
—	**110**	**42**	—	—	**8669**	**33**	**7267**	**14**	**93**	**315**
—	110	40	—	—	6395	18	6110	2	—	46
—	—	—	—	—	1238	15	103	—	—	124
—	—	2	—	—	1036	—	958	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	96	12	93	145
147	**7651**	**5966**	—	**2**	**3625**	**6**	**43**	**1931**	**10560**	**1753**
147	7651	1789	—	2	3625	6	43	1	—	514
—	—	246	—	—	—	—	—	—	—	1239
—	—	3930	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1930	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	10560	—
12944	**21354**	**10779**	**3358**	**10448**	**187014**	**12703**	**8793**	**2552**	**10653**	**2592**
—	**444**	**1098**	—	—	**2371**	—	**310**	**8103**	**5890**	**248**
—	444	1098	—	—	2371	—	310	1450	5890	248
—	—	—	—	—	—	—	—	6653	—	—

Tabelle II—3—75

1975 **Leistungen nach Funktionen,**

in

Institutionen Nummer	insgesamt	Familie			Gesundheit			Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
0	**330221**	**45531**	**2040**	**2023**	**34433**	**63119**	**7678**	**15749**	**1520**	**3305**	**116095**	**1418**	**4147**
1	**228225**	**25250**	**887**	**308**	**15076**	**58605**	**4297**	**12066**	**1425**	**3041**	**101544**	**1193**	**3558**
10	**184891**	**17799**	**820**	**141**	**12186**	**54820**	**3937**	**12066**	**1425**	**3041**	**74985**	**1052**	**1754**
101	86840	2278	—	48	5359	3468	222	434	299	15	72626	15	1528
1011	49481	1457	—	32	3331	2034	140	255	238	13	40746	15	889
1012	29331	602	—	13	1206	1355	71	53	56	—	25289	—	554
1013	8028	219	—	3	822	79	12	126	5	2	6591	—	84
102	61122	787	820	72	4672	50297	3077	—	—	—	—	1023	59
103	6834	341	—	21	2155	1055	638	32	47	4	2360	14	167
104	15702	—	—	—	—	—	—	11600	1079	3022	—	—	—
106	14393	14393	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	**2394**	**330**	**—**	**17**	**82**	**154**	**13**	**—**	**—**	**—**	**1618**	**3**	**174**
122	1874	310	—	9	68	154	6	—	—	—	1290	—	37
123	520	20	—	8	15	—	6	—	—	—	327	3	138
13	**37645**	**7094**	**67**	**149**	**2332**	**3630**	**308**	**—**	**—**	**—**	**22449**	**125**	**1446**
131	26670	189	—	16	2332	—	135	—	—	—	22449	105	1444
132	7035	6905	—	130	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	3940	—	67	4	—	3630	174	—	—	—	—	20	2
14	**3296**	**27**	**—**	**2**	**475**	**—**	**39**	**—**	**—**	**—**	**2491**	**13**	**184**
141	3199	24	—	2	465	—	37	—	—	—	2415	13	180
142	97	3	—	—	10	—	2	—	—	—	77	—	4
2	**25300**	**920**	**—**	**—**	**18070**	**—**	**1300**	**—**	**—**	**—**	**4410**	**—**	**—**
201	17500	300	—	—	17200	—	—	—	—	—	—	—	—
229	7800	620	—	—	870	—	1300	—	—	—	4410	—	—
3	**15523**	**743**	**28**	**78**	**33**	**434**	**58**	**7**	**21**	**10**	**6776**	**216**	**380**
301	10880	374	15	39	33	391	56	6	20	10	4557	43	238
302	1818	181	—	11	—	6	—	—	—	—	1133	173	80
303	2278	5	—	—	—	21	—	1	1	—	1086	—	62
309	547	183	13	27	—	16	2	—	—	—	—	—	—
4	**31577**	**184**	**1126**	**1637**	**805**	**4080**	**2024**	**3251**	**74**	**255**	**1624**	**9**	**209**
401	8609	179	7	35	747	4080	553	587	72	71	1624	9	209
402	3705	5	1119	1602	58	—	130	37	2	71	—	—	—
403	2740	—	—	—	—	—	—	2627	—	113	—	—	—
404	1797	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	1340	—	—	—	—	—	1340	—	—	—	—	—	—
406	13386	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
001	**300625**	**27097**	**2040**	**2023**	**33984**	**63119**	**7678**	**15324**	**1520**	**3305**	**114354**	**1418**	**4147**
5	**29596**	**18434**	**—**	**—**	**449**	**—**	**—**	**424**	**—**	**—**	**1741**	**—**	**—**
501	25417	18434	—	—	449	—	—	424	—	—	1741	—	—
502	4179	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—75

Arten und Institutionen **1975**

Millionen DM

Folgen politischer Ereignisse			Wohnen			Sparförderung			Allgemeine Lebenshilfen		
Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
6013	**1110**	**462**	**7559**	—	**142**	**16196**	**78**	**2**	**686**	**614**	**302**
594	**311**	**23**	**1**	—	—	—	—	—	**42**	**4**	**2**
533	**311**	**16**	**1**	—	—	—	—	—	—	**4**	—
533	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
125	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	311	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	**2**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	**42**	—	**2**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	42	—	2
59	—	**5**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
58	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	**600**	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—
5135	**780**	**439**	**13**	—	—	—	**78**	**2**	**259**	**11**	**23**
3913	778	357	2	—	—	—	—	—	42	1	5
101	—	7	—	—	—	—	—	—	118	—	8
1033	2	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—
87	—	9	11	—	—	—	78	2	99	10	10
13	**19**	—	**1656**	—	**142**	**13386**	—	—	**209**	**599**	**277**
13	19	—	1	—	—	—	—	—	208	159	37
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	440	239
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1655	—	142	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	13386	—	—	—	—	—
5741	**1110**	**462**	**2270**	—	**142**	**13386**	**78**	**2**	**510**	**614**	**302**
272	—	—	**5289**	—	—	**2810**	—	—	**177**	—	—
272	—	—	1110	—	—	2810	—	—	177	—	—
—	—	—	4179	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—76

1976 **Leistungen nach Funktionen,**

in

Institutionen Nummer	insgesamt	Familie			Gesundheit			Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
0	**353787**	**47534**	**2224**	**2226**	**35972**	**68876**	**8164**	**14630**	**1094**	**3119**	**129489**	**1508**	**4392**
1	**245950**	**25181**	**971**	**315**	**16166**	**63767**	**4568**	**11024**	**986**	**2836**	**113567**	**1272**	**3712**
10	**200147**	**17773**	**890**	**146**	**13074**	**59778**	**4179**	**11024**	**986**	**2836**	**85074**	**1125**	**1769**
101	97996	2464	—	47	5983	3260	260	532	319	42	82473	18	1526
1011	55449	1548	—	32	3651	1927	185	292	250	37	46107	18	878
1012	33503	670	—	13	1387	1253	63	63	64	3	29197	—	562
1013	9044	246	—	3	945	80	12	177	5	2	7168	—	86
102	66715	786	890	77	4739	55384	3264	—	—	—	—	1093	63
103	7400	363	—	21	2352	1134	655	30	44	4	2602	14	180
104	13876	—	—	—	—	—	—	10462	623	2790	—	—	—
106	14160	14160	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	**2703**	**366**	**—**	**20**	**94**	**182**	**14**	**—**	**—**	**—**	**1818**	**3**	**202**
122	2086	344	—	11	76	182	6	—	—	—	1429	—	37
123	617	22	—	9	17	—	8	—	—	—	390	3	165
13	**39468**	**7012**	**81**	**147**	**2474**	**3805**	**330**	**—**	**—**	**—**	**23934**	**130**	**1529**
131	28401	191	—	23	2474	—	147	—	—	—	23934	105	1527
132	6941	6821	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	4126	—	81	4	—	3805	183	—	—	—	—	25	2
14	**3632**	**30**	**—**	**2**	**524**	**1**	**45**	**—**	**—**	**—**	**2741**	**14**	**211**
141	3517	27	—	2	512	1	44	—	—	—	2650	14	205
142	115	3	—	—	12	—	1	—	—	—	91	—	6
2	**26300**	**920**	**—**	**—**	**18610**	**—**	**1400**	**—**	**—**	**—**	**4770**	**—**	**—**
201	18000	300	—	—	17700	—	—	—	—	—	—	—	—
229	8300	620	—	—	910	—	1400	—	—	—	4770	—	—
3	**16088**	**665**	**20**	**60**	**36**	**415**	**53**	**8**	**26**	**14**	**7241**	**226**	**391**
301	11553	340	10	35	36	365	51	7	25	14	5013	52	257
302	1845	180	—	11	—	5	—	—	—	—	1148	174	80
303	2175	5	—	—	—	22	—	1	1	—	1080	—	55
309	515	140	10	15	—	23	2	—	—	—	—	—	—
4	**33248**	**218**	**1233**	**1850**	**704**	**4695**	**2143**	**3154**	**82**	**268**	**2068**	**10**	**289**
401	9801	212	9	30	648	4695	574	682	79	90	2068	10	289
402	4101	6	1224	1820	56	—	139	33	3	73	—	—	—
403	2544	—	—	—	—	—	—	2439	—	105	—	—	—
404	1759	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	1430	—	—	—	—	—	1430	—	—	—	—	—	—
406	13613	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
001	**321585**	**26984**	**2224**	**2226**	**35516**	**68876**	**8164**	**14186**	**1094**	**3119**	**127646**	**1508**	**4392**
5	**32202**	**20550**	**—**	**—**	**456**	**—**	**—**	**444**	**—**	**—**	**1842**	**—**	**—**
501	28029	20550	—	—	456	—	—	444	—	—	1842	—	—
502	4173	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—76

Arten und Institutionen **1976**

Millionen DM

Folgen politischer Ereignisse			Wohnen			Sparförderung			Allgemeine Lebenshilfen		
Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
6594	**1217**	**504**	**7558**	—	**141**	**16743**	**86**	**10**	**635**	**747**	**326**
1111	**361**	**26**	**1**	—	**2**	—	—	—	**25**	**58**	**1**
1050	**361**	**21**	**1**	—	**2**	—	—	—	—	**58**	—
1050	—	21	—	—	2	—	—	—	—	—	—
509	—	13	—	—	2	—	—	—	—	—	—
224	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
316	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	361	—	—	—	—	—	—	—	—	58	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	**25**	—	**1**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	1
59	—	**5**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
58	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	**600**	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—
5205	**836**	**477**	**13**	—	—	—	**86**	**10**	**234**	**47**	**24**
4069	834	395	2	—	—	—	—	—	42	2	4
104	—	7	—	—	—	—	—	—	128	—	9
942	2	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—
90	—	8	11	—	—	—	86	10	64	45	11
5	**20**	—	**1621**	—	**139**	**13613**	—	—	**193**	**642**	**301**
5	20	—	1	—	—	—	—	—	192	156	42
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	486	259
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1620	—	139	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	13613	—	—	—	—	—
6321	**1217**	**504**	**2235**	—	**141**	**13613**	**86**	**10**	**452**	**747**	**326**
273	—	—	**5323**	—	—	**3130**	—	—	**183**	—	—
273	—	—	1150	—	—	3130	—	—	183	—	—
—	—	—	4173	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—77

1977

Leistungen nach Funktionen,

in

Institutionen Nummer	insgesamt	Familie			Gesundheit			Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
0	**379242**	**50387**	**2330**	**2572**	**38579**	**72299**	**9261**	**14175**	**1174**	**3570**	**142505**	**1547**	**3837**
1	**261929**	**25318**	**982**	**460**	**17169**	**66588**	**5402**	**10041**	**1070**	**3271**	**125484**	**1324**	**3116**
10	**213716**	**17610**	**909**	**286**	**13925**	**62437**	**5002**	**10041**	**1070**	**3271**	**95340**	**1176**	**1047**
101	108889	2679	—	181	6534	3307	801	553	333	57	92552	36	788
1011	61161	1632	—	125	3950	1898	481	257	261	40	51540	36	432
1012	37848	747	—	54	1526	1329	306	56	67	13	33248	—	270
1013	9880	300	—	3	1058	80	14	240	5	3	7764	—	87
102	69803	763	909	82	4880	57941	3501	—	—	—	—	1126	67
103	7882	388	—	23	2511	1188	700	33	40	5	2788	14	192
104	13362	—	—	—	—	—	—	9455	697	3209	—	—	—
106	13780	13780	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	**2951**	**403**	**—**	**18**	**103**	**177**	**19**	**—**	**—**	**—**	**2007**	**3**	**219**
122	2282	379	—	9	85	177	11	—	—	—	1583	—	38
123	669	24	—	9	18	—	8	—	—	—	424	3	181
13	**41267**	**7273**	**73**	**153**	**2608**	**3973**	**333**	**—**	**—**	**—**	**25067**	**130**	**1616**
131	29750	200	—	14	2608	—	142	—	—	—	25067	105	1614
132	7208	7073	—	135	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	4309	—	73	4	—	3973	192	—	—	—	—	25	2
14	**3995**	**32**	**—**	**2**	**533**	**1**	**48**	**—**	**—**	**—**	**3071**	**15**	**233**
141	3869	29	—	2	521	1	47	—	—	—	2969	15	226
142	126	3	—	—	12	—	1	—	—	—	101	—	7
2	**28500**	**1025**	**—**	**—**	**20155**	**—**	**1500**	**—**	**—**	**—**	**5220**	**—**	**—**
201	19500	400	—	—	19100	—	—	—	—	—	—	—	—
229	9000	625	—	—	1055	—	1500	—	—	—	5220	—	—
3	**16664**	**665**	**26**	**63**	**40**	**449**	**57**	**6**	**20**	**6**	**7636**	**211**	**404**
301	12174	400	14	39	40	399	55	5	19	6	5439	36	271
302	1860	180	—	11	—	5	—	—	—	—	1156	175	79
303	2170	4	—	—	—	21	—	1	1	—	1040	—	54
309	460	81	12	13	—	24	2	—	—	—	—	—	—
4	**36226**	**236**	**1322**	**2049**	**770**	**5262**	**2302**	**3332**	**84**	**293**	**2287**	**12**	**317**
401	10897	229	9	33	712	5262	640	767	81	100	2287	12	317
402	4486	7	1313	2016	58	—	142	42	3	85	—	—	—
403	2631	—	—	—	—	—	—	2523	—	108	—	—	—
404	1595	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	1520	—	—	—	—	—	1520	—	—	—	—	—	—
406	15097	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
001	**343319**	**27243**	**2330**	**2572**	**38134**	**72299**	**9261**	**13379**	**1174**	**3570**	**140627**	**1547**	**3837**
5	**35923**	**23143**	**—**	**—**	**445**	**—**	**—**	**796**	**—**	**—**	**1879**	**—**	**—**
501	31529	23143	—	—	445	—	—	796	—	—	1879	—	—
502	4394	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—77

Arten und Institutionen **1977**

Millionen DM

Folgen politischer Ereignisse			Wohnen			Sparförderung			Allgemeine Lebenshilfen		
Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
6712	**1261**	**512**	**7680**	—	**130**	**18727**	**91**	**8**	**630**	**882**	**373**
1079	**377**	**47**	**1**	—	**4**	—	—	—	**38**	**158**	**2**
1023	**377**	**40**	**1**	—	**4**	—	—	—	—	**158**	—
1023	—	40	—	—	4	—	—	—	—	—	—
472	—	31	—	—	4	—	—	—	—	—	—
227	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	377	—	—	—	—	—	—	—	—	158	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	**38**	—	**2**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	—	2
54	—	**6**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	**600**	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—
5340	**863**	**465**	**15**	—	—	—	**91**	**8**	**228**	**45**	**24**
4167	861	385	2	—	—	—	—	—	29	1	5
107	—	6	—	—	—	—	—	—	131	—	9
981	2	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86	—	8	13	—	—	—	91	8	68	44	10
10	**22**	—	**1470**	—	**126**	**15097**	—	—	**210**	**679**	**347**
10	22	—	1	—	—	—	—	—	209	159	47
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	520	300
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1469	—	126	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	15097	—	—	—	—	—
6429	**1261**	**512**	**2086**	—	**130**	**15097**	**91**	**8**	**476**	**882**	**373**
283	—	—	**5594**	—	—	**3630**	—	—	**154**	—	—
283	—	—	1200	—	—	3630	—	—	154	—	—
—	—	—	4394	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—78

1978 **Leistungen nach Funktionen,**

in

Institutionen Nummer	insgesamt	Familie			Gesundheit			Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
0	**402844**	**55176**	**2493**	**2826**	**41121**	**76140**	**9810**	**15892**	**1896**	**4277**	**150725**	**1643**	**3979**
1	**278789**	**27195**	**1039**	**489**	**18255**	**70380**	**5684**	**10926**	**1224**	**3889**	**133204**	**1400**	**3257**
10	**227825**	**19088**	**954**	**302**	**14813**	**66029**	**5275**	**10926**	**1224**	**3889**	**101235**	**1246**	**1103**
101	115496	2779	—	192	6980	3499	848	585	324	60	98254	39	831
1011	64612	1689	—	131	4188	2040	506	282	284	42	54431	39	450
1012	40598	783	—	57	1692	1381	327	35	35	14	35741	—	288
1013	10286	307	—	3	1100	78	14	268	5	4	8082	—	93
102	73807	763	954	87	5149	61270	3688	—	—	—	—	1192	71
103	8403	416	—	24	2684	1260	739	35	42	5	2981	15	202
104	14989	—	—	—	—	—	—	10306	858	3824	—	—	—
106	15130	15130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	**3195**	**443**	**—**	**22**	**112**	**189**	**17**	**—**	**—**	**—**	**2181**	**3**	**224**
122	2497	418	—	11	93	189	8	—	—	—	1734	—	44
123	698	25	—	11	19	—	9	—	—	—	447	3	180
13	**43568**	**7630**	**85**	**162**	**2769**	**4161**	**349**	**—**	**—**	**—**	**26549**	**135**	**1686**
131	31478	200	—	18	2769	—	148	—	—	—	26549	110	1684
132	7570	7430	—	140	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	4520	—	85	4	—	4161	201	—	—	—	—	25	2
14	**4202**	**34**	**—**	**2**	**562**	**1**	**43**	**—**	**—**	**—**	**3239**	**16**	**244**
141	4070	31	—	2	549	1	42	—	—	—	3132	16	237
142	132	3	—	—	13	—	1	—	—	—	106	—	7
2	**30000**	**1025**	**—**	**—**	**21285**	**—**	**1600**	**—**	**—**	**—**	**5490**	**—**	**—**
201	20600	400	—	—	20200	—	—	—	—	—	—	—	—
229	9400	625	—	—	1085	—	1600	—	—	—	5490	—	—
3	**17170**	**679**	**33**	**68**	**45**	**429**	**54**	**9**	**29**	**14**	**7837**	**233**	**434**
301	12678	386	22	43	45	380	52	8	28	14	5668	54	300
302	1847	179	—	11	—	5	—	—	—	—	1137	179	80
303	2150	4	—	—	—	21	—	1	1	—	1031	—	54
309	495	110	11	14	—	24	2	—	—	—	—	—	—
4	**36626**	**261**	**1421**	**2269**	**1062**	**5331**	**2472**	**4075**	**643**	**374**	**2204**	**10**	**288**
401	11992	252	10	48	1001	5331	714	870	640	146	2204	10	288
402	4894	9	1411	2220	61	—	158	51	3	92	—	—	—
403	3290	—	—	—	—	—	—	3154	—	136	—	—	—
404	2120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	1600	—	—	—	—	—	1600	—	—	—	—	—	—
406	12730	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
001	**362585**	**29161**	**2493**	**2826**	**40647**	**76140**	**9810**	**15010**	**1896**	**4277**	**148735**	**1643**	**3979**
5	**40259**	**26015**	**—**	**—**	**474**	**—**	**—**	**882**	**—**	**—**	**1990**	**—**	**—**
501	35262	26015	—	—	474	—	—	882	—	—	1990	—	—
502	4997	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—78

Arten und Institutionen **1978**

Millionen DM

Folgen politischer Ereignisse			Wohnen			Sparförderung			Allgemeine Lebenshilfen		
Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
6800	**1384**	**562**	**8815**	**—**	**173**	**16910**	**89**	**9**	**713**	**993**	**418**
1119	**394**	**48**	**1**	**—**	**5**	**—**	**—**	**—**	**39**	**240**	**2**
1059	**394**	**42**	**1**	**—**	**5**	**—**	**—**	**—**	**—**	**240**	**—**
1059	—	42	—	—	5	—	—	—	—	—	—
492	—	33	—	—	5	—	—	—	—	—	—
239	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
328	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	394	—	—	—	—	—	—	—	—	240	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	**—**	**2**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**39**	**—**	**2**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	39	—	2
57	**—**	**4**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
56	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**600**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—
5385	**968**	**514**	**14**	**—**	**—**	**—**	**89**	**9**	**255**	**46**	**25**
4216	966	432	2	—	—	—	—	—	55	1	7
107	—	7	—	—	—	—	—	—	134	—	8
970	2	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—
93	—	9	12	—	—	—	89	9	66	45	10
7	**21**	**—**	**1953**	**—**	**168**	**12730**	**—**	**—**	**238**	**707**	**391**
7	21	—	1	—	—	—	—	—	237	158	52
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	549	338
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1952	—	168	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	12730	—	—	—	—	—
6511	**1384**	**562**	**2568**	**—**	**173**	**12730**	**89**	**9**	**532**	**993**	**418**
289	**—**	**—**	**6247**	**—**	**—**	**4180**	**—**	**—**	**182**	**—**	**—**
289	—	—	1250	—	—	4180	—	—	182	—	—
—	—	—	4997	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—82

1982 **Leistungen nach Funktionen,**

in

Institutionen Nummer	insgesamt	Familie			Gesundheit			Beschäftigung			Alter und Hinterbliebene		
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
0	**507978**	**71077**	**3361**	**3795**	**52573**	**97352**	**12910**	**19201**	**1592**	**4891**	**194932**	**2016**	**5140**
1	**349945**	**28223**	**1321**	**610**	**23533**	**87856**	**7628**	**12740**	**1428**	**4408**	**174211**	**1772**	**4202**
10	**285029**	**18262**	**1231**	**388**	**19014**	**82825**	**7107**	**12740**	**1428**	**4408**	**132771**	**1568**	**1412**
101	149419	3342	—	248	9094	3530	1101	592	244	78	129177	46	1075
1011	84091	2042	—	169	5574	2003	652	198	191	54	72053	46	577
1012	53570	967	—	75	2219	1427	431	44	53	19	47734	—	380
1013	11758	332	—	4	1301	100	18	350	—	4	9390	—	118
102	94084	764	1231	109	6645	77680	5077	—	—	—	—	1505	89
103	10242	426	—	30	3275	1614	929	46	57	6	3594	17	248
104	17554	—	—	—	—	—	—	12102	1127	4324	—	—	—
106	13730	13730	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	**3827**	**522**	**—**	**24**	**134**	**250**	**24**	**—**	**—**	**—**	**2597**	**4**	**269**
122	2963	490	—	14	110	250	14	—	—	—	2030	—	55
123	864	32	—	10	24	—	10	—	—	—	567	4	214
13	**55623**	**9396**	**90**	**195**	**3609**	**4779**	**439**	**—**	**—**	**—**	**34639**	**182**	**2246**
131	41131	276	—	20	3609	—	197	—	—	—	34639	147	2243
132	9290	9120	—	170	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	5202	—	90	5	—	4779	242	—	—	—	—	35	3
14	**5466**	**43**	**—**	**3**	**778**	**2**	**58**	**—**	**—**	**—**	**4203**	**18**	**275**
141	5299	39	—	3	761	2	57	—	—	—	4068	18	267
142	167	4	—	—	17	—	1	—	—	—	136	—	8
2	**38400**	**1216**	**—**	**—**	**27384**	**—**	**2000**	**—**	**—**	**—**	**7200**	**—**	**—**
201	26600	586	—	—	26014	—	—	—	—	—	—	—	—
229	11800	630	—	—	1370	—	2000	—	—	—	7200	—	—
3	**17875**	**719**	**30**	**74**	**62**	**491**	**66**	**7**	**26**	**9**	**8027**	**229**	**446**
301	13718	448	19	49	62	464	64	6	25	9	6042	46	324
302	1669	175	—	10	—	5	—	—	—	—	998	183	72
303	2000	4	—	—	—	—	—	1	1	—	987	—	49
309	488	92	11	14	—	22	2	—	—	—	—	—	—
4	**42599**	**326**	**2009**	**3112**	**1045**	**9005**	**3216**	**5356**	**138**	**474**	**3124**	**15**	**492**
401	17363	313	15	53	972	9005	1024	1498	134	159	3124	15	492
402	6816	13	1994	3059	73	—	191	88	4	154	—	—	—
403	3930	—	—	—	—	—	—	3770	—	160	—	—	—
404	1930	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	2000	—	—	—	—	—	2000	—	—	—	—	—	—
406	10560	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
001	**448818**	**30484**	**3361**	**3795**	**52025**	**97352**	**12910**	**18103**	**1592**	**4891**	**192562**	**2016**	**5140**
5	**59160**	**40593**	**—**	**—**	**548**	**—**	**—**	**1098**	**—**	**—**	**2371**	**—**	**—**
501	52507	40593	—	—	548	—	—	1098	—	—	2371	—	—
502	6653	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—3—82

Arten und Institutionen **1982**

Millionen DM

Folgen politischer Ereignisse			Wohnen			Sparförderung			Allgemeine Lebenshilfen		
Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen	Einkommensleistungen	Sachleistungen	Allgemeine Dienste und Leistungen
6982	**1526**	**595**	**10499**	**—**	**156**	**16450**	**84**	**9**	**795**	**1392**	**651**
913	**507**	**62**	**1**	**—**	**6**	**—**	**—**	**—**	**45**	**476**	**3**
831	**507**	**54**	**1**	**—**	**6**	**—**	**—**	**—**	**—**	**476**	**—**
831	—	54	—	—	6	—	—	—	—	—	—
483	—	42	—	—	6	—	—	—	—	—	—
213	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
136	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	507	—	—	—	—	—	—	—	—	476	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	**—**	**1**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**45**	**—**	**3**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	—	3
79	**—**	**7**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
78	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**600**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—
5746	**989**	**533**	**14**	**—**	**—**	**—**	**84**	**9**	**237**	**52**	**26**
4666	987	457	2	—	—	—	—	—	38	1	7
97	—	6	—	—	—	—	—	—	115	—	9
895	2	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
87	—	9	12	—	—	—	84	9	84	51	10
13	**30**	**—**	**1781**	**—**	**150**	**10560**	**—**	**—**	**266**	**864**	**623**
13	30	—	1	—	—	—	—	—	264	172	77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	692	545
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1780	—	150	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	10560	—	—	—	—	—
6672	**1526**	**595**	**2396**	**—**	**156**	**10560**	**84**	**9**	**548**	**1392**	**651**
310	**—**	**—**	**8103**	**—**	**—**	**5890**	**—**	**—**	**248**	**—**	**—**
310	—	—	1450	—	—	5890	—	—	248	—	—
—	—	—	6653	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle II—4—75

1975 **Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen**

in Millionen DM

	Institutionen	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
0	**Sozialbudget insgesamt**	**329862**	**100240**	**87995**	**42020**	**24273**	**1113**	**2162**	**71899**	**161**
1	**Soziale Sicherung**	**227868**	**72051**	**56264**	**17165**	**8778**	**1113**	**1789**	**70547**	**160**
10	**Allgemeine Systeme**	**183267**	**62323**	**42460**	**3651**	**4225**	**903**	**1064**	**68480**	**160**
101	Rentenversicherung	101457	33994	21446	1616	2219	548	579	41006	49
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	52574	18585	12045	195	464	200	77	20976	33
1012	Angestelltenversicherung	41672	14281	3977	1420	1754	335	501	19390	13
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	7211	1129	5424	1	0	13	1	640	3
103	Krankenversicherung	44702	17323	1502	780	994	253	384	23433	32
104	Unfallversicherung	7876	6637	585	97	307	67	41	140	3
105	Arbeitsförderung	14539	4369	5734	188	176	35	60	3901	76
106	Kindergeld	14693	—	13193	970	530	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3123**	**114**	**1563**	**8**	**42**	**17**	**—**	**1380**	**—**
122	Altershilfe für Landwirte	1891	4	1482	—	—	—	—	405	—
123	Versorgungswerke	1232	110	81	8	42	17	—	975	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**36835**	**8121**	**11275**	**12939**	**3674**	**—**	**530**	**295**	**—**
131	Pensionen	26134	4999	9853	8715	2286	—	281	—	—
132	Familienzuschläge	6759	1710	850	2850	1120	—	229	—	—
133	Beihilfen	3942	1412	572	1374	269	—	20	295	—
14	**Ergänzungssysteme**	**4643**	**1493**	**967**	**567**	**837**	**193**	**195**	**391**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	4505	1443	932	566	832	191	195	346	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	138	50	35	1	5	2	—	45	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**25044**	**21983**	**483**	**1450**	**644**	**—**	**322**	**161**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	17244	14183	483	1450	644	—	322	161	—
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	7800	7800	—	—	—	—	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**15806**	**1035**	**12315**	**2178**	**272**	**—**	**—**	**5**	**—**
301	Kriegsopferversorgung	11135	—	10328	645	161	—	—	1	—
302	Lastenausgleich	1846	1035	292	448	67	—	—	4	—
303	Wiedergutmachung	2278	—	1198	1080	—	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	547	—	497	6	44	—	—	—	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**31549**	**5171**	**7301**	**7726**	**10114**	**—**	**50**	**1186**	**1**
401	Sozialhilfe	8581	112	42	1533	6131	—	—	762	1
402	Jugendhilfe	3705	—	7	527	2953	—	—	218	—
403	Ausbildungsförderung	2740	—	1708	1032	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1797	—	825	922	50	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1340	74	53	551	456	—	—	206	—
406	Vermögensbildung	13386	4985	4666	3161	525	—	50	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**300266**	**100240**	**76364**	**28520**	**19809**	**1113**	**2162**	**71899**	**161**
5	**Indirekte Leistungen**	**29596**	**—**	**11631**	**13500**	**4464**	**—**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	25417	—	10164	10833	4419	—	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4179	—	1467	2667	45	—	—	—	—

Tabelle II—4—76

Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen 1976

in Millionen DM

	Institutionen	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
0	**Sozialbudget insgesamt**	**355952**	**109509**	**90396**	**44484**	**26504**	**944**	**2384**	**81581**	**151**
1	**Soziale Sicherung**	**248110**	**80268**	**56627**	**18722**	**9417**	**944**	**2003**	**79980**	**150**
10	**Allgemeine Systeme**	**200811**	**69830**	**42541**	**4073**	**4567**	**815**	**1232**	**77606**	**148**
101	Rentenversicherung	108449	35971	23605	1719	2290	438	617	43779	29
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	56269	19654	13299	205	479	254	81	22272	24
1012	Angestelltenversicherung	43971	15150	3958	1513	1811	167	535	20834	4
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	8209	1168	6348	1	0	17	1	673	1
103	Krankenversicherung	51788	20146	1493	905	1150	246	446	27366	35
104	Unfallversicherung	8584	7271	590	107	335	69	44	166	3
105	Arbeitsförderung	17560	6441	3923	322	312	62	125	6294	81
106	Kindergeld	14430	—	12930	1020	480	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3500**	**156**	**1694**	**12**	**56**	**—**	**—**	**1580**	**2**
122	Altershilfe für Landwirte	2097	4	1638	—	—	—	—	453	2
123	Versorgungswerke	1403	152	56	12	56	—	—	1127	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**38587**	**8436**	**11543**	**13972**	**3793**	**—**	**547**	**296**	**—**
131	Pensionen	27806	5228	10208	9635	2438	—	297	—	—
132	Familienzuschläge	6669	1668	835	2857	1086	—	223	—	—
133	Beihilfen	4112	1540	500	1480	270	—	27	296	—
14	**Ergänzungssysteme**	**5212**	**1846**	**849**	**665**	**1000**	**128**	**224**	**499**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	5067	1788	823	663	994	128	224	446	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	145	58	26	1	6	—	—	53	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**26033**	**22872**	**499**	**1497**	**665**	**—**	**333**	**166**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	17733	14572	499	1497	665	—	333	166	—
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	8300	8300	—	—	—	—	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**16388**	**1069**	**12887**	**2157**	**270**	**—**	**—**	**5**	**—**
301	Kriegsopferversorgung	11823	—	11011	666	145	—	—	1	—
302	Lastenausgleich	1875	1069	262	456	84	—	—	4	—
303	Wiedergutmachung	2175	—	1145	1030	—	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	515	—	469	5	41	—	—	—	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**33219**	**5300**	**7638**	**7525**	**11277**	**—**	**49**	**1429**	**1**
401	Sozialhilfe	9772	137	40	1729	6918	—	—	947	1
402	Jugendhilfe	4101	—	7	580	3245	—	—	269	—
403	Ausbildungsförderung	2544	—	1585	959	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1759	—	808	902	49	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1430	78	57	592	490	—	—	213	—
406	Vermögensbildung	13613	5085	5141	2762	576	—	49	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**323750**	**109509**	**77651**	**29901**	**21629**	**944**	**2384**	**81581**	**151**
5	**Indirekte Leistungen**	**32202**	**—**	**12745**	**14583**	**4875**	**—**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	28029	—	11262	11950	4817	—	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4173	—	1482	2633	58	—	—	—	—

Tabelle II—4—77

1977 **Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen**

in Millionen DM

	Institutionen	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
0	**Sozialbudget insgesamt**	**377028**	**117093**	**95192**	**46772**	**28271**	**1124**	**2543**	**85870**	**164**
1	**Soziale Sicherung**	**259724**	**85811**	**57646**	**19091**	**9462**	**1124**	**2132**	**84295**	**163**
10	**Allgemeine Systeme**	**210214**	**75008**	**43351**	**3249**	**4334**	**990**	**1333**	**81787**	**161**
101	Rentenversicherung	114884	38499	25832	1847	2366	472	666	45183	19
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	59453	21026	14554	219	493	166	86	22894	15
1012	Angestelltenversicherung	46514	16284	4263	1628	1873	290	579	21593	4
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	8917	1189	7015	1	0	16	1	695	—
103	Krankenversicherung	56096	21893	1679	984	1256	262	483	29502	38
104	Unfallversicherung	9121	7629	597	115	368	188	47	160	16
105	Arbeitsförderung	16063	6987	1193	303	344	69	137	6943	88
106	Kindergeld	14050	—	14050	—	—	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**3776**	**164**	**1855**	**13**	**59**	**—**	**—**	**1683**	**2**
122	Altershilfe für Landwirte	2314	6	1796	—	—	—	—	510	2
123	Versorgungswerke	1462	158	59	13	59	—	—	1173	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**40312**	**8724**	**11552**	**15137**	**4029**	**—**	**565**	**305**	**—**
131	Pensionen	29124	5562	10174	10469	2600	—	319	—	—
132	Familienzuschläge	6935	1625	861	3088	1136	—	225	—	—
133	Beihilfen	4253	1537	516	1580	293	—	22	305	—
14	**Ergänzungssysteme**	**5422**	**1915**	**888**	**691**	**1040**	**134**	**233**	**520**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	5270	1855	857	690	1034	134	233	467	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	152	59	31	1	6	—	—	53	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**28218**	**24788**	**542**	**1625**	**722**	**—**	**361**	**181**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	19218	15788	542	1625	722	—	361	181	—
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	9000	9000	—	—	—	—	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**16966**	**1087**	**13460**	**2253**	**162**	**—**	**—**	**4**	**—**
301	Kriegsopferversorgung	12446	—	11615	704	126	—	—	1	—
302	Lastenausgleich	1890	1087	282	518	—	—	—	3	—
303	Wiedergutmachung	2170	—	1144	1026	—	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	460	—	419	5	36	—	—	—	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36198**	**5407**	**9272**	**7569**	**12509**	**—**	**50**	**1390**	**1**
401	Sozialhilfe	10869	129	50	1960	7839	—	—	890	1
402	Jugendhilfe	4486	—	20	636	3550	—	—	280	—
403	Ausbildungsförderung	2631	—	1640	991	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1595	—	734	817	44	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1520	81	61	634	524	—	—	220	—
406	Vermögensbildung	15097	5197	6767	2532	551	—	50	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**341106**	**117093**	**80919**	**30538**	**22855**	**1124**	**2543**	**85870**	**164**
5	**Indirekte Leistungen**	**35923**	**—**	**14273**	**16234**	**5416**	**—**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	31529	—	12737	13445	5347	—	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4394	—	1536	2789	69	—	—	—	—

Tabelle II—4—78

Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen 1978

in Millionen DM

	Institutionen	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
0	**Sozialbudget insgesamt**	**398494**	**121102**	**101506**	**50734**	**30640**	**1022**	**2655**	**90684**	**151**
1	**Soziale Sicherung**	**274446**	**88456**	**63425**	**20295**	**9901**	**1022**	**2223**	**88975**	**151**
10	**Allgemeine Systeme**	**222229**	**77396**	**48273**	**3370**	**4348**	**881**	**1397**	**86416**	**149**
101	Rentenversicherung	119735	38940	27935	1885	2263	336	691	47685	—
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	62202	21156	15870	221	489	205	88	24172	—
1012	Angestelltenversicherung	47900	16549	4406	1663	1774	115	602	22791	—
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	9633	1235	7659	1	0	16	1	721	—
103	Krankenversicherung	59167	23055	1687	1041	1331	275	510	31226	40
104	Unfallversicherung	9690	8134	609	126	390	197	50	169	16
105	Arbeitsförderung	18237	7267	2642	318	364	73	145	7336	93
106	Kindergeld	15400	—	15400	—	—	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**4011**	**168**	**2057**	**13**	**60**	**—**	**—**	**1711**	**2**
122	Altershilfe für Landwirte	2506	6	1997	—	—	—	—	501	2
123	Versorgungswerke	1505	162	60	13	60	—	—	1210	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**42564**	**8901**	**12180**	**16184**	**4405**	**—**	**580**	**315**	**—**
131	Pensionen	30818	5554	10769	11243	2917	—	335	—	—
132	Familienzuschläge	7284	1692	882	3299	1185	—	225	—	—
133	Beihilfen	4462	1655	529	1641	302	—	20	315	—
14	**Ergänzungssysteme**	**5643**	**1991**	**915**	**728**	**1089**	**141**	**246**	**533**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	5487	1928	885	726	1082	141	246	477	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	156	63	30	1	7	—	—	55	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**29688**	**26068**	**572**	**1715**	**762**	**—**	**381**	**191**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	20288	16668	572	1715	762	—	381	191	—
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	9400	9400	—	—	—	—	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**17504**	**1075**	**13907**	**2228**	**290**	**—**	**—**	**4**	**—**
301	Kriegsopferversorgung	12981	—	12062	752	166	—	—	1	—
302	Lastenausgleich	1878	1075	262	454	84	—	—	3	—
303	Wiedergutmachung	2150	—	1133	1017	—	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	495	—	450	5	40	—	—	—	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**36597**	**5503**	**7531**	**8344**	**13653**	**—**	**51**	**1515**	**—**
401	Sozialhilfe	11963	148	56	2149	8598	—	—	1012	—
402	Jugendhilfe	4894	—	20	698	3901	—	—	275	—
403	Ausbildungsförderung	3290	—	2050	1240	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	2120	—	976	1085	59	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1600	84	64	670	554	—	—	228	—
406	Vermögensbildung	12730	5271	4365	2501	542	—	51	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**358235**	**121102**	**85434**	**32582**	**24606**	**1022**	**2655**	**90684**	**151**
5	**Indirekte Leistungen**	**40259**	**—**	**16072**	**18153**	**6034**	**—**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	35262	—	14387	14941	5934	—	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	4997	—	1685	3212	100	—	—	—	—

Tabelle II—4—82

1982 **Finanzierung nach Finanzierungsquellen und Institutionen**

in Millionen DM

	Institutionen	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
0	**Sozialbudget insgesamt**	**519020**	**152384**	**122330**	**66665**	**41628**	**1187**	**3398**	**131215**	**212**
1	**Soziale Sicherung**	**360990**	**114136**	**75108**	**25972**	**12592**	**1187**	**2860**	**128926**	**210**
10	**Allgemeine Systeme**	**294739**	**99790**	**56208**	**4397**	**5563**	**1006**	**1835**	**125734**	**208**
101	Rentenversicherung	154409	51227	34088	2492	2906	329	929	62438	—
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	80069	27832	19871	291	638	154	118	31164	—
1012	Angestelltenversicherung	63177	21881	5465	2200	2268	155	809	30399	—
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	11163	1514	8752	1	0	20	1	875	—
103	Krankenversicherung	89352	29550	2051	1338	1709	348	656	53650	51
104	Unfallversicherung	11817	9989	659	166	480	235	63	209	16
105	Arbeitsförderung	24811	9024	5059	401	468	93	187	9438	141
106	Kindergeld	14350	—	14350	—	—	—	—	—	—
12	**Sondersysteme**	**4912**	**216**	**2416**	**17**	**78**	**—**	**—**	**2183**	**2**
122	Altershilfe für Landwirte	2974	6	2338	—	—	—	—	628	2
123	Versorgungswerke	1938	210	78	17	78	—	—	1555	—
13	**Beamtenrechtliches System**	**54439**	**11655**	**15498**	**20622**	**5597**	**—**	**703**	**365**	**—**
131	Pensionen	40366	7726	13759	14716	3774	—	391	—	—
132	Familienzuschläge	8937	2080	1112	3992	1468	—	286	—	—
133	Beihilfen	5136	1849	627	1914	355	—	26	365	—
14	**Ergänzungssysteme**	**6901**	**2477**	**987**	**936**	**1354**	**181**	**323**	**644**	**—**
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	6715	2399	956	934	1346	181	323	575	—
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	186	78	31	2	8	—	—	68	—
2	**Arbeitgeberleistungen**	**38005**	**33326**	**739**	**2216**	**985**	**—**	**493**	**246**	**—**
201	Entgeltfortzahlung	26205	21526	739	2216	985	—	493	246	—
229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	11800	11800	—	—	—	—	—	—	—
3	**Entschädigungen**	**18296**	**—**	**15779**	**2313**	**202**	**—**	**—**	**2**	**—**
301	Kriegsopferversorgung	14107	—	13093	852	162	—	—	—	—
302	Lastenausgleich	1701	—	1189	510	—	—	—	2	—
303	Wiedergutmachung	2000	—	1054	945	—	—	—	—	—
309	Sonstige Entschädigungen	488	—	443	5	40	—	—	—	—
4	**Soziale Hilfen und Dienste**	**42569**	**4922**	**6923**	**9483**	**19153**	**—**	**45**	**2041**	**2**
401	Sozialhilfe	17333	208	50	3135	12538	—	—	1400	2
402	Jugendhilfe	6816	—	20	976	5435	—	—	385	—
403	Ausbildungsförderung	3930	—	2450	1480	—	—	—	—	—
404	Wohngeld	1930	—	890	987	53	—	—	—	—
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	2000	96	82	857	709	—	—	256	—
406	Vermögensbildung	10560	4618	3431	2049	418	—	45	—	—
001	**Direkte Leistungen insgesamt**	**459860**	**152384**	**98548**	**39984**	**32931**	**1187**	**3398**	**131215**	**212**
5	**Indirekte Leistungen**	**59160**	**—**	**23782**	**26681**	**8697**	**—**	**—**	**—**	**—**
501	Steuerermäßigungen	52507	—	21693	22300	8513	—	—	—	—
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	6653	—	2089	4380	184	—	—	—	—

Tabelle II—5—75

Leistungen nach Arten und Funktionen 1975

in Millionen DM

Funktionen	insgesamt	Einkommensleistungen			Sachleistungen			Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	für Angehörige	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	für Angehörige	Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst
Familie	49594	45459	72	23878	455	1585	386	628	874	521
Kinder	*24965*	*22086*	*25*	*19798*	*196*	*923*	—	*583*	*814*	*338*
Ehegatten	*22467*	*22300*	*10*	*4041*	—	—	—	*15*	*39*	*102*
Mutterschaft	*2162*	*1073*	*37*	*39*	*259*	*662*	*386*	*30*	*20*	*81*
Gesundheit	105229	34268	165	—	6021	57098	18731	231	3861	3586
Vorbeugung	*6772*	*1206*	—	—	*504*	*3197*	*584*	*186*	*1356*	*321*
Krankheit	*78204*	*20048*	—	—	*4948*	*48943*	*18147*	*35*	*1809*	*2423*
Arbeitsunfall	*8435*	*4624*	*91*	—	*159*	*2663*	—	*10*	*477*	*411*
Invalidität (allgemein)	*11818*	*8389*	*74*	—	*410*	*2295*	—	—	*219*	*431*
Beschäftigung	20573	15591	158	—	1132	387	—	732	1740	833
Berufliche Bildung	*7968*	*5680*	*4*	—	*1090*	*387*	—	*189*	*323*	*295*
Sonstige Mobilität	*2069*	*1053*	*127*	—	*42*	—	—	*543*	*232*	*72*
Arbeitslosigkeit	*10536*	*8857*	*27*	—	—	—	—	—	*1185*	*467*
Alter und Hinterbliebene	121659	115439	656	—	1401	17	—	1	875	3272
Alter	*114128*	*109653*	*400*	—	*199*	*16*	—	*1*	*815*	*3043*
Hinterbliebene	*7532*	*5786*	*256*	—	*1202*	*1*	—	—	*59*	*228*
Folgen politischer Ereignisse	7585	5715	298	1	390	720	6	57	101	304
Wohnen	7701	7556	3	—	—	—	—	—	41	101
Sparförderung	16276	16196	—	—	78	—	—	—	—	2
Allgemeine Lebenshilfen	1602	511	175	43	103	511	1	57	161	84
insgesamt	**330220**	**240734**	**1527**	**23922**	**9581**	**60318**	**19124**	**1706**	**7652**	**8703**

Tabelle II—6—75

Finanzierung nach Arten und Quellen 1975

in Millionen DM

Finanzierungsquellen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen
		der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln	
			tatsächliche	unterstellte				
Unternehmen	100240	—	61236	27373	—	21	7063	4547
Bund	87995	—	2498	11066	—	72912	—	1519
Länder	42020	—	2982	11609	—	27272	—	156
Gemeinden	24273	—	5548	1416	—	16508	—	802
Sozialversicherung	1113	—	504	—	—	—	—	609
Private Organisationen	2162	—	1259	623	—	279	—	—
Private Haushalte	71899	69235	434	161	5	—	—	2064
Übrige Welt	161	—	—	—	—	125	35	1
insgesamt	**329862**	**69235**	**74461**	**52248**	**5**	**117117**	**7098**	**9699**

Tabelle II—5—76

1976 **Leistungen nach Arten und Funktionen**

in Millionen DM

Funktionen	insgesamt	Einkommensleistungen			Sachleistungen			Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	für Angehörige	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	für Angehörige	Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst
Familie	51984	47459	75	23485	317	1907	416	703	980	543
Kinder	*25168*	*21974*	*27*	*19418*	*208*	*1016*	—	*651*	*924*	*368*
Ehegatten	*24562*	*24413*	*11*	*4028*	—	—	—	*17*	*33*	*88*
Mutterschaft	*2253*	*1072*	*37*	*39*	*109*	*891*	*416*	*34*	*23*	*87*
Gesundheit	113011	35796	176	—	6481	62396	20396	238	4116	3810
Vorbeugung	*6767*	*1242*	—	—	*383*	*3104*	*533*	*188*	*1523*	*328*
Krankheit	*83981*	*20430*	—	—	*5397*	*53675*	*19805*	*40*	*1856*	*2585*
Arbeitsunfall	*9091*	*4945*	*97*	—	*174*	*2952*	*57*	*10*	*503*	*411*
Invalidität (allgemein)	*13172*	*9179*	*79*	—	*527*	*2665*	—	—	*235*	*487*
Beschäftigung	18843	14394	236	—	679	415	—	746	1558	815
Berufliche Bildung	*7573*	*5554*	*3*	—	*655*	*415*	—	*291*	*345*	*310*
Sonstige Mobilität	*2176*	*1195*	*197*	—	*24*	—	—	*455*	*215*	*90*
Arbeitslosigkeit	*9093*	*7645*	*36*	—	—	—	—	—	*998*	*415*
Alter und Hinterbliebene	135388	128776	713	—	1488	20	—	1	966	3425
Alter	*127064*	*122345*	*422*	—	*211*	*19*	—	*1*	*902*	*3166*
Hinterbliebene	*8324*	*6431*	*291*	—	*1277*	*1*	—	—	*65*	*260*
Folgen politischer Ereignisse	8315	6320	274	1	416	800	12	80	117	307
Wohnen	7699	7555	3	—	—	—	—	—	43	98
Sparförderung	16839	16743	—	—	86	—	—	—	2	8
Allgemeine Lebenshilfen	1708	474	161	7	149	598	28	62	173	92
insgesamt	**353786**	**257517**	**1638**	**23493**	**9615**	**66136**	**20852**	**1830**	**7954**	**9097**

Tabelle II—6—76

1976 **Finanzierung nach Arten und Quellen**

in Millionen DM

Finanzierungsquellen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen
		der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln	
			tatsächliche	unterstellte				
Unternehmen	109509	20	68644	28679	—	22	7128	5016
Bund	90396	—	2739	11379	—	75373	—	905
Länder	44484	—	3367	12699	—	28233	—	185
Gemeinden	26504	—	6162	1495	—	17991	—	855
Sozialversicherung	944	—	657	—	—	—	—	287
Private Organisationen	2384	—	1456	657	—	272	—	—
Private Haushalte	81581	78333	597	166	5	13	—	2467
Übrige Welt	151	—	—	—	—	112	38	1
insgesamt	**355951**	**78353**	**83621**	**55075**	**5**	**122016**	**7166**	**9716**

Tabelle II—5—77

Leistungen nach Arten und Funktionen 1977

in Millionen DM

Funktionen	insgesamt	Einkommensleistungen			Sachleistungen			Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	für Angehörige	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	für Angehörige	Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst
Familie	55289	50312	75	23487	337	1993	424	775	1076	722
Kinder	*25555*	*21959*	*29*	*19244*	*230*	*1083*	—	*716*	*1013*	*526*
Ehegatten	*27366*	*27196*	*12*	*4206*	—	—	—	*20*	*36*	*103*
Mutterschaft	*2367*	*1157*	*35*	*37*	*107*	*910*	*424*	*39*	*27*	*93*
Gesundheit	120138	38388	191	—	6832	65467	20723	243	4306	4713
Vorbeugung	*7115*	*1219*	—	—	*436*	*3190*	*542*	*190*	*1559*	*522*
Krankheit	*88503*	*21819*	—	—	*5677*	*56119*	*20180*	*43*	*1966*	*2879*
Arbeitsunfall	*9706*	*5347*	*104*	—	*177*	*3061*	—	*10*	*537*	*469*
Invalidität (allgemein)	*14815*	*10003*	*87*	—	*542*	*3097*	—	—	*243*	*842*
Beschäftigung	18919	13837	338	—	744	430	—	1067	1619	884
Berufliche Bildung	*7828*	*5643*	*3*	—	*661*	*430*	—	*374*	*364*	*353*
Sonstige Mobilität	*2776*	*1285*	*315*	—	*83*	—	—	*649*	*336*	*108*
Arbeitslosigkeit	*8315*	*6909*	*20*	—	—	—	—	*44*	*919*	*422*
Alter und Hinterbliebene	147888	141713	793	—	1507	40	—	1	1056	2779
Alter	*138601*	*134661*	*464*	—	*199*	*37*	—	*1*	*1001*	*2239*
Hinterbliebene	*9287*	*7052*	*329*	—	*1308*	*3*	—	—	*55*	*540*
Folgen politischer Ereignisse	8485	6494	218	1	416	845	6	67	116	329
Wohnen	7810	7677	3	—	—	—	—	—	37	93
Sparförderung	18826	18727	—	—	91	—	—	—	2	6
Allgemeine Lebenshilfen	1885	442	188	7	151	731	27	73	201	99
insgesamt	**379240**	**277589**	**1806**	**23495**	**10078**	**69506**	**21179**	**2226**	**8412**	**9625**

Tabelle II—6—77

Finanzierung nach Arten und Quellen 1977

in Millionen DM

Finanzierungsquellen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen
		der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln	
			tatsächliche	unterstellte				
Unternehmen	117093	—	74079	30854	—	22	7227	4911
Bund	95192	—	2913	11414	—	80040	—	825
Länder	46772	—	3635	13768	—	29193	—	176
Gemeinden	28271	—	6667	1579	—	19227	—	799
Sozialversicherung	1124	—	607	—	—	—	—	517
Private Organisationen	2543	—	1567	702	—	275	—	—
Private Haushalte	85870	82755	561	181	5	—	—	2368
Übrige Welt	164	—	—	—	—	122	41	1
insgesamt	**377028**	**82755**	**90030**	**58496**	**5**	**128879**	**7268**	**9596**

Tabelle II—5—78

1978

Leistungen nach Arten und Funktionen

in Millionen DM

Funktionen	insgesamt	Einkommensleistungen			Sachleistungen			Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	für Angehörige	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	für Angehörige	Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst
Familie	60494	55096	79	25255	395	2098	443	849	1190	787
Kinder	*27496*	*23584*	*32*	*20762*	*269*	*1142*	—	*782*	*1113*	*575*
Ehegatten	*30551*	*30354*	*13*	*4456*	—	—	—	*23*	*48*	*113*
Mutterschaft	*2447*	*1158*	*35*	*37*	*126*	*956*	*443*	*44*	*29*	*98*
Gesundheit	127070	40914	207	—	7083	69057	22299	255	4613	4942
Vorbeugung	*7534*	*1330*	—	—	*396*	*3415*	*563*	*199*	*1646*	*548*
Krankheit	*93814*	*23289*	—	—	*5917*	*59389*	*21736*	*46*	*2110*	*3064*
Arbeitsunfall	*10247*	*5672*	*113*	—	*187*	*3185*	—	*10*	*575*	*505*
Invalidität (allgemein)	*15476*	*10624*	*94*	—	*583*	*3068*	—	—	*282*	*825*
Beschäftigung	22066	15513	379	—	913	984	—	1322	1819	1136
Berufliche Bildung	*10199*	*6902*	*3*	—	*869*	*984*	—	*568*	*435*	*439*
Sonstige Mobilität	*3022*	*1373*	*362*	—	*44*	—	—	*754*	*338*	*151*
Arbeitslosigkeit	*8845*	*7238*	*14*	—	—	—	—	—	*1047*	*546*
Alter und Hinterbliebene	156346	149882	843	—	1602	41	—	1	1085	2893
Alter	*146547*	*142425*	*493*	—	*218*	*40*	—	*1*	*1028*	*2343*
Hinterbliebene	*9799*	*7457*	*350*	—	*1384*	*1*	—	—	*57*	*551*
Folgen politischer Ereignisse	8746	6543	257	1	481	903	6	90	131	341
Wohnen	8988	8812	3	600	—	—	—	—	49	124
Sparförderung	17008	16910	—	—	89	—	—	—	2	7
Allgemeine Lebenshilfen	2124	529	184	7	155	838	44	81	230	107
insgesamt	**402842**	**294199**	**1952**	**25863**	**10718**	**73921**	**22792**	**2598**	**9119**	**10337**

Tabelle II—6—78

1978

Finanzierung nach Arten und Quellen

in Millionen DM

Finanzierungsquellen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen
		der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln	
			tatsächliche	unterstellte				
Unternehmen	121102	—	77126	32191	—	23	7379	4383
Bund	101506	—	3201	12061	—	85596	—	647
Länder	50734	—	3816	14703	—	32074	—	142
Gemeinden	30640	—	7134	1707	—	21166	—	633
Sozialversicherung	1022	—	713	—	—	—	—	308
Private Organisationen	2655	—	1643	736	—	276	—	—
Private Haushalte	90684	87588	586	191	5	—	—	2314
Übrige Welt	151	—	—	—	—	108	43	—
insgesamt	**398494**	**87588**	**94220**	**61589**	**5**	**139243**	**7422**	**8428**

Tabelle II—5—82

Leistungen nach Arten und Funktionen 1982

in Millionen DM

Funktionen	insgesamt	Einkommensleistungen			Sachleistungen			Allgemeine Dienste und Leistungen		
		laufend	einmalig	für Angehörige	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	für Angehörige	Zuschüsse	Maßnahmen	Innerer Dienst
Familie	78232	70985	92	25671	676	2685	566	1151	1632	1012
Kinder	*29222*	*23860*	*41*	*20318*	*545*	*1449*	—	*1040*	*1531*	*756*
Ehegatten	*46012*	*45772*	*16*	*5315*	—	—	—	*37*	*54*	*131*
Mutterschaft	*2999*	*1352*	*35*	*38*	*131*	*1236*	*566*	*74*	*47*	*125*
Gesundheit	162833	52315	258	—	7677	89675	27231	299	5807	6804
Vorbeugung	*9433*	*1648*	—	—	*520*	*4256*	*664*	*231*	*2081*	*698*
Krankheit	*118658*	*29662*	—	—	*6104*	*75922*	*26567*	*57*	*2643*	*4271*
Arbeitsunfall	*12944*	*7165*	*135*	—	*223*	*4073*	—	*11*	*716*	*622*
Invalidität (allgemein)	*21799*	*13840*	*123*	—	*829*	*5425*	—	—	*368*	*1214*
Beschäftigung	25683	18820	381	—	1175	417	—	1413	2161	1316
Berufliche Bildung	*11877*	*8814*	*3*	—	*1128*	*417*	—	*448*	*550*	*517*
Sonstige Mobilität	*3358*	*1504*	*366*	—	*47*	—	—	*940*	*338*	*163*
Arbeitslosigkeit	*10448*	*8502*	*12*	—	—	—	—	*25*	*1273*	*636*
Alter und Hinterbliebene	202087	193843	1090	—	1965	51	—	1	1445	3694
Alter	*189384*	*184150*	*636*	—	*218*	*48*	—	*1*	*1370*	*2962*
Hinterbliebene	*12703*	*9693*	*453*	—	*1747*	*3*	—	—	*75*	*732*
Folgen politischer Ereignisse	9103	6777	205	1	459	1067	6	68	143	384
Wohnen	10655	10496	3	—	—	—	—	—	44	112
Sparförderung	16543	16450	—	—	84	—	—	—	2	7
Allgemeine Lebenshilfen	2839	598	197	8	183	1209	81	129	375	147
insgesamt	**507977**	**370283**	**2226**	**25680**	**12217**	**95105**	**27884**	**3061**	**11609**	**13477**

Tabelle II—6—82

Finanzierung nach Arten und Quellen 1982

in Millionen DM

Finanzierungsquellen	insgesamt	Beiträge				Zuweisungen		Sonstige Einnahmen
		der Versicherten	der Arbeitgeber		der Rentner	aus öffentlichen Mitteln	aus nichtöffentlichen Mitteln	
			tatsächliche	unterstellte				
Unternehmen	152384	—	100065	41488	—	20	7193	3619
Bund	122330	—	3815	15366	—	102470	—	680
Länder	66665	—	5008	18987	—	42521	—	149
Gemeinden	41628	—	9295	2146	—	29524	—	663
Sozialversicherung	1187	—	823	—	—	—	—	364
Private Organisationen	3398	—	2157	910	—	331	—	—
Private Haushalte	131215	113582	758	246	13708	—	—	2921
Übrige Welt	212	—	—	—	—	156	54	2
insgesamt	**519019**	**113582**	**121921**	**79143**	**13708**	**175022**	**7247**	**8398**

Tabelle II—7—75

Verrechnungen zwischen den Institutionen im Jahr 1975

in Millionen DM

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Rentenversicherung der Arbeiter												12 225
Beiträge für Rehabilitanden				46		8						
Beiträge für Rentner				8 772								
Wanderversicherungsausgleich			1 370									
Wanderungsausgleich			335									
Anteil an KnKVdR			333									
Ersatz für andere Leistungen		758		295		20						
Vergütung für Beitragseinzug				137								
Unterstellte Verrechnungen							70	39	10	32		
Rentenversicherung der Angestellten												13 822
Beiträge für Rehabilitanden				12		2						
Beiträge für Rentner				2 978								
Wanderversicherungsausgleich			388									
Wanderungsausgleich			64									
Anteil an KnKVdR			64									
Ersatz für andere Leistungen				92		1						
Finanzausgleich	10 045											
Vergütung für Beitragseinzug				123								
Unterstellte Verrechnungen							14	17	2	20		
Knappschaftliche Rentenversicherung												1 740
Beiträge für Rehabilitanden				1								
Beiträge für Rentner				1 455								
Wanderversicherungsausgleich	199	44										
Ersatz für andere Leistungen				16		1						
Unterstellte Verrechnungen							15	4	1	4		
Krankenversicherung												509
Beiträge für Rehabilitanden	29	26	2		4							
Unterstellte Verrechnungen							251	104	16	77		

noch Tabelle II—7—75

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	im öffentlichen Dienst: Pensionen	im öffentlichen Dienst: Familienzuschläge	im öffentlichen Dienst: Beihilfen	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Unfallversicherung												351
Beiträge für Rehabilitanden	29	26	1	34		6						
Ersatz für Leistungen	3	1		121		1					2	
Verwaltungskosten				11								
Unterstellte Verrechnungen							67	24	6	19		
Arbeitsförderung												2 714
Beiträge für Rehabilitanden	3	3		4								
Beiträge für Leistungsempfänger	37	25		2 295								
Ersatz für Leistungen					3						1	
Verwaltungskosten				68								
Unterstellte Verrechnungen							118	65	12	80		
Kindergeld												300
Verwaltungskosten						300						
Altershilfe für Landwirte												9
Nachversicherungszuschuß .	2											
Unterstellte Verrechnungen							1	4	1	1		
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst												5
Unterstellte Verrechnungen								2		3		
Kriegsopferversorgung												255
Ersatz für Leistungen				193								
Verwaltungskosten				25								
Unterstellte Verrechnungen								17		20		
Lastenausgleich												28
Ersatz für Leistungen											28	
Sozialhilfe												3
Verwaltungskosten				3								
Summe ...	10 347	883	2 557	16 681	7	339	536	276	48	256	31	31 961

Tabelle II—7—76

Verrechnungen zwischen den Institutionen im Jahr 1976

in Millionen DM

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Rentenversicherung der Arbeiter												13 972
Beiträge für Rehabilitanden				68		7						
Beiträge für Rentner				10 314								
Wanderversicherungsausgleich			1 525									
Wanderungsausgleich			295									
Anteil an KnKVdR			362									
Ersatz für andere Leistungen		766		306	9	20						
Vergütung für Beitragseinzug				146								
Unterstellte Verrechnungen							73	38	10	33		
Rentenversicherung der Angestellten												17 797
Beiträge für Rehabilitanden				20		3						
Beiträge für Rentner				3 707								
Wanderversicherungsausgleich			433									
Wanderungsausgleich			56									
Anteil an KnKVdR			69									
Ersatz für andere Leistungen				95	1	3						
Finanzausgleich	13 222											
Vergütung für Beitragseinzug				134								
Unterstellte Verrechnungen							15	17	2	20		
Knappschaftliche Rentenversicherung												1 907
Beiträge für Rehabilitanden				1								
Beiträge für Rentner				1 585								
Wanderversicherungsausgleich	222	50										
Ersatz für andere Leistungen				17	5	1						
Unterstellte Verrechnungen							16	4	2	4		
Krankenversicherung												570
Beiträge für Rehabilitanden	55	20	1		5							
Unterstellte Verrechnungen							288	102	17	82		

noch Tabelle II—7—76

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen (im öffentlichen Dienst)	Familienzuschläge (im öffentlichen Dienst)	Beihilfen (im öffentlichen Dienst)	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
					Unfallversicherung							418
Beiträge für Rehabilitanden	47	42	1	44		10						
Ersatz für Leistungen	4	1		126		1					2	
Verwaltungskosten				13								
Unterstellte Verrechnungen							74	24	7	22		
					Arbeitsförderung							2 685
Beiträge für Rehabilitanden	2	2		3								
Beiträge für Leistungsempfänger	40	26		2 251								
Ersatz für Leistungen					3						1	
Verwaltungskosten				72								
Unterstellte Verrechnungen							128	64	13	80		
					Kindergeld							270
Verwaltungskosten						270						
					Altershilfe für Landwirte							9
Nachversicherungszuschuß .	2											
Unterstellte Verrechnungen							1	4	1	1		
					Versorgungswerke							1
Unterstellte Verrechnungen										1		
					Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst							6
Unterstellte Verrechnungen								2		4		
					Kriegsopferversorgung							270
Beiträge für Rehabilitanden	1	1										
Ersatz für Leistungen				204								
Verwaltungskosten				27								
Unterstellte Verrechnungen								17		20		
					Lastenausgleich							30
Ersatz für Leistungen											30	
					Sozialhilfe							4
Verwaltungskosten				4								
Summe ...	13 595	908	2 742	19 137	23	315	595	272	52	267	33	37 939

Tabelle II—7—77

Verrechnungen zwischen den Institutionen im Jahr 1977

in Millionen DM

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Rentenversicherung der Arbeiter												12 354
Beiträge für Rehabilitanden				69		6						
Beiträge für Rentner				8 909								
Wanderversicherungsausgleich			1 695									
Wanderungsausgleich			276									
Anteil an KnKVdR			380									
Ersatz für andere Leistungen		376		322		18						
Vergütung für Beitragseinzug				141								
Unterstellte Verrechnungen							79	38	11	34		
Rentenversicherung der Angestellten												18 376
Beiträge für Rehabilitanden				25		3						
Beiträge für Rentner				4 130								
Wanderversicherungsausgleich			480									
Wanderungsausgleich			53									
Anteil an KnKVdR			72									
Ersatz für andere Leistungen				100		4						
Finanzausgleich	13 312											
Vergütung für Beitragseinzug				143								
Unterstellte Verrechnungen							16	17	2	19		
Knappschaftliche Rentenversicherung												1 996
Beiträge für Rehabilitanden				1								
Beiträge für Rentner				1 658								
Wanderversicherungsausgleich	235	55										
Ersatz für andere Leistungen				18		2						
Unterstellte Verrechnungen							17	4	2	4		
Krankenversicherung												585
Beiträge für Rehabilitanden	52	20	3		5							
Unterstellte Verrechnungen							297	102	19	88		

noch Tabelle II—7—77

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
					Unfallversicherung							448
Beiträge für Rehabilitanden	50	45	1	55		12						
Ersatz für Leistungen				131		1					2	
Verwaltungskosten				15								
Unterstellte Verrechnungen							80	24	7	25		
					Arbeitsförderung							2 518
Beiträge für Rehabilitanden	2	1		2								
Beiträge für Leistungsempfänger	42	28		2 062								
Ersatz für Leistungen					4						1	
Verwaltungskosten				78								
Unterstellte Verrechnungen							136	64	14	84		
					Kindergeld							270
Verwaltungskosten						270						
					Altershilfe für Landwirte							9
Nachversicherungszuschuß .	2											
Unterstellte Verrechnungen							1	4	1	1		
					Versorgungswerke							1
Unterstellte Verrechnungen										1		
					Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst							6
Unterstellte Verrechnungen								2		4		
					Kriegsopferversorgung							272
Beiträge für Rehabilitanden	1	1										
Ersatz für Leistungen				205								
Verwaltungskosten				25								
Unterstellte Verrechnungen								18		22		
					Lastenausgleich							30
Ersatz für Leistungen											30	
					Sozialhilfe							5
Verwaltungskosten				5								
Summe ...	13 696	526	2 959	18 094	9	316	626	273	56	282	33	36 870

Tabelle II—7—78

Verrechnungen zwischen den Institutionen im Jahr 1978

in Millionen DM

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Rentenversicherung der Arbeiter												9 652
Beiträge für Rehabilitanden				76		6						
Beiträge für Rentner				6 674								
Wanderversicherungsausgleich			1 778									
Wanderungsausgleich			5									
Anteil an KnKVdR			403									
Ersatz für andere Leistungen				346		24						
Vergütung für Beitragseinzug				166								
Unterstellte Verrechnungen							82	40	12	40		
Rentenversicherung der Angestellten												16 932
Beiträge für Rehabilitanden				18		3						
Beiträge für Rentner				4 226								
Wanderversicherungsausgleich			504									
Wanderungsausgleich			1									
Anteil an KnKVdR			77									
Ersatz für andere Leistungen				107		6						
Finanzausgleich	11 779											
Vergütung für Beitragseinzug				153								
Unterstellte Verrechnungen							17	18	2	21		
Knappschaftliche Rentenversicherung												2 129
Beiträge für Rehabilitanden				1								
Beiträge für Rentner				1 774								
Wanderversicherungsausgleich	247	58										
Ersatz für andere Leistungen				19		2						
Unterstellte Verrechnungen							18	4	2	4		
Krankenversicherung												615
Beiträge für Rehabilitanden	56	21	2		5							
Unterstellte Verrechnungen							311	107	20	93		

noch Tabelle II—7—78

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Unfallversicherung												477
Beiträge für Rehabilitanden	51	48	1	60		14						
Ersatz für Leistungen				139		1					2	
Verwaltungskosten				17								
Unterstellte Verrechnungen							84	25	7	28		
Arbeitsförderung												4 198
Beiträge für Rehabilitanden	4	4		8								
Beiträge für Leistungsempfänger	903	607	11	2 242								
Ersatz für Leistungen							5					1
Verwaltungskosten						90						
Unterstellte Verrechnungen								147	67	14	95	
Kindergeld												270
Verwaltungskosten						270						
Altershilfe für Landwirte												9
Nachversicherungszuschuß .	2											
Unterstellte Verrechnungen							1	4	1	1		
Versorgungswerke												1
Unterstellte Verrechnungen										1		
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst												7
Unterstellte Verrechnungen								2		5		
Kriegsopferversorgung												303
Beiträge für Rehabilitanden	1	1										
Ersatz für Leistungen				230								
Verwaltungskosten				28								
Unterstellte Verrechnungen								19		24		
Lastenausgleich												31
Ersatz für Leistungen											31	
Sozialhilfe												5
Verwaltungskosten				5								
Summe ...	13 043	739	2 782	16 379	10	326	660	286	58	312	34	34 629

Tabelle II—7—82

Verrechnungen zwischen den Institutionen im Jahr 1982

in Millionen DM

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Rentenversicherung der Arbeiter												**3 661**
Beiträge für Rehabilitanden				93		9						
Wanderversicherungsausgleich			2 122									
Wanderungsausgleich			8									
Anteil an KnKVdR			548									
Ersatz für andere Leistungen				455		32						
Vergütung für Beitragseinzug				188								
Unterstellte Verrechnungen							96	48	12	50		
Rentenversicherung der Angestellten												**7 540**
Beiträge für Rehabilitanden				34		4						
Wanderversicherungsausgleich			601									
Wanderungsausgleich			1									
Anteil an KnKVdR			104									
Ersatz für andere Leistungen				141		10						
Finanzausgleich	6 370											
Vergütung für Beitragseinzug				202								
Unterstellte Verrechnungen							20	22	3	28		
Knappschaftliche Rentenversicherung												**2 840**
Beiträge für Rehabilitanden				1								
Beiträge für Rentner				2 413								
Wanderversicherungsausgleich	294	69										
Ersatz für andere Leistungen				25		3						
Unterstellte Verrechnungen							21	6	2	6		
Krankenversicherung												**744**
Beiträge für Rehabilitanden	73	27	5		7							
Unterstellte Verrechnungen							360	132	22	118		

noch Tabelle II—7—82

Einnahmen / Verrechnungen / Ausgaben	Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenversicherung der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitsförderung	Pensionen im öffentlichen Dienst	Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	Beihilfen im öffentlichen Dienst	Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	Sozialhilfe	Summe
Unfallversicherung												688
Beiträge für Rehabilitanden	67	63	2	75		20						
Ersatz für Leistungen	74			181		1					3	
Verwaltungskosten				25								
Unterstellte Verrechnungen							98	31	8	40		
Arbeitsförderung												7 165
Beiträge für Rehabilitanden	6	6		13								
Beiträge für Leistungsempfänger	2 315	1 585	19	2 711								
Ersatz für Leistungen					6						2	
Verwaltungskosten				112								
Unterstellte Verrechnungen							169	83	18	120		
Kindergeld												620
Ersatz für Leistungen	231	94	25									
Verwaltungskosten						270						
Altershilfe für Landwirte												11
Nachversicherungszuschuß .	2											
Unterstellte Verrechnungen							1	6	1	1		
Versorgungswerke												1
Unterstellte Verrechnungen										1		
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst												7
Unterstellte Verrechnungen								2		5		
Kriegsopferversorgung												389
Beiträge für Rehabilitanden	3	10										
Ersatz für Leistungen				290								
Verwaltungskosten				37								
Unterstellte Verrechnungen								23		26		
Lastenausgleich												32
Ersatz für Leistungen											32	
Sozialhilfe												7
Verwaltungskosten				7								
Summe ...	9 435	1 854	3 435	7 003	13	349	765	353	66	395	37	23 705

Anhang III

Einzelübersichten

Anhang III

Einzelübersichten

		Seite
III—0	Sozialbudget insgesamt	232
III—1	Soziale Sicherung	234
III—10	Allgemeine Systeme	236
III—101	Rentenversicherung	238
III—1011	Rentenversicherung der Arbeiter	240
III—1012	Rentenversicherung der Angestellten	242
III—1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	244
III—103	Krankenversicherung	246
III—104	Unfallversicherung	248
III—105	Arbeitsförderung	250
III—106	Kindergeld	252
III—12	Sondersysteme	254
III—122	Altershilfe für Landwirte	256
III—123	Versorgungswerke	258
III—13	Beamtenrechtliches System	260
III—131	Pensionen	262
III—132	Familienzuschläge	264
III—133	Beihilfen	266
III—14	Ergänzungssysteme	268
III—141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	270
III—142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	272
III—2	Arbeitgeberleistungen	274
III—201	Entgeltfortzahlung	276
III—229	Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	278
III—3	Entschädigungen	280
III—301	Kriegsopferversorgung	282
III—302	Lastenausgleich	284
III—303	Wiedergutmachung	286
III—309	Sonstige Entschädigungen	288
III—4	Soziale Hilfen und Dienste	290
III—401	Sozialhilfe	292
III—402	Jugendhilfe	294
III—403	Ausbildungsförderung	296
III—404	Wohngeld	298
III—405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	300
III—406	Vermögensbildung	302
III—001	Direkte Leistungen insgesamt	304
III—5	Indirekte Leistungen	306
III—501	Steuerermäßigungen	308
III—502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	310

Tabelle III—0 Sozialbudget insgesamt **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	242262	259156	279395	296152	372510
laufend	*240735*	*257518*	*277589*	*294200*	*370284*
einmalig	*1527*	*1638*	*1806*	*1952*	*2226*
Sachleistungen	69899	75751	79584	84639	107322
Barerstattungen	*9581*	*9615*	*10078*	*10718*	*12217*
Waren- und Dienstleistungen	*60318*	*66136*	*69506*	*73921*	*95104*
Allgemeine Dienste und Leistungen	18061	18881	20263	22054	28147
Zuschüsse	*1706*	*1830*	*2226*	*2598*	*3061*
Maßnahmen	*7652*	*7954*	*8412*	*9119*	*11609*
Innerer Dienst	*8703*	*9097*	*9625*	*10337*	*13477*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**330222**	**353788**	**379243**	**402845**	**507979**
					FINANZIERUNG
Beiträge	195949	217054	231286	243402	328354
Beiträge der Versicherten	*69235*	*78353*	*82755*	*87588*	*113582*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*74461*	*83621*	*90030*	*94220*	*121921*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*52248*	*55075*	*58496*	*61589*	*79143*
Beiträge der Rentner	*5*	*5*	*5*	*5*	*13708*
Zuweisungen	124215	129182	136147	146665	182269
Aus öffentlichen Mitteln	*117117*	*122016*	*128879*	*139243*	*175022*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*7098*	*7166*	*7268*	*7422*	*7247*
Sonstige Einnahmen	9699	9716	9596	8428	8398
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**329863**	**355952**	**377030**	**398495**	**519021**
Finanzierungssaldo	**−359**	**+2164**	**−2213**	**−4350**	**+11042**
					LEISTUNGEN
Familie	49594	51984	55289	60494	78232
Kinder	*24965*	*25168*	*25555*	*27496*	*29222*
Ehegatte	*22467*	*24562*	*27366*	*30551*	*46012*
Mutterschaft	*2162*	*2253*	*2367*	*2447*	*2999*
Gesundheit	105230	113012	120139	127071	162835
Vorbeugung	*6772*	*6767*	*7115*	*7534*	*9433*
Krankheit	*78205*	*83982*	*88503*	*93815*	*118658*
Arbeitsunfall	*8435*	*9091*	*9706*	*10247*	*12944*
Invalidität (allgemein)	*11819*	*13172*	*14815*	*15476*	*21799*
Beschäftigung	20573	18843	18919	22066	25683
Berufliche Bildung	*7968*	*7573*	*7828*	*10199*	*11877*
Sonstige Mobilität	*2069*	*2176*	*2776*	*3022*	*3358*
Arbeitslosigkeit	*10536*	*9093*	*8315*	*8845*	*10448*
Alter und Hinterbliebene	121660	135388	147889	156347	202088
Alter	*114128*	*127065*	*138602*	*146548*	*189385*
Hinterbliebene	*7532*	*8324*	*9287*	*9799*	*12703*
Folgen politischer Ereignisse	7585	8315	8485	8746	9103
Wohnen	7701	7699	7810	8988	10655
Sparförderung	16276	16839	18826	17008	16543
Allgemeine Lebenshilfen	1602	1708	1885	2124	2839
insgesamt	**330221**	**353787**	**379242**	**402844**	**507978**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	100240	109509	117093	121102	152384
Bund	87995	90396	95192	101506	122330
Länder	42020	44484	46772	50734	66665
Gemeinden	24273	26504	28271	30640	41628
Sozialversicherung	1113	944	1124	1022	1187
Private Organisationen	2162	2384	2543	2655	3398
Private Haushalte	71899	81581	85870	90684	131215
Übrige Welt	161	151	164	151	212
insgesamt	**329862**	**355952**	**377028**	**398494**	**519020**

Finanzierung Sozialbudget insgesamt Tabelle III—0

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
73,4	73,3	73,7	73,5	73,3	7,0	7,8	6,0	5,9
72,9	*72,8*	*73,2*	*73,0*	*72,9*	*7,0*	*7,8*	*6,0*	*5,9*
0,5	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,4*	*7,3*	*10,3*	*8,1*	*4,3*
21,2	21,4	21,0	21,0	21,1	8,4	5,1	6,4	6,2
2,9	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,4*	*0,4*	*4,8*	*6,3*	*3,9*
18,3	*18,7*	*18,3*	*18,3*	*18,7*	*9,6*	*5,1*	*6,4*	*6,5*
5,5	5,3	5,3	5,5	5,5	4,5	7,3	8,8	6,8
0,5	*0,5*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*7,3*	*21,6*	*16,7*	*6,6*
2,3	*2,2*	*2,2*	*2,3*	*2,3*	*3,9*	*5,8*	*8,4*	*6,7*
2,6	*2,6*	*2,5*	*2,6*	*2,7*	*4,5*	*5,8*	*7,4*	*7,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,1**	**7,2**	**6,2**	**6,0**
NACH ARTEN								
59,4	61,0	61,3	61,1	63,3	10,8	6,6	5,2	7,3
21,0	*22,0*	*21,9*	*22,0*	*21,9*	*13,2*	*5,6*	*5,8*	*6,5*
22,6	*23,5*	*23,9*	*23,6*	*23,5*	*12,3*	*7,7*	*4,7*	*6,3*
15,8	*15,5*	*15,5*	*15,5*	*15,2*	*5,4*	*6,2*	*5,3*	*6,2*
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*2,6*	—	*4,0*	*−3,8*	*383,3*
37,7	36,3	36,1	36,8	35,1	4,0	5,4	7,7	6,0
35,5	*34,3*	*34,2*	*34,9*	*33,7*	*4,2*	*5,6*	*8,0*	*6,3*
2,2	*2,0*	*1,9*	*1,9*	*1,4*	*1,0*	*1,4*	*2,1*	*−0,1*
2,9	2,7	2,5	2,1	1,6	0,2	−1,2	−12,2	−2,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,9**	**5,9**	**5,7**	**6,6**
NACH FUNKTIONEN								
15,0	14,7	14,6	15,0	15,4	4,8	6,4	9,4	7,2
7,6	*7,1*	*6,7*	*6,8*	*5,8*	*0,8*	*1,5*	*7,6*	*2,7*
6,8	*6,9*	*7,2*	*7,6*	*9,1*	*9,3*	*11,4*	*11,6*	*11,0*
0,7	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*4,2*	*5,0*	*3,4*	*4,8*
31,9	31,9	31,7	31,5	32,1	7,4	6,3	5,8	6,3
2,1	*1,9*	*1,9*	*1,9*	*1,9*	*−0,1*	*5,1*	*5,9*	*5,8*
23,7	*23,7*	*23,3*	*23,3*	*23,4*	*7,4*	*5,4*	*6,0*	*6,0*
2,6	*2,6*	*2,6*	*2,5*	*2,5*	*7,8*	*6,8*	*5,6*	*5,9*
3,6	*3,7*	*3,9*	*3,8*	*4,3*	*11,5*	*12,5*	*4,5*	*8,0*
6,2	5,3	5,0	5,5	5,1	−8,4	0,4	16,6	6,3
2,4	*2,1*	*2,1*	*2,5*	*2,3*	*−5,0*	*3,4*	*30,3*	*8,7*
0,6	*0,6*	*0,7*	*0,8*	*0,7*	*5,2*	*27,6*	*8,9*	*3,9*
3,2	*2,6*	*2,2*	*2,2*	*2,1*	*−13,7*	*−8,6*	*6,4*	*4,7*
36,8	38,3	39,0	38,8	39,8	11,3	9,2	5,7	6,4
34,6	*35,9*	*36,5*	*36,4*	*37,3*	*11,3*	*9,1*	*5,7*	*6,4*
2,3	*2,4*	*2,4*	*2,4*	*2,5*	*10,5*	*11,6*	*5,5*	*6,5*
2,3	2,4	2,2	2,2	1,8	9,6	2,0	3,1	1,4
2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	−0,0	1,4	15,1	6,4
4,9	4,8	5,0	4,2	3,3	3,5	11,8	−9,7	−2,6
0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	6,6	10,3	12,7	8,5
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,1**	**7,2**	**6,2**	**6,0**
NACH QUELLEN								
30,4	30,8	31,1	30,4	29,4	9,2	6,9	3,4	5,4
26,7	25,4	25,2	25,5	23,6	2,7	5,3	6,6	5,1
12,7	12,5	12,4	12,7	12,8	5,9	5,1	8,5	7,3
7,4	7,4	7,5	7,7	8,0	9,2	6,7	8,4	8,0
0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	−15,2	19,1	−9,1	1,1
0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	10,3	6,6	4,4	6,0
21,8	22,9	22,8	22,8	25,3	13,5	5,3	5,6	8,9
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	−6,0	8,5	−8,1	5,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,9**	**5,9**	**5,7**	**6,6**

Tabelle III—1 Soziale Sicherung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	154573	167076	179130	190739	239666
laufend	*153979*	*166380*	*178276*	*189814*	*238601*
einmalig	*594*	*696*	*854*	*925*	*1065*
Sachleistungen	62424	67414	70498	74677	93360
Barerstattungen	*7881*	*7740*	*8131*	*8623*	*9522*
Waren- und Dienstleistungen	*54543*	*59674*	*62367*	*66054*	*83837*
Allgemeine Dienste und Leistungen	11229	11460	12301	13374	16919
Zuschüsse	*732*	*748*	*1060*	*1311*	*1373*
Maßnahmen	*3603*	*3533*	*3651*	*3923*	*4874*
Innerer Dienst	*6894*	*7179*	*7590*	*8140*	*10672*
Verrechnungen	239	250	263	291	374
insgesamt	**228465**	**246200**	**262193**	**279081**	**350319**
					FINANZIERUNG
Beiträge	170901	191017	203065	213711	290347
Beiträge der Versicherten	*69231*	*78349*	*82752*	*87585*	*113580*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*73327*	*82531*	*88865*	*92990*	*120334*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*28338*	*30132*	*31443*	*33131*	*42725*
Beiträge der Rentner	*5*	*5*	*5*	*5*	*13708*
Zuweisungen	49677	50092	49752	55131	64593
Aus öffentlichen Mitteln	*47543*	*47989*	*47659*	*52957*	*61944*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*2134*	*2103*	*2093*	*2174*	*2649*
Sonstige Einnahmen	7290	7001	6907	5605	6051
Verrechnungen	238	254	255	284	370
insgesamt	**228106**	**248364**	**259980**	**274731**	**361361**
Finanzierungssaldo	**−359**	**+2164**	**−2213**	**−4350**	**+11042**
					LEISTUNGEN
Familie	26445	26467	26759	28723	30154
Kinder	*20974*	*20887*	*20973*	*22644*	*22849*
Ehegatte	*3722*	*3742*	*3955*	*4187*	*5105*
Mutterschaft	*1749*	*1838*	*1831*	*1893*	*2200*
Gesundheit	77977	84501	89159	94319	119016
Vorbeugung	*4277*	*4266*	*4403*	*4720*	*5826*
Krankheit	*60230*	*65486*	*68554*	*72468*	*91106*
Arbeitsunfall	*5932*	*6491*	*6895*	*7260*	*9131*
Invalidität (allgemein)	*7539*	*8258*	*9307*	*9873*	*12954*
Beschäftigung	16532	14846	14382	16039	18576
Berufliche Bildung	*3939*	*3579*	*3293*	*4176*	*4772*
Sonstige Mobilität	*2069*	*2176*	*2776*	*3022*	*3358*
Arbeitslosigkeit	*10524*	*9091*	*8313*	*8841*	*10446*
Alter und Hinterbliebene	106295	118551	129924	137861	180185
Alter	*99042*	*110524*	*120961*	*128401*	*167920*
Hinterbliebene	*7253*	*8026*	*8963*	*9460*	*12265*
Folgen politischer Ereignisse	927	1498	1502	1561	1483
Wohnen	1	3	5	6	7
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	48	84	198	281	524
insgesamt	**228225**	**245950**	**261929**	**278789**	**349945**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	72051	80268	85811	88456	114136
Bund	56264	56627	57646	63425	75108
Länder	17165	18722	19091	20295	25972
Gemeinden	8778	9417	9462	9901	12592
Sozialversicherung	1113	944	1124	1022	1187
Private Organisationen	1789	2003	2132	2223	2860
Private Haushalte	70547	79980	84295	88975	128926
Übrige Welt	160	150	163	151	210
insgesamt	**227868**	**248110**	**259724**	**274446**	**360990**

Finanzierung Soziale Sicherung Tabelle III—1

	Struktur in %					Wachstum in %			
	1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN									
	67,7	67,9	68,3	68,3	68,4	8,1	7,2	6,5	6,0
	67,4	*67,6*	*68,0*	*68,0*	*68,1*	*8,1*	*7,1*	*6,5*	*6,0*
	0,3	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*17,2*	*22,7*	*8,3*	*4,5*
	27,3	27,4	26,9	26,8	26,6	8,0	4,6	5,9	5,8
	3,4	*3,1*	*3,1*	*3,1*	*2,7*	*−1,8*	*5,1*	*6,0*	*3,2*
	23,9	*24,2*	*23,8*	*23,7*	*23,9*	*9,4*	*4,5*	*5,9*	*6,1*
	4,9	4,7	4,7	4,8	4,8	2,1	7,3	8,7	6,6
	0,3	*0,3*	*0,4*	*0,5*	*0,4*	*2,2*	*41,7*	*23,7*	*5,3*
	1,6	*1,4*	*1,4*	*1,4*	*1,4*	*−1,9*	*3,3*	*7,4*	*5,9*
	3,0	*2,9*	*2,9*	*2,9*	*3,0*	*4,1*	*5,7*	*7,2*	*7,1*
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,8**	**6,5**	**6,4**	**6,0**
NACH ARTEN									
	74,9	76,9	78,1	77,8	80,3	11,8	6,3	5,2	7,4
	30,4	*31,5*	*31,8*	*31,9*	*31,4*	*13,2*	*5,6*	*5,8*	*6,5*
	32,1	*33,2*	*34,2*	*33,8*	*33,3*	*12,6*	*7,7*	*4,6*	*6,3*
	12,4	*12,1*	*12,1*	*12,1*	*11,8*	*6,3*	*4,4*	*5,4*	*6,3*
	0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*3,8*	—	*4,0*	*−3,8*	*383,3*
	21,8	20,2	19,1	20,1	17,9	0,8	−0,7	10,8	5,4
	20,8	*19,3*	*18,3*	*19,3*	*17,1*	*0,9*	*−0,7*	*11,1*	*5,4*
	0,9	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*−1,5*	*−0,5*	*3,9*	*4,8*
	3,2	2,8	2,7	2,0	1,7	−4,0	−1,3	−18,9	−2,6
	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	6,7	0,4	11,4	7,7
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,9**	**4,7**	**5,7**	**6,8**
NACH FUNKTIONEN									
	11,6	10,8	10,2	10,3	8,6	0,1	1,1	7,3	2,4
	9,2	*8,5*	*8,0*	*8,1*	*6,5*	*−0,4*	*0,4*	*8,0*	*1,7*
	1,6	*1,5*	*1,5*	*1,5*	*1,5*	*0,5*	*5,7*	*5,8*	*5,2*
	0,8	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,6*	*5,1*	*−0,4*	*3,4*	*3,7*
	34,2	34,4	34,0	33,8	34,0	8,4	5,5	5,8	5,9
	1,9	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*−0,3*	*3,2*	*7,2*	*5,8*
	26,4	*26,6*	*26,2*	*26,0*	*26,0*	*8,7*	*4,7*	*5,7*	*5,9*
	2,6	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*9,4*	*6,2*	*5,3*	*5,8*
	3,3	*3,4*	*3,6*	*3,5*	*3,7*	*9,5*	*12,7*	*6,1*	*6,8*
	7,2	6,0	5,5	5,8	5,3	−10,2	−3,1	11,5	5,3
	1,7	*1,5*	*1,3*	*1,5*	*1,4*	*−9,1*	*−8,0*	*26,8*	*7,7*
	0,9	*0,9*	*1,1*	*1,1*	*1,0*	*5,2*	*27,6*	*8,9*	*3,9*
	4,6	*3,7*	*3,2*	*3,2*	*3,0*	*−13,6*	*−8,6*	*6,3*	*4,7*
	46,6	48,2	49,6	49,4	51,5	11,5	9,6	6,1	6,8
	43,4	*44,9*	*46,2*	*46,1*	*48,0*	*11,6*	*9,4*	*6,2*	*6,8*
	3,2	*3,3*	*3,4*	*3,4*	*3,5*	*10,7*	*11,7*	*5,5*	*6,5*
	0,4	0,6	0,6	0,6	0,4	61,6	0,3	3,9	−0,3
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	186,0	90,2	4,8	5,1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	75,0	135,7	41,9	21,5
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,8**	**6,5**	**6,4**	**6,0**
NACH QUELLEN									
	31,6	32,4	33,0	32,2	31,6	11,4	6,9	3,1	5,9
	24,7	22,8	22,2	23,1	20,8	0,6	1,8	10,0	5,4
	7,5	7,5	7,4	7,4	7,2	9,1	2,0	6,3	6,3
	3,9	3,8	3,6	3,6	3,5	7,3	0,5	4,6	5,9
	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	−15,2	19,1	−9,1	1,1
	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	11,9	6,4	4,3	6,1
	31,0	32,2	32,5	32,4	35,7	13,4	5,4	5,6	8,9
	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	−6,3	8,7	−7,4	5,2
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,9**	**4,7**	**5,7**	**6,8**

Tabelle III—10 Allgemeine Systeme **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	117571	127996	137940	147122	183619
laufend	*117032*	*127342*	*137142*	*146256*	*182627*
einmalig	*539*	*654*	*798*	*866*	*991*
Sachleistungen	58432	63198	66126	70087	88035
Barerstattungen	*3985*	*3638*	*3870*	*4152*	*4355*
Waren- und Dienstleistungen	*54447*	*59560*	*62256*	*65935*	*83680*
Allgemeine Dienste und Leistungen	8888	8953	9650	10616	13375
Zuschüsse	*732*	*748*	*1060*	*1311*	*1373*
Maßnahmen	*3116*	*3015*	*3105*	*3355*	*4127*
Innerer Dienst	*5040*	*5190*	*5485*	*5950*	*7875*
Verrechnungen	1070	1138	1186	1261	1518
insgesamt	**185961**	**201285**	**214902**	**229086**	**286547**
					FINANZIERUNG
Beiträge	136844	154573	164947	173483	238535
Beiträge der Versicherten	*67571*	*76513*	*80803*	*85599*	*111085*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*68859*	*77609*	*83663*	*87372*	*113101*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*409*	*446*	*476*	*507*	*641*
Beiträge der Rentner	*5*	*5*	*5*	*5*	*13708*
Zuweisungen	41119	41489	40699	45534	52981
Aus öffentlichen Mitteln	*40874*	*41227*	*40418*	*45241*	*52615*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*245*	*262*	*281*	*293*	*366*
Sonstige Einnahmen	5304	4749	4568	3212	3223
Verrechnungen	223	239	239	267	349
insgesamt	**183490**	**201050**	**210454**	**222496**	**295088**
Finanzierungssaldo	**−2471**	**−235**	**−4449**	**−6590**	**+8541**
					LEISTUNGEN
Familie	18759	18809	18805	20344	19881
Kinder	*17081*	*17056*	*17051*	*18541*	*17776*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*1679*	*1753*	*1754*	*1804*	*2105*
Gesundheit	70944	77032	81364	86116	108945
Vorbeugung	*4037*	*4010*	*4148*	*4456*	*5502*
Krankheit	*56563*	*61623*	*64511*	*68230*	*86212*
Arbeitsunfall	*5730*	*6282*	*6664*	*7023*	*8818*
Invalidität (allgemein)	*4614*	*5117*	*6040*	*6407*	*8413*
Beschäftigung	16532	14846	14382	16039	18576
Berufliche Bildung	*3939*	*3579*	*3293*	*4176*	*4772*
Sonstige Mobilität	*2069*	*2176*	*2776*	*3022*	*3358*
Arbeitslosigkeit	*10524*	*9091*	*8313*	*8841*	*10446*
Alter und Hinterbliebene	77791	87968	97563	103584	135751
Alter	*72252*	*81810*	*90575*	*96171*	*126192*
Hinterbliebene	*5539*	*6158*	*6988*	*7413*	*9559*
Folgen politischer Ereignisse	860	1431	1439	1496	1393
Wohnen	1	3	5	6	7
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	4	58	158	240	476
insgesamt	**184891**	**200147**	**213716**	**227824**	**285028**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	62323	69830	75008	77396	99790
Bund	42460	42541	43351	48273	56208
Länder	3651	4073	3249	3370	4397
Gemeinden	4225	4567	4334	4348	5563
Sozialversicherung	903	815	990	881	1006
Private Organisationen	1064	1232	1333	1397	1835
Private Haushalte	68480	77606	81787	86416	125734
Übrige Welt	160	148	161	149	208
insgesamt	**183267**	**200811**	**210214**	**222229**	**294739**

Finanzierung Allgemeine Systeme Tabelle III—10

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
63,2	63,6	64,2	64,2	64,1	8,9	7,8	6,7	5,9
62,9	*63,3*	*63,8*	*63,8*	*63,7*	*8,8*	*7,7*	*6,6*	*5,9*
0,3	*0,3*	*0,4*	*0,4*	*0,3*	*21,3*	*22,0*	*8,5*	*4,4*
31,4	31,4	30,8	30,6	30,7	8,2	4,6	6,0	5,9
2,1	*1,8*	*1,8*	*1,8*	*1,5*	*−8,7*	*6,4*	*7,3*	*2,4*
29,3	*29,6*	*29,0*	*28,8*	*29,2*	*9,4*	*4,5*	*5,9*	*6,1*
4,8	4,4	4,5	4,6	4,7	0,7	7,8	10,0	6,7
0,4	*0,4*	*0,5*	*0,6*	*0,5*	*2,2*	*41,7*	*23,7*	*5,3*
1,7	*1,5*	*1,4*	*1,5*	*1,4*	*−3,2*	*3,0*	*8,1*	*5,9*
2,7	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*2,7*	*3,0*	*5,7*	*8,5*	*7,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,2**	**6,8**	**6,6**	**5,9**
NACH ARTEN								
74,6	76,9	78,4	78,0	80,8	13,0	6,7	5,2	7,7
36,8	*38,1*	*38,4*	*38,5*	*37,6*	*13,2*	*5,6*	*5,9*	*6,6*
37,5	*38,6*	*39,8*	*39,3*	*38,3*	*12,7*	*7,8*	*4,4*	*6,2*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*9,0*	*6,7*	*6,5*	*6,1*
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*4,6*	—	*4,0*	*−3,8*	*383,3*
22,4	20,6	19,3	20,5	18,0	0,9	−1,9	11,9	5,4
22,3	*20,5*	*19,2*	*20,3*	*17,8*	*0,9*	*−2,0*	*11,9*	*5,4*
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*6,9*	*7,3*	*4,3*	*5,4*
2,9	2,4	2,2	1,4	1,1	−10,5	−3,8	−29,7	−6,7
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	7,2	—	11,7	7,9
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,6**	**4,7**	**5,7**	**7,0**
NACH FUNKTIONEN								
10,1	9,4	8,8	8,9	7,0	0,3	−0,0	8,2	1,1
9,2	*8,5*	*8,0*	*8,1*	*6,2*	*−0,1*	*−0,0*	*8,7*	*0,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,9	*0,9*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*4,4*	*0,0*	*2,8*	*3,7*
38,4	38,5	38,1	37,8	38,2	8,6	5,6	5,8	6,0
2,2	*2,0*	*1,9*	*2,0*	*1,9*	*−0,7*	*3,5*	*7,4*	*5,8*
30,6	*30,8*	*30,2*	*29,9*	*30,2*	*8,9*	*4,7*	*5,8*	*6,0*
3,1	*3,1*	*3,1*	*3,1*	*3,1*	*9,6*	*6,1*	*5,4*	*5,8*
2,5	*2,6*	*2,8*	*2,8*	*3,0*	*10,9*	*18,0*	*6,1*	*6,9*
8,9	7,4	6,7	7,0	6,5	−10,2	−3,1	11,5	5,3
2,1	*1,8*	*1,5*	*1,8*	*1,7*	*−9,1*	*−8,0*	*26,8*	*7,7*
1,1	*1,1*	*1,3*	*1,3*	*1,2*	*5,2*	*27,6*	*8,9*	*3,9*
5,7	*4,5*	*3,9*	*3,9*	*3,7*	*−13,6*	*−8,6*	*6,3*	*4,7*
42,1	44,0	45,7	45,5	47,6	13,1	10,9	6,2	6,8
39,1	*40,9*	*42,4*	*42,2*	*44,3*	*13,2*	*10,7*	*6,2*	*6,9*
3,0	*3,1*	*3,3*	*3,3*	*3,4*	*11,2*	*13,5*	*6,1*	*6,5*
0,5	0,7	0,7	0,7	0,5	66,5	0,6	3,9	−0,7
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	186,0	90,2	4,8	5,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	1350,0	172,4	51,9	24,7
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,3**	**6,8**	**6,6**	**5,9**
NACH QUELLEN								
34,0	34,8	35,7	34,8	33,9	12,0	7,4	3,2	5,9
23,2	21,2	20,6	21,7	19,1	0,2	1,9	11,4	5,3
2,0	2,0	1,5	1,5	1,5	11,6	−20,2	3,7	6,2
2,3	2,3	2,1	2,0	1,9	8,1	−5,1	0,3	5,1
0,5	0,4	0,5	0,4	0,3	−9,7	21,4	−11,1	0,3
0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	15,8	8,3	4,7	6,6
37,4	38,6	38,9	38,9	42,7	13,3	5,4	5,7	9,0
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	−7,5	8,8	−7,5	5,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,6**	**4,7**	**5,7**	**7,0**

Tabelle III—101 Rentenversicherung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	81230	92501	103341	109657	143036
laufend	*81011*	*92255*	*103062*	*109362*	*142650*
einmalig	*219*	*246*	*279*	*295*	*386*
Sachleistungen	3782	3597	3676	3862	3820
Barerstattungen	*834*	*728*	*717*	*705*	*24*
Waren- und Dienstleistungen	*2948*	*2869*	*2959*	*3157*	*3796*
Allgemeine Dienste und Leistungen	1828	1898	1872	1977	2563
Zuschüsse	*21*	*23*	*20*	*22*	*27*
Maßnahmen	*322*	*377*	*339*	*356*	*463*
Innerer Dienst	*1485*	*1498*	*1513*	*1599*	*2073*
Verrechnungen	14187	16676	15792	13861	3924
insgesamt	**101027**	**114672**	**124681**	**129357**	**153343**
					FINANZIERUNG
Beiträge	78701	83925	88499	92770	121866
Beiträge der Versicherten	*40343*	*43074*	*44540*	*47225*	*61948*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*38358*	*40851*	*43959*	*45545*	*59918*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	19039	21484	23694	25743	31555
Aus öffentlichen Mitteln	*19039*	*21484*	*23694*	*25743*	*31555*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	3717	3040	2691	1222	988
Verrechnungen	187	245	248	1712	4606
insgesamt	**101644**	**108694**	**115132**	**121447**	**159015**
Finanzierungssaldo	**+617**	**−5978**	**−9549**	**−7910**	**+5671**
					LEISTUNGEN
Familie	2326	2511	2860	2971	3590
Kinder	*2326*	*2511*	*2860*	*2971*	*3590*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	9049	9503	10642	11327	13725
Vorbeugung	*2613*	*2640*	*2722*	*2963*	*3695*
Krankheit	*1500*	*1382*	*1439*	*1488*	*999*
Arbeitsunfall	*322*	*365*	*441*	*468*	*618*
Invalidität (allgemein)	*4614*	*5117*	*6040*	*6407*	*8413*
Beschäftigung	748	893	943	969	914
Berufliche Bildung	*626*	*721*	*707*	*704*	*561*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	*122*	*173*	*236*	*265*	*353*
Alter und Hinterbliebene	74168	84016	93377	99123	130298
Alter	*70370*	*79745*	*88363*	*93808*	*123340*
Hinterbliebene	*3799*	*4272*	*5014*	*5315*	*6959*
Folgen politischer Ereignisse	549	1070	1063	1101	886
Wohnen	—	2	4	5	6
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**86840**	**97996**	**108889**	**115496**	**149419**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	33994	35971	38499	38940	51227
Bund	21446	23605	25832	27935	34088
Länder	1616	1719	1847	1885	2492
Gemeinden	2219	2290	2366	2263	2906
Sozialversicherung	548	438	472	336	329
Private Organisationen	579	617	666	691	929
Private Haushalte	41006	43779	45183	47685	62438
Übrige Welt	49	29	19	—	—
insgesamt	**101457**	**108449**	**114884**	**119735**	**154409**

Finanzierung Rentenversicherung Tabelle III—101

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
80,4	80,7	82,9	84,8	93,3	13,9	11,7	6,1	6,7
80,2	*80,5*	*82,7*	*84,5*	*93,0*	*13,9*	*11,7*	*6,1*	*6,7*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,3*	*12,3*	*13,4*	*5,7*	*6,7*
3,7	3,1	2,9	3,0	2,5	−4,9	2,2	5,0	0,8
0,8	*0,6*	*0,6*	*0,5*	*0,0*	*−12,7*	*−1,5*	*−1,7*	*−49,1*
2,9	*2,5*	*2,4*	*2,4*	*2,5*	*−2,7*	*3,1*	*6,7*	*5,1*
1,8	1,7	1,5	1,5	1,7	3,8	−1,4	5,6	6,5
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*9,5*	*−13,0*	*10,0*	*6,2*
0,3	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*17,1*	*−10,1*	*5,0*	*6,4*
1,5	*1,3*	*1,2*	*1,2*	*1,4*	*0,9*	*1,0*	*5,7*	*6,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,5**	**8,7**	**3,8**	**4,2**
NACH ARTEN								
77,4	77,2	76,9	76,4	76,6	6,6	5,5	4,8	6,6
39,7	*39,6*	*38,7*	*38,9*	*39,0*	*6,8*	*3,4*	*6,0*	*6,8*
37,7	*37,6*	*38,2*	*37,5*	*37,7*	*6,5*	*7,6*	*3,6*	*6,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
18,7	19,8	20,6	21,2	19,8	12,8	10,3	8,6	5,9
18,7	*19,8*	*20,6*	*21,2*	*19,8*	*12,8*	*10,3*	*8,6*	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,7	2,8	2,3	1,0	0,6	−18,2	−11,5	−54,6	−18,2
0,2	0,2	0,2	1,4	2,9	31,0	1,4	588,9	79,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,9**	**5,9**	**5,5**	**6,7**
NACH FUNKTIONEN								
2,7	2,6	2,6	2,6	2,4	8,0	13,9	3,9	4,7
2,7	*2,6*	*2,6*	*2,6*	*2,4*	*8,0*	*13,9*	*3,9*	*4,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
10,4	9,7	9,8	9,8	9,2	5,0	12,0	6,4	5,2
3,0	*2,7*	*2,5*	*2,6*	*2,5*	*1,0*	*3,1*	*8,9*	*6,3*
1,7	*1,4*	*1,3*	*1,3*	*0,7*	*−7,9*	*4,2*	*3,4*	*−7,0*
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*13,2*	*21,0*	*6,1*	*7,0*
5,3	*5,2*	*5,5*	*5,5*	*5,6*	*10,9*	*18,0*	*6,1*	*6,9*
0,9	0,9	0,9	0,8	0,6	19,5	5,6	2,8	−0,6
0,7	*0,7*	*0,6*	*0,6*	*0,4*	*15,2*	*−1,9*	*−0,4*	*−4,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,1	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*41,4*	*36,8*	*12,3*	*8,4*
85,4	85,7	85,8	85,8	87,2	13,3	11,1	6,2	6,9
81,0	*81,4*	*81,1*	*81,2*	*82,5*	*13,3*	*10,8*	*6,2*	*6,9*
4,4	*4,4*	*4,6*	*4,6*	*4,7*	*12,5*	*17,4*	*6,0*	*6,8*
0,6	1,1	1,0	1,0	0,6	94,9	−0,7	3,6	−3,6
—	0,0	0,0	0,0	0,0	—	138,7	5,9	6,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,8**	**11,1**	**6,1**	**6,5**
NACH QUELLEN								
33,5	33,2	33,5	32,5	33,2	5,8	7,0	1,1	5,9
21,1	21,8	22,5	23,3	22,1	10,1	9,4	8,1	5,7
1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	6,4	7,5	2,0	6,2
2,2	2,1	2,1	1,9	1,9	3,2	3,3	−4,4	4,2
0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	−20,1	7,7	−28,8	−6,9
0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	6,6	7,9	3,8	6,9
40,4	40,4	39,3	39,8	40,4	6,8	3,2	5,5	6,7
0,0	0,0	0,0	—	—	−40,8	−34,5	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,9**	**5,9**	**4,2**	**6,1**

Tabelle III—1011 Rentenversicherung der Arbeiter **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	46112	52107	57852	61081	80350
laufend	*45990*	*51970*	*57699*	*60920*	*80137*
einmalig	*122*	*137*	*153*	*161*	*213*
Sachleistungen	2287	2195	2195	2363	2240
Barerstattungen	*487*	*435*	*420*	*422*	*2*
Waren- und Dienstleistungen	*1800*	*1760*	*1775*	*1941*	*2238*
Allgemeine Dienste und Leistungen	1082	1147	1114	1168	1501
Zuschüsse	*14*	*15*	*13*	*14*	*18*
Maßnahmen	*192*	*246*	*205*	*214*	*275*
Innerer Dienst	*876*	*886*	*896*	*940*	*1208*
Verrechnungen	12225	13972	12354	9652	3661
insgesamt	**61706**	**69421**	**73515**	**74264**	**87752**
					FINANZIERUNG
Beiträge	40818	43295	45349	47239	61170
Beiträge der Versicherten	*20726*	*22003*	*22624*	*23908*	*30821*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*20092*	*21292*	*22725*	*23331*	*30349*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	11008	12221	13444	14568	18428
Aus öffentlichen Mitteln	*11008*	*12221*	*13444*	*14568*	*18428*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	748	753	660	395	471
Verrechnungen	10347	13595	13697	13043	9433
insgesamt	**62921**	**69864**	**73150**	**75245**	**89502**
Finanzierungssaldo	**+1215**	**+443**	**−366**	**+981**	**+1750**
					LEISTUNGEN
Familie	1489	1580	1757	1820	2211
Kinder	*1489*	*1580*	*1757*	*1820*	*2211*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	5505	5763	6330	6734	8229
Vorbeugung	*1516*	*1551*	*1515*	*1653*	*2054*
Krankheit	*959*	*893*	*900*	*943*	*649*
Arbeitsunfall	*222*	*248*	*292*	*309*	*412*
Invalidität (allgemein)	*2808*	*3071*	*3623*	*3829*	*5114*
Beschäftigung	506	579	558	608	443
Berufliche Bildung	*506*	*579*	*558*	*608*	*443*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	41650	47002	52008	54920	72675
Alter	*39536*	*44626*	*49185*	*51941*	*68745*
Hinterbliebene	*2114*	*2377*	*2823*	*2979*	*3930*
Folgen politischer Ereignisse	332	522	503	525	525
Wohnen	—	2	4	5	6
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**49481**	**55449**	**61161**	**64612**	**84091**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	18585	19654	21026	21156	27832
Bund	12045	13299	14554	15870	19871
Länder	195	205	219	221	291
Gemeinden	464	479	493	489	638
Sozialversicherung	200	254	166	205	154
Private Organisationen	77	81	86	88	118
Private Haushalte	20976	22272	22894	24172	31164
Übrige Welt	33	24	15	—	—
insgesamt	**52574**	**56269**	**59453**	**62202**	**80069**

Finanzierung Rentenversicherung der Arbeiter Tabelle III—1011

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
74,7	75,1	78,7	82,2	91,6	13,0	11,0	5,6	6,8
74,5	*74,9*	*78,5*	*82,0*	*91,3*	*13,0*	*11,0*	*5,6*	*6,8*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*12,3*	*11,7*	*5,2*	*6,8*
3,7	3,2	3,0	3,2	2,6	−4,0	0,0	7,6	0,4
0,8	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,0*	*−10,7*	*−3,4*	*0,4*	*−65,0*
2,9	*2,5*	*2,4*	*2,6*	*2,6*	*−2,2*	*0,9*	*9,4*	*4,7*
1,8	1,7	1,5	1,6	1,7	6,0	−2,9	4,8	6,1
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*7,1*	*−13,3*	*7,7*	*6,7*
0,3	*0,4*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*28,1*	*−16,7*	*4,4*	*6,1*
1,4	*1,3*	*1,2*	*1,3*	*1,4*	*1,1*	*1,1*	*4,9*	*6,2*
19,8	20,1	16,8	13,0	4,2	14,3	−11,6	−21,9	−21,6
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,5**	**5,9**	**1,0**	**3,6**
NACH ARTEN								
64,9	62,0	62,0	62,8	68,3	6,1	4,7	4,2	6,2
32,9	*31,5*	*30,9*	*31,8*	*34,4*	*6,2*	*2,8*	*5,7*	*6,4*
31,9	*30,5*	*31,1*	*31,0*	*33,9*	*6,0*	*6,7*	*2,7*	*6,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
17,5	17,5	18,4	19,4	20,6	11,0	10,0	8,4	6,5
17,5	*17,5*	*18,4*	*19,4*	*20,6*	*11,0*	*10,0*	*8,4*	*6,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,2	1,1	0,9	0,5	0,5	0,7	−12,4	−40,2	−6,5
16,4	19,5	18,7	17,3	10,5	31,4	0,7	−4,8	−7,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**11,0**	**4,7**	**2,9**	**4,1**
NACH FUNKTIONEN								
3,0	2,9	2,9	2,8	2,6	6,1	11,2	3,6	4,7
3,0	*2,9*	*2,9*	*2,8*	*2,6*	*6,1*	*11,2*	*3,6*	*4,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
11,1	10,4	10,3	10,4	9,8	4,7	9,8	6,4	5,4
3,1	*2,8*	*2,5*	*2,6*	*2,4*	*2,3*	*−2,3*	*9,1*	*6,3*
1,9	*1,6*	*1,5*	*1,5*	*0,8*	*−6,8*	*0,7*	*4,8*	*−6,3*
0,4	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*11,5*	*17,9*	*5,7*	*7,1*
5,7	*5,5*	*5,9*	*5,9*	*6,1*	*9,4*	*18,0*	*5,7*	*7,1*
1,0	1,0	0,9	0,9	0,5	14,6	−3,6	9,0	−4,5
1,0	*1,0*	*0,9*	*0,9*	*0,5*	*14,6*	*−3,6*	*9,0*	*−4,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
84,2	84,8	85,0	85,0	86,4	12,9	10,6	5,6	6,9
79,9	*80,5*	*80,4*	*80,4*	*81,8*	*12,9*	*10,2*	*5,6*	*6,9*
4,3	*4,3*	*4,6*	*4,6*	*4,7*	*12,4*	*18,8*	*5,5*	*6,8*
0,7	0,9	0,8	0,8	0,6	57,2	−3,6	4,2	0,9
—	0,0	0,0	0,0	0,0	—	138,7	5,9	6,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,1**	**10,3**	**5,6**	**6,6**
NACH QUELLEN								
35,3	34,9	35,4	34,0	34,8	5,8	7,0	0,6	5,8
22,9	23,6	24,5	25,5	24,8	10,4	9,4	9,0	6,4
0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	5,6	6,5	1,1	5,9
0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	3,3	2,8	−0,8	5,3
0,4	0,5	0,3	0,3	0,2	27,0	−34,6	23,5	−1,5
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	5,2	6,9	1,9	6,5
39,9	39,6	38,5	38,9	38,9	6,2	2,8	5,6	6,4
0,1	0,0	0,0	—	—	−27,3	−37,5	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,0**	**5,7**	**4,6**	**6,1**

Tabelle III—1012 Rentenversicherung der Angestellten **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	27276	31542	35804	38490	51177
laufend	*27203*	*31459*	*35711*	*38390*	*51044*
einmalig	*73*	*83*	*93*	*100*	*133*
Sachleistungen	1411	1317	1396	1416	1480
Barerstattungen	*326*	*277*	*281*	*268*	*2*
Waren- und Dienstleistungen	*1085*	*1040*	*1115*	*1148*	*1478*
Allgemeine Dienste und Leistungen	644	644	648	692	913
Zuschüsse	*7*	*8*	*7*	*8*	*9*
Maßnahmen	*104*	*105*	*107*	*114*	*151*
Innerer Dienst	*533*	*531*	*534*	*570*	*753*
Verrechnungen	13822	17797	18376	16932	7540
insgesamt	**43153**	**51300**	**56224**	**57530**	**61110**
					FINANZIERUNG
Beiträge	36134	38806	41261	43571	58297
Beiträge der Versicherten	*18992*	*20412*	*21235*	*22611*	*30267*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*17142*	*18394*	*20026*	*20960*	*28030*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	2612	2922	3243	3524	4385
Aus öffentlichen Mitteln	*2612*	*2922*	*3243*	*3524*	*4385*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	2926	2243	2010	805	495
Verrechnungen	883	908	527	739	1854
insgesamt	**42555**	**44879**	**47041**	**48639**	**65031**
Finanzierungssaldo	**−598**	**−6421**	**−9184**	**−8891**	**+3921**
					LEISTUNGEN
Familie	615	683	800	840	1043
Kinder	*615*	*683*	*800*	*840*	*1043*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	2632	2703	3161	3400	4077
Vorbeugung	*1024*	*1018*	*1136*	*1242*	*1551*
Krankheit	*510*	*450*	*500*	*509*	*302*
Arbeitsunfall	*62*	*73*	*99*	*107*	*144*
Invalidität (allgemein)	*1035*	*1162*	*1425*	*1541*	*2079*
Beschäftigung	109	130	136	84	116
Berufliche Bildung	*109*	*130*	*136*	*84*	*116*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	25844	29760	33518	36028	48114
Alter	*24561*	*28309*	*31817*	*34203*	*45680*
Hinterbliebene	*1283*	*1451*	*1701*	*1826*	*2434*
Folgen politischer Ereignisse	131	228	233	245	220
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**29331**	**33503**	**37848**	**40598**	**53570**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	14281	15150	16284	16549	21881
Bund	3977	3958	4263	4406	5465
Länder	1420	1513	1628	1663	2200
Gemeinden	1754	1811	1873	1774	2268
Sozialversicherung	335	167	290	115	155
Private Organisationen	501	535	579	602	809
Private Haushalte	19390	20834	21593	22791	30399
Übrige Welt	13	4	4	—	—
insgesamt	**41672**	**43971**	**46514**	**47900**	**63177**

Finanzierung Rentenversicherung der Angestellten Tabelle III—1012

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
63,2	61,5	63,7	66,9	83,7	15,6	13,5	7,5	7,4
63,0	*61,3*	*63,5*	*66,7*	*83,5*	*15,6*	*13,5*	*7,5*	*7,4*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*13,7*	*12,0*	*7,5*	*7,4*
3,3	2,6	2,5	2,5	2,4	−6,7	6,0	1,4	1,2
0,8	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,0*	*−15,0*	*1,5*	*−4,7*	*−62,4*
2,5	*2,0*	*2,0*	*2,0*	*2,4*	*−4,1*	*7,2*	*3,0*	*5,8*
1,5	1,3	1,2	1,2	1,5	—	0,6	6,8	7,1
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*14,3*	*−12,5*	*14,3*	*5,2*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*1,0*	*1,9*	*6,5*	*7,1*
1,2	*1,0*	*0,9*	*1,0*	*1,2*	*−0,4*	*0,6*	*6,7*	*7,1*
32,0	34,7	32,7	29,4	12,3	28,8	3,3	−7,9	−16,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**18,9**	**9,6**	**2,3**	**1,7**
NACH ARTEN								
84,9	86,5	87,7	89,6	89,6	7,4	6,3	5,6	7,2
44,6	*45,5*	*45,1*	*46,5*	*46,5*	*7,5*	*4,0*	*6,5*	*7,3*
40,3	*41,0*	*42,6*	*43,1*	*43,1*	*7,3*	*8,9*	*4,7*	*7,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,1	6,5	6,9	7,2	6,7	11,9	11,0	8,7	6,2
6,1	*6,5*	*6,9*	*7,2*	*6,7*	*11,9*	*11,0*	*8,7*	*6,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,9	5,0	4,3	1,7	0,8	−23,3	−10,4	−60,0	−24,4
2,1	2,0	1,1	1,5	2,9	2,8	−42,0	40,3	28,6
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,5**	**4,8**	**3,4**	**6,7**
NACH FUNKTIONEN								
2,1	2,0	2,1	2,1	1,9	11,0	17,2	5,0	5,4
2,1	*2,0*	*2,1*	*2,1*	*1,9*	*11,0*	*17,2*	*5,0*	*5,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
9,0	8,1	8,4	8,4	7,6	2,7	16,9	7,6	5,2
3,5	*3,0*	*3,0*	*3,1*	*2,9*	*−0,6*	*11,6*	*9,3*	*6,4*
1,7	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*0,6*	*−11,8*	*11,2*	*1,8*	*−9,6*
0,2	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*16,5*	*36,2*	*8,1*	*7,8*
3,5	*3,5*	*3,8*	*3,8*	*3,9*	*12,2*	*22,7*	*8,1*	*7,8*
0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	19,0	5,2	−38,2	−3,2
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,2*	*0,2*	*19,0*	*5,2*	*−38,2*	*−3,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
88,1	88,8	88,6	88,7	89,8	15,2	12,6	7,5	7,5
83,7	*84,5*	*84,1*	*84,2*	*85,3*	*15,3*	*12,4*	*7,5*	*7,5*
4,4	*4,3*	*4,5*	*4,5*	*4,5*	*13,1*	*17,2*	*7,3*	*7,4*
0,4	0,7	0,6	0,6	0,4	73,5	2,1	5,3	−1,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**14,2**	**13,0**	**7,3**	**7,2**
NACH QUELLEN								
34,3	34,5	35,0	34,5	34,6	6,1	7,5	1,6	6,1
9,5	9,0	9,2	9,2	8,6	−0,5	7,7	3,4	5,1
3,4	3,4	3,5	3,5	3,5	6,5	7,6	2,1	6,2
4,2	4,1	4,0	3,7	3,6	3,2	3,5	−5,3	3,9
0,8	0,4	0,6	0,2	0,2	−50,2	73,7	−60,4	−11,8
1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	6,8	8,1	4,1	6,9
46,5	47,4	46,4	47,6	48,1	7,4	3,6	5,5	7,1
0,0	0,0	0,0	—	—	−69,2	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,5**	**5,8**	**3,0**	**6,3**

Tabelle III—1013 Knappschaftliche Rentenversicherung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	7842	8852	9685	10086	11509
laufend	*7818*	*8826*	*9652*	*10052*	*11469*
einmalig	*24*	*26*	*33*	*34*	*40*
Sachleistungen	84	85	85	83	100
Barerstattungen	*21*	*16*	*16*	*15*	*20*
Waren- und Dienstleistungen	*63*	*69*	*69*	*68*	*80*
Allgemeine Dienste und Leistungen	102	107	110	117	149
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*26*	*26*	*27*	*28*	*37*
Innerer Dienst	*76*	*81*	*83*	*89*	*112*
Verrechnungen	1740	1907	1996	2129	2840
insgesamt	**9768**	**10951**	**11876**	**12415**	**14598**
					FINANZIERUNG
Beiträge	1749	1824	1889	1960	2399
Beiträge der Versicherten	*625*	*659*	*681*	*706*	*860*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*1124*	*1165*	*1208*	*1254*	*1539*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	5419	6341	7007	7651	8742
Aus öffentlichen Mitteln	*5419*	*6341*	*7007*	*7651*	*8742*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	43	44	21	22	22
Verrechnungen	2557	2742	2959	2782	3435
insgesamt	**9768**	**10951**	**11876**	**12415**	**14598**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	222	248	303	310	336
Kinder	*222*	*248*	*303*	*310*	*336*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	912	1037	1152	1193	1419
Vorbeugung	*73*	*71*	*71*	*67*	*89*
Krankheit	*31*	*38*	*39*	*36*	*48*
Arbeitsunfall	*38*	*44*	*50*	*53*	*62*
Invalidität (allgemein)	*771*	*884*	*992*	*1037*	*1220*
Beschäftigung	133	184	248	277	354
Berufliche Bildung	*11*	*12*	*12*	*11*	*1*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	*122*	*173*	*236*	*265*	*353*
Alter und Hinterbliebene	6675	7254	7851	8175	9508
Alter	*6274*	*6810*	*7361*	*7665*	*8914*
Hinterbliebene	*401*	*444*	*490*	*510*	*594*
Folgen politischer Ereignisse	86	320	327	332	140
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**8028**	**9044**	**9880**	**10286**	**11758**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1129	1168	1189	1235	1514
Bund	5424	6348	7015	7659	8752
Länder	1	1	1	1	1
Gemeinden	0	0	0	0	0
Sozialversicherung	13	17	16	16	20
Private Organisationen	1	1	1	1	1
Private Haushalte	640	673	695	721	875
Übrige Welt	3	1	—	—	—
insgesamt	**7211**	**8209**	**8917**	**9633**	**11163**

Finanzierung Knappschaftliche Rentenversicherung Tabelle III—1013

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
80,3	80,8	81,6	81,2	78,8	12,9	9,4	4,1	3,5
80,0	*80,6*	*81,3*	*81,0*	*78,6*	*12,9*	*9,4*	*4,1*	*3,5*
0,2	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*8,3*	*26,9*	*3,0*	*3,9*
0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	1,3	—	−2,5	3,3
0,2	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*−23,3*	—	*−6,8*	*4,5*
0,6	*0,6*	*0,6*	*0,5*	*0,5*	*9,5*	—	*−1,4*	*3,0*
1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	4,9	2,8	6,4	6,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,3*	—	*3,8*	*3,7*	*6,5*
0,8	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*6,6*	*2,5*	*7,2*	*6,2*
17,8	17,4	16,8	17,1	19,5	9,6	4,7	6,7	7,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,1**	**8,4**	**4,5**	**4,2**
NACH ARTEN								
17,9	16,7	15,9	15,8	16,4	4,3	3,6	3,8	4,9
6,4	*6,0*	*5,7*	*5,7*	*5,9*	*5,4*	*3,3*	*3,7*	*4,8*
11,5	*10,6*	*10,2*	*10,1*	*10,5*	*3,6*	*3,7*	*3,8*	*5,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
55,5	57,9	59,0	61,6	59,9	17,0	10,5	9,2	4,5
55,5	*57,9*	*59,0*	*61,6*	*59,9*	*17,0*	*10,5*	*9,2*	*4,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	2,3	−52,3	4,8	0,9
26,2	25,0	24,9	22,4	23,5	7,2	7,9	−6,0	3,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,1**	**8,4**	**4,5**	**4,2**
NACH FUNKTIONEN								
2,8	2,7	3,1	3,0	2,9	11,9	21,8	2,4	2,1
2,8	*2,7*	*3,1*	*3,0*	*2,9*	*11,9*	*21,8*	*2,4*	*2,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
11,4	11,5	11,7	11,6	12,1	13,7	11,0	3,6	4,3
0,9	*0,8*	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*−2,6*	*−0,6*	*−4,8*	*4,8*
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*22,8*	*1,3*	*−6,7*	*4,3*
0,5	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*17,6*	*13,5*	*4,6*	*4,3*
9,6	*9,8*	*10,0*	*10,1*	*10,4*	*14,6*	*12,3*	*4,5*	*4,2*
1,7	2,0	2,5	2,7	3,0	38,4	34,9	11,4	7,4
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,0*	*4,9*	*5,0*	*−7,6*	*−34,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,5	*1,9*	*2,4*	*2,6*	*3,0*	*41,4*	*36,8*	*12,3*	*8,4*
83,1	80,2	79,5	79,5	80,9	8,7	8,2	4,1	3,9
78,1	*75,3*	*74,5*	*74,5*	*75,8*	*8,6*	*8,1*	*4,1*	*3,9*
5,0	*4,9*	*5,0*	*5,0*	*5,1*	*10,6*	*10,3*	*4,1*	*3,9*
1,1	3,5	3,3	3,2	1,2	274,1	1,9	1,6	−15,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,7**	**9,2**	**4,1**	**3,5**
NACH QUELLEN								
15,7	14,2	13,3	12,8	13,6	3,4	1,8	3,9	5,0
75,2	77,3	78,7	79,5	78,4	17,0	10,5	9,2	4,5
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	−10,0	—	5,6	1,1
0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	30,8	−5,9	—	4,6
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—
8,9	8,2	7,8	7,5	7,8	5,2	3,3	3,7	4,7
0,0	0,0	—	—	—	−66,7	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,8**	**8,6**	**8,0**	**4,6**

Tabelle III—103 Krankenversicherung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	5459	5525	5643	5912	7409
laufend	*5422*	*5488*	*5608*	*5877*	*7374*
einmalig	*37*	*37*	*35*	*35*	*35*
Sachleistungen	52455	57786	60511	64050	81400
Barerstattungen	*1950*	*2150*	*2312*	*2437*	*3019*
Waren- und Dienstleistungen	*50505*	*55636*	*58199*	*61613*	*78380*
Allgemeine Dienste und Leistungen	3208	3404	3649	3845	5275
Zuschüsse	*13*	*13*	*14*	*15*	*19*
Maßnahmen	*801*	*821*	*860*	*904*	*1142*
Innerer Dienst	*2394*	*2570*	*2775*	*2926*	*4114*
Verrechnungen	509	570	585	615	743
insgesamt	**61631**	**67285**	**70388**	**74422**	**94827**
					FINANZIERUNG
Beiträge	42565	49521	53566	56544	86305
Beiträge der Versicherten	*23232*	*27071*	*29249*	*30959*	*39605*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*19328*	*22445*	*24312*	*25580*	*32992*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	*5*	*5*	*5*	*5*	*13708*
Zuweisungen	1212	1220	1380	1369	1630
Aus öffentlichen Mitteln	*970*	*961*	*1102*	*1079*	*1267*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*242*	*259*	*278*	*290*	*363*
Sonstige Einnahmen	925	1047	1150	1254	1417
Verrechnungen	16681	19137	18094	16379	7003
insgesamt	**61383**	**70925**	**74190**	**75546**	**96355**
Finanzierungssaldo	**−248**	**+3640**	**+3802**	**+1124**	**+1528**
					LEISTUNGEN
Familie	1679	1753	1754	1804	2105
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*1679*	*1753*	*1754*	*1804*	*2105*
Gesundheit	58047	63387	66322	70107	89402
Vorbeugung	*1180*	*1114*	*1150*	*1201*	*1435*
Krankheit	*55063*	*60241*	*63072*	*66741*	*85212*
Arbeitsunfall	*1804*	*2032*	*2100*	*2165*	*2754*
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1082	1156	1193	1263	1594
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	*1082*	*1156*	*1193*	*1263*	*1594*
Folgen politischer Ereignisse	311	361	377	394	507
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	4	58	158	240	476
insgesamt	**61122**	**66715**	**69803**	**73807**	**94083**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	17323	20146	21893	23055	29550
Bund	1502	1493	1679	1687	2051
Länder	780	905	984	1041	1338
Gemeinden	994	1150	1256	1331	1709
Sozialversicherung	253	246	262	275	348
Private Organisationen	384	446	483	510	656
Private Haushalte	23433	27366	29502	31226	53650
Übrige Welt	32	35	38	40	51
insgesamt	**44702**	**51788**	**56096**	**59167**	**89352**

Finanzierung Krankenversicherung Tabelle III—103

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
8,9	8,2	8,0	7,9	7,8	1,2	2,1	4,8	5,6
8,8	*8,2*	*8,0*	*7,9*	*7,8*	*1,2*	*2,2*	*4,8*	*5,6*
0,1	*0,1*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	*−5,4*	—	—
85,1	85,9	86,0	86,1	85,8	10,2	4,7	5,8	6,1
3,2	*3,2*	*3,3*	*3,3*	*3,2*	*10,3*	*7,5*	*5,4*	*5,5*
81,9	*82,7*	*82,7*	*82,8*	*82,7*	*10,2*	*4,6*	*5,9*	*6,1*
5,2	5,1	5,2	5,2	5,6	6,1	7,2	5,4	7,6
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	*7,7*	*7,1*	*6,0*
1,3	*1,2*	*1,2*	*1,2*	*1,2*	*2,5*	*4,8*	*5,1*	*5,8*
3,9	*3,8*	*3,9*	*3,9*	*4,3*	*7,4*	*8,0*	*5,4*	*8,2*
0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	12,0	2,6	5,1	4,9
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,2**	**4,6**	**5,7**	**6,1**
NACH ARTEN								
69,3	69,8	72,2	74,8	89,6	16,3	8,2	5,6	10,0
37,8	*38,2*	*39,4*	*41,0*	*41,1*	*16,5*	*8,0*	*5,8*	*6,2*
31,5	*31,6*	*32,8*	*33,9*	*34,2*	*16,1*	*8,3*	*5,2*	*6,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*14,2*	—	*4,0*	*−3,8*	*383,3*
2,0	1,7	1,9	1,8	1,7	0,7	13,1	−0,8	3,4
1,6	*1,4*	*1,5*	*1,4*	*1,3*	*−0,9*	*14,7*	*−2,1*	*2,8*
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*7,0*	*7,3*	*4,3*	*5,5*
1,5	1,5	1,6	1,7	1,5	13,2	9,8	9,0	4,3
27,2	27,0	24,4	21,7	7,3	14,7	−5,5	−9,5	−17,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**15,5**	**4,6**	**1,8**	**5,4**
NACH FUNKTIONEN								
2,7	2,6	2,5	2,4	2,2	4,4	0,0	2,8	3,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,7	*2,6*	*2,5*	*2,4*	*2,2*	*4,4*	*0,0*	*2,8*	*3,7*
95,0	95,0	95,0	95,0	95,0	9,2	4,6	5,7	6,2
1,9	*1,7*	*1,6*	*1,6*	*1,5*	*−5,6*	*3,2*	*4,4*	*4,5*
90,1	*90,3*	*90,4*	*90,4*	*90,6*	*9,4*	*4,7*	*5,8*	*6,2*
3,0	*3,0*	*3,0*	*2,9*	*2,9*	*12,7*	*3,3*	*3,1*	*5,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	6,8	3,2	5,9	6,0
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*6,8*	*3,2*	*5,9*	*6,0*
0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	16,1	4,4	4,6	6,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,1	0,2	0,3	0,5	1350,0	172,4	51,9	24,7
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,2**	**4,6**	**5,7**	**6,2**
NACH QUELLEN								
38,8	38,9	39,0	39,0	33,1	16,3	8,7	5,3	6,2
3,4	2,9	3,0	2,9	2,3	−0,6	12,5	0,5	4,1
1,7	1,7	1,8	1,8	1,5	16,0	8,7	5,8	6,3
2,2	2,2	2,2	2,3	1,9	15,7	9,2	6,0	6,4
0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	−2,7	6,3	5,2	5,9
0,9	0,9	0,9	0,9	0,7	16,2	8,3	5,6	6,3
52,4	52,8	52,6	52,8	60,0	16,8	7,8	5,8	12,7
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	9,4	8,6	5,3	6,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**15,9**	**8,3**	**5,5**	**9,8**

Tabelle III—104 Unfallversicherung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	4888	5347	5720	6116	7341
laufend	*4762*	*5211*	*5573*	*5956*	*7151*
einmalig	*126*	*136*	*147*	*160*	*190*
Sachleistungen	1116	1192	1242	1317	1688
Barerstattungen	*122*	*137*	*144*	*152*	*184*
Waren- und Dienstleistungen	*994*	*1055*	*1098*	*1165*	*1504*
Allgemeine Dienste und Leistungen	830	861	920	970	1213
Zuschüsse	*11*	*11*	*11*	*11*	*12*
Maßnahmen	*342*	*358*	*386*	*408*	*519*
Innerer Dienst	*477*	*492*	*523*	*551*	*682*
Verrechnungen	351	418	448	477	688
insgesamt	**7185**	**7818**	**8330**	**8880**	**10930**
					FINANZIERUNG
Beiträge	6907	7594	8089	8617	10606
Beiträge der Versicherten	*126*	*142*	*150*	*159*	*197*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*6372*	*7006*	*7463*	*7951*	*9768*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*409*	*446*	*476*	*507*	*641*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	421	427	427	428	429
Aus öffentlichen Mitteln	*418*	*424*	*424*	*425*	*426*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*3*	*3*	*3*	*3*	*3*
Sonstige Einnahmen	548	563	605	645	782
Verrechnungen	7	23	9	10	13
insgesamt	**7883**	**8607**	**9130**	**9700**	**11830**
Finanzierungssaldo	**+698**	**+789**	**+800**	**+820**	**+900**
					LEISTUNGEN
Familie	362	384	411	440	456
Kinder	*362*	*384*	*411*	*440*	*456*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	3848	4141	4399	4683	5818
Vorbeugung	*244*	*256*	*277*	*293*	*373*
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	*3604*	*3885*	*4123*	*4390*	*5445*
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	83	78	78	82	109
Berufliche Bildung	*83*	*78*	*78*	*82*	*109*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	2541	2796	2994	3198	3859
Alter	*1882*	*2065*	*2212*	*2362*	*2853*
Hinterbliebene	*659*	*731*	*782*	*836*	*1006*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**6834**	**7400**	**7882**	**8403**	**10242**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	6637	7271	7629	8134	9989
Bund	585	590	597	609	659
Länder	97	107	115	126	166
Gemeinden	307	335	368	390	480
Sozialversicherung	67	69	188	197	235
Private Organisationen	41	44	47	50	63
Private Haushalte	140	166	160	169	209
Übrige Welt	3	3	16	16	16
insgesamt	**7876**	**8584**	**9121**	**9690**	**11817**

Finanzierung Unfallversicherung Tabelle III—104

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
68,0	68,4	68,7	68,9	67,2	9,4	7,0	6,9	5,1
66,3	*66,7*	*66,9*	*67,1*	*65,4*	*9,4*	*6,9*	*6,9*	*5,1*
1,8	*1,7*	*1,8*	*1,8*	*1,7*	*7,9*	*8,1*	*8,8*	*5,3*
15,5	15,2	14,9	14,8	15,4	6,8	4,2	6,0	6,3
1,7	*1,8*	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*12,3*	*5,1*	*5,6*	*5,0*
13,8	*13,5*	*13,2*	*13,1*	*13,8*	*6,1*	*4,1*	*6,1*	*6,5*
11,6	11,0	11,0	10,9	11,1	3,7	6,9	5,4	5,7
0,2	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	—	—	—	*1,8*
4,8	*4,6*	*4,6*	*4,6*	*4,7*	*4,7*	*7,8*	*5,7*	*6,1*
6,6	*6,3*	*6,3*	*6,2*	*6,2*	*3,1*	*6,3*	*5,4*	*5,4*
4,9	5,3	5,4	5,4	6,3	19,1	7,2	6,4	9,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,8**	**6,6**	**6,6**	**5,6**
NACH ARTEN								
87,6	88,2	88,6	88,8	89,7	9,9	6,5	6,5	5,6
1,6	*1,6*	*1,6*	*1,6*	*1,7*	*12,7*	*5,6*	*6,0*	*5,6*
80,8	*81,4*	*81,7*	*82,0*	*82,6*	*9,9*	*6,5*	*6,5*	*5,5*
5,2	*5,2*	*5,2*	*5,2*	*5,4*	*9,0*	*6,7*	*6,5*	*6,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,3	5,0	4,7	4,4	3,6	1,4	—	0,2	0,1
5,3	*4,9*	*4,6*	*4,4*	*3,6*	*1,4*	—	*0,2*	*0,1*
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	—	—	—
7,0	6,5	6,6	6,6	6,6	2,7	7,5	6,6	5,3
0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	228,6	−60,9	11,1	7,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,2**	**6,1**	**6,2**	**5,3**
NACH FUNKTIONEN								
5,3	5,2	5,2	5,2	4,5	6,3	6,9	7,1	2,1
5,3	*5,2*	*5,2*	*5,2*	*4,5*	*6,3*	*6,9*	*7,1*	*2,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
56,3	56,0	55,8	55,7	56,8	7,6	6,2	6,4	5,7
3,6	*3,5*	*3,5*	*3,5*	*3,6*	*5,1*	*8,2*	*5,7*	*6,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
52,7	*52,5*	*52,3*	*52,2*	*53,2*	*7,8*	*6,1*	*6,5*	*5,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,2	1,1	1,0	1,0	1,1	−5,9	−0,9	5,5	7,0
1,2	*1,1*	*1,0*	*1,0*	*1,1*	*−5,9*	*−0,9*	*5,5*	*7,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
37,2	37,8	38,0	38,1	37,7	10,0	7,1	6,8	5,2
27,5	*27,9*	*28,1*	*28,1*	*27,9*	*9,7*	*7,1*	*6,8*	*5,2*
9,6	*9,9*	*9,9*	*9,9*	*9,8*	*11,0*	*7,0*	*6,9*	*5,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,3**	**6,5**	**6,6**	**5,4**
NACH QUELLEN								
84,3	84,7	83,6	83,9	84,5	9,6	4,9	6,6	5,5
7,4	6,9	6,5	6,3	5,6	0,9	1,2	1,9	2,0
1,2	1,2	1,3	1,3	1,4	10,3	8,2	9,0	7,5
3,9	3,9	4,0	4,0	4,1	9,1	10,0	5,9	5,5
0,9	0,8	2,1	2,0	2,0	3,0	172,5	4,8	4,6
0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	7,3	6,8	6,4	6,0
1,8	1,9	1,8	1,7	1,8	18,3	−3,7	5,7	5,5
0,0	0,0	0,2	0,2	0,1	—	433,3	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,0**	**6,3**	**6,2**	**5,3**

Tabelle III—105 Arbeitsförderung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	11601	10463	9456	10307	12103
laufend	*11444*	*10228*	*9119*	*9931*	*11723*
einmalig	*157*	*235*	*337*	*376*	*380*
Sachleistungen	1079	623	697	858	1127
Barerstattungen	*1079*	*623*	*697*	*858*	*1127*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	3022	2790	3209	3824	4324
Zuschüsse	*687*	*701*	*1015*	*1263*	*1315*
Maßnahmen	*1651*	*1459*	*1520*	*1687*	*2003*
Innerer Dienst	*684*	*630*	*674*	*874*	*1006*
Verrechnungen	2714	2685	2519	4198	7164
insgesamt	**18416**	**16561**	**15881**	**19187**	**24718**
					FINANZIERUNG
Beiträge	8671	13533	14793	15552	19758
Beiträge der Versicherten	*3870*	*6226*	*6864*	*7256*	*9335*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*4801*	*7307*	*7929*	*8296*	*10423*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	5754	3928	1148	2594	5017
Aus öffentlichen Mitteln	*5754*	*3928*	*1148*	*2594*	*5017*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	114	99	122	91	36
Verrechnungen	339	315	316	326	349
insgesamt	**14878**	**17875**	**16379**	**18563**	**25160**
Finanzierungssaldo	**−3538**	**+1314**	**+498**	**−624**	**+442**
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	15701	13875	13361	14988	17553
Berufliche Bildung	*3230*	*2780*	*2509*	*3391*	*4102*
Sonstige Mobilität	*2069*	*2176*	*2776*	*3022*	*3358*
Arbeitslosigkeit	*10402*	*8919*	*8077*	*8575*	*10093*
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	1	1	1	1	1
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**15702**	**13876**	**13362**	**14989**	**17554**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	4369	6441	6987	7267	9024
Bund	5734	3923	1193	2642	5059
Länder	188	322	303	318	401
Gemeinden	176	312	344	364	468
Sozialversicherung	35	62	69	73	93
Private Organisationen	60	125	137	145	187
Private Haushalte	3901	6294	6943	7336	9438
Übrige Welt	76	81	88	93	141
insgesamt	**14539**	**17560**	**16063**	**18237**	**24811**

Finanzierung Arbeitsförderung Tabelle III—105

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
63,0	63,2	59,5	53,7	49,0	−9,8	−9,6	9,0	5,1
62,1	*61,8*	*57,4*	*51,8*	*47,4*	*−10,6*	*−10,8*	*8,9*	*5,2*
0,9	*1,4*	*2,1*	*2,0*	*1,5*	*49,7*	*43,4*	*11,6*	*2,4*
5,9	3,8	4,4	4,5	4,6	−42,3	11,9	23,1	10,1
5,9	*3,8*	*4,4*	*4,5*	*4,6*	*−42,3*	*11,9*	*23,1*	*10,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
16,4	16,8	20,2	19,9	17,5	−7,7	15,0	19,2	6,1
3,7	*4,2*	*6,4*	*6,6*	*5,3*	*2,0*	*44,8*	*24,4*	*5,3*
9,0	*8,8*	*9,6*	*8,8*	*8,1*	*−11,6*	*4,2*	*11,0*	*5,7*
3,7	*3,8*	*4,2*	*4,6*	*4,1*	*−7,9*	*7,0*	*29,7*	*8,3*
14,7	16,2	15,9	21,9	29,0	−1,1	−6,2	66,6	23,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−10,1**	**−4,1**	**20,8**	**9,3**
NACH ARTEN								
58,3	75,7	90,3	83,8	78,5	56,1	9,3	5,1	6,0
26,0	*34,8*	*41,9*	*39,1*	*37,1*	*60,9*	*10,2*	*5,7*	*6,3*
32,3	*40,9*	*48,4*	*44,7*	*41,4*	*52,2*	*8,5*	*4,6*	*5,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
38,7	22,0	7,0	14,0	19,9	−31,7	−70,8	125,9	34,3
38,7	*22,0*	*7,0*	*14,0*	*19,9*	*−31,7*	*−70,8*	*125,9*	*34,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,8	0,6	0,7	0,5	0,1	−13,2	23,2	−25,4	−21,7
2,3	1,8	1,9	1,8	1,4	−7,1	0,3	3,2	2,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**20,1**	**−8,4**	**13,3**	**9,0**
NACH FUNKTIONEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−11,6	−3,7	12,2	5,6
20,6	*20,0*	*18,8*	*22,6*	*23,4*	*−13,9*	*−9,8*	*35,2*	*10,3*
13,2	*15,7*	*20,8*	*20,2*	*19,1*	*5,2*	*27,6*	*8,9*	*3,9*
66,2	*64,3*	*60,4*	*57,2*	*57,5*	*−14,3*	*−9,4*	*6,2*	*4,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−11,6**	**−3,7**	**12,2**	**5,6**
NACH QUELLEN								
30,1	36,7	43,5	39,8	36,4	47,4	8,5	4,0	5,3
39,4	22,3	7,4	14,5	20,4	−31,6	−69,6	121,4	33,5
1,3	1,8	1,9	1,7	1,6	71,3	−6,1	5,2	5,8
1,2	1,8	2,1	2,0	1,9	77,4	10,2	5,7	6,3
0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	77,9	10,2	5,7	6,3
0,4	0,7	0,9	0,8	0,8	107,5	10,2	5,7	6,3
26,8	35,8	43,2	40,2	38,0	61,3	10,3	5,7	6,3
0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	6,6	8,6	5,7	9,9
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**20,8**	**−8,5**	**13,5**	**9,1**

Tabelle III—106 Kindergeld **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	14393	14160	13780	15130	13730
laufend	*14393*	*14160*	*13780*	*15130*	*13730*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	300	270	270	270	620
insgesamt	**14693**	**14430**	**14050**	**15400**	**14350**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	14693	14430	14050	15400	14350
Aus öffentlichen Mitteln	*14693*	*14430*	*14050*	*15400*	*14350*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**14693**	**14430**	**14050**	**15400**	**14350**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	14393	14160	13780	15130	13730
Kinder	*14393*	*14160*	*13780*	*15130*	*13730*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**14393**	**14160**	**13780**	**15130**	**13730**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	13193	12930	14050	15400	14350
Länder	970	1020	—	—	—
Gemeinden	530	480	—	—	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**14693**	**14430**	**14050**	**15400**	**14350**

Finanzierung Kindergeld Tabelle III—106

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
98,0	98,1	98,1	98,2	95,7	−1,6	−2,7	9,8	−0,1
98,0	*98,1*	*98,1*	*98,2*	*95,7*	*−1,6*	*−2,7*	*9,8*	*−0,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,0	1,9	1,9	1,8	4,3	−10,0	0,1	−0,1	18,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,8**	**−2,6**	**9,6**	**0,4**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−1,8	−2,6	9,6	0,4
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−1,8*	*−2,6*	*9,6*	*0,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,8**	**−2,6**	**9,6**	**0,4**
NACH FUNKTIONEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−1,6	−2,7	9,8	−0,1
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−1,6*	*−2,7*	*9,8*	*−0,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,6**	**−2,7**	**9,8**	**−0,1**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
89,8	89,6	100,0	100,0	100,0	−2,0	8,7	9,6	0,4
6,6	7,1	—	—	—	5,2	—	—	—
3,6	3,3	—	—	—	−9,4	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,8**	**−2,6**	**9,6**	**0,4**

Tabelle III—12 Sondersysteme **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	2032	2280	2514	2738	3255
laufend	*2032*	*2278*	*2512*	*2736*	*3253*
einmalig	—	*2*	*2*	*2*	*2*
Sachleistungen	157	185	180	192	254
Barerstattungen	*61*	*72*	*70*	*74*	*99*
Waren- und Dienstleistungen	*96*	*113*	*110*	*118*	*155*
Allgemeine Dienste und Leistungen	205	238	257	265	318
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*19*	*22*	*21*	*21*	*28*
Innerer Dienst	*186*	*216*	*236*	*244*	*290*
Verrechnungen	9	10	10	10	12
insgesamt	**2403**	**2713**	**2961**	**3205**	**3839**
					FINANZIERUNG
Beiträge	1285	1460	1559	1584	2019
Beiträge der Versicherten	*1285*	*1460*	*1559*	*1584*	*2019*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	1482	1640	1798	1999	2340
Aus öffentlichen Mitteln	*1482*	*1640*	*1798*	*1999*	*2340*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	356	400	419	428	553
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3123**	**3500**	**3776**	**4011**	**4912**
Finanzierungssaldo	**+720**	**+787**	**+815**	**+806**	**+1073**
					LEISTUNGEN
Familie	347	386	421	465	546
Kinder	*36*	*46*	*49*	*55*	*64*
Ehegatte	*311*	*340*	*372*	*410*	*482*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	249	290	298	318	407
Vorbeugung	*100*	*117*	*114*	*122*	*160*
Krankheit	*59*	*70*	*71*	*72*	*100*
Arbeitsunfall	*4*	*4*	*5*	*6*	*7*
Invalidität (allgemein)	*87*	*99*	*108*	*118*	*140*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1795	2024	2228	2408	2870
Alter	*1678*	*1892*	*2082*	*2251*	*2683*
Hinterbliebene	*117*	*132*	*146*	*158*	*187*
Folgen politischer Ereignisse	3	3	3	3	4
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2394**	**2703**	**2951**	**3195**	**3827**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	114	156	164	168	216
Bund	1563	1694	1855	2057	2416
Länder	8	12	13	13	17
Gemeinden	42	56	59	60	78
Sozialversicherung	17	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	1380	1580	1683	1711	2183
Übrige Welt	—	2	2	2	2
insgesamt	**3123**	**3500**	**3776**	**4011**	**4912**

Finanzierung Sondersysteme Tabelle III—12

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
84,6	84,0	84,9	85,4	84,8	12,2	10,3	8,9	5,3
84,6	*84,0*	*84,8*	*85,4*	*84,7*	*12,1*	*10,3*	*8,9*	*5,3*
—	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	—	—	—	—
6,5	6,8	6,1	6,0	6,6	17,9	−2,8	6,7	7,1
2,5	*2,7*	*2,4*	*2,3*	*2,6*	*18,0*	*−2,8*	*5,7*	*7,2*
4,0	*4,2*	*3,7*	*3,7*	*4,0*	*17,8*	*−2,7*	*7,3*	*7,1*
8,5	8,8	8,7	8,3	8,3	16,1	8,0	3,1	4,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,8	*0,8*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*15,8*	*−4,5*	—	*5,9*
7,7	*8,0*	*8,0*	*7,6*	*7,6*	*16,1*	*9,3*	*3,4*	*4,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,9**	**9,1**	**8,2**	**5,3**
NACH ARTEN								
41,1	41,7	41,3	39,5	41,1	13,6	6,8	1,6	5,3
41,1	*41,7*	*41,3*	*39,5*	*41,1*	*13,6*	*6,8*	*1,6*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
47,5	46,9	47,6	49,8	47,6	10,7	9,6	11,2	5,4
47,5	*46,9*	*47,6*	*49,8*	*47,6*	*10,7*	*9,6*	*11,2*	*5,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
11,4	11,4	11,1	10,7	11,3	12,4	4,7	2,1	5,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,1**	**7,9**	**6,2**	**5,4**
NACH FUNKTIONEN								
14,5	14,3	14,3	14,6	14,3	11,4	9,1	10,4	5,3
1,5	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*28,2*	*6,8*	*12,7*	*5,5*
13,0	*12,6*	*12,6*	*12,8*	*12,6*	*9,5*	*9,4*	*10,1*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
10,4	10,7	10,1	10,0	10,6	16,4	3,0	6,5	6,4
4,2	*4,3*	*3,9*	*3,8*	*4,2*	*17,6*	*−2,8*	*7,2*	*7,1*
2,5	*2,6*	*2,4*	*2,3*	*2,6*	*18,2*	*2,1*	*1,3*	*7,1*
0,1	*0,1*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*11,6*	*37,5*	*5,7*	*5,8*
3,6	*3,7*	*3,7*	*3,7*	*3,7*	*14,0*	*9,1*	*9,4*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
75,0	74,9	75,5	75,4	75,0	12,7	10,1	8,1	5,2
70,1	*70,0*	*70,6*	*70,4*	*70,1*	*12,7*	*10,1*	*8,1*	*5,2*
4,9	*4,9*	*5,0*	*4,9*	*4,9*	*13,0*	*10,8*	*7,8*	*5,0*
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	5,9	−16,2	21,8	5,0
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,9**	**9,2**	**8,3**	**5,3**
NACH QUELLEN								
3,6	4,5	4,3	4,2	4,4	37,3	5,4	2,2	5,6
50,0	48,4	49,1	51,3	49,2	8,4	9,5	10,9	5,4
0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	49,2	4,8	1,8	5,8
1,3	1,6	1,6	1,5	1,6	34,2	4,8	1,8	5,8
0,5	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
44,2	45,1	44,6	42,7	44,5	14,5	6,6	1,7	5,3
—	0,1	0,1	0,0	0,0	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,1**	**7,9**	**6,2**	**5,4**

Tabelle III—122 Altershilfe für Landwirte **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	1668	1849	2047	2245	2630
laufend	*1668*	*1849*	*2047*	*2245*	*2630*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	154	182	177	189	250
Barerstattungen	*58*	*69*	*67*	*71*	*95*
Waren- und Dienstleistungen	*96*	*113*	*110*	*118*	*155*
Allgemeine Dienste und Leistungen	52	55	58	63	83
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*12*	*13*	*11*	*11*	*16*
Innerer Dienst	*40*	*42*	*47*	*52*	*67*
Verrechnungen	9	9	9	9	11
insgesamt	**1883**	**2095**	**2291**	**2506**	**2974**
					FINANZIERUNG
Beiträge	405	453	510	501	628
Beiträge der Versicherten	*405*	*453*	*510*	*501*	*628*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	1482	1640	1798	1999	2340
Aus öffentlichen Mitteln	*1482*	*1640*	*1798*	*1999*	*2340*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	4	4	6	6	6
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1891**	**2097**	**2314**	**2506**	**2974**
Finanzierungssaldo	**+8**	**+2**	**+23**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	319	355	388	429	504
Kinder	*8*	*15*	*16*	*19*	*22*
Ehegatte	*311*	*340*	*372*	*410*	*482*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	228	265	273	290	374
Vorbeugung	*100*	*117*	*114*	*122*	*160*
Krankheit	*59*	*70*	*71*	*72*	*100*
Arbeitsunfall	*3*	*3*	*4*	*5*	*6*
Invalidität (allgemein)	*67*	*75*	*83*	*91*	*108*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1327	1466	1621	1778	2085
Alter	*1247*	*1379*	*1524*	*1672*	*1961*
Hinterbliebene	*80*	*87*	*97*	*106*	*124*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1874**	**2086**	**2282**	**2497**	**2963**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	4	4	6	6	6
Bund	1482	1638	1796	1997	2338
Länder	—	—	—	—	—
Gemeinden	—	—	—	—	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	405	453	510	501	628
Übrige Welt	—	2	2	2	2
insgesamt	**1891**	**2097**	**2314**	**2506**	**2974**

Finanzierung Altershilfe für Landwirte Tabelle III—122

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
88,6	88,3	89,3	89,6	88,4	10,9	10,7	9,7	5,1
88,6	*88,3*	*89,3*	*89,6*	*88,4*	*10,9*	*10,7*	*9,7*	*5,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
8,2	8,7	7,7	7,5	8,4	18,2	−2,8	6,8	7,2
3,1	*3,3*	*2,9*	*2,8*	*3,2*	*19,0*	*−2,9*	*6,0*	*7,2*
5,1	*5,4*	*4,8*	*4,7*	*5,2*	*17,8*	*−2,7*	*7,3*	*7,1*
2,8	2,6	2,5	2,5	2,8	5,8	5,5	8,6	7,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,6	*0,6*	*0,5*	*0,4*	*0,5*	*8,3*	*−15,4*	—	*7,8*
2,1	*2,0*	*2,1*	*2,1*	*2,3*	*5,0*	*11,9*	*10,6*	*7,3*
0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	—	—	—	4,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**11,3**	**9,4**	**9,4**	**5,4**
NACH ARTEN								
21,4	21,6	22,0	20,0	21,1	11,9	12,6	−1,8	4,3
21,4	*21,6*	*22,0*	*20,0*	*21,1*	*11,9*	*12,6*	*−1,8*	*4,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
78,4	78,2	77,7	79,8	78,7	10,7	9,6	11,2	5,4
78,4	*78,2*	*77,7*	*79,8*	*78,7*	*10,7*	*9,6*	*11,2*	*5,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	2,5	46,3	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,9**	**10,3**	**8,3**	**5,1**
NACH FUNKTIONEN								
17,0	17,0	17,0	17,2	17,0	11,4	9,3	10,4	5,3
0,4	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*0,7*	*87,5*	*7,0*	*18,4*	*6,1*
16,6	*16,3*	*16,3*	*16,4*	*16,3*	*9,5*	*9,4*	*10,1*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
12,2	12,7	11,9	11,6	12,6	16,0	3,0	6,4	6,5
5,3	*5,6*	*5,0*	*4,9*	*5,4*	*17,6*	*−2,8*	*7,2*	*7,1*
3,1	*3,3*	*3,1*	*2,9*	*3,4*	*18,2*	*2,1*	*1,3*	*7,1*
0,1	*0,1*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*9,6*	*47,0*	*5,7*	*5,7*
3,6	*3,6*	*3,7*	*3,7*	*3,7*	*12,0*	*11,3*	*9,7*	*5,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
70,8	70,3	71,0	71,2	70,4	10,5	10,6	9,7	5,2
66,5	*66,1*	*66,8*	*67,0*	*66,2*	*10,6*	*10,5*	*9,7*	*5,2*
4,3	*4,2*	*4,2*	*4,2*	*4,2*	*8,6*	*11,5*	*9,4*	*5,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**11,3**	**9,4**	**9,4**	**5,4**
NACH QUELLEN								
0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	2,5	46,3	—	—
78,4	78,1	77,6	79,7	78,6	10,5	9,6	11,2	5,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
21,4	21,6	22,0	20,0	21,1	11,9	12,6	−1,8	4,3
—	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,9**	**10,3**	**8,3**	**5,1**

Tabelle III—123 Versorgungswerke **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	364	431	467	493	625
laufend	*364*	*429*	*465*	*491*	*623*
einmalig	—	*2*	*2*	*2*	*2*
Sachleistungen	3	3	3	3	4
Barerstattungen	*3*	*3*	*3*	*3*	*4*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	153	183	199	202	235
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*7*	*9*	*10*	*10*	*12*
Innerer Dienst	*146*	*174*	*189*	*192*	*223*
Verrechnungen	—	1	1	1	1
insgesamt	**520**	**618**	**670**	**699**	**865**
					FINANZIERUNG
Beiträge	880	1007	1049	1083	1391
Beiträge der Versicherten	*880*	*1007*	*1049*	*1083*	*1391*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	—	—	—	—	—
Aus öffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	352	396	413	422	547
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1232**	**1403**	**1462**	**1505**	**1938**
Finanzierungssaldo	**+712**	**+785**	**+792**	**+806**	**+1073**
					LEISTUNGEN
Familie	28	31	33	36	42
Kinder	*28*	*31*	*33*	*36*	*42*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	21	25	26	28	33
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	*1*	*1*	*1*	*1*	*1*
Invalidität (allgemein)	*20*	*24*	*25*	*27*	*32*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	468	558	607	630	785
Alter	*431*	*512*	*558*	*579*	*722*
Hinterbliebene	*37*	*45*	*49*	*52*	*63*
Folgen politischer Ereignisse	3	3	3	3	4
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**520**	**617**	**669**	**698**	**864**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	110	152	158	162	210
Bund	81	56	59	60	78
Länder	8	12	13	13	17
Gemeinden	42	56	59	60	78
Sozialversicherung	17	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	975	1127	1173	1210	1555
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**1232**	**1403**	**1462**	**1505**	**1938**

Finanzierung Versorgungswerke Tabelle III—123

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
70,0	69,7	69,7	70,5	72,3	18,4	8,4	5,6	6,0
70,0	*69,4*	*69,4*	*70,2*	*72,0*	*17,9*	*8,4*	*5,6*	*6,0*
—	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,2*	—	—	—	—
0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	—	—	—	5,9
0,6	*0,5*	*0,4*	*0,4*	*0,5*	—	—	—	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
29,4	29,6	29,7	28,9	27,2	19,6	8,7	1,5	3,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,3	*1,5*	*1,5*	*1,4*	*1,4*	*28,6*	*11,1*	—	*3,7*
28,1	*28,2*	*28,2*	*27,5*	*25,8*	*19,2*	*8,6*	*1,6*	*3,4*
—	0,2	0,1	0,1	0,1	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**18,8**	**8,4**	**4,3**	**5,2**
NACH ARTEN								
71,4	71,8	71,8	72,0	71,8	14,4	4,2	3,2	5,8
71,4	*71,8*	*71,8*	*72,0*	*71,8*	*14,4*	*4,2*	*3,2*	*5,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
28,6	28,2	28,2	28,0	28,2	12,5	4,3	2,2	5,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,9**	**4,2**	**2,9**	**5,8**
NACH FUNKTIONEN								
5,3	5,0	4,9	5,2	4,9	11,0	6,7	9,9	5,3
5,3	*5,0*	*4,9*	*5,2*	*4,9*	*11,0*	*6,7*	*9,9*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,0	4,1	3,9	4,0	3,8	20,5	2,5	8,3	5,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*17,9*	*9,1*	*5,6*	*5,9*
3,9	*3,9*	*3,7*	*3,9*	*3,7*	*20,6*	*2,3*	*8,4*	*5,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
90,0	90,4	90,8	90,3	90,8	19,1	8,9	3,8	5,3
82,9	*83,1*	*83,4*	*82,9*	*83,5*	*18,8*	*8,9*	*3,7*	*5,3*
7,1	*7,3*	*7,4*	*7,4*	*7,3*	*22,4*	*9,5*	*4,6*	*5,0*
0,6	0,6	0,4	0,5	0,4	5,9	−16,2	21,8	5,0
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**18,7**	**8,4**	**4,3**	**5,2**
NACH QUELLEN								
8,9	10,8	10,8	10,7	10,8	38,5	4,3	2,3	5,8
6,5	4,0	4,0	4,0	4,0	−30,6	4,8	1,8	5,8
0,7	0,9	0,9	0,9	0,9	49,2	4,8	1,8	5,8
3,4	4,0	4,0	4,0	4,0	34,2	4,8	1,8	5,8
1,4	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
79,2	80,3	80,3	80,4	80,3	15,6	4,1	3,2	5,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,9**	**4,2**	**2,9**	**5,8**

Tabelle III—13 Beamtenrechtliches System **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	31917	33445	34986	36987	47689
laufend	*31875*	*33420*	*34948*	*36948*	*47644*
einmalig	*42*	*25*	*38*	*39*	*45*
Sachleistungen	3822	4016	4176	4381	5051
Barerstattungen	*3822*	*4016*	*4176*	*4381*	*5051*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	1906	2007	2105	2200	2883
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*444*	*468*	*494*	*515*	*680*
Innerer Dienst	*1462*	*1539*	*1611*	*1685*	*2203*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**37645**	**39468**	**41267**	**43568**	**55623**
					FINANZIERUNG
Beiträge	30024	31882	33332	35239	45449
Beiträge der Versicherten	*295*	*296*	*305*	*315*	*365*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*1800*	*1900*	*2060*	*2300*	*3000*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*27929*	*29686*	*30967*	*32624*	*42084*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	6803	6695	6975	7325	8984
Aus öffentlichen Mitteln	*5080*	*5021*	*5333*	*5615*	*6884*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*1723*	*1674*	*1642*	*1710*	*2100*
Sonstige Einnahmen	8	10	5	—	6
Verrechnungen	860	919	955	1004	1185
insgesamt	**37695**	**39506**	**41267**	**43568**	**55624**
Finanzierungssaldo	**+50**	**+38**	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	7310	7240	7499	7877	9681
Kinder	*3832*	*3756*	*3842*	*4014*	*4967*
Ehegatte	*3408*	*3399*	*3580*	*3774*	*4619*
Mutterschaft	*70*	*85*	*77*	*89*	*95*
Gesundheit	6270	6609	6915	7280	8827
Vorbeugung	*140*	*139*	*141*	*142*	*164*
Krankheit	*3609*	*3792*	*3971*	*4165*	*4792*
Arbeitsunfall	*169*	*174*	*190*	*194*	*256*
Invalidität (allgemein)	*2352*	*2504*	*2612*	*2779*	*3615*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	24020	25593	26813	28370	37067
Alter	*22550*	*23997*	*25140*	*26644*	*34761*
Hinterbliebene	*1470*	*1596*	*1674*	*1726*	*2307*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	44	26	40	41	48
insgesamt	**37645**	**39468**	**41267**	**43568**	**55623**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	8121	8436	8724	8901	11655
Bund	11275	11543	11552	12180	15498
Länder	12939	13972	15137	16184	20622
Gemeinden	3674	3793	4029	4405	5597
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	530	547	565	580	703
Private Haushalte	295	296	305	315	365
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**36835**	**38587**	**40312**	**42564**	**54439**

Finanzierung Beamtenrechtliches System Tabelle III—13

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
84,8	84,7	84,8	84,9	85,7	4,8	4,6	5,7	6,4
84,7	*84,7*	*84,7*	*84,8*	*85,7*	*4,8*	*4,6*	*5,7*	*6,4*
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*−40,5*	*52,0*	*2,6*	*3,4*
10,2	10,2	10,1	10,1	9,1	5,1	4,0	4,9	3,9
10,2	*10,2*	*10,1*	*10,1*	*9,1*	*5,1*	*4,0*	*4,9*	*3,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,1	5,1	5,1	5,0	5,2	5,3	4,9	4,5	6,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,2	*1,2*	*1,2*	*1,2*	*1,2*	*5,4*	*5,6*	*4,3*	*6,6*
3,9	*3,9*	*3,9*	*3,9*	*4,0*	*5,3*	*4,7*	*4,6*	*6,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,8**	**4,6**	**5,6**	**6,2**
NACH ARTEN								
79,6	80,7	80,8	80,9	81,7	6,2	4,5	5,7	6,4
0,8	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,3*	*3,0*	*3,3*	*3,7*
4,8	*4,8*	*5,0*	*5,3*	*5,4*	*5,6*	*8,4*	*11,7*	*7,8*
74,1	*75,1*	*75,0*	*74,9*	*75,7*	*6,3*	*4,3*	*5,4*	*6,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
18,0	16,9	16,9	16,8	16,2	−1,6	4,2	5,0	5,2
13,5	*12,7*	*12,9*	*12,9*	*12,4*	*−1,2*	*6,2*	*5,3*	*5,2*
4,6	*4,2*	*4,0*	*3,9*	*3,8*	*−2,8*	*−1,9*	*4,1*	*5,0*
0,0	0,0	0,0	—	0,0	25,0	−50,0	—	3,7
2,3	2,3	2,3	2,3	2,1	6,9	3,9	5,1	4,4
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,8**	**4,5**	**5,6**	**6,2**
NACH FUNKTIONEN								
19,4	18,3	18,2	18,1	17,4	−1,0	3,6	5,0	5,2
10,2	*9,5*	*9,3*	*9,2*	*8,9*	*−2,0*	*2,3*	*4,5*	*5,3*
9,1	*8,6*	*8,7*	*8,7*	*8,3*	*−0,3*	*5,3*	*5,4*	*5,2*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*21,0*	*−9,2*	*15,9*	*4,4*
16,7	16,7	16,8	16,7	15,9	5,4	4,6	5,3	5,0
0,4	*0,4*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*−1,0*	*1,7*	*0,4*	*3,0*
9,6	*9,6*	*9,6*	*9,6*	*8,6*	*5,1*	*4,7*	*4,9*	*3,8*
0,4	*0,4*	*0,5*	*0,4*	*0,5*	*2,5*	*9,7*	*1,8*	*6,1*
6,2	*6,3*	*6,3*	*6,4*	*6,5*	*6,5*	*4,3*	*6,4*	*6,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
63,8	64,8	65,0	65,1	66,6	6,5	4,8	5,8	6,7
59,9	*60,8*	*60,9*	*61,2*	*62,5*	*6,4*	*4,8*	*6,0*	*6,7*
3,9	*4,0*	*4,1*	*4,0*	*4,1*	*8,5*	*4,9*	*3,1*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	−40,9	53,8	2,5	3,7
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,8**	**4,6**	**5,6**	**6,2**
NACH QUELLEN								
22,0	21,9	21,6	20,9	21,4	3,9	3,4	2,0	6,0
30,6	29,9	28,7	28,6	28,5	2,4	0,1	5,4	6,1
35,1	36,2	37,5	38,0	37,9	8,0	8,3	6,9	6,4
10,0	9,8	10,0	10,3	10,3	3,2	6,2	9,3	6,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	3,1	3,3	2,6	4,5
0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,3	3,0	3,3	3,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,8**	**4,5**	**5,6**	**6,2**

Tabelle III—131 Pensionen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	24970	26599	27875	29518	38524
laufend	*24970*	*26599*	*27875*	*29518*	*38524*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	105	105	105	110	147
Barerstattungen	*105*	*105*	*105*	*110*	*147*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	1595	1697	1770	1850	2460
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*385*	*410*	*430*	*450*	*600*
Innerer Dienst	*1210*	*1287*	*1340*	*1400*	*1860*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**26670**	**28401**	**29750**	**31478**	**41131**
					FINANZIERUNG
Beiträge	26134	27806	29124	30818	40366
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*1800*	*1900*	*2060*	*2300*	*3000*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*24334*	*25906*	*27064*	*28518*	*37366*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	—	—	—	—	—
Aus öffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	536	595	626	660	765
insgesamt	**26670**	**28401**	**29750**	**31478**	**41131**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	205	214	214	218	296
Kinder	*205*	*214*	*214*	*218*	*296*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	2466	2621	2750	2917	3805
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	*114*	*117*	*137*	*138*	*191*
Invalidität (allgemein)	*2352*	*2504*	*2612*	*2779*	*3615*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	23998	25566	26786	28343	37030
Alter	*22550*	*23997*	*25140*	*26644*	*34761*
Hinterbliebene	*1449*	*1569*	*1646*	*1699*	*2269*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**26670**	**28401**	**29750**	**31478**	**41131**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	4999	5228	5562	5554	7726
Bund	9853	10208	10174	10769	13759
Länder	8715	9635	10469	11243	14716
Gemeinden	2286	2438	2600	2917	3774
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	281	297	319	335	391
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**26134**	**27806**	**29124**	**30818**	**40366**

Finanzierung Pensionen Tabelle III—131

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
93,6	93,7	93,7	93,8	93,7	6,5	4,8	5,9	6,7
93,6	*93,7*	*93,7*	*93,8*	*93,7*	*6,5*	*4,8*	*5,9*	*6,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	—	—	4,8	7,0
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,3*	*0,4*	—	—	*4,8*	*7,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,0	6,0	5,9	5,9	6,0	6,4	4,3	4,5	6,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,4	*1,4*	*1,4*	*1,4*	*1,5*	*6,5*	*4,9*	*4,7*	*6,9*
4,5	*4,5*	*4,5*	*4,4*	*4,5*	*6,4*	*4,1*	*4,5*	*6,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,5**	**4,7**	**5,8**	**6,7**
NACH ARTEN								
98,0	97,9	97,9	97,9	98,1	6,4	4,7	5,8	6,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,7	*6,7*	*6,9*	*7,3*	*7,3*	*5,6*	*8,4*	*11,7*	*7,8*
91,2	*91,2*	*91,0*	*90,6*	*90,8*	*6,5*	*4,5*	*5,4*	*6,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,0	2,1	2,1	2,1	1,9	11,0	5,2	5,4	4,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,5**	**4,7**	**5,8**	**6,7**
NACH FUNKTIONEN								
0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	4,4	−0,0	1,8	6,7
0,8	*0,8*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*4,4*	*−0,0*	*1,8*	*6,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
9,2	9,2	9,2	9,3	9,3	6,3	4,9	6,1	6,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	*0,4*	*0,5*	*0,4*	*0,5*	*2,0*	*17,9*	*0,3*	*6,8*
8,8	*8,8*	*8,8*	*8,8*	*8,8*	*6,5*	*4,3*	*6,4*	*6,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	6,5	4,8	5,8	6,7
84,6	*84,5*	*84,5*	*84,6*	*84,5*	*6,4*	*4,8*	*6,0*	*6,7*
5,4	*5,5*	*5,5*	*5,4*	*5,5*	*8,3*	*4,9*	*3,2*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,5**	**4,7**	**5,8**	**6,7**
NACH QUELLEN								
19,1	18,8	19,1	18,0	19,1	4,6	6,4	−0,1	6,8
37,7	36,7	34,9	34,9	34,1	3,6	−0,3	5,8	6,2
33,3	34,7	35,9	36,5	36,5	10,6	8,7	7,4	7,0
8,7	8,8	8,9	9,5	9,4	6,7	6,7	12,2	7,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	5,7	7,3	5,1	4,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,4**	**4,7**	**5,8**	**6,7**

Tabelle III—132 Familienzuschläge **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	6905	6821	7073	7430	9120
laufend	*6905*	*6821*	*7073*	*7430*	*9120*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	130	120	135	140	170
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*14*	*13*	*14*	*15*	*15*
Innerer Dienst	*116*	*107*	*121*	*125*	*155*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**7035**	**6941**	**7208**	**7570**	**9290**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	6759	6669	6935	7284	8937
Aus öffentlichen Mitteln	*5049*	*5001*	*5310*	*5592*	*6857*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*1710*	*1668*	*1625*	*1692*	*2080*
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	276	272	273	286	353
insgesamt	**7035**	**6941**	**7208**	**7570**	**9290**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	7035	6941	7208	7570	9290
Kinder	*3627*	*3542*	*3628*	*3796*	*4671*
Ehegatte	*3408*	*3399*	*3580*	*3774*	*4619*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**7035**	**6941**	**7208**	**7570**	**9290**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1710	1668	1625	1692	2080
Bund	850	835	861	882	1112
Länder	2850	2857	3088	3299	3992
Gemeinden	1120	1086	1136	1185	1468
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	229	223	225	225	286
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**6759**	**6669**	**6935**	**7284**	**8937**

Finanzierung Familienzuschläge Tabelle III—132

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
98,2	98,3	98,1	98,2	98,2	−1,2	3,7	5,0	5,2
98,2	*98,3*	*98,1*	*98,2*	*98,2*	*−1,2*	*3,7*	*5,0*	*5,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	1,7	1,9	1,8	1,8	−7,7	12,5	3,7	4,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*−7,1*	*7,7*	*7,1*	*1,4*
1,6	*1,5*	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*−7,8*	*13,1*	*3,3*	*5,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,3**	**3,8**	**5,0**	**5,2**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
96,1	96,1	96,2	96,2	96,2	−1,3	4,0	5,0	5,2
71,8	*72,1*	*73,7*	*73,9*	*73,8*	*−1,0*	*6,2*	*5,3*	*5,2*
24,3	*24,0*	*22,5*	*22,4*	*22,4*	*−2,5*	*−2,6*	*4,1*	*5,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	−1,4	0,4	4,8	5,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,3**	**3,8**	**5,0**	**5,2**
NACH FUNKTIONEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−1,3	3,8	5,0	5,2
51,6	*51,0*	*50,3*	*50,2*	*50,3*	*−2,3*	*2,4*	*4,6*	*5,2*
48,4	*49,0*	*49,7*	*49,8*	*49,7*	*−0,3*	*5,3*	*5,4*	*5,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,3**	**3,8**	**5,0**	**5,2**
NACH QUELLEN								
25,3	25,0	23,4	23,2	23,3	−2,5	−2,6	4,1	5,1
12,6	12,5	12,4	12,1	12,4	−1,7	3,2	2,4	5,2
42,2	42,8	44,5	45,3	44,7	0,3	8,1	6,9	5,3
16,6	16,3	16,4	16,3	16,4	−3,1	4,6	4,3	5,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	−2,7	0,7	0,0	4,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−1,3**	**4,0**	**5,0**	**5,2**

Tabelle III—133 Beihilfen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	42	25	38	39	45
laufend	—	—	—	—	—
einmalig	*42*	*25*	*38*	*39*	*45*
Sachleistungen	3717	3911	4071	4271	4904
Barerstattungen	*3717*	*3911*	*4071*	*4271*	*4904*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	181	190	200	210	253
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*45*	*45*	*50*	*50*	*65*
Innerer Dienst	*136*	*145*	*150*	*160*	*188*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3940**	**4126**	**4309**	**4520**	**5202**
					FINANZIERUNG
Beiträge	3890	4076	4208	4421	5083
Beiträge der Versicherten	*295*	*296*	*305*	*315*	*365*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*3595*	*3780*	*3903*	*4106*	*4718*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	44	26	40	41	47
Aus öffentlichen Mitteln	*31*	*20*	*23*	*23*	*27*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*13*	*6*	*17*	*18*	*20*
Sonstige Einnahmen	8	10	5	—	6
Verrechnungen	48	52	56	58	66
insgesamt	**3990**	**4164**	**4309**	**4520**	**5202**
Finanzierungssaldo	**+50**	**+38**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	70	85	77	89	95
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*70*	*85*	*77*	*89*	*95*
Gesundheit	3804	3988	4165	4363	5021
Vorbeugung	*140*	*139*	*141*	*142*	*164*
Krankheit	*3609*	*3792*	*3971*	*4165*	*4792*
Arbeitsunfall	*55*	*57*	*53*	*56*	*65*
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	22	27	27	27	38
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	*22*	*27*	*27*	*27*	*38*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	44	26	40	41	48
insgesamt	**3940**	**4126**	**4309**	**4520**	**5202**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1412	1540	1537	1655	1849
Bund	572	500	516	529	627
Länder	1374	1480	1580	1641	1914
Gemeinden	269	270	293	302	355
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	20	27	22	20	26
Private Haushalte	295	296	305	315	365
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**3942**	**4112**	**4253**	**4462**	**5136**

Finanzierung Beihilfen Tabelle III—133

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
1,1	0,6	0,9	0,9	0,9	−40,5	52,0	2,6	3,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	*0,6*	*0,9*	*0,9*	*0,9*	*−40,5*	*52,0*	*2,6*	*3,4*
94,3	94,8	94,5	94,5	94,3	5,2	4,1	4,9	3,8
94,3	*94,8*	*94,5*	*94,5*	*94,3*	*5,2*	*4,1*	*4,9*	*3,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,6	4,6	4,6	4,6	4,9	5,0	5,3	5,0	4,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	*1,1*	*1,2*	*1,1*	*1,3*	—	*11,1*	—	*5,5*
3,5	*3,5*	*3,5*	*3,5*	*3,6*	*6,6*	*3,4*	*6,7*	*4,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,7**	**4,4**	**4,9**	**3,8**
NACH ARTEN								
97,5	97,9	97,7	97,8	97,7	4,8	3,2	5,1	3,9
7,4	*7,1*	*7,1*	*7,0*	*7,0*	*0,3*	*3,0*	*3,3*	*3,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
90,1	*90,8*	*90,6*	*90,8*	*90,7*	*5,1*	*3,3*	*5,2*	*3,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	0,6	0,9	0,9	0,9	−40,9	53,8	2,5	3,3
0,8	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*−35,5*	*15,0*	—	*3,3*
0,3	*0,1*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*−53,8*	*183,3*	*5,9*	*3,3*
0,2	0,2	0,1	—	0,1	25,0	−50,0	—	3,7
1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	8,3	7,7	3,6	3,5
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,4**	**3,5**	**4,9**	**3,8**
NACH FUNKTIONEN								
1,8	2,1	1,8	2,0	1,8	21,0	−9,2	15,9	4,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	*2,1*	*1,8*	*2,0*	*1,8*	*21,0*	*−9,2*	*15,9*	*4,4*
96,5	96,7	96,7	96,5	96,5	4,8	4,4	4,7	3,8
3,6	*3,4*	*3,3*	*3,1*	*3,2*	*−1,0*	*1,7*	*0,4*	*3,0*
91,6	*91,9*	*92,2*	*92,1*	*92,1*	*5,1*	*4,7*	*4,9*	*3,8*
1,4	*1,4*	*1,2*	*1,2*	*1,2*	*3,6*	*−7,0*	*5,7*	*4,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,6	0,7	0,6	0,6	0,7	23,0	0,4	−0,2	6,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,6	*0,7*	*0,6*	*0,6*	*0,7*	*23,0*	*0,4*	*−0,2*	*6,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	0,6	0,9	0,9	0,9	−40,9	53,8	2,5	3,7
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,7**	**4,4**	**4,9**	**3,8**
NACH QUELLEN								
35,8	37,4	36,1	37,1	36,0	9,1	−0,2	7,6	3,8
14,5	12,2	12,1	11,9	12,2	−12,6	3,3	2,4	3,9
34,9	36,0	37,2	36,8	37,3	7,7	6,8	3,9	3,9
6,8	6,6	6,9	6,8	6,9	0,5	8,4	3,4	3,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,5	0,7	0,5	0,4	0,5	34,3	−18,7	−8,5	3,9
7,5	7,2	7,2	7,1	7,1	0,3	3,0	3,3	3,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,3**	**3,4**	**4,9**	**3,8**

Tabelle III—14 Ergänzungssysteme **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	3053	3355	3690	3892	5103
laufend	*3040*	*3340*	*3674*	*3874*	*5076*
einmalig	*13*	*15*	*16*	*18*	*27*
Sachleistungen	13	15	16	17	20
Barerstattungen	*13*	*14*	*15*	*16*	*18*
Waren- und Dienstleistungen	—	*1*	*1*	*1*	*2*
Allgemeine Dienste und Leistungen	230	262	289	293	343
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*24*	*28*	*31*	*32*	*39*
Innerer Dienst	*206*	*234*	*258*	*261*	*304*
Verrechnungen	5	6	6	7	7
insgesamt	**3301**	**3638**	**4001**	**4209**	**5473**
					FINANZIERUNG
Beiträge	2748	3102	3227	3405	4344
Beiträge der Versicherten	*80*	*80*	*85*	*87*	*111*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*2668*	*3022*	*3142*	*3318*	*4233*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	273	268	280	273	288
Aus öffentlichen Mitteln	*107*	*101*	*110*	*102*	*105*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*166*	*167*	*170*	*171*	*183*
Sonstige Einnahmen	1622	1842	1915	1965	2269
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**4643**	**5212**	**5422**	**5643**	**6901**
Finanzierungssaldo	**+1342**	**+1574**	**+1421**	**+1434**	**+1428**
					LEISTUNGEN
Familie	29	32	34	36	46
Kinder	*26*	*29*	*31*	*33*	*42*
Ehegatte	*3*	*3*	*3*	*3*	*4*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	515	570	582	606	838
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	*1*	*1*	*1*	*2*
Arbeitsunfall	*28*	*31*	*35*	*37*	*50*
Invalidität (allgemein)	*486*	*537*	*546*	*568*	*786*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	2688	2967	3319	3498	4496
Alter	*2562*	*2827*	*3164*	*3336*	*4285*
Hinterbliebene	*127*	*140*	*155*	*163*	*212*
Folgen politischer Ereignisse	64	64	60	62	86
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3296**	**3632**	**3995**	**4202**	**5466**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1493	1846	1915	1991	2477
Bund	967	849	888	915	987
Länder	567	665	691	728	936
Gemeinden	837	1000	1040	1089	1354
Sozialversicherung	193	128	134	141	181
Private Organisationen	195	224	233	246	323
Private Haushalte	391	499	520	533	644
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**4643**	**5212**	**5422**	**5643**	**6901**

Finanzierung Ergänzungssysteme Tabelle III—14

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
92,5	92,2	92,2	92,5	93,2	9,9	10,0	5,5	6,7
92,1	*91,8*	*91,8*	*92,0*	*92,7*	*9,9*	*10,0*	*5,4*	*6,7*
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,5*	*15,4*	*6,7*	*12,5*	*11,0*
0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	15,4	6,7	6,3	4,6
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,3*	*7,7*	*7,1*	*6,7*	*3,7*
—	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	—	—	*14,9*
7,0	7,2	7,2	7,0	6,3	14,0	10,3	1,3	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,7	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*17,1*	*10,7*	*2,9*	*4,7*
6,2	*6,4*	*6,4*	*6,2*	*5,6*	*13,6*	*10,3*	*1,2*	*3,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,2**	**10,0**	**5,2**	**6,5**
NACH ARTEN								
59,2	59,5	59,5	60,3	62,9	12,9	4,0	5,5	6,1
1,7	*1,5*	*1,6*	*1,5*	*1,6*	—	*6,3*	*2,4*	*5,5*
57,5	*58,0*	*57,9*	*58,8*	*61,3*	*13,3*	*4,0*	*5,6*	*6,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,9	5,1	5,2	4,8	4,2	−1,8	4,5	−2,5	0,6
2,3	*1,9*	*2,0*	*1,8*	*1,5*	*−5,6*	*8,9*	*−7,3*	*−0,9*
3,6	*3,2*	*3,1*	*3,0*	*2,7*	*0,6*	*1,8*	*0,6*	*1,5*
34,9	35,3	35,3	34,8	32,9	13,6	4,0	2,6	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,3**	**4,0**	**4,1**	**4,9**
NACH FUNKTIONEN								
0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	11,3	8,1	6,1	6,0
0,8	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*12,6*	*9,0*	*6,6*	*6,0*
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	—	—	—	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
15,6	15,7	14,6	14,4	15,3	10,7	2,1	4,1	7,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	—	—	*14,9*
0,9	*0,9*	*0,9*	*0,9*	*0,9*	*10,5*	*10,8*	*5,7*	*7,6*
14,8	*14,8*	*13,7*	*13,5*	*14,4*	*10,5*	*1,6*	*4,0*	*7,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
81,6	81,7	83,1	83,3	82,3	10,3	11,9	5,4	6,3
77,7	*77,8*	*79,2*	*79,4*	*78,4*	*10,3*	*11,9*	*5,4*	*6,3*
3,8	*3,9*	*3,9*	*3,9*	*3,9*	*10,6*	*10,7*	*4,9*	*6,4*
2,0	1,8	1,5	1,5	1,6	−0,7	−6,1	2,6	7,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,2**	**10,0**	**5,2**	**6,5**
NACH QUELLEN								
32,2	35,4	35,3	35,3	35,9	23,7	3,7	4,0	5,3
20,8	16,3	16,4	16,2	14,3	−12,1	4,6	3,0	2,1
12,2	12,8	12,8	12,9	13,6	17,3	4,0	5,3	6,2
18,0	19,2	19,2	19,3	19,6	19,5	4,0	4,7	5,4
4,2	2,5	2,5	2,5	2,6	−33,6	4,3	5,4	6,2
4,2	4,3	4,3	4,4	4,7	14,9	4,0	5,6	6,7
8,4	9,6	9,6	9,4	9,3	27,4	4,3	2,4	4,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,3**	**4,0**	**4,1**	**4,9**

Tabelle III—141 Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst — **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	2962	3247	3572	3768	4945
laufend	*2949*	*3233*	*3557*	*3751*	*4919*
einmalig	*13*	*14*	*15*	*17*	*26*
Sachleistungen	13	15	16	17	20
Barerstattungen	*13*	*14*	*15*	*16*	*18*
Waren- und Dienstleistungen	—	*1*	*1*	*1*	*2*
Allgemeine Dienste und Leistungen	224	255	281	285	334
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*24*	*28*	*31*	*32*	*38*
Innerer Dienst	*200*	*227*	*250*	*253*	*296*
Verrechnungen	5	6	6	7	7
insgesamt	**3204**	**3523**	**3875**	**4077**	**5306**
					FINANZIERUNG
Beiträge	2668	3012	3136	3309	4223
Beiträge der Versicherten	*39*	*33*	*38*	*38*	*50*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*2629*	*2979*	*3098*	*3271*	*4173*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	248	248	255	250	265
Aus öffentlichen Mitteln	*82*	*81*	*85*	*79*	*82*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*166*	*167*	*170*	*171*	*183*
Sonstige Einnahmen	1589	1807	1879	1928	2227
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**4505**	**5067**	**5270**	**5487**	**6715**
Finanzierungssaldo	**+1301**	**+1544**	**+1395**	**+1410**	**+1409**
					LEISTUNGEN
Familie	26	29	31	33	42
Kinder	*26*	*29*	*31*	*33*	*42*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	503	557	569	591	820
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	*1*	*1*	*1*	*2*
Arbeitsunfall	*28*	*31*	*34*	*36*	*49*
Invalidität (allgemein)	*475*	*525*	*534*	*554*	*769*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	2608	2869	3210	3385	4353
Alter	*2488*	*2739*	*3066*	*3234*	*4155*
Hinterbliebene	*120*	*130*	*144*	*151*	*197*
Folgen politischer Ereignisse	63	62	59	60	84
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3199**	**3517**	**3869**	**4070**	**5299**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1443	1788	1855	1928	2399
Bund	932	823	857	885	956
Länder	566	663	690	726	934
Gemeinden	832	994	1034	1082	1346
Sozialversicherung	191	128	134	141	181
Private Organisationen	195	224	233	246	323
Private Haushalte	346	446	467	477	575
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**4505**	**5067**	**5270**	**5487**	**6715**

Finanzierung Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst Tabelle III—141

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
92,4	92,2	92,2	92,4	93,2	9,6	10,0	5,5	6,7
92,0	*91,8*	*91,8*	*92,0*	*92,7*	*9,6*	*10,0*	*5,4*	*6,7*
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,5*	*7,7*	*7,1*	*13,3*	*11,6*
0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	15,4	6,7	6,3	4,6
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,3*	*7,7*	*7,1*	*6,7*	*3,7*
—	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	—	—	*14,9*
7,0	7,2	7,3	7,0	6,3	13,8	10,2	1,4	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,7	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*16,7*	*10,7*	*3,2*	*4,2*
6,2	*6,4*	*6,5*	*6,2*	*5,6*	*13,5*	*10,1*	*1,2*	*3,4*
0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	20,0	—	16,7	3,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,0**	**10,0**	**5,2**	**6,5**
NACH ARTEN								
59,2	59,4	59,5	60,3	62,9	12,9	4,1	5,5	6,1
0,9	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*−15,4*	*15,2*	—	*5,6*
58,4	*58,8*	*58,8*	*59,6*	*62,1*	*13,3*	*4,0*	*5,6*	*6,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,5	4,9	4,8	4,6	3,9	—	2,8	−2,0	0,8
1,8	*1,6*	*1,6*	*1,4*	*1,2*	*−1,2*	*4,9*	*−7,1*	*−0,7*
3,7	*3,3*	*3,2*	*3,1*	*2,7*	*0,6*	*1,8*	*0,6*	*1,5*
35,3	35,7	35,7	35,1	33,2	13,7	4,0	2,6	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,5**	**4,0**	**4,1**	**5,0**
NACH FUNKTIONEN								
0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	12,6	9,0	6,6	6,0
0,8	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*12,6*	*9,0*	*6,6*	*6,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
15,7	15,8	14,7	14,5	15,5	10,7	2,2	4,0	7,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	—	—	*14,9*
0,9	*0,9*	*0,9*	*0,9*	*0,9*	*10,3*	*10,9*	*5,7*	*7,7*
14,8	*14,9*	*13,8*	*13,6*	*14,5*	*10,5*	*1,7*	*3,9*	*7,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
81,5	81,6	83,0	83,2	82,1	10,0	11,9	5,4	6,3
77,8	*77,9*	*79,3*	*79,5*	*78,4*	*10,1*	*11,9*	*5,5*	*6,3*
3,7	*3,7*	*3,7*	*3,7*	*3,7*	*8,6*	*10,9*	*5,0*	*6,5*
2,0	1,8	1,5	1,5	1,6	−1,0	−6,0	2,5	7,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**9,9**	**10,0**	**5,2**	**6,5**
NACH QUELLEN								
32,0	35,3	35,2	35,1	35,7	23,9	3,8	3,9	5,3
20,7	16,2	16,3	16,1	14,2	−11,7	4,1	3,3	2,2
12,6	13,1	13,1	13,2	13,9	17,2	4,0	5,3	6,2
18,5	19,6	19,6	19,7	20,1	19,5	4,0	4,7	5,4
4,2	2,5	2,5	2,6	2,7	−32,9	4,3	5,4	6,2
4,3	4,4	4,4	4,5	4,8	14,9	4,0	5,6	6,7
7,7	8,8	8,9	8,7	8,6	28,8	4,8	2,2	4,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**12,5**	**4,0**	**4,1**	**5,0**

Tabelle III—142 Zusatzversicherung für einzelne Berufe **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	91	108	118	124	158
laufend	*91*	*107*	*117*	*123*	*157*
einmalig	—	*1*	*1*	*1*	*1*
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	6	7	8	8	9
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	*0*	*0*	—	*1*
Innerer Dienst	*6*	*7*	*8*	*8*	*8*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**97**	**115**	**126**	**132**	**167**
					FINANZIERUNG
Beiträge	80	90	91	96	121
Beiträge der Versicherten	*41*	*47*	*47*	*49*	*61*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*39*	*43*	*44*	*47*	*60*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	25	20	25	23	23
Aus öffentlichen Mitteln	*25*	*20*	*25*	*23*	*23*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	33	35	36	37	42
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**138**	**145**	**152**	**156**	**186**
Finanzierungssaldo	**+41**	**+30**	**+26**	**+24**	**+19**
					LEISTUNGEN
Familie	3	3	3	3	4
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	*3*	*3*	*3*	*3*	*4*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	12	13	13	14	18
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	*1*	*1*	*1*	*1*	*1*
Invalidität (allgemein)	*12*	*13*	*12*	*13*	*17*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	81	98	109	113	144
Alter	*74*	*87*	*97*	*102*	*130*
Hinterbliebene	*7*	*10*	*11*	*11*	*14*
Folgen politischer Ereignisse	1	1	1	1	2
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**97**	**115**	**126**	**132**	**167**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	50	58	59	63	78
Bund	35	26	31	30	31
Länder	1	1	1	1	2
Gemeinden	5	6	6	7	8
Sozialversicherung	2	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	45	53	53	55	68
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**138**	**145**	**152**	**156**	**186**

Finanzierung Zusatzversicherung für einzelne Berufe Tabelle III—142

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
93,8	93,8	93,6	93,9	94,6	18,7	9,3	5,1	6,0
93,8	*93,0*	*92,8*	*93,2*	*94,0*	*17,6*	*9,3*	*5,1*	*6,1*
—	*0,9*	*0,8*	*0,8*	*0,6*	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,2	6,2	6,4	6,1	5,4	18,3	14,1	−1,2	2,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	*0,1*	*0,1*	—	*0,7*	—	—	—	*61,5*
6,2	*6,1*	*6,3*	*6,1*	*4,8*	*16,7*	*14,3*	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**18,7**	**9,6**	**4,7**	**5,8**
NACH ARTEN								
58,0	62,1	59,9	61,5	65,1	12,5	1,1	5,5	5,9
29,7	*32,4*	*30,9*	*31,4*	*32,8*	*14,6*	—	*4,3*	*5,4*
28,3	*29,7*	*28,9*	*30,1*	*32,3*	*10,3*	*2,3*	*6,8*	*6,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
18,1	13,8	16,4	14,7	12,4	−20,0	25,0	−8,0	−1,7
18,1	*13,8*	*16,4*	*14,7*	*12,4*	*−20,0*	*25,0*	*−8,0*	*−1,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
23,9	24,1	23,7	23,7	22,6	6,1	2,9	2,8	3,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,1**	**4,8**	**2,6**	**4,1**
NACH FUNKTIONEN								
3,1	2,6	2,4	2,3	2,4	—	—	—	5,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,1	*2,6*	*2,4*	*2,3*	*2,4*	—	—	—	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
12,4	11,5	10,5	10,8	10,6	9,3	0,5	7,4	5,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,6	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*21,1*	*8,7*	*8,0*	*6,3*
11,9	*10,9*	*9,9*	*10,2*	*10,0*	*8,7*	*−0,0*	*7,4*	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
83,3	84,7	86,1	85,9	86,0	20,7	11,4	4,4	5,8
75,9	*75,8*	*77,3*	*77,3*	*77,5*	*18,5*	*11,8*	*4,6*	*5,9*
7,4	*9,0*	*8,8*	*8,7*	*8,5*	*43,3*	*7,8*	*2,9*	*5,0*
1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	21,1	−9,4	8,0	6,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**18,7**	**9,6**	**4,7**	**5,8**
NACH QUELLEN								
36,4	40,0	39,1	40,3	42,0	15,6	2,5	5,8	5,6
25,1	18,1	20,7	19,0	16,4	−23,9	19,7	−5,8	−0,6
0,7	1,0	0,9	0,9	0,9	41,4	2,9	2,8	3,1
3,6	4,3	4,3	4,3	4,1	27,3	2,9	2,8	3,1
1,4	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
32,8	36,5	34,9	35,4	36,6	16,9	0,3	4,1	5,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,1**	**4,8**	**2,6**	**4,1**

Tabelle III—2 Arbeitgeberleistungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	24000	24900	27000	28400	36400
laufend	*24000*	*24900*	*27000*	*28400*	*36400*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	1300	1400	1500	1600	2000
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*1300*	*1400*	*1500*	*1600*	*2000*
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**25300**	**26300**	**28500**	**30000**	**38400**
					FINANZIERUNG
Beiträge	25044	26033	28218	29688	38005
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*1134*	*1090*	*1165*	*1230*	*1587*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*23910*	*24943*	*27053*	*28458*	*36418*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	—	—	—	—	—
Aus öffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	256	267	282	312	395
insgesamt	**25300**	**26300**	**28500**	**30000**	**38400**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	920	920	1025	1025	1216
Kinder	*600*	*600*	*600*	*600*	*600*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*320*	*320*	*425*	*425*	*616*
Gesundheit	19370	20010	21655	22885	29384
Vorbeugung	*850*	*860*	*925*	*985*	*1252*
Krankheit	*15724*	*16224*	*17563*	*18553*	*23826*
Arbeitsunfall	*2404*	*2502*	*2703*	*2859*	*3667*
Invalidität (allgemein)	*392*	*424*	*464*	*488*	*640*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	4410	4770	5220	5490	7200
Alter	*4165*	*4505*	*4930*	*5185*	*6800*
Hinterbliebene	*245*	*265*	*290*	*305*	*400*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	600	600	600	600	600
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**25300**	**26300**	**28500**	**30000**	**38400**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	21983	22872	24788	26068	33326
Bund	483	499	542	572	739
Länder	1450	1497	1625	1715	2216
Gemeinden	644	665	722	762	985
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	322	333	361	381	493
Private Haushalte	161	166	181	191	246
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**25044**	**26033**	**28218**	**29688**	**38005**

Finanzierung Arbeitgeberleistungen Tabelle III—2

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
94,9	94,7	94,7	94,7	94,8	3,7	8,4	5,2	6,2
94,9	*94,7*	*94,7*	*94,7*	*94,8*	*3,7*	*8,4*	*5,2*	*6,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,1	5,3	5,3	5,3	5,2	7,7	7,1	6,7	5,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,1	*5,3*	*5,3*	*5,3*	*5,2*	*7,7*	*7,1*	*6,7*	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,0**	**8,4**	**5,3**	**6,1**
NACH ARTEN								
99,0	99,0	99,0	99,0	99,0	3,9	8,4	5,2	6,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,5	*4,1*	*4,1*	*4,1*	*4,1*	*−3,9*	*6,9*	*5,6*	*6,4*
94,5	*94,8*	*94,9*	*94,9*	*94,8*	*4,3*	*8,5*	*5,2*	*6,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	4,3	5,6	10,6	7,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,0**	**8,4**	**5,3**	**6,1**
NACH FUNKTIONEN								
3,6	3,5	3,6	3,4	3,2	—	11,4	—	3,5
2,4	*2,3*	*2,1*	*2,0*	*1,6*	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,3	*1,2*	*1,5*	*1,4*	*1,6*	—	*32,8*	—	*7,7*
76,6	76,1	76,0	76,3	76,5	3,3	8,2	5,7	6,3
3,4	*3,3*	*3,2*	*3,3*	*3,3*	*1,2*	*7,6*	*6,5*	*6,2*
62,2	*61,7*	*61,6*	*61,8*	*62,0*	*3,2*	*8,3*	*5,6*	*6,3*
9,5	*9,5*	*9,5*	*9,5*	*9,5*	*4,1*	*8,0*	*5,8*	*6,3*
1,5	*1,6*	*1,6*	*1,6*	*1,7*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
17,4	18,1	18,3	18,3	18,8	8,2	9,4	5,2	6,6
16,5	*17,1*	*17,3*	*17,3*	*17,7*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
1,0	*1,0*	*1,0*	*1,0*	*1,0*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,4	2,3	2,1	2,0	1,6	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**4,0**	**8,4**	**5,3**	**6,1**
NACH QUELLEN								
87,8	87,9	87,8	87,8	87,7	4,0	8,4	5,2	6,1
1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	3,3	8,5	5,5	6,4
5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	3,3	8,5	5,5	6,4
2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	3,3	8,5	5,5	6,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	3,3	8,5	5,5	6,4
0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	3,3	8,5	5,5	6,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**3,9**	**8,4**	**5,2**	**6,1**

Tabelle III—201 Entgeltfortzahlung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	17500	18000	19500	20600	26600
laufend	*17500*	*18000*	*19500*	*20600*	*26600*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**17500**	**18000**	**19500**	**20600**	**26600**
					FINANZIERUNG
Beiträge	17244	17733	19218	20288	26205
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*1134*	*1090*	*1165*	*1230*	*1587*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*16110*	*16643*	*18053*	*19058*	*24618*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	—	—	—	—	—
Aus öffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	256	267	282	312	395
insgesamt	**17500**	**18000**	**19500**	**20600**	**26600**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	300	300	400	400	586
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*300*	*300*	*400*	*400*	*586*
Gesundheit	17200	17700	19100	20200	26014
Vorbeugung	*700*	*700*	*750*	*800*	*1022*
Krankheit	*14604*	*15044*	*16238*	*17168*	*22116*
Arbeitsunfall	*1896*	*1956*	*2112*	*2232*	*2877*
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**17500**	**18000**	**19500**	**20600**	**26600**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	14183	14572	15788	16668	21526
Bund	483	499	542	572	739
Länder	1450	1497	1625	1715	2216
Gemeinden	644	665	722	762	985
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	322	333	361	381	493
Private Haushalte	161	166	181	191	246
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**17244**	**17733**	**19218**	**20288**	**26205**

Finanzierung Entgeltfortzahlung Tabelle III—201

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	2,9	8,3	5,6	6,4
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*2,9*	*8,3*	*5,6*	*6,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**2,9**	**8,3**	**5,6**	**6,4**
NACH ARTEN								
98,5	98,5	98,6	98,5	98,5	2,8	8,4	5,6	6,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,5	*6,1*	*6,0*	*6,0*	*6,0*	*−3,9*	*6,9*	*5,6*	*6,4*
92,1	*92,5*	*92,6*	*92,5*	*92,6*	*3,3*	*8,5*	*5,6*	*6,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	4,3	5,6	10,6	7,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**2,9**	**8,3**	**5,6**	**6,4**
NACH FUNKTIONEN								
1,7	1,7	2,1	1,9	2,2	—	33,3	—	7,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,7	*1,7*	*2,1*	*1,9*	*2,2*	—	*33,3*	—	*7,9*
98,3	98,3	97,9	98,1	97,8	2,9	7,9	5,8	6,4
4,0	*3,9*	*3,8*	*3,9*	*3,8*	—	*7,1*	*6,7*	*6,4*
83,5	*83,6*	*83,3*	*83,3*	*83,1*	*3,0*	*7,9*	*5,7*	*6,4*
10,8	*10,9*	*10,8*	*10,8*	*10,8*	*3,2*	*8,0*	*5,7*	*6,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**2,9**	**8,3**	**5,6**	**6,4**
NACH QUELLEN								
82,2	82,2	82,2	82,2	82,1	2,7	8,3	5,6	6,4
2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	3,3	8,5	5,5	6,4
8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	3,3	8,5	5,5	6,4
3,7	3,8	3,8	3,8	3,8	3,3	8,5	5,5	6,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	3,3	8,5	5,5	6,4
0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	3,3	8,5	5,5	6,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**2,8**	**8,4**	**5,6**	**6,4**

Tabelle III—229 Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	6500	6900	7500	7800	9800
laufend	*6500*	*6900*	*7500*	*7800*	*9800*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	1300	1400	1500	1600	2000
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*1300*	*1400*	*1500*	*1600*	*2000*
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**7800**	**8300**	**9000**	**9400**	**11800**
					FINANZIERUNG
Beiträge	7800	8300	9000	9400	11800
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*7800*	*8300*	*9000*	*9400*	*11800*
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	—	—	—	—	—
Aus öffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**7800**	**8300**	**9000**	**9400**	**11800**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	620	620	625	625	630
Kinder	*600*	*600*	*600*	*600*	*600*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	*20*	*20*	*25*	*25*	*30*
Gesundheit	2170	2310	2555	2685	3370
Vorbeugung	*150*	*160*	*175*	*185*	*230*
Krankheit	*1120*	*1180*	*1325*	*1385*	*1710*
Arbeitsunfall	*508*	*546*	*591*	*627*	*790*
Invalidität (allgemein)	*392*	*424*	*464*	*488*	*640*
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	4410	4770	5220	5490	7200
Alter	*4165*	*4505*	*4930*	*5185*	*6800*
Hinterbliebene	*245*	*265*	*290*	*305*	*400*
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	600	600	600	600	600
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**7800**	**8300**	**9000**	**9400**	**11800**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	7800	8300	9000	9400	11800
Bund	—	—	—	—	—
Länder	—	—	—	—	—
Gemeinden	—	—	—	—	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**7800**	**8300**	**9000**	**9400**	**11800**

Finanzierung Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen Tabelle III—229

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
83,3	83,1	83,3	83,0	83,1	6,2	8,7	4,0	5,5
83,3	*83,1*	*83,3*	*83,0*	*83,1*	*6,2*	*8,7*	*4,0*	*5,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
16,7	16,9	16,7	17,0	16,9	7,7	7,1	6,7	5,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
16,7	*16,9*	*16,7*	*17,0*	*16,9*	*7,7*	*7,1*	*6,7*	*5,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,4**	**8,4**	**4,4**	**5,6**
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,4	8,4	4,4	5,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*6,4*	*8,4*	*4,4*	*5,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,4**	**8,4**	**4,4**	**5,6**
NACH FUNKTIONEN								
7,9	7,5	6,9	6,6	5,3	—	0,8	—	0,2
7,7	*7,2*	*6,7*	*6,4*	*5,1*	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	—	*25,0*	—	*3,7*
27,8	27,8	28,4	28,6	28,6	6,5	10,6	5,1	5,7
1,9	*1,9*	*1,9*	*2,0*	*1,9*	*6,7*	*9,4*	*5,7*	*5,6*
14,4	*14,2*	*14,7*	*14,7*	*14,5*	*5,4*	*12,3*	*4,5*	*5,2*
6,5	*6,6*	*6,6*	*6,7*	*6,7*	*7,5*	*8,2*	*6,1*	*6,0*
5,0	*5,1*	*5,2*	*5,2*	*5,4*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
56,5	57,5	58,0	58,4	61,0	8,2	9,4	5,2	6,6
53,4	*54,3*	*54,8*	*55,2*	*57,6*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
3,1	*3,2*	*3,2*	*3,2*	*3,4*	*8,2*	*9,4*	*5,2*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
7,7	7,2	6,7	6,4	5,1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,4**	**8,4**	**4,4**	**5,6**
NACH QUELLEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,4	8,4	4,4	5,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,4**	**8,4**	**4,4**	**5,6**

Tabelle III—3 Entschädigungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	12966	13402	13930	14224	14812
laufend	*12627*	*13086*	*13661*	*13929*	*14592*
einmalig	*339*	*316*	*269*	*295*	*220*
Sachleistungen	1568	1656	1705	1828	1901
Barerstattungen	*965*	*999*	*1028*	*1103*	*1155*
Waren- und Dienstleistungen	*603*	*657*	*677*	*725*	*746*
Allgemeine Dienste und Leistungen	989	1030	1029	1118	1162
Zuschüsse	*57*	*80*	*67*	*90*	*68*
Maßnahmen	*248*	*265*	*261*	*306*	*304*
Innerer Dienst	*684*	*685*	*701*	*722*	*790*
Verrechnungen	283	300	302	334	421
insgesamt	**15806**	**16388**	**16966**	**17504**	**18296**
					FINANZIERUNG
Beiträge	4	4	3	3	2
Beiträge der Versicherten	*4*	*4*	*3*	*3*	*2*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	14766	15314	15875	16425	18294
Aus öffentlichen Mitteln	*14766*	*15314*	*15875*	*16425*	*18294*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	1036	1070	1088	1076	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**15806**	**16388**	**16966**	**17504**	**18296**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	848	746	754	780	823
Kinder	*392*	*341*	*367*	*364*	*449*
Ehegatte	*427*	*384*	*359*	*380*	*341*
Mutterschaft	*29*	*21*	*29*	*36*	*33*
Gesundheit	525	504	546	528	620
Vorbeugung	*180*	*111*	*172*	*123*	*228*
Krankheit	*268*	*313*	*293*	*309*	*282*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	*78*	*81*	*81*	*96*	*110*
Beschäftigung	38	48	32	52	42
Berufliche Bildung	*38*	*48*	*32*	*52*	*42*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	7372	7859	8251	8504	8702
Alter	*7342*	*7830*	*8223*	*8473*	*8669*
Hinterbliebene	*30*	*28*	*28*	*31*	*33*
Folgen politischer Ereignisse	6354	6518	6669	6868	7267
Wohnen	13	13	15	14	14
Sparförderung	80	96	99	98	93
Allgemeine Lebenshilfen	293	305	297	326	315
insgesamt	**15523**	**16088**	**16664**	**17170**	**17875**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1035	1069	1087	1075	—
Bund	12315	12887	13460	13907	15779
Länder	2178	2157	2253	2228	2313
Gemeinden	272	270	162	290	202
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	5	5	4	4	2
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**15806**	**16388**	**16966**	**17504**	**18296**

Finanzierung Entschädigungen Tabelle III—3

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
82,0	81,8	82,1	81,3	81,0	3,4	3,9	2,1	1,2
79,9	*79,9*	*80,5*	*79,6*	*79,8*	*3,6*	*4,4*	*2,0*	*1,3*
2,1	*1,9*	*1,6*	*1,7*	*1,2*	*−6,8*	*−14,9*	*9,7*	*−3,9*
9,9	10,1	10,0	10,4	10,4	5,6	3,0	7,2	2,2
6,1	*6,1*	*6,1*	*6,3*	*6,3*	*3,5*	*2,9*	*7,3*	*2,4*
3,8	*4,0*	*4,0*	*4,1*	*4,1*	*9,0*	*3,0*	*7,1*	*2,0*
6,3	6,3	6,1	6,4	6,4	4,1	−0,1	8,6	2,5
0,4	*0,5*	*0,4*	*0,5*	*0,4*	*40,4*	*−16,3*	*34,3*	*0,3*
1,6	*1,6*	*1,5*	*1,7*	*1,7*	*6,9*	*−1,5*	*17,2*	*3,1*
4,3	*4,2*	*4,1*	*4,1*	*4,3*	*0,1*	*2,3*	*3,0*	*2,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**3,7**	**3,5**	**3,2**	**1,5**
NACH ARTEN								
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	−25,0	—	−7,8
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	*−25,0*	—	*−7,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
93,4	93,4	93,6	93,8	100,0	3,7	3,7	3,5	2,9
93,4	*93,4*	*93,6*	*93,8*	*100,0*	*3,7*	*3,7*	*3,5*	*2,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,6	6,5	6,4	6,1	—	3,3	1,7	−1,1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**3,7**	**3,5**	**3,2**	**1,5**
NACH FUNKTIONEN								
5,5	4,6	4,5	4,5	4,6	−12,1	1,2	3,4	1,7
2,5	*2,1*	*2,2*	*2,1*	*2,5*	*−13,1*	*7,7*	*−0,9*	*4,1*
2,7	*2,4*	*2,2*	*2,2*	*1,9*	*−10,1*	*−6,5*	*6,0*	*−1,0*
0,2	*0,1*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*−27,4*	*34,5*	*25,7*	*3,0*
3,4	3,1	3,3	3,1	3,5	−4,0	8,4	−3,3	2,6
1,2	*0,7*	*1,0*	*0,7*	*1,3*	*−38,2*	*54,8*	*−28,5*	*5,9*
1,7	*1,9*	*1,8*	*1,8*	*1,6*	*16,8*	*−6,2*	*5,4*	*−0,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,5	*0,5*	*0,5*	*0,6*	*0,6*	*3,2*	*1,1*	*18,3*	*6,1*
0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	28,1	−32,6	61,3	5,3
0,2	*0,3*	*0,2*	*0,3*	*0,2*	*28,1*	*−32,6*	*61,3*	*5,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
47,5	48,8	49,5	49,5	48,7	6,6	5,0	3,1	1,1
47,3	*48,7*	*49,3*	*49,3*	*48,5*	*6,6*	*5,0*	*3,0*	*1,1*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*−4,9*	*−1,6*	*11,5*	*3,2*
40,9	40,5	40,0	40,0	40,7	2,6	2,3	3,0	1,7
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	—	15,4	−6,7	−1,4
0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	19,1	3,9	−1,3	−1,3
1,9	1,9	1,8	1,9	1,8	4,2	−2,7	9,7	1,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**3,6**	**3,6**	**3,0**	**1,4**
NACH QUELLEN								
6,5	6,5	6,4	6,1	—	3,3	1,7	−1,1	—
77,9	78,6	79,3	79,4	86,2	4,6	4,4	3,3	3,2
13,8	13,2	13,3	12,7	12,6	−1,0	4,5	−1,1	0,5
1,7	1,6	1,0	1,7	1,1	−1,0	−39,8	78,6	4,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	−20,0	—	−12,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**3,7**	**3,5**	**3,2**	**1,5**

Tabelle III—301 Kriegsopferversorgung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	8928	9509	10082	10380	11265
laufend	*8786*	*9377*	*9995*	*10256*	*11144*
einmalig	*142*	*132*	*87*	*124*	*121*
Sachleistungen	1248	1288	1330	1451	1542
Barerstattungen	*660*	*648*	*669*	*742*	*796*
Waren- und Dienstleistungen	*588*	*640*	*661*	*709*	*746*
Allgemeine Dienste und Leistungen	704	756	762	847	911
Zuschüsse	*57*	*80*	*67*	*90*	*68*
Maßnahmen	*157*	*181*	*177*	*222*	*219*
Innerer Dienst	*490*	*495*	*518*	*535*	*624*
Verrechnungen	255	270	272	303	389
insgesamt	**11135**	**11823**	**12446**	**12981**	**14107**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	11134	11822	12445	12980	14107
Aus öffentlichen Mitteln	*11134*	*11822*	*12445*	*12980*	*14107*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	1	1	1	1	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**11135**	**11823**	**12446**	**12981**	**14107**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	428	385	453	451	516
Kinder	*343*	*304*	*344*	*335*	*423*
Ehegatte	*69*	*70*	*94*	*92*	*72*
Mutterschaft	*17*	*10*	*16*	*24*	*21*
Gesundheit	480	452	495	476	591
Vorbeugung	*180*	*111*	*172*	*123*	*228*
Krankheit	*222*	*261*	*241*	*257*	*253*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	*78*	*81*	*81*	*96*	*110*
Beschäftigung	36	46	30	50	40
Berufliche Bildung	*36*	*46*	*30*	*50*	*40*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	4838	5322	5746	6022	6413
Alter	*4824*	*5308*	*5733*	*6006*	*6395*
Hinterbliebene	*14*	*14*	*13*	*16*	*18*
Folgen politischer Ereignisse	5048	5298	5413	5614	6110
Wohnen	2	2	2	2	2
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	48	48	35	63	46
insgesamt	**10880**	**11553**	**12174**	**12678**	**13718**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	10328	11011	11615	12062	13093
Länder	645	666	704	752	852
Gemeinden	161	145	126	166	162
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	1	1	1	1	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**11135**	**11823**	**12446**	**12981**	**14107**

Finanzierung Kriegsopferversorgung Tabelle III—301

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
80,2	80,4	81,0	80,0	79,9	6,5	6,0	3,0	2,2
78,9	*79,3*	*80,3*	*79,0*	*79,0*	*6,7*	*6,6*	*2,6*	*2,2*
1,3	*1,1*	*0,7*	*1,0*	*0,9*	*−7,0*	*−34,1*	*42,5*	*6,8*
11,2	10,9	10,7	11,2	10,9	3,2	3,3	9,1	3,0
5,9	*5,5*	*5,4*	*5,7*	*5,6*	*−1,8*	*3,2*	*10,9*	*3,5*
5,3	*5,4*	*5,3*	*5,5*	*5,3*	*8,8*	*3,3*	*7,3*	*2,4*
6,3	6,4	6,1	6,5	6,5	7,4	0,8	11,2	3,6
0,5	*0,7*	*0,5*	*0,7*	*0,5*	*40,4*	*−16,3*	*34,3*	*0,3*
1,4	*1,5*	*1,4*	*1,7*	*1,6*	*15,3*	*−2,2*	*25,4*	*4,4*
4,4	*4,2*	*4,2*	*4,1*	*4,4*	*1,0*	*4,6*	*3,3*	*3,8*
2,3	2,3	2,2	2,3	2,8	5,9	0,7	11,4	7,4
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,2**	**5,3**	**4,3**	**2,5**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,2	5,3	4,3	2,5
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*6,2*	*5,3*	*4,3*	*2,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,2**	**5,3**	**4,3**	**2,5**
NACH FUNKTIONEN								
3,9	3,3	3,7	3,6	3,8	−10,2	17,9	−0,6	2,6
3,2	*2,6*	*2,8*	*2,6*	*3,1*	*−11,2*	*12,9*	*−2,6*	*4,2*
0,6	*0,6*	*0,8*	*0,7*	*0,5*	*2,2*	*33,9*	*−2,2*	*−5,1*
0,2	*0,1*	*0,1*	*0,2*	*0,2*	*−40,3*	*56,0*	*53,2*	*6,1*
4,4	3,9	4,1	3,8	4,3	−5,8	9,4	−3,7	3,6
1,7	*1,0*	*1,4*	*1,0*	*1,7*	*−38,2*	*54,8*	*−28,5*	*5,9*
2,0	*2,3*	*2,0*	*2,0*	*1,8*	*17,3*	*−7,4*	*6,5*	*0,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,7	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*0,8*	*3,2*	*1,1*	*18,3*	*6,1*
0,3	0,4	0,2	0,4	0,3	29,7	−34,0	65,3	5,6
0,3	*0,4*	*0,2*	*0,4*	*0,3*	*29,7*	*−34,0*	*65,3*	*5,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
44,5	46,1	47,2	47,5	46,7	10,0	8,0	4,8	2,2
44,3	*45,9*	*47,1*	*47,4*	*46,6*	*10,0*	*8,0*	*4,8*	*2,2*
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*4,0*	*−8,8*	*23,1*	*6,7*
46,4	45,9	44,5	44,3	44,5	5,0	2,2	3,7	2,5
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	0,4	0,3	0,5	0,3	−0,2	−27,5	79,1	5,4
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,2**	**5,4**	**4,1**	**2,4**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
92,8	93,1	93,3	92,9	92,8	6,6	5,5	3,8	2,4
5,8	5,6	5,7	5,8	6,0	3,3	5,7	6,8	3,9
1,4	1,2	1,0	1,3	1,1	−9,9	−13,1	31,7	5,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,2**	**5,3**	**4,3**	**2,5**

Tabelle III—302 Lastenausgleich **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	1533	1560	1574	1557	1385
laufend	*1514*	*1537*	*1542*	*1533*	*1374*
einmalig	*19*	*23*	*32*	*24*	*11*
Sachleistungen	179	179	180	184	188
Barerstattungen	*179*	*179*	*180*	*184*	*188*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	106	106	106	106	96
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*40*	*40*	*40*	*40*	*40*
Innerer Dienst	*66*	*66*	*66*	*66*	*56*
Verrechnungen	28	30	30	31	32
insgesamt	**1846**	**1875**	**1890**	**1878**	**1701**
					FINANZIERUNG
Beiträge	4	4	3	3	2
Beiträge der Versicherten	*4*	*4*	*3*	*3*	*2*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	807	802	800	800	1699
Aus öffentlichen Mitteln	*807*	*802*	*800*	*800*	*1699*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	1035	1069	1087	1075	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1846**	**1875**	**1890**	**1878**	**1701**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	192	191	191	190	185
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	*192*	*191*	*191*	*190*	*185*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	6	5	5	5	5
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	*6*	*5*	*5*	*5*	*5*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1386	1401	1411	1397	1253
Alter	*1370*	*1387*	*1396*	*1382*	*1238*
Hinterbliebene	*16*	*14*	*15*	*15*	*15*
Folgen politischer Ereignisse	108	111	113	113	103
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	126	137	140	142	124
insgesamt	**1818**	**1845**	**1860**	**1847**	**1669**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	1035	1069	1087	1075	—
Bund	292	262	282	262	1189
Länder	448	456	518	454	510
Gemeinden	67	84	—	84	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	4	4	3	3	2
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**1846**	**1875**	**1890**	**1878**	**1701**

Finanzierung Lastenausgleich Tabelle III—302

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
83,0	83,2	83,3	82,9	81,4	1,8	0,9	−1,1	−2,5
82,0	*82,0*	*81,6*	*81,6*	*80,8*	*1,5*	*0,3*	*−0,6*	*−2,3*
1,0	*1,2*	*1,7*	*1,3*	*0,6*	*21,1*	*39,1*	*−25,0*	*−19,2*
9,7	9,5	9,5	9,8	11,1	—	0,6	2,2	0,9
9,7	*9,5*	*9,5*	*9,8*	*11,1*	—	*0,6*	*2,2*	*0,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,7	5,7	5,6	5,6	5,6	—	—	—	−2,0
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,2	*2,1*	*2,1*	*2,1*	*2,4*	—	—	—	—
3,6	*3,5*	*3,5*	*3,5*	*3,3*	—	—	—	*−3,2*
1,5	1,6	1,6	1,7	1,9	7,1	—	3,3	1,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,6**	**0,8**	**−0,6**	**−2,1**
NACH ARTEN								
0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	—	−25,0	—	−7,8
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,1*	—	*−25,0*	—	*−7,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
43,7	42,8	42,3	42,6	99,9	−0,6	−0,2	—	16,3
43,7	*42,8*	*42,3*	*42,6*	*99,9*	*−0,6*	*−0,2*	—	*16,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
56,1	57,0	57,5	57,2	—	3,3	1,7	−1,1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,6**	**0,8**	**−0,6**	**−2,1**
NACH FUNKTIONEN								
10,6	10,3	10,3	10,3	11,1	−0,8	0,2	−0,4	−0,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
10,6	*10,3*	*10,3*	*10,3*	*11,1*	*−0,8*	*0,2*	*−0,4*	*−0,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	−16,7	—	0,2	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*−16,7*	—	*0,2*	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
76,2	76,0	75,8	75,6	75,1	1,1	0,7	−1,0	−2,3
75,4	*75,2*	*75,0*	*74,8*	*74,2*	*1,3*	*0,6*	*−1,0*	*−2,4*
0,9	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,9*	*−12,5*	*5,7*	*1,4*	*−0,3*
5,9	6,0	6,1	6,1	6,2	2,9	1,8	0,2	−1,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,9	7,4	7,5	7,7	7,4	8,9	2,6	0,9	−2,5
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,5**	**0,8**	**−0,7**	**−2,1**
NACH QUELLEN								
56,1	57,0	57,5	57,2	—	3,3	1,7	−1,1	—
15,8	14,0	14,9	14,0	69,9	−10,3	7,6	−7,1	33,3
24,3	24,3	27,4	24,2	30,0	1,8	13,6	−12,4	−0,3
3,6	4,5	—	4,5	—	25,2	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	—	−25,0	—	−7,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,6**	**0,8**	**−0,6**	**−2,1**

Tabelle III—303 Wiedergutmachung **Leistungen und**

Millionen DM

	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	2125	2028	2026	2006	1887
laufend	*2032*	*1955*	*1960*	*1950*	*1884*
einmalig	*93*	*73*	*66*	*56*	*3*
Sachleistungen	24	25	24	24	3
Barerstattungen	*9*	*8*	*8*	*8*	*3*
Waren- und Dienstleistungen	*15*	*17*	*16*	*16*	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	129	122	120	120	110
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*39*	*36*	*36*	*36*	*36*
Innerer Dienst	*90*	*86*	*84*	*84*	*74*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2278**	**2175**	**2170**	**2150**	**2000**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	2278	2175	2170	2150	2000
Aus öffentlichen Mitteln	*2278*	*2175*	*2170*	*2150*	*2000*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2278**	**2175**	**2170**	**2150**	**2000**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	5	5	4	4	4
Kinder	*5*	*5*	*4*	*4*	*4*
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	21	22	21	21	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	*21*	*22*	*21*	*21*	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	2	2	2	2	2
Berufliche Bildung	*2*	*2*	*2*	*2*	*2*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1148	1135	1094	1085	1036
Alter	*1148*	*1135*	*1094*	*1085*	*1036*
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	1102	1011	1049	1038	958
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2278**	**2175**	**2170**	**2150**	**2000**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	1198	1145	1144	1133	1054
Länder	1080	1030	1026	1017	945
Gemeinden	—	—	—	—	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**2278**	**2175**	**2170**	**2150**	**2000**

Finanzierung Wiedergutmachung Tabelle III—303

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
93,3	93,2	93,4	93,3	94,3	−4,6	−0,1	−1,0	−1,4
89,2	*89,9*	*90,3*	*90,7*	*94,2*	*−3,8*	*0,3*	*−0,5*	*−0,8*
4,1	*3,4*	*3,0*	*2,6*	*0,1*	*−21,5*	*−9,6*	*−15,2*	*−46,1*
1,1	1,1	1,1	1,1	0,1	4,2	−4,0	—	−34,0
0,4	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,1*	*−11,1*	—	—	*−17,8*
0,7	*0,8*	*0,7*	*0,7*	—	*13,3*	*−5,9*	—	—
5,7	5,6	5,5	5,6	5,5	−5,4	−1,6	—	−1,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,7	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,8*	*−7,7*	—	—	—
4,0	*4,0*	*3,9*	*3,9*	*3,7*	*−4,4*	*−2,3*	—	*−2,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−4,5**	**−0,2**	**−0,9**	**−1,6**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−4,5	−0,2	−0,9	−1,6
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−4,5*	*−0,2*	*−0,9*	*−1,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−4,5**	**−0,2**	**−0,9**	**−1,6**
NACH FUNKTIONEN								
0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	—	−20,0	—	—
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	—	*−20,0*	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,9	1,0	1,0	1,0	—	4,8	−4,5	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,9	*1,0*	*1,0*	*1,0*	—	*4,8*	*−4,5*	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—	—	—
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
50,4	52,2	50,4	50,5	51,8	−1,1	−3,6	−0,9	−1,1
50,4	*52,2*	*50,4*	*50,5*	*51,8*	*−1,1*	*−3,6*	*−0,9*	*−1,1*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
48,4	46,5	48,3	48,3	47,9	−8,3	3,7	−1,0	−1,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−4,5**	**−0,2**	**−0,9**	**−1,6**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
52,6	52,7	52,7	52,7	52,7	−4,4	−0,1	−1,0	−1,6
47,4	47,3	47,3	47,3	47,3	−4,6	−0,3	−0,9	−1,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−4,5**	**−0,2**	**−0,9**	**−1,6**

Tabelle III—309 Sonstige Entschädigungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	380	305	248	281	275
laufend	*295*	*217*	*164*	*190*	*190*
einmalig	*85*	*88*	*84*	*91*	*85*
Sachleistungen	117	164	171	169	168
Barerstattungen	*117*	*164*	*171*	*169*	*168*
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	50	46	41	45	45
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*12*	*8*	*8*	*8*	*9*
Innerer Dienst	*38*	*38*	*33*	*37*	*36*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**547**	**515**	**460**	**495**	**488**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	547	515	460	495	488
Aus öffentlichen Mitteln	*547*	*515*	*460*	*495*	*488*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**547**	**515**	**460**	**495**	**488**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	223	165	106	136	118
Kinder	*44*	*31*	*19*	*25*	*21*
Ehegatte	*166*	*123*	*74*	*99*	*84*
Mutterschaft	*13*	*11*	*13*	*12*	*12*
Gesundheit	18	25	26	26	24
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	*18*	*25*	*26*	*26*	*24*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	96	98	94	102	96
Wohnen	11	11	13	12	12
Sparförderung	80	96	99	98	93
Allgemeine Lebenshilfen	119	120	122	121	145
insgesamt	**547**	**515**	**460**	**495**	**488**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	497	469	419	450	443
Länder	6	5	5	5	5
Gemeinden	44	41	36	40	40
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**547**	**515**	**460**	**495**	**488**

Finanzierung Sonstige Entschädigungen Tabelle III—309

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
69,5	59,2	53,9	56,8	56,4	−19,7	−18,7	13,3	2,1
53,9	*42,1*	*35,7*	*38,4*	*38,9*	*−26,4*	*−24,4*	*15,9*	*3,0*
15,5	*17,1*	*18,3*	*18,4*	*17,4*	*3,5*	*−4,5*	*8,3*	*0,2*
21,4	31,8	37,2	34,1	34,4	40,2	4,3	−1,2	−0,4
21,4	*31,8*	*37,2*	*34,1*	*34,4*	*40,2*	*4,3*	*−1,2*	*−0,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
9,1	8,9	8,9	9,1	9,2	−8,0	−10,9	9,8	1,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,2	*1,6*	*1,7*	*1,6*	*1,8*	*−33,3*	—	—	*2,4*
6,9	*7,4*	*7,2*	*7,5*	*7,4*	—	*−13,2*	*12,1*	*1,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−5,9**	**−10,7**	**7,6**	**1,2**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−5,9	−10,7	7,6	1,2
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−5,9*	*−10,7*	*7,6*	*1,2*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−5,9**	**−10,7**	**7,6**	**1,2**
NACH FUNKTIONEN								
40,7	32,1	23,1	27,4	24,1	−25,7	−35,7	27,5	2,0
8,0	*6,0*	*4,1*	*5,0*	*4,4*	*−29,1*	*−38,7*	*29,9*	*2,4*
30,4	*23,9*	*16,1*	*19,9*	*17,2*	*−26,0*	*−39,7*	*32,9*	*2,5*
2,3	*2,2*	*2,9*	*2,5*	*2,5*	*−10,4*	*15,5*	*−6,9*	*−1,3*
3,4	4,9	5,6	5,3	4,9	35,6	3,1	0,7	−1,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,4	*4,9*	*5,6*	*5,3*	*4,9*	*35,6*	*3,1*	*0,7*	*−1,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
17,6	19,0	20,4	20,6	19,7	2,1	−4,1	8,5	0,4
2,0	2,1	2,8	2,4	2,5	—	18,2	−7,7	−1,6
14,7	18,5	21,6	19,8	19,1	19,1	3,9	−1,3	−1,3
21,7	23,3	26,4	24,5	29,8	1,2	1,3	−0,1	3,7
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−5,9**	**−10,7**	**7,6**	**1,2**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
90,9	91,1	91,1	90,9	90,8	−5,6	−10,7	7,4	1,1
1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	−7,3	−13,2	9,1	1,8
8,1	7,9	7,9	8,1	8,2	−8,1	−10,6	9,8	1,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−5,9**	**−10,7**	**7,6**	**1,2**

Tabelle III—4 Soziale Hilfen und Dienste **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	21127	21576	23412	22530	22472
laufend	*20533*	*20950*	*22729*	*21798*	*21531*
einmalig	*594*	*626*	*683*	*732*	*941*
Sachleistungen	5907	6681	7381	8134	12061
Barerstattungen	*735*	*876*	*919*	*992*	*1540*
Waren- und Dienstleistungen	*5172*	*5805*	*6462*	*7142*	*10521*
Allgemeine Dienste und Leistungen	4543	4991	5433	5962	8066
Zuschüsse	*917*	*1002*	*1099*	*1197*	*1620*
Maßnahmen	*2501*	*2756*	*3000*	*3290*	*4431*
Innerer Dienst	*1125*	*1233*	*1334*	*1475*	*2015*
Verrechnungen	3	4	5	5	7
insgesamt	**31580**	**33252**	**36231**	**36631**	**42606**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	30176	31574	34597	34850	40222
Aus öffentlichen Mitteln	*25212*	*26511*	*29422*	*29602*	*35624*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*4964*	*5063*	*5175*	*5248*	*4598*
Sonstige Einnahmen	1373	1645	1601	1747	2347
Verrechnungen	31	33	33	34	37
insgesamt	**31580**	**33252**	**36231**	**36631**	**42606**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	2947	3301	3607	3951	5447
Kinder	*2791*	*3127*	*3406*	*3713*	*5113*
Ehegatte	*92*	*100*	*118*	*145*	*183*
Mutterschaft	*64*	*74*	*83*	*93*	*150*
Gesundheit	6908	7542	8334	8865	13266
Vorbeugung	*1465*	*1531*	*1615*	*1707*	*2127*
Krankheit	*1909*	*1883*	*2029*	*2409*	*3341*
Arbeitsunfall	*99*	*97*	*108*	*128*	*147*
Invalidität (allgemein)	*3435*	*4030*	*4582*	*4621*	*7651*
Beschäftigung	3580	3504	3709	5092	5968
Berufliche Bildung	*3567*	*3502*	*3707*	*5088*	*5966*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	*12*	*2*	*2*	*4*	*2*
Alter und Hinterbliebene	1842	2367	2615	2503	3631
Alter	*1838*	*2363*	*2609*	*2499*	*3625*
Hinterbliebene	*4*	*4*	*6*	*4*	*6*
Folgen politischer Ereignisse	32	25	32	28	43
Wohnen	1798	1760	1596	2121	1931
Sparförderung	13386	13613	15097	12730	10560
Allgemeine Lebenshilfen	1084	1136	1236	1336	1753
insgesamt	**31577**	**33248**	**36226**	**36626**	**42599**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	5171	5300	5407	5503	4922
Bund	7301	7638	9272	7531	6923
Länder	7726	7525	7569	8344	9483
Gemeinden	10114	11277	12509	13653	19153
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	50	49	50	51	45
Private Haushalte	1186	1429	1390	1515	2041
Übrige Welt	1	1	1	—	2
insgesamt	**31549**	**33219**	**36198**	**36597**	**42569**

Finanzierung Soziale Hilfen und Dienste Tabelle III—4

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
66,9	64,9	64,6	61,5	52,7	2,1	8,5	−3,8	−0,8
65,0	*63,0*	*62,7*	*59,5*	*50,5*	*2,0*	*8,5*	*−4,1*	*−1,1*
1,9	*1,9*	*1,9*	*2,0*	*2,2*	*5,4*	*9,1*	*7,2*	*6,6*
18,7	20,1	20,4	22,2	28,3	13,1	10,5	10,2	10,3
2,3	*2,6*	*2,5*	*2,7*	*3,6*	*19,2*	*4,9*	*7,9*	*10,9*
16,4	*17,5*	*17,8*	*19,5*	*24,7*	*12,2*	*11,3*	*10,5*	*10,2*
14,4	15,0	15,0	16,3	18,9	9,9	8,9	9,7	8,2
2,9	*3,0*	*3,0*	*3,3*	*3,8*	*9,3*	*9,7*	*8,9*	*8,1*
7,9	*8,3*	*8,3*	*9,0*	*10,4*	*10,2*	*8,9*	*9,7*	*8,1*
3,6	*3,7*	*3,7*	*4,0*	*4,7*	*9,6*	*8,2*	*10,6*	*8,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,3**	**9,0**	**1,1**	**3,3**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
95,6	95,0	95,5	95,1	94,4	4,6	9,6	0,7	3,1
79,8	*79,7*	*81,2*	*80,8*	*83,6*	*5,2*	*11,0*	*0,6*	*3,9*
15,7	*15,2*	*14,3*	*14,3*	*10,8*	*2,0*	*2,2*	*1,4*	*−2,3*
4,3	4,9	4,4	4,8	5,5	19,8	−2,7	9,1	8,0
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	6,5	—	3,0	2,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,3**	**9,0**	**1,1**	**3,3**
NACH FUNKTIONEN								
9,3	9,9	10,0	10,8	12,8	12,0	9,3	9,5	8,6
8,8	*9,4*	*9,4*	*10,1*	*12,0*	*12,0*	*8,9*	*9,0*	*8,5*
0,3	*0,3*	*0,3*	*0,4*	*0,4*	*9,3*	*17,9*	*23,1*	*9,1*
0,2	*0,2*	*0,2*	*0,3*	*0,4*	*16,3*	*11,6*	*12,2*	*12,6*
21,9	22,7	23,0	24,2	31,1	9,2	10,5	6,4	9,7
4,6	*4,6*	*4,5*	*4,7*	*5,0*	*4,5*	*5,5*	*5,7*	*5,7*
6,0	*5,7*	*5,6*	*6,6*	*7,8*	*−1,3*	*7,8*	*18,7*	*10,5*
0,3	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*−2,1*	*10,7*	*18,7*	*6,4*
10,9	*12,1*	*12,6*	*12,6*	*18,0*	*17,3*	*13,7*	*0,9*	*10,8*
11,3	10,5	10,2	13,9	14,0	−2,1	5,8	37,3	10,0
11,3	*10,5*	*10,2*	*13,9*	*14,0*	*−1,8*	*5,8*	*37,3*	*10,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*−84,0*	—	*100,0*	—
5,8	7,1	7,2	6,8	8,5	28,5	10,5	−4,3	6,8
5,8	*7,1*	*7,2*	*6,8*	*8,5*	*28,6*	*10,4*	*−4,2*	*6,8*
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	—	*50,0*	*−33,3*	—
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	−21,0	25,4	−9,9	6,6
5,7	5,3	4,4	5,8	4,5	−2,1	−9,3	32,9	3,9
42,4	40,9	41,7	34,8	24,8	1,7	10,9	−15,7	−6,9
3,4	3,4	3,4	3,6	4,1	4,8	8,8	8,1	7,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,3**	**9,0**	**1,1**	**3,3**
NACH QUELLEN								
16,4	16,0	14,9	15,0	11,6	2,5	2,0	1,8	−1,9
23,1	23,0	25,6	20,6	16,3	4,6	21,4	−18,8	−5,7
24,5	22,7	20,9	22,8	22,3	−2,6	0,6	10,2	4,6
32,1	33,9	34,6	37,3	45,0	11,5	10,9	9,1	8,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	−2,0	2,0	2,0	−2,1
3,8	4,3	3,8	4,1	4,8	20,5	−2,7	9,0	8,0
0,0	0,0	0,0	—	0,0	27,8	−5,8	—	10,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**5,3**	**9,0**	**1,1**	**3,3**

Tabelle III—401 Sozialhilfe **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	3358	3808	4215	4572	6186
laufend	*2764*	*3182*	*3532*	*3840*	*5245*
einmalig	*594*	*626*	*683*	*732*	*941*
Sachleistungen	4346	4968	5545	6171	9371
Barerstattungen	*529*	*656*	*677*	*710*	*979*
Waren- und Dienstleistungen	*3817*	*4312*	*4868*	*5461*	*8392*
Allgemeine Dienste und Leistungen	905	1025	1137	1249	1806
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*385*	*435*	*477*	*539*	*746*
Innerer Dienst	*520*	*590*	*660*	*710*	*1060*
Verrechnungen	3	4	5	5	7
insgesamt	**8612**	**9805**	**10902**	**11997**	**17370**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	7706	8687	9849	10803	15723
Aus öffentlichen Mitteln	*7706*	*8687*	*9849*	*10803*	*15723*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	875	1085	1020	1160	1610
Verrechnungen	31	33	33	34	37
insgesamt	**8612**	**9805**	**10902**	**11997**	**17370**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	221	251	271	311	381
Kinder	*153*	*171*	*184*	*204*	*257*
Ehegatte	*61*	*70*	*78*	*96*	*109*
Mutterschaft	*7*	*9*	*9*	*10*	*15*
Gesundheit	5380	5917	6614	7046	11002
Vorbeugung	*132*	*120*	*124*	*132*	*168*
Krankheit	*1713*	*1669*	*1801*	*2165*	*3036*
Arbeitsunfall	*99*	*97*	*108*	*128*	*147*
Invalidität (allgemein)	*3435*	*4030*	*4582*	*4621*	*7651*
Beschäftigung	730	851	948	1657	1791
Berufliche Bildung	*717*	*849*	*946*	*1653*	*1789*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	*12*	*2*	*2*	*4*	*2*
Alter und Hinterbliebene	1842	2367	2615	2503	3631
Alter	*1838*	*2363*	*2609*	*2499*	*3625*
Hinterbliebene	*4*	*4*	*6*	*4*	*6*
Folgen politischer Ereignisse	32	25	32	28	43
Wohnen	1	1	1	1	1
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	404	389	416	447	514
insgesamt	**8609**	**9801**	**10897**	**11992**	**17363**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	112	137	129	148	208
Bund	42	40	50	56	50
Länder	1533	1729	1960	2149	3135
Gemeinden	6131	6918	7839	8598	12538
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	762	947	890	1012	1400
Übrige Welt	1	1	1	—	2
insgesamt	**8581**	**9772**	**10869**	**11963**	**17333**

Finanzierung Sozialhilfe Tabelle III—401

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
39,0	38,8	38,7	38,1	35,6	13,4	10,7	8,5	8,0
32,1	*32,5*	*32,4*	*32,0*	*30,2*	*15,1*	*11,0*	*8,7*	*8,2*
6,9	*6,4*	*6,3*	*6,1*	*5,4*	*5,4*	*9,1*	*7,2*	*6,6*
50,5	50,7	50,9	51,4	53,9	14,3	11,6	11,3	11,1
6,1	*6,7*	*6,2*	*5,9*	*5,6*	*24,0*	*3,2*	*4,9*	*7,7*
44,3	*44,0*	*44,7*	*45,5*	*48,3*	*13,0*	*12,9*	*12,2*	*11,5*
10,5	10,5	10,4	10,4	10,4	13,3	10,9	9,9	9,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,5	*4,4*	*4,4*	*4,5*	*4,3*	*13,0*	*9,7*	*13,0*	*9,4*
6,0	*6,0*	*6,1*	*5,9*	*6,1*	*13,5*	*11,9*	*7,6*	*9,9*
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	33,3	25,0	—	7,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,9**	**11,2**	**10,0**	**9,8**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
89,5	88,6	90,3	90,0	90,5	12,7	13,4	9,7	9,8
89,5	*88,6*	*90,3*	*90,0*	*90,5*	*12,7*	*13,4*	*9,7*	*9,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
10,2	11,1	9,4	9,7	9,3	24,0	−6,0	13,7	9,6
0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	6,5	—	3,0	2,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,9**	**11,2**	**10,0**	**9,8**
NACH FUNKTIONEN								
2,6	2,6	2,5	2,6	2,2	13,7	8,0	14,6	7,0
1,8	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,5*	*12,4*	*7,4*	*11,1*	*6,9*
0,7	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*0,6*	*15,4*	*10,6*	*23,5*	*6,9*
0,1	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*28,6*	—	*11,1*	*10,8*
62,5	60,4	60,7	58,8	63,4	10,0	11,8	6,5	10,7
1,5	*1,2*	*1,1*	*1,1*	*1,0*	*−9,4*	*3,4*	*6,5*	*6,2*
19,9	*17,0*	*16,5*	*18,1*	*17,5*	*−2,6*	*7,9*	*20,2*	*11,0*
1,2	*1,0*	*1,0*	*1,1*	*0,8*	*−2,1*	*10,7*	*18,7*	*6,4*
39,9	*41,1*	*42,0*	*38,5*	*44,1*	*17,3*	*13,7*	*0,9*	*10,8*
8,5	8,7	8,7	13,8	10,3	16,6	11,4	74,7	13,6
8,3	*8,7*	*8,7*	*13,8*	*10,3*	*18,4*	*11,4*	*74,7*	*13,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,1	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*−84,0*	—	*100,0*	—
21,4	24,1	24,0	20,9	20,9	28,5	10,5	−4,3	6,8
21,3	*24,1*	*23,9*	*20,8*	*20,9*	*28,6*	*10,4*	*−4,2*	*6,8*
0,0	*0,0*	*0,1*	*0,0*	*0,0*	—	*50,0*	*−33,3*	—
0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	−21,0	25,4	−9,9	6,6
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,7	4,0	3,8	3,7	3,0	−3,6	6,7	7,6	4,3
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,8**	**11,2**	**10,0**	**9,8**
NACH QUELLEN								
1,3	1,4	1,2	1,2	1,2	22,1	−5,8	15,0	10,1
0,5	0,4	0,5	0,5	0,3	−4,8	25,0	12,0	—
17,9	17,7	18,0	18,0	18,1	12,8	13,3	9,7	9,8
71,5	70,8	72,1	71,9	72,3	12,8	13,3	9,7	9,8
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
8,9	9,7	8,2	8,5	8,1	24,3	−6,0	13,7	9,5
0,0	0,0	0,0	—	0,0	27,8	−5,8	—	10,1
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**13,9**	**11,2**	**10,1**	**9,8**

Tabelle III—402 Jugendhilfe **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	101	96	108	122	176
laufend	*101*	*96*	*108*	*122*	*176*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	1561	1713	1836	1963	2690
Barerstattungen	*206*	*220*	*242*	*282*	*561*
Waren- und Dienstleistungen	*1355*	*1493*	*1594*	*1681*	*2129*
Allgemeine Dienste und Leistungen	2043	2292	2542	2809	3950
Zuschüsse	*827*	*910*	*1005*	*1101*	*1516*
Maßnahmen	*976*	*1107*	*1237*	*1378*	*1964*
Innerer Dienst	*240*	*275*	*300*	*330*	*470*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3705**	**4101**	**4486**	**4894**	**6816**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	3487	3832	4206	4619	6431
Aus öffentlichen Mitteln	*3487*	*3832*	*4206*	*4619*	*6431*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	218	269	280	275	385
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**3705**	**4101**	**4486**	**4894**	**6816**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	2726	3050	3336	3640	5066
Kinder	*2639*	*2955*	*3222*	*3508*	*4857*
Ehegatte	*31*	*30*	*40*	*49*	*74*
Mutterschaft	*57*	*65*	*74*	*83*	*135*
Gesundheit	188	195	200	219	264
Vorbeugung	*153*	*153*	*155*	*168*	*204*
Krankheit	*35*	*42*	*45*	*51*	*60*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	110	109	130	146	246
Berufliche Bildung	*110*	*109*	*130*	*146*	*246*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	680	746	821	888	1239
insgesamt	**3705**	**4101**	**4486**	**4894**	**6816**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	7	7	20	20	20
Länder	527	580	636	698	976
Gemeinden	2953	3245	3550	3901	5435
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	218	269	280	275	385
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**3705**	**4101**	**4486**	**4894**	**6816**

Finanzierung Jugendhilfe Tabelle III—402

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
2,7	2,3	2,4	2,5	2,6	−5,0	12,5	13,0	10,3
2,7	*2,3*	*2,4*	*2,5*	*2,6*	*−5,0*	*12,5*	*13,0*	*10,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
42,1	41,8	40,9	40,1	39,5	9,7	7,2	6,9	7,9
5,6	*5,4*	*5,4*	*5,8*	*8,2*	*6,8*	*10,0*	*16,5*	*18,3*
36,6	*36,4*	*35,5*	*34,3*	*31,2*	*10,2*	*6,8*	*5,5*	*6,0*
55,1	55,9	56,7	57,4	58,0	12,2	10,9	10,5	9,2
22,3	*22,2*	*22,4*	*22,5*	*22,2*	*10,0*	*10,4*	*9,6*	*8,6*
26,3	*27,0*	*27,6*	*28,2*	*28,8*	*13,4*	*11,7*	*11,4*	*9,7*
6,5	*6,7*	*6,7*	*6,7*	*6,9*	*14,6*	*9,1*	*10,0*	*9,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,7**	**9,4**	**9,1**	**8,7**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
94,1	93,4	93,8	94,4	94,4	9,9	9,8	9,8	8,9
94,1	*93,4*	*93,8*	*94,4*	*94,4*	*9,9*	*9,8*	*9,8*	*8,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,9	6,6	6,2	5,6	5,6	23,4	4,1	−1,8	6,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,7**	**9,4**	**9,1**	**8,7**
NACH FUNKTIONEN								
73,6	74,4	74,4	74,4	74,3	11,9	9,4	9,1	8,7
71,2	*72,1*	*71,8*	*71,7*	*71,3*	*12,0*	*9,0*	*8,9*	*8,6*
0,8	*0,7*	*0,9*	*1,0*	*1,1*	*−2,9*	*34,9*	*22,4*	*13,0*
1,5	*1,6*	*1,6*	*1,7*	*2,0*	*14,8*	*13,2*	*12,4*	*12,9*
5,1	4,8	4,5	4,5	3,9	3,5	2,5	9,7	5,7
4,1	*3,7*	*3,4*	*3,4*	*3,0*	*−0,5*	*1,3*	*8,6*	*5,7*
0,9	*1,0*	*1,0*	*1,0*	*0,9*	*20,7*	*7,0*	*13,5*	*5,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,0	2,7	2,9	3,0	3,6	−0,7	18,7	12,6	13,7
3,0	*2,7*	*2,9*	*3,0*	*3,6*	*−0,7*	*18,7*	*12,6*	*13,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
18,4	18,2	18,3	18,2	18,2	9,7	9,9	8,3	8,6
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,7**	**9,4**	**9,1**	**8,7**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	—	185,7	—	—
14,2	14,2	14,2	14,3	14,3	10,1	9,5	9,9	9,0
79,7	79,1	79,1	79,7	79,7	9,9	9,4	9,9	8,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,9	6,6	6,2	5,6	5,6	23,4	4,1	−1,8	6,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,7**	**9,4**	**9,1**	**8,7**

Tabelle III—403 Ausbildungsförderung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	2627	2439	2523	3154	3770
laufend	*2627*	*2439*	*2523*	*3154*	*3770*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	113	105	108	136	160
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*30*	*28*	*28*	*36*	*43*
Innerer Dienst	*83*	*77*	*80*	*100*	*117*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2740**	**2544**	**2631**	**3290**	**3930**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	2740	2544	2631	3290	3930
Aus öffentlichen Mitteln	*2740*	*2544*	*2631*	*3290*	*3930*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2740**	**2544**	**2631**	**3290**	**3930**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	2740	2544	2631	3290	3930
Berufliche Bildung	*2740*	*2544*	*2631*	*3290*	*3930*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**2740**	**2544**	**2631**	**3290**	**3930**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	1708	1585	1640	2050	2450
Länder	1032	959	991	1240	1480
Gemeinden	—	—	—	—	—
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**2740**	**2544**	**2631**	**3290**	**3930**

Finanzierung Ausbildungsförderung Tabelle III—403

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
95,9	95,9	95,9	95,9	95,9	−7,2	3,4	25,0	8,4
95,9	*95,9*	*95,9*	*95,9*	*95,9*	*−7,2*	*3,4*	*25,0*	*8,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	−7,1	2,9	25,9	8,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	*1,1*	*1,1*	*1,1*	*1,1*	*−6,7*	—	*28,6*	*9,0*
3,0	*3,0*	*3,0*	*3,0*	*3,0*	*−7,2*	*3,9*	*25,0*	*7,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−7,2**	**3,4**	**25,0**	**8,4**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−7,2	3,4	25,0	8,4
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−7,2*	*3,4*	*25,0*	*8,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−7,2**	**3,4**	**25,0**	**8,4**
NACH FUNKTIONEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−7,2	3,4	25,0	8,4
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−7,2*	*3,4*	*25,0*	*8,4*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−7,2**	**3,4**	**25,0**	**8,4**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	−7,2	3,5	25,0	8,4
37,7	37,7	37,7	37,7	37,7	−7,1	3,3	25,1	8,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−7,2**	**3,4**	**25,0**	**8,4**

Tabelle III—404 Wohngeld **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	1655	1620	1469	1952	1780
laufend	*1655*	*1620*	*1469*	*1952*	*1780*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	142	139	126	168	150
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	*41*	*41*	*37*	*49*	*44*
Innerer Dienst	*101*	*98*	*89*	*119*	*106*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1797**	**1759**	**1595**	**2120**	**1930**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	1797	1759	1595	2120	1930
Aus öffentlichen Mitteln	*1797*	*1759*	*1595*	*2120*	*1930*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1797**	**1759**	**1595**	**2120**	**1930**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	1797	1759	1595	2120	1930
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1797**	**1759**	**1595**	**2120**	**1930**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	825	808	734	976	890
Länder	922	902	817	1085	987
Gemeinden	50	49	44	59	53
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**1797**	**1759**	**1595**	**2120**	**1930**

Finanzierung Wohngeld Tabelle III—404

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
92,1	92,1	92,1	92,1	92,2	−2,1	−9,3	32,9	3,9
92,1	*92,1*	*92,1*	*92,1*	*92,2*	*−2,1*	*−9,3*	*32,9*	*3,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
7,9	7,9	7,9	7,9	7,8	−2,1	−9,4	33,3	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,3	*2,3*	*2,3*	*2,3*	*2,3*	—	*−9,8*	*32,4*	*3,5*
5,6	*5,6*	*5,6*	*5,6*	*5,5*	*−3,0*	*−9,2*	*33,7*	*3,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−2,1**	**−9,3**	**32,9**	**3,9**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−2,1	−9,3	32,9	3,9
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−2,1*	*−9,3*	*32,9*	*3,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−2,1**	**−9,3**	**32,9**	**3,9**
NACH FUNKTIONEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−2,1	−9,3	32,9	3,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−2,1**	**−9,3**	**32,9**	**3,9**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
45,9	45,9	46,0	46,0	46,1	−2,1	−9,2	33,0	3,9
51,3	51,3	51,2	51,2	51,2	−2,2	−9,5	32,8	3,9
2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	−2,1	−9,4	33,3	3,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−2,1**	**−9,3**	**32,9**	**3,9**

Tabelle III—405 Öffentlicher Gesundheitsdienst **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	—	—	—	—	—
laufend	—	—	—	—	—
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	1340	1430	1520	1600	2000
Zuschüsse	*90*	*92*	*94*	*96*	*104*
Maßnahmen	*1069*	*1145*	*1221*	*1288*	*1634*
Innerer Dienst	*181*	*193*	*205*	*216*	*262*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1340**	**1430**	**1520**	**1600**	**2000**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	1060	1139	1219	1288	1648
Aus öffentlichen Mitteln	*1060*	*1139*	*1219*	*1288*	*1648*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	280	291	301	312	352
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1340**	**1430**	**1520**	**1600**	**2000**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	1340	1430	1520	1600	2000
Vorbeugung	*1180*	*1258*	*1337*	*1407*	*1755*
Krankheit	*160*	*172*	*183*	*193*	*245*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**1340**	**1430**	**1520**	**1600**	**2000**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	74	78	81	84	96
Bund	53	57	61	64	82
Länder	551	592	634	670	857
Gemeinden	456	490	524	554	709
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	206	213	220	228	256
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**1340**	**1430**	**1520**	**1600**	**2000**

Finanzierung Öffentlicher Gesundheitsdienst Tabelle III—405

	Struktur in %					Wachstum in %			
	1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN									
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,7	6,3	5,3	5,6
	6,7	*6,4*	*6,2*	*6,0*	*5,2*	*2,2*	*2,2*	*2,1*	*2,0*
	79,8	*80,1*	*80,3*	*80,5*	*81,7*	*7,1*	*6,6*	*5,5*	*6,0*
	13,5	*13,5*	*13,5*	*13,5*	*13,1*	*6,6*	*6,2*	*5,4*	*5,0*
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,7**	**6,3**	**5,3**	**5,6**
NACH ARTEN									
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	79,1	79,7	80,2	80,5	82,4	7,5	7,0	5,7	6,2
	79,1	*79,7*	*80,2*	*80,5*	*82,4*	*7,5*	*7,0*	*5,7*	*6,2*
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	20,9	20,3	19,8	19,5	17,6	3,9	3,4	3,7	3,2
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,7**	**6,3**	**5,3**	**5,6**
NACH FUNKTIONEN									
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,7	6,3	5,3	5,6
	88,0	*88,0*	*88,0*	*87,9*	*87,7*	*6,7*	*6,2*	*5,2*	*5,6*
	12,0	*12,0*	*12,0*	*12,1*	*12,3*	*7,1*	*6,6*	*5,5*	*6,0*
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,7**	**6,3**	**5,3**	**5,6**
NACH QUELLEN									
	5,5	5,5	5,3	5,3	4,8	5,4	3,8	3,7	3,5
	4,0	4,0	4,0	4,0	4,1	7,5	7,0	5,7	6,2
	41,1	41,4	41,7	41,9	42,8	7,5	7,0	5,7	6,2
	34,0	34,2	34,5	34,6	35,4	7,5	7,0	5,7	6,2
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15,4	14,9	14,5	14,3	12,8	3,4	3,3	3,6	3,1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**6,7**	**6,3**	**5,3**	**5,6**

Tabelle III—406 Vermögensbildung **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	13386	13613	15097	12730	10560
laufend	*13386*	*13613*	*15097*	*12730*	*10560*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**13386**	**13613**	**15097**	**12730**	**10560**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	13386	13613	15097	12730	10560
Aus öffentlichen Mitteln	*8422*	*8550*	*9922*	*7482*	*5962*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*4964*	*5063*	*5175*	*5248*	*4598*
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**13386**	**13613**	**15097**	**12730**	**10560**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	—	—	—	—	—
Sparförderung	13386	13613	15097	12730	10560
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**13386**	**13613**	**15097**	**12730**	**10560**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	4985	5085	5197	5271	4618
Bund	4666	5141	6767	4365	3431
Länder	3161	2762	2532	2501	2049
Gemeinden	525	576	551	542	418
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	50	49	50	51	45
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**13386**	**13613**	**15097**	**12730**	**10560**

Finanzierung Vermögensbildung Tabelle III—406

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	1,7	10,9	−15,7	−6,9
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*1,7*	*10,9*	*−15,7*	*−6,9*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,7**	**10,9**	**−15,7**	**−6,9**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	1,7	10,9	−15,7	−6,9
62,9	*62,8*	*65,7*	*58,8*	*56,5*	*1,5*	*16,0*	*−24,6*	*−9,7*
37,1	*37,2*	*34,3*	*41,2*	*43,5*	*2,0*	*2,2*	*1,4*	*−2,3*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,7**	**10,9**	**−15,7**	**−6,9**
NACH FUNKTIONEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	1,7	10,9	−15,7	−6,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,7**	**10,9**	**−15,7**	**−6,9**
NACH QUELLEN								
37,2	37,4	34,4	41,4	43,7	2,0	2,2	1,4	−2,3
34,9	37,8	44,8	34,3	32,5	10,2	31,6	−35,5	−12,7
23,6	20,3	16,8	19,6	19,4	−12,6	−8,3	−1,2	−4,2
3,9	4,2	3,6	4,3	4,0	9,8	−4,4	−1,6	−5,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	−2,0	2,0	2,0	−2,1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**1,7**	**10,9**	**−15,7**	**−6,9**

Tabelle III—001 Direkte Leistungen insgesamt — **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	212666	226954	243472	255893	313350
laufend	*211139*	*225316*	*241666*	*253941*	*311124*
einmalig	*1527*	*1638*	*1806*	*1952*	*2226*
Sachleistungen	69899	75751	79584	84639	107322
Barerstattungen	*9581*	*9615*	*10078*	*10718*	*12217*
Waren- und Dienstleistungen	*60318*	*66136*	*69506*	*73921*	*95104*
Allgemeine Dienste und Leistungen	18061	18881	20263	22054	28147
Zuschüsse	*1706*	*1830*	*2226*	*2598*	*3061*
Maßnahmen	*7652*	*7954*	*8412*	*9119*	*11609*
Innerer Dienst	*8703*	*9097*	*9625*	*10337*	*13477*
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**300626**	**321586**	**343320**	**362586**	**448819**
					FINANZIERUNG
Beiträge	195949	217054	231286	243402	328354
Beiträge der Versicherten	*69235*	*78353*	*82755*	*87588*	*113582*
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	*74461*	*83621*	*90030*	*94220*	*121921*
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	*52248*	*55075*	*58496*	*61589*	*79143*
Beiträge der Rentner	*5*	*5*	*5*	*5*	*13708*
Zuweisungen	94619	96980	100224	106406	123109
Aus öffentlichen Mitteln	*87521*	*89814*	*92956*	*98984*	*115862*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	*7098*	*7166*	*7268*	*7422*	*7247*
Sonstige Einnahmen	9699	9716	9596	8428	8398
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**300267**	**323750**	**341107**	**358236**	**459861**
Finanzierungssaldo	**−359**	**+2164**	**−2213**	**−4350**	**+11042**
					LEISTUNGEN
Familie	31160	31434	32146	34479	37639
Kinder	*24757*	*24954*	*25346*	*27320*	*29011*
Ehegatte	*4241*	*4226*	*4432*	*4712*	*5629*
Mutterschaft	*2162*	*2253*	*2367*	*2447*	*2999*
Gesundheit	104781	112556	119694	126597	162287
Vorbeugung	*6772*	*6767*	*7115*	*7534*	*9433*
Krankheit	*78131*	*83905*	*88439*	*93739*	*118555*
Arbeitsunfall	*8435*	*9091*	*9706*	*10247*	*12944*
Invalidität (allgemein)	*11444*	*12793*	*14434*	*15078*	*21354*
Beschäftigung	20149	18399	18123	21184	24585
Berufliche Bildung	*7544*	*7129*	*7032*	*9317*	*10779*
Sonstige Mobilität	*2069*	*2176*	*2776*	*3022*	*3358*
Arbeitslosigkeit	*10536*	*9093*	*8315*	*8845*	*10448*
Alter und Hinterbliebene	119919	133546	146010	154357	199717
Alter	*112387*	*125222*	*136723*	*144558*	*187014*
Hinterbliebene	*7532*	*8324*	*9287*	*9799*	*12703*
Folgen politischer Ereignisse	7313	8041	8202	8457	8793
Wohnen	2412	2376	2216	2741	2552
Sparförderung	13466	13709	15196	12828	10653
Allgemeine Lebenshilfen	1425	1525	1731	1942	2592
insgesamt	**300625**	**321585**	**343319**	**362585**	**448818**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	100240	109509	117093	121102	152384
Bund	76364	77651	80919	85434	98548
Länder	28520	29901	30538	32582	39984
Gemeinden	19809	21629	22855	24606	32931
Sozialversicherung	1113	944	1124	1022	1187
Private Organisationen	2162	2384	2543	2655	3398
Private Haushalte	71899	81581	85870	90684	131215
Übrige Welt	161	151	164	151	212
insgesamt	**300266**	**323750**	**341106**	**358235**	**459860**

Finanzierung Direkte Leistungen insgesamt Tabelle III—001

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
70,7	70,6	70,9	70,6	69,8	6,7	7,3	5,1	5,2
70,2	*70,1*	*70,4*	*70,0*	*69,3*	*6,7*	*7,3*	*5,1*	*5,2*
0,5	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*7,3*	*10,3*	*8,1*	*4,3*
23,3	23,6	23,2	23,3	23,9	8,4	5,1	6,4	6,2
3,2	*3,0*	*2,9*	*3,0*	*2,7*	*0,4*	*4,8*	*6,3*	*3,9*
20,1	*20,6*	*20,2*	*20,4*	*21,2*	*9,6*	*5,1*	*6,4*	*6,5*
6,0	5,9	5,9	6,1	6,3	4,5	7,3	8,8	6,8
0,6	*0,6*	*0,6*	*0,7*	*0,7*	*7,3*	*21,6*	*16,7*	*6,6*
2,5	*2,5*	*2,5*	*2,5*	*2,6*	*3,9*	*5,8*	*8,4*	*6,7*
2,9	*2,8*	*2,8*	*2,9*	*3,0*	*4,5*	*5,8*	*7,4*	*7,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,0**	**6,8**	**5,6**	**5,5**
NACH ARTEN								
65,3	67,0	67,8	67,9	71,4	10,8	6,6	5,2	7,3
23,1	*24,2*	*24,3*	*24,4*	*24,7*	*13,2*	*5,6*	*5,8*	*6,5*
24,8	*25,8*	*26,4*	*26,3*	*26,5*	*12,3*	*7,7*	*4,7*	*6,3*
17,4	*17,0*	*17,1*	*17,2*	*17,2*	*5,4*	*6,2*	*5,3*	*6,2*
0,0	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*3,0*	—	*4,0*	*−3,8*	*383,3*
31,5	30,0	29,4	29,7	26,8	2,5	3,3	6,2	4,2
29,1	*27,7*	*27,3*	*27,6*	*25,2*	*2,6*	*3,5*	*6,5*	*4,5*
2,4	*2,2*	*2,1*	*2,1*	*1,6*	*1,0*	*1,4*	*2,1*	*−0,1*
3,2	3,0	2,8	2,4	1,8	0,2	−1,2	−12,2	−2,6
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,8**	**5,4**	**5,0**	**6,2**
NACH FUNKTIONEN								
10,4	9,8	9,4	9,5	8,4	0,9	2,3	7,3	3,2
8,2	*7,8*	*7,4*	*7,5*	*6,5*	*0,8*	*1,6*	*7,8*	*2,7*
1,4	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*−0,3*	*4,9*	*6,3*	*4,9*
0,7	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*4,2*	*5,0*	*3,4*	*4,8*
34,9	35,0	34,9	34,9	36,2	7,4	6,3	5,8	6,3
2,3	*2,1*	*2,1*	*2,1*	*2,1*	*−0,1*	*5,1*	*5,9*	*5,8*
26,0	*26,1*	*25,8*	*25,9*	*26,4*	*7,4*	*5,4*	*6,0*	*6,0*
2,8	*2,8*	*2,8*	*2,8*	*2,9*	*7,8*	*6,8*	*5,6*	*5,9*
3,8	*4,0*	*4,2*	*4,2*	*4,8*	*11,8*	*12,8*	*4,5*	*8,1*
6,7	5,7	5,3	5,8	5,5	−8,7	−1,5	16,9	6,3
2,5	*2,2*	*2,0*	*2,6*	*2,4*	*−5,5*	*−1,4*	*32,5*	*8,9*
0,7	*0,7*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*5,2*	*27,6*	*8,9*	*3,9*
3,5	*2,8*	*2,4*	*2,4*	*2,3*	*−13,7*	*−8,6*	*6,4*	*4,7*
39,9	41,5	42,5	42,6	44,5	11,4	9,3	5,7	6,5
37,4	*38,9*	*39,8*	*39,9*	*41,7*	*11,4*	*9,2*	*5,7*	*6,5*
2,5	*2,6*	*2,7*	*2,7*	*2,8*	*10,5*	*11,6*	*5,5*	*6,5*
2,4	2,5	2,4	2,3	2,0	10,0	2,0	3,1	1,4
0,8	0,7	0,6	0,8	0,6	−1,5	−6,7	23,7	2,9
4,5	4,3	4,4	3,5	2,4	1,8	10,9	−15,6	−6,9
0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	7,0	13,5	12,2	8,4
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,0**	**6,8**	**5,6**	**5,5**
NACH QUELLEN								
33,4	33,8	34,3	33,8	33,1	9,2	6,9	3,4	5,4
25,4	24,0	23,7	23,8	21,4	1,7	4,2	5,6	4,0
9,5	9,2	9,0	9,1	8,7	4,8	2,1	6,7	5,5
6,6	6,7	6,7	6,9	7,2	9,2	5,7	7,7	7,6
0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	−15,2	19,1	−9,1	1,1
0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	10,3	6,6	4,4	6,0
23,9	25,2	25,2	25,3	28,5	13,5	5,3	5,6	8,9
0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	−6,0	8,5	−8,1	5,2
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**7,8**	**5,4**	**5,0**	**6,2**

Tabelle III—5 Indirekte Leistungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	29596	32202	35923	40259	59160
laufend	*29596*	*32202*	*35923*	*40259*	*59160*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**29596**	**32202**	**35923**	**40259**	**59160**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	29596	32202	35923	40259	59160
Aus öffentlichen Mitteln	*29596*	*32202*	*35923*	*40259*	*59160*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**29596**	**32202**	**35923**	**40259**	**59160**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	18434	20550	23143	26015	40593
Kinder	*208*	*214*	*209*	*177*	*211*
Ehegatte	*18226*	*20336*	*22934*	*25839*	*40383*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	449	456	445	474	548
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	*74*	*77*	*64*	*76*	*104*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	*375*	*380*	*381*	*398*	*444*
Beschäftigung	424	444	796	882	1098
Berufliche Bildung	*424*	*444*	*796*	*882*	*1098*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1741	1842	1879	1990	2371
Alter	*1741*	*1842*	*1879*	*1990*	*2371*
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	272	273	283	289	310
Wohnen	5289	5323	5594	6247	8103
Sparförderung	2810	3130	3630	4180	5890
Allgemeine Lebenshilfen	177	183	154	182	248
insgesamt	**29596**	**32202**	**35923**	**40259**	**59160**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	11631	12745	14273	16072	23782
Länder	13500	14583	16234	18153	26681
Gemeinden	4464	4875	5416	6034	8697
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**29596**	**32202**	**35923**	**40259**	**59160**

Finanzierung Indirekte Leistungen Tabelle III—5

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	8,8	11,6	12,1	10,5
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*8,8*	*11,6*	*12,1*	*10,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,8**	**11,6**	**12,1**	**10,5**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	8,8	11,6	12,1	10,5
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*8,8*	*11,6*	*12,1*	*10,5*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,8**	**11,6**	**12,1**	**10,5**
NACH FUNKTIONEN								
62,3	63,8	64,4	64,6	68,6	11,5	12,6	12,4	11,9
0,7	*0,7*	*0,6*	*0,4*	*0,4*	*2,9*	*−2,2*	*−15,6*	*0,1*
61,6	*63,2*	*63,8*	*64,2*	*68,3*	*11,6*	*12,8*	*12,7*	*12,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,5	1,4	1,2	1,2	0,9	1,6	−2,5	6,5	4,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*3,1*	*−16,2*	*18,2*	*10,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,3	*1,2*	*1,1*	*1,0*	*0,8*	*1,3*	*0,3*	*4,6*	*3,1*
1,4	1,4	2,2	2,2	1,9	4,7	79,3	10,8	6,6
1,4	*1,4*	*2,2*	*2,2*	*1,9*	*4,7*	*79,3*	*10,8*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5,9	5,7	5,2	4,9	4,0	5,8	2,0	5,9	4,8
5,9	*5,7*	*5,2*	*4,9*	*4,0*	*5,8*	*2,0*	*5,9*	*4,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,9	0,8	0,8	0,7	0,5	0,5	3,4	2,4	1,9
17,9	16,5	15,6	15,5	13,7	0,6	5,1	11,7	7,7
9,5	9,7	10,1	10,4	10,0	11,4	16,0	15,2	10,2
0,6	0,6	0,4	0,5	0,4	3,6	−16,1	18,2	10,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,8**	**11,6**	**12,1**	**10,5**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
39,3	39,6	39,7	39,9	40,2	9,6	12,0	12,6	10,8
45,6	45,3	45,2	45,1	45,1	8,0	11,3	11,8	10,4
15,1	15,1	15,1	15,0	14,7	9,2	11,1	11,4	9,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**8,8**	**11,6**	**12,1**	**10,5**

Tabelle III—501 Steuerermäßigungen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	25417	28029	31529	35262	52507
laufend	*25417*	*28029*	*31529*	*35262*	*52507*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**25417**	**28029**	**31529**	**35262**	**52507**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	25417	28029	31529	35262	52507
Aus öffentlichen Mitteln	*25417*	*28029*	*31529*	*35262*	*52507*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**25417**	**28029**	**31529**	**35262**	**52507**
Finanzierungssaldo	—	—	—	—	—
					LEISTUNGEN
Familie	18434	20550	23143	26015	40593
Kinder	*208*	*214*	*209*	*177*	*211*
Ehegatte	*18226*	*20336*	*22934*	*25839*	*40383*
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	449	456	445	474	548
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	*74*	*77*	*64*	*76*	*104*
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	*375*	*380*	*381*	*398*	*444*
Beschäftigung	424	444	796	882	1098
Berufliche Bildung	*424*	*444*	*796*	*882*	*1098*
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	1741	1842	1879	1990	2371
Alter	*1741*	*1842*	*1879*	*1990*	*2371*
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	272	273	283	289	310
Wohnen	1110	1150	1200	1250	1450
Sparförderung	2810	3130	3630	4180	5890
Allgemeine Lebenshilfen	177	183	154	182	248
insgesamt	**25417**	**28029**	**31529**	**35262**	**52507**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	10164	11262	12737	14387	21693
Länder	10833	11950	13445	14941	22300
Gemeinden	4419	4817	5347	5934	8513
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**25417**	**28029**	**31529**	**35262**	**52507**

Finanzierung Steuerermäßigungen Tabelle III—501

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	10,3	12,5	11,8	10,7
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*10,3*	*12,5*	*11,8*	*10,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,3**	**12,5**	**11,8**	**10,7**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	10,3	12,5	11,8	10,7
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*10,3*	*12,5*	*11,8*	*10,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,3**	**12,5**	**11,8**	**10,7**
NACH FUNKTIONEN								
72,5	73,3	73,4	73,8	77,3	11,5	12,6	12,4	11,9
0,8	*0,8*	*0,7*	*0,5*	*0,4*	*2,9*	*−2,2*	*−15,6*	*0,1*
71,7	*72,6*	*72,7*	*73,3*	*76,9*	*11,6*	*12,8*	*12,7*	*12,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	1,6	1,4	1,3	1,0	1,6	−2,5	6,5	4,3
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3	*0,3*	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*3,1*	*−16,2*	*18,2*	*10,0*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,5	*1,4*	*1,2*	*1,1*	*0,8*	*1,3*	*0,3*	*4,6*	*3,1*
1,7	1,6	2,5	2,5	2,1	4,7	79,3	10,8	6,6
1,7	*1,6*	*2,5*	*2,5*	*2,1*	*4,7*	*79,3*	*10,8*	*6,6*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
6,9	6,6	6,0	5,6	4,5	5,8	2,0	5,9	4,8
6,9	*6,6*	*6,0*	*5,6*	*4,5*	*5,8*	*2,0*	*5,9*	*4,8*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,1	1,0	0,9	0,8	0,6	0,5	3,4	2,4	1,9
4,4	4,1	3,8	3,5	2,8	3,6	4,3	4,2	3,9
11,1	11,2	11,5	11,9	11,2	11,4	16,0	15,2	10,2
0,7	0,7	0,5	0,5	0,5	3,6	−16,1	18,2	10,0
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,3**	**12,5**	**11,8**	**10,7**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
40,0	40,2	40,4	40,8	41,3	10,8	13,1	13,0	11,2
42,6	42,6	42,6	42,4	42,5	10,3	12,5	11,1	10,6
17,4	17,2	17,0	16,8	16,2	9,0	11,0	11,0	9,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**10,3**	**12,5**	**11,8**	**10,7**

Tabelle III—502 Vergünstigungen im Wohnungswesen **Leistungen und**

	Millionen DM				
	1975	1976	1977	1978	1982
					LEISTUNGEN
Einkommensleistungen	4179	4173	4394	4997	6653
laufend	*4179*	*4173*	*4394*	*4997*	*6653*
einmalig	—	—	—	—	—
Sachleistungen	—	—	—	—	—
Barerstattungen	—	—	—	—	—
Waren- und Dienstleistungen	—	—	—	—	—
Allgemeine Dienste und Leistungen	—	—	—	—	—
Zuschüsse	—	—	—	—	—
Maßnahmen	—	—	—	—	—
Innerer Dienst	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**4179**	**4173**	**4394**	**4997**	**6653**
					FINANZIERUNG
Beiträge	—	—	—	—	—
Beiträge der Versicherten	—	—	—	—	—
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	—	—	—	—	—
Beiträge der Rentner	—	—	—	—	—
Zuweisungen	4179	4173	4394	4997	6653
Aus öffentlichen Mitteln	*4179*	*4173*	*4394*	*4997*	*6653*
Aus nichtöffentlichen Mitteln	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Verrechnungen	—	—	—	—	—
insgesamt	**4179**	**4173**	**4394**	**4997**	**6653**
Finanzierungssaldo	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**
					LEISTUNGEN
Familie	—	—	—	—	—
Kinder	—	—	—	—	—
Ehegatte	—	—	—	—	—
Mutterschaft	—	—	—	—	—
Gesundheit	—	—	—	—	—
Vorbeugung	—	—	—	—	—
Krankheit	—	—	—	—	—
Arbeitsunfall	—	—	—	—	—
Invalidität (allgemein)	—	—	—	—	—
Beschäftigung	—	—	—	—	—
Berufliche Bildung	—	—	—	—	—
Sonstige Mobilität	—	—	—	—	—
Arbeitslosigkeit	—	—	—	—	—
Alter und Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Alter	—	—	—	—	—
Hinterbliebene	—	—	—	—	—
Folgen politischer Ereignisse	—	—	—	—	—
Wohnen	4179	4173	4394	4997	6653
Sparförderung	—	—	—	—	—
Allgemeine Lebenshilfen	—	—	—	—	—
insgesamt	**4179**	**4173**	**4394**	**4997**	**6653**
					FINANZIERUNG
Unternehmen	—	—	—	—	—
Bund	1467	1482	1536	1685	2089
Länder	2667	2633	2789	3212	4380
Gemeinden	45	58	69	100	184
Sozialversicherung	—	—	—	—	—
Private Organisationen	—	—	—	—	—
Private Haushalte	—	—	—	—	—
Übrige Welt	—	—	—	—	—
insgesamt	**4179**	**4173**	**4394**	**4997**	**6653**

Finanzierung Vergünstigungen im Wohnungswesen Tabelle III—502

Struktur in %					Wachstum in %			
1975	1976	1977	1978	1982	1975/76	1976/77	1977/78	1977/82 JD
NACH ARTEN								
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−0,1	5,3	13,7	8,7
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−0,1*	*5,3*	*13,7*	*8,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−0,1**	**5,3**	**13,7**	**8,7**
NACH ARTEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−0,1	5,3	13,7	8,7
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*−0,1*	*5,3*	*13,7*	*8,7*
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−0,1**	**5,3**	**13,7**	**8,7**
NACH FUNKTIONEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	−0,1	5,3	13,7	8,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−0,1**	**5,3**	**13,7**	**8,7**
NACH QUELLEN								
—	—	—	—	—	—	—	—	—
35,1	35,5	35,0	33,7	31,4	1,0	3,6	9,7	6,3
63,8	63,1	63,5	64,3	65,8	−1,3	5,9	15,2	9,4
1,1	1,4	1,6	2,0	2,8	28,9	19,0	44,9	21,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
100,0	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**−0,1**	**5,3**	**13,7**	**8,7**

Anhang IV

Einkommen und Abzugsbelastung

Anhang IV

Einkommen und Abzugsbelastung

		Seite
IV—1	Bruttolohn- und -gehaltsumme und Abzüge 1950 bis 1982	315
IV—2	Durchschnittsverdienste und Abzüge je beschäftigten Arbeitnehmer 1950 bis 1982	316
IV—3	Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen 1949 bis 1982	317
IV—4	Beitragssätze der Arbeitnehmer 1950 bis 1982	318
IV—5	Durchschnittsverdienste und Abzüge je Versicherten der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten 1950 bis 1978	319
IV—6	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (ledig/verheiratetet, ohne Kinder) 1950 bis 1977	320
IV—7	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 1 Kind) 1950 bis 1977	321
IV—8	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 2 Kinder) 1950 bis 1977	322
IV—9	Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie (verheiratet, 3 Kinder) 1950 bis 1977	323
IV—10	Preisindex für die Lebenshaltung 1950 bis 1977	324
IV—11	Lohnsteuer 1978	325
IV—12	Kindergeld und Steuerermäßigung ab 1965	326
IV—13	Rentenniveau 1957 bis 1978	327
IV—14	Anpassung ausgewählter Geldleistungen 1960 bis 1982	328

Tabelle IV—1

Bruttolohn- und -gehaltsumme und Abzüge 1950 bis 1982

Jahr [1]	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Abzüge						Nettolohn- und -gehaltsumme	
		Lohnsteuer [2]		Sozialbeiträge der Arbeitnehmer		insgesamt			
	Millionen DM	Millionen DM	% [3]	Millionen DM	% [3]	Millionen DM	% [3]	Millionen DM	% [3]
1950	39 900	1 820	4,6	3 160	7,9	4 980	12,5	34 920	87,5
1951	48 470	2 950	6,1	3 770	7,8	6 720	13,9	41 750	86,1
1952	54 000	3 690	6,8	4 140	7,7	7 830	14,5	46 170	85,5
1953	59 480	3 710	6,2	4 710	7,9	8 420	14,2	51 060	85,8
1954	65 100	3 930	6,0	5 090	7,8	9 020	13,9	56 080	86,1
1955	74 110	4 650	6,3	5 770	7,8	10 420	14,1	63 690	85,9
1956	83 060	5 530	6,7	6 430	7,7	11 960	14,4	71 100	85,6
1957	89 920	4 680	5,2	7 830	8,7	12 510	13,9	77 410	86,1
1958	96 980	5 420	5,6	9 050	9,3	14 470	14,9	82 510	85,1
1959	104 130	5 510	5,3	9 780	9,4	15 290	14,7	88 840	85,3
1960	117 000	7 470	6,4	11 020	9,4	18 490	15,8	98 510	84,2
1960	124 540	7 910	6,4	11 950	9,6	19 860	15,9	104 680	84,1
1961	140 440	10 180	7,2	13 080	9,3	23 260	16,6	117 180	83,4
1962	155 540	11 830	7,6	14 590	9,4	26 420	17,0	129 120	83,0
1963	166 900	13 310	8,0	15 640	9,4	28 950	17,3	137 950	82,7
1964	183 810	15 680	8,5	17 070	9,3	32 750	17,8	151 060	82,2
1965	203 130	15 880	7,8	19 040	9,4	34 920	17,2	168 210	82,8
1966	217 960	18 790	8,6	21 060	9,7	39 850	18,3	178 110	81,7
1967	217 890	19 110	8,8	21 520	9,9	40 630	18,6	177 260	81,4
1968	232 750	21 850	9,4	24 040	10,3	45 890	19,7	186 860	80,3
1969	261 100	26 930	10,3	28 030	10,7	54 960	21,0	206 140	79,0
1970	306 400	36 520	11,9	33 310	10,9	69 830	22,8	236 570	77,2
1971	345 000	46 220	13,4	37 220	10,8	83 440	24,2	261 560	75,8
1972	376 240	48 770	13,0	42 130	11,2	90 900	24,2	285 340	75,8
1973	423 800	63 330	14,9	49 800	11,8	113 130	26,7	310 670	73,3
1974	463 600	74 190	16,0	54 640	11,8	128 830	27,8	334 770	72,2
1975 p	479 600	72 800	15,2	60 040	12,5	132 840	27,7	346 760	72,3
1976 p	510 600	82 890	16,2	67 870	13,3	150 760	29,5	359 840	70,5
1977 p	546 100	92 240	16,9	73 110	13,4	165 350	30,3	380 750	69,7
1978 s	577 200	94 400	16,4	77 300	13,4	171 700	29,7	405 500	70,3
1982 s	744 000	150 200	20,2	101 200	13,6	251 400	33,8	492 600	66,2

[1] 1950 bis 1960 (1. Zeile) ohne Saarland und Berlin sowie Berechnungsstand vor Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

[2] einschließlich Erhebung (1970, 1971) und Erstattung (1972) des Konjunkturzuschlags; einschließlich Stabilitätszuschlag (1973, 1974); vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage (ab 1971)

[3] der Bruttolohn- und -gehaltsumme

Tabelle IV—2

Durchschnittsverdienste und Abzüge je beschäftigten Arbeitnehmer 1950 bis 1982

Jahr [1]	Bruttolohn- und -gehaltsumme			Abzüge (jährlich)				Nettolohn- und -gehaltsumme (jährlich)			
	monatlich	jährlich		Lohnsteuer [3]	Beiträge [4]	insgesamt		nominal		real [5]	
	DM		% [2]	DM			% [2]	DM	% [2]	DM	% [2]
1950	243	2 918		133	231	364	.	2 554	.	3 960	.
1951	283	3 393	+16,3	207	264	471	+29,4	2 922	+14,4	4 198	+6,0
1952	305	3 660	+ 7,9	250	281	531	+12,7	3 129	+ 7,1	4 407	+5,0
1953	323	3 876	+ 5,9	241	307	548	+ 3,2	3 328	+ 6,4	4 768	+8,2
1954	340	4 077	+ 5,2	246	319	565	+ 6,4	3 512	+ 5,5	5 024	+5,4
1955	377	4 401	+ 7,9	276	343	619	+ 9,6	3 782	+ 7,7	5 327	+6,0
1956	396	4 751	+ 8,0	316	368	684	+10,5	4 067	+ 7,5	5 587	+4,9
1957	417	4 998	+ 5,2	260	435	696	+ 1,8	4 302	+ 5,8	5 782	+3,5
1958	444	5 332	+ 6,7	298	497	795	+14,2	4 537	+ 5,5	5 978	+3,4
1959	469	5 626	+ 5,5	298	528	826	+ 3,9	4 800	+ 5,8	6 258	+4,7
1960	513	6 156	+ 9,4	393	580	973	+17,8	5 183	+ 8,0	6 662	+6,5
1960	512	6 148	.	390	590	980	.	5 168	.	6 643	.
1961	565	6 775	+10,2	491	631	1 122	+14,5	5 653	+ 9,4	7 102	+6,9
1962	616	7 395	+ 9,2	562	694	1 256	+11,9	6 139	+ 8,6	7 496	+5,5
1963	654	7 850	+ 6,2	626	736	1 362	+ 8,4	6 488	+ 5,7	7 687	+2,5
1964	713	8 556	+ 9,0	730	795	1 524	+11,9	7 031	+ 8,4	8 138	+5,9
1965	778	9 336	+ 9,1	730	875	1 605	+ 5,3	7 731	+10,0	8 657	+6,4
1966	835	10 014	+ 7,3	863	968	1 831	+14,1	8 183	+ 5,8	8 856	+2,3
1967	862	10 349	+ 3,3	908	1 022	1 930	+ 5,4	8 419	+ 2,9	8 975	+1,3
1968	916	10 988	+ 6,2	1 031	1 135	2 166	+12,2	8 821	+ 4,8	9 285	+3,5
1969	1 000	12 003	+ 9,2	1 238	1 289	2 527	+16,7	9 477	+ 7,4	9 780	+5,3
1970	1 148	13 773	+14,7	1 642	1 497	3 139	+24,2	10 634	+12,2	10 634	+8,7
1971	1 283	15 392	+11,8	2 062	1 661	3 723	+18,6	11 669	+ 9,7	11 103	+4,4
1972	1 398	16 770	+ 9,0	2 174	1 878	4 052	+ 8,8	12 719	+ 9,0	11 490	+3,5
1973	1 565	18 782	+12,0	2 807	2 207	5 014	+23,7	13 768	+ 8,2	11 648	+1,4
1974	1 744	20 928	+11,4	3 349	2 467	5 816	+16,0	15 112	+ 9,8	11 965	+2,7
1975 p	1 869	22 426	+ 7,2	3 404	2 808	6 212	+ 6,8	16 214	+ 7,3	12 100	+1,1 [6]
1976 p	1 999	23 985	+ 7,0	3 894	3 188	7 082	+14,0	16 903	+ 4,2	12 056	−0,4
1977 p	2 137	25 648	+ 6,9	4 332	3 434	7 766	+ 9,7	17 882	+ 5,8	12 307	+2,1
1978 s	2 255	27 054	+ 5,5	4 425	3 623	8 048	+ 3,6	19 006	+ 6,3	12 637	+2,7
1982 s	2 867	34 400	+ 6,2 [7]	6 945	4 679	11 624	+ 9,6 [7]	22 776	+ 4,6 [7]	13 854	+2,3 [7]

[1] 1950 bis 1960 (1. Zeile) ohne Saarland und Berlin sowie Berechnungsstand vor Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
[2] Veränderung gegenüber dem Vorjahr
[3] einschließlich Erhebung (1970, 1971) und Erstattung (1972) des Konjunkturzuschlags; einschließlich Stabilitätszuschlag (1973, 1974); vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage (ab 1971)
[4] Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
[5] in Preisen von 1970; deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
[6] einschließlich Kindergeld: +4 %
[7] durchschnittlich jährlich für 4 Jahre

Tabelle IV—3

Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen 1949 bis 1982

(DM/Monat)

Gültig ab	Beitragsbemessungsgrenze				Versicherungspflichtgrenze für Angestellte	
	Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung	Krankenversicherung [1]	Bundesanstalt für Arbeit	Rentenversicherung der Angestellten	Bundesanstalt für Arbeit
1. Juni 1949	600	700	375	375	600	600
1. September 1952	750	1 000	500	500	750	750
1. März 1957				750	1 750	1 250
1. Oktober 1957			660			
1. Januar 1959	800	1 000				
1. Januar 1960	850	1 000				
1. Januar 1961	900	1 100				
1. Januar 1962	950	1 100				
1. Januar 1963	1 000	1 200				
1. Januar 1964	1 100	1 400				
1. Januar 1965	1 200	1 500				
1. Juli 1965					1 800	1 800
1. September 1965			900			
1. Januar 1966	1 300	1 600				
1. Oktober 1966				1 300		
1. Januar 1967	1 400	1 700				
1. Januar 1968	1 600	1 900			[2]	[2]
1. Januar 1969	1 700	2 000				
1. August 1969			990			
1. Januar 1970	1 800	2 100	1 200	1 800		
1. Januar 1971	1 900	2 300	1 425	1 900		
1. Januar 1972	2 100	2 500	1 575	2 100		
1. Januar 1973	2 300	2 800	1 725	2 300		
1. Januar 1974	2 500	3 100	1 875	2 500		
1. Januar 1975	2 800	3 400	2 100	2 800		
1. Januar 1976	3 100	3 800	2 325	3 100		
1. Januar 1977	3 400	4 200	2 550	3 400		
1. Januar 1978	3 700	4 600	2 775	3 700		
1. Januar 1979 [3]	4 000	4 800	3 000	4 000		
1. Januar 1980 [3]	4 200	5 200	3 150	4 200		
1. Januar 1981 [3]	4 500	5 500	3 375	4 500		
1. Januar 1982 [3]	4 800	5 800	3 600	4 800		

[1] gleichzeitig Versicherungspflichtgrenze für Angestellte
[2] vom 1. Januar 1968 sind alle Arbeiter und Angestellten versicherungspflichtig
[3] berechnet unter der Annahme, daß die Bruttoentgelte ab 1978 jährlich um 6,0 % steigen

Tabelle IV—4

Beitragssätze der Arbeitnehmer 1950 bis 1982

Jahr	Beiträge der Arbeitnehmer [1]) in Prozent des Bruttoarbeitsentgelts [2])					
	Rentenversicherung	Krankenversicherung [3])		Bundesanstalt für Arbeit	insgesamt [3]) [4])	
		Arbeiter	Angestellte		Arbeiter	Angestellte
1950	5	3	2,6	2	10	9,6
1951	5	3	2,7	2	10	9,7
1952	5	3	2,8	2	10	9,8
1953	5	3	2,9	2	10	9,9
1954	5	3,1	2,9	2	10,1	9,9
1955	5,5 [5])	3,1	2,9	1,5 [5])	10,1	9,9
1956	5,5	3,1	2,9	1,5	10,1	9,9
1957	7 [6])	3,9	3,0	1 [6])	11,7	10,8
1958	7	4,2	3,1	1	12,2	11,1
1959	7	4,2	3,1	1	12,2	11,1
1960	7	4,2	3,2	1	12,2	11,2
1961	7	4,7	3,3	1 [7])	12,3	10,9
1962	7	4,8	3,4	0,7 [7])	12,3	10,9
1963	7	4,8	3,4	0,7	12,5	11,1
1964	7	4,85	3,4	0,65	12,5	11,05
1965	7	4,95	3,6	0,65	12,6	11,25
1966	7	5,0	3,7	0,65	12,65	11,35
1967	7	5,05	3,9	0,65	12,7	11,55
1968	7,5	5,1	4,1	0,65	13,25	12,25
1969	8	5,25	4,25	0,65	13,9	12,9
1970	8,5	4,1		0,65	13,25	
1971	8,5	4,1		0,65	13,25	
1972	8,5	4,2		0,85	13,55	
1973	9	4,6		0,85	14,45	
1974	9	4,75		0,85	14,60	
1975	9	5,25		1	15,25	
1976	9	5,65		1,5	16,15	
1977	9	5,7		1,5	16,2	
1978 s	9	5,7		1,5	16,2	
1979s	9	5,7		1,5	16,2	
1980s	9	5,7		1,5	16,2	
1981s	9,25	5,7		1,5	16,45	
1982s	9,25	5,7		1,5	16,45	

[1]) ohne Bergleute, die in der knappschaftlichen Kranken- und Rentenversicherung versicherungspflichtig sind
[2]) bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze
[3]) Gewogener Durchschnittssatz für Pflichtmitglieder. Die Aufteilung in Arbeiter und Angestellte bis einschließlich 1969 entspricht hier der Differenzierung der Beitragssätze nach dem Beginn des Krankengeldanspruchs (Arbeiter bis 1969: in der Regel sofortiger Anspruch auf Barleistungen; Angestellte und ab 1970 auch Arbeiter: in der Regel Anspruch auf Entgeltfortzahlung für mindestens 6 Wochen).
[4]) für Entgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung
[5]) ab April (kein Einfluß auf den Jahresdurchschnitt der Beiträge insgesamt)
[6]) ab März (Beiträge insgesamt = gewogener Jahresdurchschnitt)
[7]) von August 1961 bis April 1962 keine Beiträge (Beiträge insgesamt = gewogener Jahresdurchschnitt)

Tabelle IV—5

Durchschnittsverdienste und Abzüge je Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten 1950 bis 1978

Jahr	Bruttojahresarbeitsentgelt	Abzüge				Nettoentgelt			
		Lohnsteuer eines Verheirateten (ohne Kind) [1]		Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung [2]		gemäß den nebenstehend berechneten Abzügen		gemäß der gesamtwirtschaftlichen Abzugsbelastung	
	DM	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM [3]	% [4]
1950	3 161	127	4,0	313	9,9	2 721	86,1	2 766	87,5
1951	3 579	187	5,2	354	9,9	3 038	84,9	3 083	86,1
1952	3 852	235	6,1	381	9,9	3 236	84,0	3 293	85,5
1953	4 061	207	5,1	406	10,0	3 448	84,9	3 486	85,8
1954	4 234	203	4,8	423	10,0	3 608	85,2	3 647	86,1
1955	4 548	223	4,9	455	10,0	3 870	85,1	3 909	85,9
1956	4 844	271	5,6	484	10,0	4 089	84,4	4 147	85,6
1957	5 043	223	4,4	580	11,5	4 240	84,1	4 341	86,1
1958	5 330	144	2,7	634	11,9	4 552	85,4	4 535	85,1
1959	5 602	204	3,6	667	11,9	4 731	84,5	4 779	85,3
1960	6 101	288	4,7	714	11,7	5 099	83,6	5 128	84,1
1961	6 723	408	6,1	782	11,6	5 533	82,3	5 610	83,4
1962	7 328	528	7,2	853	11,6	5 947	81,2	6 083	83,0
1963	7 775	612	7,9	921	11,8	6 242	80,3	6 426	82,7
1964	8 467	756	8,9	982	11,6	6 729	79,5	6 958	82,2
1965	9 229	728	7,9	1 067	11,6	7 434	80,6	7 642	82,8
1966	9 893	842	8,5	1 188	12,0	7 863	79,5	8 084	81,7
1967	10 219	888	8,7	1 245	12,2	8 086	79,1	8 313	81,4
1968	10 842	980	9,0	1 382	12,7	8 480	78,2	8 704	80,3
1969	11 839	1 140	9,6	1 558	13,2	9 141	77,2	9 347	79,0
1970	13 343	1 390	10,4	1 755	13,2	10 198	76,4	10 302	77,2
1971	14 931	1 652	11,1	1 965	13,2	11 314	75,8	11 320	75,8
1972	16 335	1 868	11,4	2 200	13,5	12 267	75,1	12 388	75,8
1973	18 295	2 166	11,8	2 629	14,4	13 500	73,8	13 411	73,3
1974	20 381	2 556	12,5	2 961	14,5	14 864	72,9	14 717	72,2
1975	21 808	2 348	10,8	3 310	15,2	16 150	74,1	15 768	72,3
1976	23 335	2 652	11,4	3 752	16,1	16 931	72,6	16 445	70,5
1977 p	24 945	2 916	11,7	4 025	16,1	18 004	72,2	17 392	69,7
1978 s	26 317	2 718	10,3	4 247	16,1	19 352	73,5	18 488	70,3

[1]) Ab 1960 unter Berücksichtigung des Weihnachtsfreibetrages von 100 DM, ab 1977 400 DM; von 1965 bis 1974 sind zusätzliche Sonderausgabenfreibeträge, soweit sie sich aus den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen ergeben, berücksichtigt

[2]) Ab 1960 unter Berücksichtigung des Weihnachtsfreibetrags von 100 DM; bis 1969 ist als Beitragssatz zur Krankenversicherung der (mit der Zahl der Arbeiter und Angestellten gewogene) Durchschnitt aus den in Tabelle IV—4 angegebenen Beitragssätzen verwendet; in den Jahren 1964, 1965, 1966, 1968 und 1969 ist das beitragspflichtige Entgelt in der Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung infolge der Beitragsbemessungsgrenzen (vgl. Tabelle IV—3) niedriger als das um den Weihnachtsfreibetrag gekürzte Bruttojahresarbeitsentgelt

[3]) Berechnet aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt mit dem (ungerundeten) Anteil der Nettolohn- und -gehaltsumme an der Bruttolohn- und -gehaltsumme (vgl. Tabelle IV—1); teilweise vorläufig

[4]) des Bruttojahresarbeitsentgelts

Tabelle IV—6

Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie 1950 bis 1977

Ledig/Verheiratet (ohne Kinder)

Jahr [1]	Bruttolohn	Abzüge						Nettolohn			
		Lohnsteuer [2]				Beiträge [3]		ledig		verheiratet	
		ledig		verheiratet							
	DM	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]
1950	72,85	6,63	9,1	4,32	6,0	7,32	10,0	58,90	80,9	61,21	84,0
1951	82,72	8,55	10,3	6,24	7,6	8,28	10,0	65,89	79,7	68,20	82,4
1952	89,40	10,13	11,2	7,59	8,4	8,84	10,0	70,43	78,8	72,97	81,6
1953	93,89	10,38	11,0	7,78	8,2	9,35	10,0	74,16	79,0	76,76	81,8
1954	97,56	9,81	10,0	6,66	6,8	9,83	10,1	77,92	79,9	81,07	83,1
1955	104,85	10,44	10,0	7,16	6,8	10,61	10,1	83,80	79,9	87,08	83,1
1956	111,62	11,76	10,6	8,42	7,6	11,30	10,1	88,56	79,3	91,90	82,3
1957	118,69	12,17	10,3	7,88	6,6	12,81	10,8	93,71	79,0	98,00	82,6
1958	124,31	13,33	10,7	7,70	6,2	15,16	12,2	95,92	77,1	101,45	81,6
1959	129,45	14,76	11,4	8,30	6,4	15,81	12,2	98,88	76,4	105,34	81,4
1960	141,23	17,07	12,1	10,61	7,5	17,22	12,2	106,94	75,7	113,40	80,3
1961	154,90	19,84	12,8	13,38	8,6	19,62	12,7	115,44	74,5	121,90	78,7
1962	170,18	22,84	13,4	16,38	9,6	20,97	12,3	126,37	74,3	132,83	78,1
1963	182,20	25,61	14,0	18,69	10,2	21,34	11,7	135,25	74,2	142,17	78,0
1964	198,00	30,05	15,1	21,92	11,0	22,50	11,4	145,45	73,5	153,58	77,6
1965	218,00	27,96	12,8	21,46	9,8	23,91	11,0	166,13	76,2	172,63	79,2
1966	230,00	30,05	13,1	23,00	10,0	27,73	12,1	172,22	74,9	179,27	77,9
1967	228,00	29,55	13,0	22,57	9,9	28,17	12,4	170,28	74,7	177,26	77,8
1968	242,00	32,61	13,5	24,76	10,2	30,43	12,6	178,96	74,0	186,81	77,2
1969	272,00	39,42	14,5	29,80	11,0	34,56	12,7	198,02	72,8	207,64	76,3
1970	311,00	48,82	15,7	36,15	11,6	39,97	12,9	222,21	71,5	234,88	75,5
1971	343,00	57,40	16,7	41,19	12,0	45,01	13,1	240,59	70,1	256,80	74,9
1972	369,00	66,53	18,0	45,34	12,3	49,94	13,5	252,53	68,4	273,72	74,2
1973	408,00	79,87	19,6	52,61	12,9	58,67	14,4	269,46	66,0	296,72	72,7
1974	439,00	90,64	20,6	58,61	13,4	64,02	14,6	284,34	64,8	316,37	72,1
1975	460,00	78,67	17,1	53,12	11,5	70,15	15,3	311,18	67,6	336,73	73,2
1976	497,00	91,77	18,5	60,55	12,2	80,27	16,2	324,96	65,4	356,18	71,7
1977 p	534,00	105,27	19,7	68,01	12,7	86,51	16,2	342,22	64,1	379,48	71,1

[1] 1950 bis 1956 ohne Bergbau; 1950 bis 1959 ohne Saarland, 1950 bis 1963 ohne Berlin; Jahresdurchschnitte
[2] von 1965 bis 1974 sind zusätzliche Sonderausgabenfreibeträge, soweit sie sich aus den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen ergeben, berücksichtigt
[3] Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung
[4] des Bruttolohns

Tabelle IV—7

Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie 1950 bis 1977

Verheiratet (1 Kind)

Jahr [1]	Bruttolohn	Abzüge				Nettoeinkommen					
		Lohnsteuer [2]		Beiträge [3]		Nettolohn		Kindergeld		insgesamt	
	DM	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]
1950	72,85	2,59	3,6	7,32	10,0	62,94	86,4	—	—	62,94	86,4
1951	82,72	4,03	4,9	8,28	10,0	70,41	85,1	—	—	70,41	85,1
1952	89,40	5,28	5,8	8,84	10,0	75,28	84,2	—	—	75,28	84,2
1953	93,89	5,48	5,8	9,35	10,0	79,06	84,2	—	—	79,06	84,2
1954	97,56	4,62	4,7	9,83	10,1	83,11	85,2	—	—	83,11	85,2
1955	104,85	4,82	4,6	10,61	10,1	89,42	85,3	—	—	89,42	85,3
1956	111,62	5,94	5,3	11,30	10,1	94,38	84,6	—	—	94,38	84,6
1957	118,69	5,45	4,6	12,81	10,8	100,43	84,6	—	—	100,43	84,6
1958	124,31	5,30	4,3	15,16	12,2	103,85	83,5	—	—	103,85	83,5
1959	129,45	4,84	3,7	15,81	12,2	108,80	84,0	—	—	108,80	84,0
1960	141,23	7,15	5,0	17,22	12,2	116,86	82,7	—	—	116,86	82,7
1961	154,90	9,92	6,4	19,62	12,7	125,36	80,9	—	—	125,36	80,9
1962	170,18	11,76	6,9	20,97	12,3	137,45	80,8	—	—	137,45	80,8
1963	182,20	14,07	7,7	21,34	11,7	146,79	80,6	—	—	146,79	80,6
1964	198,00	17,30	8,7	22,50	11,4	158,20	79,9	—	—	158,20	79,9
1965	218,00	17,07	7,8	23,91	11,0	177,02	81,2	—	—	177,02	81,2
1966	230,00	18,61	8,1	27,73	12,1	183,66	79,9	—	—	183,66	79,9
1967	228,00	18,19	8,0	28,17	12,4	181,64	79,7	—	—	181,64	79,7
1968	242,00	20,38	8,4	30,43	12,6	191,19	79,0	—	—	191,19	79,0
1969	272,00	25,42	9,3	34,56	12,7	212,02	77,9	—	—	212,02	77,9
1970	311,00	31,76	10,2	39,97	12,9	239,27	76,9	—	—	239,27	76,9
1971	343,00	36,80	10,7	45,01	13,1	261,19	76,1	—	—	261,19	76,1
1972	369,00	40,96	11,1	49,94	13,5	278,10	75,4	—	—	278,10	75,4
1973	408,00	47,11	11,5	58,67	14,4	302,22	74,1	—	—	302,22	74,1
1974	439,00	52,84	12,0	64,02	14,6	322,14	73,4	—	—	322,14	73,4
1975	460,00	52,61	11,4	70,15	15,3	337,24	73,3	11,51	2,5	348,75	75,8
1976	497,00	59,53	12,0	80,27	16,2	357,20	71,9	11,51	2,3	368,71	74,2
1977 p	534,00	66,73	12,5	86,51	16,2	380,76	71,3	11,51	2,2	392,27	73,5

Fußnoten siehe Tabelle IV—6

Tabelle IV—8

Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie 1950 bis 1977

Verheiratet (2 Kinder)

Jahr [1]	Bruttolohn	Abzüge				Nettoeinkommen					
		Lohnsteuer [2]		Beiträge [3]		Nettolohn		Kindergeld		insgesamt	
	DM	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]
1950	72,85	1,80	2,5	7,32	10,0	63,73	87,5	—	—	63,73	87,5
1951	82,72	2,30	2,8	8,28	10,0	72,14	87,2	—	—	72,14	87,2
1952	89,40	3,30	3,6	8,84	10,0	77,26	86,4	—	—	77,26	86,4
1953	93,89	3,46	3,6	9,35	10,0	81,08	86,4	—	—	81,08	86,4
1954	97,56	2,89	2,9	9,83	10,1	84,84	87,0	—	—	84,84	87,0
1955	104,85	2,74	2,6	10,61	10,1	91,50	87,3	—	—	91,50	87,3
1956	111,62	3,70	3,3	11,30	10,1	96,62	86,6	—	—	96,62	86,6
1957	118,69	1,44	1,2	12,81	10,8	104,44	88,0	—	—	104,44	88,0
1958	124,31	1,32	1,1	15,16	12,2	107,83	86,7	—	—	107,83	86,7
1959	129,45	—	—	15,81	12,2	112,64	87,8	—	—	113,64	87,8
1960	141,23	0,69	0,5	17,22	12,2	123,32	87,3	—	—	123,32	87,3
1961	154,90	3,46	2,2	19,62	12,7	131,82	85,1	—	—	131,82	85,1
1962	170,18	5,30	3,1	20,97	12,3	143,91	84,6	—	—	143,91	84,6
1963	182,20	7,61	4,2	21,34	11,7	153,25	84,1	—	—	153,25	84,1
1964	198,00	10,84	5,4	22,50	11,4	164,66	83,2	—	—	164,66	83,2
1965	218,00	10,96	5,0	23,91	11,0	183,13	84,0	—	—	183,13	84,0
1966	230,00	12,46	5,4	27,73	12,1	189,81	82,5	—	—	189,81	82,5
1967	228,00	12,03	5,3	28,17	12,4	187,80	82,4	—	—	187,80	82,4
1968	242,00	14,23	5,9	30,43	12,6	197,34	81,6	—	—	197,34	81,6
1969	272,00	19,26	7,1	34,56	12,7	218,18	80,2	—	—	218,18	80,2
1970	311,00	25,61	8,2	39,97	12,9	245,42	78,9	1,92	0,6	247,34	79,5
1971	343,00	30,69	9,0	45,01	13,1	267,30	77,9	5,75	1,7	273,05	79,6
1972	369,00	34,84	9,4	49,94	13,5	284,22	77,0	5,75	1,6	289,97	78,6
1973	408,00	40,53	9,9	58,67	14,4	308,80	75,7	5,75	1,4	314,55	77,1
1974	439,00	45,57	10,4	64,02	14,6	329,41	75,0	5,75	1,3	335,16	76,3
1975	460,00	52,61	11,4	70,15	15,3	337,24	73,3	27,62	6,0	364,86	79,3
1976	497,00	59,53	12,0	80,27	16,2	357,20	71,9	27,62	5,6	384,82	77,4
1977 p	534,00	66,46	12,4	86,51	16,2	381,03	71,4	27,62	5,2	408,65	76,5

Fußnoten siehe Tabelle IV—6

Tabelle IV—9

Durchschnittliche Wochenverdienste und Abzüge männlicher Facharbeiter in der Industrie 1950 bis 1977

Verheiratet (3 Kinder)

Jahr [1]	Bruttolohn	Abzüge				Nettoeinkommen					
		Lohnsteuer [2]		Beiträge [3]		Nettolohn		Kindergeld		insgesamt	
	DM	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]	DM	% [4]
1950	72,85	1,10	1,6	7,32	10,0	64,43	88,4	—	—	64,43	88,4
1951	82,72	1,45	1,8	8,28	10,0	72,99	88,2	—	—	72,99	88,2
1952	89,40	1,68	1,8	8,84	10,0	78,88	88,2	—	—	78,88	88,2
1953	93,89	1,74	1,8	9,35	10,0	82,80	88,2	—	—	82,80	88,2
1954	97,56	0,87	0,9	9,83	10,1	86,86	89,0	—	—	86,86	89,0
1955	104,85	—	—	10,61	10,1	94,24	89,9	5,75	5,5	99,99	95,4
1956	111,62	—	—	11,30	10,1	100,32	89,9	5,75	5,2	106,07	95,0
1957	118,69	—	—	12,81	10,8	105,88	89,2	6,04	5,1	111,92	94,3
1958	124,31	—	—	15,16	12,2	109,15	87,8	6,90	5,6	116,05	93,4
1959	129,45	—	—	15,81	12,2	113,64	87,8	8,82	6,8	122,46	94,6
1960	141,23	—	—	17,22	12,2	124,01	87,8	9,21	6,5	133,22	94,3
1961	154,90	—	—	19,62	12,7	135,28	87,3	9,21	5,9	144,49	93,3
1962	170,18	—	—	20,97	12,3	149,21	87,7	9,21	5,4	158,42	93,1
1963	182,20	0,69	0,3	21,34	11,7	160,17	87,9	9,21	5,1	169,38	93,0
1964	198,00	3,92	1,9	22,50	11,4	171,58	86,7	11,51	5,8	183,09	92,5
1965	218,00	4,38	2,0	23,91	11,0	189,71	87,0	15,82	7,3	205,53	94,3
1966	236,00	5,88	2,6	27,73	12,1	196,39	85,4	17,26	7,5	213,65	92,9
1967	228,00	5,46	2,4	28,17	12,4	194,37	85,2	17,26	7,6	211,63	92,8
1968	242,00	7,65	3,2	30,43	12,6	203,92	84,3	17,26	7,1	221,18	91,4
1969	272,00	12,69	4,7	34,56	12,7	224,75	82,6	17,26	6,3	242,01	89,0
1970	311,00	19,03	6,1	39,97	12,9	252,00	81,0	18,03	5,8	270,03	86,8
1971	343,00	24,11	7,0	45,01	13,1	273,88	79,8	19,56	5,7	293,44	85,6
1972	369,00	28,26	7,7	49,94	13,5	290,88	78,8	19,56	5,3	310,36	84,1
1973	408,00	33,96	8,3	58,67	14,4	315,37	77,3	19,56	4,8	334,93	82,1
1974	439,00	38,76	8,8	64,02	14,6	336,22	76,6	19,56	4,5	355,78	81,0
1975	460,00	52,61	11,4	70,15	15,3	337,24	73,3	55,24	12,0	392,48	85,3
1976	497,00	59,53	12,0	80,27	16,2	357,20	71,9	55,24	11,1	412,44	83,0
1977 p	534,00	66,46	12,4	86,51	16,2	381,03	71,4	55,24	10,3	436,27	81,7

Fußnoten siehe Tabelle IV—6

Tabelle IV—10

Preisindex für die Lebenshaltung 1950 bis 1977

Jahr	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern		Alle privaten Haushalte	
	1970 = 100	% [1]	1970 = 100	% [1]	1970 = 100	% [1]	1970 = 100	% [1]
1950	64,5	−6,4						
1951	69,6	+7,9						
1952	71,0	+2,0						
1953	69,8	−1,7						
1954	69,9	+0,1						
1955	71,0	+1,6						
1956	72,8	+2,5						
1957	74,4	+2,2			71,5			
1958	75,9	+2,0			73,0	+2,1		
1959	76,7	+1,1			73,8	+1,1		
1960	77,8	+1,4			74,9	+1,5		
1961	79,6	+2,3			76,8	+2,5		
1962	81,9	+2,9	82,2	.	79,3	+3,3	81,6	.
1963	84,4	+3,1	84,3	+2,6	82,1	+3,5	84,0	+2,9
1964	86,4	+2,4	85,9	+1,9	84,4	+2,8	85,9	+2,3
1965	89,3	+3,4	88,1	+2,6	87,8	+4,0	88,7	+3,3
1966	92,4	+3,5	91,0	+3,3	91,4	+4,1	91,9	+3,6
1967	93,8	+1,5	93,0	+2,2	92,7	+1,4	93,4	+1,6
1968	95,0	+1,3	95,1	+2,3	94,0	+1,4	94,9	+1,6
1969	96,9	+2,0	96,8	+1,8	96,8	+3,0	96,7	+1,9
1970	100,0	+3,2	100,0	+3,3	100,0	+3,3	100,0	+3,4
1971	105,1	+5,1	105,4	+5,4	104,7	+4,7	105,3	+5,3
1972	110,7	+5,3	111,1	+5,4	110,6	+5,6	111,1	+5,5
1973	118,2	+6,8	118,7	+6,8	118,5	+7,1	118,8	+6,9
1974	126,3	+6,9	127,1	+7,1	126,3	+6,6	127,1	+7,0
1975	134,0	+6,1	134,7	+6,0	134,7	+6,7	134,7	+6,0
1976	140,2	+4,6	140,7	+4,5	141,9	+5,3	140,8	+4,5
1977	145,3	+3,6	145,8	+3,6	146,7	+3,4	146,3	+3,9

[1]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr

Tabelle IV—11

Lohnsteuer 1978

Brutto-monats-lohn	Alleinstehende						Verheiratete					
	ohne Kind			mit 1 Kind						Zweitverdiener [1]		
	Steuerklasse I			Steuerklasse II/1			Steuerklasse III/1			Steuerklasse V		
DM	DM	%		DM	%		DM	%		DM	%	
		D [2]	M [3]		D [2]	M [3]		D [2]	M [3]		D [2]	M [3]
1 000	87,40	8,7	20,3	31,80	3,2	18,2	12,00	1,2	18,6	197,40	19,7	22,0
1 100	107,70	9,8	19,8	50,00	4,5	18,1	30,60	2,8	17,7	219,40	19,9	28,6
1 200	127,50	10,6	20,4	68,10	5,7	19,3	48,30	4,0	18,7	248,00	20,7	46,8
1 300	147,90	11,4	19,8	87,40	6,7	19,8	67,00	5,2	17,6	294,80	22,7	50,5
1 400	167,70	12,0	19,8	107,20	7,7	19,8	84,60	6,0	17,5	345,30	24,7	54,0
1 500	187,50	12,5	20,3	127,00	8,5	20,3	102,10	6,8	18,9	399,30	26,6	57,2
1 600	207,80	13,0	19,8	147,30	9,2	19,8	121,00	7,6	17,5	456,50	28,5	60,1
1 700	227,60	13,4	26,5	167,10	9,8	20,4	138,50	8,1	18,6	516,60	30,4	63,2
1 800	254,10	14,1	28,9	187,50	10,4	19,8	157,10	8,7	17,7	579,80	32,2	63,7
1 900	283,00	14,9	31,6	207,30	10,9	19,7	174,80	9,2	17,7	643,50	33,9	54,3
2 000	314,60	15,7	34,3	227,30	11,4	26,4	192,50	9,6	18,6	697,80	34,9	55,5
2 100	348,90	16,6	35,3	253,40	12,1	28,9	211,10	10,1	17,5	753,30	35,9	56,3
2 200	384,20	17,5	36,3	282,30	12,8	30,6	228,60	10,4	19,9	809,60	36,8	57,4
2 300	420,50	18,3	37,4	312,90	13,6	30,7	248,50	10,8	19,8	867,00	37,7	57,8
2 400	457,90	19,1	38,2	343,60	14,3	31,6	268,30	11,2	19,8	924,80	38,5	58,5
2 500	496,10	19,8	39,1	375,20	15,0	36,2	288,10	11,5	20,9	983,30	39,3	59,0
2 600	535,20	20,6	40,0	411,40	15,8	37,0	309,00	11,9	19,2	1 042,30	40,1	59,2
2 700	575,20	21,3	40,8	448,40	16,6	38,1	328,20	12,2	20,4	1 101,50	40,8	59,3
2 800	616,00	22,0	41,6	486,50	17,4	38,9	348,60	12,4	19,9	1 160,80	41,5	59,5
2 900	657,60	22,7	42,3	525,40	18,1	39,7	368,50	12,7	19,6	1 220,30	42,1	59,5
3 000	699,90	23,3	43,0	565,10	18,8	40,7	388,10	12,9	21,0	1 279,80	42,7	59,2
3 100	742,90	24,0	43,6	605,80	19,5	41,3	409,10	13,2	19,9	1 339,00	43,2	58,6
3 200	786,50	24,6	44,1	647,10	20,2	42,2	429,00	13,4	19,6	1 397,60	43,7	58,5
3 300	830,60	25,2	44,9	689,30	20,9	42,7	448,60	13,6	20,7	1 456,10	44,1	58,0
3 400	875,50	25,7	45,2	732,00	21,5	43,5	469,30	13,8	28,0	1 514,10	44,5	58,0
3 500	920,70	26,3	45,7	775,50	22,2	44,0	497,30	14,2	30,2	1 572,10	44,9	58,0
3 600	966,40	26,8	46,1	819,50	22,8	44,7	527,50	14,7	29,0	1 630,10	45,3	58,0
3 700	1 012,50	27,4	46,6	864,20	23,4	45,1	556,50	15,0	32,6	1 688,10	45,6	58,2
3 800	1 059,10	27,9	46,9	909,30	23,9	45,7	589,10	15,5	33,4	1 746,30	46,0	58,2
3 900	1 106,00	28,4	47,1	955,00	24,5	46,0	622,50	16,0	33,8	1 804,50	46,3	58,1
4 000	1 153,10	28,8	47,4	1 001,00	25,0	46,5	656,30	16,4	34,5	1 862,60	46,6	58,4

[1] Ehegatten, die beide Arbeitslohn beziehen, werden wahlweise entweder beide nach der Steuerklasse IV oder nach den Steuerklassen III (der eine) und V (der andere) besteuert. In der Regel wird im Laufe des Jahres die Lohnsteuer in der richtigen Höhe einbehalten, wenn das Einkommen des Ehegatten mit der Steuerklasse V rund 2/3 des Einkommens des Ehegatten mit der Steuerklasse III beträgt.

[2] Durchschnittsbelastung = Lohnsteuer durchschnittlich je 100 DM Lohn

[3] Marginalbelastung = Lohnsteuer je 100 DM Lohnzuwachs

Tabelle IV—12

Kindergeld und Steuerermäßigung ab 1965

DM monatlich

Ehepaar mit ... Kindern	Bruttolohn bzw. -gehalt	Begünstigung gegenüber einem kinderlosen Ehepaar								
		1965 bis 1974			1975 bis 1977			ab 1978		
		Lohnsteuer [1]	Kindergeld [2]	insgesamt	Lohnsteuer [3]	Kindergeld	insgesamt	Lohnsteuer	Kindergeld	insgesamt
1 Kind	1 500	19	—	19	—	50	50	—	50	50
	2 500	27	—	27	6	50	56	6	50	56
	3 500	34	—	34	8	50	58	8	50	58
	5 000	40	—	40	10	50	60	10	50	60
	10 000	48	—	48	15	50	65	15	50	65
2 Kinder	1 500	46	25	71	—	120	120	—	130	130
	2 500	64	—	64	11	120	131	11	130	141
	3 500	80	—	80	16	120	136	16	130	146
	5 000	96	—	96	20	120	140	20	130	150
	10 000	116	—	116	25	120	145	25	130	155
3 Kinder	1 500	74	85	159	—	240	240	—	280	280
	2 500	102	85	187	11	240	251	11	280	291
	3 500	128	85	213	25	240	265	24	280	304
	5 000	155	85	240	30	240	270	29	280	309
	10 000	188	85	273	40	240	280	40	280	320
4 Kinder	1 500	103	145	248	—	360	360	—	430	430
	2 500	138	145	283	11	360	371	11	430	441
	3 500	175	145	320	25	360	385	31	430	461
	5 000	213	145	358	30	360	390	39	430	469
	10 000	259	145	404	40	360	400	50	430	480
5 Kinder	1 500	131	215	346	—	480	480	—	580	580
	2 500	171	215	386	11	480	491	11	580	591
	3 500	221	215	436	25	480	505	39	580	619
	5 000	270	215	485	30	480	510	49	580	629
	10 000	331	215	546	40	480	520	64	580	644

[1] Ergänzungsabgabe nicht berücksichtigt; die Steuerermäßigung tritt durch Kinderfreibeträge ein
[2] Kindergeldbeträge und Einkommensgrenze für Zweitkindergeld nach dem Stand von 1974
[3] nach der für 1975 gültigen Lohnsteuertabelle; die Steuerermäßigung tritt durch die nach der Kinderzahl gestaffelte Vorsorgepauschale ein

Tabelle IV—13

Rentenniveau [1]) 1957 bis 1978

Jahr [2])	Monatliche Rente [3]) bei		Rentenniveau gemessen [4]) am Brutto-arbeitsentgelt [5]) und bei				nach § 1272 RVO [3]) [6]) bei
			Brutto-		Netto-		
	40	45	40	45	40	45	40
	anrechnungsfähigen Versicherungsjahren						
	DM		in Prozent				
1957	214,10	240,90	50,9	57,3	59,3	66,7	56,5
1958	214,10	240,90	48,2	54,2	56,7	63,8	53,0
1959	227,10	255,50	48,6	54,7	57,1	64,3	54,0
1960	240,60	270,70	47,3	53,2	56,3	63,3	54,2
1961	253,60	285,30	45,3	50,9	54,3	61,0	54,3
1962	266,30	299,60	43,6	49,0	52,5	59,1	52,4
1963	283,90	319,40	43,8	49,3	53,0	59,6	50,7
1964	307,10	345,50	43,5	49,0	53,0	59,6	50,3
1965	335,90	377,90	43,7	49,1	52,7	59,3	51,8
1966	363,80	409,30	44,1	49,6	54,0	60,8	51,6
1967	392,90	442,00	46,1	51,9	56,7	63,8	51,1
1968	424,50	477,60	46,0	51,8	57,4	64,5	51,5
1969	459,80	517,30	45,7	51,4	57,9	65,1	54,0
1970	489,00	550,20	44,0	49,5	57,0	64,1	54,1
1971	515,90	580,40	41,5	46,6	54,7	61,5	52,3
1972	600,40	675,50	43,5	49,0	57,4	64,6	54,0
1973	668,60	752,20	41,6	46,8	56,8	63,9	53,7
1974	743,50	836,50	41,6	46,8	57,6	64,8	54,6
1975	826,00	929,30	43,2	48,6	59,7	67,2	54,2
1976	916,90	1 031,50	44,8	50,4	63,6	71,5	54,0
1977	1 008,10	1 134,10	46,3	52,1	66,4	74,7	55,5
1978	1 008,10	1 134,10	46,0	51,7	65,4	73,6	51,8

[1]) für Altersruhegelder (Bestandsrenten) in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 % (Durchschnittsverdienst)

[2]) Angaben für 1978 geschätzt (außer Rentenniveau nach § 1272 RVO); Angaben für Nettorentenniveau z. T. vorläufig

[3]) Rentenbetrag am 1. Juli des Jahres

[4]) Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrags berücksichtigt

[5]) Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten; das Nettoarbeitsentgelt ist daraus berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller abhängig Beschäftigten mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

[6]) gemessen am durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelt des Vorvorjahres

Tabelle IV—14

Anpassung ausgewählter Einkommensleistungen an die wirtschaftliche Entwicklung 1960 bis 1982

in Prozent

Jahre	Zeitpunkt der Anpassung	Renten-versicherung	Unfall-versicherung	Altershilfe für Landwirte	Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung)	Lastenausgleich
1960	1. Januar	5,94	.	.	.	.
1961	1. Januar	5,4	.	.	.	.
1962	1. Januar	5,0	.	.	.	.
1963	1. Januar	6,6	.	.	.	.
1964	1. Januar	8,2	9,0	.	.	.
1965	1. Januar	9,4	6,1	.	.	.
1966	1. Januar	8,3	8,9	.	.	.
1967	1. Januar	8,0	9,0	.	.	.
1968	1. Januar	8,1	7,2	.	.	.
1969	1. Januar	8,3	3,3	.	—	.
1970	1. Januar	6,35	6,1	.	16,0[2])	.
1971	1. Januar	5,5	9,3	.	5,5	.
1972	1. Januar	6,3	12,7	.	6,3	.
1972	1. Juli	9,5	—	.	—	.[3])
1973	1. Januar	—	11,9	.	9,5	9,5
1973	1. Juli	11,35	—	.	—	—
1974	1. Januar	—	9,4	.	11,35	11,35
1974	1. Juli	11,2	—	.	—	—
1974	1. Oktober	—	—	.[1])	11,2	11,2
1975	1. Januar	—	11,9	11,2	—	—
1975	1. Juli	11,1	—	—	11,1	11,1
1976	1. Januar	—	11,7	11,1	—	—
1976	1. Juli	11,0	—	—	11,0	11,0
1977	1. Januar	—	7,0	11,0	—	—
1977	1. Juli	9,9	—	—	9,9	9,9
1978	1. Januar	—	7,4	9,9	—	—
1979	1. Januar	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
1980	1. Januar	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
1981	1. Januar	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
1982	1. Januar	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9

[1]) Bis 1974 unregelmäßige Anpassungen in Höhe von insgesamt rund 50 %
[2]) Witwenrenten wurden 1970 um 25 % erhöht
[3]) Unregelmäßige Anpassungen bis 1973

Anhang V

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Anhang V

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

		Seite
Vorbemerkung		331
Grundzüge des Umsetzungsverfahrens		331
Erster Teil:	Umsetzungen für die Sozialversicherung	336
V—1	Daten des Sozialbudgets für die Finanzierung	336
V—2	Daten des Sozialbudgets für die Leistungen	337
V—3	Umsetzungen für die Beiträge	338
V—4	Umsetzungen für die öffentlichen Mittel	339
V—5	Umsetzungen für die sonstigen Einnahmen	340
V—6	Umsetzungen für die geleisteten Übertragungen	341
V—7	Umsetzungen für die Endnachfrage	342
V—8	Umsetzungen für den Finanzierungssaldo	343
V—9	Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Einnahmen	344
V—10	Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Ausgaben	345
Zweiter Teil:	Ergänzende Angaben zur Sozialversicherung	346
V—11	Die Konten der Sozialversicherung im Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	347
V—12	Tatsächliche Sozialbeiträge an die Sozialversicherung: Einzelne Zweige und Arten	348
V—13	Soziale Leistungen der Sozialversicherung an private Haushalte: Einzelne Zweige	349
Dritter Teil:	Umsetzungen für die sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte	350
V—14	Daten des Sozialbudgets für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte	350
V—15	Umsetzungen zwischen den Daten des Sozialbudgets und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte	351
V—16	Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte	352

Anhang V

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Vorbemerkung

1. Im Anhang V sind in ausführlicher Form die Berechnungen dargestellt, die den Ausführungen in Nr. 238 bis 244 und den zusammenfassenden Übersichten 56 und 57 des Textteils zugrunde liegen. Die Tabellen V—1 bis V—16 und die Erläuterungen in den nachfolgenden Nr. 2 bis 9 haben den Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zum Gegenstand.

   Der Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erstreckt sich auf das Sozialversicherungskonto (Erster Teil der Tabellen: V—1 bis V—10) und auf die sozialen Leistungen (Geldleistungen) anderer Sektoren an private Haushalte (Dritter Teil der Tabellen: V—14 bis V—16). Ausgehend von den Zahlen des Sozialbudgets werden durch methodische Umsetzungen in einem geschlossenen Tabellensystem die entsprechenden Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickelt. Das angewandte Umsetzungsverfahren und seine Wiedergabe in diesem Anhang ermöglichen es, die einzelnen Schritte des Einbauvorganges nachzuvollziehen. Ergänzende Tabellen zum Sozialversicherungskonto (Zweiter Teil der Tabellen: V—11 bis V—13) geben zusätzlich tiefer gegliederte Informationen über die Sozialversicherung in der Darstellungsweise der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

2. Das Verfahren, mit dem das Rechenwerk dieses Sozialbudgets in die Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umgesetzt wird, ist grundsätzlich das gleiche wie in den vorausgegangenen Sozialbudgets. Die Tabellen sind jedoch vor allem in formaler Hinsicht überarbeitet. Anlaß hierfür ist die methodische Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die das Statistische Bundesamt im letzten Jahr veröffentlicht hat und die einige Änderungen sowohl der methodischen Abgrenzungen als auch der Bezeichnungen für die Darstellung der sozialen Sicherung gebracht hat.

   Das revidierte Darstellungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird in folgenden Veröffentlichungen beschrieben: Heft 4/1977 von „Wirtschaft und Statistik", Sonderbeitrag „Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1976" in der Fachserie 18, „Konten und Standardtabellen 1976" in Reihe 1 der Fachserie 18, sämtlich herausgegeben vom Statistischen Bundesamt.

   Im Rahmen des Darstellungskonzepts der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind auch in diesem Sozialbudget teilweise einzelne Größen zusammengefaßt und umgruppiert, um den Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und seine Wiedergabe übersichtlicher zu gestalten. Maßgeblich hierbei sind einerseits sachliche Gegebenheiten der sozialen Sicherung (wie z. B. Schwerpunkte bei den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung, relative Größenordnung einzelner Positionen) und andererseits Gesichtspunkte für die Analyse der sozialen Sicherung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang.

Grundzüge des Umsetzungsverfahrens

3. Das Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umfaßt die Einnahmen und Ausgaben folgender acht Institutionen:

   Rentenversicherung der Arbeiter

   Rentenversicherung der Angestellten

   Knappschaftliche Rentenversicherung

   Krankenversicherung

   Bundesanstalt für Arbeit („Arbeitsförderung")

   Unfallversicherung

   Altershilfe für Landwirte

   Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst

   Die Daten des Sozialbudgets für diese Institutionen sind in den Tabellen V—1 und V—2 zusammengefaßt wiedergegeben. Ausgehend von den Tabellen V—1 und V—2 entwickelt sich der Einbau des Sozialbudgets bis hin zum Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Tabelle V—9 und V—10). Auf den dazwischen liegenden sechs Tabellen (Tabellen V—3 bis V—8) werden die dabei nötigen Umsetzungen vollzogen.

   Die einzelnen Positionen des Sozialbudgets und des Sozialversicherungskontos werden nicht jede für sich, sondern in Gruppen behandelt, soweit sie beim Einbau eng zusammenhängen. Evtl. auftretende Differenzen lassen sich so am besten beurteilen. In jeder der Tabellen V—3 bis V—8 sind zunächst die Ausgangsdaten wiedergegeben, die dem Sozialbudget unmittelbar zu entnehmen sind (vgl. Tabellen V—1 und V—2). Addiert man hierzu die methodischen Umsetzungen und eine verbleibende statistische Differenz, dann gelangt man zu den Werten des Sozialversicherungskontos, die in den Tabellen V—9 und V—10 zusammengefaßt sind.

   Grundsätzlich werden keine Umsetzungen zwischen einzelnen Institutionen ausgewiesen, da diese für den Einbau insgesamt ohne Bedeutung sind. Ebenso wird davon abgesehen, kleinere methodische Unterschiede durch entsprechende

Umbuchungen auszugleichen, da sich hierdurch nur die Zahl der Buchungen vervielfacht, ohne daß das Ergebnis des Einbaus hiervon nennenswert berührt wird.

Das geschlossene Tabellensystem in den Tabellen V—1 bis V—10 stellt sicher, daß alle Daten des Sozialbudgets für die Sozialversicherung vollständig in die Positionen des Sozialversicherungskontos umgesetzt werden.

4. Der Einbau des Sozialbudgets in das Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird ergänzt durch die Tabellen V—11 bis V—13, in denen tiefer gegliederte Zahlen zur Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wiedergegeben werden. In der Tabelle V—11 wird außerdem die kontenmäßige Verflechtung der Sozialversicherung mit dem Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt.

5. Neben der Sozialversicherung (vgl. Tabelle V—13) erbringen auch andere Sektoren, vor allem Gebietskörperschaften und Unternehmen, soziale Leistungen an private Haushalte (Geldleistungen entsprechend dem früheren Begriff „Einkommensübertragungen". Für die sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte wird in den Tabellen V—14 bis V—16 die Umsetzung vom Rechenwerk des Sozialbudgets in die entsprechenden Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vollzogen. Die Tabellen V—13 und V—16 geben zusammen alle sozialen Leistungen (Geldleistungen) an private Haushalte wieder.

6. Wegen Geringfügigkeit vernachlässigte methodische Unterschiede verursachen zusammen mit abweichenden Ansätzen von Positionen, für die beim jeweiligen Bearbeitungszeitpunkt noch keine gesicherten statistischen Daten vorliegen, die statistischen Differenzen, die beim Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auftreten. Diese Abweichungen, die vor allem für das Jahr 1977 festzustellen sind, werden von der Vorausberechnungsbasis 1977 in die Vorausberechnungsjahre 1978 und 1982 übertragen. Solche Basisdifferenzen beeinträchtigen nicht den Zusammenhang zwischen den Vorausberechnungen des Sozialbudgets und den gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen.

   Darüber hinaus entstehen beim Einbau des vorliegenden Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung keine weiteren Abweichungen in den Vorausberechnungsjahren. Auf Grund der engen zeitlichen Abfolge von Festlegung der gesamtwirtschaftlichen Grundannahmen, Korrektur der Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1976/77 und Fertigstellung des Sozialbudgets war es möglich, die Rechenarbeiten für das Sozialbudget zu verbinden mit der Vorausberechnung des Sozialversicherungskontos und der sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte im Rahmen der Fortschreibung der gesamtwirtschaftlichen Vorausberechnungen.

7. Im einzelnen werden die folgenden methodischen Umsetzungen für den Einbau des Sozialbudgets in das Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen. Jede Position kommt in den Tabellen V—3 bis V—8 zweimal vor (Buchung und Gegenbuchung). Die Positionen sind in der Reihenfolge ihres ersten Auftretens in den Tabellen aufgeführt. Hinter der Bezeichnung der Umsetzungspositionen ist in Klammern angegeben, auf welchen der Tabellen 3 bis 8 des Anhangs V die Umsetzungen stattfinden (Zusetzung +, Absetzung −).

   — *Bundeszuschuß zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (3+/4−)*

   Der Bundeszuschuß zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird im Sozialbudget als öffentliche Mittel, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dagegen als Beiträge von der Sozialversicherung vereinnahmt (in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zahlt der Bund eine Subvention an die landwirtschaftlichen Unternehmer, die ihrerseits in gleicher Höhe Beiträge entrichten).

   — *Beitragserstattungen der Rentenversicherung (3+/6+)*

   Die Beitragserstattungen der Rentenversicherung, die im Sozialbudget mit den Beitragseinnahmen saldiert sind, werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den sozialen Leistungen zugerechnet und nicht von den Beitragseinnahmen abgesetzt.

   — *Erstattete Beiträge für Empfänger von Schlechtwettergeld (3+/6+)*

   Die Rentenversicherungsbeiträge für Empfänger von Schlechtwettergeld, die die Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1982 zahlt, sind im Sozialbudget als Verrechnungen gebucht. Analog den Beiträgen für Empfänger von Kurzarbeitergeld werden sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als soziale Leistungen und tatsächliche Sozialbeiträge gebucht.

   — *Beiträge für Rehabilitanden von Sozialversicherung (außer Krankenversicherung) an andere Sozialversicherungsträger (3+/6+)*

   Die Beiträge für Rehabilitanden, die von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit, von der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung und Krankenversicherung sowie von der Unfallversicherung an die Rentenversicherung, Krankenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, sind im Sozialbudget als Verrechnungen gebucht. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden sie in den sozialen Leistungen und tatsächlichen Sozialbeiträgen ausgewiesen.

— *Beiträge für Rehabilitanden von Krankenversicherung an andere Sozialversicherungsträger (3+/7+)*

Die Beiträge für Rehabilitanden, die von der Krankenversicherung an die Rentenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, sind im Sozialbudget als Verrechnungen gebucht. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind sie im Staatsverbrauch und in den tatsächlichen Sozialbeiträgen enthalten.

— *Unterstellte Beiträge in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (3+/7+)*

Die unterstellten Beiträge, die die Sozialversicherung in der Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für ihre Bediensteten erhält, rechnen zu den Personalkosten, die Teil des Staatsverbrauchs sind. Im Sozialbudget sind solche Beiträge nicht angesetzt.

— *Phasenverschiebung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit (3+/8+)*

Die Beitragseinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (einschließlich Umlage gemäß § 186 a AFG) sind im Sozialbudget in haushaltsmäßiger Abgrenzung, d. h. mit den kassenmäßigen Zahlungseingängen im Kalenderjahr, erfaßt. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die Beitragseinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zeitlich verschoben, so daß die dort ausgewiesenen Zahlen im Prinzip den Beiträgen entsprechen, die für das Kalenderjahr geleistet werden.

— *Beitragsausfälle der Unfallversicherung (3+/8+)*

Die Beitragsausfälle der Unfallversicherung sind im Sozialbudget auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind sie zwar auf der Ausgabenseite, nicht aber auf der Einnahmenseite abgesetzt.

— *Methodische Abweichung der Beiträge zur Zusatzversicherung (3+/8+)*

Auf Grund von Abweichungen im Kreis der einbezogenen Zusatzversorgungskassen sowie von Unterschieden in der Datenerfassung und Datenzuordnung sind die Beitragseinnahmen der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes im Sozialbudget niedriger als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

— *Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Auftragsgeschäfte (4−/6−)*

Die Institution „Arbeitsförderung" des Sozialbudgets umfaßt die Arbeitslosenhilfe des Bundes und weitere Auftragsangelegenheiten, die nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum Bereich der Sozialversicherung, sondern zu den sozialen Leistungen der Gebietskörperschaften an private Haushalte gehören. Die betreffenden Einnahmen und Ausgaben werden deshalb abgesetzt. Da die von der Bundesanstalt für Arbeit hierfür gezahlten Sozialversicherungsbeiträge im Sozialbudget als Verrechnungen gebucht sind und da die zugehörigen Einnahmen sowohl im Sozialbudget als auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der gleichen Einnahmeart gebucht sind (öffentliche Mittel bzw. empfangene laufende Übertragungen von Gebietskörperschaften), erübrigt sich insoweit eine Umsetzung.

— *Methodische Abweichung der öffentlichen Mittel zur Zusatzversicherung (4+/8+)*

Auf Grund von Abweichungen im Kreis der einbezogenen Zusatzversorgungskassen und auf Grund von Unterschieden in der Datenerfassung und Datenzuordnung sind im Sozialbudget die von der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes empfangenen öffentlichen Mittel niedriger als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

— *Einnahmen der Rentenversicherung aus Ersatzansprüchen (5+/6+)*

Die Einnahmen der Rentenversicherung aus Ersatzansprüchen (Schadensersatz für erbrachte Leistungen) sind im Sozialbudget in den Vorausberechnungsjahren auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt.

— *Verwaltungskosten der Arbeitgeber für Betriebskrankenkassen (5−/7−)*

Die von den Arbeitgebern nach § 362 RVO getragenen Verwaltungskosten der Betriebskrankenkassen sind im Sozialbudget in den Verwaltungskosten enthalten und als Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln gegengebucht. Im Sozialversicherungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind diese Beträge nicht angesetzt.

— *Realisierte Kursgewinne der Rentenversicherung (5−/8−)*

Kursgewinne, die die Rentenversicherung bei der Veräußerung von Wertpapieren erzielt, werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gebucht.

— *Methodische Abweichung der sonstigen Einnahmen der Zusatzversicherung (5−/8−)*

Auf Grund von Abweichungen im Kreis der einbezogenen Zusatzversorgungskassen und von Unterschieden in der Datenerfassung und Datenzuordnung sind im Sozialbudget die sonstigen Einnahmen (vor allem: Vermögenserträge) der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes höher als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

— *Beiträge für Rehabilitanden von Rentenversicherung an Rentenversicherung (6+/7−)*

Die Beiträge für Rehabilitanden, die von der Rentenversicherung an die Rentenversiche-

rung gezahlt werden, sind im Sozialbudget auf der Ausgabenseite in den Sachleistungen enthalten. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind sie in den sozialen Leistungen ausgewiesen.

— *Beitragserstattungen für Empfänger von Kurzarbeitergeld (6+/7−)*

Die von der Bundesanstalt für Arbeit an Arbeitgeber gezahlten Erstattungen für Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit sind im Sozialbudget als Maßnahmen in den allgemeinen Diensten und Leistungen und in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als soziale Leistungen gebucht.

— *Krankenversicherungsbeiträge an Rentner (6+/7−)*

Die von der Rentenversicherung an Rentner gezahlten Zuschüsse für Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung werden im Sozialbudget als Barerstattungen unter den Sachleistungen ausgewiesen, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählen sie zu den sozialen Leistungen. Mit der vorgesehenen Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner ab 1982 werden alle KVdR-Beiträge der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten im Sozialbudget als Einkommensleistungen gebucht, so daß ab dann kein Buchungsunterschied mehr besteht.

— *Sterbegeld der Krankenversicherung (6+/7−)*

Das Sterbegeld wird im Sozialbudget als Barerstattung unter den Sachleistungen ausgewiesen, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählt es zu den sozialen Leistungen.

— *Barerstattungen und Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit (6+/7−)*

Bestimmte Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit werden im Sozialbudget als Barerstattungen unter den Sachleistungen oder als Zuschüsse unter den allgemeinen Diensten und Leistungen ausgewiesen, während sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als geleistete Übertragungen gebucht werden. Es handelt sich dabei insbesondere um Leistungen zur Förderung der beruflichen Bildung und um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

— *Phasenverschiebung des Schlechtwettergeldes (6+/8− oder 6−/8+)*

Im Sozialbudget werden entsprechend den Abrechnungsergebnissen der Bundesanstalt für Arbeit die Zahlungen an die Unternehmen ausgewiesen, die zeitlich nicht zusammenfallen mit den Zahlungen der Unternehmen an die Arbeitnehmer. Letztere Zahlungen lassen sich mit Hilfe der Statistik der ausgefallenen Tagewerke berechnen und werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei den sozialen Leistungen der Sozialversicherung an private Haushalte angesetzt. Je nach Witterungsverlauf in den einzelnen Jahren können die Beträge für die Phasenverschiebung positiv oder negativ sein.

— *Methodische Abweichung der Ausgaben der Zusatzversicherung (6−/8+)*

Auf Grund von Abweichungen im Kreis der einbezogenen Zusatzversorgungskassen und von Unterschieden in der Datenerfassung und Datenzuordnung sind im Sozialbudget die Ausgaben der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes höher als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

8. Die sozialen Leistungen, die private Haushalte nicht von der Sozialversicherung, sondern von anderen Sektoren empfangen (vor allem von Gebietskörperschaften und Unternehmen), sind in Tabelle V—16 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wiedergegeben. Die entsprechenden Daten des Sozialbudgets sind in Tabelle V—14 zusammengestellt. Die vorgenommenen methodischen Umsetzungen und die verbleibende statistische Differenz sind in Tabelle V—15 aufgeführt.

   Die Umsetzungen zwischen einzelnen Leistungsarten bzw. Institutionen, die nur die Aufgliederung und nicht die Gesamtsumme der sozialen Leistungen an private Haushalte betreffen, sind für den Einbau des Sozialbudgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im Endergebnis nicht relevant und werden deshalb zur Vereinfachung nicht aufgeführt. Dies gilt auch für größere Beträge wie z. B. die Beamtenpensionen von Bundesbahn und Bundespost, die im Sozialbudget in den Pensionen enthalten sind, während sie in der hier gewählten Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit anderen Leistungen wie z. B. den Renten der betrieblichen Altersversorgung als soziale Leistungen der Unternehmen und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter ausgewiesen sind.

9. Folgende Umsetzungen sind erforderlich, um die Summe der sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus dem Sozialbudget abzuleiten:

   — *Pensionen:* Die Familienzuschläge zu den Beamtenpensionen werden im Sozialbudget nicht bei den Pensionen, sondern in der Institution „Familienzuschläge" gebucht. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehören sie zu den Pensionen.

   — *Sozialhilfe:* Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Sozialbudget unter den Barerstattungen der Institution „Kriegsopferversorgung" gebucht sind, gehören in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den sozialen Leistungen. Außerdem werden die sozialen Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Unterschied zum Sozialbud-

get nicht mit den empfangenen Rückersätzen (Erstattungen für erbrachte Leistungen) saldiert.

— *Soziale Leistungen von der übrigen Welt:* Das Sozialbudget enthält nur Leistungen von inländischen Institutionen.

— *Pensionen und Beihilfen der Sozialversicherung:* Die Pensionen und Beihilfen der Sozialversicherung für ihre Bediensteten sind im Sozialbudget in den Leistungen der Institutionen „Pensionen" und „Beihilfen" enthalten und werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als soziale Leistungen der Sozialversicherung nachgewiesen.

— *Ausbildungsförderung:* Die nach dem Ausbildungsförderungsgesetz gewährten Darlehen sind in den Leistungen des Sozialbudgets enthalten. Sie zählen nicht zu den sozialen Leistungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Beträge sind geschätzt.

— *Soziale Leistungen an die übrige Welt (ohne Sozialversicherung):* Die Auslandszahlungen der Gebietskörperschaften sind in den Daten des Sozialbudgets für die sozialen Leistungen enthalten. Es handelt sich vor allem um Beamtenpensionen, Kriegsopferrenten, Kindergeld, Lastenausgleichsleistungen und Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (Wiedergutmachung; größter Posten).

Erster Teil: Umsetzungen für die Sozialversicherung

Tabelle V—1

Daten des Sozialbudgets für die Finanzierung

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Beiträge der Versicherten (einschließlich Beiträge der Rentner)	3	77,004	81,356	86,143	125,471
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	3	80,588	86,761	90,643	117,274
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	3	0,446	0,476	0,507	0,641
Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln	4	28,518	28,251	31,919	40,687
Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln	5	0,429	0,451	0,464	0,549
Sonstige Einnahmen	5	6,560	6,453	5,146	5,456
Verrechnungseinnahmen von					
Kindergeld	4	0,270	0,270	0,270	0,620
Kriegsopferversorgung	4	0,233	0,232	0,260	0,340
Sozialhilfe	4	0,004	0,005	0,005	0,007
insgesamt	**2**	**194,052**	**204,255**	**215,357**	**291,045**

Tabelle V—2

Daten des Sozialbudgets für die Leistungen

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Einkommensleistungen	6	118,932	129,779	138,005	177,464
Sachleistungen	7	63,395	66,319	70,293	88,305
Allgemeine Dienste und Leistungen	7	9,263	9,989	10,964	13,792
Verrechnungsausgaben an					
Pensionen	6	0,595	0,626	0,660	0,765
Familienzuschläge	7	0,255	0,255	0,267	0,330
Beihilfen	7	0,052	0,056	0,058	0,066
Entgeltfortzahlung	7	0,246	0,259	0,287	0,368
Sozialhilfe	7	0,003	0,003	0,003	0,005
Rundungsdifferenz	8	0,000	0,000	0,000	0,000
Finanzierungssaldo	8	1,311	−3,031	−5,180	9,950
insgesamt	**1**	**194,052**	**204,255**	**215,357**	**291,045**

Tabelle V—3

Umsetzungen für die Beiträge

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Beiträge der Versicherten (einschließlich Beiträge der Rentner)	1	77,004	81,356	86,143	125,471
Tatsächliche Beiträge der Arbeitgeber	1	80,588	86,761	90,643	117,274
Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber	1	0,446	0,476	0,507	0,641
Bundeszuschuß zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung	4	0,400	0,400	0,400	0,400
Beitragserstattungen der Rentenversicherung	6	0,384	0,541	0,539	0,329
Erstattete Beiträge für Empfänger von Schlechtwettergeld	6	0,000	0,000	0,000	0,180
Beiträge für Rehabilitanden von Sozialversicherung (außer Krankenversicherung) an andere Sozialversicherungsträger	6	0,250	0,280	0,300	0,390
Beiträge für Rehabilitanden von Krankenversicherung an andere Sozialversicherungsträger	7	0,080	0,080	0,080	0,110
Unterstellte Beiträge in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	7	0,480	0,490	0,500	0,700
Phasenverschiebung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit	8	0,350	0,050	0,050	0,100
Beitragsausfälle der Unfallversicherung	8	0,350	0,370	0,400	0,500
Methodische Abweichung der Beiträge zur Zusatzversicherung	8	0,100	0,110	0,120	0,140
Statistische Differenz der Beiträge	8	−0,302	−1,064	−1,082	−1,035
insgesamt		**160,130**	**169,850**	**178,600**	**245,200**
davon					
Tatsächliche Sozialbeiträge	9	157,090	167,930	177,400	244,500
Unterstellte Sozialbeiträge	9	0,480	0,490	0,500	0,700
Empfangene Vermögensübertragungen	9	2,560	1,430	0,700	0,000

Tabelle V—4

Umsetzungen für die öffentlichen Mittel

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln ..	1	28,518	28,251	31,919	40,687
Verrechnungseinnahmen von					
Kindergeld	1	0,270	0,270	0,270	0,620
Kriegsopferversorgung	1	0,233	0,232	0,260	0,340
Sozialhilfe	1	0,004	0,005	0,005	0,007
— Bundeszuschuß zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung	3	−0,400	−0,400	−0,400	−0,400
— Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit für Auftragsgeschäfte	6	−0,810	−1,010	−1,010	−2,000
Methodische Abweichung der öffentlichen Mittel zur Zusatzversicherung	8	0,200	0,200	0,200	0,200
Statistische Differenz der öffentlichen Mittel	8	0,285	0,282	0,256	0,346
Empfangene laufende Übertragungen von Gebietskörperschaften	9	28,300	27,830	31,500	39,800

Tabelle V—5

Umsetzungen für die sonstigen Einnahmen

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln	1	0,429	0,451	0,464	0,549
Sonstige Einnahmen	1	6,560	6,453	5,146	5,456
Einnahmen der Rentenversicherung aus Ersatzansprüchen	6	0,000	0,000	0,200	0,250
— Verwaltungskosten der Arbeitgeber für Betriebskrankenkassen	7	−0,215	−0,230	−0,240	−0,300
— Realisierte Kursgewinne der Rentenversicherung	8	−0,060	−0,210	0,000	0,000
— Methodische Abweichung der sonstigen Einnahmen der Zusatzversicherung	8	−0,600	−0,620	−0,650	−0,700
Statistische Differenz der sonstigen Einnahmen	8	−0,234	−0,734	−0,720	−0,755
insgesamt		**5,880**	**5,110**	**4,200**	**4,500**
davon					
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9	4,830	4,040	3,100	3,200
Sonstige empfangene laufende Übertragungen	9	0,880	0,890	0,900	1,100
Verkäufe	9	0,020	0,020	0,000	0,000
Abschreibungen	9	0,150	0,160	0,200	0,200

Tabelle V—6

Umsetzungen für die geleisteten Übertragungen

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Einkommensleistungen	2	118,932	129,779	138,005	177,464
Verrechnungsausgaben an Pensionen	2	0,595	0,626	0,660	0,765
Beitragserstattungen der Rentenversicherung	3	0,384	0,541	0,539	0,329
Erstattete Beiträge für Empfänger von Schlechtwettergeld	3	0,000	0,000	0,000	0,180
Beiträge für Rehabilitanden von Sozialversicherung (außer Krankenversicherung) an andere Sozialversicherungsträger	3	0,250	0,280	0,300	0,390
— Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Auftragsgeschäfte (ohne Verrechnungen)	4	−0,810	−1,010	−1,010	−2,000
Einnahmen der Rentenversicherung aus Ersatzansprüchen	5	0,000	0,000	0,200	0,250
Beiträge für Rehabilitanden von Rentenversicherung an Rentenversicherung	7	0,100	0,110	0,110	0,140
Beitragserstattungen für Empfänger von Kurzarbeitergeld	7	0,220	0,140	0,155	0,140
Krankenversicherungsbeiträge an Rentner	7	0,703	0,700	0,686	0,000
Sterbegeld der Krankenversicherung	7	1,093	1,126	1,192	1,505
Barerstattungen und Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit	7	1,324	1,712	2,121	2,442
Phasenverschiebung des Schlechtwettergeldes	8	−0,010	0,100	0,000	0,000
— Methodische Abweichung der Ausgaben der Zusatzversicherung	8	−0,300	−0,330	−0,350	−0,400
Statistische Differenz der geleisteten Übertragungen	8	0,549	0,586	0,592	0,595
insgesamt		**123,030**	**134,360**	**143,200**	**181,800**
davon					
Soziale Leistungen an private Haushalte	10	120,100	130,640	139,100	177,300
Soziale Leistungen an die übrige Welt	10	1,620	1,980	2,100	2,500
Sonstige laufende Übertragungen an die übrige Welt	10	0,580	0,650	0,700	0,900
Subventionen	10	0,040	0,060	0,100	0,100
Geleistete Vermögensübertragungen	10	0,690	1,030	1,200	1,000

Tabelle V—7

Umsetzungen für die Endnachfrage

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Sachleistungen	2	63,395	66,319	70,293	88,305
Allgemeine Dienste und Leistungen	2	9,263	9,989	10,964	13,792
Verrechnungsausgaben an					
Familienzuschläge	2	0,255	0,255	0,267	0,330
Beihilfen	2	0,052	0,056	0,058	0,066
Entgeltfortzahlung	2	0,246	0,259	0,287	0,368
Sozialhilfe	2	0,003	0,003	0,003	0,005
Beiträge für Rehabilitanden von Krankenversicherung an andere Sozialversicherungsträger	3	0,080	0,080	0,080	0,110
Unterstellte Beiträge in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	3	0,480	0,490	0,500	0,700
— Verwaltungskosten der Arbeitgeber für Betriebskrankenkassen	5	−0,215	−0,230	−0,240	−0,300
— Beiträge für Rehabilitanden von Rentenversicherung an Rentenversicherung	6	—0,100	−0,110	−0,110	−0,140
— Beitragserstattungen für Empfänger von Kurzarbeitergeld	6	−0,220	−0,140	−0,155	−0,140
— Krankenversicherungsbeiträge an Rentner	6	−0,703	−0,700	−0,686	0,000
— Sterbegeld der Krankenversicherung	6	−1,093	−1,126	−1,192	−1,505
— Barerstattungen und Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit	6	−1,324	−1,712	−2,121	−2,442
Statistische Differenz der Endnachfrage	8	−0,289	0,227	0,252	0,351
insgesamt		**69,830**	**73,660**	**78,200**	**99,500**
davon					
Staatsverbrauch (Brutto)	10	69,280	73,190	77,700	99,000
Bruttoanlageinvestitionen	10	0,550	0,470	0,500	0,500

Tabelle V—8

Umsetzungen für den Finanzierungssaldo

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Finanzierungssaldo im Sozialbudget ...	2	1,311	−3,031	−5,180	9,950
Rundungsdifferenz	2	0,000	0,000	0,000	0,000
Phasenverschiebung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit	3	0,350	0,050	0,050	0,100
Beitragsausfälle der Unfallversicherung	3	0,350	0,370	0,400	0,500
Methodische Abweichung der Beiträge zur Zusatzversicherung	3	0,100	0,110	0,120	0,140
Methodische Abweichung der öffentlichen Mittel zur Zusatzversicherung	4	0,200	0,200	0,200	0,200
— Realisierte Kursgewinne der Rentenversicherung	5	−0,060	−0,210	0,000	0,000
— Methodische Abweichung der sonstigen Einnahmen der Zusatzversicherung	5	−0,600	−0,620	−0,650	−0,700
— Phasenverschiebung des Schlechtwettergeldes	6	0,010	−0,100	0,000	0,000
Methodische Abweichung der Ausgaben der Zusatzversicherung	6	0,300	0,330	0,350	0,400
Statistische Differenz der Beiträge	3	−0,302	−1,064	−1,082	−1,035
Statistische Differenz der öffentlichen Mittel	4	0,285	0,282	0,256	0,346
Statistische Differenz der sonstigen Einnahmen	5	−0,234	−0,734	−0,720	−0,755
— Statistische Differenz der geleisteten Übertragungen	6	−0,549	−0,586	−0,592	−0,595
— Statistische Differenz der Endnachfrage	7	0,289	−0,227	−0,252	−0,351
Finanzierungssaldo in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	10	1,450	−5,230	−7,100	8,200

Tabelle V—9

Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Einnahmen

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Tatsächliche Sozialbeiträge	3	157,090	167,930	177,400	244,500
Unterstellte Sozialbeiträge	3	0,480	0,490	0,500	0,700
Empfangene Vermögensübertragungen	3	2,560	1,430	0,700	0,000
Empfangene laufende Übertragungen von Gebietskörperschaften	4	28,300	27,830	31,500	39,800
Sonstige empfangene laufende Übertragungen	5	0,880	0,890	0,900	1,100
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5	4,830	4,040	3,100	3,200
Verkäufe	5	0,020	0,020	0,000	0,000
Abschreibungen	5	0,150	0,160	0,200	0,200
insgesamt	**10**	**194 310**	**202,790**	**214,300**	**289,500**

Tabelle V—10

Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Ausgaben

Position	Gegenbuchung (Tabelle)	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Soziale Leistungen an private Haushalte	6	120,100	130,640	139,100	177,300
Soziale Leistungen an die übrige Welt	6	1,620	1,980	2,100	2,500
Sonstige laufende Übertragungen an die übrige Welt	6	0,580	0,650	0,700	0,900
Subventionen	6	0,040	0,060	0,100	0,100
Geleistete Vermögensübertragungen	6	0,690	1,030	1,200	1,000
Staatsverbrauch (Brutto)	7	69,280	73,190	77,700	99,000
Bruttoanlageinvestitionen	7	0,550	0,470	0,500	0,500
Ausgaben insgesamt		192,860	208,020	221,400	281,300
Finanzierungssaldo	8	1,450	−5,230	−7,100	8,200
insgesamt	**9**	**194,310**	**202,790**	**214,300**	**289,500**

Zweiter Teil: Ergänzende Angaben

Tabelle V—11

Die Konten der Sozialversicherung im Kontensystem

Position	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
				1. Produktionskonto
Vorleistungen	62,35	65,95	69,9	89,1
Bruttowertschöpfung	6,93	7,24	7,8	9,9
Summe	69,28	73,19	77,7	99,0
				2. Einkommensentstehungskonto
Abschreibungen	0,15	0,16	0,2	0,2
Geleistete Produktionssteuern an den Staat	0,01	0,01	0,0	0,0
Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	6,77	7,07	7,6	9,7
Summe	6,93	7,24	7,8	9,9
				3. Einkommensverteilungskonto
Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit an private Haushalte	6,77	7,07	7,6	9,7
Anteil am Volkseinkommen	4,83	4,04	3,1	3,2
Summe	11,60	11,11	10,7	12,9
				4. Einkommensumverteilungskonto
Geleistete Subventionen an Unternehmen	0,04	0,06	0,1	0,1
Soziale Leistungen an private Haushalte	120,10	130,64	139,1	177,3
Soziale Leistungen an die übrige Welt	1,62	1,98	2,1	2,5
Sonstige geleistete laufende Übertragungen an die übrige Welt	0,58	0,65	0,7	0,9
Verfügbares Einkommen	69,24	67,85	71,4	108,5
Summe	191,58	201,18	213,4	289,3
				5. Einkommensverwendungskonto
Eigenverbrauch	69,26	73,17	77,7	99,0
Ersparnis	−0,02	−5,32	−6,3	+9,5
Summe	69,24	67,85	71,4	108,5
				6. Vermögensveränderungskonto
Bruttoanlageinvestitionen	0,55	0,47	0,5	0,5
Geleistete Vermögensübertragungen an Unternehmen	0,25	0,60	0,8	1,0
Geleistete Vermögensübertragungen an die übrige Welt	0,44	0,43	0,4	—
Finanzierungssaldo	+1,45	−5,23	−7,1	+8,2
Summe	2,69	−3,73	−5,4	9,7

zur Sozialversicherung

der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Tabelle V—11

Position	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
1. Produktionskonto				
Produktionswert	69,28	73,19	77,7	99,0
Summe	69,28	73,19	77,7	99,0
2. Einkommensentstehungskonto				
Bruttowertschöpfung	6,93	7,24	7,8	9,9
Summe	6,93	7,24	7,8	9,9
3. Einkommensverteilungskonto				
Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	6,77	7,07	7,6	9,7
Empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,83	4,04	3,1	3,2
Summe	11,60	11,11	10,7	12,9
4. Einkommensumverteilungskonto				
Anteil am Volkseinkommen	4,83	4,04	3,1	3,2
Empfangene Sozialbeiträge von privaten Haushalten	157,00	167,82	177,3	244,4
Empfangene Sozialbeiträge von der übrigen Welt	0,57	0,60	0,6	0,8
Sonstige empfangene laufende Übertragungen von Unternehmen	0,88	0,89	0,9	1,1
Sonstige empfangene laufende Übertragungen von öffentlichen Körperschaften	28,30	27,83	31,5	39,8
Summe	191,58	201,18	213,4	289,3
5. Einkommensverwendungskonto				
Verfügbares Einkommen	69,24	67,85	71,4	108,5
Summe	69,24	67,85	71,4	108,5
6. Vermögensveränderungskonto				
Ersparnis	−0,02	−5,32	−6,3	+9,5
Abschreibungen	0,15	0,16	0,2	0,2
Empfangene Vermögensübertragungen	2,56	1,43	0,7	—
Summe	2,69	−3,73	−5,4	9,7

Tabelle V—12

Tatsächliche Sozialbeiträge an die Sozialversicherung: Einzelne Zweige und Arten

Mrd. DM

Position	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
Rentenversicherung der Arbeiter	42,63	45,52	47,7	61,7
Rentenversicherung der Angestellten	37,24	39,72	42,4	57,7
Knappschaftliche Rentenversicherung	1,83	1,91	2,0	2,4
Krankenversicherung	49,65	53,46	56,5	86,2
Bundesanstalt für Arbeit	13,73	14,87	15,6	20,1
Unfallversicherung	8,41	8,70	9,2	11,4
Altershilfe für Landwirte	0,48	0,56	0,6	0,7
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	3,12	3,19	3,4	4,3
insgesamt	**157,09**	**167,93**	**177,4**	**244,5**
davon				
von privaten Haushalten	156,52	167,33	176,8	243,7
Arbeitgeberbeiträge	80,21	86,19	91,0	118,3
Arbeitnehmerbeiträge	66,78	71,95	76,1	99,6
Pflichtbeiträge der Selbständigen	3,01	3,28	3,5	4,2
Sonstige	6,52	5,91	6,2	21,6
von Einpendlern aus der übrigen Welt	0,57	0,60	0,6	0,8

Tabelle V—13

Soziale Leistungen [1]) der Sozialversicherung an private Haushalte: Einzelne Zweige

Mrd. DM

Position	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
Rentenversicherung der Arbeiter	52,09	57,35	60,7	79,6
Rentenversicherung der Angestellten	31,09	35,13	37,8	49,8
Knappschaftliche Rentenversicherung	8,53	9,39	9,8	11,4
Krankenversicherung	6,59	6,80	7,1	8,8
Bundesanstalt für Arbeit	11,04	10,19	11,1	12,2
Unfallversicherung	5,34	5,57	6,0	7,2
Altershilfe für Landwirte	1,85	2,09	2,3	2,7
Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	2,96	3,45	3,6	4,8
Pensionen und Beihilfen der Sozialversicherung	0,61	0,67	0,7	0,8
insgesamt	**120,10**	**130,64**	**139,1**	**177,3**

[1]) nur Geldleistungen

Dritter Teil: Umsetzungen für die sozialen Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte

Tabelle V—14

Daten des Sozialbudgets für soziale Leistungen anderer Sektoren [1] an private Haushalte

Institution	Position [2]	1976	1977	1978	1982
		Mrd. DM			
Pensionen	131 E	26,599	27,875	29,518	38,524
	B	0,105	0,105	0,110	0,147
Beihilfen	133 E	0,025	0,038	0,039	0,045
	B	3,911	4,071	4,271	4,904
Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen	229 E	6,900	7,500	7,800	9,800
Kindergeld	106 E	14,160	13,780	15,130	13,730
Ausbildungsförderung	403 E	2,439	2,523	3,154	3,770
Wohngeld	404 E	1,620	1,469	1,952	1,780
Sozialhilfe	401 E	3,808	4,215	4,572	6,186
Kriegsopferversorgung	301 E	9,509	10,082	10,380	11,265
Lastenausgleich	302 E	1,560	1,574	1,557	1,385
	B	0,179	0,180	0,184	0,188
Wiedergutmachung	303 E	2,028	2,026	2,006	1,887
Sonstige Entschädigungen	309 E	0,305	0,248	0,281	0,275
	B	0,164	0,171	0,169	0,168
Arbeitsförderung	105 [3]	0,810	1,010	1,010	2,000
insgesamt	—	**74,122**	**76,867**	**82,133**	**96,054**

[1] Gebietskörperschaften, Unternehmen, private Organisationen ohne Erwerbscharakter, übrige Welt
[2] Nummer der Institution im Sozialbudget und Leistungsart (E = Einkommensleistungen, B = Barerstattungen)
[3] Leistungen (ohne Verrechnungsausgaben) der Bundesanstalt für Arbeit für Auftragsgeschäfte (vgl. Tabelle V—6)

Tabelle V—15

Umsetzungen zwischen den Daten des Sozialbudgets und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte

Institution/Leistungsart	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
a) Zusetzungen [1] [2]				
Pensionen	0,10	0,10	0,1	0,1
Sozialhilfe (und Kriegsopferfürsorge)	0,98	1,08	1,2	1,5
Soziale Leistungen von der übrigen Welt	0,26	0,32	0,3	0,5
insgesamt	1,34	1,50	1,6	2,1
b) Absetzungen [1] [2]				
Pensionen und Beihilfen der Sozialversicherung	0,65	0,68	0,7	0,8
Ausbildungsförderung	0,42	0,57	0,7	0,7
Soziale Leistungen an die übrige Welt (ohne Sozialversicherung)	2,22	2,33	2,3	2,3
insgesamt	3,29	3,58	3,7	3,8
c) Statistische Differenz [2]	−0,322	+0,443	+0,467	+0,546

[1] ohne Umsetzungen zwischen einzelnen Institutionen/Leistungsarten
[2] Die Gesamtsumme in Tabelle V—16 ergibt sich aus der Gesamtsumme in Tabelle V—14 durch Addition bzw. Subtraktion der Zusetzungen bzw. Absetzungen und der statistischen Differenz

Tabelle V—16

Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für soziale Leistungen anderer Sektoren an private Haushalte

Leistungsart	1976	1977	1978	1982
	Mrd. DM			
Pensionen der Gebietskörperschaften	19,28	20,56	21,8	28,9
Beihilfen der Gebietskörperschaften	1,72	1,83	1,9	2,3
Kindergeld	14,02	13,47	14,8	13,4
Ausbildungsförderung	1,90	2,10	2,6	3,2
Wohngeld	1,62	1,45	2,0	1,8
Sozialhilfe (und Kriegsopferfürsorge)	4,76	5,51	6,0	8,0
Kriegsopferversorgung	9,17	9,85	10,1	10,9
Lastenausgleich	1,70	1,70	1,7	1,6
Wiedergutmachung	0,37	0,29	0,3	0,3
Unterhaltssicherung	0,40	0,40	0,4	0,4
Kriegsgefangenenentschädigung u. ä.	0,16	0,16	0,2	0,2
Arbeitslosenhilfe	0,19	0,25	0,2	1,5
Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit im Auftrag des Bundes und der Länder, Hilfsmaßnahmen für den Bergbau u. ä.	0,55	0,77	0,8	0,5
Leistungen der Gebietskörperschaften insgesamt	55,84	58,34	62,8	73,0
Leistungen der Unternehmen und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter	15,75	16,57	17,4	21,4
Leistungen von der übrigen Welt	0,26	0,32	0,3	0,5
insgesamt	**71,85**	**75,23**	**80,5**	**94,9**

Anhang VI

Sozialbudget nach Leistungs- und Finanzierungstypen

Anhang VI

Sozialbudget nach Leistungs- und Finanzierungstypen

		Seite
VI—1	Sozialbudget 1977 nach Leistungstypen und Funktionen	356
VI—2	Sozialbudget 1977 nach Finanzierungstypen und Finanzierungsquellen	366

Tabelle VI—1 **Sozialbudget 1977 nach**

Leistungstyp	Funktionen						
	insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall
							Laufende
Invaliditätsrente	17 467						2 466
Entschädigungsrente für Körperschaden	3 414						
Altersrente	85 516						116
Landabgaberente	120						
Hausratentschädigung	1 298						
Witwenrente	43 426						
Waisenrente	2 291	2 291					
Unterhaltssicherung, -beihilfen	89	16	63				
Sonstige Hinterbliebenenrente	176						
Übergangsgeld, Krankengeld u. a.	6 314			25	419	5 393	458
Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe	6 021						
Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld, Wintergeld	1 732						
Einkommensausgleich	754						
Mutterschaftsgeld	728			728			
Entgeltfortzahlung	19 100				750	16 238	2 112
Arbeitgeberzuschuß bei Mutterschaft	400			400			
Übergangsgeld, Ausbildungszuschuß	2 264						
Förderung der Arbeitsaufnahme	5						
Hilfe zum Lebensunterhalt	2 878	128	52	4	49	116	107
Taschengeld	158	7	3			6	
Arbeitsentgelt, Härteausgleich	228						
Kindergeld, Kinderzuschuß	15 448	15 448					
Ausbildungsbeihilfen	2 541	18					
Erziehungsbeihilfen	197	197					
Familienzuschläge für Kinder	3 562	3 562					
Familienzuschläge für Ehegatten	4 142		4 142				
Wohngeld (Mietzuschuß)	1 964						
Wohngeld (Lastenzuschuß)	118						
Sparprämie	15 097						
Zinszuschuß	1 228						
Tilgungszuschuß	81						
Steuerermäßigung	31 529	209	22 934			64	
Zinsermäßigung	3 086						
Auslandszahlungen (EG)	660	10					29
Auslandszahlungen (andere)	3 533	68					49
Sonstige Leistungen	24						1
insgesamt	277 589	21 954	27 194	1 157	1 218	21 817	5 338

Leistungstypen und Funktionen Tabelle VI—1

Funktionen									
Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Einkommensleistungen									
8 485				5 870		620			
40				1 103		2 269			
464				84 646	290				
19				101					
				1 142		153			
				35 438	6 623	1 348			
						1			7
				172	4				
	12			5					
			6 021						
		1 278	454						
			234			520			
	2 263					1			
		5							
386	42	2		1 735		38			215
22				114					4
			167						61
	2 523								
							1 964		
							118		
								15 097	
							1 228		
							81		
379	796			1 878		282	1 200	3 630	153
							3 086		
40			10	403	32	123			
151			23	2 016	93	1 120			
5	7			10		1			
9 991	5 643	1 285	6 909	134 633	7 042	6 476	7 677	18 727	440

noch Tabelle VI—1

Leistungstyp	Funktionen						
	insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall
							Einmalige
Invaliditätsrente	104						104
Entschädigungsrente für Körperschaden	12						
Altersrente	11						
Hausratentschädigung	32						
Witwenrente	314						
Witwenbeihilfe	22						
Knappschaftsausgleichsleistung	16						
Mutterschaftgeld	35			35			
Übergangsgeld, Ausbildungszuschuß	3						
Förderung der Arbeitaufnahme	315						
Hilfe zum Lebensunterhalt	699	28	11				
Weihnachtsgeld	99						
Kriegsgefangenenentschädigung, Eingliederungshilfe	85						
Mietzuschuß	3						
Auslandszahlungen (EG)	7						
Auslandszahlungen (andere)	43						
Sonstige Leistungen	6						
insgesamt	1 806	28	11	35			104

noch Tabelle VI—1

Funktionen									
Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Einkommensleistungen									
				2		10			
				11					
									32
					307	7			
					22				
			16						
	3								
		315							
87				437		77			57
									99
						85			
							3		
				2		5			
				9		34			
			4			2			
87	3	315	20	461	329	220	3		188

noch Tabelle VI—1

Leistungstyp	Funktionen						
	insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall
							Sachleistungen —
Ärztliche Leistung (ambulant)	1 108			23	105	956	17
Ärztliche Leistung (in Anstalten)	326			8	29	282	4
Zahnärztliche Leistung (ambulant)	488				2	486	
Behandlung durch sonstige Heilpersonen (ambulant)	44			24		20	
Behandlung durch sonstige Heilpersonen (in Anstalten)	481			5	43	426	7
Heilmittel aus Apotheken	616			1		605	10
Heilmittel (in Anstalten)	208			7	18	178	3
Zahnersatz	592					579	
Heilmittel von anderen Stellen	277					242	1
Anstaltsaufenthalt (Unterbringung)	525			9	78	426	7
Anstaltsaufenthalt (Verpflegung)	63			1	6	54	1
Fahrtkosten	298				2	231	58
Hilfe zur Pflege	1 073	230					50
Aus-, Weiter-, Fortbildung, Umschulung	691						
Förderung der Arbeitsaufnahme	83						
Beitragszuschuß-Ersatz (Arbeitgeber)	839					700	
Leistungen für Ersatzkräfte im Haushalt	162					87	2
Sterbegeld	1 354						
Kleiderentschädigung	99						17
Vorbeugungsmaßnahmen	152				152		
Blindenhilfe	83						
Gefährdetenhilfe	82						
Auslandszahlungen (EG)	151					151	
Auslandszahlungen (andere)	280					247	
Sonstige Leistungen	49			24			
insgesamt	10 124	230		101	435	5 670	177

noch Tabelle VI—1

Funktionen									
Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Barerstattungen									
						5			
						13			
						34			
						1			
	3					4			
410				192		191			
	654					37			
		83							
								91	48
59	2					5			6
					1 354				
						82			
63						20			
									82
9	2			51		13			1
				1		10			14
540	661	83		198	1 354	415		91	151

noch Tabelle VI—1

Leistungstyp	Funktionen						
	insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall
							Sachleistungen —
Ärztliche Leistung (ambulant)	13 576			1	546	12 100	661
Ärztliche Leistung (in Anstalten) .	5 765			173	538	4 201	258
Zahnärztliche Leistung (ambulant)	4 621				1	4 355	235
Behandlung durch sonstige Heilpersonen (ambulant)	77			41		36	
Behandlung durch sonstige Heilpersonen (in Anstalten)	8 657			261	759	6 373	374
Heilmittel aus Apotheken	10 075			1		9 557	431
Heilmittel (in Anstalten)	3 789			112	353	2 766	162
Zahnersatz	5 401					5 060	284
Heilmittel von anderen Stellen ..	3 535					3 141	188
Anstaltsaufenthalt (Unterbringung)	9 297			281	667	6 959	406
Anstaltsaufenthalt (Verpflegung) .	1 158			35	96	851	51
Fahrtkosten	562			5	45	510	
Hilfe zur Pflege	1 141	1 070				29	3
Aus-, Weiter-, Fortbildung, Umschulung	369						
Leistung für Ersatzkräfte im Haushalt	83						
Sterbegeld, Bestattungskosten	1				65	15	2
Sonstige Leistungen	1 399	13			112	149	2
insgesamt ...	69 506	1 083		910	3 182	56 102	3 057

noch Tabelle VI—1

Funktionen									
Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Waren- und Dienstleistungen									
						107			158
519						70			
						28			
780						105			
						84			
343						47			
						55			
						204			
860						118			
104						15			
2				37					
	369								
1									
					1				
486	60				2	1			572
3 095	429			37	3	834			730

noch Tabelle VI—1

Leistungstyp	Funktionen						
	insgesamt	Kinder	Ehegatten	Mutterschaft	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall
							Allgemeine Dienste und
Hilfe zur Pflege	70	70					
Mutterschaftshilfe	27	8		19			
Aus-, Weiter-, Fortbildung, Umschulung	374						
Förderung der Arbeitsaufnahme	693						
Vorbeugungsmaßnahmen	151				76		
Gefährdetenhilfe	4						
Zuschüsse allgemeiner Art	168	45			114		9
Beratung und Betreuung	666	592	19	20		29	
Zahlungen an Andere für Leistungen	54						
Defizit der Eigenbetriebe	16					14	1
Auslandszahlungen	3						
insgesamt	2 226	715	19	38	190	43	10
							Allgemeine Dienste und
Aus-, Weiter-, Fortbildung, Umschulung	149						
Förderung der Arbeitsaufnahme	7						
Beitragszuschuß-Ersatz (an Arbeitgeber)	144						
Vorbeugungsmaßnahmen	383				274		
Gefährdetenhilfe	4						
Erste Hilfe	2						2
Betrieblicher Gesundheitsdienst	1 500				150	900	450
Beratung und Betreuung	5 928	1 009	33	25	1 128	846	84
Gutachten u. ä.	228					218	
Unentgeltliche Beförderung Behinderter	63						
Sonstige Leistungen	4				4		
insgesamt	8 412	1 009	33	25	1 556	1 964	536
							Allgemeine Dienste und Leistungen
Löhne, Gehälter (Innerer Dienst)	5 963	334	75	59	273	1 906	215
Verwaltungsbedarf	3 662	181	24	29	242	964	250
insgesamt	9 625	515	99	88	515	2 870	465

noch Tabelle VI—1

Funktionen									
Invalidität (allgemein)	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit	Alter	Hinterbliebene	Folgen politischer Ereignisse	Wohnen	Sparförderung	Allgemeine Lebenshilfen
Leistungen — Zuschüsse									
	374								
		649	44						
						10			65
									4
									4
						54			
				1					
						3			
	374	649	44	1		67			73
Leistungen — Maßnahmen									
		38	111						
			7						
	4	140							
									109
									4
222	319	214	772	997	53	71	37	2	86
	1	9							
20						43			
242	362	334	919	997	53	114	37	2	199
— Innerer Dienst									
514	125		363	1 402	287	234	69	4	67
321	223	107	59	830	246	91	24	2	28
835	348	107	422	2 232	533	325	93	6	95

Tabelle VI—2

Sozialbudget 1977 nach Finanzierungstypen und Finanzierungsquellen

Finanzierungstyp	Finanzierungsquellen								
	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
Beiträge der Versicherten									
Versicherungspflichtige Beschäftigte	68 227							68 227	
Versicherungspflichtige Selbständige	2 572							2 572	
Versicherungsberechtigte	11 953							11 953	
Rentner	8							8	
insgesamt	82 760							82 760	
Beiträge der Arbeitgeber									
Versicherungspflichtige Beschäftigte	71 087	60 545	1 458	3 121	3 661	466	1 302	511	
Versicherungsberechtigte Selbständige	50	50							
Versicherungsberechtigte	4 160	3 536	83	166	208	41	83	41	
Rentner	215	215							
Wehr-/Ersatzdienstleistende	1 221		1 221						
Umlagen	13 297	9 729	147	344	2 794	96	178	6	
insgesamt	90 030	74 075	2 909	3 631	6 663	603	1 563	558	
Direktleistungen der Arbeitgeber									
Unterstellte Arbeitgeberbeiträge	58 496	30 853	11 411	13 767	1 577		700	180	

noch Tabelle VI—2

Leistungstyp	Finanzierungsquellen								
	insgesamt	Unternehmen	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Private Organisationen	Private Haushalte	Übrige Welt
Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln									
Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung ...	23 302		23 302						
Andere gesetzliche Zuschüsse	4 434		3 999	435					
Direktleistungen ohne Zahlungsvorgang	34 615		13 937	15 312	5 343				
Direktleistungen mit Zahlungsvorgang	66 406	22	38 791	13 429	13 875		274		
Europäischer Agrarfonds .	2								2
Europäischer Sozialfonds .	97								97
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ...	10								10
Sonstige Zahlungen aus EG-Staaten	13								13
insgesamt ...	128 879	22	80 029	29 176	19 218		274		122
Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln									
Direktleistungen mit Zahlungsvorgang	7 227	7 227							
Sonstige Zahlungen aus EG-Staaten	15								15
Sonstige Zahlungen aus anderen Staaten	26								26
insgesamt ...	7 268	7 227							41
Übrige Einnahmen									
Zinsen	5 087	2 511	820	173	794	39		730	
Mieten	227					1		226	
Wert der Nutzung	204					204			
Buchmäßige Gewinne	288	16				271			
Überschuß der Eigenbetriebe	1					1			
Ersatz von Dritten	1 342	1 115						225	1
Kostenbeitrag	805							805	
Lastenausgleichsabgabe ..	1 087	1 087							
Sonstige Einnahmen	556	177						379	
insgesamt ...	9 596	4 906	820	173	794	516		2 365	1